

Felix Würkert

Rechtsnormen und Legitimität in der Friedensmediation



Nomos

Beiträge zum
ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht

Herausgegeben von
der Max-Planck-Gesellschaft
zur Förderung der Wissenschaften e.V.,
vertreten durch Prof. Dr. Armin von Bogdandy
und Prof. Dr. Anne Peters

Band 314

Felix Würkert

Rechtsnormen und Legitimität in der Friedensmediation



Nomos

Gedruckt mit Unterstützung der Helmut-Schmidt-Universität. Universität der Bundeswehr Hamburg und der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt/Oder, Universität, Diss., 2021

1. Auflage 2022

© Felix Würkert

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8895-8

ISBN (ePDF): 978-3-7489-2950-5

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748929505>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell 4.0 International Lizenz.

*Für jene die gegangen,
jene die geblieben
und jene die hinzugekommen sind*

Vorwort

Diese Arbeit wurde im März 2021 an der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder) eingereicht. Die Disputation erfolgte am 11. August 2021. In diesem Zusammenhang gilt mein Dank meinem Doktorvater Prof. Dr. Lars Kirchhoff, der das Erstgutachten erstellt hat und Prof. Dr. Carmen Thiele für das überaus schnell erstellte Zweitgutachten. Prof. Dr. Christoph Brömmelmeyer danke ich – wie auch den beiden zuvor genannten – für eine freundliche und interessierte Disputation. Für deren Organisation und die Beantwortung all meiner Fragen gebührt mein Dank Ricarda Kotlow.

Prof. Dr. Lars Kirchhoff bin ich in besonderer Weise dafür dankbar, dass er den Entstehungsprozess dieser Arbeit mit genuinem Interesse und großer Offenheit begleitet hat. Für diese Wertschätzung und das damit verbundene Vertrauen bedanke ich mich.

Prof. Dr. Sigrid Boysen hat mir als wissenschaftlichem Mitarbeiter an ihrem Lehrstuhl an der Helmut-Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg nicht nur die Möglichkeit gegeben, diese Arbeit zu verfassen, sondern mich auch in meiner wissenschaftlichen Tätigkeit bestärkt und unterstützt. Ich habe viel von ihr gelernt. Dafür bin ich sehr dankbar.

Prof. Dr. Armin von Bogdandy und Prof. Dr. Anne Peters bin ich dankbar für die Aufnahme meiner Arbeit in die von ihnen herausgegebene Schriftenreihe. Bedanken möchte ich mich auch bei der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder) und der Helmut-Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, die den Druck dieser Arbeit unterstützt haben.

Ich habe sehr davon profitiert, einige Gedanken dieser Arbeit am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht im Rahmen der Master Class mit Prof. Dr. Michael Zürn vorstellen zu können. Ihm bin ich darüber hinaus dankbar für das Gespräch zu diesen Gedanken. Ebenso habe ich von meinem Forschungsaufenthalt an der Global South Mediation Unit (GSUM) des BRICS Policy Centers in Rio de Janeiro profitiert. Hier gilt mein Dank Prof. Dr. Máira Siman und Prof. Dr. Monica Herz, sowie Prof. Dr. Florian Hoffmann, von dem ich wichtige Impulse für diese Arbeit erhalten habe. Für die ausführlichen und offenen Hintergrundgespräche möchte ich mich bei Prof. Dr. Alain

Sigg, Prof. Dr. Laurie Nathan, Prof. Dr. Marie-Joëlle Zahar, Dr. Sarah Hellmüller und Enrico Formica bedanken.

Mit Dr. Jamie Pring, Dr. Julia Palmiano Federer, Dr. Sarah Hellmüller und Markus Kirschlager durfte ich auf mehreren Tagungen über Friedensmediation und viele andere Dinge sprechen. Ihnen bin ich für diese Anregungen und die Aufnahme in ihrer Mitte dankbar.

Meine Zeit am Lehrstuhl habe ich gemeinsam mit Melanie Seibert und Dr. Sarah Rödiger begonnen, die ich hier neben einer Vielzahl guter Kolleg*innen hervorhebe, weil sich unser zeitgleicher Start nach einem unbeschwerten und freudvollen Aufbruch angefühlt hat.

Tim Kraus hat einen Teil dieser Arbeit gegengelesen, wofür ich ihm dankbar bin, ebenso wie Helene und Julian Conrad, die jede dieser Zeilen gelesen haben und mir mit Witz und Zuspruch zur Seite standen. Verbleibende Fehler sind allein die meinigen.

Für ihre Unterstützung möchte ich mich besonders bei meiner Familie bedanken. Dank geht auch an Anne Mayer, Gesine Kuhnen und Vincent Widdig für die Unterstützung auf den letzten Metern. Viele wichtige und liebe Menschen bleiben hier ungenannt und können sich gleichwohl angesprochen fühlen. Ich bin froh, sie alle in meinem Leben zu wissen. Charlotte Schneeberger war und ist stets die erste und wichtigste Leserin. Nicht nur dafür bin ich ihr unendlich dankbar.

Hamburg, Frühjahr 2022

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
A. Einführung: Die Normen der Friedensmediation	15
I. Friedliche Streitbeilegung zwischen Recht und Politik	16
II. Die UN Guidance on Effective Mediation: Friedensmediation als Untersuchungs- und Normierungsgegenstand	24
III. Gang der Untersuchung	30
B. Bedeutung von Legitimität für die Friedensmediation	32
I. Bedeutung normativer Legitimität	37
1. Moralische Güte der Friedensmediation	40
2. Befolgungspflicht oder Befolgungsgrund?	43
a) Abgrenzung zwischen Befolgungspflicht und Befolgungsgrund	44
b) Zur Dichotomie von Befolgungspflicht und Befolgungsgrund	50
3. Ein Recht auf Zwangsanwendung	55
4. Moralisches Recht auf Kooperation bzw. Pflicht, Machtausübung von außen nicht zu behindern	59
5. Zwischenfazit	63
II. Bedeutung deskriptiver Legitimität	64
1. Regelbefolgung / Compliance	69
2. Stabilität und Anerkennung	71
3. Identitätsstiftende Funktion	75
4. Steigendes Partizipationsinteresse	77
III. Zwischenfazit: Relevanz der Legitimität	79

C. Legitimationsbedarf der Friedensmediation: Beschreibbarkeit legitimationsbedürftiger Macht	81
I. Unterschiedliche Mediationsverständnisse als Bezugspunkte von Legitimität	81
1. Propositorische Mediation in der völkerrechtlichen Literatur	81
2. Mediationskonzept der Alternative Dispute Resolution (ADR) und des scientific mediation movements	90
3. Konzepte von Power Mediation als Teil internationaler Konfliktforschung	93
4. Methodisches Zwischenfazit	100
II. Prozessbezogener Legitimationsbedarf	101
1. Legitimationsbedarf der Power Mediation	101
2. Legitimationsbedarf der propositorischen Mediation	104
a) Internationale Öffentliche Gewalt / International Public Authority	111
b) Liquid Authority	116
3. Der faszilitative Mediationsprozess als Bezugspunkt von Legitimität	120
a) Ergebnisverantwortung	122
b) Freiwilligkeit und Änderungsdruck	125
c) Verfahrensherrschaft	131
III. Materieller Legitimationsbedarf: Freiheitsverkürzung durch den Mediationsprozess	139
1. Unmittelbare Verkürzungen	141
a) Verfassungsänderung und Verfassungsgebung	141
b) Statusrechte	151
2. Mittelbare Freiheitsverkürzung	161
3. Potentielle Freiheitsverkürzung: Unbestimmtheit als Hebel der Macht	172
a) Interne Auswirkungen von Unbestimmtheit	176
b) Externe Auswirkungen von Unbestimmtheit	185
IV. Zwischenfazit	200
D. Legitimitätsquellen der Friedensmediation	201
I. Legitimation durch Recht	207
1. Eigenständige Legitimation durch Recht	209

2. Legitimationsabsichernde Funktion	215
a) Partizipation und Diskurs	215
b) Output-Legitimation und Gemeinwohl	226
3. Zwischenfazit	233
II. Legitimität des Rechts	234
1. (Post-)koloniale Kritik	239
2. Anpassung an und Vereinnahmung von Kritik	252
a) Transitional Justice	253
b) Legislative Frauenquote	257
3. Legitimität durch emanzipatorische und vielfältige Zugriffe auf Recht	267
a) Grenzen offenlegen	268
b) Emanzipatorische Potentiale ansteuern	269
E. Verantwortung als Fazit	277
I. Konfliktparteien	278
II. Mediationsakteure	281
III. Geldgeber*innen, Mediationsunterstützung und Internationale Gemeinschaft	298
IV. Konklusion	301
Literaturverzeichnis	307

Abkürzungsverzeichnis

AJIL	The American Journal of International Law
ASIL-Proceedings	American Society of International Law- Proceedings
AVR	Archiv des Völkerrechts
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
ARSP-Beihefte	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie – Beihefte
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
EJIL	European Journal of International Law
FS	Festschrift
GYIL	German Yearbook of International Law
ILM	International Legal Materials
JZ	Juristenzeitung
JuS	Juristische Schulung
KJ	Kritische Justiz
LJIL	Leiden Journal of International Law
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
RdC	Recueil des cours
TWQ	Third World Quarterly
UNTS	United Nations Treaty Series
VRÜ	VRÜ Verfassung und Recht in Übersee
ZeFKo	ZeFKo Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

A. Einführung: Die Normen der Friedensmediation

1949 kam die International Law Commission (ILC) das erste Mal zusammen. Sie begann damit, die Themen auszuwählen, die Gegenstand ihrer Kodifikationsarbeit werden sollten; sie gab sich ein Arbeitsprogramm. Zuvor hatte der Generalsekretär der Vereinten Nationen ein Memorandum¹ relevanter völkerrechtlicher Bereiche erstellt, welches der ILC als Ausgangspunkt dienen sollte. In diesem Memorandum fand sich hinsichtlich der Thematik friedlicher Streitbeilegung einzig Punkt IX. „The Law of Arbitral Procedure“. Eine darüber hinausgehende Beschäftigung mit friedlicher Streitbeilegung im Allgemeinen oder der Mediation im Besonderen war nicht vorgesehen. Im Rahmen des fünften Treffens der ILC, welches am 19. April 1949 stattfand, schlug *Ricardo Alfaro*, das Mitglied aus Panama, dennoch die Kodifikation des „Pacific settlement of disputes“ vor. Er folgte damit einer panamerikanischen Tradition der Streitbeilegung, die er selbst bereits 20 Jahre zuvor bis zu *Bolivar* zurückverfolgt hatte.² Während er von *Georges Scelle*³ unterstützt wurde, wandten sich die anderen Mitglieder gegen seinen Vorschlag, sodass dieser nicht ins Arbeitsprogramm aufgenommen wurde. Dabei gaben vor allem zwei miteinander verbundene Umstände den Ausschlag. Das griechische Mitglied der Kommission – *Jean Spiropoulos*⁴ – „*thought the question, viewed as a whole, had a clearly political*

1 ILC, Yearbook of the International Law Commission 1949, S. 14 ff. (Dokument A/CN.4/1/Rev. 1).

2 *Richardo J. Alfaro*, The Pan Americanism of Bolivar and That of To-Day, Bulletin of the Pan American Union 60 (1926), 551, 555, 562; noch zwischen rechtlichen und nicht-rechtlichen Streitigkeiten unterscheidend *Ricardo J. Alfaro*, Continental Principles of International Intercourse, ASIL-Proceedings 35 (1941), 1, 2, 5.

3 Zuvor hatte er der Mediation einige Aufmerksamkeit zukommen lassen, sie aber als explizit nicht- bzw. außerrechtlich eingeordnet. Vgl. *Georges Scelle*, Règles générales du droit de la paix, RdC 46 (1933), 331, 507.

4 Selbst hatte er sich bereits umfänglicher mit Mediation und friedlicher Streitbeilegung beschäftigt, vgl. *Jean Spiropoulos*, Traité théorique et pratique du droit international public, Paris 1933, S. 294 ff. Zudem war er Schüler Walther Schückings, vgl. *Andreas von Arnould*, Walther Schücking – Völkerrecht im Dienst des Friedens, in: von Arnould u. a. (Hrsg.), 350 Jahre Rechtswissenschaftliche Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Tübingen 2018, S. 165, 187. Zu Schückings Beitrag und Beschäftigung im Bereich der Mediation und der friedlichen Streitbeilegung siehe C.I.1.

aspect; that was what had made the Interim Committee deal with it [...].“⁵ So seien Fragen der Streitbeilegung, im Sinne des Art. 2 Ziff. 3 UNCh und Art. 33 UNCh, demnach zum einen politische Fragen und zum anderen durch das Interim Committee abgedeckt, wodurch sich wiederum der politische Charakter der Frage nach Streitbeilegungsmechanismen offenbare. Die letzte Wortmeldung in dieser Diskussion fiel dem mexikanischen Mitglied *Roberto Córdova* zu. Auch er sprach sich gegen eine Kodifikation friedlicher Streitbeilegung aus, da die Zeit hierfür noch nicht reif sei. Mit Blick auf Art. 2 Ziff. 3 UNCh fügte er jedoch hinzu: „*that topic would have to be codified sooner or later.*“⁶

I. Friedliche Streitbeilegung zwischen Recht und Politik

Das Interim Committee wurde 1947 gegen die Stimmen der Sowjetunion, Weißrusslands, der Ukraine, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Polens zur Überbrückung der Sitzungspausen der Generalversammlung sowie angesichts des als handlungsunfähig empfundenen Sicherheitsrats eingeführt.⁷ Infolge dieses durch die USA angeführten Vorgehens, verweigerten sich diese Staaten der Mitarbeit in dem Gremium, welches sie als illegal bezeichneten.⁸ Das Interim Committee sah sich zu seinem Arbeitsbeginn fast ausschließlich mit der Frage des Vetos innerhalb des Sicherheitsrats, also mit dessen Blockierung, befasst.⁹ In der Folge begann das Interim Committee zusätzlich eine Untersuchung zum Thema friedlicher Streitbeilegung. Zwar war das Komitee, welches auch als „*little assembly*“¹⁰

5 ILC, Yearbook of the International Law Commission 1949, S. 44.

6 Ebd.

7 Zum ursprünglich zugrundeliegenden niederländischen Vorschlag *Douglas W. Coster*, The Interim Committee of the General Assembly, International Organization 3 (1949), 444, 447 f.; *Pierre Vellas*, Commission interimaire des nations unies, Revue générale de droit international public 21 (1950), 317, 317 ff.

8 *Pierre-F. Brugère*, La Petite Assemblée, Die Friedens-Warte 48 (1948), 17, 17 f.; *Douglas W. Coster*, The Interim Committee of the General Assembly, International Organization 3 (1949), 444, 448; *Werner Pfeifferberger*, Die Vereinten Nationen, Salzburg [u.a.] 1971, S. 136.

9 A/RES/114; vgl. *Louis B. Sohn*, The Development of International Law, American Bar Association Journal 34 (1948), 691, 692 ff.

10 *Louis B. Sohn*, The Development of International Law, American Bar Association Journal 34 (1948), 691, 691; *James Nevins Hyde*, Peaceful settlement, International Conciliation 26 (1948), 531, 531 Fn. 1; *Clyde Eagleton*, The Work of the UN Interim Committee, AJIL 42 (1948), 627, 627.

oder „*petite assemblée*“¹¹ bezeichnet wurde, zuerst nur für eine Sitzungspause der Generalversammlung ins Leben gerufen worden, doch wurde sein Mandat 1948 erneuert und 1949 schließlich dauerhaft etabliert. In dieser Zeit, in die auch die erste Sitzung der ILC fällt, erarbeitete das Interim Committee zum einen eine aktualisierte Fassung der Generalakte von 1928, welche 1949 durch die Generalversammlung verabschiedet wurde.¹² Zum anderen entwickelte es ein langfristig angelegtes Arbeitsprogramm, das sich mit dem Thema friedlicher Streitbeilegung beschäftigen und dabei sowohl Art. 2 Ziff. 3 UNCh, als auch die in Art. 33 UNCh genannten Verfahrensweisen behandeln sollte, um sich schlussendlich auf die friedlichen politischen Beziehungen der Mitgliedsstaaten auszudehnen.¹³ Das Ausmaß dieses Vorhabens wurde als so umfänglich wahrgenommen, dass sich das Interim Committee explizit dagegen aussprach, das Arbeitsprogramm im Sinne einer Liste abzuarbeitender Themen zu formulieren, da „[it] would be long before the Interim Committee found itself in a position to take up the questions placed towards the end of the plan of work.“¹⁴ 1950 wurde die Resolution „Uniting for Peace“ in der UN Generalversammlung beschlossen und so zum einen die Blockade des Sicherheitsrats einmalig umgangen und zum anderen die Möglichkeit der kurzfristig einberufenen Notfallsitzung der Generalversammlung eingeführt.¹⁵ In der Folge bedurfte es des Interim Committee aus politischer Sicht nicht mehr. 1950 erstattete es seinen letzten Bericht an die Generalversammlung und ist seitdem inaktiv. Das umfangreiche Arbeitsprogramm, das auch die friedliche Streitbeilegung und mit ihr die Mediation umfassen sollte, verschwand mit der *petite assemblée* in der Inaktivität.¹⁶ Das noch 1950 von der Generalversammlung beim Interim Committee in Auftrag gegebene Thema

11 Pierre-F. Brugière, *La Petite Assemblée*, *Die Friedens-Warte* 48 (1948), 17–27.

12 A/RES/268.

13 Vgl. James Nevins Hyde, *Peaceful settlement*, *International Conciliation* 26 (1948), 531, 535 ff.; *Interim Committee of the General Assembly*, *Selected Documents Interim Committee of the General Assembly*, *International Conciliation* 26 (1948), 560, 565 ff.

14 Report of the Interim Committee of the General Assembly (A/966) (1949), Annex 1 Rn. 8, Dokument A/AC18/91.

15 A/RES/377; dazu statt vieler Christian Tomuschat, „Uniting for Peace“ — Ein Rückblick nach 50 Jahren, *Die Friedens-Warte* 76 (2001), 289, 290 ff. m.w.N.

16 Dion M. Poulantzas, *The Interim Committee or „Little Assembly“*, *Revue de droit international de sciences diplomatiques et politiques* 71 (1993), 251, 255; B. G. Ramcharan, *The international law and practice of early-warning and preventive diplomacy: the emerging global watch*, Dordrecht [u.a.] 1991, S. 74.

einer Permanent Commission of Good Offices¹⁷ wurde von diesem nie behandelt.¹⁸

So war das Thema der friedlichen Streitbeilegung und der Mediation bereits zu Beginn der Vereinten Nationen in gewisser Hinsicht verschwunden. Das Interim Committee hatte in einem seiner Zwischenberichte, an denen unter anderem *Philip Jessup* mitgewirkt hatte,¹⁹ zwar darauf hingewiesen, dass sich hinsichtlich der friedlichen Streitbeilegung eine Kooperation mit der ILC aufdränge,²⁰ doch obwohl dieser Umstand in die Diskussion der ILC eingebracht worden war,²¹ sortierten die Mitglieder der ILC das Thema als zu politisch aus. Bis heute existiert keine umfassende Kodifikation friedlicher Streitbeilegungsmechanismen i.S.v Art. 33 UNCh und der Art. 2 Ziff. 3 UNCh zugrundeliegenden Rechtsfragen. Insbesondere die das Mediationsverfahren betreffenden Regeln wurden nie kodifiziert.

Dass es sich hierbei um primär politische Fragen handeln soll, ist eine Ansicht, die älter ist als die ILC. Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schrieb *Hall*:

*„Disputes can be amicably settled either by direct agreement between the parties, by agreement under the mediation of another power, or by reference to arbitration. The last of these modes is the only one of which anything need be said, the other two being obviously outside law.“*²²

Daher verwundert es kaum, dass Fragen friedlicher Streitbeilegung erst 1961 auf Anstoß der Generalversammlung wieder innerhalb der ILC diskutiert wurden, ohne dass hieraus ein neuer Arbeitsauftrag entstanden wäre. Einzig das finnische Mitglied *Eric Castrén* sprach sich für einen solchen aus.²³ Wie schon im Jahre 1949 war der Befassung der ILC mit diesem Thema ein Bericht des Generalsekretärs vorausgegangen, der jedoch dieses Mal das Thema friedlicher Streitbeilegung im Allgemeinen und der Mediation

17 A/RES/379.

18 *Francis Orlando Wilcox, Carl M. Marcy*, Proposals for changes in the United Nations, Washington, D.C. 1955, S. 126.

19 *James Nevins Hyde*, Peaceful settlement, International Conciliation 26 (1948), 531, 536.

20 Report of the Interim Committee of the General Assembly (A/966) (1949), Annex I, Rn. 14.

21 ILC, Yearbook of the International Law Commission 1949, S. 44.

22 *William Edward Hall*, A treatise on international law, 2. Aufl., Oxford [Oxfordshire] 1884, S. 332.

23 ILC, Yearbook of the International Law Commission, Bd. I 1962, S. 17 f.

im Besonderen enthielt. Unter Verweis auf die vielen Konflikte weltweit und die Herausforderungen, welche diese an die UN stelle, konstatierte das Sekretariat bezüglich einer Kodifikation von Mediationsverfahrensregeln: „*The question presents an undeniable interest.*“²⁴ In ähnlicher Weise tauchte das Thema immer dann wieder auf, wenn die ILC die Frage ihres zukünftigen Arbeitsprogramms erörterte.²⁵ Doch während sich fast jedes Mal eines der Kommissionmitglieder positiv, wenn auch knapp, zu diesem Thema äußerte, wurde es bis heute schlussendlich nie auf die Liste zu behandelnder Themen aufgenommen. Aufschlussreich ist diesbezüglich eine Aussage des Generalsekretärs zur Rolle von Streitbeilegungsklauseln und friedlicher Streitbeilegung²⁶ im langfristigen Arbeitsprogramm der ILC, in welcher er bereits 1971 festhielt:

„[...] *the question of the settlement of disputes and, indeed, of implementation as a whole, have been regarded as issues to be decided by the General Assembly or by the codification conference of plenipotentiaries which acts on the draft.*“²⁷

Die einzige Annäherung an eine inhaltliche Auseinandersetzung erfolgte 2010 und 2011 innerhalb einer Debatte der ILC, die unter dem vielsagen- den Tagesordnungspunkt „Other Business“ geführt wurde und sich mit Streitbeilegungsklauseln beschäftigte.²⁸ Die Debatte war durch das Sekretariat inhaltlich vorbereitet worden, wobei auch die bisherige Geschichte der Nichtbefassung rekapituliert wurde.²⁹ In Vorbereitung auf die Debatte 2011 verfasste *Sir Michael Wood* ein Working Paper.³⁰ Hinsichtlich

24 Yearbook of the International Law Commission, Bd. II 1962, S. 94, Dokument A/CN.4/145.

25 ILC, A/CN.4/679/Add.1 2016, S. 28.

26 Zur diesbezüglichen Verallgemeinerbarkeit ILC, Yearbook of the International Law Commission, Bd. 2.2 1971, S. 29, Dokument A/CN.4/245 („Strictly speaking, the last heading relates to particular methods of settling disputes arising out of treaties on specific topics, rather than to over-all legal provisions on the subject per se, but it serves to indicate the attitude of the international community and of the Commission on the question of peaceful settlement as a whole.“).

27 ILC, Yearbook of the International Law Commission, Bd. 2.2 1971, S. 33 f., Dokument A/CN.4/245.

28 ILC, Yearbook of the International Law Commission, Bd. I 2010, S. 261; ILC, Yearbook of the International Law Commission, Bd. I 2011, S. 123.

29 ILC, Yearbook of the International Law Commission, Bd. 2.1 2010, S. 430, Dokument A/CN.4/623.

30 ILC, Yearbook of the International Law Commission, Bd. 2.1 2011, S. 247, Dokument A/CN.4/641.

des in der Debatte durch das portugiesische Mitglied *Paula Escarameia*³¹ eingebrachten Vorschlags, die Kommission „*should always consider the possibility of drafting model rules on international fact-finding, mediation and conciliation*“,³² beschränkte *Wood* sich auf eine bloße Wiedergabe dieses Vorschlags.³³ In der auf seinem Working Paper basierenden Debatte zog er selbst eine klare – und in gewisser Hinsicht wertende – Linie zwischen den Mechanismen friedlicher Streitbeilegung:

„*When States wished to use the diplomatic channel, they opted for mediation [...] otherwise, if they wished to resolve a dispute definitively, States generally chose compulsory means, such as arbitration or the jurisdiction of the ICJ.*“³⁴

Neben diesen Jahrzehnten des Auslassens, Aufschiebens und Nichtbefassens, zeigt sich wiederum innerhalb der politischen Komitees der UN ein anderes Bild. 1960 begann eine kontroverse Diskussion innerhalb des Sechsten Komitees der Vereinten Nationen. Die Staaten des Globalen Südens sowie die sozialistischen Staaten kritisierten die Arbeit des Komitees als zu wenig dynamisch und den sich rasch verändernden Regeln des Völkerrechts nicht gerecht werdend.³⁵ Obwohl in der daraus entstandenen Resolution die Arbeit der ILC explizit nicht kritisiert wurde,³⁶ war die Diskussion selbst dort doch in Teilen als „*closely associated with one of the most aggressive and demagogic propaganda campaigns in the history of the*

31 Erst 2001 wurden mit *Paula Escarameia* und der Chinesin *Xue Hanqin* die ersten Frauen Mitglieder der ILC. Hierzu und zu *Escarameias* Werdegang *Edda Kristjansdottir*, *Paula Escarameia*, *International Law FORUM du droit international* 6 (2004), 27, 31 Fn. 6.

32 ILC, *Yearbook of the International Law Commission*, Bd. I 2010, S. 266.

33 ILC, *Yearbook of the International Law Commission*, Bd. 2.1 2011, S. 250, Dokument A/CN.4/641.

34 ILC, *Yearbook of the International Law Commission*, Bd. I 2011, S. 125 (Hervorhebung durch den Verfasser).

35 A/4605, S. 8 Rn. 35 („Some saw in that situation [the paucity of the Sixth Committee’s agenda for the current session] a decline of international law in the United Nations at a time when the conditions prevailing in the world gave increased importance to the role of international law in strengthening peace, in developing friendly and co-operative relations among the nations, in the settlement of disputes by peaceful means and in advancing economic and social progress throughout the world.“); diesbezüglich von radikalen Veränderungen in der „geography of international law“ schreibend *V.S. Mani*, *The 1970 Declaration on Friendly Relations: a Case Study in Law Creation by the UN General Assembly*, *International Studies* 18 (1979), 287, 291.

36 A/4605, S. 10 Rn. 47.

*United Nations*³⁷ empfunden worden. Das Ergebnis zeigte sich auf Ebene der ILC im zuvor geschilderten Umgang mit den Anstößen des Generalsekretärs. Das Arbeitsprogramm blieb weitestgehend unverändert und auch die friedliche Streitbeilegung wurde weiterhin nicht berücksichtigt. Im weiteren Verlauf leitete die Generalversammlung auf Empfehlung des Sechsten Komitees den Prozess ein, der schlussendlich 1970 im Beschluss der Friendly Relations Declaration mündete.³⁸ Auch wenn sie sich dabei nicht signifikant von den ohnehin in der UN-Charta enthaltenen Normen entfernte, enthielt die Friendly Relations Declaration einen Abschnitt zur friedlichen Streitbeilegung.³⁹ Die Declaration war gerade nicht von der ILC erarbeitet worden, sondern durch das 1963 eingerichtete Special Committee on Principles of International Law Concerning Friendly Relations and Co-operation among States in Accordance with the Charter of the United Nations.⁴⁰ An dieser Stelle setzte sich die bereits zur Anfangszeit der Vereinten Nationen festzustellende Entwicklung fort, Fragen der friedlichen Streitbeilegung außerhalb der ILC in stärker politisierten Sondergremien zu behandeln. Anders als zu Beginn erfolgte dabei zumeist eine Einbindung des Sechsten Komitees in die Arbeit dieser Sondergremien, so dass über einen längeren Zeitraum nach wie vor rechtliche Anknüpfungspunkte bestanden, auch wenn das Gros der inhaltlichen Arbeit andernorts geschah.

1974 setzte die Generalversammlung das Ad Hoc Committee on the Charter of the United Nations ein,⁴¹ welches 1975 unter dem abgewandelten Namen Special Committee on the Charter of the United Nations and

37 *ILC*, Yearbook of the International Law Commission, Bd. I 1961, S. 207. Die Intensität dieser Aussage mag auch der Opposition des kubanischen Kommissionsmitglieds Francisco Garcia-Amador zur neuen sozialistischen Regierung Kubas geschuldet sein, vgl. *Burton A. Landy, Victor Miguel Marroquín-Merino, Keith S. Rosenn*, In Memoriam – Francisco V. Garcia-Amador, *University of Miami Inter-American Law Review* 25 (1993), 1, 3 f.

38 A/RES/2526.

39 *Robert Rosenstock*, The Declaration of Principles of International Law Concerning Friendly Relations: A Survey, *AJIL* 65 (1971), 713, 725 f. („[...] the failure of the international community over the years to make progress in this area – as the text reflects – is the main reason why so many disputes are allowed to fester for so long as they are not an immediate threat to world peace.“); *V.S. Mani*, The 1970 Declaration on Friendly Relations: a Case Study in Law Creation by the UN General Assembly, *International Studies* 18 (1979), 287, 302 ff.

40 A/RES/1966.

41 A/RES/3349.

on the Strengthening of the Role of the Organization verstetigt wurde.⁴² 1978 hatte das Komitee, seiner weit gefassten Aufgabe entsprechend, einen Bericht mit 51 Vorschlägen der Mitgliedsstaaten zur Verbesserung der UN zusammengestellt.⁴³ Diese Liste wurde für den 1979 zu erstellenden Bericht auf den Bereich der friedlichen Streitbeilegung eingeengt und auf 21 Vorschläge reduziert.⁴⁴ In diesen Vorschlägen findet sich vieles von dem, was noch heute den Bereich der friedlichen Streitbeilegung prägt. In Vorschlag A wird mit viel Interesse und Optimismus folgende Anregung eingebracht:

„A General Assembly declaration on peaceful settlement of disputes should be prepared and adopted as a first step towards the possible preparation of a treaty on the subject, with a view to codifying and developing general rules on the subject.“⁴⁵

Aus diesem Vorschlag erwuchs zwar nicht das erhoffte Vertragswerk, wohl aber 1982 die sog. Manila Declaration.⁴⁶ Laut *Constantin Economidès* hatte die Generalversammlung damit zum ersten Mal einen normativen Akt allein dem Thema friedlicher Streitbeilegung gewidmet.⁴⁷ Auch dieses Mal hatte die Arbeit ohne Beteiligung der ILC und nur unter gewisser Einbindung des Sechsten Komitees stattgefunden. Gleichwohl teilt die Manila Declaration mit der Friendly Relations Declaration das Schicksal, dass sie nicht wesentlich über das ohnehin in der UN-Charta Kodifizierte hinausgeht.⁴⁸ Neben anderen relevanten Vorschlägen, die 1979 im Bericht

42 A/RES/3499; vgl. dazu *Bengt Broms*, The Special Committee on the Charter of the United Nations and the strengthening of the role of the organization, *GYIL* 20 (1977), 77–102.

43 A/33/33; vgl. zu diesem Prozess auch *Constantin P. Economidès*, La déclaration de Manille, *Annuaire français de droit international* 28 (1982), 613, 614 f.

44 A/34/33.

45 A/34/33, S. 5, Rn. 13.

46 A/37/10.

47 *Constantin P. Economidès*, La déclaration de Manille, *Annuaire français de droit international* 28 (1982), 613, 613.

48 *Hervé Ascensio*, Article 33, in: *Cot u. a. (Hrsg.)*, La Charte des Nations Unies, Bd. I, Paris, 2005, S. 1047, 1053; *Lars Kirchhoff*, Constructive interventions, *Alphen aan den Rijn [u.a.]* 2008, S. 23 f. m.w.N.; *Christian Tomuschat*, Article 2 (3), in: *Simma u. a. (Hrsg.)*, The Charter of the United Nations: A Commentary, Bd. I, Oxford [u.a.], 2012, S. 181, 186 Rn. 9; *Vladimir-Djuro Degan*, The Value of the Manila Declaration on International Dispute Settlement in a Case in Which the Philippines is a Party, *Chinese Journal of International Law* 11 (2012), 5, 8 Rn. 12.

des Komitees enthalten waren, hebt sich für die Mediation die in Nummer C.iii unterbreitete Anregung ab:

*„A handbook on the peaceful settlement of disputes should be prepared, describing all existing mechanisms and facilities for this purpose within the United Nations system.“*⁴⁹

Nachdem die Manila Declaration 1982 erreicht worden war, griff das Komitee 1983 die Idee des Handbuchs als mögliches nächstes Projekt wieder auf. Der Generalsekretär sollte durch die Generalversammlung mit der Erstellung des Handbuchs beauftragt werden.⁵⁰ Allerdings sollte dessen endgültige Fertigstellung bis 1991 dauern. Das Handbuch war unter dem Vorsitz des Untergeneralsekretärs der Rechtsabteilung, allerdings erneut ohne Beteiligung der ILC, entstanden.⁵¹ Zu Beginn des Handbuchs wurde explizit hervorgehoben, dass dieses rein deskriptiver Natur sei und kein rechtliches Instrument darstelle.⁵² Gleichwohl sahen die Mitglieder des Komitees nach wie vor einen Vertrag über die Mittel friedlicher Streitbeilegung als Ziel ihrer Bemühungen an und wollten das Handbuch als Beitrag zur United Nations Decade of International Law (1990 – 1999) verstanden wissen.⁵³ Voller Optimismus formulierten sie die Erwartung *„that the handbook would serve as a useful basis for the drafting of a universal convention on the peaceful settlement of disputes within the framework of the Decade.“*⁵⁴ Wie zuvor bereits ausgeführt wurde, muss dieser Optimismus heute als unbegründet angesehen werden. Gerade in Ermangelung eines Vertragswerks gilt das Handbuch, als Spiegel der UN-Praxis, immer noch als relevanter Referenzpunkt.⁵⁵ Neben dem Handbuch entstanden auch

49 A/34/33, S. 7, Rn. 13.

50 A/38/33, S. 37, Rn. 109.

51 A/46/33, S. 19, Rn. 48; dazu auch *Bengt Broms*, The Present Stage in the Work of the Special Committee on the Charter of the United Nations and on the Strengthening of the Role of the Organization, in: Dinstein (Hrsg.), *International Law at a Time of Perplexity: Essays in Honour of Shabtai Rosenne*, Dordrecht 1989, S. 73, 89.

52 UN, *Handbook on the peaceful settlement of disputes between states*, New York 1992, S. 1.

53 Zur United Nations Decade of International Law A/RES/44/23.

54 A/46/33, S. 19, Rn. 51.

55 *Lars Kirchhoff*, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 123, 183, 187; *Christian Tomuschat*, Article 2 (3), in: Simma u. a. (Hrsg.), *The Charter of the United Nations: A Commentary*, Bd. I, Oxford [u.a.] 2012, S. 181, 182; *Anwarul K. Chowdhury*, Foreword, in: Fritz (Hrsg.), *Moving Toward a Just Peace: The Mediation Continuum*, Dordrecht 2014, S. vii, vii; *David Lanz*, *Jamie*

die Declaration on the Prevention and Removal of Disputes and Situations Which May Threaten International Peace and Security and on the Role of the United Nations in this Field,⁵⁶ Declaration on Fact-Finding by the United Nations in the Field of the Maintenance of International Peace and Security⁵⁷ und zuletzt 1996 die United Nations Model Rules for the Conciliation of Disputes between States⁵⁸ innerhalb oder unter Mitarbeit des Komitees.

Nach diesen Erfolgen ebte die Aktivität des Komitees zunehmend ab. Nachdem das Komitee 2012 die Resolution der Generalversammlung zum 25. Jubiläum der Manila Declaration⁵⁹ erarbeitet hatte,⁶⁰ gewann die Arbeit des Komitees im Bereich der friedlichen Streitbeilegung wieder an Intensität. Mehrere Vorschläge und Entwürfe zu friedlicher Streitbeilegung wurden eingebracht und der Austausch hierzu vorangetrieben.⁶¹ In diesem Rahmen befasste sich das Komitee 2019 mit der Staatenpraxis in Bezug auf Mediation.⁶²

II. Die UN Guidance on Effective Mediation: Friedensmediation als Untersuchungs- und Normierungsgegenstand

Das aus heutiger Sicht zentrale Dokument zur Mediation im Rahmen der Vereinten Nationen entstand ohne das Special Committee on the Charter of the United Nations and on the Strengthening of the Role of the Organization, ebenso wie ohne die ILC. 2005 stellte die Generalversammlung im Rahmen des World Summit die Bedeutung der Mediation heraus:

Pring, Corinne Von Burg, Mathias Zeller, Understanding Mediation Support Structures, Swisspeace, Bern 2017, S. 1 Fn. 1; Ani Yeghiazaryan, Vermittlung als ein Mittel zur Streitbeilegung im Völkerrecht, Kiel 2018, S. 16.

56 A/RES/43/51; dem Komitee auf Empfehlung des Sechsten Komitees durch die Generalversammlung zugewiesen A/Res/38/141.

57 A/RES/46/59.

58 A/RES/50/50; dem Komitee durch die Generalversammlung zugewiesen A/45/49; durch Guatemala in die Generalversammlung eingebracht A/45/143.

59 A/RES/67/95.

60 A/67/33, S. 10.

61 A/70/33, S. 6, Rn. 14 f.

62 A/74/33, S. 12 ff., Rn. 54–61.

*„Recognizing the important role of the good offices of the Secretary-General, including in the mediation of disputes, we support the Secretary-General's efforts to strengthen his capacity in this area.“*⁶³

Im Anschluss an den World Summit erarbeitete der Generalsekretär bis 2009 einen Bericht zur Verbesserung der Mediation,⁶⁴ dem 2011 eine Resolution der Generalversammlung zu *„Strengthening the role of mediation in the peaceful settlement of disputes, conflict prevention and resolution“* folgte.⁶⁵ 2012 veröffentlicht der Generalsekretär im Anhang seines Berichts zur Stärkung der Mediation die *Guidance for Effective Mediation*.⁶⁶ Die darin enthaltene Beschreibung dessen, was Mediation ist, verdeutlicht den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung:

„Mediation is a process whereby a third party assists two or more parties, with their consent, to prevent, manage or resolve a conflict by helping them to develop mutually acceptable agreements. The premise of mediation is that in the right environment, conflict parties can improve their relationships and move towards cooperation. Mediation outcomes can be limited in scope, dealing with a specific issue in order to contain or manage a conflict, or can tackle a broad range of issues in a comprehensive peace agreement.

*Mediation is a voluntary endeavour in which the consent of the parties is critical for a viable process and a durable outcome. The role of the mediator is influenced by the nature of the relationship with the parties: mediators usually have significant room to make procedural proposals and to manage the process, whereas the scope for substantive proposals varies and can change over time.“*⁶⁷

Die Guidance wurde durch die Generalversammlung ohne Abstimmung zur Kenntnis genommen,⁶⁸ nachdem sie ohne die Mitarbeit eines der Komitees oder der ILC durch das Generalsekretariat erarbeitet worden war. Anders als im Fall des Handbuchs, lag die Federführung im Fall der Guidance dabei in den politischen Abteilungen des Generalsekretariats und nicht in der Rechtsabteilung.⁶⁹ Es ist einer der wichtigsten Aspekte der

63 A/RES/60/1, S. 21, Rn. 76.

64 S/2009/189.

65 A/RES/65/283.

66 A/66/811.

67 A/66/811, Annex, S. 21.

68 A/RES/66/291.

69 Beispielhaft werden die Guidance und ihr Inhalt in dem Video, mit welchem die UNO die Guidance 2012 auf Youtube bewarb, allein durch Vertreter*innen der

Guidance, dass diese einen holistischen Ansatz verfolgt. In diesem Ansatz sind rechtliche Erwägungen, gepaart mit einem normativen Rahmen, nur eines der acht „fundaments“ der Friedensmediation:

„Preparedness, Consent, Impartiality, Inclusivity, National ownership, International law and normative frameworks, Coherence, coordination and complementarity of the mediation effort, Quality peace agreements“⁷⁰

Somit finden sich in der Guidance rechtliche Gesichtspunkte im engeren Sinne neben methodischen Prinzipien der Mediation wie „preparedness“ oder primär politischen Normen wie „inclusivity“ wieder, die jedoch zugleich über – im engeren Sinne – juristische Entsprechungen verfügen. Dieses scheinbar gleichrangige bzw. ohne Rang oder Reihenfolge eingetretene Nebeneinander stellt jedoch zugleich neue Herausforderungen dar. Zumal manche Akteure die Guidance als übermäßig normativ und damit als die eigentlichen kreativen Lösungspotentiale der Mediation beschneidend wahrnehmen:

„A quick comparison of peace processes over the past 25 years shows no evidence that the absence of amnesty, the existence or absence of provisions on truth and reconciliation, or the inclusion of civil society have made a difference in terms of the durability or sustainability of those peace processes. What past experience does bear out is the complexity of the choices each one of these issues involves.“⁷¹

Sehr aufschlussreich sind in dieser Hinsicht einige Zitate anonymer Interviewpartner aus dem Feld der Friedensmediation, die in einer höchst relevanten Studie der Schweizer Friedensstiftung *Swisspeace* enthalten sind:

„Some people only look at their norms, they only care about their own norms – they do not give a damn about the process, they do not give a damn about the parties. And [...] as long as the norms are in the document, they are happy.“⁷²

„I think every single mediation process, for the expediency of time to end violence, sacrifices some of those norms along the way. I think that is not

politischen Abteilungen vorgestellt, vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=wW KuztLSgwK>, (Stand 1.2.2019).

70 A/66/811, Annex, S. 24.

71 Jean Arnault, Legitimacy and peace processes: international norms and local realities, Accord: an international review of peace initiatives (2014), 21, 25.

72 Sara Hellmüller, Julia Palmiano Federer, Mathias Zeller, The Role of Norms in International Peace Mediation, *swisspeace*; NOREF, Bern 2015, S. 8.

*ideal, but I think someone who has started out as an idealist realizes that, pragmatically, that is going to happen along the way.*⁷³

„It was very openly accepted that human rights had to be disregarded in this peace agreement so that the war can end. Personally, I think that was completely correct. I had not lost sleep over that at all. I would have if it was the other way around.“⁷⁴

Neben diesen Zitaten zeigen auch Beispiele aus der Mediationspraxis, dass etwa das Amnestieverbot für schwerste Verbrechen, welches in der Guidance explizit benannt wird,⁷⁵ keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellt. Im malischen Friedensprozess in den Jahren 2014 und 2015 war die UNO zwar beteiligt, die Mediation wurde jedoch primär durch Algerien geleitet.⁷⁶ Im Rahmen dieses Prozesses wurde eine Amnestie – auch für schwerste Verbrechen – intensiv erörtert und konnte gerade noch durch die beteiligten UN-Vertreter*innen verhindert werden.⁷⁷

All dies zeigt, dass rechtliche Normativität, eingereiht neben politischen Normen und methodischen Prinzipien, durch einzelne Mediationsakteure und Konfliktparteien zum Teil als relativ angesehen wird und somit Gegenstand individueller Abwägungen wird. Laurie Nathan argumentierte in einem mit dem Verfasser geführten Interview etwa, das Amnestieverbot könne zulasten des Rechts auf Leben abgewogen werden. Mediator*innen würden dies jedoch nicht als die Auflösung eines rechtlichen Normenkonflikts betrachten:

„Mediators themselves would say don't be pious, pay attention to the reality. You can whistle about international norms as long as you like but in the meantime people are killing each other. So mediators might respond [to] your question by being pragmatic, whereas one could cast the debate as a contest or conflict between different international norms [...].“⁷⁸

73 Sara Hellmüller, Julia Palmiano Federer, Mathias Zeller, The Role of Norms in International Peace Mediation, swisspeace; NOREF, Bern 2015, S. 9.

74 Sara Hellmüller, Julia Palmiano Federer, Mathias Zeller, The Role of Norms in International Peace Mediation, swisspeace; NOREF, Bern 2015, S. 9.

75 A/66/811, Annex, S. 17.

76 Arthur Boutellis, Marie-Joëlle Zahar, A Process in Search of Peace: Lessons from the Inter-Malian Agreement, International Peace Institute, New York 2017, S. 2.

77 Arthur Boutellis, Marie-Joëlle Zahar, A Process in Search of Peace: Lessons from the Inter-Malian Agreement, International Peace Institute, New York 2017, S. 39.

78 Interview mit Laurie Nathan vom 14.5.2018.

Neben dieser vermeintlichen Abwägbarkeit rechtlicher Normen impliziert der Titel *Guidance on Effective Mediation*, dass es sich bei (völker-)rechtlichen Normen lediglich um eine Effektivitätsressource handelt. Diese Aussage, die nicht viel mehr als eine autoritative Behauptung ist, macht die Effektivität rechtskonformer Mediation zum Gegenstand empirischer Überprüfbarkeit.⁷⁹ Inwieweit die Befolgung bestimmter rechtlicher Normen im Hinblick auf die Effektivität der Streitbeilegung methodisch sauber erforschbar ist, bleibt eine sozialwissenschaftliche Frage. Schon an einer allgemeingültigen Definition dessen, was Effektivität bedeutet, lässt sich zweifeln.⁸⁰ Das Ergebnis einer solchen Untersuchung kann der Ausgangspunkt einer rechtspolitischen Debatte sein. Die Herangehensweise im Rahmen der *Guidance* negiert jedoch ein Wesensmerkmal des Rechts, wenn sie aus der vermeintlichen Ineffektivität rechtskonformer Mediation sogleich eine Dispositionsbefugnis der Mediator*in oder der Konfliktparteien darüber annimmt, ob die jeweiligen Normen innerhalb des Verfahrens gelten.

Gleichwohl existieren in Praxis und Wissenschaft auch Stimmen, welche das Wesen und die Relevanz völkerrechtlicher Normen für die Friedensmediation betonen.⁸¹ Allerdings beschreibt *Catherine Kessedjian* die Situation adäquat, wenn sie angesichts der rhetorischen Frage nach der Rolle des

79 *Jean Arnault*, Legitimacy and peace processes: international norms and local realities, *Accord: an international review of peace initiatives* (2014), 21, 24 („Does consistency with this normative framework contribute to reinforcing ‚the durability of a peace agreement‘ as argued in the UN Guidance?“).

80 *Marieke Kleitboer*, Understanding Success and Failure of International Mediation, *Journal of Conflict resolution* 4 (1996), 360, 361 ff.

81 *Lars Kirchhoff*, Constructive interventions, *Alphen aan den Rijn* [u.a.] 2008, S. 302 f.; *Philipp Kastner*, Legal normativity in the resolution of internal armed conflict, Cambridge 2015; *Catherine Turner*, Editorial Comment: Law and Negotiation in Conflict – Theory, Policy and Practice, *Global Policy* 7 (2016), 256, 257 m.w.N.; *Martin Wählisch*, Peacemaking, Power-Sharing and International Law: Imperfect Peace, Oxford 2018; *Onur Bakiner*, Why Do Peace Negotiations Succeed or Fail? Legal Commitment, Transparency, and Inclusion during Peace Negotiations in Colombia (2012–2016) and Turkey (2012–2015), *Negotiation Journal* 35 (2019), 471, 490 f.; *Anja Weichold*, Internationale Mediation – die alternative Streitbeilegung durch Hinzuziehung eines Dritten, in: Meller-Hannich u. a. (Hrsg.), *Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder*, Baden-Baden 2020, S. 249–268; *Anne Holper*, *Lars Kirchhoff*, Friedensmediation im Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik, in: Holper u. a. (Hrsg.), *Friedensmediation: Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik*, Baden-Baden 2020, S. 195, 208 f.

Rechts in der Mediation konstatiert: „*Beaucoup d’auteurs répondraient que la médiation se situe ,en dehors du droit‘ ou ,en marge du droit‘.*“⁸²

Angeichts dieser Umstände muss mit den Worten Sir Arthur Watts ganz grundlegend gefragt werden: „*is international law important – and if so, how and why?*“⁸³ Watts war nach der Auflösung Jugoslawiens als Mediator in Fragen der Staatennachfolge tätig.⁸⁴ Die zitierte Frage warf er einige Jahre später in einem Sammelband auf, ohne sich dabei auf die Friedensmediation zu beziehen. Betrachtet man die bis zu diesem Punkt dargestellte Entwicklung des Verhältnisses von Völkerrecht und Friedensmediation, drängt sich die Frage in diesem Zusammenhang gleichwohl auf. Ein Grund für diese Frage kann in dem Umstand gesehen werden, dass insbesondere mit Blick auf die Mediation, die rechtliche Frage der Kodifikation und der Verfahrensregeln unbeantwortet geblieben ist und die Ausgestaltung stärker politisierten Akteuren überlassen wurde.

Diese Frage ist umso relevanter, als dass die Friedensmediation ein Mittel friedlicher Streitbeilegung ist, dessen Relevanz stetig zunimmt.⁸⁵ Neben der UN, regionalen Organisationen wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)⁸⁶ oder der Afrikanische Union (AU),⁸⁷ sowie den klassischen staatlichen Akteuren, wie der Schweiz und Norwegen, bauen vermehrt auch andere Beteiligte ihre Mediationskapazitäten aus. Hierzu zählen etwa der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) der Europäischen Union (EU)⁸⁸ oder das deutsche Auswärtige Amt, welches 2014 eine eigene „Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge (Abteilung S)“ geschaffen hat, die explizit auch

82 Catherine Kessedjian, *Le tiers impartial et indépendant en droit international : juge, arbitre, médiateur, conciliateur : cours général de droit international*, RdC 403 (2020), 49, 204.

83 Arthur Watts, *The importance of International Law*, in: Byers (Hrsg.), *The role of law in international politics : essays in international relations and international law*, Oxford 2000, S. 5, 5.

84 Arthur Watts, *State succession : some recent practical legal problems*, in: Götz u. a. (Hrsg.), *FS Jaenicke*, Berlin [u.a.] 1998, S. 397, 406.

85 David Lanz, *Friedensmediation im internationalen politischen Umfeld: Herausforderungen und Nischen für Deutschland*, in: Holper u. a. (Hrsg.), *Friedensmediation: Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik*, Baden-Baden 2020, S. 35, 35.

86 OSZE, *Mediation and Dialogue Facilitation in the OSCE*, <http://www.osce.org/secrariat/126646?download=true>, Stand 22.10.2020.

87 AU, *AUC Moves to Enhance Capacities to Support African Mediation Efforts*, 30.05.2019, <https://au.int/en/pressreleases/20190530/auc-moves-enhance-capacities-support-african-mediation-efforts>, Stand 22.10.2020.

88 ABl. der EU C 23/16 vom 21.1.2021.

Mediation zu ihren Aufgaben zählt und ihr diesbezügliches Engagement intensiviert.⁸⁹ Gleichzeitig wachsen nicht nur die Mediationskapazitäten, sondern auch die Zahlen tatsächlich stattfindender Friedensmediationen.⁹⁰ Schon bei der Veröffentlichung der Guidance hielt *Ban-Ki Moon* fest: „*the field of mediation has become [...] crowded.*“⁹¹

III. Gang der Untersuchung

Dieses Buch geht der Frage nach, welche Rolle völkerrechtliche Normen innerhalb dieses dicht besetzten Feldes der Friedensmediation einnehmen. Es soll zeigen, dass es keinen Grund für die Annahme gibt, Mediationsverfahren seien rechtsfreie Räume. Damit folgt diese Untersuchung in umgekehrter Reihenfolge den von *Watts* aufgestellten Fragen. In einem ersten Schritt wird herausgearbeitet, wieso Völkerrecht in der Friedensmediation wichtig ist. Das zentrale Argument liegt darin, dass Rechtskonformität eine Legitimationsquelle für die Mediation und die daran beteiligten Akteure darstellt. Voraussetzung für diese Argumentation ist zuerst die Klärung dessen, was Legitimität bedeutet (B). Diese begriffliche Einordnung erfolgt anhand einer Differenzierung zwischen Legitimität als normativem sowie als deskriptiven Begriff. Dabei werden unterschiedliche Charakteristika dieser beiden Begriffskomponenten aufgefächert, um sich so der Bedeutung des Begriffs und seiner Funktion im Rahmen dieser Untersuchung anzunähern.

Im Anschluss daran wird gezeigt, aus welchen Gründen die Friedensmediation der Legitimation bedarf (C). Dabei werden zunächst die unterschiedlichen Mediationsverständnisse – vom Unterbreiten von Vorschlägen, über Kommunikationsunterstützung zu Druckausübung auf die Parteien – als Bezugspunkt der Legitimität dargestellt. Ausgehend von diesen Unterschieden stellt sich die Frage nach dem jeweiligen prozessbezogenen Legitimationsbedarf. An dieser Stelle setzt sich die Untersuchung damit

89 *Dorothee Hutter*, Deutschland intensiviert Friedensmediation, *Zeitschrift für Konfliktmanagement* 19 (2016), 226–227; *Olaf Claus*, Deutschland als Akteur in der Internationalen Friedensmediation, Frankfurt am Main 2017, S. 7 ff; *Julia von Döbeneck*, Deutschland als Mediationsakteur: Entwicklung und konzeptionelle Grundlagen, in: Holper u. a. (Hrsg.), *Friedensmediation: Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik*, Baden-Baden 2020, S. 45, 51 ff.

90 *Peter Wallensteen, Isak Svensson*, Talking peace: International mediation in armed conflicts, *Journal of peace research* 51 (2014), 315, 317 m.w.N.

91 A/66/811, S. 6.

auseinander, ob und wie ein Vorschlag oder die mediationstypische Kommunikationsunterstützung Legitimationsbedarf generiert, obwohl dies – anders als bei Druckausübung – im ersten Zugriff kontraintuitiv erscheint. Im Anschluss wird der von einzelnen Verfahrensausgestaltungen unabhängige, materielle, Legitimationsbedarf erörtert. Hier soll zwischen unmittelbarer, mittelbarer und potentieller Freiheitsverkürzung unterschieden werden. Zur Veranschaulichung dieser Kategorien werden mehrere Fallbeispiele herangezogen.

Im Folgenden wird der Fokus auf die Rechtskonformität als notwendige Legitimitätsressource der Friedensmediation gelegt und damit gezeigt, dass und wie Völkerrecht für die Mediation wichtig ist (D). Hierbei wird zunächst die Stellung des Rechts im Gefüge unterschiedlicher Legitimationsnarrative verortet, bevor das Recht als eigenständige und sodann als andere Legitimitätsressourcen ergänzende Komponente in den Blick genommen wird. Dieser Funktion des Rechts mit seinem legitimatorischen Potential in der Friedensmediation wird daraufhin die Frage nach den Grenzen dieses Potentials gegenübergestellt.

Im Rahmen des Fazits (E) werden die Erkenntnisse der Untersuchung im Hinblick auf Verantwortung und Verantwortlichkeit der unterschiedlichen, an Verfahren der Friedensmediation beteiligten Akteure praktisch zusammengeführt. In diesem Zusammenhang werden neben den Konfliktparteien selbst und den Mediationsakteuren auch Geldgeber*innen, Mediationsunterstützung und die Internationale Gemeinschaft in den Blick genommen.

B. Bedeutung von Legitimität für die Friedensmediation

Bewaffnete Konflikte, ganz gleich welcher Art, stellen mindestens zwei Dinge in Frage. Einerseits fordern sie die Rechtsbefolgungsreflexe des Individuums und von Kollektiven heraus, andererseits ist Gewalt in dieser Form in der Gegenwart immer auch damit verbunden, die Legitimität der jeweils anderen Konfliktpartei anzuzweifeln. Zugleich gefährdet die Verquickung dieser Aspekte die Legitimität beider Parteien aus der Perspektive der internationalen Gemeinschaft.

Gerade im Fall nicht-internationaler bewaffneter Konflikte findet sich eine Verbindung der beiden dargestellten Themenkomplexe Legitimität und Gewalt. Wenn die Konfliktparteien sich gegenseitig den Anspruch auf Autoritätsausübung absprechen und zugleich nicht in der Lage oder nicht willens sind, den Anforderungen des Völkerrechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts und grundlegender Menschenrechte, zu entsprechen,⁹² werden die Ansprüche und Stellungen der Konfliktparteien ihrerseits durch die internationale Gemeinschaft in Zweifel gezogen. Stattdessen üben dann externe Akteure Autorität innerhalb des umkämpften Territoriums aus. Die Intensität, die Form und die Akteure einer solchen Intervention können sich dabei wesentlich unterscheiden. Sie reichen von der unmittelbaren Verwaltung durch die Vereinten Nationen, wie im Falle der UNMIK im Kosovo,⁹³ über Polizeiemissionen der EU, wie EUPOL in Bosnien und Herzegowina,⁹⁴ bis hin zur Wahlbeobachtung durch die Afrikanische Union, die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC) und andere Akteure der internationalen Gemeinschaft in Madagaskar.⁹⁵ Dieser Verlagerung kann dabei ein militärisches Eingreifen vorausgehen,

92 Zu Rechtsverstößen als prägendem Charakteristikum asymmetrischer Konflikte *Wolff Heintschel von Heinegg*, *Asymmetric Warfare – How to Respond*, in: Pedrozo u. a. (Hrsg.), *International Law and the Changing Character of War*, Newport 2011, S. 464, 470.

93 *Ursel Alice Reich*, *Internationale Verwaltung im Kosovo*, Baden-Baden 2012, S. 57.

94 *Sammi Sandawi*, *Kohärentes Krisenmanagement? Die Operationen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf dem Balkan und im Kongo*, in: Jopp u. a. (Hrsg.), *Kollektive Außenpolitik – Die Europäische Union als internationaler Akteur*, Baden-Baden 2008, S. 121, 125 ff.

95 *Antonia Witt*, *Undoing Coups: The African Union and Post-coup Intervention in Madagascar*, London 2020, S. 172 ff.

wie im Fall des Kosovo oder Bosnien und Herzegowina, kann aber auch das Ergebnis politischen und wirtschaftlichen Drucks sein, wie in Madagaskar.

Friedensmediation findet inmitten des so umrissenen Spannungsfelds statt. Sie partizipiert an den normativen Herausforderungen des Völkerrechts, die in bewaffneten Konflikten besonders zutage treten. Zudem sieht sie sich mit Parteien konfrontiert, deren Legitimität in vielerlei Hinsicht infrage gestellt wird. Dieses Spannungsverhältnis wird häufig in einer Weise aufzulösen versucht, die jenseits strikter Legalität flexiblere Ideen der Legitimität aufgreift.⁹⁶ Während im Fall der Kosovo-Intervention der Verweis auf Menschenrechtsverletzungen den Einsatz militärischer Gewalt legitimieren sollte,⁹⁷ zielt die Friedensmediation darauf ab, mit der Beendigung militärischer Gewalt Zugeständnisse bei der Aufarbeitung unter anderem solcher Verbrechen zu legitimieren. Daran zeigt sich, wie unterschiedlich Legitimationsnarrative eingesetzt werden können. Auch wenn die kompromittierten Rechtsnormen dabei ebenfalls unterschiedliche sind, ist fraglich, ob die behauptete zugrundeliegende Möglichkeit einer weitestgehend von der Legalität losgelösten Legitimität so auch existiert. Vielmehr scheint der bloße rechtfertigende Verweis auf das Angestrebte hinter einer komplexeren Legitimationstheorie zurückzubleiben.⁹⁸

Unklar ist, wieso Friedensmediation überhaupt legitimationsbedürftig sein sollte und wie stark dieser Bedarf ausgeprägt ist. Zudem ist in Bezug auf das Mediationsverfahren noch nicht hinreichend erklärt, warum gerade bestimmte Praktiken dazu geeignet sind, eine legitimierende Wirkung zu entfalten. Dem vorgelagert ist jedoch die Frage nach der ganz grundsätzlichen Relevanz von Legitimität. Abgesehen vom intuitiven Sprachge-

96 *Independent International Commission on Kosovo*, The Kosovo report: conflict, international response, lessons learned, Oxford [u.a.] 2000, S. 164 („this gray zone goes beyond strict ideas of legality to incorporate more flexible views of legitimacy.“); kritisch dazu *Anthea Roberts*, Legality vs. Legitimacy: Can Uses of Force be Illegal but Justified?, in: Alston u. a. (Hrsg.), *Human Rights, Intervention, and the Use of Force*, Oxford 2008, S. 179, 179 f.; dies als mögliches Zeichen der Krise des Völkerrechts lesend *Heike Krieger, Georg Nolte*, *The International Rule of Law – Rise or Decline? Points of Departure*, KFG Working Paper Series Nr. 1, Berlin Potsdam Research Group „The International Rule of Law – Rise or Decline?“, Berlin 2016, S. 22.

97 Vgl. *Allen Buchanan*, *Human rights, legitimacy, and the use of force*, Oxford [u.a.] 2010, S. 321, 324.

98 Vgl. *Fritz W. Scharpf*, *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 66; *Michael Zürn*, *Regieren jenseits des Nationalstaates: Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt am Main 1998, S. 236.

fühl, welches „legitim“ positiv und „illegitim“ negativ konnotiert, bleibt die Frage, warum es für das Mediationsverfahren wichtig ist, legitim zu sein, bzw. als legitim wahrgenommen zu werden.

Trotz der darin offen zur Schau getragenen Skepsis ob des Begriffs, eignet sich als Ausgangspunkt für die Suche nach der Bedeutung von Legitimität für Friedensmediation ein Zitat *Martti Koskeniemi*, der schreibt, der Begriff werde benutzt „to ensure a warm feeling in the audience“.⁹⁹ Demnach sei Legitimität eine Ersatznormativität, welche das positive Recht ablöse und nicht zur Analyse der Macht geeignet sei, da sie selbst durch jene geprägt werde, die Machtpositionen inne haben.¹⁰⁰ Diese Behauptung ist in ihrem Kern sicher richtig. *David Beetham* hat in seinem grundlegenden Buch zur Legitimation von Macht diese Wechselwirkung zwischen den normativen Kriterien der Macht und den Interessen derer, die sie inne haben, bereits anschaulich offen gelegt.¹⁰¹ Auch *Max Weber* schreibt bereits, dass Herrschaft – die für ihn eine Unterform von Macht ist – sich nicht „freiwillig mit den nur materiellen oder affektuellen oder nur wertrationalen Motiven als Chance ihres Fortbestands [begnügt]. Jede sucht vielmehr den Glauben an ihre ‚Legitimität‘ zu erwecken und zu pflegen.“¹⁰²

Insofern findet sich *Koskeniemi* Kritik in der politikwissenschaftlichen und soziologischen Forschung zur Legitimität und Macht wieder. Der hervorgehobene Kontrast zwischen Legitimität als konturlosem Beschwichtigungsbegriff und dem der Legalität als klar abgrenzbaren Terminus muss allerdings vor dem historischen Hintergrund von 2007 gesehen werden, als die Erfahrung der völkerrechtswidrigen Intervention im Irak noch aktuell war. So verwundert es auch nicht, dass *Koskeniemi* eben dieses Beispiel heranzieht. Von diesem Beispiel abstrahiert bleibt jedoch die Erkenntnis, dass nicht nur der Begriff der Legitimität, mitsamt seinen Kriterien, primär durch jene geprägt ist, die er zur Rechtfertigung zwingen will, sondern, dass eben diese Wechselwirkung der Macht auch für das

99 *Martti Koskeniemi*, Formalism, Fragmentation, Freedom: Kantian Themes in Today's International Law, No foundations: journal of extreme legal positivism 4 (2007), 7, 16.

100 *Martti Koskeniemi*, Formalism, Fragmentation, Freedom: Kantian Themes in Today's International Law, No foundations: journal of extreme legal positivism 4 (2007), 7, 16.

101 *David Beetham*, The legitimation of power, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 64, 83, 99.

102 *Max Weber*, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922, S. 128; in diesem Kontext auch zitiert bei *Jan Klabbers*, Setting the Scene, in: Klabbers u. a. (Hrsg.), The constitutionalization of international law, Oxford [u.a.] 2009, S. 1, 37.

Recht gilt.¹⁰³ Wichtig ist dabei letztlich, dass die Kriterien offengelegt werden, die den Kategorien „legal/illegal“ und „legitim/illegitim“ zugrunde liegen. Gerade das Beispiel der US-Invasion im Irak verdeutlicht, dass zum einen die Kategorie „legal/illegal“ ebenfalls einem durch Machtinteressen geprägten Diskurs unterliegt.¹⁰⁴ Zum anderen zeigt sich, dass die Kategorie „legitim/illegitim“ ebenfalls geeignet ist, um derartige unilaterale Machtausübungen jenseits der Legalität in Frage zu stellen.¹⁰⁵ Darüber hinaus stellen die Kategorien eben keine alternativen Angebote für einen grundlegenden Bedarf an Normativität dar, der entweder mit einem vermeintlich harten oder einem vermeintlich weichen Begriff beantwortet werden kann.¹⁰⁶ Vielmehr zeigt sich auch am Beispiel der US-Invasion im Irak, dass Legitimität und Legalität interdependent sind.¹⁰⁷ So etwa, als die vom 22. Franko-Afrikanischen Gipfel beschlossene „Déclaration sur l'Irak“ im Hinblick auf Sicherheitsratsresolution 1441¹⁰⁸ erklärte: „*le désarmement de l'Irak est l'objectif commun de la communauté internationale [...] le seul cadre légitime pour en traiter sont les Nations Unies.*“¹⁰⁹ Legitimität hängt demnach zumindest auch damit zusammen, ob Macht in Übereinstimmung mit bestimmten Rechtsnormen – hier denen der UN-Charta – ausgeübt wird.

103 David Beetham, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 67.

104 David Beetham, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 272; vgl. Ian Hurd, *How to Do Things with International Law*, Princeton 2017, S. 67 ff.

105 Anschauliche Kritik der Legitimität anhand der von George W. Bush Jr. selbst vorgetragenen Kriterien Gerhard Beestermöller, *Die USA – legitime Autorität für einen Krieg gegen den Irak?*, Sicherheit und Frieden 21 (2003), 20, 25; grundlegend zur machtbegrenzenden Wirkung von Legitimitätskriterien David Beetham, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 35.

106 Vgl. Ian Clark, *Legitimacy in international society*, Oxford [u.a.] 2005, S. 207 f.; Georges Abi-Saab, *The Security Council as legislator and as executive in its fight against terrorism and against proliferation of weapons of mass destruction: the question of legitimacy*, in: Wolfrum u. a. (Hrsg.), *Legitimacy in International Law*, Berlin [u.a.] 2008, S. 109, 116.

107 Vom Irakkrieg losgelöst David Beetham, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 97 f.

108 S/RES/1441.

109 Zitiert nach Georges Abou, *Sommet France-Afrique 2003*, http://www1.rfi.fr/actufr/articles/038/article_20125.asp, Stand 22.10.2020.

Wenn auch der Vorwurf zurückgewiesen werden muss, Legitimität sei Ersatznormativität,¹¹⁰ so verdeutlicht allein der Umstand, dass dieser Vorwurf plausibel vorgebracht werden kann, die Relevanz des Begriffs. Ein Konzept, dem eine derart starke Rechtfertigungswirkung zugeschrieben werden kann, dass es vermeintlich an die Stelle rechtsverbindlicher Normen, wie der UN-Charta, zu treten vermag, muss das Interesse jener wecken, die Macht ausüben. Das von *Koskenniemi* problematisierte warme Gefühl unter den Zuschauern klingt aus der Perspektive derer, die der Metapher nach auf der Bühne stehen, weniger wie ein Vorwurf oder wie berechtigte Kritik, sondern vielmehr wie das offensichtliche Ziel eines jeden Auftritts. Das trifft auch auf Mediator*innen, Parteien und jene Akteure zu, die den Prozess finanzieren und unterstützen.

Dieses Phänomen ist als solches jedoch wenig greifbar, gerade bei dem hier vorgenommenen Versuch, es von seiner positiven Seite zu betrachten. Dagegen existieren handfeste Gründe für das Interesse an der Legitimität. Sie lassen sich – entlang verschiedener Begriffstraditionen – auf zwei unterschiedlichen Wegen beschreiben: zum einen über Legitimität als normativem Begriff, zum anderen über ihre Bedeutung als empirisch erfassbares Phänomen. Dabei zeigt sich letztlich, dass eine solche Aufteilung nicht in voller Konsequenz durchzuhalten ist,¹¹¹ da beide Dimensionen des Begriffs miteinander verwoben sind.¹¹² Demnach handelt es sich bei den Topoi „normative Legitimität“ und „deskriptive Legitimität“ nicht um eine strikt abgrenzbare Dichotomie, sondern lediglich um eine Annäherung an eine solche. Berücksichtigt man dies, vermag die Behandlung des Begriffs der Legitimität entlang dieser Aufteilung das Phänomen anschaulich zu er-

110 So: *Martti Koskenniemi*, Formalism, Fragmentation, Freedom: Kantian Themes in Today's International Law, No foundations: journal of extreme legal positivism 4 (2007), 7, 16.

111 Vgl. *Jürgen Habermas*, Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: von Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Opladen, 1976, S. 39, 58 f.; wobei die dort vorgeschlagene Auflösung der Problematik für die hier verfolgten Zwecke nicht zielführend ist; eine solche Aufteilung vornehmend und zugleich von der „inescapable normativity of legitimacy“ schreibend *Achim Hurrelmann, Steffen Schneider u. a.*, Introduction: Legitimacy in an age of politics, in: Hurrelmann u. a. (Hrsg.), Legitimacy in an age of global politics, Basingstoke [u.a.] 2007, S. 1, 3.

112 *David Beetham*, The legitimization of power, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 246; *Daniel Bodansky*, Legitimacy in international law and international relations, in: Dunoff u. a. (Hrsg.), Interdisciplinary perspectives on international law and international relations: The state of the art, Cambridge [u.a.] 2013, S. 321, 327.

fassen. Schlussendlich gilt es zu berücksichtigen, dass im Sprachgebrauch der deutschen Staatslehre zudem eine Unterscheidung zwischen Legitimität als Zustand und Legitimation als Prozess, der zu diesem Zustand führt, vorgenommen wird.¹¹³

I. Bedeutung normativer Legitimität

Betrachtet man Legitimität aus normativer Perspektive, so ist sie ein Konzept, das die Rechtmäßigkeit¹¹⁴ bzw. die Richtigkeit von Herrschaft beschreibt. Diesbezüglich eignet sich der Begriff der Richtigkeit, um den Unterschied zwischen juristischen und nicht-juristischen Verständnissen zu verdeutlichen. Andernfalls wäre die Differenzierung zwischen legal und legitim, wie sie auch zuvor diskutiert wurde, hinfällig und es würde sich dabei lediglich um Synonyme handeln.¹¹⁵ Dagegen geht es vielmehr darum, dass die „Richtigen“ Macht ausüben, dass die politische Ordnung anerkennungswürdig ist.¹¹⁶ Legitimität bedeutet demnach, ein philosophisch, politiktheoretisch, aber auch religiös oder anderweitig begründetes moralisches Recht auf die Macht zu haben.¹¹⁷ Es ist damit keine Beschreibung derer, die Macht ausüben, sondern eine Zuschreibung. Wer oder was legitim ist, hängt demnach davon ab, wessen moralisches Urteil hierfür entscheidend ist. Hierin liegt eines der zentralen Probleme normativer Legitimität. Ihr Gehalt hat sich als historisch nicht konstant erwiesen.

113 Christoph Möllers, Staat als Argument, München 2000; Florian Meinel, Die Legalisierung der Legitimation. Zu einem deutschen Verfassungsproblem, Merkur 68 (2014), 767, 768; Kerstin Odendahl, Gibt es eine völkerrechtliche Legitimität von Regierungen?, in: Odendahl u. a. (Hrsg.), Aus Kiel in die Welt, FS Walther-Schücking-Institut, Berlin 2014, S. 99, 105 f. m.w.N.; sich davon absetzend Christina Binder, Lando Kirchmair, Die Legitimität internationaler Wahlstandards: Völkerrechtliche Defizite und eine politikwissenschaftliche Perspektive, AVR 55 (2017), 383, 386 Fn. 9.

114 Rainer Forst, Legitimität, Demokratie und Gerechtigkeit, in: Flügel-Martinsen u. a. (Hrsg.), FS Schmalz-Bruns, Wiesbaden 2014, S. 137, 138.

115 Vgl. Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt am Main 1973, S. 134 ff.

116 Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: von Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Opladen 1976, S. 39, 39.

117 Allen Buchanan, The legitimacy of international law, in: Besson u. a. (Hrsg.), The Philosophy of International Law, Oxford 2010, S. 79, 80. Hier wird zunächst mit dem im Verhältnis zu Herrschaft und Autorität weiteren Begriff der Macht im weber'schen Sinne gearbeitet. Siehe hierzu B.I.2.a.

Am deutlichsten wird dies aus heutiger Sicht bei *Carl Schmitt*, der 1932 in seinem Werk „*Legalität und Legitimität*“¹¹⁸ den Versuch unternahm, der Legalität der Weimarer Republik sein Konzept einer antiliberalen Legitimität gegenüberzustellen und damit zugleich überzuordnen. Nachdem der Nationalsozialismus in Deutschland als Staatsform besiegt worden war und spätestens damit auch *Carl Schmitts* Engagement für denselben¹¹⁹ zu Ende ging, wandte sich dieser auch von seinem früheren Verständnis von Legalität und Legitimität ab.¹²⁰ Während sein Satz „*Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet*“¹²¹ den Führerstaat vorweggenommen, wenn nicht gar herbeigesehnt hatte, lehnte er in der deutschen Nachkriegsrechtswissenschaft den Einfluss moralischer Erwägungen, hervorgerufen durch den Begriff der Legitimität, ab.¹²² Lange bevor *Carl Schmitt* der Legalität der Weimarer Verfassung die plebiszitäre Legitimität des deutschen Volkes entgegengestellt hatte,¹²³ war der normative Inhalt der Legitimität im Rahmen des Wiener Kongresses gegen jedwede Form der Mitbestimmung durch die Bevölkerung gerichtet worden.¹²⁴ Umstritten war hier lediglich, ob Legitimität allein historisch über eine weit zurückreichende Dynastie vermittelt werden konnte,¹²⁵ oder ob auch Eroberungen¹²⁶ oder gar die effektive Usurpation im virulenten Falle Napoleons Legitimität vermitteln konnte.¹²⁷ Somit läuft der Begriff der Legitimität Gefahr, sich in einer inhaltlichen Beliebigkeit zu verlieren, die wahlweise mit dynastischen Prinzipien, faschistischer Staatslehre, Demokratie, Menschenrechten oder Effektivitätsgedanken aufgefüllt werden kann. Was bleibt, ist jedoch in

118 *Carl Schmitt*, *Legalität und Legitimität*, München [u.a.] 1932, S. 40, 93 f., 97.

119 Statt vieler *Ingo Müller*, *Furchtbare Juristen: die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz*, München 1987, S. 50 ff.

120 *Reinhard Mehring*, *Carl Schmitts Schrift „Die Lage der europäischen Rechtswissenschaft“*, *ZaöRV* 77 (2017), 853, 870.

121 *Carl Schmitt*, *Politische Theologie*, München 1922, S. 12; *Carl Schmitt*, *Politische Theologie*, 2. Aufl., München [u.a.] 1934, S. 12; vgl. dazu statt vieler *Hasso Hofmann*, „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“, *Der Staat* 44 (2005), 171–186.

122 *Hasso Hofmann*, *Legitimität gegen Legalität*, 4. Aufl., Berlin 2002, S. 247 f.

123 *Jean-François Kervégan*, *Was tun mit Carl Schmitt?*, Tübingen 2019, S. 194 ff.; grundlegend zur Rezeption Schmitts *Jan-Werner Müller*, *Ein gefährlicher Geist*, 2. Aufl., Darmstadt 2011.

124 *Robert Rie*, *Das Legitimitätsprinzip des Wiener Kongresses*, AVR (1955), 272, 272.

125 Vgl. *Robert Rie*, *Der Wiener Kongress und das Völkerrecht*, Bonn 1957, S. 13.

126 Vgl. *Robert Rie*, *Das Legitimitätsprinzip des Wiener Kongresses*, AVR (1955), 272, 281.

127 *Robert Rie*, *Der Wiener Kongress und das Völkerrecht*, Bonn 1957, S. 12.

all diesen Fällen und darüber hinaus, dass Legitimität die Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung beschreibt. Aus dieser Perspektive ist sie für die Friedensmediation relevant. Die Frage nach möglichen Legitimitätsressourcen und ihrer Allgemeingültigkeit wird hingegen an später Stelle aufgegriffen.¹²⁸

Legitimität, verstanden als Anerkennungswürdigkeit, setzt gedanklich die Notwendigkeit der Anerkennung oder aber breiter, der Rechtfertigung voraus. Nur wenn Über-Unter-Ordnungsverhältnisse als rechtfertigungsbedürftig verstanden werden, wenn die Autonomie des Individuums als relevant angesehen wird und ihre Beschränkung gerechtfertigt werden muss, stellt sich die Frage nach der Legitimität. Der Umstand, dass insbesondere das Phänomen der Autorität lange Zeit ohne das Attribut der Legitimität auskam und dieses erst im Verlauf der Frühen Neuzeit hinzutrat,¹²⁹ verdeutlicht, dass Legitimität das Produkt eines geistesgeschichtlichen Prozesses ist.

Für Unklarheit in der Verwendung des Begriffs der Legitimität sorgt indes der Umstand, dass nicht nur das Innehaben einer Machtposition als legitim beschrieben werden kann, sondern auch der einzelne Akt der Machtausübung.¹³⁰ So ist es einerseits möglich, über die Legitimität des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu sprechen. Andererseits ist es aber ebenfalls denkbar, die Legitimität einer seiner verbindlichen Resolutionen zu diskutieren. Der Grund für diese unterschiedlichen Anknüpfungspunkte und den zuweilen alternierenden Gebrauch findet sich in einem der zentralen Streitpunkte der Legitimität. Vor dem Hintergrund des Staates, der Ausgangspunkt der meisten Überlegungen zur Legitimität ist, wird seit jeher diskutiert, ob nicht jede hoheitliche Handlung eines legitimen Akteurs ebenfalls legitim ist. Ob also die Legitimität des Sicherheitsrats die alleinige *conditio sine qua non* einer legitimen Resolution sein kann. An dieser Stelle soll lediglich festgehalten werden, dass Bezugspunkte der

128 Siehe hierzu D.

129 Kurt Röttgers, *Autorität* III., in: Ritter (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. I, Basel 1971, S. 729, 730 ff.

130 Rainer Forst, *Legitimität, Demokratie und Gerechtigkeit*, in: Flügel-Martinsen u. a. (Hrsg.), *FS Schmalz-Bruns*, Wiesbaden 2014, S. 137, 138; David Beetham, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 26; explizit für das Völkerrecht Allen Buchanan, *Justice, legitimacy, and self-determination*, Oxford [u.a.] 2004, S. 302.

Legitimität sowohl Handlungen als auch Beziehungen sein können.¹³¹ Das Verhältnis legitimer Handlungen zu legitimen (Herrschafts-)Beziehungen wird an späterer Stelle erörtert.¹³²

1. Moralische Güte der Friedensmediation

Begriffshistorisch erfolgt der erste Zugriff über die (Herrschafts-)Beziehung.¹³³ Demzufolge kann diese Zuschreibung eines moralischen Rechts auf Machtausübung unterschiedlich stark verstanden werden. In der schwächsten Fassung wird damit lediglich ausgedrückt, der Versuch Macht auszuüben sei moralisch zulässig.¹³⁴ Diese Aussage ist als bloße Negativdefinition zu verstehen, nach der es genügt, dass der Versuch nicht moralisch unzulässig ist.¹³⁵ Deutlich enger ist dagegen das Verständnis, welches gute moralische Gründe für die Machtausübung einer Institution beinhaltet.¹³⁶ Mit Blick auf die Friedensmediation lässt sich diese Unterscheidung in zwei unterschiedlichen Aussagen verdeutlichen:

- a) Es ist moralisch nicht unzulässig, dass dieser Mediationsprozess so stattfindet.
- b) Es ist moralisch gut, dass dieser Mediationsprozess so stattfindet.

131 Vgl. *Hasso Hofmann*, Legitimität und Rechtsgeltung: verfassungstheoretische Bemerkungen zu einem Problem der Staatslehre und der Rechtsphilosophie, Berlin 1977, S. 11.

132 Siehe hierzu B.I.2.a.

133 *Hasso Hofmann*, Legalität, Legitimität, in: Ritter u. a. (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. V, Basel 1980, S. 161, 161.

134 *Allen Buchanan*, The legitimacy of international law, in: Besson u. a. (Hrsg.), *The Philosophy of International Law*, Oxford 2010, S. 79, 83 Fn. 6.

135 So formulierend, aber der stärkeren Definition folgend *Allen Buchanan*, *Robert O Keohane*, The legitimacy of global governance institutions, in: Wolfrum u. a. (Hrsg.), *Legitimacy in International Law*, Berlin [u.a.] 2008, S. 25, 33 Fn. 11; Unterscheidung sowie Entscheidung nicht offenlegend, aber auf den Beitrag von Buchanan in „*Philosophy of International Law*“ verweisend, im vermeintlich identischen Artikel *Allen Buchanan*, *Robert O Keohane*, The Legitimacy of Global Governance Institutions, *Ethics & International Affairs* 20 (2006), 405, 411 Fn. 11.

136 Dem starken Verständnis folgend ohne es zu definieren *Allen Buchanan*/ *Robert O Keohane*, The legitimacy of global governance institutions, in: Wolfrum u. a. (Hrsg.), *Legitimacy in International Law*, Berlin [u.a.] 2008, S. 25, 33 Fn. 11; definiert, aber dem schwachen Verständnis folgend *Allen Buchanan*, The legitimacy of international law, in: Besson u. a. (Hrsg.), *The Philosophy of International Law*, Oxford 2010, S. 79, 83 Fn. 6.

Während Aussage a) nur die Möglichkeiten „moralisch zulässig“ oder „unzulässig“ im Sinne von „legitim/illegitim“ nahelegt, lässt Aussage b) graduelle Unterschiede zu. Wenn die UN Guidance davon spricht, dass bestimmte Maßnahmen förderlich „*in increasing the legitimacy*“¹³⁷ seien, so muss dies so verstanden werden, dass dort von unterschiedlichen Abstufungen ausgegangen wird. Das Mediationsverfahren kann moralisch unterschiedlich gut sein, aber nicht unterschiedlich zulässig. Es wäre zwar denkbar, die moralische Unzulässigkeit graduell als Annäherung an die Zulässigkeit zu konzipieren, aber ein solcher Gebrauch des Begriffs der Legitimität scheint nicht üblich. Wenn die UN Guidance über eine Steigerung der Legitimität spricht, dann gibt es im Umfeld dieser Passage nichts, das den Schluss nahelegen würde, es ginge darum, durch eine Vielzahl von derartigen Maßnahmen einen bis dahin illegitimen Mediationsprozess über die Schwelle der Legitimität zu heben. Vielmehr scheint sich die Steigerung der Legitimität darauf zu beziehen, dass der Mediationsprozess unterschiedlich legitim sein kann, ohne dass seine Illegitimität im Raum steht. Gleichzeitig ermöglicht auch Aussage b), Machtausübung als illegitim und damit als moralisch schlecht zu beschreiben. Dies verdeutlicht erneut die UN Guidance: „*It cannot be assumed that conflict parties have legitimacy [...] Mediation efforts that involve only armed groups may send the signal that violence is rewarded.*“¹³⁸ Dieser Passage liegt ein Verständnis zugrunde, welches Machtausübung für moralisch schlecht erklärt, wenn diese allein durch Gewaltausübung begründet wird.¹³⁹ Damit kann im Sinne von Aussage b) Machtausübung sowohl moralisch gut, als auch schlecht im Sinne von „legitim/illegitim“ sein, während gleichzeitig eine Aussage darüber getroffen werden kann, wie gut sie ist.

Mit Blick auf das Verständnis der UN Guidance von Legitimität liegt es nahe, sich für die verfolgten Zwecke der stärkeren Definition des Rechts auf Machtausübung anzuschließen. Ein Verständnis im Sinne moralisch guter Machtausübung vermag auch das Interesse der Akteure an der Legitimität besser zu erklären. Auch *Martti Koskeniemi* Skepsis angesichts

137 UN, A/66/811, Strengthening the role of mediation in the peaceful settlement of disputes, conflict prevention and resolution, Report of the Secretary-General, S. 25 Rn. 30.

138 Ebd.

139 Zudem beinhaltet die Passage mit dem hier ausgelassenen „with, or represent, the wider public [...]“ auch eine Aussage über das deskriptive Verständnis von Legitimität, auf dass weiter unten eingegangen wird, siehe hierzu A.II.

des warmen Gefühls, welches der Begriff der Legitimität verbreiten soll,¹⁴⁰ lässt sich besser mit Blick auf diese stärkere Lesart des Begriffs verstehen. Zudem zeigt etwa *Armin von Bogdandy* und *Ingo Venzkes* Arbeit zur Legitimation internationaler Gerichte¹⁴¹ sowohl den analytischen Wert, als auch die Anschlussfähigkeit der stärkeren Definition. Sie verweisen hinsichtlich Strategien zur Erarbeitung demokratischer Legitimation durch Gerichte auf die in Art. 11 EUV beschriebenen Grundsätze. Dabei legen sie Wert darauf, dass demokratische Legitimation auf diesem Weg lediglich vertieft werde, dieser aber nicht in der Lage sei, repräsentative Institutionen zu ersetzen.¹⁴² Gerade diese Hervorhebung repräsentativer Institutionen zeigt, dass die dort zugrunde gelegte demokratische Legitimation voraussetzungsreicher ist, als der Begriff der Legitimität, welcher hier ohne den Zusatz „demokratisch“ diskutiert wird.¹⁴³ Gleichwohl verändert sich die Bedeutung von Legitimität durch diesen Zusatz nicht. Die Aussage *Armin von Bogdandys* und *Ingo Venzkes*, dass die Rückkopplung internationaler Gerichte an repräsentative Institutionen nicht ersetzt werden kann, legt nahe, dass die Unterscheidung zwischen legitim und illegitim vorgenommen wird. Wenn aber zudem eine Vertiefung demokratischer Legitimation thematisiert wird, offenbart sich ein Verständnis von Legitimität als einer graduellen Aussage über die moralische Güte der Machtausübung.

In ähnlicher Weise stellt sich auch das Verständnis von Legitimität bei *Jürgen Habermas* dar. Er diskutiert hinsichtlich der spätkapitalistischen Gesellschaft¹⁴⁴ die Frage, ob die Legitimationsnöte, die diese erfahre, die Voraussage einer Legitimationskrise zulasse. Dabei werden Legitimationsdefizite und Legitimationsprobleme synonym für den Begriff der Legitimationsnöte verwendet.¹⁴⁵ In diesem Sinn stellen Legitimationsnöte eine

140 *Martti Koskeniemi*, Formalism, Fragmentation, Freedom: Kantian Themes in Today's International Law, No foundations : journal of extreme legal positivism 4 (2007), 7, 16.

141 Der Begriff des „Gerichts“ wird dort weit bzw. untechnisch im Sinne von „Spruchkörper“ verstanden, um Panels und Appellate Body der WTO, aber auch ICSID Streitbeilegung zu erfassen.

142 *Armin von Bogdandy*, *Ingo Venzke*, In wessen Namen?, Berlin 2014, S. 210.

143 Vgl. zur Abgrenzung des stärkeren Begriffs der Demokratie zu dem der Legitimität *Rainer Forst*, Legitimität, Demokratie und Gerechtigkeit, in: Flügel-Martinsen u. a. (Hrsg.), FS Schmalz-Bruns, Wiesbaden 2014, S. 137, 137, 140.

144 Grundlegend zum Begriff *Claus Offe*, Spätkapitalismus – Versuch einer Begriffsbestimmung, in: Borchert u. a. (Hrsg.), Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt am Main 2006, S. 51–66.

145 *Jürgen Habermas*, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt am Main 1973, S. 103.

graduelle Abwertung der moralischen Güte der Machtausübung dar. Erst die Legitimationskrise ist der Punkt, an welchem die Bewertung der Machtausübung insgesamt von moralisch gut zu moralisch schlecht zu kippen droht und damit die Kategorien „legitim/illegitim“ relevant werden.¹⁴⁶ Auch hier wird daher mit dem stärkeren Verständnis des Rechts auf Machtausübung im Sinne von Aussage b) gearbeitet. Zudem verdeutlicht *Jürgen Habermas*, wie schwer sich der schwache Begriff im Sinne von Aussage a) damit tut, die Voraussetzungen für die Abgrenzung der binären Kategorien „legitim/illegitim“ zu benennen.¹⁴⁷

Damit hat sich gezeigt, dass ein Grund für das Interesse des Mediationsverfahrens und der involvierten Akteure an der Bezeichnung als legitim in der die Zuschreibung liegt, moralisch gute Gründe sprächen für die so bezeichnete Machtposition. Die Ausführungen von *Habermas* zeigen, dass diese Zuschreibung auf der Ebene des Staates erfolgen kann, während *Armin von Bogdandy* und *Ingo Venzke* ihre Anwendbarkeit im internationalen Raum belegen. Die Bedeutung für das Mediationsverfahren besteht darin, dass ganz gleich, ob es die Beilegung eines zwischenstaatlichen oder eines innerstaatlichen Konflikts zum Gegenstand hat, der Macht, die durch das Verfahren ausgeübt wird, durch das Attribut der Legitimität moralische Güte zugesprochen wird. Von eben diesem Attribut kann auch eine am Ende des Mediationsverfahrens stehende Post-Konflikt-Gesellschaftsordnung profitieren.

2. Befolgungspflicht oder Befolungsgrund?

Wird dem Inhaber einer Machtposition über den Begriff der Legitimität zugeschrieben, diese rechtmäßiger bzw. richtiger Weise zu besetzen, stellt sich anschließend eine weitere Frage: Entspricht dem Recht auf Machtausübung auf der anderen Seite der Machtbeziehung eine Pflicht und wenn ja, wie sieht diese aus? Auf die Friedensmediation zugespißt lautet die Frage damit, ob das Ergebnis des Verfahrens moralische Verpflichtungen

146 Die auch hier beinhaltete deskriptive Legitimationsbedeutung deutlicher herausstellend *Jürgen Habermas*, Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: von Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Opladen 1976, S. 39, 53 („sind *Erscheinungen* der Delegitimation unvermeidlich.“ [Hervorhebung durch den Verfasser]).

147 *Jürgen Habermas*, Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: von Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Opladen 1976, S. 39, 55 f.

begründen kann. Wäre dem so, hieße das, dass Kämpfer und Soldaten moralisch verpflichtet wären, die Kampfhandlungen einzustellen, wenn dies so beschlossen wurde. Die Bewohner wären moralisch verpflichtet, eine Powersharing-Regierung anzuerkennen, wenn diese das Ergebnis des Verfahrens ist. Auch die moralische Bindung der Konfliktparteien an ein mögliches Abkommen ließe sich auf diesem Weg begründen.

a) Abgrenzung zwischen Befolungspflicht und Befolungsgrund

Die Diskussion, ob es tatsächlich derartige Verpflichtungen gibt, entzündet sich regelmäßig an der Frage, ob Rechtsnormen moralisch verbindlich sind.¹⁴⁸ Dieser Fokus wird auch deshalb eingenommen, weil Legitimität oft als Ursache dafür angeführt wird, wieso das Recht tatsächlich eingehalten wird. Sowohl auf dieser, später zu behandelnden,¹⁴⁹ deskriptiven Ebene, als auch der hier diskutierten normativen, erschöpft sich die mögliche Bindungswirkung nicht in einem Bezug zum Recht. Es ist daher unschädlich, dass die rechtliche Natur von Friedensabkommen, insbesondere in innerstaatlichen Konflikten umstritten ist.¹⁵⁰ Vielmehr umfasst eine solche Pflicht jedweden untechnisch verstandenen Befehl eines legitimen Akteurs, ungeachtet der Frage, ob dieser Befehl abstrakt-genereller oder konkret-individueller Form, oder ob er rechtlicher Natur ist oder nicht.

Das besondere Interesse, welches diesem Aspekt der Legitimität zuteil wird, lässt sich durch den Einfluss erklären, den die Befolungspflicht auf die Position der Machtinhaber hat. Vielfach wird der Rückschluss gezogen, eine Pflicht zur Befolgung mache aus dem zuvor beschriebenen Recht zu befehlen, einen Anspruch darauf, dass diese Befehle befolgt werden. Diese Aufwertung des Rechts zu befehlen zu einem Anspruch auf Befolgung dieser Befehle, führt im darauf folgenden Gedankenschritt zum Teil zu der Annahme eines moralischen Rechts, diese Befehle mit Zwang durchsetzen zu dürfen.¹⁵¹ Ein solcher zwingender Zusammenhang zwischen einem Anspruch auf Befolgung und dem moralischen Recht

148 John Tasioulas, The Legitimacy of International Law, in: Besson u. a. (Hrsg.), The Philosophy of International Law, Oxford 2010, S. 97, 100.

149 Vgl. statt vieler Thomas M. Franck, The power of legitimacy among nations, New York [u.a.] 1990, S. 204.

150 Christine Bell, Peace agreements: their nature and legal status, AJIL 100 (2006), 373, 379 f.

151 So im Rückschluss Thomas D. Senior, What if there are no Political Obligations?, Philosophy & Public Affairs 16 (1987), 260, 268; vgl. Allen Buchanan, The

auf Zwangsanwendung kann einerseits als Abschwächung der Bedeutung der moralischen Verpflichtung kritisiert werden.¹⁵² Der Eigenwert einer moralischen Verpflichtung als Grund menschlichen Handelns würde damit letztlich negiert. Andererseits scheint die Verbindung von Befehl und Zwang in der vorgetragenen Allgemeinheit weder auf die inter- noch auf die transnationale Ebene übertragbar. Die Beschreibung inter- oder transnationalen Organisation, etwa der World Health Organisation (WHO), als legitim, sagt etwas über ihre Berechtigung aus, Regeln, wie die Internationalen Gesundheitsvorschriften, zu erlassen und über die moralische Verpflichtung, diese zu befolgen. Dabei handelt es sich um eine Verpflichtung, die rechtlich gesehen unstrittig ist.¹⁵³ Eine Berechtigung zur Durchsetzung dieser Normen mittels physischem Zwang ist damit aber keinesfalls verbunden. Aus diesem Grund wird die Verbindung zwischen einem Recht auf Zwangsanwendung und der Legitimität nachgesondert erörtert. An dieser Stelle soll dagegen lediglich dargestellt werden, inwieweit normative Legitimität zu einer moralischen Verpflichtung gegenüber den Befehlen und Regeln eines derart bezeichneten Akteurs führen.

In der Literatur zu dieser Frage findet sich eine kaum aufzulösende Verquickung unterschiedlicher Begriffe mit jeweils unterschiedlich belegten Bedeutungen. Insbesondere Legitimität und Autorität stehen im Mittelpunkt dieser Debatten. Dabei wird die hier diskutierte Frage einer Befolgungspflicht vielfach als die Frage nach der Befolgungspflicht gegenüber einer legitimen Autorität formuliert.¹⁵⁴ Das hier verwendete Begriffsverständnis verbindet die Frage der Befolgungspflicht mit dem Begriff der Legitimität. Ob eine Befolgungspflicht besteht oder nicht, hängt somit davon ab, ob der Befehl oder die Regeln von einer Autorität stammen, die legitim ist. Dagegen konstatierte *Thomas Hobbes* eine Befolgungspflicht gegenüber der Autorität, dem Leviathan an sich, ohne dabei weiter nach der Legitimität zu fragen.¹⁵⁵ Autorität hatte demnach einen intrinsischen Eigenwert,

legitimacy of international law, in: Besson u. a. (Hrsg.), *The Philosophy of International Law*, Oxford 2010, S. 79, 82.

152 *Hasso Hofmann*, *Legitimität und Rechtsgeltung: verfassungstheoretische Bemerkungen zu einem Problem der Staatslehre und der Rechtsphilosophie*, Berlin 1977, S. 35 („[...] Verkürzung des Sollens auf die bloße Fiktion der Rechtmäßigkeit einer jeden effektiven Zwangsordnung [...]“).

153 *Anika Klafki*, *Risiko und Recht*, Tübingen 2017, S. 168, 177.

154 *Merten Reglitz*, *Political Legitimacy Without a (Claim-) Right to Rule*, *Res publica* 21 (2015), 291, 293 m.w.N.

155 *Wolfgang Kersting*, *Thomas Hobbes zur Einführung*, 4. Aufl., Hamburg 2009, S. 182; *Rudolf Weber-Fas*, *Thomas Hobbes: Zur Einführung*, in: *Weber-Fas*

der keiner weiteren Rechtfertigung bedurfte.¹⁵⁶ Ein Großteil der späteren Literatur unterscheidet hingegen zwischen beiden Begriffen.¹⁵⁷ Es kann daher legitime Autorität und bloße De-facto-Autorität geben. De-facto-Autorität liegt demnach vor, wenn die von ihr ausgegebenen Befehle und Regeln faktisch in der Mehrheit befolgt werden, ohne dass dabei die Ursache relevant wäre.¹⁵⁸ Es handelt sich dabei folglich um ein deskriptives und kein normatives Konzept. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei legitimer Autorität um eine solche, deren Befehle eine moralische Relevanz haben. Diese moralische Relevanz kann folglich begrifflich bei der Legitimität und eben nicht bei der Autorität verortet werden.

Autorität ist deshalb ein zutiefst relevantes, aber auch komplexes Phänomen, weil es eben eine vordergründig freiwillige Befolgung von Befehlen und Regeln beschreibt. Diese Befolgung kann dabei mit *Max Weber* entweder auf „*stumpfer Gewöhnung*“¹⁵⁹ beruhen, aber auch auf dem Glauben an die moralische Rechtfertigung derer die befehlen – deren Legitimität – sowie auf der Verfügbarkeit von Zwang.¹⁶⁰ Ob die, durch diese faktischen Umstände geschaffene, Möglichkeit der Befehlsbefolgung tatsächlich moralisch gerechtfertigt ist, wird durch das Attribut der Legitimität beschrieben. Dagegen beinhaltet der Begriff der Macht auch das Herbeiführen

(Hrsg.), *Staatsdenker der Moderne*, Tübingen 2003, S. 51, 56; *Glen Newey*, *Routledge philosophy guidebook to Hobbes and Leviathan*, London [u.a.] 2008, S. 69; gewichtige a.A. *Thomas Nagel*, *Hobbes's Concept of Obligation*, *The Philosophical Review* 68 (1959), 68, 69 ff.

156 *Daniel Bodansky*, The concept of legitimacy in international law, in: Wolfrum u. a. (Hrsg.), *Legitimacy in International Law*, Berlin [u.a.] 2008, S. 309, 313; für die Beschreibung dieses Eigenwerts über den Begriff der Legitimität vgl. *Dieter Hüning*, *Freiheit und Herrschaft in der Rechtsphilosophie des Thomas Hobbes*, Berlin 1998, S. 192; *Wolfgang Kersting*, *Thomas Hobbes zur Einführung*, 4. Aufl., Hamburg 2009, S. 182.

157 Thomas Christiano, *Authority*, in: Zalta (Hrsg.), *Stanford Encyclopedia of Philosophy*, Stanford, 2013, <https://plato.stanford.edu/archives/spr2013/entries/auth-orty/>.

158 Statt vieler *Joseph Raz*, *The authority of law*, Oxford 1979, S. 34 f.

159 Synonym mit „*dumpfer Gewöhnung*“ verwendet von *Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922, S. 607, 122.

160 *Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922, S. 607; zur begrifflichen Gleichsetzung von Autorität und Herrschaft in der Editionsgeschichte Webers *Georg Simmerl*, *Michael Zürn*, *Internationale Autorität – Zwei Perspektiven*, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (2016), 38, 40 Fn. 6; ähnlich zur Autorität, aber nicht zur Macht *Hannah Arendt*, *Was ist Autorität?*, in: *Arendt* (Hrsg.), *Fragwürdige Traditionsbestände im politischen Denken der Gegenwart: vier Essays*, Frankfurt am Main 1958, S. 117, 118; *Hannah Arendt*, *On violence*, London 1970, S. 45.

eines Erfolgs durch Zwang.¹⁶¹ In einem solchen, unfreiwilligen Fall stellt sich allerdings die Frage nach einer Befolgungspflicht nicht, da Befolgung im Rahmen erzwungener Erfolge irrelevant ist. Bei der Macht ist es der Zwang, welcher den Erfolg bewirkt, der Gegenstand der Legitimitätsfrage ist. Im Gegensatz dazu, geht es bei der Autorität um die Frage, warum das Individuum seine eigene Beherrschung ermöglicht. Aus normativer Sicht stehen dabei zwei mögliche Antworten im Vordergrund: Legitimität als Befolungsgrund oder als Grundlage einer Befolungspflicht.

Zwei Umstände verzerren den Blick auf dieses Begriffsverständnis. Zum einen werden Legitimität und Autorität zum Teil als so eng verbundene Begriffe verwendet, dass unter Außerachtlassung der De-facto-Autorität nur von Autorität gesprochen wird und damit legitime Autorität gemeint ist.¹⁶² Grund hierfür dürfte der Umstand sein, dass in der Diskussion um die Existenz einer Befolungspflicht jenseits von *Hobbes*, die moralische Rechtfertigung der Autorität eine zwingende Vorbedingung der Diskussion darstellt. Eine Befolungspflicht gegenüber einer bloßen De-facto-Autorität, also einer moralisch nicht gerechtfertigten, ist schwer vorstellbar. Wenn es moralisch nicht gerechtfertigt ist, den Befehl zu geben, kann es auch nicht moralisch verpflichtend sein, ihm zu folgen. Zum zweiten verwenden einige Autoren Autorität als Begriff, welcher den der Legitimität bereits beinhaltet, aber um eine Befolungspflicht ergänzt ist.¹⁶³ Demnach würde nur aufgrund des Innehabens von Autorität eine Befolungspflicht folgen, nicht aber aufgrund des Innehabens von Legitimität. In diesem Begriffsverständnis bleibt jedoch unklar, worauf sich Legitimität und Autorität beziehen sollen. Die ansonsten übliche Begriffspaarung der legitimen

161 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922, S. 26; ähnlich Wolfgang Sofsky, *Rainer Paris*, *Figurationen sozialer Macht: Autorität, Stellvertretung, Koalition*, Frankfurt am Main 1994, S. 9, 21; Weber folgend und zugleich Macht auf die Beeinflussung von Gründen beschränkend Rainer Forst, *Normativität und Macht: zur Analyse sozialer Rechtfertigungsordnungen*, Berlin 2015, S. 61 f.; Byung-Chul Han, *Was ist Macht?*, Stuttgart 2005, S. 126; Zwang und Gewalt ausklammernd Christoph Möllers, *Die Möglichkeit der Normen: über eine Praxis jenseits von Moralität und Kausalität*, Berlin 2015, S. 50 f.

162 M. B. E. Smith, *Is There a Prima Facie Obligation to Obey the Law?*, *The Yale Law Journal* 82 (1973), 950, 962; exemplarisch bei Joseph Raz, *The morality of freedom*, Oxford 1986, S. 23.

163 Allen Buchanan, *Political Legitimacy and Democracy*, *Ethics* 112 (2002), 689, 691; George Klosko, *Legitimacy, Authority, and Political Obligation*, in: Hurrelmann u. a. (Hrsg.), *Legitimacy in an age of global politics*, Basingstoke 2007, S. 57, 57.

Autorität scheint in jedem Fall nicht mehr möglich, da das Attribut der Legitimität in dieser Paarung ohne eigene Bedeutung verbleibt.

Hinter der Vielzahl an Begriffen und Begriffsverständnissen zeigen sich einige wenige Überlegungen zu der Frage, ob das Attribut der Legitimität eine Befolgungspflicht nach sich zieht. So stellt sich die bereits angesprochene Frage nach dem Bezugspunkt einer solchen Pflicht. Sie kann sich entweder auf einen Akteur oder aber auf eine konkrete Regel bzw. einen konkreten Befehl beziehen. Ist ersteres der Fall, so erübrigt sich die Frage nach der Legitimität von Regeln und Befehlen. Wer verpflichtet ist, einem Akteur zu folgen, der kann dieser Pflicht nur nachkommen, wenn dieser Akteur eine, wie auch immer geartete, Handlungsaufforderung an ihn richtet. Vielfach wird dies auch als „*content-independent*“,¹⁶⁴ also als inhaltsunabhängige Pflicht zur Rechtsbefolgung, beschrieben.¹⁶⁵ Damit schließt eine Befolgungspflicht gegenüber einem Akteur, die Befolgungspflicht gegenüber dessen Regeln und Befehlen mit ein.¹⁶⁶ Wäre das Mediationsverfahren legitim, müsste damit all seinen Beschlüssen entsprochen werden. Der Friedensvertrag, welcher das Ergebnis eines legitimen Mediationsverfahrens ist, müsste unabhängig von seiner Legitimität umgesetzt werden. Damit weist diese Sichtweise ein mögliches philosophisches Problem auf: Abhängig von den Voraussetzungen der Legitimität erscheint es denkbar, dass ein Akteur einen illegitimen Befehl gibt, dieser aber nicht zugleich dazu führt, dass seine Legitimität als Akteur verloren geht. Begründet allein die Legitimität des Akteurs einer Befolgungspflicht, so würde sich derjenige, der sich einem solchen illegitimen Befehl verweigert, unmoralisch verhalten. Bezieht sich die Befolgungspflicht hingegen nur auf die konkrete Regel, existiert kein derartiges Problem.

164 Beispielhaft bei *John Tasioulas*, Human Rights, Legitimacy, and International Law, *The American Journal of Jurisprudence* 58 (2013), 1, 13.

165 *John Randolph Lucas*, *The principles of politics*, Oxford 1966, S. 49; *Richard Tuck*, Why is Authority such a Problem?, in: Laslett u. a. (Hrsg.), *Philosophy, politics and society: a collection*, Bd. IV, Oxford, 1972, S. 194, 194f.; *Elizabeth Anscombe*, On the Sources of Authority of the State, *Ratio: an international journal of analytic philosophy* 20 (1978), 1, 25f.; *John Finnis*, Natural law and natural rights, Oxford [u.a.] 1980, S. 272; zu Finnis homophober Sexualmoral vgl. *Stephen Macedo*, Homosexuality and the Conservative Mind, *Georgetown Law Journal* 84 (1995), 261, 272 m.w.N.; darüber hinaus *Maximilian Steinbeis*, Right-Wing Crits, *Verfassungsblog* 15. November 2019.

166 Im Fall demokratischer Staaten bezieht sich die Pflicht daher auf die eigenen Mitmenschen. *Allen Buchanan*, *Justice, legitimacy, and self-determination*, Oxford [u.a.] 2004, S. 253; *Thomas Christiano*, *The constitution of equality*, Oxford 2008, S. 239.

Wird im Zusammenhang von Legitimität von moralischen Pflichten gesprochen, so werden diese als handlungsleitende, wahrheitsfähige Sollessätze verstanden, die nicht im Wege der Pflichtenkollision aufgelöst werden können.¹⁶⁷ Hierin zeigt sich ihre Unabhängigkeit. Diese findet sich zum einen bei *Immanuel Kant*, dessen Ideen für die Legitimität als unabhängigem Gehorsamsgrund zentral sind¹⁶⁸ und wurde unter anderem im 20. Jahrhundert von *Richard M. Hare* prägnant formuliert: „If you have conflicting duties, one of them isn't your duty.“¹⁶⁹ Demnach erzeugt das legitime Mediationsverfahren eine unabhängige moralische Pflicht zur Umsetzung des Friedensvertrags. Diese Umsetzung erfolgt, weil die Pflicht existiert. Die Möglichkeit einer zugleich existierenden Pflicht, den Friedensvertrag nicht umzusetzen, gibt es nicht.

Im Gegensatz zu einem Verständnis von Legitimität als Befolungspflicht, ermöglicht die Lesart von Legitimität als unabhängigem Befolungsgrund das Überlagern, Kollidieren oder Nebeneinander von Gründen. Damit stellt die Legitimität nur einen Grund für die Umsetzung des Friedensvertrags dar, sodass neben diesen Grund etwa auch egoistische Eigeninteressen einer der umsetzenden Konfliktparteien treten können. Zudem wird auch eine als Befolungsgrund verstandene Legitimität unter Rückgriff auf *Herbert Hart* als unabhängig beschrieben.¹⁷⁰ Unabhängig deshalb, weil der Grund nicht in der Regel selbst fußt, sondern in dem Akteur, von dem sie stammt. Ein Grund für die Umsetzung des Friedensvertrags wäre demnach die Legitimität des Mediationsverfahrens und nicht, dass der Friedensvertrag besonders gerecht, effizient oder partizipationsfreundlich ist. Diese Umstände können allerdings separate moralische Gründe darstellen, die gemeinsam mit dem Grund der Legitimität des Mediationsverfahrens dazu führen, dass der Friedensvertrag vernünftigerweise umgesetzt werden sollte.

167 Vgl. *Anton Hügli*, Pflichtenkollision, in: Ritter u. a. (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. VII, Basel 1989, S. 440–456.

168 *Immanuel Kant*, *Die Metaphysik der Sitten*, in: Preussische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), *Kant, Immanuel: Gesammelte Schriften*, Bd. VI, Berlin 1914, S. 203, 224; keine unbedingete Gehorsamspflicht bei Kant sehend *Tanja J. Winkler*, *Die Freiheit im und vom Staate bei Immanuel Kant*, München 2011, S. 173 f.

169 *Richard M. Hare*, *Moral thinking: its levels, method, and point*, Oxford [u.a.] 1981, S. 26.

170 *H. L. A. Hart*, *Essays on Bentham: studies in jurisprudence and political theory*, Oxford [u.a.] 1982, S. 254; prominent rezipiert bei *Joseph Raz*, *The morality of freedom*, Oxford 1986, S. 35.

b) Zur Dichotomie von Befolungspflicht und Befolungsgrund

Neben den dargestellten Argumenten für und wider Befolungspflicht oder -grund findet sich im 20. und 21. Jahrhundert zudem ein kaum zu unterschätzender, ideengeschichtlicher Grund für die Relevanz dieser Dichotomie. Denn, während in der bisherigen Darstellung der Eindruck vermittelt wurde, aus der Legitimität eines Akteurs – der in den meisten Abhandlungen der Staat ist – folge entweder Pflicht oder Grund, dreht der philosophische Anarchismus diese Schlussfolgerung gewissermaßen um. So erkennen die Vertreter dieser Denkrichtung vordergründig kontraintuitiv die Befolungspflicht gegenüber legitimen Staaten an. Indem sie aber im nächsten Schritt argumentieren, dass eine konsistente Theorie der Befolungspflicht nicht möglich oder aber eine widerspruchsfrei begründbare Befolungspflicht historisch noch nie aufgetreten sei, schlussfolgern sie, es gäbe keine legitimen Staaten.¹⁷¹ Was radikal klingt, erschöpft sich sodann jedoch in der Feststellung, dass damit Staaten keineswegs Widerstand oder ähnliches entgegengebracht werden müsste. Vielmehr wird die generelle Über-Unterordnung zwischen Staat und Individuum aufgelöst und der Staat bedarf konkreter Gründe, die zur Befolung durch das Individuum führen.¹⁷² Dabei wird z.T. das kontraktualistische Begründungsmodell des Staates oder anderer verfasster Kollektive nicht als hypothetisch oder prähistorisch vorausgesetzt, sondern in das Jetzt verlagert. Die einzelne Person befolgt Befehle demnach nicht, weil sie muss, sondern weil sie will. Der Grund für dieses Wollen sei dann gegeben, wenn es im Interesse des Einzelnen ist, den Befehlen Folge zu leisten. *Robert Nozick* veranschaulicht diese Sichtweise, indem er den Staat mit einem Gasthaus vergleicht. Wer dort hineingehe, gebe ihm das Recht zu Bedienen und den Anspruch, anschließend eine Rechnung zu stellen. Das Gasthaus habe aber keinen Anspruch darauf, immer jenes zu sein, das man aufsucht. Gleichwohl könne es gute Gründe für einen Besuch geben, etwa ein gutes Preis-Leistungs-

171 Vgl. *Robert Paul Wolff*, In defense of anarchism, 2. Aufl., Berkeley, Calif 1998, S. 19; bejahend, aber kritisch zur konkreten Argumentation A. *John Simmons*, The Anarchist Position, *Philosophy & Public Affairs* 16 (1987), 269, 269 Fn. 2; differenzierter bei *Leslie Green*, The authority of the state, Oxford 1988, S. 247 f.; die Existenz legitimer Staaten für möglich haltend *Joseph Raz*, The morality of freedom, Oxford 1986, S. 70; darstellend *David Lefkowitz*, Legitimate Political Authority and Duty, *Law and Philosophy* 23 (2004), 399, 399 f.

172 A. *John Simmons*, The Anarchist Position, *Philosophy & Public Affairs* 16 (1987), 269, 279.

verhältnis. Diese Gründe würden aber keinen Anspruch begründen.¹⁷³ In dieser Herangehensweise wird der legitime Staat zu einem von mehreren Anbietern von Sicherheit. Diese von Autonomie und Marktlogik geprägte Perspektive des philosophischen Anarchismus hat wenig mit den sozialen Ursprüngen des politischen Anarchismus gemein¹⁷⁴ und ließe sich wohl passender als libertär bezeichnen. Sie lässt sich am besten verstehen, wenn man betrachtet, wo sie der Autonomie des Einzelnen Grenzen setzt. Jeder sei moralisch verpflichtet, Leib, Leben und – kaum überraschend – Eigentum anderer nicht zu schädigen. Andernfalls habe jeder das Recht, diesen Verstoß zu bestrafen, sowohl in staatlichen Strukturen organisierte Personen, als auch autonome Individuen. Dieses Recht-Pflichten-Verhältnis bestehe aber zwischen allen Akteuren als natürliches Recht und stehe nicht etwa allein dem legitimen Staat zu.¹⁷⁵ Einschränkungen der Autonomie des Einzelnen, die darüber hinaus gehen, dürfe auch der legitime Staat nicht gegen den Willen des Einzelnen von ihm verlangen. Als vielsagendes Beispiel hierfür wird regelmäßig auf die staatliche Steuererhebung verwiesen.¹⁷⁶

Dabei stellen die gegenüberstehenden Ansichten diesen Fokus auf Autonomie gar nicht grundsätzlich in Frage. Vielmehr wird dort die Frage aufgeworfen, in wie weit die Autonomie des Einzelnen gesichert ist, wenn legitime Machthaber dennoch nicht in der Lage sind, durch ihre Regeln und Befehle Befolgungspflichten zu begründen. Pointiert vorgetragen lautetet die These daher: „*If autonomy matters, the state does too.*“¹⁷⁷ Manche Kritiker sprechen sogar von „*Souveränitätsphantasien einer rein privatrechtlichen Willkürfreiheit*“.¹⁷⁸ Die von Robert Nozick vorgebrachte Idee des legitimen Staates als nur einem von vielen möglichen Sicherheitsdienstleistern werde

173 Robert Nozick, *Anarchy, state, and utopia*, New York 1974, S. 128.

174 Vgl. zum Unterschied Bruno Leibold, *Political Anarchism and Raz's Theory of Authority*, *Res publica* 21 (2015), 309, 314 f.; zur Offenheit des Anarchismusbegriffs Murray Bookchin, *Social anarchism or lifestyle anarchism: the unbridgeable chasm*, Edinburgh [u.a.] 1995, S. 4 ff.; beispielhaft für politischen Anarchismus Erich Mühsam, *Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat*, in: Schiewe u. a. (Hrsg.), *Trotz allem Mensch sein: Gedichte und Aufsätze*, Stuttgart 2009, S. 125, 125 f.

175 Robert Nozick, *Anarchy, state, and utopia*, New York 1974, S. 128.

176 A. John Simmons, *The Anarchist Position*, *Philosophy & Public Affairs* 16 (1987), 269, 276 f., 279.

177 Luara Ferracioli, *The Anarchist's Myth: Autonomy, Children, and State Legitimacy*, *Hypatia* 30 (2015), 370, 370.

178 Bzgl. Nozick Frank Nullmeier, *Intersubjektivität und Interindividualität*, in: Flügel-Martinsen u. a. (Hrsg.), *FS Schmalz-Bruns*, Wiesbaden 2014, S. 73, 91.

ihren eigenen ökonomischen Grundannahmen nicht gerecht. Sicherheit, insbesondere im Sinne von Verteidigung eines Territoriums nach außen, lasse sich nicht als Leistung anbieten, von der Einzelne ausgeschlossen werden könnten, vielmehr sei sie ein Gemeinschaftsgut.¹⁷⁹ Für den Einzelnen gäbe es demnach keinen *Grund* sich an dieser Stelle freiwillig zu beteiligen, sprich die Befehle zu befolgen. Das Individuum könnte kostenlos an den Vorteilen der Sicherheit partizipieren. Gleichzeitig sei diese Haltung nicht verallgemeinerungsfähig, da ab einer bestimmten kritischen Größe das Gemeinschaftsgut Sicherheit nicht mehr zur Verfügung gestellt werden könnte.¹⁸⁰ Selbst wenn man von den elaborierten Gemeinschaftsgütern des modernen Sozialstaats absieht,¹⁸¹ zeigt sich damit, dass es zum Schutz der elementaren Rechte des Einzelnen erforderlich ist, dass legitime Machthaber verbindliche Befehle erlassen können. Diesem Gedankengang folgend, ließe sich eine moralische *Pflicht* zur Befehlsbefolgung annehmen. Darüber hinaus lege schon der Wortsinn eines *right to rule* die Fähigkeit nahe, auf der Gegenseite eine *Pflicht* zu begründen.¹⁸²

In jedem Fall führte das Auftreten des philosophischen Anarchismus zu zwei unterschiedlichen Reaktionen. Einerseits wurde – bis dato wenig erfolgreich – versucht, die Thesen des philosophischen Anarchismus zu widerlegen und die Existenz einer widerspruchsfreien Theorie der Befolungspflicht zu beweisen.¹⁸³ Zum anderen wurde in einer Art strategischem Rückzug – *David Lefkowitz* schreibt von einer Strategie¹⁸⁴ – die Befolungspflicht zugunsten des Befolungsgrundes aufgegeben. In der Folge konnte nun wieder die Existenz legitimer Staaten angenommen werden, ohne zugleich eine Befolungspflicht beweisen zu müssen. Während einflussreiche Autoren wie *Joseph Raz* dem philosophischen Anarchismus

179 *George Klosko*, Legitimacy, Authority, and Political Obligation, in: Hurrelmann u. a. (Hrsg.), Legitimacy in an age of global politics, Basingstoke 2007, S. 57, 70.

180 *George Klosko*, Legitimacy, Authority, and Political Obligation, in: Hurrelmann u. a. (Hrsg.), Legitimacy in an age of global politics, Basingstoke 2007, S. 57, 62 f.

181 Vgl. zu diesen *George Klosko*, Legitimacy, Authority, and Political Obligation, in: Hurrelmann u. a. (Hrsg.), Legitimacy in an age of global politics, Basingstoke 2007, S. 57, 71 f.

182 *John Tasioulas*, The Legitimacy of International Law, in: Besson u. a. (Hrsg.), The Philosophy of International Law, Oxford 2010, S. 97, 98 Fn. 3.

183 Richard Dagger, David Lefkowitz, Political obligation, in: Zalta (Hrsg.), Stanford Encyclopedia of Philosophy, Stanford 2014, <https://plato.stanford.edu/archives/fall2014/entries/political-obligation> m.w.N.

184 *David Lefkowitz*, Legitimate Political Authority and Duty, Law and Philosophy 23 (2004), 399, 400.

zugerechnet werden¹⁸⁵ und dieser, wie gezeigt, den englischsprachigen Diskurs nachhaltig geprägt hat, ist die deutsche Rechtswissenschaft, mit einigen wenigen Ausnahmen,¹⁸⁶ von ihm weitgehend unbeeindruckt geblieben. Zwar finden sich beispielhaft in der Rechtsphilosophie *Gustav Radbruchs* von 1932 Ideen der moralisch zulässigen Nichtbefolgung illegitimen Rechts,¹⁸⁷ aber die Vorstellung von der grundsätzlich nicht bestehenden Befolgungspflicht findet sich dort genau so wenig wie jene von der Unmöglichkeit des legitimen Staates. Die in Richtung minimaler Staatlichkeit tendierenden grundsätzlichen Fragen nach der Rechtfertigbarkeit des Staates auf der einen Seite und die Gedanken zur Rechtsgeltung illegitimer Gesetze eines ohnehin illegitimen nationalsozialistischen Staatswesens auf der anderen, offenbaren die historischen und kulturellen Unterschiede in der Bedeutung normativer Legitimität. Wenn dies auch kein Argument gegen die inhaltlichen Positionen des philosophischen Anarchismus ist, stellt sich gleichwohl die Frage, inwieweit die Vorstellung von der Illegitimität des Staates und von dessen fehlender Verpflichtungsmöglichkeit nicht ein primär nordamerikanisches Spezifikum darstellt.

Für die Friedensmediation ist dieses, auf den Staat konzentriertes, Theoriecluster nicht nur mit Blick auf die Legitimität von Post-Konflikt-Staaten

185 A. John Simmons, *The Anarchist Position*, *Philosophy & Public Affairs* 16 (1987), 269, 270.

186 Ulrich Klug, *Der Rechtsstaat und die Staatsphilosophie der geordneten Anarchie*, in: Hering (Hrsg.), *FS Hippel*, Bonn 1965, S. 148–158; vgl. Peter Rinderle, *Der Zweifel des Anarchisten*, Frankfurt am Main 2005; überblicksartig Luca Langensand, *Ordnung ohne Herrschaft?*, in: Zucca-Soest (Hrsg.), *Akteure im Recht: Zum Verhältnis von Individuum und Recht*, Baden-Baden 2016, S. 87, 95; siehe auch die Texte in Klaus Mathis, Luca Langensand (Hrsg.) *Anarchie als herrschaftslose Ordnung?*, Berlin 2019.

187 Sog. „Schandgesetze“ *Gustav Radbruch*, *Rechtsphilosophie*, 3. Aufl., Leipzig 1932, S. 83; nach 1945 auf Richter und die Rechtsgeltung ausgeweitet *Gustav Radbruch*, *Vorschule der Rechtsphilosophie*, 3. Aufl., Göttingen 1965, S. 29 f.; *Gustav Radbruch*, *5 Minuten Rechtsphilosophie*, in: Kaufmann (Hrsg.), *Gustav Radbruch Gesamtausgabe: Rechtsphilosophie III*, Heidelberg 1990, S. 78–79; *Gustav Radbruch*, *Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht*, *Süddeutsche Juristenzeitung* 1 (1946), 105–108; zum Wandel *Ulfried Neumann*, *Zum Verhältnis von Rechtsgeltung und Rechtsbegriff*, in: Borowski u. a. (Hrsg.), *Die Natur des Rechts bei Gustav Radbruch*, Tübingen 2015, S. 129, 142 f.; kritisch zum späten Radbruch, aber ein moralisches Recht zum Ungehorsam anerkennend H. L. A. Hart, *Positivism and the Separation of Law and Morals*, *Harvard Law Review* 71 (1958), 593, 620; H. L. A. Hart, *The concept of law*, 2. Aufl., Oxford 1994, S. 210; zur Rezeption des BVerfG *Gerhard Robbers*, *Gerechtigkeit als Rechtsprinzip*, Baden-Baden 1980, S. 80 f.

relevant. Vielmehr zeichnet sich seine Bedeutung angesichts der Zweifel an einer Befolungspflicht auf der Ebene jenseits des Staates ab, deren Übertragung *Allen Buchanan* ausgehend von den Überlegungen des philosophischen Anarchismus vornimmt. Für ihn impliziert Legitimität lediglich die Existenz von Befolungsgründen. Allerdings zeigt seine Argumentation auch, dass dieser Unterscheidung weniger praktische Bedeutung zukommt, als man auf den ersten Blick vermuten mag. Die moralische Pflicht, Befehle zu befolgen sei auch jenseits des Staates nur ein Grund von vielen, dies auch tatsächlich zu tun. Sie stehe neben dem eigenen Interesse sowie religiösen oder moralischen Überzeugungen. Diese würden für sich genommen ausreichen, um die Einhaltung von Befehlen zu begründen, ohne dass man einem legitimen Akteur hierzu verpflichtet sei.¹⁸⁸ Auf internationaler Ebene seien die auf den Staat fokussierten Vorstellungen von Legitimität ohnehin viel zu stark. Legitimität jenseits des Staates umfasse selten einen exklusiven Anspruch auf Machtausübung. Dies würden etwa die WTO oder der IStGH zeigen. Trotzdem scheine es sinnvoll, über die Legitimität solcher Institutionen nachzudenken, ohne stets eine moralische Befolungspflicht beweisen zu müssen.¹⁸⁹

Schlussendlich zeigt sich in der Debatte um Befolungspflichten oder -gründe als Folge von Legitimität die Relevanz dieses Attributs. Letztlich unterschreitet es in seiner Bedeutung in fast keiner Ansicht den eines handlungsleitenden, wenn auch nicht zwingenden Grundes. Insbesondere für ein praktisches Verständnis des Begriffs lohnt es sich, *Thomas Christianos* Ansatz zu folgen und an dieser Stelle keine zwingende Entscheidung in einer fast 40 Jahre andauernden philosophischen Kontroverse vorzunehmen. Stattdessen können die unterschiedlichen Ansichten als Facetten des Begriffs gesehen werden, durch welche dieser erst einen adäquaten Blick auf die Vielzahl möglicher Legitimitätsszenarien ermöglicht.¹⁹⁰ Gerade für die Friedensmediation mit all ihrer Komplexität und der Einzigartigkeit der jeweiligen Konflikte, bietet sich diese begriffliche Perspektive an.

188 *Allen Buchanan*, *Justice, legitimacy, and self-determination*, Oxford [u.a.] 2004, S. 149.

189 *Allen Buchanan*, *The legitimacy of international law*, in: Besson u. a. (Hrsg.), *The Philosophy of International Law*, Oxford 2010, S. 79, 84.

190 *Thomas Christiano*, *Authority*, in: Zalta (Hrsg.), *Stanford Encyclopedia of Philosophy*, Stanford 2013, <https://plato.stanford.edu/archives/spr2013/entries/authority>.

3. Ein Recht auf Zwangsanwendung

Wie zuvor kurz erörtert, wird die Zuschreibung der Legitimität regelmäßig mit dem Recht auf zwangsweise Durchsetzung von Befehlen und Regeln assoziiert. Während diese Verbindung in Bezug auf den Staat als Gegenstand dieser Zuschreibung intensiv diskutiert worden ist, steht diese Assoziation hinsichtlich der Befassungen mit der Legitimität jenseits des Staats merklich nicht im Vordergrund. Ungeachtet des Bezugspunkts wird das Recht auf Zwangsanwendung häufig als konzeptuelle Alternative zu einer moralischen Befolgungspflicht verstanden. Demnach schulde man einem legitimen Akteur keine Befolgung, dieser habe aber das Recht, Befolgung mit Zwang und Drohung sicherzustellen.¹⁹¹

Ein moralisches Recht zur zwangsweisen Durchsetzung von Befehlen ist ideengeschichtlich eng verbunden mit der Vorstellung des durch einen Staat gebündelten Gewaltmonopols. Insoweit greift die Verbindung von Legitimität und dem Recht Zwang anzuwenden auf *Thomas Hobbes* zurück.¹⁹² Allerdings wurde der Begriff der Legitimation in diesem Zusammenhang tatsächlich erst nach der französischen Revolution und somit lange nach *Thomas Hobbes* verwendet.¹⁹³ Für die Mediation ist dieser Zusammenhang zwischen Legitimität und Zwang insbesondere dann relevant, wenn das Verfahren Einfluss auf die Legitimität staatlicher oder staatsähnlicher Akteure hat.¹⁹⁴ Für die völkerrechtliche bzw. internationale Seite der Friedensmediation könnte dieser Komponente der Legitimität geringere Bedeutung zugesprochen werden. Schließlich stellt der Mangel eines zentralisierten Zwangselements einen der häufigen Kritikpunkte der

191 *Philip Pettit*, Legitimate International Institutions: A Neorepublican Perspective, in: Besson u. a. (Hrsg.), *Philosophy of International Law*, Oxford 2010, S. 139, 143 f.; *Thomas Christiano*, The constitution of equality, Oxford 2008, S. 240 f.; a.A. im Rückschluss *Thomas D. Senior*, What if there are no Political Obligations?, *Philosophy & Public Affairs* 16 (1987), 260, 268; so auch diskutiert bei *Allen Buchanan*, The legitimacy of international law, in: Besson u. a. (Hrsg.), *The Philosophy of International Law*, Oxford 2010, S. 79, 81; vermittelnd *Ronald Dworkin*, *Law's empire*, Cambridge 1986, S. 192 f.

192 *Volker Röben*, What about Hobbes?, in: Wolfrum u. a. (Hrsg.), *Legitimacy in International Law*, Berlin [u.a.] 2008, S. 353, 355 Fn. 8.

193 *Ian Clark*, *Legitimacy in international society*, Oxford [u.a.] 2005, S. 17 m.w.N.

194 Für anschauliche Fallstudien hierzu vgl. I. William Zartman (Hrsg.) *Collapsed states: the disintegration and restoration of legitimate authority*, Boulder [u.a.] 1995.

internationalen Ordnung dar.¹⁹⁵ Demnach wäre die Frage, ob überhaupt Legitimität als zugrundeliegendes moralisches Recht zur Zwangsanwendung vorliegt, hinfällig, wenn davon auszugehen wäre, dass von einem solchen Recht ohnehin kein Gebrauch gemacht werden würde. Gleichwohl kennt das Völkerrecht sehr wohl Zwang, wenn er auch kein häufiges Phänomen ist.

Blickt man auf Sierra Leone als Beispielsfall, so zeigt sich dort, dass der Friedensvertrag von Lomé nach einem erneuten Aufflammen der Gewalt von Britischen Truppen¹⁹⁶ und der UNAMSIL mit militärischen Mitteln durchgesetzt wurde.¹⁹⁷ Dabei ist hervorzuheben, dass die Vereinten Nationen und der Commonwealth of Nations den Vertrag von Lomé als „moral guarantors“ mit unterzeichnet hatten.¹⁹⁸ In Resolution 1313 stellte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dieser Rolle folgend, einen expliziten Zusammenhang zwischen den Verstößen gegen das Friedensabkommen und der Ausstattung der UNAMSIL-Mission mit einem robusten Mandat und mehr Personal her.¹⁹⁹ Wenn auch in diesem Fall das Aufzeigen der Machtbeziehungen zwischen Konfliktparteien, UN, Großbritannien und dem Mediationsverfahren bzw. Verhandlungsprozess als Ganzem schwierig ist und auch, wenn sich diese Schwierigkeit ebenfalls auf die Zuschreibung von Legitimität ausdehnt, zeigt das Beispiel doch die mögliche Bedeutung der Zuschreibung. Gerade, wenn Zwang auf internationaler Ebene ein seltenes Phänomen ist, erhält die Frage, ob sie über die Zuschreibung von Legitimität als moralisch gerechtfertigt anerkannt werden kann, gesteigerte Bedeutung.

Allen Buchanan hebt in diesem Zusammenhang zwei Dinge hervor. Zum einen beanspruchen internationale Akteure regelmäßig bereits kein exklusives Recht auf Machtausübung. Zum zweiten beanspruchen noch deutlich weniger Akteure überhaupt ein Recht auf Zwangsanwendung.

195 Vgl. Beth Simmons, International Law and International Relations, in: Whittington u. a. (Hrsg.), The Oxford Handbook of Law and Politics, Oxford [u.a.] 2010, S. 187, 192 m.w.N.

196 Andrew M. Dorman, Blair's successful war: British military intervention in Sierra Leone, Farnham [u.a.] 2009, S. 94 ff.

197 Simon M. Meisenberg, Sierra Leone, in: Wolfrum (Hrsg.), MPEPIL, Bd. IX, Oxford 2012, S. 200, 201.

198 S/1999/777 (Peace Agreement Between the Government of Sierra Leone and the Revolutionary United Front of Sierra Leone, Lomé, Togo, July 7, 1999, Art. XX-IV); weitere moralische Garanten waren Togo, die Organisation Afrikanischer Staaten und ECOWAS.

199 S/RES/1313.

Die Existenz eines Gewaltmonopols, das sich auch jenseits des Staates aus dem Attribut der Legitimität ableiten ließe, wird daher kritisch gesehen. Gleichwohl hält er an der Relevanz des Legitimitätsattributs jenseits des Staates fest.²⁰⁰ Insoweit verlässt *Allen Buchanan* allerdings seinen normativen Standpunkt, indem er ausgehend von empirischen Befunden vom Sein auf das Sollen schließt. Der Umstand, dass die meisten internationalen Institutionen keinen Anspruch darauf erheben, Zwang ausüben zu dürfen, sagt nichts darüber aus, ob sie ein moralisches Recht dazu hätten, wenn sie es denn täten. Zudem unterbleibt bei diesem Ansatz eine klare Aussage dazu, wie bzw. ob die international tatsächlich stattfindende Zwangsanwendung auf einem moralischen Recht beruht.²⁰¹

Versteht man den Staat als Ausgangspunkt der Frage nach einem moralischen Recht auf Zwangsanwendung und Legitimität, und Zwangsanwendung jenseits des Staates als Abstraktion davon, stellt sich ein klareres Bild ein. Bereits auf staatlicher Ebene ist die Verbindung zwischen Legitimität und einem Recht auf Zwangsanwendung umstritten.²⁰² Vielmehr könne Zwangsanwendung nur aus bestimmten moralischen Gründen gerechtfertigt sein. Dabei existieren sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, ob diese moralischen Gründe bereits in der Absicherung minimaler Staatlichkeit, im Sinne innerer und äußerer Sicherheit ausgeschöpft sind,²⁰³ oder ob auch eine steuerliche Umverteilung zum Zweck der Existenz- und Autonomiesicherung noch davon gedeckt ist.²⁰⁴ Selbst deutlich weitreichendere zwangsgestützte Maßnahmen, wie etwa der steuerfinanzierte Betrieb öffentlicher Grünflächen, werden für möglich gehalten.²⁰⁵

200 *Allen Buchanan*, The legitimacy of international law, in: Besson u. a. (Hrsg.), *The Philosophy of International Law*, Oxford 2010, S. 79, 84.

201 *John Tasioulas*, The Legitimacy of International Law, in: Besson u. a. (Hrsg.), *The Philosophy of International Law*, Oxford 2010, S. 97, 99.

202 *Christopher W. Morris*, An essay on the modern state, Cambridge 2002, S. 216 f.; *Michael Huemer*, The problem of political authority, Basingstoke [u.a.] 2013, S. 100.

203 *Michael Huemer*, The problem of political authority, Basingstoke [u.a.] 2013, S. 100 („The state may be entitled to collect taxes, to administer a system of police and courts to protect society from individual rights violators, and to provide military defense. [...] The state may not go on to coercively impose paternalistic or moralistic laws, policies motivated by rent seeking, or policies aimed at promoting unnecessary goods, such as support for the arts or a space program.“).

204 *Joseph Raz*, The morality of freedom, Oxford 1986, S. 416 f.

205 *Joseph Raz*, The morality of freedom, Oxford 1986, S. 422 („A public culture which inculcates respect for the environment, and for its transformation at the hands of past generations, and which cultivates agreeable design and good taste

Um trotz dieser Spannweite eine Struktur erkennbar zu machen, hat *Leslie Green* die Frage gestellt, ob nur der Staat legitimer Weise Zwang ausüben dürfe. Diese Frage hat er, unter Gleichsetzung von „legitim“ mit „moralisch gerechtfertigt“, verneint. Auch jenseits des Staates könne Zwang moralisch gerechtfertigt sein. In diesem Sinne lasse sich auch keine Verbindung zwischen einer Gehorsamspflicht und dem Recht auf Zwangsanwendung herstellen. Beide existierten unabhängig voneinander.²⁰⁶ *Ronald Dworkin* dagegen bezeichnet eine Befolungspflicht als nahezu zwingende, zugleich aber nicht ausreichende Bedingung eines staatlichen Rechts auf Zwangsanwendung.²⁰⁷

Mit Blick auf die Ausführungen *John Rawls* wird anschaulich, wie stark diese Vorstellungen von der Figur des Staates geprägt sind. So findet sich bei ihm zwar auf Ebene legitimer verfasster Staaten ein Recht auf Zwangsanwendung,²⁰⁸ doch mit dem Transfer jenseits des Staates schmilzt dieses Recht letztlich bis zur Unkenntlichkeit. Was bleibt ist, dass Völker, deren Staaten schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begehen und die daher bei *Rawls* in der hier verwendeten Terminologie als illegitim bezeichnet werden können, ihr Recht auf Selbstbestimmung und Nichtintervention verlieren.²⁰⁹ In diesem Fall wären Staaten sogar verpflichtet, zu intervenieren.²¹⁰ All dies ist aus völkerrechtlicher Sicht weitreichend, aber dennoch nicht geeignet, ein aus dem Attribut der Legitimität abgeleitetes, moralisches Recht auf Zwangsausübung zu konstituieren.

Schlussendlich sprechen die unterschiedlichen Aussagen über ein Recht auf Zwangsanwendung auf nationaler und internationaler Ebene sowie der schon auf innerstaatlicher Ebene bestehende Zweifel angesichts eines

in landscaping and urban planning, while not positively required as a condition of autonomy, is consistent with it. Autonomy requires a public culture and is consistent with a tasteful rather than a vulgar and offensive environment.“).

206 *Leslie Green*, *The authority of the state*, Oxford 1988, S. 72 f.; so auch *Christopher W. Morris*, *An essay on the modern state*, Cambridge 2002, S. 216 f.; ähnlich auch *Joseph Raz*, *Authority and Justification*, *Philosophy & Public Affairs* 14 (1985), 3, 5.

207 *Ronald Dworkin*, *Law's empire*, Cambridge 1986, S. 291.

208 *John Rawls*, *A theory of justice*, 2. Aufl., Harvard 1999, S. 195; vgl. *Frank Michelman*, *Rawls on constitutionalism and constitutional law*, in: *Freeman* (Hrsg.), *The Cambridge Companion to Rawls*, Cambridge [u.a.] 2003, S. 394, 395 f.

209 *John Rawls*, *The law of peoples*, Cambridge [u.a.] 1999, S. 38.

210 *John Rawls*, *The law of peoples*, Cambridge [u.a.] 1999, S. 81.

solchen Rechts, für einen noch differenzierteren Ansatz.²¹¹ Die Gesamtschau der Ansichten lässt den Schluss zu, dass ein Recht zur Zwangsanwendung weder allein aus dem Attribut der Legitimität ableitbar ist, noch aus dem Status eines Akteurs, etwa dem des Staates. Vielmehr ist es das Ergebnis einer situationsspezifischen moralischen Bewertung. In dieser wird die Frage der Legitimität struktureller Über-Unterordnungsverhältnisse häufig, wenn nicht gar immer eine Rolle spielen, aber Legitimität allein schafft kein moralisches Recht zur Zwangsanwendung.²¹²

Für die Friedensmediation bedeutet diese Erkenntnis, dass Zwang und die aus ihm abgeleiteten Positionen, etwa von nichtstaatlichen Gewaltakteuren, regelmäßig Legitimitätsfragen aufwerfen.²¹³ Allerdings führt die Legitimität des Verfahrens weder automatisch zu einem Recht auf Zwangsanwendung des Post-Konflikt-Staates, noch lässt sich daraus eine zwangsbewährte Durchsetzung jedes einzelnen Punktes einer im Mediationsverfahren getroffenen Einigung ableiten. Darüber hinaus zeigt sich, dass auch wenn das Verfahren selbst, ebenso wie manche der beteiligten Akteure, nicht über Zwangsressourcen verfügt, dennoch Gegenstand von Legitimitätsfragen sein kann.

4. Moralisches Recht auf Kooperation bzw. Pflicht, Machtausübung von außen nicht zu behindern

Während bis hierhin Legitimität als normative Kategorie für das Verhältnis zwischen den beiden Enden einer Machtbeziehung verstanden wurde, hat sie auch eine andere Seite. Diese sogenannte interne Legitimation, welche die Beziehung zwischen Legitimationssubjekt und dem Legitimationsobjekt, also den Macht Ausübenden beschreibt, steht einer externen Legitimation gegenüber. Demnach haben jene, die außerhalb des Legitimationsverhältnisses stehen, zumindest die Pflicht, die Machtausübung, die innerhalb dieses Verhältnisses stattfindet, nicht zu behindern.²¹⁴ Mög-

211 Vgl. *Samantha Besson*, *Law Beyond the State: A Reply to Liam Murphy*, EJIL 28 (2017), 233, 238; a.A. zum Verhältnis der Ebenen *Liam Murphy*, *Law Beyond the State: Some Philosophical Questions*, EJIL 28 (2017), 203, 231.

212 *John Tasioulas*, *Human Rights, Legitimacy, and International Law*, *The American Journal of Jurisprudence* 58 (2013), 1, 13.

213 Vgl. *Véronique Dudouet*, *Transformation of coercive actors, Accord: an international review of peace initiatives* (2014), 91, 92.

214 *Allen Buchanan*, *Reciprocal legitimation: Reframing the problem of international legitimacy, Politics, Philosophy & Economics* 10 (2011), 5, 8 f.

licherweise haben legitime Machthaber sogar ein Recht darauf, durch Akteure außerhalb des Legitimationsverhältnisses unterstützt zu werden.²¹⁵ Selbst im Fall von Defiziten führt die so verstandene Legitimität eines Akteurs dazu, dass dieser reformiert und nicht ersetzt werden sollte.²¹⁶ Während diese Kooperations- oder Unterstützungspflicht bei *Allen Buchanan* und *Robert Keohane* mit dem Begriff der Legitimität verbunden ist, geht sie insbesondere auf *John Rawls* zurück, der mit Blick auf den Staat konstatierte:

*„From the standpoint of justice as fairness, a fundamental natural duty is the duty of justice. This duty requires us to support and to comply with just institutions that exist and apply to us. It also constrains us to further just arrangements not yet established, at least when this can be done without too much cost to ourselves. Thus if the basic structure of society is just, or as just as it is reasonable to expect in the circumstances, everyone has a natural duty to do his part in the existing scheme. Each is bound to these institutions independent of his voluntary acts, performative or otherwise. Thus even though the principles of natural duty are derived from a contractarian point of view, they do not presuppose an act of consent [...]“*²¹⁷

In gewisser Hinsicht handelt es sich daher lediglich um den Versuch, die zuvor diskutierte Frage der Befolgungspflicht über eine „*duty of justice*“ aufzulösen. Diese begründet eine Pflicht zur Unterstützung gerechter Institutionen.²¹⁸ Jenseits des Staates bereichert dieser Ansatz jedoch auch

215 *Allen Buchanan, Robert O. Keohane*, The Legitimacy of Global Governance Institutions, *Ethics & International Affairs* 20 (2006), 405, 412 („[...] the function of legitimacy judgments [...] is to make possible coordinated support based on moral reasons, while at the same time supplying a critical but realistic minimal moral standard by which to determine whether institutions are worthy of support.“).

216 *Allen Buchanan, Robert O. Keohane*, The Legitimacy of Global Governance Institutions, *Ethics & International Affairs* 20 (2006), 405, 407 („Further, agents of legitimate institutions deserve a kind of impersonal respect, even when we voice serious criticisms of them. Judging an institution to be legitimate, if flawed, focuses critical discourse by signaling that the appropriate objective is to reform it, rather than to reject it outright.“).

217 *John Rawls*, A theory of justice, 2. Aufl., Harvard 1999, S. 99.

218 *Alan J. Simmons*, Moral principles and political obligations, Princeton 1979, S. 143 ff.; *Joseph Raz*, The morality of freedom, Oxford 1986, S. 66; *Liam Murphy*, International Responsibility, in: Besson u. a. (Hrsg.), *Philosophy of International Law*, Oxford 2010, S. 299, 304; kritisch, aber iE ähnlich *Leslie Green*, The authority of the state, Oxford 1988; kritisch zur Begründung *Ronald Dworkin*, Taking rights seriously, Cambridge 1977, S. 175.

das Verständnis von Legitimität. *Rawls* verwendet, dem Titel seines Werks folgend, primär den Begriff der Gerechtigkeit. Dieser ist, abstrakt gesehen, anspruchsvoller als jener der Legitimität.²¹⁹ In der durch *Rawls* verwendeten Ausdehnung, in der auch von „*reasonably just*“ gesprochen wird,²²⁰ kann jedoch der Übernahme des Konzepts auch für das Verständnis von Legitimität gefolgt werden.

Besonders plastisch lässt sich diese normative Komponente der Legitimität am Beispiel des Staates machen. So lässt sich das völkerrechtliche Interventionsverbot als rechtliche Kehrseite der moralischen Pflicht, Machtausübung nicht von außen zu behindern, verstehen.²²¹

Diese externe Legitimität spiegelt sich auch in dem wider, was *Buchanan* als „*recognitional legitimacy*“ bezeichnet.²²² Demnach führt die Feststellung von Akteur A darüber, dass Akteur B legitim ist, dazu, dass A B anerkennen sollte. Dabei wird die Frage der Verknüpfung von Legitimität und Anerkennung primär bei Staaten²²³ und Regierungen²²⁴ diskutiert. Denkbar ist diese Diskussion jedoch letztlich für jeden Akteur, der einen bestimmten Status anstrebt, etwa im Fall von Aufständischen²²⁵ oder Nichtregierungsorganisationen.²²⁶ Ungeachtet der Voraussetzungen, die

219 Vgl. *Rainer Forst*, Legitimität, Demokratie und Gerechtigkeit, in: Flügel-Martinsen u. a. (Hrsg.), FS Schmalz-Bruns, Wiesbaden 2014, S. 137, 137.

220 *John Rawls*, A theory of justice, 2. Aufl., Harvard 1999, S. 51, 96.

221 *John Rawls*, The law of peoples, Cambridge [u.a.] 1999, S. 37 f.

222 *Allen Buchanan*, Justice, legitimacy, and self-determination, Oxford [u.a.] 2004, S. 261.

223 *Allen Buchanan*, Justice, legitimacy, and self-determination, Oxford [u.a.] 2004, S. 261; *Allen Buchanan*, Recognitional Legitimacy and the State System, Philosophy & public affairs 28 (1999), 46, 48 Fn. 4.

224 *Allen Buchanan*, Justice, legitimacy, and self-determination, Oxford [u.a.] 2004, S. 281 ff.; *Allen Buchanan*, Recognitional Legitimacy and the State System, Philosophy & public affairs 28 (1999), 46, 62 f.; *Jean D'Aspremont*, Legitimacy of governments in the age of democracy, New York University journal of international law & politics 38 (2006), 877–918; *Kerstin Odendahl*, Gibt es eine völkerrechtliche Legitimität von Regierungen?, in: Odendahl u. a. (Hrsg.), Aus Kiel in die Welt, FS Walther-Schücking-Institut, Berlin 2014, S. 99–126.

225 *Allen Buchanan*, Recognitional Legitimacy and the State System, Philosophy & public affairs 28 (1999), 46, 48 Fn. 4.

226 Vgl. *Jurij D. Aston*, The United Nations Committee on Non-Governmental Organizations: guarding the entrance to a politically divided house, EJIL 12 (2001), 943, 946, 961 f.; grundlegend *Dianne Otto*, Nongovernmental Organizations in the United Nations System: The Emerging Role of International Civil Society, Human Rights Quarterly 18 (1996), 107–141; zur historischen Entwicklung *Steve Charnovitz*, Nongovernmental Organizations and International Law, AJIL 100 (2006), 348, 356 f.

der Bezeichnung eines Akteurs als legitim zugrunde liegen, führt diese Bezeichnung zu Anerkennung und damit zu den zuvor bereits abstrakt dargestellten Folgen. Mit der völkerrechtlichen Anerkennung eines Staates ist dessen Unversehrtheit und das Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten verbunden, aber auch die Möglichkeit, völkerrechtlich mit anderen Völkerrechtssubjekten zu interagieren. Abstrakt handelt es sich dabei auch um eine Folge der Legitimitätszuschreibung. An dieser Stelle sollten jedoch drei Dinge voneinander getrennt werden. Zum einen ist normative Legitimität ein Begriff der politischen Philosophie oder der politischen Theorie. Als solcher kann er für die Frage herangezogen werden, ob ein bestimmter Akteur völkerrechtlich anzuerkennen ist. Insbesondere hinsichtlich des Staates handelt es sich hierbei jedoch um eine rechtspolitische Forderung.²²⁷ Trotz aller realpolitisch determinierten Ausnahmen ist für die Anerkennung im Völkerrecht nach wie vor der Effektivitätsgrundsatz maßgeblich.²²⁸ Aus rechtlicher Sicht wird die Frage der Legitimität als Anerkennungswürdigkeit nur innerhalb des so gesetzten völkerrechtlichen Rahmens relevant. Drittens handelt es sich bei externer Legitimität, sofern sie normativ und nicht deskriptiv verstanden wird,²²⁹ lediglich um eine externe Folge des internen Legitimitätsverhältnisses. Ein solches kann zwischen den Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft nicht bestehen, da Legitimität die Rechtfertigung eines Über-Unterordnungsverhältnisses darstellt. Externe Legitimität bedeutet daher lediglich, dass externe Akteure anerkennen, dass die Über-Unterordnung, auf der die Stellung eines anderen Akteurs beruht, gerechtfertigt ist.

Für die Friedensmediation wird diese Komponente der Legitimitätszuschreibung auf zwei unterschiedlichen Ebenen relevant. Zum einen hinsichtlich jener Institutionen, die aus dem Mediationsverfahren hervorgehen oder die durch das Verfahren mit neuen Aufgaben versehen werden. Zum anderen hinsichtlich des Mediationsverfahrens selbst. Hier zeigt sich am deutlichsten die Relevanz des Legitimitätsattributs. Das Mediationsverfahren bedarf keiner formalrechtlichen Anerkennung. Indes ist es auf die Unterstützung durch internationale und lokale Akteure angewiesen.

227 Vgl. Kerstin Odendahl, Gibt es eine völkerrechtliche Legitimität von Regierungen?, in: Odendahl u. a. (Hrsg.), *Aus Kiel in die Welt*, FS Walther-Schücking-Institut, Berlin 2014, S. 99, 113 f.

228 Niels Petersen, *Demokratie als teleologisches Prinzip: zur Legitimität von Staatsgewalt im Völkerrecht*, Berlin [u.a.] 2009, S. 147.

229 Vgl. dazu Jean D'Aspremont, Eric De Brabandere, *The Complementary Faces of Legitimacy In International Law: The Legitimacy of Origin and the Legitimacy of Exercise*, *Fordham international law journal* 34 (2011), 190, 193 Fn. 15.

Wichtiger noch als Unterstützung ist der Umstand, dass die Versuche, den jeweiligen Konflikt beizulegen, nicht von außen gestört werden. Die Existenz des Verfahrens sollte unterstützt und nicht verhindert werden. Genau darin liegen die positiven Folgen normativer Legitimität.

5. Zwischenfazit

Normative Legitimität hält für die Friedensmediation und jene, die mit ihr in Berührung kommen, auf den ersten Blick nicht mehr als ein Sollen bereit. Sie bejaht die moralische Richtigkeit eines Über-Unterordnungsverhältnisses. Sofern das Mediationsverfahren ein solches darstellt – was zu zeigen sein wird – kann es auch von dieser Affirmation profitieren. Legitimität stellt einen Grund dar, wieso Regeln oder Befehle befolgt werden sollten. Sie ist relevant, wenn individuelle und kollektive Autonomie durch Zwang und Gewalt beschränkt werden. Schlussendlich spielt Legitimität eine zentrale Rolle bei der Frage, ob das Mediationsverfahren von außen akzeptiert wird, ob seine Existenz und sein Fortbestand gesichert werden und ob es in die Interaktion mit anderen relevanten Akteuren eingebunden wird. Deutlich klassischer verhält es sich für das Staatsgebilde und die Regierungen einer auch aus dem Mediationsverfahren hervorgehenden Gesellschaft. Für sie bedeutet Legitimität, ob ihr Herrschaftsanspruch und ihre Autorität moralisch gerechtfertigt, ob sie anerkennungswürdig sind. Daran schließen sich Befolgungsgründe und die Möglichkeit der Rechtfertigung von Zwangsmitteln an. Sowohl nach innen wie auch nach außen ist Legitimität relevant für die Entscheidung, ob sowohl die Regierung als auch der Staat Unterstützung erhalten sollen. Im Hinblick auf Legitimität lässt sich vielfach nicht ausschließen, dass das Sollen aus dem Sein abgeleitet wird, ebenso wenig wie, dass angenommen wird, dem Sollen folge tatsächlich auch ein Sein. Hier wurde der Versuch unternommen, beides dennoch weitestgehend zu trennen. Inwieweit die durch einen normativen Legitimitätsbegriff geschaffenen Erwartungen an die politische und gesellschaftliche Realität im Rahmen sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse zu deskriptiver Legitimität eingelöst werden, soll im nachfolgenden Abschnitt beleuchtet werden.

II. Bedeutung deskriptiver Legitimität

Legitimität im normativen Sinne ist demnach die Zuschreibung einer Eigenschaft, namentlich die Würdigkeit eines Akteurs, Macht auszuüben oder aber einer Regel oder eines Befehls, befolgt zu werden. Im deskriptiven, auch als soziologisch oder empirisch²³⁰ bezeichneten Sinn handelt es sich bei Legitimität hingegen um einen empirisch erfassbaren Zustand, der bei Max Weber als „Legitimitätsglaube“²³¹ beschrieben wird und regelmäßig mit der tatsächlichen Regelbefolgung in Verbindung gebracht wird. Kaum eine Abhandlung zur Legitimität kommt ohne einen Verweis auf Weber aus, dem die Einführung des Begriffs in die Sozialwissenschaft zugeschrieben wird.²³² Dieser hat selbst gleichwohl von einer präzisen Definition dieses seines²³³ Begriffes abgesehen. Dies obwohl, wie *Andreas Anter* bemerkt, Weber ansonsten wenig undefiniert ließ.²³⁴ Stattdessen finden sich bei Weber typisierte Geltungsgründe, die als empirisch vorgefunden verstanden werden.²³⁵ *Hasso Hofmann* findet mit dem Begriff der „Fügsamkeitsmotivation“ die wohl anschaulichste Annäherung an Webers Legitimitätskonzept.²³⁶ Demnach befragt Weber die Akteure einer sozialen Ordnung, warum Fügsamkeit herrscht und bündelt die Antworten in dem Glauben an Tradition, dem Glauben an Offenbartes („Affektuelles“), dem

230 *Kaarlo Tuori*, Legitimacy, in: Gray (Hrsg.), *The philosophy of law : an encyclopedia*, New York 1999, S. 493, 493.

231 *Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922, S. 122.

232 *Hasso Hofmann*, Legalität, Legitimität, in: Ritter u. a. (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. V, Basel 1980, S. 161, 164; vgl. kritisch zur Rezeption Webers *Susanne Baer*, *Rechtssoziologie : eine Einführung in die interdisziplinäre Rechtsforschung*, 3. Aufl., Baden-Baden 2017, S. 127 ff.

233 *Johannes Friedrich Winckelmann*, Legitimität und Legalität in Max Webers Herrschaftssoziologie, Tübingen 1952, S. 25 („[...] und es darf mit Sicherheit angenommen werden, dass er die Einsicht in diese Strukturtypen unter seine bleibenden wissenschaftlichen Entdeckungen gerechnet hat.“).

234 *Andreas Anter*, *Max Webers Theorie des modernen Staates : Herkunft, Struktur und Bedeutung*, Berlin 1995, S. 66.

235 *Hasso Hofmann*, Legitimität und Rechtsgeltung : verfassungstheoretische Bemerkungen zu einem Problem der Staatslehre und der Rechtsphilosophie, Berlin 1977, S. 22 f.

236 *Hasso Hofmann*, Legalität, Legitimität, in: Ritter u. a. (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. V, Basel, Stuttgart, 1980, S. 161, 164; so auch *Florian Meinel*, Die Legalisierung der Legitimation. Zu einem deutschen Verfassungsproblem, *Merkur* 68 (2014), 767, 768.

wertrationalen Glauben und dem Glauben an die Legalität.²³⁷ Insofern ist der sozialpsychologische Begriff der Legitimität nicht völlig losgelöst vom normativen, sondern verweist unter anderem darauf, ihn bei den sozialen Akteuren eines Herrschaftsverhältnisses vorzufinden. Indem es der soziologische Begriff der Legitimität somit den befragten Akteuren überlässt, zu definieren, was Legitimität für sie bedeutet,²³⁸ lässt sich auch im Umkehrschluss kein allgemeingültiger Maßstab normativer Bewertung der Herrschaftswürdigkeit destillieren. Es ist wohl dieser fehlende Maßstab, der viele der normativ geprägten Autoren frustriert.²³⁹

Niklas Luhmann entkoppelt dagegen den deskriptiven Legitimitätsbegriff gänzlich von dessen normativen Gegenstück. Demnach erfolge „*Legitimation durch Verfahren*“ und beruhe nicht auf dem Glauben an eine materielle normative Würdigkeit.²⁴⁰ Stattdessen sei es die formale prozessuale Normgenese oder die formale Herrschaftsbegründung, die den Grund für Befolgung, Anerkennung und Unterordnung darstellen. Letztlich handele es sich – zumindest bei den westlichen demokratischen Industriegesellschaften – um sog. autopoietische Systeme. Demnach schöpfen diese Herrschaftssysteme Stabilität und Geltung allein aus sich selbst.²⁴¹ In der stilistischen Zuspitzung Andreas Fischer-Lescanos wird dieser Umstand darauf heruntergebrochen, dass Geltung nur durch Geltung begründbar sei.²⁴² Luhmann selbst hebt hervor, dass das Konzept der Autopoiesis, einerseits in seiner Bedeutung für den Ansatz „operativer Geschlossenheit“ der Systemtheorie „in seiner Radikalität [...] kaum [zu] unterschätzen“ sei, andererseits aber einen geringen Erklärungswert habe.²⁴³ Dessen ungeachtet versteht

237 Vgl. Johannes Friedrich Winckelmann, Legitimität und Legalität in Max Webers Herrschaftssoziologie, Tübingen 1952, S. 30 m.w.N.

238 Kritisch David Beetham, The legitimation of power, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 13 („[...] the problem of expecting ordinary people to understand what legitimacy means, when social scientist have such difficulty themselves with the concept[...]“).

239 Hasso Hofmann, Legitimität und Rechtsgeltung: verfassungstheoretische Bemerkungen zu einem Problem der Staatslehre und der Rechtsphilosophie, Berlin 1977, S. 24; David Beetham, The legitimation of power, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 10.

240 Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1978, S. viii.

241 Niklas Luhmann, Rechtssoziologie, 3. Aufl., Opladen 1987, S. 354 ff.

242 Andreas Fischer-Lescano, Globalverfassung: die Geltungsbegründung der Menschenrechte, Weilerswist 2005, S. 119.

243 Niklas Luhmann, Einführung in die Systemtheorie, 2. Aufl., Heidelberg 2006, S. 114.

auch *Luhmann* Legitimität als den Grund für Fügsamkeit. Allerdings löst er den Begriff – ganz im Sinne eines systemtheoretischen und eben keines handlungstheoretischen Ansatzes – stärker vom einzelnen Akteur ab. Für ihn geht es, wie für *Max Weber*, nicht um die normative Wertigkeit. Anders als dieser, fragt er allerdings auch nicht nach dem Glauben an eine normative Wertigkeit. Stattdessen weise Legitimität letztlich das Funktionieren des Systems aus. Sie sei insoweit weniger das Ergebnis subjektiver Fügsamkeitsmotivation, als eine abstrakte Fügsamkeitsursache. *Luhmann* spricht davon, dass „[...] jemand durch Beteiligung an Verfahren dazu gebracht wird, an der Regulierung mitzuwirken, seine Gesichtspunkte vorzutragen, das Verfahren als solches anzuerkennen, obwohl er noch gar nicht weiß, wie es ausgeht.“²⁴⁴ Zuvor hatte er bereits geschrieben, Legitimität beruhe „gerade nicht auf ‚frei-williger‘ Anerkennung, auf persönlich zu verantwortender Überzeugung, sondern im Gegenteil auf einem sozialen Klima.“²⁴⁵ Insofern verschwindet der Einzelne in diesem Konzept von Legitimität nicht, wird aber eben durch die Einbettung in das Verfahren „dazu gebracht“, fügsam zu sein. Ein so verstandenes Konzept von Legitimität fällt in der Mediation auf fruchtbaren Boden, vermag es doch zu erklären, wieso Mediationsverfahren ohne Durchsetzungsmechanismen, allein durch die Teilnahme am Verfahren, in der Lage sind Konflikte beizulegen, ohne dabei auf einen zwangsbewehrten Letztentscheidungsmechanismus wie staatliche Gerichte zurückgreifen zu müssen. Zugleich illustriert *Luhmann* sein Konzept gerade an der Fügsamkeit gegenüber eben diesen Institutionen staatlichen Rechts und betont für diese auch die Relevanz von Zwangsmitteln.²⁴⁶ Zumindest im innerstaatlichen Kontext findet Mediation daher nicht völlig losgelöst, sondern „im Schatten des Rechts“²⁴⁷ statt.²⁴⁸ Für die Mediation ist weiterhin die konstruktivistische Grundannahme der (*luhmann'schen*) Systemtheorie relevant, die objektive und universelle Wirklichkeit zuguns-

244 *Niklas Luhmann*, Einführung in die Systemtheorie, 2. Aufl., Heidelberg 2006, S. 340.

245 *Niklas Luhmann*, Legitimation durch Verfahren, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1978, S. 34.

246 *Niklas Luhmann*, Rechtssoziologie, 3. Aufl., Opladen 1987, S. 262.

247 Die viel zitierte Formulierung geht zurück auf *Robert H. Mnookin*, *Lewis Kornhauser*, Bargaining in the Shadow of the Law: The Case of Divorce Dispute Resolution, *Yale Law Journal* 88 (1979), 950–997.

248 Das Zitat ohne Nachweis in den mediationsspezifischen Kontext der Systemtheorie einführend *Markus Troja*, Konstruktivistische und systemtheoretische Grundlagen systemischer Mediation, in: *Trenczek u. a.* (Hrsg.), *Mediation und Konfliktmanagement*, Baden-Baden 2017, S. 99, 109, Rn. 21.

ten von durch Kommunikation konstruierten Wirklichkeiten aufgibt. Demnach werden Konflikte als das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Wirklichkeitskonstruktionen verstanden. Diese werden in der Mediation aufgeweicht und miteinander in Verbindung gebracht.²⁴⁹ Für die hier verfolgte These, dass Rechtsnormen eine Legitimationsquelle im Kontext der Friedensmediation sind, wirft der luhmann'sche Ansatz Probleme auf. Zum einen bedarf Legitimität im autopoietischen System keiner Quelle, insbesondere keiner normativen. Zum anderen erkennt *Luhmann* durchaus die systemstabilisierende Rolle des Rechts an, allerdings lediglich als formalen Mechanismus. „*Es gilt nicht deswegen,“* paraphrasiert *Thomas Raiser* eben *Luhmann*, „*weil es im Einklang mit höheren Normen steht, sondern weil es durch Entscheidung aus anderen Normen ausgewählt und verbindlich gemacht wurde.*“²⁵⁰ Ein solches, jedweden normativen Werten kritisch gegenüberstehendes Verständnis von Recht,²⁵¹ macht dessen Inhalt letztlich austauschbar.²⁵² Inwieweit sich ein derart reiner Rechtspositivismus hinsichtlich der Friedensmediation fruchtbar machen lässt, wird an späterer Stelle beantwortet werden müssen.

Interessanterweise kommt es im vermeintlichen Entwicklungsverlauf von *Max Weber* über *Niklas Luhmann*, in welchem normative Elemente aus dem Begriff der Legitimität ausgeschlichen werden, an dieser Stelle zu einer Art Zäsur bzw. einem Rückschritt. In der Rezeption *Luhmanns* durch *Gunther Teubner* hält das normative Element wieder Einzug in den soziologischen Legitimitätsbegriff.²⁵³ *Teubner* unternimmt bereits in den ersten Entwürfen seines „reflexiven Rechts“ den Versuch, *Luhmanns* Ansatz der autopoietischen Selbsterzeugung, -entwicklung und -legitimation sozialer Systeme mit dem habermas'schen normativ-kritischen Ansatz zu verbinden.²⁵⁴ Während in der Debatte um das Aufkommen der Idee

249 *Markus Troja*, Konstruktivistische und systemtheoretische Grundlagen systemischer Mediation, in: *Trenczek u. a. (Hrsg.), Mediation und Konfliktmanagement*, Baden-Baden 2017, S. 99, 110 f., Rn. 25.

250 *Thomas Raiser*, Grundlagen der Rechtssoziologie, Tübingen 2013, S. 128 m.w.N.

251 *Niklas Luhmann*, Grundrechte als Institution : ein Beitrag zur politischen Soziologie, Berlin 1974, S. 231.

252 *Wilhelm Hennis*, Legitimität, in: von *Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme*, Wiesbaden 1976, S. 9, 15 („Das viel Wichtigere, eine qualitative, kritisch-normative Abgrenzung von Legitimität und Illegitimität, leisten Webers Begriffe nicht.“).

253 *Andreas Fischer-Lescano*, Die Emergenz der Globalverfassung, *ZaöRV* 63 (2003), 717, 720 f.

254 *Gunther Teubner*, Reflexives Recht: Entwicklungsmodelle des Rechts in vergleichender Perspektive, *ARSP* 68 (1982), 13, 16 f.

„reflexiven Rechts“ Luhmann selbst die normative Einfärbung seiner Ideen kritisiert,²⁵⁵ will Norbert Reich fast zeitgleich bereits eine Abschwächung, wenn nicht gar eine Aufgabe dieser Normativierung bei Gunther Teubner ausmachen können.²⁵⁶ Dessen ungeachtet sieht Andreas Fischer-Lescano in seiner Rezeption Teubners, den entscheidenden Unterschied zu Luhmann nach wie vor in der Berücksichtigung normativ-kritischer Ansätze.²⁵⁷ In dem von Andreas Fischer-Lescano gemeinsam mit Gunther Teubner verfassten Buch rekurren beide sodann auch unter der Überschrift „*Ius Cogens versus Ordre Public Transnational*“ auf einen „fiktiven Sinnhorizont des Nicht-dispositiven“, die „kontrafaktische Unterstellung eines gemeinsamen Geltungskernes“ und auf die „Vielheit von regimerelevanten Gemeinwohlformeln“. ²⁵⁸ An dieser Stelle ist der Diskurs – wenn auch begrifflich und theoretisch mit Komplexität angereichert – sodann letztlich wieder bei der Ausgangsdefinition Max Webers angekommen. Demnach ist Legitimität der Glaube an die wie auch immer geartete Würdigkeit der Herrschaft. Auch hinter diesem Glauben verbirgt sich keine einheitliche Wahrheit, sondern eine Vielfalt normativer Vorstellungen. Schlussendlich steht diese Renaissance des normativen Bezugs, nicht einmal mehr im Widerspruch zu Niklas Luhmann selbst. Hat dieser doch in seinem Spätwerk über die Idee einer „Einheitsprojektion, ein[es] Programm[s] für alle Programme“ nachgedacht, welche er in der Idee der Gerechtigkeit vermutete.²⁵⁹ Damit will er die Autopoiesis nicht aufgeben,²⁶⁰ sondern „[d]as Rechtssystem will sich selbst, was immer die Fakten, als gerecht.“²⁶¹ Zugleich glaubt er, mit diesem Begriff der Gerechtigkeit die Kluft zwischen Naturrecht und Rechtspositivismus überbrücken zu können. Demnach sei Gerechtigkeit dem Rechtssystem immanent und daher einerseits nicht naturrechtlich begründet, anderer-

255 Niklas Luhmann, Einige Probleme mit „reflexivem Recht“, Zeitschrift für Rechtssoziologie 6 (1985), 1, 2.

256 Norbert Reich, Reflexives Recht?: Bemerkungen zu einer neuen Theorie von Gunther Teubner, in: Broda u. a. (Hrsg.), FS Wassermann, Darmstadt 1985, S. 151, 160.

257 Andreas Fischer-Lescano, Die Emergenz der Globalverfassung, ZaöRV 63 (2003), 717, 720 f.

258 Andreas Fischer-Lescano, Gunther Teubner, Regime-Kollisionen: zur Fragmentierung des globalen Rechts, Frankfurt am Main 2006, S. 100.

259 Niklas Luhmann, Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1995, S. 217.

260 Niklas Luhmann, Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1995, S. 414, Fn. 5; kritisch zum verbleibenden Erkenntniswert Thomas Raiser, Grundlagen der Rechtssoziologie, Tübingen 2013, S. 144 f.

261 Niklas Luhmann, Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1995, S. 217.

seits allerdings auch nicht rechtspositivistisch dispositiv.²⁶² In ähnlicher Weise hält der Begriff der Werte als Bezugspunkt der Selbstlegitimation auch in seiner Arbeit zu politischen Systemen Einzug.²⁶³ In Bezug auf das Recht sollte allerdings erwähnt werden, dass *Luhmann* in „*Recht der Gesellschaft*“ den Wert des Legitimitätsbegriffs kritisch anmerkt.²⁶⁴

Was bedeutet also der deskriptive Legitimitätsbegriff, wenn seine Relevanz für die Friedensmediation verstanden werden will? Legitimität ist in diesem Sinne nicht die Aussage, dass das Mediationsverfahren „das richtige“ ist oder, dass die (Gesellschafts-)Ordnung welche durch das Verfahren geschaffen oder neugeordnet wurde, „die richtige“ ist. Der Begriff vermag vielmehr eine Aussage darüber zu treffen, ob Mediationsverfahren oder (Gesellschafts-)Ordnung jeweils als „richtig“ angesehen werden können oder aber darüber, ob sie sich als „richtig“ darstellen können. Die systemtheoretischen Konzepte von Autopoiesis und Reflexivität sagen dabei lediglich etwas darüber aus, woher der Begriff und das Verständnis dafür, was „richtig“ ist, stammen. Lediglich im frühen Verständnis *Niklas Luhmanns* würde Legitimität bedeuten, dass sich das System der konkreten Friedensmediation oder aber die davon betroffenen Ordnung erfolgreich prozessual selbst stabilisiert hat. Für alle anderen Begriffsverständnisse ist diese Stabilität eine – im weiteren Verlauf zu erörternde – Folge der deskriptiven Legitimität, nicht aber deren Innbegriff oder Synonym.

1. Regelbefolgung / Compliance

Die reale Befolgung und Anerkennung einer Ordnung oder eines Befehls ist wohl einer der zentralen Gründe für das in regelmäßigen Abständen neu aufkommende Interesse an Legitimität und Legitimation. Für das Völkerrecht formuliert *Thomas Franck* diesen Umstand zu Beginn seines Buches als Frage: „*Why do powerful nations obey powerless rules?*“²⁶⁵ Dabei nimmt bereits der Titel des Buches „*The power of legitimacy among nations*“ die Antwort vorweg: Legitimität ist ein Befolgungsgrund. Für die Friedensmediation ist diese Frage, und mit ihr der Begriff der Legitimität, gleich in

262 *Niklas Luhmann*, Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1995, S. 217.

263 *Niklas Luhmann*, Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main 2002, S. 193, 359.

264 *Niklas Luhmann*, Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1995, S. 558.

265 *Thomas M Franck*, The power of legitimacy among nations, New York [u.a.] 1990, S. 3.

doppelter Weise relevant. Zum einen partizipiert das Mediationsverfahren am vielmonierten Fehlen von Zwangsmitteln im Bereich internationaler Beziehungen. Insoweit ist es keine Besonderheit medierter Friedensprozesse, dass Verletzungen entsprechender Abkommen oder Vereinigungen weder zwangsweise sanktioniert, noch zwangsweise beendet werden. Zum anderen beinhaltet die Idee der Mediation gerade, dass es sich dabei um ein freiwilliges Verfahren handelt. Wobei die Freiwilligkeit sich sowohl auf die Teilnahme am Verfahren, als auch auf die inhaltlichen Ergebnisse bezieht.²⁶⁶ Folglich ist die Frage nach dem Befolungsgrund bereits Bestandteil der Verfahrenscharakteristika der Friedensmediation. Verweist Mediation innerstaatlich sowie in vielen Bereichen des internationalen Wirtschaftsverkehrs auf den „Schatten des Recht“, in welchem sie stattfindet und damit auch, wie bereits erörtert,²⁶⁷ auf die damit verbundenen hoheitlichen Zwangsmittel, ist dieser letzte Rückgriff im Bereich der Friedensmediation nicht in gleicher Weise möglich. Wo selbst in der Ferne liegende Zwangsmöglichkeiten regelmäßig nicht zur Verfügung stehen, rückt Legitimität als Befolungsgrund in das zentrale Sichtfeld der Friedensmediation.

Dabei darf keineswegs übersehen werden, dass die Legitimität einer Ordnung oder eines Befehles bei Weitem nicht der einzige Befolungsgrund sein muss. *„Aber der Umstand,“* so Max Weber, *„dass neben den andern Motiven die Ordnung mindestens einem Teil der Handelnden auch als vorbildlich oder verbindlich und also gelten sollend vorschwebt, steigert naturgemäß die Chance, dass das Handeln an ihr orientiert wird, und zwar oft in sehr bedeutendem Maße.“*²⁶⁸ Legitimität ist demnach nicht der einzige, wohl aber ein wichtiger, wenn nicht gar der wichtigste Befolungsgrund. Friedensmediation, die für legitim erachtet wird, hat damit eine höhere Chance, dass ihre Ergebnisse umgesetzt und befolgt werden.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive wirft diese Behauptung einer (Teil-)Kausalität das Problem auf, dass sie in ihrer Allgemeinheit empirisch nicht belegt ist, auch wenn sie gleichwohl plausibel erscheint. Weder Max Weber,²⁶⁹ noch Niklas Luhmann untermauern ihre Großtheorien insoweit mit empirischen Beweisen. Angesichts der fehlenden Monokausalität der

266 Statt vieler die UN Guidance on Effective Mediation; A/66/811, Annex, S. 21, Nr. 9.

267 Siehe hierzu B.II.

268 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922, S. 16.

269 Vgl. Thomas Raiser, *Grundlagen der Rechtssoziologie*, Tübingen 2013, S. 94, 102.

Legitimität für Befolgung, kann in der Regel nicht von der bloßen Beobachtung der Befolgung auf ein korrelierendes Maß an Legitimität geschlossen werden. Vielmehr müsste im Wege der Befragung die Befolgungsmotivation ermittelt werden.

Da für *Luhmann* Legitimität keine Motivation der Fügsamkeit, sondern vielmehr eine objektive Ursache darstellt, dadurch aber nicht zugleich ausgeschlossen ist, dass Fügsamkeit das Ergebnis anderer subjektiver Gründe sein kann, ist auch hier kein Rückschluss von Befolgung auf Legitimität zulässig.²⁷⁰ Daher könnte etwa die Befragung der Mediationsparteien zu ihrer Fügsamkeitsmotivation ergeben, dass diese im eigenen Interesse erfolgen, nicht aber, dass diese in der Legitimität von Verfahren oder Ergebnis begründet sind.

Aus gänzlich anderen Gründen kann von Regelverstößen und Nichtbefolgung nicht ohne weiteres auf ein geringes Maß an Legitimität der betroffenen Ordnung oder des konkreten Befehls geschlussfolgert werden. An dieser Stelle zeigt sich die Differenz zwischen Befolgung und Anerkennung. Vielfach werden beide auch unter dem für die Rechtswissenschaft so bedeutsamen Begriff der Geltung zusammengefasst.²⁷¹ Anerkennung der Ordnung oder einer Regel setzt nicht zwingend deren Befolgung voraus. Stattdessen weist auch der Versuch, Regelverstöße zu verheimlichen oder aber unter Bezug auf andere Regeln der geltenden Ordnung zu rechtfertigen, darauf hin, dass die Regel anerkannt wird.²⁷² Für die Friedensmediation bedeutet Legitimität damit nicht, dass ein legitimes Verfahren Verstöße gegen die getroffenen Vereinbarungen ausschließt oder eine reibungslose Umsetzung garantiert. Legitimität erzeugt jedoch auch im Fall der Nichtbefolgung einen Rechtfertigungsdruck und erhöht somit die Kosten des Regelverstößes.

2. Stabilität und Anerkennung

Im Gegensatz zu einer Ordnung oder einer Regel die allein deshalb Bestand hat, weil sie den Eigeninteressen der Betroffenen entspricht, führt die Legitimität einer Ordnung dazu, dass diese stabilisiert wird. *Max Weber* vergleicht beide Formen der Ordnung und konstatiert hinsichtlich einer

270 Siehe hierzu B.II.

271 Vgl. statt vieler *Jürgen Habermas*, Faktizität und Geltung, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1994, S. 45.

272 *Max Weber*, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922, S. 16.

allein auf Eigeninteressen beruhender Ordnung: „Aber sie ist noch ungleich labiler als eine mit dem Prestige der Vorbildlichkeit oder Verbindlichkeit, wir wollen sagen: der ‚Legitimität‘, auftretende.“²⁷³

Die so beschriebene Stabilität einer Ordnung erschöpft sich dabei nicht allein in der zeitlichen Ausdehnung ihrer Existenz. Weitaus relevanter ist der Aspekt, dass Legitimität eine Ordnung gegen „shocks“, im Sinne von Rückschlägen und Momenten des Versagens, absichert.²⁷⁴

Vor diesem Hintergrund ist auch dieser Aspekt der Legitimität für die Friedensmediation von Bedeutung, führt sie doch ein Stück weit dazu, das Verfahren, aber auch die betroffene Post-Konflikt-Gesellschaft gegen Rückschläge zu immunisieren.

Ähnlich der eng mit dem Gesichtspunkt der Stabilisierung verwobenen Legitimitätsfolge der Geltung, lässt Stabilität keinen Rückschluss auf Legitimität zu. Der Umstand, dass eine Post-Konflikt-Gesellschaft in der Lage ist, Rückschläge zu überstehen, bedeutet nicht automatisch, dass das Mediationsverfahren, welches den Friedensprozess begleitet hat, als legitim angesehen wird. Erneut stellen *Niklas Luhmanns* Theorien zur „*Legitimation durch Verfahren*“ an dieser Stelle eine merkbliche Ausnahme dar. Dort werden Systemstabilität und Legitimität gleichgesetzt.²⁷⁵ Während dies bei *David Beetham* lediglich als irrtümliche konzeptuelle Verwechslung abgetan wird,²⁷⁶ führt es zugleich ins Herz einer politikwissenschaftlichen Kontroverse der Bundesrepublik der 1970er Jahre. In der Debatte um die Legitimationsprobleme und -krisen im Spätkapitalismus, warf eine Gruppe um *Jürgen Habermas* eben *Niklas Luhmann* einen unterkomplexen Legitimitätsbegriff vor. Ihre Diagnose einer mit Legitimationsproblemen behafteten Gesellschaftsordnung konnte nur dann Bestand haben, wenn die nach wie vor beobachtbare Stabilität des Systems nicht gleichbedeutend mit dessen Legitimität war. Der luhmann'sche Legitimitätsbegriff, der ohne den von *Habermas* geforderten normativen Bezug auskommt,²⁷⁷ beruhe

273 *Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922, S. 16.

274 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. xi, 33.

275 *Niklas Luhmann*, *Legitimation durch Verfahren*, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1978, S. 28 f.

276 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 34.

277 *Jürgen Habermas*, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt am Main 1973, S. 139.

letztlich auf „*funktional notwendige[n] Täuschungen*“.²⁷⁸ Die beobachtbare Stabilität des Systems sei demnach lediglich die Folge einer „*scheinhaften Legitimation von Herrschaft*“.²⁷⁹ Hier unterscheidet *Habermas* schlussendlich zwischen zwei unterschiedlichen Formen von Legitimität und ihren jeweiligen Folgen. Während Legitimität, wie *Luhmann* sie versteht, nur eine vordergründige Stabilität des Systems garantiere, vermöge allein ein mit normativen Bezügen versehener Begriff, nachhaltige Stabilität zu verleihen. Andernfalls, so *Habermas* später in Bezug auf die Rechtsordnung, müssten „*[a]ndere Faktoren wie Einschüchterung, Macht der Umstände, Sitte und schiere Gewohnheit*“²⁸⁰ ersatzweise diese Stabilisierungsfunktion übernehmen. Für eine Perspektive, die Stabilität und Legitimität nicht gleichsetzt, spricht der Umstand, dass hierbei selbst zwischen *Wilhelm Hennis* und *Jürgen Habermas* Einigkeit bestand,²⁸¹ obgleich letzterer ersterem Polemik und Undeutlichkeit vorhielt.²⁸² Zugleich zeigt sich mit dem entsprechenden zeitlichen Abstand, dass die in den 1970ern von manchen erwartete – oder sogar herbeigesehnte²⁸³ – Legitimationskrise nicht gekommen ist.²⁸⁴ Insofern spricht vieles dafür, den Legitimitätsbegriff nicht mit zu weitreichenden normativen Anforderungen zu überladen.²⁸⁵ Ein von der Idee des Legitimitätsglaubens ausgehender sozialpsychologischer Legitimitätsbegriff, der nach wie vor ein anderer als der *Luhmann'sche* ist, vermag daher durchaus stabilisierend auf eine Ordnung zu wirken.

Für die Friedensmediation bedeutet dies, dass legitime Mediationsverfahren und ihre Ergebnisse tatsächlich in der Lage sind einen Beitrag zur

278 *Jürgen Habermas*, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt am Main 1973, S. 136.

279 *Jürgen Habermas*, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt am Main 1973, S. 157.

280 *Jürgen Habermas*, Faktizität und Geltung, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1994, S. 48.

281 *Wilhelm Hennis*, Legitimität, in: von Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Wiesbaden 1976, S. 9, 12.

282 *Jürgen Habermas*, Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: von Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Opladen 1976, S. 39, 39.

283 So der Vorwurf *Wilhelm Hennis*, Legitimität, in: von Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Wiesbaden, 1976, S. 9, 9.

284 Vgl. *Florian Meinel*, Die Legalisierung der Legitimation. Zu einem deutschen Verfassungsproblem, *Merkur* 68 (2014), 767, 770 m.w.N. („Keine stabile politische Ordnung hat wohl je so sehr über ihre Legitimation gestritten wie die Bundesrepublik.“).

285 *Wilhelm Hennis*, Legitimität, in: von Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Wiesbaden 1976, S. 9, 14.

Stabilisierung zu leisten. Zugleich stellt diese Form der stabilisierenden Legitimität geringere Anforderungen an das Verfahren und seine Ergebnisse und macht sie so zu einem plausiblen Ziel.

Schlussendlich weist die Legitimitätsfolge der Stabilisierung auch auf Ebene der externen Beziehung einer Ordnung, insbesondere im Verhältnis von Staaten, Regierungen und staatsähnlichen Gebilden zur internationalen Gemeinschaft, relevante Folgen auf. Während eine als Anerkennungswürdigkeit verstandene normative Legitimität gegenwärtig kein Kriterium für die rechtliche Anerkennung eines Staates darstellt, führt der empirische Begriff der Legitimität über seine stabilisierende Wirkung geradewegs zu den für die Anerkennung durchaus relevanten Kriterien der Effektivität.²⁸⁶ Die in der deskriptiven Legitimität begründete Stabilität und die Befolgung der Ordnung spiegeln sich im Verhältnis zur internationalen Gemeinschaft in dem, was als effektive Hoheitsgewalt für den Staatsbegriff *Georg Jellineks*²⁸⁷ erforderlich ist und als effektive Kontrolle die Anerkennung von Regierungen prägt.²⁸⁸ Dabei gilt es allerdings zum einen zu berücksichtigen, dass Gewalt und Repression sowohl geeignet sind, diese Form von Stabilität und Befolgung innerhalb einer Ordnung zu erzwingen, aber ebenfalls von außen zu erschüttern. In beiden Fällen ist sodann der Einfluss deskriptiver Legitimität auf eine mögliche Anerkennung gering. Zum anderen hat sich, wie bereits zuvor erörtert, im Bereich der Anerkennung eine Kasuistik entwickelt, die z.T. Kriterien normativer Legitimität, oder aber auch schlicht politischen Erwägungen und Interessen²⁸⁹ den Vorzug vor dem Kriterium der Effektivität gibt. Folglich sind auch deskriptiv legitime Ordnungen denkbar, die dennoch nicht anerkannt werden. Das bekannteste Beispiel hierfür ist Taiwan.²⁹⁰

Für die Friedensmediation schafft der stabilisierende Effekt deskriptiver Legitimität somit einen zusätzlichen Anreiz. Die aus dem Mediationsverfahren möglicherweise hervorgehenden Staaten, Regierungen oder De-facto-Regime erhöhen damit ihre Chancen auf Anerkennung.

286 Niklas Luhmann, *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt am Main 2002, S. 225; Heike Krieger, *Das Effektivitätsprinzip im Völkerrecht*, Berlin 2000, S. 115; vgl. historisch-kritisch *China Miéville*, *Between equal rights: a Marxist theory of international law*, Leiden 2005, S. 236.

287 Georg Jellinek, *Allgemeine Staatslehre*, Berlin 1905, S. 381 ff.

288 Siehe hierzu B.I.4.

289 Jean Toussez, *Le principe d'effectivité dans l'ordre international*, Paris 1964, S. 124.

290 Vgl. grundlegend zu diesem Komplex Wabé H. Balekjian, *Die Effektivität und die Stellung nichtanerkannter Staaten im Völkerrecht*, Den Haag 1970.

3. Identitätsstiftende Funktion

Im Gegensatz zu *Luhmanns* Legitimitätskonzept, welches ohne Legitimitätsglauben auskommt, sondern als entsubjektivierter Selbstlegitimationsmechanismus funktioniert, stellt *Rodney Barker* zwar ebenfalls auf die Idee der Selbstlegitimation ab, verortet diese jedoch gerade zentral im Bereich des Subjektiven. Selbstlegitimation ist damit zugleich ein Akt der Selbstdarstellung wie ein Akt der Selbstwahrnehmung. *Barkers* zentrale These ist dabei, dass Legitimation primär ein Prozess sei, den Herrschende gegenüber sich selbst vornehmen würden.²⁹¹ Verlieren die Herrschenden den Glauben an ihre eigene Legitimität, werde es ihnen unmöglich, zu regieren.²⁹² Erst das Versagen der Eliten, sich ihrer eigenen Legitimität zu vergewissern, ziehe oftmals den Verlust des Rückhalts der Herrschaftsunterworfenen nach sich. Beispiel hierfür sind mehrere der Aufstände im ehemaligen Ostblock im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.²⁹³ *Barkers* Aussagen beziehen sich explizit nur auf den Akt der Legitimation, während er zugleich über ein Moratorium für den Begriff der Legitimität nachdenkt. Dieser stelle letztlich nur eine verklärende und nebulöse Metapher dar.²⁹⁴ Auch in diesem Fokus auf das Prozesshafte ist er erneut nah bei *Luhmann*.²⁹⁵ Zugleich kündigt *Barker* an, ebenfalls nicht völlig auf den Begriff zu verzichten.²⁹⁶ Es bleibt die Frage, worauf sich der Prozess der Legitimation beziehen soll, wenn es nicht Legitimität ist.²⁹⁷ Woran sollten Herrschende glauben, wenn nicht an ihre Legitimität. Der Glaube an den Prozess, der sich nicht auf dessen Ergebnis bezieht, erscheint wenig plausibel.²⁹⁸ Hinzu kommt, dass *Barker* mit der Begriffskon-

291 *Rodney Barker*, *Legitimizing identities: the self-presentation of rulers and subjects*, Cambridge [u.a.] 2001, S. 51.

292 *Rodney Barker*, *Legitimizing identities: the self-presentation of rulers and subjects*, Cambridge [u.a.] 2001, S. 65.

293 *Joseph Rothschild*, *Observations on political legitimacy in contemporary Europe*, *Political science quarterly* 92 (1977), 487, 491.

294 *Rodney Barker*, *Legitimizing identities: the self-presentation of rulers and subjects*, Cambridge [u.a.] 2001, S. 26.

295 *Niklas Luhmann*, *Das Recht der Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1995, S. 558.

296 *Rodney Barker*, *Legitimizing identities: the self-presentation of rulers and subjects*, Cambridge [u.a.] 2001, S. 26.

297 *Rodney Barker*, *Shane P. Mulligan*, *Book reviews – Legitimizing Identities: The Self-Presentations of Rulers and Subjects*, *The Canadian journal of sociology* 28 (2003), 572, 574.

298 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 256 f.

struktion der „*legitimizing identity congruence*“²⁹⁹ lediglich ein komplexeres Synonym für den Begriff deskriptiver Legitimität verwendet.³⁰⁰ Folglich lässt sich durchaus für die hier aufgeworfene Frage nach Bedeutung und Relevanz von Legitimität für die Friedensmediation auf *Barker* verweisen. Legitimität ist damit Gegenstand der konstitutiven Selbstidentifikation derer, die herrschen und trägt damit auch zur Stabilisierung bei. *Barker* präsentiert diese Funktionsweise allerdings als Alternative zu herkömmlichen weber'schen Legitimitätskonzepten. Demnach spiele sich der relevante Prozess der Legitimation allein im Verhältnis zwischen Herrschenden und Funktionseliten, *Barker* spricht von „*the private world of government*“³⁰¹ ab, während Bürger und Herrschaftsunterworfenen keine relevante Rolle einnehmen.³⁰² *David Beetham* hingegen beschreibt diese Annahme zurecht als Ausnahme.³⁰³ Versteht man den Identitätsaspekt deskriptiver Legitimität hingegen als einen unter vielen Aspekten und den selbstbezogenen Legitimitätsglauben der Herrschenden als Gegenstück zum fremdbezogenen Legitimitätsglauben der Beherrschten, so kann darin durchaus ein Zugewinn an Erkenntnis gesehen werden.

Für die Friedensmediation ist dieser Zugewinn aus zweierlei Gründen von Interesse. Zum einen kann sich der Selbstidentifikationsaspekt der Legitimität auf das Mediationsverfahren beziehen. Die Überzeugung, dass das Verfahren der Ort ist, an welchem Entscheidungen getroffen werden sollen, die darüber hinausreichen, ermöglicht erst die Bearbeitung der Konflikte und ihrer Ursachen. In ähnlicher Weise stabilisiert diese Selbstidentifikation auch Regierungen in Post-Konflikt-Gesellschaften. Darüber hinaus bietet *Barker* eine für die Friedensmediation höchst relevante Perspektive auf die (Selbst-)Legitimation von Rebell*innen.³⁰⁴ Indem er Rebell*innen und Herrschende an dieser Stelle vergleicht, erweitert er sein Konzept um eine Komponente. Legitimität und die Selbstwahrnehmung

299 *Rodney Barker*, *Legitimizing identities: the self-presentation of rulers and subjects*, Cambridge [u.a.] 2001, S. 134.

300 *Rodney Barker*, *Shane P. Mulligan*, Book reviews – *Legitimizing Identities: The Self-Presentations of Rulers and Subjects*, *The Canadian journal of sociology* 28 (2003), 572, 574.

301 *Rodney Barker*, *Legitimizing identities: the self-presentation of rulers and subjects*, Cambridge [u.a.] 2001, S. 42.

302 Ebd.

303 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 288.

304 *Rodney Barker*, *Legitimizing identities: the self-presentation of rulers and subjects*, Cambridge [u.a.] 2001, S. 89.

als solche, erfüllen nicht nur eine herrschaftsbewahrende Funktion, sondern auch eine zumindest potenziell herrschaftverschaffende.³⁰⁵ Dies offenbart die Nähe zur Idee performativer Sprechakte.³⁰⁶ Legitimität hat, so *Barker*, daher für Rebell*innen oftmals eine noch höhere Relevanz als für jene, die herrschen. Zugleich darf nicht übersehen werden, dass innerhalb der Binnenstruktur von Rebell*innen wiederum „klassische“ Über-Unterordnungsbeziehungen bestehen. All dies kann zum einen in die Konfliktanalyse einfließen und identifiziert zum anderen ein spezifisches Interesse von Rebell*innen oder ähnlichen Akteuren an der Legitimität der Friedensmediation.

4. Steigendes Partizipationsinteresse

Eine Ordnung, welche als legitim wahrgenommen wird, erhöht damit das Partizipationsinteresse und die Bereitschaft zur Kooperation. Analytisch ergeben sich an dieser Stelle begriffliche Abgrenzungsschwierigkeiten. Bei *Beetham* ist Kooperation durchgängig mit Befolgung gepaart und meint daher in aller Regel die Kooperation der Herrschaftsunterworfenen mit jenen, die Herrschaft ausüben.³⁰⁷ Kooperation unterscheidet sich von Befolgung, indem sie ohne expliziten Befehl auskommt und als Handlungskomponente mehr als ein bloßes Über-sich-ergehen-lassen voraussetzt. Klarheit erhält der Begriff im Zusammenhang mit Legitimität vor allem durch sein Gegenüber: die Nichtkooperation. Sie ist seit *Mahatma Gandhi*³⁰⁸ expliziter Bestandteil vieler Theorien zivilen Ungehorsams und damit stets Folge der Überzeugung, dass entweder die Herrschaftsordnung als Ganzes oder aber der konkrete Akt der Herrschaftsausübung illegitim ist. Nichtkooperation

305 *Rodney Barker*, *Legitimizing identities: the self-presentation of rulers and subjects*, Cambridge [u.a.] 2001, S. 97.

306 Gundlegend *John Langshaw Austin*, *How To Do Things With Words*, Oxford 1962, S. 6 ff.

307 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 26.

308 *Mahatma Gandhi*, *Satyagraha, ziviler Ungehorsam, passiver Widerstand, Nichtzusammenarbeit*, in: Braune (Hrsg.), *Ziviler Ungehorsam*, Ditzingen 2017, S. 69, 71; siehe auch *Ravindra Kumar*, *Nonviolent Non-Cooperation*, *Social Alternatives* 29 (2010), 5–10; zuvor schon ohne den Rückgriff auf den Begriff *Henry David Thoreau*, *On the duty of civil disobedience*, in: Peabody (Hrsg.), *Aesthetic papers*, Boston 1849, S. 189–211.

ist daher die Einstellung system- oder normstabilisierender Interaktion der Herrschaftsunterworfenen mit den Herrschenden.

Partizipation hingegen wird primär im Kontext von Legitimationsprozessen, insbesondere demokratischen, diskutiert.³⁰⁹ Demnach wäre Partizipation eine Legitimitätsquelle und das Partizipationsinteresse keine Folge einer legitimen Ordnung. Partizipiert wird dabei stets an einer übergeordneten Struktur wie dem Staat, einem Unternehmen oder auch einer internationalen Organisation oder einem Mediationsverfahren. Während Kooperation die Grenze zwischen den Kooperierenden aufrechterhält, führt Partizipation als „Teil-habe“ dazu, Bestandteil der Struktur zu werden.³¹⁰

Auf die Friedensmediation konkretisiert, werden die Begriffe hier wie folgt verwendet: Eine lokale NGO könnte mit dem Verfahren kooperieren, indem sie Kontakte vor Ort vermittelt. Für Vertreter der Rotkreuz/Roter Halbmond Bewegung besteht die Kooperationsmöglichkeit, indem sie Informationen zur Verfügung stellen. Zugleich könnte die lokale NGO auch als politischer Akteur im Verfahren Gehör finden oder aber sich aktiv als Drittpartei einbringen. In diesen Fällen würde es sich um Partizipation handeln.

Sowohl im Rahmen der Partizipation, wie auch in jenem der Kooperation, wirkt sich die Legitimation auf die Bereitschaft oder das Interesse zu partizipieren bzw. zu kooperieren aus.³¹¹ So wird auf innerstaatlicher Ebene die Bereitschaft zur Partizipation am politischen Prozess als Anzeichen und damit als Folge der Legitimität angesehen.³¹² In ähnlicher Weise stellt *Beetham* die aktive Interaktion oder das Verhandeln mit jenen, die Macht haben, als Ausdruck der Anerkennung dieser Macht als legitim dar.³¹³ Dabei zeigt sich der selbstverstärkende Charakter von Legitimität. Wird das Mediationsverfahren als legitim anerkannt, indem mit ihm kooperiert

309 *Fritz W. Scharpf*, *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970; *Fritz W. Scharpf*, *Governing in Europe : effective and democratic?*, Oxford [u.a.] 1999; *Niels Petersen*, *Demokratie als teleologisches Prinzip : zur Legitimität von Staatsgewalt im Völkerrecht*, Berlin [u.a.] 2009, S. 11; *Isabelle Ley*, *Opposition im Völkerrecht : ein Beitrag zur Legitimation internationaler Rechtserzeugung*, Heidelberg [u.a.] 2015, S. 72, 190.

310 Dieses Begriffsverständnis implizit aufgreifend und kritisch anmerkend *Wilhelm Hennis*, *Legitimität*, in: von *Kielmansegg* (Hrsg.), *Legitimationsprobleme politischer Systeme*, Wiesbaden 1976, S. 9, 18 Fn. 22 m.w.N.

311 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 93; *Karin Glaser*, *Über legitime Herrschaft*, Wiesbaden 2013, S. 19.

312 *Karin Glaser*, *Über legitime Herrschaft*, Wiesbaden 2013, S. 19.

313 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 93.

wird, ist der Grund für diese Anerkennung der Legitimitätsglaube desjenigen, der mit dem Verfahren kooperiert. Zugleich führt der Umstand, dass mit dem Mediationsverfahren kooperiert wird, dazu, dass auch andere an die Legitimität des Verfahrens glauben können. In ähnlicher Weise unterstützen internationale Geber staatliche Institutionen, um deren Legitimität zu steigern, während zugleich oftmals die Legitimität dieser staatlichen Institutionen eine Voraussetzung für Mittelvergabe ist.³¹⁴ Auch an dieser Stelle führt nicht jedes legitime Mediationsverfahren monokausal zu mehr Partizipation und Kooperation, wie auch die Partizipation an der aus dem Verfahren hervorgegangenen Post-Konfliktordnung genau so wenig zwingende Rückschlüsse auf die Legitimität dieser Ordnung und des vorherigen Verfahrens zulässt, wie die Kooperation durch andere Staaten oder internationale Organisationen.

III. Zwischenfazit: Relevanz der Legitimität

Die dargestellte Vielzahl positiver Aspekte sowohl normativer als auch deskriptiver Legitimität mag verdeutlichen, aus welchem Grund Legitimität auch im intuitiven Alltagssprachgebrauch positiv konnotiert ist. Die Gegenüberstellung normativer und deskriptiver Legitimität verdeutlicht darüber hinaus, was über diese vermeintliche Dichotomie bereits einführend erörtert wurde: Sie ist in dieser Stringenz nicht aufrechtzuerhalten. Mag sich normative Legitimität auf das Sollen und deskriptive Legitimität auf das Sein beschränken, kann dies dennoch nicht erklären, wieso sich deskriptive und normative Legitimität vielfach beinahe spiegelbildlich gegenüberstehen. Sie stehen gleichwohl sicher nicht in einer klar erkennbaren Kausalitätsbeziehung zueinander und das hier vorgetragene Argument plädiert ebenso wenig dafür, diese Unterteilung aufzugeben. Allerdings sollte bedacht werden, dass der weber'sche Legitimitätsglaube stets eines Gegenstands bedarf. Auf welcher Grundlage sollte geglaubt werden, wenn nicht auf einer, die sich aus dem normativen Legitimitätsbegriff speist. Umgekehrt kann bei aller Selbstbeschreibung der Philosophie, insbesondere im Bereich der Politischen und der Staatsphilosophie ein gewisser Einfluss des Zeitgeistes kaum ignoriert werden. Auch wenn damit keine plebiszitären Einflüsse unterstellt werden können, speist sich der Zeitgeist

314 Kevin P. Clements, What is legitimacy and why does it matter for peace?, Accord: an international review of peace initiatives (2014), 13, 13.

gleichwohl in Teilen aus den Ansichten und Überzeugungen jener, auf die auch der deskriptive Legitimitätsbegriff Bezug nimmt.

Mit Blick auf die Friedensmediation kann festgehalten werden, dass die greifbaren Effekte deskriptiver Legitimität nicht ohne die moralischen Folgen normativer Legitimität stehen können. Zugleich führt diese komplexe Wechselbeziehung zwischen beiden Aspekten dazu, dass auch die Differenz zwischen beiden Begriffsvarianten nicht ignoriert werden kann. Je nach Konflikt kann der vermeintlich objektiven Wahrheit politischer Denker des Globalen Nordens ein (post-)kolonial geprägter Legitimitäts Glaube einzelner Akteure oder Gruppen gegenüberstehen. Welche Voraussetzungen angesichts dessen erfüllt werden müssen, damit sowohl das Mediationsverfahren, als auch die Post-Konflikt-Gesellschaften von der – grob verallgemeinert – moralisch und faktisch stabilisierenden Wirkung der Legitimität profitieren können, wird an späterer Stelle aufgegriffen.

C. Legitimationsbedarf der Friedensmediation: Beschreibbarkeit legitimationsbedürftiger Macht

Im vorangegangenen Abschnitt wurde dargelegt, weshalb Legitimität ein auch für die Friedensmediation relevantes Attribut ist. Unausgesprochen blieb dabei jedoch die Frage, ob bei allen positiven Eigenschaften, Folgen und Bedeutungen der Legitimität, Friedensmediation überhaupt geeignet ist, mit dem Attribut „legitim“ versehen zu werden.

Dabei tun sich zwei Problemkreise auf. Zum einen sind es in der Regel Akteure, die als legitim beschrieben werden; regelmäßig Staaten, Regierungen oder internationale Organisationen. Zum anderen ist es – wie bereits erörtert – primär Herrschaft, die über das Attribut der Legitimität für moralisch gerechtfertigt erklärt bzw. als solche angesehen wird. Mit Blick auf die Problematik, ob Friedensmediation legitimationsbedürftig ist und ob diese Legitimation auch der Rechtsbefolgung als Legitimitätsquelle bedarf, ergeben sich zunächst zwei Fragen. Einerseits wer oder was Gegenstand der Legitimationserwägungen ist, wenn es um Friedensmediation geht. Andererseits worin das legitimationsbedürftige Handeln liegt. Zu diesem Zweck muss das sehr weitreichende Begriffsspektrum der Friedensmediation aufgegliedert werden.

Die drei nachfolgend zu verwendenden Mediationskonzepte spiegeln auch unterschiedliche – zum Teil voneinander entkoppelte – Entwicklungsstränge der Mediation wieder: Hierin dürfte der Grund für das liegen, was Kirchhoff als „[...] *considerable confusion as to the precise parameters of defining mediation*“³¹⁵ bezeichnet.

I. Unterschiedliche Mediationsverständnisse als Bezugspunkte von Legitimität

1. Propositorische Mediation in der völkerrechtlichen Literatur

In einer eurozentrischen Begriffstradition können die Begriffe „medos“ (griech.), „mediatio“ (lat.) und „mediator“ (lat.) bis in die Antike zurück-

315 Lars Kirchhoff, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 182.

verfolgt werden.³¹⁶ Zugleich existiert in vielen Teilen der Welt – dieser begrifflichen Anknüpfung ungeachtet – eine reiche mediatorische Tradition.³¹⁷ Der hier verwendete Begriff der propositorischen Mediation knüpft dabei an „proponere“ (lat.) im Sinne von „vorschlagen“ an und greift das von *Heinz Duchhardt* als Wesensmerkmal der Mediation beschriebene „*Propositionsrecht*“ auf.³¹⁸ Nachfolgend wird die historische Genese einer so verstandenen Mediation im Überblick nachgezeichnet, um die die Ursprünge und die Bedeutung dieses Vorschlagsrechts auch in Abgrenzung zu dem sich ausdifferenzierenden Instrumentarium friedlicher Streitbeilegung aufzuzeigen.

Im eurozentrischen Völkerrecht findet der Begriff gleichwohl nicht von Beginn an einen Platz.³¹⁹ *Francisco de Vitoria* sieht noch allein den gerechten Krieg als Weg zum Frieden.³²⁰ Dagegen finden sich bei *Francisco Suárez* die Schiedsgerichtbarkeit des Papstes³²¹ und zurückhaltende

316 *Marcus Hehn*, Entwicklung und Stand der Mediation – ein Überblick, in: Haft u. a. (Hrsg.), *Handbuch Mediation*, München 2016, S. 77, 80; *Alex von Sinner*, Über Entstehung und Eigenart des Gegenstandes von Mediationsforschung, in: Busch u. a. (Hrsg.), *Mediation erforschen*, Wiesbaden 2012, S. 39, 44, 46.

317 *Nadja Alexander*, International and comparative mediation: legal perspectives, *Alphen aan den Rijn* 2009, S. 51 f.; *Marcus Hehn*, Entwicklung und Stand der Mediation – ein Überblick, in: Haft u. a. (Hrsg.), *Handbuch Mediation*, München 2016, S. 77, 80 f. m.w.N.; eine explizit eurozentrische Mediationsgeschichte bei *Alex von Sinner*, Über Entstehung und Eigenart des Gegenstandes von Mediationsforschung, in: Busch u. a. (Hrsg.), *Mediation erforschen*, Wiesbaden 2012, S. 39, 40 Fn. 2, 61 Fn. 60.

318 *Heinz Duchhardt*, Studien zur Friedensvermittlung in der frühen Neuzeit, Wiesbaden 1979, S. 85.

319 Das frühe islamische Völkerrecht beschäftigt sich ebenfalls mit Friedensverträgen, nicht aber mit Drittparteien, vgl. *Muḥammad Ibn-al-Ḥasan aš- Šaibānī*, *The Islamic law of nations: Shaybānī's Siyar*, Baltimore 1966, S. 142 ff. Zur historischen Praxis der Mediation im islamischen Recht, sowie einer mediationsfreundlichen Auslegung siehe *Mohammad Talaat al-Ghunaimi*, *The Muslim conception of international law and the Western approach*, The Hague 1968, S. 18, 210; *S Mahmassani*, *International law in light of Islamic doctrine*, RdC 117 (1966), 205, 271 f.; zur Geschichte auch *Majid Khadduri*, *War and peace in the law of Islam*, Baltimore 1955, S. 232 f. Eine kurze Erwähnung hinduistischer Mediationspraxis findet sich bei *Kadayam Ramachandra Ramabhadra Sastry*, *Hinduism and international law*, RdC 117 (1966), 507, 602.

320 *Francisco de Vitoria*, *De Indis recenter inventis et de jure belli Hispanorum in barbaros relectiones*: Vorlesungen über die kürzlich entdeckten Inder und das Recht der Spanier zum Kriege gegen die Barbaren 1539; lateinischer Text nebst deutscher Übersetzung, Tübingen 1952, S. 103.

321 *Francisco Suárez*, *Ausgewählte Texte zum Völkerrecht*, Tübingen 1965, S. 131.

Ausführungen zu unverbindlichen Schiedssprüchen „weiser Männer“.³²² *Alberico Gentili* widmet Schiedsrichtern bereits umfangreichere Ausführungen.³²³ Darüber hinaus erwähnt er jedoch lediglich, dass die Samniten die Römer zu einer Diskussion vor den Freunden beider Völker herausgefordert hatten.³²⁴ Bei *Émeric Crucée*, der auch unter dem Namen *Émeric de la Croix* bekannt war, findet sich 1623 bereits die Idee einer in Venedig beheimateten dauerhaften Versammlung von Botschaftern, die auftretende Streitigkeiten verbindlich klären soll. Bemerkenswert ist dabei, dass dabei auch Herrscher aus Afrika, China und Indien vertreten sein sollten.³²⁵ Womöglich davon inspiriert,³²⁶ weist *Hugo Grotius* 1625 darauf hin, dass es „zweckmäßig, ja gewissermaßen notwendig [sei], [dass] die christlichen Mächte Kongresse abhielten, wo durch Unbeteiligte die Streitigkeiten der anderen entschieden und Regeln vereinbart würden, um die Kriegsparteien zu zwingen, einen Frieden der Gerechtigkeit anzunehmen.“³²⁷

In geringem zeitlichen Abstand zu *Grotius* findet sich in der diplomatischen Praxis ein zentraler Anknüpfungspunkt in diesem Erzählstrang der Friedensmediation. Dabei werden regelmäßig der venezianische Gesandte *Aloysius Contarini* (oder *Contareno*) und der spätere Papst *Fabio Chigi* hervorgehoben. *Contarini* hatte unter der Bezeichnung „Mediator“

-
- 322 *Francisco Suárez*, Ausgewählte Texte zum Völkerrecht, Tübingen 1965, S. 165; diese Praxis sowohl als „arbitration“, wie auch als „mediation“ interpretierend *James Brown Scott*, Introduction, in: Williams; u. a. (Hrsg.), *Selections from three works: The translation*, Oxford [u. a.] 1944, S. 3a, 35a; zuvor noch ohne den Verweis auf die Mediation *James Brown Scott*, *The catholic conception of international law: Francisco de Vitoria; A critical examination and a justified appreciation*, Washington, D.C. 1934, S. 461; der Schule von Salamanca fälschlich die Beschäftigung mit friedlicher Streitbeilegung absprechend *Heinz Duchhardt*, *Studien zur Friedensvermittlung in der frühen Neuzeit*, Wiesbaden 1979, S. 94.
- 323 *Alberico Gentili*, *De iure belli libri tres: The translation of the edition of 1612*, Bd. II, Oxford [u. a.] 1933, S. 15–20.
- 324 *Alberico Gentili*, *De iure belli libri tres: The translation of the edition of 1612*, Bd. II, Oxford [u. a.] 1933, S. 15.
- 325 *Émeric Crucé*, *The New Cineas – Le nouveau Cynée* <engl.>, New York 1972, S. 44 Rn. 61, 49 Rn. 67 f (Wobei *Crucé* trotz seines allgemeinen Pazifismus gleichwohl auch „Wilde“ als taugliche Ziele von Gewalt benannte, siehe S. 23 Rn. 26).
- 326 *Helmut Steinsdorfer*, *Emeric Crucé: Le nouveau Cynée – Die Begründung der modernen Friedensbewegung [Teil 2]*, *Die Friedens-Warte* 54 (1957), 146, 154 m.w.N.
- 327 *Hugo Grotius*, *De iure belli ac pacis libri tres: Paris 1625*, Tübingen 1950, S. 393.

im Rahmen des Westfälischen Friedens fünf Jahre vermittelt.³²⁸ Chigi, der ebenfalls Teil der Verhandlungen war, hatte 1747 den Satz von „[la] incompatibilità della mediazione con l'ufficio di arbitrare“ geprägt.³²⁹

Erst nach dem Westfälischen Frieden bringt *Samuel Pufendorf* 1662 den Begriff der Mediation in die Völkerrechtswissenschaft ein, wenn er schreibt:

„Die eigentlich so genannte Schieds-Leute aber sennd keine Mediatorez, wie man die nenet welche sich zwischen die streitende oder zum Kriege rüstende auch bereits Krieg führende Partheyen freiwillig legen und sie mir Autorität, Vernunft-Gründen und Bitten, zum gütlichen Vergleich, und zu der Strittigkeit Beilegung, zu bewegen trachtet!“³³⁰

Deutlich sichtbar wird allerdings, dass Freiwilligkeit für ihn ein Prinzip ist, welches stärker auf die Mediator*innen anzuwenden ist, als auf die Konfliktparteien.

„Ja es scheint auch wohl mit Recht geschehen zu können, daß zween oder mehrere, welchen daran gelegen daß der Krieg aufhöre, nach erwogenen Umständen streitiger Sachen, eines werden mögen, auff was Weise und mit was vor Conditionen sie es vor billig urtheilen, daß Friede geschlossen werde. Welche sie denen Kriegenden mit dieser Erklärung anbieten mögen, daß sie wider denjenigen, der den Frieden nicht annehmen würde, ihre Waffen mit den anderen vereinigen wolten, welche solche angenommen haben würde.“³³¹

328 *Marcus Hehn*, Entwicklung und Stand der Mediation – ein Überblick, in: Haft u. a. (Hrsg.), *Handbuch Mediation*, München 2016, S. 77, 82.

329 Zitiert nach *Marcus Hehn*, Entwicklung und Stand der Mediation – ein Überblick, in: Haft u. a. (Hrsg.), *Handbuch Mediation*, München 2016, S. 77, 83 („Mediation ist mit dem Amt eines entscheidungsbefugten Schiedsrichters unvereinbar.“).

330 *Samuel Freiherr von Pufendorf*, Acht Bücher vom Natur- und Völker-Rechte, Frankfurt am Main 1711, S. 244 f.; Verbindungen zu den Haager Verträgen und der Völkerbundsatzung ziehend *Walter Simons*, Introduction, in: Oldfather u. a. (Hrsg.), *De jure naturae et gentium libri octo*: The translation of the edition of 1688, Bd. II, Oxford 1934, S. 11a, 41a; zu Pufendorfs Verweis auf den Koran im Mediationskontext siehe *John Kelsay*, Islam and Chritianity in the Works of Gentili, Grotius, and Pufendorf, in: Hashmi (Hrsg.), *Just wars, holy wars, and jihads: Christian, Jewish, Muslim encounters and exchanges*, New York, 2012, S. 207, 213.

331 *Samuel Freiherr von Pufendorf*, Acht Bücher vom Natur- und Völker-Rechte, Frankfurt am Main 1711, S. 245.

Ungeachtet der Begriffe soll *Pufendorf* damit auch zum ersten Mal das Konzept der Mediation in der Völkerrechtswissenschaft formuliert haben.³³² *Grotius* Ausführungen zu Kongressen werden hingegen als Vorläufer der Schiedsgerichtsbarkeit gedeutet.³³³ Interessanterweise werden beide Ideen mit sehr ähnlichen Formulierungen eingeordnet. Während *Wilhelm Grewe* zu *Grotius* schreibt, dieser lasse durch seine Formulierung erkennen, dass er „diese Idee selbst für eine von der Wirklichkeit ziemlich weit entfernten Wunsch hält“³³⁴, führt *Heinz Duchhardt* zu *Pufendorf* aus: „Seine Systematik [der Mediation] ist nicht unbedingt ein getreues Abbild der Rechtswirklichkeit seiner Zeit [...]“.³³⁵ Auch inhaltlich scheint der Weg von der Streitbeilegung durch neutrale Staaten im Kongress, inklusive zwangsweiser Durchsetzung, bei *Grotius*, zur Streitbeilegung durch ein oder zwei am Frieden interessierte neutrale Staaten, die einen gerechten Frieden vorschlagen und dem der ihn nicht anzunehmen bereit ist, mit den Waffen drohen bei dem *Grotius*-Interpreten *Pufendorf* nur marginal. *Grotius* und *Pufendorf* trennt daher weniger, als allgemein unterstellt wird. Insoweit verwundert es nicht, wenn *White* auch den Ursprung der modernen Mediation bei *Grotius* sehen will.³³⁶

332 *Heinz Duchhardt*, Studien zur Friedensvermittlung in der frühen Neuzeit, Wiesbaden 1979, S. 96; *Alex von Sinner*, Über Entstehung und Eigenart des Gegenstandes von Mediationsforschung, in: Busch u. a. (Hrsg.), Mediation erforschen, Wiesbaden 2012, S. 39, 51.

333 *Alwine Tettenborn*, Das Haager Schiedsgericht: eine völkerrechtliche Studie, Bonn 1911, S. 8; *Julius Reiner*, Hugo Grotius und das Weltschiedsgericht, Berlin 1922, S. 93; *Henry S. Fraser*, A Sketch of the History of International Arbitration, Cornell Law Quarterly 11 (1926), 179, 182, 198; *Ulrich Drobnig*, Der Friedensgedanke in der Naturrechtslehre des Hugo Grotius, AVR 3 (1951), 22, 23 ff.; diese Passage bei Grotius dagegen merklich übergehend *Walther Schücking*, Das Institut der Vermittlung, Kristiana 1923, S. 11 f.; ebenso *Karl Strupp*, Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit: zwei Vorträge zur Einführung, Berlin [u.a.] 1914, S. 3 f.

334 *Wilhelm G. Grewe*, Epochen der Völkerrechtsgeschichte, 2. Aufl., Baden-Baden 1988, S. 236; diese Lesart mag auch Grewes „polemic realism“ geschuldet sein *Martti Koskeniemi*, Rezension – The Epochs of International Law, Berlin (de Gruyter) 2001, KJ 35 (2002), 277, 279.

335 *Heinz Duchhardt*, Studien zur Friedensvermittlung in der frühen Neuzeit, Wiesbaden 1979, S. 98.

336 *Andrew D. White*, Debt Due to Hugo Grotius, The Advocate of Peace 61 (1899), 186, 189; zurecht auf die damaligen Abgrenzungsschwierigkeiten hinweisend *Charles H. Brower II*, Arbitration, in: Wolfrum (Hrsg.), MPEPIL, Bd. I, Oxford 2012, S. 531, 533.

Vielleicht sind es diese Abgrenzungsschwierigkeiten und die Idee der zwangsweisen Durchsetzung, die *Walther Schücking* dazu veranlassen, seine Erzählung der Mediation mit *Christian Wolff* und vor allem *Emer de Vattel* zu beginnen und nur kurz auf *Grotius* und seine Kommentatoren zu verweisen.³³⁷ *Wolff* definiert die Mediation dabei wie folgt:

„Einen Mittler (*mediator*) nennt man eine Person, welche sich bemüht, den Streit zwischen anderen beyzulegen, ob sie gleich nicht das Recht dazu hat. [...] Da er das Recht den Streit beyzulegen nicht hat; so ist seine Pflicht nur Bedingungen vorzuschlagen, unter welchen er vermeinet, daß die Streitigkeit beygelegt werden könne; der streitenden Partheyen Meinung davon zu vernehmen und zu rathen, die entweder von ihm, oder von einem von beyden Theilen vorgeschlagenen Bedingungen anzunehmen. Und weil er sich der Sache von beyden Theilen annimmt; so darf er nicht mehr auf des einen Theils Seite, als auf des andern seyn [...] so muß er unpartheyisch sein [...].“³³⁸

In dieser von ihm selbst vorgenommenen Übersetzung seiner lateinischen Originalfassung behält *Wolff* noch die Begriffe „*mediator*“ und „*mediatio*“ in Klammern bei, führt jedoch zugleich die deutschen Begriffe „*Mittler*“ und „*Vermittelung*“ ein. Zum Teil setzt sich diese Doppelnennung bis heute fort.³³⁹ Zugleich scheint hier auch der Startpunkt einer Praxis zu liegen,

337 In der Fußnote auf Ziegler verweisend *Walther Schücking*, Das Institut der Vermittlung, Kristiana 1923, S. 12. Weitere vor *Wolff* und *Vattel* datierte, aber kaum rezipierte Arbeiten finden sich bei *Heinz Duchhardt*, Studien zur Friedensvermittlung in der frühen Neuzeit, Wiesbaden 1979, S. 99 ff.; sowie, darauf zT aufbauend, bei *Joseph Duss-von Werdt*, Homo mediator: Geschichte und Menschenbild der Mediation, Stuttgart 2005, S. 52 ff.

338 *Christian Wolff*, Grundsätze des Natur- und Völkerrechts worin alle Verbindlichkeiten und alle Rechte aus der Natur des Menschen in einem beständigen Zusammenhange hergeleitet werden, Kronberg TS 1980, S. 558 f; den Begriff der Mediation hatte *Wolff* schon zuvor verwendet, aber nicht in gleicher Weise klar definiert *Christian von Wolff*, Jus gentium methodo scientifica pertractatum: The law of nations treated according to a scientific method, Bd. II, Oxford [u.a.] 1934, S. 523; zur Reihenfolge der Schriften *Otfried Nippold*, Einführung, in: Nippold (Hrsg.), Jus gentium methodo scientifica pertractatum, Bd. I, Oxford [u.a.] 1934, S. xiii, xxvii.

339 *August Wilhelm Heffter*, Das Europäische Völkerrecht der Gegenwart: auf den bisherigen Grundlagen, Berlin 1844, S. 156; *Leopold von Neumann*, Grundriss des heutigen europäischen Völkerrechts, 3. Aufl., Wien 1885, S. 90. Seit 1945 weicht das Latein dem Englisch der UN-Charta, beispielhaft *Alfred Verdross*, *Bruno Simma*, Universelles Völkerrecht: Theorie und Praxis, 3. Aufl., Berlin 1984, S. 891; *Volker Epping*, Friedliche Streitbeilegung, in: Epping u. a. (Hrsg.),

die allein den deutschen Begriff verwendet und die schließlich in der deutschsprachigen Fassung der UN-Charta kulminiert.³⁴⁰ Diese prägt damit das deutschsprachige Völkerrecht, auch wenn sie keine gem. Art. 111 UNCh authentische Fassung ist.

Bei Vattel findet sich sodann der synonyme Gebrauch von „Guten Diensten“, bzw. „bons offices“ mit Mediation:

*„La médiation, dans laquelle un Ami commun interpose des bons offices, se trouve souvent efficace, pour engager les parties contendantes à se rapprocher, à s'entendre, à convenir, ou à transiger de leurs droits, & s'il s'agit d'injure, à offrir & à accepter une satisfaction raisonnable. [...] Le Médiateur doit garder une exacte impartialité [...]“*³⁴¹

Ipsen, Völkerrecht, 7. Aufl., München 2018, S. 1194, 1233; Andreas von Arnould, Völkerrecht, 4. Aufl., Heidelberg 2019, S. 276.

³⁴⁰ Albert Leser, Vermittlung und Intervention, Gotha 1917, S. 15; Alfred Verdross, Die Verfassung der Völkerrechtsgemeinschaft, Wien [u.a.] 1926, S. 86; Wolfgang Gerhard, Die Vermittlung nach dem friedensrechtlichen Abkommen der 1. Haager Friedenskonferenz und nach den Locarno-Verträgen, Würzburg 1934, S. 1 ff.; Georg Dahm, Völkerrecht, Bd. II, Stuttgart 1961, S. 446; Friedrich Berber, Streiterledigung, Kriegsverhütung, Integration, Bd. III, München [u.a.] 1964, S. 34 ff.; Christian Tomuschat, Art. 33, in: Simma u. a. (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen: Kommentar, München 1991, S. 472, 477; Meinhard Schröder, Verantwortlichkeit, Völkerstrafrecht, Streitbeilegung und Sanktionen, in: Vitzthum u. a. (Hrsg.), Völkerrecht, Berlin 2016, S. 539, 573; Ani Yeghiazaryan, Vermittlung als ein Mittel zur Streitbeilegung im Völkerrecht, Kiel 2018; sozialwissenschaftlich bei Dieter Ruloff, Konfliktlösung durch Vermittlung: Computersimulation zwischenstaatl. Krisen (1975), S. 92; den Begriff der Vermittlung präferierend, aber den Begriff der Mediation bei Dritten aufgreifend Walther Schücking, Das Institut der Vermittlung, Kristiana 1923, S. 12 f.

³⁴¹ Emer de Vattel, Le Droit des Gens, Bd. I, London 1758, S. 518; dt. Übersetzung bei Emer de Vattel, Le droit des gens ou Principes de la loi naturelle appliqués à la conduite et aux affaires des nations et des souverains, Tübingen 1959, S. 350 („Die Vermittlung, die darin besteht, daß ein gemeinsamer Freund seine guten Dienste zur Verfügung stellt, hat oft den Erfolg, daß er die Streitteile zum Zwecke der Verständigung und des Abschlusses eines Abkommens oder eines Vergleichs über ihre Rechte zusammenbringt oder, wenn es sich um eine zugefügte Unbill handelt, zum Angebot und zur Annahme einer vernünftigen Genugtuung bewegt. [...] Der Vermittler hat peinlichst die Unparteilichkeit zu wahren.“).

Das so formulierte Verständnis zieht sich über das Protokoll Nr. 23 vom 14. April 1856 des Pariser Kongresses,³⁴² die Haager Friedenskonferenz,³⁴³ die Völkerbundsatzung,³⁴⁴ die UN-Charta und den Pakt von Bogota³⁴⁵ und die Manila Declaration³⁴⁶ schlussendlich bis in die völkerrechtlichen Texte³⁴⁷ der Gegenwart durch und prägt dabei auch das Art. 33 UN Charta zugrundeliegende Mediationsverständnis.³⁴⁸ Einzig bei der Frage, ob – im Gegensatz zu den Ausführungen *Vattels* – ein Unterschied zwischen Guten Diensten und Mediation bestehe, ergaben sich größere begriffliche Diskussionen. Demnach sollten Gute Dienste das bloße Anbahnen oder Ermöglichen von Verhandlungen sein, während Mediation eine Beteiligung bei den Verhandlungen implizieren sollte.³⁴⁹ Schon 1923 charakteri-

342 Extrait du Protocol Nr. 23 du Congrès de Paris, Séance du 14 Avril 1856; abgedruckt in Philipp Anton Guido von Meyer (Hrsg.), *Corpus juris Confoederationis Germanicae: oder Staatsakten für Geschichte und öffentliches Recht des Deutschen Bundes*, Bd. II, 3. Aufl., Frankfurt 1859, S. 657.

343 *Otfried Nippold*, Die Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten: ein völkerrechtliches Problem der Gegenwart, speziell auf den Haager Friedenskonferenzen, Leipzig 1907, S. 411 ff.; *Otfried Nippold*, Die zweite Haager Friedenskonferenz: Das Prozeßrecht, Bd. I, Leipzig 1908, S. 21 f.

344 RGBl. 1919, 717; *Walther Schücking*, *Hans Wehberg*, Die Satzung des Völkerbundes, 2. Aufl., Berlin 1924, S. 579 ff.

345 American Treaty on Pacific Settlement (Pact of Bogota), 30. April 1949, UNTS 30, S. 55.

346 A/37/10.

347 *Francisco Orrego Vicuña*, Mediation, in: Wolfrum (Hrsg.), *MPEIL*, Bd. VII, Oxford 2012, S. 45, 46; *Ani Yeghiazaryan*, Vermittlung als ein Mittel zur Streitbeilegung im Völkerrecht, Kiel 2018, S. 18 f.

348 Verhältnismäßig weite Definition bei *Leland Matthew Goodrich*, *Edvard Hambro*, *Charter of the United Nations: commentary and documents*, 2. Aufl., London [u.a.] 1949, S. 241 („outside agency, state or person with a view to getting the parties together and helping them in a more or less informal way to find the basis for the settlement of their dispute.“); *Christian Tomuschat*, Art. 33, in: Simma u. a. (Hrsg.), *The Charter of the United Nations: A Commentary*, Oxford 2012, S. 1069, 1078 f; allerdings keine Definition bei *Hervé Ascensio*, Article 33, in: Cot u. a. (Hrsg.), *La Charte des Nations Unies*, Bd. I, Paris 2005, S. 1047–1060.

349 *August Wilhelm Heffter*, Das Europäische Völkerrecht der Gegenwart: auf den bisherigen Grundlagen, Berlin 1844, S. 156; *Leopold von Neumann*, Grundriss des heutigen europäischen Völkerrechts, 3. Aufl., Wien 1885, S. 90. Die guten Dienste dabei wiederum sehr nah am Konzept faszilitativer Mediation definierend *Peter Wagner*, Zur Lehre von den Streiterledigungsmitteln des Völkerrechts: eine historisch-kritische und theoretische Untersuchung, Darmstadt 1900, S. 40 („Wir verstehen unter den guten Diensten, bons offices, Bemühungen eines Staates zwei oder mehrere andere Staaten zu bewegen, eine zwischen denselben schwebende internationale Frage selbsttätig zu lösen“).

sierte *Schücking* dies als gescheitertes Unterfangen, nachdem eine Vielzahl von Verträgen im 19. Jahrhundert sowie beide Haager Friedenskonferenzen³⁵⁰ die Begriffe synonym verwendet hatten.³⁵¹ Beim Kongress von Paris wurde in Protokoll Nr. 23 vom 14. April 1856 „dem Wunsch [*Ausdruck verliehen*], dass Staaten[,] zwischen denen ernste Meinungsverschiedenheiten ausbrechen sollten, sich der guten Dienste einer befreundeten Macht bedienen, bevor sie zu den Waffen greifen“.³⁵² Im Anschluss werden Gute Dienste und Vermittlung als Synonyme definiert.³⁵³ Dieser Gleichlauf mag auch der Grund dafür gewesen sein, dass Gute Dienste nicht als separates Instrument in Art. 33 UNCh aufgenommen wurden.³⁵⁴ Gleichwohl verwendet die UN diesen Begriff mittlerweile selbst.³⁵⁵ Die Manila Declaration hebt Gute Dienste als Bestandteil der „sonstigen Mittel“ explizit hervor.³⁵⁶ Mit dem Pakt von Bogota existiert zumindest ein regionales Völkerrechtsinstrument, welches eine explizite Unterscheidung zwischen beiden Mechanismen vornimmt und dabei der zuvor beschriebenen Trennlinie folgt.³⁵⁷

350 Siehe dazu *Otfried Nippold*, Die Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten: ein völkerrechtliches Problem der Gegenwart, speziell auf den Haager Friedenskonferenzen, Leipzig 1907, S. 415 f.

351 *Walther Schücking*, Das Institut der Vermittlung, Kristiana 1923, S. 12 ff.

352 Extrait du Protocol Nr. 23 du Congrès de Paris, Séance du 14 Avril 1856; abgedruckt in Philipp Anton Guido von Meyer (Hrsg.), *Corpus juris Confoederationis Germanicae: oder Staatsakten für Geschichte und öffentliches Recht des Deutschen Bundes*, Bd. II, 3. Aufl., Frankfurt 1859, S. 657 f.; deutsche Übersetzung zitiert nach *David B. Lewin*, Das Prinzip der friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten, Berlin 1980, S. 26 f.

353 Extrait du Protocol Nr. 23 du Congrès de Paris, Séance du 14 Avril 1856; abgedruckt in Philipp Anton Guido von Meyer (Hrsg.), *Corpus juris Confoederationis Germanicae: oder Staatsakten für Geschichte und öffentliches Recht des Deutschen Bundes*, Bd. II, 3. Aufl., Frankfurt 1859, S. 657 f.; vgl. *David B. Lewin*, Das Prinzip der friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten, Berlin 1980, S. 27.

354 Vgl. *Ben Raïs Monji*, Bons offices et médiation, in: *Horchani* (Hrsg.), *Règlement pacifique des différends internationaux*, Tunis 2002, S. 103, 118.

355 UN, *Handbook on the peaceful settlement of disputes between states*, New York 1992, S. 33 ff.

356 A/37/10.

357 American Treaty on Pacific Settlement (Pact of Bogota), 30. April 1949, UNTS 30, S. 55 (ARTICLE IX. The procedure of good offices consists in the attempt by one or more American Governments not parties to the controversy, or by one or more eminent citizens of any American State which is not a party to the controversy, to bring the parties together, so as to make it possible for them to reach an adequate solution between themselves.

Die hier dargestellte Begriffstradition, die *Jacob Bercovitch* aus sozialwissenschaftlicher Sicht „*traditional mediation*“³⁵⁸ nennt, zeichnet sich vor allem durch den Umstand aus, dass die Drittpartei unverbindliche Vorschläge unterbreitet, weshalb sie hier als propositische Mediation bezeichnet wird. Es ist diese Rolle, auf welche sich nachfolgend die Legitimationsfrage beziehen wird.

2. Mediationskonzept der Alternative Dispute Resolution (ADR) und des scientific mediation movements

Von der beschriebenen internationalen Entwicklung weitgehend losgelöst, entwickelte sich in den USA Ende 1960er Jahre ein Diskurs über Alternativen zu Gerichtsprozessen.³⁵⁹ In den 1970er Jahren wurde etwa in Los Angeles eine Praxis einvernehmlicher Streitbeilegung erprobt, in der Familiensachen von sog. „conciliation courts“ behandelt wurden, bevor sie überhaupt Zugang zu richterlicher Entscheidung erhalten konnten.³⁶⁰ Diese Projekte waren eingebettet in einen übergeordneten Diskurs zur Überlastung der Gerichte, den auch davon beeinflussten Zugang zu Gericht, prägnant als „*access to justice*“³⁶¹ formuliert, und die Konfliktkultur im

ARTICLE X. Once the parties have been brought together and have resumed direct negotiations, no further action is to be taken by the states or citizens that have offered their good offices or have accepted an invitation to offer them; they may, however, by agreement between the parties, be present at the negotiations.).

358 *Jacob Bercovitch*, Mediation, Formal, in: Young (Hrsg.), The Oxford international encyclopedia of peace, Bd. III, Oxford 2010, S. 5, 6.

359 *Frank E. A. Sander*, Dispute Resolution within and outside the Courts: An overview of the US experience, in: Gottwald u. a. (Hrsg.), Streitschlichtung, Köln 1995, S. 19, 19.

360 *Rudolf Fischer*, Mediation : Historie, Struktur, Möglichkeiten, Grenzen, in: Brocker u. a. (Hrsg.), FS Bamberger, München 2017, S. 53, 54.

361 *Mauro Cappelletti*, *Bryant G. Garth*, Access to Justice: The Newest Wave in the Worldwide Movement to Make Rights Effective, *Buffalo law review* 27 (1978), 181, 195 f., 226; *S. Shepherd Tate*, Access to Justice, *American Bar Association Journal* 65 (1979), 904, 907; *Jerold Stephen Auerbach*, Justice without law?, New York [u.a.] 1983, S. 124; *Janice A. Roehl*, *Royce F. Cook*, Issues in Mediation: Rhetoric and Reality Revisited, *Journal of Social Issues* 41 (1985), 161, 175; *Stephan Breidenbach*, Mediation, Köln 1995, S. 120 m.w.N.; ohne die konkrete Formulierung aber inhaltlich entsprechend *Frank Sander*, Varieties of Dispute Processing, *Federal Rules Decisions* 70 (1977), 111, 132.

allgemeinen.³⁶² Aus ihr heraus entwickelten sich das Konzept der Alternative Dispute Resolution (ADR) und ein sowohl selbst-,³⁶³ als auch fremdbezeichnetes³⁶⁴ „ADR movement“.³⁶⁵ 1979 war Roger Fisher, der sich zuvor bereits als Völkerrechtler mit der Beilegung internationaler Konflikte beschäftigt hatte,³⁶⁶ maßgeblich an der Gründung des Harvard Negotiation Projects beteiligt.³⁶⁷ Während sich das Projekt schon zu Beginn der 1980er von internationalen Konflikten abwandte und Fishers Beitrag innerhalb des Völkerrechtsdiskurses weitestgehend in Vergessenheit geraten ist,³⁶⁸ zählt sein 1981 mit William Ury veröffentlichtes Buch „Getting to Yes“³⁶⁹ noch

362 Stephan Breidenbach, *Mediation*, Köln 1995, S. 10 f., 30 ff.; Marietta Birner, *Das Multi-Door Courthouse: ein Ansatz zur multi-dimensionalen Konfliktbehandlung* (2003), S. 24 ff.; Cheryl Cutrona, *Community Mediation in the United States*, in: Fritz (Hrsg.), *Moving Towards a Just Peace*, Dordrecht 2014, S. 69, 70 ff.

363 Stephen B. Goldberg, Frank E. A. Sander, Nancy H. Rogers, *Dispute resolution: negotiation, mediation, and other processes*, 3. Aufl., Gaithersburg 1999, S. 6.

364 Michael Allan Wolf, *Of Devils and Angels, Lawyers and Communities*, *Harvard Law Review* 97 (1984), 607, 607.

365 Als Anfang benannt wird vielfach die Pound Conference on the causes of popular dissatisfaction with the administration of justice 1976 und der dortige Vortrag Frank Sander, *Varieties of Dispute Processing*, *Federal Rules Decisions* 70 (1977), 111; vgl. Stephan Breidenbach, *Mediation*, Köln 1995, S. 12; Carrie Menkel-Meadow, *What will We Do When Adjudication Ends? A Brief History of ADR*, *UCLA Law Review* 44 (1997), 1613, 1614 ff.; Michael L. Moffitt, *Special Section: Frank Sander and ADR Pioneer Before the Big Bang: The Making of an ADR Pioneer*, *Negotiation Journal* (2006), 437–443; Peter Tochtermann, *Mediation in den USA 30 Jahre nach „Pound“*, *Zeitschrift für Konfliktmanagement* 9 (2006), 168, 168.

366 Vgl. Roger Fisher (Hrsg.), *International conflict and behavioral science: the Craigville papers*, New York 1964; Roger Fisher, *International conflicts for beginners*, New York [u.a.] 1969; Roger Fisher, *Dear Israelis, dear Arabs! : A working approach to peace*, New York [u.a.] 1972; Roger Fisher, *Points of choice*, Oxford 1978; zur Biografie Siegfried Rosner, Andreas Winbeller, *Mediation und Verhandlungsführung: Theorie und Praxis des wertschöpfenden Handelns nicht nur in Konflikten*, Mering 2012, S. 91 ff.; grundlegend Andrew Mamo, *Getting to Peace: Roger Fisher's Scholarship*, *LJIL* 29 (2016), 1061–1080.

367 Alan Sharp, *Effective negotiation — the harvard project, Education + Training* 27 (1985), 30, 30; William Ury, *In Memoriam: Roger Fisher*, *Harvard law review* 126 (2013), 898, 899; Christian Bühring-Uhle, *Das Harvard Negotiation Project*, in: Gottwald u. a. (Hrsg.), *Streitschlichtung*, Köln 1995, S. 74–75.

368 Andrew Mamo, *Getting to Peace: Roger Fisher's Scholarship*, *LJIL* 29 (2016), 1061, 1079 f.

369 Roger Fisher, William Ury, *Getting to YES: Negotiating Agreement Without Giving In*, New York 1981; dt. Fassung Roger Fisher, William Ury, *Das Harvard-*

heute zu einem der Standardwerke³⁷⁰ dessen, was *Nadja Alexander* das „scientific mediation movement“ nennt.³⁷¹ Das darin entwickelte „Harvard Konzept“ lieferte nicht nur den Titel für die deutsche Übersetzung, sondern prägte mit seinem auf Interessen und nicht auf Verhandlungspositionen fokussierten Ansatz das methodische Grundverständnis der Mediation nachhaltig.³⁷² Spätestens Mitte der 1990er hatte die Mediationsbewegung auch Kontinentaleuropa³⁷³ und Deutschland erreicht³⁷⁴ und kulminierte 2008 in der Mediationsrichtlinie³⁷⁵ sowie 2012 in dem diese umsetzenden Mediationsgesetz.³⁷⁶ Während auch in der hier dargestellten Entwicklung keineswegs ein einheitlicher Typus von Mediation unterstellt werden kann, so bringt *Mario Clemens* es doch auf den Punkt, wenn er schreibt:

„Wer in Deutschland eine Mediationsausbildung absolviert, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in ein Mediationsverständnis hineinsozialisiert, für welches ‚Allparteilichkeit‘, eine klare Trennung von Verfahrens- und Inhaltsverantwortung, die Freiwilligkeit der Teilnahme am Mediationsprozess sowie

Konzept : sachgerecht verhandeln, erfolgreich verhandeln, Frankfurt/Main [u.a.] 1984.

- 370 *Marieke Kleiboer*, The multiple realities of international mediation, Boulder [u.a.] 1998, S. 7; *Anna Geis*, Regieren mit Mediation, Wiesbaden 2005, S. 77; Tony Whatling zitiert bei *Marian Roberts*, Developing the craft of mediation: reflections on theory and practice, London, Philadelphia 2007, S. 123; *Stephan Kreissl*, Mediation – Von der Alternative zum Recht zur Integration in das staatliche Konfliktlösungssystem, Schiedsverfahrenszeitschrift (2012), 230, 233 Fn 7; *Siegfried Rosner*, *Andreas Winbeller*, Mediation und Verhandlungsführung: Theorie und Praxis des wertschöpfenden Verhandels nicht nur in Konflikten, Mering 2012, S. 93 f; *Alex von Sinner*, Über Entstehung und Eigenart des Gegenstandes von Mediationsforschung, in: Busch u. a. (Hrsg.), Mediation erforschen, Wiesbaden 2012, S. 39, 64 Fn 71.
- 371 *Nadja Alexander*, International and comparative mediation: legal perspectives, Alphen aan den Rijn 2009, S. 53.
- 372 *Wolfgang Hoffmann-Riem*, Modernisierung von Recht und Justiz: eine Herausforderung des Gewährleistungsstaates, Frankfurt am Main 2001, S. 69 f.; *James K. Sebenius*, What Roger Fisher Got Profoundly Right: Five Enduring Lessons for Negotiators, Negotiation journal 29 (2013), 159, 162 f.
- 373 *Nadja Alexander*, International and comparative mediation: legal perspectives, Alphen aan den Rijn 2009, S. 53.
- 374 Siehe etwa *Stephan Breidenbach*, Mediation, Köln 1995; *Wolfgang Hoffmann-Riem*, Konfliktbewältigung in einer angebotsorientierten Rechtsschutzordnung, Zeitschrift für Rechtspolitik 30 (1997), 190, 194 ff.
- 375 Richtlinie 2008/521/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 136 vom 24.5.2008, S. 3).
- 376 Mediationsgesetz vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1577).

*die Ergebnisoffenheit desselben zentrale Definitionsmerkmale darstellen. Ebenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit wird sie oder er das Herausarbeiten von hinter Positionen liegenden Interessen als ein wichtiges Instrument (einer dominanten Schule) der Mediation kennenlernen. Ein solches Mediationsverständnis deckt sich mit Klassikern der deutschen und angloamerikanischen Mediationsliteratur, soweit sich diese mit Mediation im Kontext der alternativen Streitbeilegung (ADR), also mit Mediation innerhalb von Rechtsstaaten befasst.*³⁷⁷

Zwar hebt er zurecht hervor, dass dieses Verständnis von Mediation im internationalen Bereich nicht gleichermaßen dominant ist, doch ist es auch dort aufzufinden³⁷⁸ und stellt damit die geringste Beteiligungsintensität durch die Mediator*in dar.

3. Konzepte von Power Mediation als Teil internationaler Konfliktforschung

Betrachtet man insbesondere die deutsche Mediationsliteratur, so kommt man in der Tat leicht zu dem Eindruck, „*dass die Mediation eine Entwicklung der Neuzeit ist [...und] die Vereinigten Staaten von Amerika [...das] Ursprungsland der Mediation*“.³⁷⁹ Wenn sodann in den historischen Abhandlungen zur Mediation deren weit zurückreichende Tradition geschildert wird, so findet sich dort in entsprechender Tiefe, was hier zuvor kurz dargestellt wurde.³⁸⁰ Ergänzt werden diese Erörterungen regelmäßig um die Erwähnung jüngerer Beispiele internationaler Mediation, wie etwa des

377 Mario Clemens, Chancen und Grenzen interessenorientierter, fazilitativer Mediation im Kontext internationaler politischer Konflikte, in: Kriegel-Schmidt (Hrsg.), *Mediation als Wissenschaftszweig: Im Spannungsfeld von Fachexpertise und Interdisziplinarität*, Wiesbaden 2017, S. 201, 202 (Fußnoten und Verweise im Original durch den Verfasser entfernt).

378 Lars Kirchhoff, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 246; Philipp Kastner, *Legal normativity in the resolution of internal armed conflict*, Cambridge 2015, S. 110 f.; *Auswärtiges Amt, Initiative Mediation Support Deutschland*, Grundlagen der Mediation: Konzepte und Definitionen, Berlin 2016, S. 3.

379 Marcus Hehn, *Entwicklung und Stand der Mediation – ein Überblick*, in: Haft u. a. (Hrsg.), *Handbuch Mediation*, München 2016, S. 77, 78; beispielhaft etwa Rudolf Fischer, *Mediation: Historie, Struktur, Möglichkeiten, Grenzen*, in: Brocker u. a. (Hrsg.), *FS Bamberger*, München 2017, S. 53, 54.

380 Joseph Duss-von Werdt, *Homo mediator: Geschichte und Menschenbild der Mediation*, Stuttgart 2005; Marcus Hehn, *Entwicklung und Stand der Mediation*

prominent von *Jimmy Carter* medierten Camp David Abkommens.³⁸¹ Andere wiederum begnügen sich für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg damit, mit den Dayton Verhandlungen ein Beispiel dafür zu erörtern, was trotz anderer Bezeichnung keine Mediation sei, weil der Mediator auch mit der konkreten Drohung einer Fortsetzung militärischer Gewalt arbeitete.³⁸² Wenn *Marcus Hehn* in seiner historischen Abhandlung schließlich von einer „Wiederentdeckung der Mediation in den USA“³⁸³ schreibt, so entsteht angesichts der ungefähren Gleichzeitigkeit zwischen dem Camp David Abkommen und der Hochzeit des ADR-Movements der Eindruck, beide wären auf die ein oder andere Art verbunden. Tatsächlich war es die Herausforderung des Nahostkonflikts, die *Roger Fisher* zur Gründung des Harvard Negotiation Projects veranlasst hatte.³⁸⁴ *Jeffrey Rubin* wiederum, der ebenfalls Teil des Harvard Negotiation Projects war,³⁸⁵ veröffentlichte 1981 einen Sammelband zu *Henry Kissingers* Rolle als Mediator im Nahen Osten.³⁸⁶ Um so mehr überrascht es, wenn man – erneut wie *Mario Clemens* – nachfolgendes feststellen muss:

„Ganz unbefangen – ja schamlos, wie es scheint – wird hier [in Texten zur internationalen politischen Mediation] nach den Vor- und Nachteilen von Parteilichkeit seitens der Mediationspartei gefragt, es werden Mediationen

– ein Überblick, in: Haft u. a. (Hrsg.), Handbuch Mediation, München 2016, S. 77–97.

381 *Marcus Hehn*, Entwicklung und Stand der Mediation – ein Überblick, in: Haft u. a. (Hrsg.), Handbuch Mediation, München 2016, S. 77, 78; Israel and Egypt, Framework for peace in the Middle East agreed at Camp David (with annex), 17.09.1978, UNTS 1138, S. 39; <<https://peacemaker.un.org/egyptisrael-frameworkforpeace78>>, Stand 10.09.2020.

382 *Joseph Duss-von Werdt*, Homo mediator: Geschichte und Menschenbild der Mediation, Stuttgart 2005, S. 135 ff.; anhand des gleichen Falls für einen offenen Mediationsbegriff argumentierend *Ulla Gläßer*, *Alex von Sinner*, Lehrmodul 1: Zur Genealogie der Mediation – eine Skizze, Zeitschrift für Konfliktmanagement 8 (2005), 64, 67.

383 *Marcus Hehn*, Entwicklung und Stand der Mediation – ein Überblick, in: Haft u. a. (Hrsg.), Handbuch Mediation, München 2016, S. 77, 89; ähnlich auch *Peter Röthemeyer*, Mediation: Grundlagen, Recht, Markt, Stuttgart 2015, S. 5 („In der modernen westlichen Welt taucht Mediation etwa zu Beginn der 1960er Jahren [wieder] auf.“ [Klammer im Original]).

384 *William Ury*, In Memoriam: Roger Fisher, Harvard law review 126 (2013), 898, 899.

385 *J. William Breslin*, Negotiation Journal Editor Jeffrey Z. Rubin Dies in Accident, Negotiation journal 11 (1995), 195, 196.

386 *Jeffrey Z. Rubin* (Hrsg.) Dynamics of third party intervention: Kissinger in the Middle East, New York 1981.

*onsstile erörtert, bei denen die Mediationspartei Lösungsvorschläge macht, also Inhaltsverantwortung übernimmt, es werden ungeniert die Stärken und Schwächen von Mediatoren diskutiert, die, wie etwa mächtige Staaten, Druck und Zwang auf die Konfliktparteien ausüben können.*³⁸⁷

Was bei *Joseph Duss-von Werdt* als Antibeispiel der Mediation dient, die Drohung mit Gewalt, scheint dort zwar kontrovers, aber keinesfalls begrifflich ausgeschlossen.³⁸⁸ *Bercovitch* verweist sogar explizit auf *Dayton* als Fall von Mediation.³⁸⁹ Vielmehr ist es so, dass sich die methodische Breite, die sich zuweilen auch in der innerstaatlichen Mediation findet,³⁹⁰ dort völlig offen zeigt. Die Gründe hierfür mögen mannigfaltig sein und sollen an dieser Stelle nicht tiefer erörtert werden. Lediglich der Umstand, dass eine im weitesten Sinne sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Mediation, insbesondere im internationalen Kontext, bereits in den frühen 1950er Jahren zu finden ist, soll hier hervorgehoben werden. Diese führte von Parallelen zur Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Mediation,³⁹¹ in der für die USA die Figur des Mediators *Cyrus Ching* betont wurde,³⁹² über

-
- 387 *Mario Clemens*, Chancen und Grenzen interessenorientierter, fasilitativer Mediation im Kontext internationaler politischer Konflikte, in: *Kriegel-Schmidt* (Hrsg.), *Mediation als Wissenschaftszweig: Im Spannungsfeld von Fachexpertise und Interdisziplinarität*, Wiesbaden 2017, S. 201, 202.
- 388 Sich sogar mit der Frage beschäftigend, ob Zwang Teil der Mediationsdefinition sein sollte, aber dies schlussendlich verneinend *Peter Wallensteen, Isak Svensson*, *Talking peace: International mediation in armed conflicts*, *Journal of peace research* 51 (2014), 315, 316.
- 389 *Jacob Bercovitch*, *Mediation and conflict resolution*, in: *Bercovitch u. a.* (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, S. 340, 347.
- 390 *Stephan Breidenbach*, *Mediation*, Köln 1995, S. 139.
- 391 Grundlegend *Elmore Jackson* (Hrsg.) *Meeting of Minds*, New York 1952; *UNESCO*, *The UNESCO Tensions Project: Progress since 1948*, in: *The International Sociological Association* (Hrsg.), *The nature of conflict*, Paris 1957, S. 9, 19; *Jessie Bernard*, *The Sociological Study of Conflict*, in: *The International Sociological Association* (Hrsg.), *The nature of conflict*, Paris 1957, S. 33, 33 Fn. 1; zur US Labor Mediation siehe *Edgar L. Warren, Irving Bernstein*, *The Mediation Process*, *Southern Economic Journal* 15 (1949), 441–457.
- 392 In der Ursprungsfassung wird *Ching* als „conciliator“ bezeichnet *Stuart Chase, Marian Tyler Chase*, *Roads to agreement: successful methods in the science of human relations*, New York 1951, S. 160 ff.; in der dt. Fassung als „Vermittler“ *Stuart Chase*, *Wege zur Verständigung*, Frankfurt am Main 1952, S. 207 ff.; unter der Überschrift „Mediation“ genannt wird er bei *Jessie Bernard*, *The Sociological Study of Conflict*, in: *The International Sociological Association* (Hrsg.), *The nature of conflict*, Paris 1957, S. 33, 112; tätig war er beim Federal Mediation and Conciliation Service. Dazu *Patrice M. Mareschal*, *Providing High Quality*

spieltheoretische Ansätze,³⁹³ bis hin zu empirischen³⁹⁴ und theoretischen Arbeiten.³⁹⁵ Bei *Jacob Bercovitch*, einem der wohl einflussreichsten und am meisten zitierten Autoren im Bereich der Friedensmediation,³⁹⁶ findet sich Mitte der 1980er in seiner Dissertation sowohl der Vergleich mit der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Mediation,³⁹⁷ wie auch das Gros der Autoren aus den 1950er und 60er Jahren.³⁹⁸ Auch wenn *Bercovitch* selbst ebenfalls eine Verbindung zum Harvard Negotiation Project hatte,³⁹⁹ offenbaren die wissenschaftlichen Anbindungen seiner Doktorarbeit anschaulich einen Grund für die methodische Offenheit internationaler Mediation: Sie ist nicht in gleicher Weise dem fasziativen Ansatz verpflichtet, da sie schlicht älter als dieser ist.

An dieser Stelle sollte keineswegs der Eindruck vermittelt werden, sozialwissenschaftliche Ansätze internationaler Mediation wären immer gleichzusetzen mit Mediation, die Zwang, Druck und Drohungen zu ihren Instrumenten zählt. Es ist lediglich so, dass sie dort am offensten zu Tage treten. Angetrieben von praktisch orientierten Forschungsfragen wie „*Under What Conditions is Mediation Most Effective?*“⁴⁰⁰ wird die empirische

Mediation: Insights from the Federal Mediation and Conciliation Service, Review of Public Personnel Administration 18 (1998), 55, 58 ff.

393 *Thomas C. Schelling*, The strategy of conflict, Cambridge 1960, S. 68, 148.

394 *Arthur Lall*, Modern international negotiation: principles and practice, New York [u.a.] 1966, S. 84 ff.; *Leon Gordenker*, The UN Secretary-General and the maintenance of peace, New York [u.a.] 1967, S. 159; *Oran R Young*, The intermediaries: third parties in international crisis, Princeton 1967, S. 50 ff.

395 *Kenneth Ewart Boulding*, Conflict and defense: a general theory, New York 1962, S. 317 f.; *Lars Göran Stenelo*, Mediation in international negotiations, Lund 1972.

396 *Eileen F. Babbitt*, Remembering Jacob Bercovitch (1946–2011): A Pioneering Scholar of International Mediation, Negotiation journal 27 (2011), 499, 499.

397 *Jacob Bercovitch*, Social conflicts and third parties: strategies of conflict resolution, Boulder 1984, S. 38.

398 Sie finden sich auch bei *I. William Zartman*, *Saadia Touval*, International Mediation: Conflict Resolution and Power Politics, Journal of Social Issues 41 (1985), 27, 44 f.

399 *Eileen F. Babbitt*, Remembering Jacob Bercovitch (1946–2011): A Pioneering Scholar of International Mediation, Negotiation journal 27 (2011), 499, 499.

400 *Kenneth Kressel*, *Dean G. Pruitt*, Themes in the Mediation of Social Conflict, Journal of social issues 41 (1985), 179, 185; ebenso bei *Jacob Bercovitch*, *J. Theodore Anagnoson*, *Donnette L. Wille*, Some Conceptual Issues and Empirical Trends in the Study of Successful Mediation in International Relations, Journal of Peace Research 28 (1991), 7, 8; (selbst-)kritisch den praktischen Wert dieser Fragestellung bestreitend *Kenneth Kressel*, Practice-Relevant Research in Mediation: Toward a Reflective Research Paradigm, Negotiation Journal 13 (1997), 143, 143.

Relevanz von Macht oder Muskel in der Mediation intensiv diskutiert.⁴⁰¹ Gleichzeitig existiert eine Differenzierung unterschiedlicher Mediationsstyle, -strategien oder -modi, welche entweder durch Mediator*innen situationsspezifisch angewendet werden,⁴⁰² oder aber auch dauerhaft zu einer spezifischen Mediator*in gehören.⁴⁰³ Dabei herrscht erneut weder Einigkeit über das Spektrum der Stile, noch über deren Charakteristika und die daraus abzuleitende Bezeichnung.⁴⁰⁴ Bei *Gregory Raymond* und *Charles Kegley* wird das Spektrum in sechs Modi von „*Agenda setting*“ bis „*Agreement endorsement*“ aufgeteilt.⁴⁰⁵ *Kenneth Kressel* und *Dean Pruitt* verwenden die Kategorien „*reflexive*“, „*contextual*“ und „*substantiv*“, welche an den Bezugspunkt der Mediation anknüpfen.⁴⁰⁶ Dagegen unterscheiden *Touval* und *Zartmann* die drei Modi „*communication, formulation and manipulation*“,⁴⁰⁷ welche sich in ähnlicher Weise bei *Bercovitch* wiederfinden,⁴⁰⁸ der von den

-
- 401 *Peter Wallensteen, Isak Svensson*, Talking peace: International mediation in armed conflicts, *Journal of peace research* 51 (2014), 315, 319 f. m.w.N.; kritisch zu dieser Ableitung theoretischer Konzepte aus diplomatischer Praxis *Carrie Menkel-Meadow*, Correspondences and Contradictions in International and Domestic Conflict Resolution: Lessons From General Theory and Varied Contexts, *Journal of Dispute Resolution* (2003), 319, 337.
- 402 *Jacob Bercovitch*, Mediators and Mediation Strategies in International Relations, *Negotiation Journal* 8 (1992), 99, 103; aus dem innerstaatlichen Bereich bei *Peter J. D. Carnevale, Richard Peggnetter*, The Selection of Mediation Tactics in Public Sector Disputes: A Contingency Analysis, *Journal of Social Issues* 41 (1985), 65, 78.
- 403 Im innerstaatlichen Kontext beides differenziert darstellend *Debra Shapiro, Rita Drieghe, Jeanne Brett*, Mediator Behavior and the Outcome of Mediation, *Journal of Social Issues* 41 (1985), 101, 112.
- 404 *Peter Wallensteen, Isak Svensson*, Talking peace: International mediation in armed conflicts, *Journal of peace research* 51 (2014), 315, 319 f.
- 405 *Gregory A. Raymond, Charles W. Kegley*, Third Party Mediation and International Norms: A Test of Two Models, *Conflict Management and Peace Science* 9 (1985), 33, 35 f.
- 406 *Kenneth Kressel, Dean G. Pruitt*, Themes in the Mediation of Social Conflict, *Journal of social issues* 41 (1985), 179, 188.
- 407 *I. William Zartman, Saadia Touval*, International Mediation: Conflict Resolution and Power Politics, *Journal of Social Issues* 41 (1985), 27, 38 f.; *I. William Zartman, Saadia Touval*, International mediation, in: Crocker u. a. (Hrsg.), *Leashing the dogs of war*, Washington, D.C. 2007, S. 437, 446.
- 408 Beide Ansätze zusammen gruppierend *Peter Wallensteen, Isak Svensson*, Talking peace: International mediation in armed conflicts, *Journal of peace research* 51 (2014), 315, 319.

drei Strategien „communication-facilitation“, „procedural“ und „directive“⁴⁰⁹ spricht.

Dabei beinhaltet die Rolle der Mediator*in bei der communication-facilitation Strategie die Ermöglichung der Kommunikation zwischen den Konfliktparteien, ohne dass dabei intensiver in die formalen und prozeduralen Gegebenheiten, geschweige denn die materiellen Belange eingegriffen wird.⁴¹⁰ Im intensivsten Szenario fungiert die Mediator*in im übertragenen Sinne als Übersetzer*in der – infolge des Konflikts unverständlichen – Nachrichten.⁴¹¹ Dieser Ansatz ähnelt sehr dem, was im völkerrechtlichen Diskurs an der Schnittstelle von Mediation und Guten Diensten eingeordnet wird.⁴¹²

Prozedurale Strategien erlauben es der Mediator*in, stärkeren Einfluss auf den formalen Ablauf der Mediation und die äußeren Rahmenbedingungen zu nehmen.⁴¹³ Unklar bleibt bei dieser Kategorie gleichwohl, inwieweit Einfluss auf die Kommunikation zwischen den Konfliktparteien genommen wird. Dagegen heben *Touval* und *Zartman* für die zweite Intensitätsstufe hervor, dass die Mediator*in als „formulator“ sich substantiell einbringt und Lösungsvorschläge formuliert.⁴¹⁴ Diese Stufe entspricht in

409 Statt von „directive“ von „substantive“ sprechend *Jacob Bercovitch, J. Theodore Anagnoson, Donnette L. Wille*, Some Conceptual Issues and Empirical Trends in the Study of Successful Mediation in International Relations, *Journal of Peace Research* 28 (1991), 7, 15f.; an *Touval* und *Zartman* angelehnt von „communication-facilitation“, „formulation“ und „manipulation“ sprechend *Jacob Bercovitch*, Mediators and Mediation Strategies in International Relations, *Negotiation Journal* 8 (1992), 99, 102f.; „manipulation“ und „directive“ gleichsetzend *Jacob Bercovitch, Richard Wells*, Evaluating Mediation Strategies, *Peace & Change* 18 (1993), 3, 9; die genannten Kategorien verwendend *Jacob Bercovitch*, Mediation and conflict resolution, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London, 2011, S. 340, 347.

410 *Jacob Bercovitch*, Mediation and conflict resolution, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, S. 340, 347.

411 *I. William Zartman, Saadia Touval*, International mediation, in: Crocker u. a. (Hrsg.), *Leashing the dogs of war*, Washington, D.C. 2007, S. 437, 446 („help the parties understand the meaning of messages through the distorting dust thrown up by the conflict“).

412 Hier kommt es darauf an, ob Gute Dienste als eigenständige Kategorie oder als Unterform der Mediation verstanden werden, siehe hierzu B.I.1.

413 *Jacob Bercovitch*, Mediation and conflict resolution, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, S. 340, 347.

414 *I. William Zartman, Saadia Touval*, International mediation, in: Crocker u. a. (Hrsg.), *Leashing the dogs of war*, Washington, D.C. 2007, S. 437, 446.

etwa dem Verständnis der gegenwärtigen völkerrechtlichen Literatur von Mediation.⁴¹⁵

Die directive strategies bei *Bercovitch* gehen über das Spektrum bei *Raymond* und *Kegley* hinaus. Sie stellen kein bloßes „agreement endorsement“ im Sinne einer bloßen Bejahung oder Unterstützung einer Einigung dar, sondern hier wird etwa mit Ultimaten oder Anreizen Einfluss auf den Inhalt von Einigungen genommen.⁴¹⁶ *Touval* und *Zartmann* werden in ihrer Darstellung des manipulativen Mediationsstils noch deutlicher. Sie sprechen davon, dass die Mediator*in ihre allparteiliche Rolle gegen die einer „full participant“ eintausche und somit auch die triadische Struktur der Mediation in gewisser Weise in Frage stelle. Diese Strategie schließt die Möglichkeit mit ein, dass die Mediator*in damit drohen kann, sich – auch militärisch – im Konflikt einseitig zu positionieren.⁴¹⁷ Diese Strategie erinnert an die frühe Mediationsdefinitionen bei *Pufendorf*, die auch im Verlauf des weiteren völkerrechtlichen Diskurses immer wieder auftauchte.⁴¹⁸ Dort wurde ihr häufig ein spannungsbehaftetes Verhältnis zu den Prinzipien der Souveränität und der Nichtintervention entgegengehalten;⁴¹⁹ von den kolonialen und interventionistischen Aspekten einmal ganz abgesehen.⁴²⁰

415 Siehe hierzu C.I.1.

416 *Jacob Bercovitch*, Mediation and conflict resolution, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, S. 340, 347.

417 *I. William Zartman, Saadia Touval*, International mediation, in: Crocker u. a. (Hrsg.), *Leashing the dogs of war*, Washington, D.C. 2007, S. 437, 447 („The mediator’s threat to side with one party may bring the other party around, for fear that mediation might end and with it any possibilities for a solution.“).

418 Von der „médiation armée“ berichtend *Charles Calvo*, *Dictionnaire manuel de diplomatie et de droit international public et privé*, Berlin 1885, S. 325; *Carlos Calvo*, *Le droit international théorique et pratique*, Bd. V, 4. Aufl., Paris [u.a.] 1888, S. 365; sie befürwortend aber am Mediationscharakter zweifelnd *Heinrich Lammasch*, *Die Lehre von der Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfange*, Stuttgart 1914, S. 16; sie befürwortend *Albert Leser*, *Vermittlung und Intervention*, Gotha 1917, S. 67 ff.

419 *Charles Calvo*, *Dictionnaire manuel de diplomatie et de droit international public et privé*, Berlin 1885, S. 258, 225; *Franz Liszt*, *Das Völkerrecht : Systematisch dargestellt*, 10. Aufl., Berlin, Heidelberg 1915, S. 68; *Walther Schücking*, *Das Institut der Vermittlung*, Kristiana 1923, S. 32 f.; *Paul Fauchille*, *Traité de droit international public*, Bd. 1.3, 8. Aufl., Paris 1926, S. 519.

420 Vgl. *Heinrich Lammasch*, *Die Lehre von der Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfange*, Stuttgart 1914, S. 13; *Walther Schücking*, *Das Institut der Vermittlung*, Kristiana 1923, S. 30 f.; zum interventionistischen Aspekt *Georges Scelle*, *Règles générales du droit de la paix*, RdC 46 (1933), 331, 509; bezüglich der „médiation obligatoire“ *Jean-Pierre Cot*, *La conciliation internationale*, Paris 1968, S. 35.

Losgelöst von dieser Frage und der damit verbundenen Unterscheidung zwischen inter- und intranationalen Konflikten,⁴²¹ wirft diese Form der Mediation, in der spezifische Vereinbarungen notfalls mittels Drohung durchgesetzt werden, erhebliche Legitimationsfragen auf.

Die nachfolgenden Untersuchungen werden jedoch zeigen, dass auch ein Prozess Gegenstand von Legitimitätserwägungen sein kann. Darüber stellen sie dar, wie dieser Prozess auf unterschiedlichen Intensitätsstufen Freiräume verengt und damit Legitimationsbedarf weckt.

4. Methodisches Zwischenfazit

Die vorangegangenen Abschnitte haben verdeutlicht, dass höchst unterschiedliche terminologische und konzeptuelle Vorstellungen davon bestehen, was Mediation ist. Dabei ist diese Vielfalt keineswegs erschöpfend dargestellt worden. Insbesondere die Ausführungen zu den Mediationsstrategien aus dem Bereich der internationalen Konfliktforschung haben erkennen lassen, dass zwischen den hier textlich durch Abschnitte getrennten Mediationsverständnissen eine Vielzahl von Verbindungslinien verlaufen. Sowohl diesen Verbindungs-, als auch den Trennungslinien muss die Frage gerecht werden, wieso Friedensmediation legitimationsbedürftig ist. Das unterschiedlich stark ausgeprägte Maß an Einflussnahme durch die Mediator*in, das zum Teil unmittelbar als unterschiedlicher Grad der Macht bezeichnet wird,⁴²² prägt die inhärente Struktur dieser Frage. Zugleich darf nicht übersehen werden, dass eine Analyse, welche sich auf die Machtbeziehungen zwischen Mediator*in und Konfliktparteien beschränkt, hinsichtlich deren Legitimität zu formalistisch vorgeht. Die Mediator*in beeinflusst nicht nur das Verhalten der Parteien in der Mediation und wirft deshalb die Legitimitätsfrage auf, sondern sie beeinflusst darüber hinaus auch das Ergebnis der Mediation. Dieses wiederum wirkt sowohl auf am Mediationsprozess unbeteiligte Dritte, als auch auf die ebenfalls

421 *Charles Calvo*, Dictionnaire manuel de diplomatie et de droit international public et privé, Berlin 1885, S. 224; *Charles Rousseau*, Droit international public : Les rapports conflictuels, Bd. V, Paris 1983, S. 270 f.

422 *Lars Kirchhoff*, Constructive interventions, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 239.

unbeteiligten Individuen und Gruppen ein, die hinter den – nicht als monolithisch zu verstehenden – Konfliktparteien stehen.⁴²³

Dabei geht es an dieser Stelle nicht darum, ob die Konfliktparteien rechtlich befugt sind, ein Friedensabkommen zu schließen. Ebenfalls geht es nicht darum, Verantwortlichkeiten im Sinne des Rechts der Staatenverantwortlichkeit zu erörtern. Während beides relevante und bei gebotener Differenzierung argumentativ hilfreiche Aspekte sind, gilt es an dieser Stelle die Frage zu beantworten, ob es der Legitimation im zuvor beschriebenen Sinne bedarf. Daher wird der Legitimationsbedarf der Friedensmediation nachfolgend im ersten Schritt prozessbezogen und im zweiten Schritt bezüglich des materiellen Inhalts erörtert. Nur für ersteres bedarf es dabei der Unterscheidung zwischen den drei dargestellten Beteiligungsintensitäten.

II. Prozessbezogener Legitimationsbedarf

1. Legitimationsbedarf der Power Mediation

Power Mediation entspricht den zuvor dargestellten, als „manipulative“ oder „directive“ bezeichneten Mediationsstrategien.⁴²⁴ Für die Frage nach dem Legitimationsbedarf ist gleichwohl die Bezeichnung als Power Mediation von hohem Wert, bringt sie doch den zentralen Aspekt dieser Strategie in den Vordergrund. Dieser Mediationsstil basiert auf Macht. Max Weber definiert Macht als „[...] jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eignen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“⁴²⁵ Man mag diese Definition für eine Tautolo-

423 Als Beispiel für die Ursprünge dieses Irrtums siehe *Alberico Gentili*, *De iure belli libri tres*: The translation of the edition of 1612, Bd. Ii, Oxford [u.a.] 1933, S. 232.

424 I. William Zartman, *Saadia Touval*, *International mediation*, in: Crocker u. a. (Hrsg.), *Leashing the dogs of war*, Washington, D.C. 2007, S. 437, 446; *Jacob Bercovitch*, *Mediation and conflict resolution*, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, S. 340, 347; explizit von Power Mediation sprechend *Isak Svensson*, *Mediation with Muscles or Minds – Exploring Power Mediators and Pure Mediators in Civil Wars*, *International Negotiation* 12 (2007), 229, 231 ff.; *Lars Kirchhoff*, *Constructive interventions*, *Alphen aan den Rijn* [u.a.] 2008, S. 242; siehe hierzu C.I.3.

425 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922, S. 28; ähnlich *Wolfgang Sofsky*, *Rainer Paris*, *Figureationen sozialer Macht: Autorität, Stellvertretung, Koalition*, Frankfurt am Main 1994, S. 9, 21; Weber folgend und zugleich

gie und ihren Erklärungswert für gering halten.⁴²⁶ Gleichwohl ist es die so beschriebene Macht, die unzweifelhaft die Frage nach ihrer Legitimität aufwirft. *Zartman* beschreibt Power Mediation als „[...] *adding arguments and inducements that make unattractive proposals look attractive.*“⁴²⁷

Diese Definition legt nahe, dass Power Mediation „power“ bzw. „Macht“ im weber'schen Sinn ist. Es ist ein Prozess, in dem der eigene Vorschlag, bzw. der eigene Wille, gegen Widerstreben durchgesetzt wird. Allerdings wird die weber'sche Definition zuweilen sehr eng als die Möglichkeit zur zwangsweisen Durchsetzung des eigenen Willens verstanden. Legitimationsbedarf ist demnach an Freiheitsverkürzung gekoppelt. Macht habe letztlich nur, wer in der Lage sei, die Freiheit Dritter zu verkürzen.⁴²⁸ Die Unterscheidung zwischen Macht und Machtlosigkeit, zwischen Freiheitsverkürzung und Freiheit wird dabei zuweilen anhand eines Räubers erörtert, der sein Opfer mit vorgehaltener Pistole zur Übergabe des Geldes veranlasst. *Ingo Venzke* will hierin eine Ausübung von Macht sehen, nicht jedoch von Autorität.⁴²⁹ *David Beetham* dagegen verweist auf Autoren, die allein in der tatsächlichen Ausübung von Zwang eine Freiheitsverkürzung und damit eine Ausübung von Macht sehen wollen.⁴³⁰

Venzke versucht also damit umzugehen, dass Macht nur sein soll, was zumindest auf Zwangsandrohung zurückgreifen kann, während andere sogar meinen, nur wo Zwang tatsächlich zum Einsatz komme, sei Macht.⁴³¹ Für die Power Mediation bedeutet dies, dass sie nur dann legitimationsbedürftige Macht darstellen soll, wenn in ihr auch tatsächlich Zwang angewendet wird. *Beetham* weist die einer solch restriktiven Vorstellung

Macht auf die Beeinflussung von Gründen beschränkend *Rainer Forst*, Normativität und Macht: zur Analyse sozialer Rechtfertigungsordnungen, Berlin 2015, S. 61 f.; *Byung-Chul Han*, Was ist Macht?, Stuttgart 2005, S. 126; Zwang und Gewalt ausklammernd *Christoph Möllers*, Die Möglichkeit der Normen: über eine Praxis jenseits von Moralität und Kausalität, Berlin 2015, S. 50 f.

426 Die Definition dabei jedoch auf Robert Dahl zurückführend *I. William Zartman*, The Political Analysis of Negotiation: How Who Gets What and When, World Politics 26 (1974), 385, 396 f.

427 *I. William Zartman*, *Saadia Touval*, International Mediation: Conflict Resolution and Power Politics, Journal of Social Issues 41 (1985), 27, 40.

428 Vgl. *David Beetham*, The legitimation of power, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 44 f. m.w.N.

429 *Ingo Venzke*, Understanding the Authority of International Courts and Tribunals, Theoretical inquiries in law (2013), 381, 385 f.

430 *David Beetham*, The legitimation of power, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 44 m.w.N.

431 *Ingo Venzke*, Understanding the Authority of International Courts and Tribunals, Theoretical inquiries in law (2013), 381, 386 f. m.w.N.

von Macht zugrundeliegende Idee von Freiheit berechtigterweise als zu heroisch zurück.⁴³² Zum einen ist die Erduldung von Zwang keine gleichwertige Handlungsoption, sodass schon darin eine Freiheitsverkürzung zu sehen ist. Zumal im Rahmen der Friedensmediation jene, die verhandeln und jene, die den Zwang zu erdulden hätten, selten identisch sind. Zum anderen belässt das vermeintliche Angebot „Geld oder Leben“ zwar einen autonomen Handlungsspielraum. Dieser ist indes deutlich geringer, als die mit der Aussage einhergehende Ausschließung aller übrigen Optionen. Folglich genügt es auch, dass im Rahmen der Power Mediation mit Zwang gedroht werden kann, um sie auch als Macht im weber'schen Sinne zu kategorisieren. Eine Mediation, die nicht nur droht, sondern tatsächlich zwingt, geht an dieser Stelle endgültig zur Intervention über.⁴³³

Wenn es daher der Zwangsanwendung nicht bedarf, um im Fall der Power Mediation von Machtausübung durch die Mediator*in zu sprechen, verbleibt die Frage, ab wann der Grad an Beteiligungsintensität unterschritten ist, bis zu dem noch von Macht gesprochen werden kann. Unzweifelhaft sind Täuschungen oder manipulatives Verhalten,⁴³⁴ welches erneut begrifflich mit der Bezeichnung des Mediationsstils übereinstimmt, vom Begriff der Macht umfasst.⁴³⁵ Darüber hinaus stellt *Beetham* jedoch die Behauptung auf, Macht im Sinne der Fähigkeit zur Freiheitsverkürzung liege nicht vor, wenn ein Verhalten allein durch das Schaffen von Anreizen erreicht werde, die jedoch ohne Probleme abgelehnt werden könnten, während Macht vorliege, sobald Dinge angeboten werden, die notwendig sind. Für die Kategorisierung der Power Mediation wirft dies die Frage auf, ob in der Paarung aus „carrots and sticks“⁴³⁶ allein der Zugriff auf Stöcke Macht begründet, während das Anbieten von Karotten nicht als Macht bezeichnet werden kann. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass *Beetham* an dieser Stelle Macht anhand der Beziehung von Individuen erläutert. Worauf Unterhändler im Rahmen einer Friedensmediation tatsächlich verzichten können, ist in dieser Abstraktheit dagegen schwerer zu beurteilen. Vielmehr lässt der Umstand, dass im

432 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 44.

433 Vgl. *Walther Schücking*, *Das Institut der Vermittlung*, Kristiana 1923, S. 32.

434 Vgl. *Oran R. Young*, *The politics of force : bargaining during international crises*, Princeton 1968, S. 394.

435 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 44.

436 Statt vieler *I. William Zartman*, *Saadia Touval*, *International Mediation: Conflict Resolution and Power Politics*, *Journal of Social Issues* 41 (1985), 27, 40.

Rahmen von Power Mediation unattraktive Vorschläge attraktiv werden, den Rückschluss zu, dass der angebotene Anreiz nur schwer abzulehnen war, es sich also um Machtausübung handelt.

Schlussendlich hilft an dieser Stelle die Erkenntnis, dass weder die eingesetzten Mediationsstrategien statisch sind, noch die damit einhergehende Beteiligungsintensität der Mediator*in. Genau so wenig, wie jeder Fall von Power Mediation gleichermaßen intensiv in die Autonomie der Konfliktparteien eingreift, setzt Macht einen ganz spezifischen Grad an Beteiligungsintensität voraus. Stattdessen handelt es sich um den Versuch der Kategorisierung eines nur graduellen Unterschieds.⁴³⁷

Fragt man an dieser Stelle nach dem Legitimationsbedarf, den die Paarung aus Drohungen und Anreizen nach sich zieht und der beiden gemein ist, verbleibt die Erkenntnis, dass Power Mediation, die dem Konflikt zugrundeliegenden Tatsachen verändert und so eine von der Ausgangsposition abweichende Interessensabwägung herbeiführt. Dies wird zum Teil – positiv konnotiert – als die Fähigkeit zum Ausgleich des Kräfteverhältnisses zwischen den Konfliktparteien beschrieben. Das Resultat sei eine gerechtere Lösung.⁴³⁸ Diese Einnahme einer Akteursposition verdrängt zumindest zum Teil die Konfliktparteien in ihrer Rolle als Handelnde, indem die Mediator*in durch das faktische Herbeiführen einer spezifischen Entscheidung durch die Parteien selbst zum Entscheider wird. Es ist diese Verdrängung, die den Legitimationsbedarf der Power Mediation begründet. Zumal die Frage im Raum steht, wieso die Verhandlungssituation gerade am Gerechtigkeitsmaßstab der spezifischen Mediator*in neu ausgerichtet werden sollte. Den Kern dieser Materie bildet die Frage nach der Legitimität.

2. Legitimationsbedarf der propositorischen Mediation

Im Gegensatz zum zuvor beschriebenen Verfahren verzichtet die propositorische Mediation in der Regel auf Druck und Zwang. Der Höhepunkt der Beteiligungsintensität im Rahmen dieser Strategie wird erreicht, wenn die Mediator*in Lösungsvorschläge unterbreitet und versucht, die Parteien

437 Zur Mediation vgl. *Lars Kirchhoff*, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 238 ff.; zur Macht *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 44.

438 Vgl. *Mona Fixdal*, *The Minefields of Mediation: An Overview*, *International Negotiation* 20 (2015), 353, 255.

davon zu überzeugen. I. William Zartman und Saadia Touval beschreiben diesen Weg mit einem leicht spöttischen Unterton als „[...] *providing communications and ideas so attractive that they ,naturally‘ lead the parties to agreement*“.⁴³⁹

An dieser Stelle könnte leicht der Eindruck entstehen, eine derart betriebene Mediation bedürfe keiner weiteren Legitimation, da sie allein auf der Kraft des besseren oder sogar des besten Arguments oder Vorschlags beruhe. Zartman und Touval lassen an dieser Stelle jedoch einen zentralen Aspekt propositorischer Mediation außer Acht: Sie beruht regelmäßig auf der Autorität der Mediator*in. Für Jean-Pierre Cot ist sie das entscheidende Merkmal propositorischer Mediation.⁴⁴⁰ Während Gegenstand seines Buches die Praxis des Vergleichs („conciliation“) im Völkerrecht ist, grenzt er diese doch gleich zu Beginn von Mediation ab und bedient sich dabei sehr anschaulich der Metapher des Fürsten („prince“) und des Weisen („sage“). Dabei steht der Weise für reine Vernunft („raison pure“), die allein die Konfliktparteien zur Beilegung ihres Streits zu bewegen vermag. In der Vorstellung Cots entspricht dies dem völkerrechtlichen Verfahren des Vergleichs.⁴⁴¹ Mediation hingegen ist die Praxis des Fürsten. Anders als der Weise, der allein die Vernunft als Mittel hat, verfügt der Fürst über Autorität:

„Mais, pour être neutre, le Prince n'en est pas moins puissant, car il possède une autorité politique.“⁴⁴²

Cots Metapher, die auf historischen Vorbildern der Mediation aufbaut,⁴⁴³ macht zwar leicht verständlich, worin die Überzeugungskraft der Mediator*in begründet sein mag, sie beschränkt jedoch auch die Vorstellung davon, wer in dieser Weise mediieren kann. Zwar ist der Normalfall dabei der Staat als Mediator*in, jedoch verwahrt Cot sich gegen ein zu propositorisches Mediationsverständnis, das jedweden nicht-staatlichen Akteur schon begrifflich ausschließt. Vielmehr könnten auch Internationale Organisationen mit politischer Autorität ausgestattet sein und daher ebenso

439 I. William Zartman, Saadia Touval, International Mediation: Conflict Resolution and Power Politics, Journal of Social Issues 41 (1985), 27, 40.

440 Jean-Pierre Cot, La conciliation internationale, Paris 1968, S. 9, 17, 39.

441 Den Weisen dagegen als Mediator sehend Nicolas Politis, L'avenir de la médiation, Revue générale de droit international public 12 (1919), 136, 161.

442 Jean-Pierre Cot, La conciliation internationale, Paris 1968, S. 1.

443 Hermann Kamp, Soziologie der Mediation aus historischer Perspektive, Zeitschrift für Rechtssoziologie 36 (2016), 139, 147.

mediieren.⁴⁴⁴ Als Ausnahme stellt sich in diesem Konzept die päpstliche Mediation dar, da der Papst seit dem Verschwinden des Kirchenstaates zwar noch über Autorität verfüge, diese aber nicht politischer Natur sei.⁴⁴⁵

Diese Zuordnung wirft letztlich die Frage auf, was mit Autorität oder politischer Autorität gemeint ist. Auf diese Frage wurde bereits zuvor – in der Abgrenzung von Legitimität und Autorität – eingegangen.⁴⁴⁶ Dabei ist Autorität nach Weber „die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“;⁴⁴⁷ Weber verwendet den Begriff dabei synonym mit jenem der Herrschaft⁴⁴⁸ und versteht ihn letztlich als eine spezielle Form der Macht.⁴⁴⁹ Anschaulich verdeutlicht dies Venzke, wenn er in seinem Räuberbeispiel hervorhebt, dieser habe zwar Macht, aber keine Autorität. Zugleich könne man von „judicial power“ sprechen, ohne das man annehmen könne, Entscheidungen des IGH würden zwangsweise durchgesetzt.⁴⁵⁰ Dieses Verständnis zeigt auch, dass die zuvor diskutierten Ansichten, die für Macht etwa Zwang voraussetzen, Macht nicht in gleicher Weise als Oberbegriff verstehen, wie es auch hier der Fall sein soll. Dies wirft die Frage nach der Sinnhaftigkeit der vorgenommenen Unterteilung auf, wenn doch auch die vermeintlich allein auf Autorität beruhende Mediation demnach unter dem Begriff der Macht gefasst werden könnte. Indes eignet sich das Konzept der Autorität, um die Funktionsweise der Einflussnahme zu verdeutlichen und darüber auch den Legitimationsbedarf darzustellen.

Die Perspektive Cots bietet sich als Ausgangspunkt dieser Darstellung an, da er zum einen mit seiner Unterscheidung zwischen politischer und andersartiger Autorität hervorhebt, dass es unterschiedlichste Gründe für den Gehorsam gibt, der die Folge von Autorität ist. Zugleich zeigt sein Fokus auf von Staaten abgeleitete Autorität, sei es im Rahmen Internationaler Organisationen oder der Verbindung zwischen Papst und Kirchenstaat, die Grenzen eines zu rigiden Begriffsverständnisses, dass sich im

444 Jean-Pierre Cot, *La conciliation internationale*, Paris 1968, S. 9.

445 Jean-Pierre Cot, *La conciliation internationale*, Paris 1968, S. 40 f.

446 Siehe hierzu B.I.2.a.

447 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922, S. 28, 122.

448 Georg Simmerl, Michael Zürn, *Internationale Autorität – Zwei Perspektiven*, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (2016), 38, 40 Fn. 6; anders Ingo Venzke, *Understanding the Authority of International Courts and Tribunals, Theoretical inquiries in law* (2013), 381, 385.

449 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922, S. 122.

450 Ingo Venzke, *Understanding the Authority of International Courts and Tribunals, Theoretical inquiries in law* (2013), 381, 386 f.

Völkerrecht, aber auch in den internationalen Beziehungen schwer damit tut, Autorität auch jenseits von staatlich abgeleiteten Kompetenzen zu identifizieren.⁴⁵¹

Mediation mit einem derart limitierten Verständnis von Autorität zu beschreiben, scheint wenig hilfreich. Zwar wird propositorische Mediation vielfach durch Staaten, Internationale Organisationen wie die UN oder regionale Organisationen wie die AU und die von diesen entsandten Personen betrieben,⁴⁵² doch reicht das Spektrum der Mediationsakteure, die sich gleichwohl dieses Stils bedienen können, darüber hinaus.⁴⁵³ Zudem lässt dieses Verständnis letztlich offen, wieso die Lösungsvorschläge von Mediator*innen, die Autoritäten sind oder repräsentieren, angenommen werden. Denn was *Cot* beschreibt, stellt in gewisser Weise nur darauf ab, wer mediiert, nicht aber wie mediiert wird. Staaten üben klassischer Weise Autorität gegenüber ihrer Bevölkerung aus, nicht aber gegenüber anderen Staaten. Internationale Organisationen üben Autorität, wenn überhaupt, nur in eindeutig von Staaten delegierten Aufgabenbereichen aus. Wenn also Akteure, denen *Cot* politische Autorität zuschreibt, mediiieren, dann ist damit nicht notwendigerweise gesagt, dass zwischen der Mediator*in und den Konfliktparteien eine Autoritätsbeziehung besteht.

Genau diese Aussage treffen hingegen eine Vielzahl anderer Texte.⁴⁵⁴ *Albert Leser* stellt bezüglich der seinerzeit als Kollektivmediation und heute als Multi-Party Mediation bezeichneten Praxis⁴⁵⁵ heraus:

„Zweifelloso hat die Kollektivmediation meist mehr Erfolg gehabt als die Singularmediation, besonders bei politisch komplizierten Fällen. Aber nicht etwa, weil die guten Gedanken mit der Zahl der Vermittler wüchsen, sondern infolge der bloßen Tatsache, [dass] die Vermittler mehrere und meist sehr starke, wirtschaftlich und politisch sehr einflussreiche Staaten waren. Ihre

451 Vgl. *Georg Simmerl, Michael Zürn*, Internationale Autorität – Zwei Perspektiven, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (2016), 38, 48 f. m.w.N.

452 Vgl. *Jacob Bercovitch*, Mediation, Formal, in: Young (Hrsg.), *The Oxford international encyclopedia of peace*, Bd. III, Oxford 2010, S. 5, 8.

453 *Mona Fixdal*, The Minefields of Mediation: An Overview, *International Negotiation* 20 (2015), 353, 354.

454 Beispielhaft *Dayle E. Spencer, Honggang Yang*, Lessons from the field of intra-national conflict resolution, *Notre Dame Law Review* 67 (1992), 1495, 1495.

455 Wobei Multi-party Mediation noch offensichtlicher nichtstaatliche Akteure einschließt *Chester A. Crocker, Fen Osler Hampson, Pamela Aall*, The Shifting Sands of Peacemaking: Challenges of Multiparty Mediation, *International Negotiation* 20 (2015), 363, 369 f.

*Vorschläge waren von einem Druck – vielleicht oft [unbewusst] – begleitet, von dem Druck ihrer Autorität!*⁴⁵⁶

Die Übergänge zwischen den einzelnen Mediationsstrategien können zum Teil fließend sein. Dieses Zitat zeigt gleichwohl den Unterschied zwischen Power Mediation und propositorischer Mediation, indem es darauf hinweist, dass Autorität eine Form unbewussten Drucks ist. Der Ursprung der Autorität gegenüber den Konfliktparteien wird dabei weniger in der Staatlichkeit der Akteure gesehen, als im Zugriff auf wirtschaftliche oder politische Ressourcen. Im Rahmen von Power Mediation könnten diese Ressourcen unmittelbar für Drohungen oder Anreize eingesetzt werden. Für die Autorität genügt die abstrakte Möglichkeit.

Neben wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Ressourcen wird bezüglich der Mediator*in vielfach von einer moralischen Autorität gesprochen.⁴⁵⁷ Am deutlichsten wird die damit verbundene Überzeugungskraft am Beispiel päpstlicher Mediation.⁴⁵⁸ Ende der 1970er bis Anfang der 1980er hatte Papst *Johannes Paul II.* zwischen Chile und Argentinien mediiert, nachdem der zwischen beiden Staaten schwelende Grenzstreit im Beagle Kanal kurz vor einer militärischen Konfrontation gestanden hatte.⁴⁵⁹ Nachdem das päpstliche Mediationsangebot 1978 den Kriegsausbruch verhindert hatte, konnte er mit der endgültigen Beilegung des Konflikts 1984 einen weiteren Erfolg verbuchen. Auch wenn die zwischenzeitliche Missachtung eines päpstlichen Lösungsvorschlags 1980/1981 die

456 *Albert Leser*, *Vermittlung und Intervention*, Gotha 1917, S. 66 (Hervorhebungen im Original).

457 Einen fließenden Übergang von Guten Diensten zur Mediation sehend *Paul Pradier-Fodéré*, *Cours de droit diplomatique à l'usage des agents politiques du ministère des affaires étrangères des états européens et américains [accompagné de pièces et documents proposés comme exemples des offices divers qui sont du ressort de la diplomatie]*, Bd. II, Paris 1881, S. 446; *Nicolas Politis*, *L'avenir de la médiation*, *Revue générale de droit international public* 12 (1919), 136, 149; *Paul Fauchille*, *Traité de droit international public*, Bd. 1.3, 8. Aufl., Paris 1926, S. 519; *Guillermo R. Moncayo*, *La médiation pontificale dans l'affaire du canal Beagle*, *RdC* 242 (1993), 197, 219.

458 *Guillermo R. Moncayo*, *La médiation pontificale dans l'affaire du canal Beagle*, *RdC* 242 (1993), 197, 284; zur Einbettung in die katholische Friedensethik *Christian J Tams*, *World Peace through International Adjudication?*, in: Justenhoven u. a. (Hrsg.), *Peace Through Law*, Baden-Baden 2016, S. 215, 222 f.

459 *Guillermo R. Moncayo*, *La médiation pontificale dans l'affaire du canal Beagle*, *RdC* 242 (1993), 197, 347 ff.

Grenzen päpstlicher Autorität verdeutlicht⁴⁶⁰ – und damit des Konzepts der Autorität generell – wurde hinsichtlich der Frage nach dem Grund für die Verhinderung des Kriegeausbruchs häufig Antworten gegeben wie „*because it was the Pope*“ oder „*no Catholic can ignore the Pope*“.⁴⁶¹

Die Autorität des Papstes, genau wie jene anderer religiöser oder spiritueller Symbolfiguren ist dabei vielfach eine Autorität kraft Amtes und damit der Mediation durch Staatsoberhäupter nicht unähnlich. Zugleich verfügen diese Personen regelmäßig auch über Autorität, die sich aus ihnen selbst speist. Diese Form der Autoritätsperson in der Rolle der Mediator*in kann letztlich stets losgelöst von anderen Funktionen oder Ämtern auftreten.⁴⁶² Beispielhaft kann hier etwa auf die Schilderung des US Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Mediators *Cyrus Ching* verwiesen werden⁴⁶³ oder auf den IGAD Hauptmediator im Fall des Sudans, *Lazaro Sumbeiywo*, der wie folgt beschrieben wurde:

*„Sumbeiywo’s unflinching self-confidence, his military manner, his handsome height and his high, proud cheek bones make him quite an intimidating figure; something exacerbated by him not being a man impressed by rank.“*⁴⁶⁴

Neben einer Autorität, die in einem bestimmten Amt, der Vertretung eines bestimmten Staates oder einer bestimmten persönlichen Eigenschaft begründet liegt, wird vielfach auf eine Autorität der Mediator*in verwiesen, die direkt mit dem Mediationsverfahren in Verbindung steht. Auf abstrakter Ebene verfügen Staaten wie Schweden oder Norwegen über Autorität, weil sie einen gewissen Erfahrungsschatz im Bereich der Mediation

460 Vgl. *Thomas Princen*, *Mediation by a Transnational Organization: the Case of the Vatican*, in: *Bercovitch u. a. (Hrsg.), Mediation in International Relations: Multiple Approaches to Conflict Management*, New York 1992, S. 149, 155 f.

461 *Thomas Princen*, *Mediation by a Transnational Organization: the Case of the Vatican*, in: *Bercovitch u. a. (Hrsg.), Mediation in International Relations: Multiple Approaches to Conflict Management*, New York 1992, S. 149, 157.

462 *Ani Yeghiazaryan*, *Vermittlung als ein Mittel zur Streitbeilegung im Völkerrecht*, Kiel 2018, S. 166; *Olaf Claus*, *Deutschland als Akteur in der Internationalen Friedensmediation*, Frankfurt 2017, S. 29.

463 *Stuart Chase, Marian Tyler Chase*, *Roads to agreement: successful methods in the science of human relations*, New York 1951, S. 160 ff.; siehe hierzu C.I.3.

464 *Harriet Martin*, *Kings of Peace, Pawns of War: the untold story of peace-making*, London 2006, S. 138.

mitbringen. Ähnlich verhält es sich mit bestimmten Individuen,⁴⁶⁵ wobei sich an dieser Stelle oft Überschneidungen mit einer natürlichen Autorität ergeben. Ihre Autorität beruht auf einer gewissen Wahrnehmung ihrer Fähigkeiten. Im konkreten Mediationsverfahren leitet sich die Autorität der Mediator*in aus eben dieser Rolle und der Art und Weise, in der sie ausgefüllt wird, ab. Zum Teil geht es dabei darum, welches Bild die Mediator*in von sich und ihrer Funktion in der Bearbeitung des Konflikts vermittelt.⁴⁶⁶ Schon früh wird in der Übertragung aus dem arbeitsrechtlichen auf den internationalen Mediationskontext von Respekt gesprochen.⁴⁶⁷ *Stephan Breidenbach* identifiziert neben Persönlichkeit und Selbstdarstellung noch die Neutralität der Mediator*in als zentrale Autoritätsressource der Mediator*in.⁴⁶⁸ *Victor Umbricht* formuliert diesen Umstand überzeugend, wenn auch rein verfahrensbezogen:

*„It is in the self-interest of the Mediator to make confidence-building his first task since his effectiveness depends largely on the parties' trust in his loyalty and impartiality. Without such trust he would not be able to exercise his authority when the occasion demands, declaring fact-finding at an end, for example, or bringing the discussion back on course if side issues threaten to divert it.“*⁴⁶⁹

All die dargestellten Aspekte und Ursprünge der Autorität der Mediator*in stellen einen Erklärungsversuch für die Relevanz der durch die Mediator*in unterbreiteten Lösungsvorschläge dar. Ihre Chance auf Befolgung beruht weniger darauf, dass die Qualität ihres Inhalts anerkannt wird,

465 *Quixada Moore-Vissing, Yvonne Vissing*, Eminent Person Mediation, in: Young (Hrsg.), *The Oxford international encyclopedia of peace*, Bd. II, Oxford 2010, S. 51, 52.

466 Aus dem arbeitsrechtlichen Kontext kommend *Deborah M. Kolb*, To Be a Mediator: Expressive Tactics in Mediation, *Journal of Social Issues* 41 (1985), 11, 23 f.

467 *Carl Christian Schmidt*, Mediation in Sweden, in: Jackson (Hrsg.), *Meeting of Minds*, New York 1952, S. 39, 50.

468 *Stephan Breidenbach*, *Mediation*, Köln 1995, S. 145; zu biased Mediation grundlegend jedoch schon *Saadia Touval*, Biased intermediaries: theoretical and historical considerations, *Jerusalem Journal of International Relations* 1 (1975), 51–69; siehe auch *Isak Svensson*, Research on Bias in Mediation: Policy Implications, *Penn State Journal of Law and International Affairs* 2 (2013), 17–26.

469 *Victor H. Umbricht*, Principles of international mediation: the case of the East African Community, *RdC* 187 (1984), 307, 377; ähnlich schon *Nicolas Politis*, L'avenir de la médiation, *Revue générale de droit international public* 12 (1919), 136, 149 („Se conseils ne peuvent avoir qu'une autorité morale déterminée par la confiance qu'il inspire aux parties“).

als darauf, wer ihn unterbreitet. Für die Darlegung des Legitimationsbedarfs propositorischer Mediation stellt sich das Konzept der Autorität zweischneidig dar. Zum einen vermag es zu erklären, wie ein Verfahren, dass konstant vom freiwilligen Mitwirken der Konfliktparteien abhängig ist, trotzdem eine legitimationsbedürftige Freiheitsverkürzung durch die Mediator*in beinhaltet. *Georg Simmerl* und *Michael Zürn* formulieren diesen von ihnen als Paradox beschriebenen Umstand für die Autorität als die „Gleichzeitigkeit von Freiwilligkeit und Abhängigkeit“, in welcher „der freie Wille der sich Unterordnenden [...] zugleich faktisch unter dem Einfluss der Autorität steht.“⁴⁷⁰

Auf der anderen Seite ist der Vorschlag der Mediator*in gerade kein Befehl im Sinne der weber'schen Definition. Dieses begriffliche Spannungsfeld tritt insbesondere im Englischen zutage, wenn Teil der Mediationsdefinition bei *Christopher Moore* das Fehlen einer „authoritative decision-making power“ ist.⁴⁷¹ Dieses Fehlen einer verbindlichen Entscheidungsbefugnis wird jedoch im Rahmen der Adaption des Autoritätsbegriff auf der Ebene der Internationalen Beziehungen und des Völkerrechts adäquat berücksichtigt.

a) Internationale Öffentliche Gewalt / International Public Authority

Insbesondere das Konzept der International Public Authority, welches auf deutsch mit Internationaler Öffentlicher Gewalt beschrieben wird, scheint sich auf den ersten Blick gut zur Überbrückung einer fehlenden Letztentscheidungsbefugnis zu eignen.⁴⁷² *Matthias Goldmann* charakterisiert etwa die Berichte und Empfehlungen der OECD im Rahmen der sog. PISA Studie als Akt Internationaler Öffentlicher Gewalt, also Ausübung von Authority oder eben Autorität.⁴⁷³ Auch die gemeinsame Arbeit von *Armin von Bogdandy* und *Ingo Venzke* beschreibt den Einfluss, den internationale Gerichte im weiteren Sinne außerhalb der konkreten Gerichtsentscheidung

470 *Georg Simmerl, Michael Zürn*, Internationale Autorität – Zwei Perspektiven, Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1 (2016), 38, 41.

471 *Christopher W Moore*, The mediation process, San Francisco [u.a.] 1986, S. 14.

472 *Armin von Bogdandy, Ingo Venzke, Matthias Goldmann*, From Public International to International Public Law, EJIL 28 (2017), 115, 143 („Authority in this sense emerges when a broader social belief holds that B should do x because A said so.“).

473 *Matthias Goldmann*, Internationale öffentliche Gewalt, Heidelberg [u.a.] 2015, S. 7.

haben, als Autorität im Sinne dieses Konzepts.⁴⁷⁴ Während sich dieser Ansatz dafür eignet zu erklären, wieso für das Vorliegen legitimationsbedürftiger Autorität nicht zwingend ein Befehl erforderlich ist, vermag er die Mediation jedoch nicht konzeptuell zu erfassen. Hierfür liegen vor allem zwei Gründe vor. Während sich der erste stärker auf die Handlung, also den Akt Internationaler Öffentlicher Gewalt bezieht, findet sich der zweite bei den Akteuren, auf die dieses Konzept zugeschnitten ist.

Der Akt Internationaler Öffentlicher Gewalt wird definiert als „Handlung, wodurch ein Akteur mit dem Anspruch, im öffentlichen Interesse zu handeln, auf ein Kollektiv oder einzelne Individuen einwirkt und diese in ihrer Selbstbestimmung beeinträchtigt“.⁴⁷⁵

Diese Abwandlung des innerstaatlichen Akts öffentlicher Gewalt⁴⁷⁶ fragt zwar nicht nach einer Ermächtigungsgrundlage, setzt aber doch voraus, dass der Anspruch, im öffentlichen Interesse zu handeln, sich aus einer Rechtsnorm ableiten lässt, und anhand dieser wenn nicht überprüft, dann doch infrage gestellt werden kann.⁴⁷⁷ Anschaulich wird dies im Abgleich zu NGOs wie Greenpeace oder Transparency International verdeutlicht, die zwar von ihren Mitgliedern mandatiert werden, die sich jedoch in ihrem Anspruch im öffentlichen Interesse tätig zu sein, nicht primär auf dieses Mandat beziehen, sondern vielmehr beanspruchen, für eine deutlich darüber hinaus gehende Öffentlichkeit zu handeln.⁴⁷⁸ Mit dem Hohen Kommissar für Nationale Minderheiten der OSZE und den OECD National Action Points finden sich auch zwei Akteure, die in diesem Sinne sowohl als Mediator*innen, wie auch als Internationale Öffentliche

474 Armin von Bogdandy, Ingo Venzke, In wessen Namen?, Berlin 2014, S. 150 ff.

475 Matthias Goldmann, Internationale öffentliche Gewalt, Heidelberg [u.a.] 2015, S. 7, 319.

476 Armin von Bogdandy, Philipp Dann, Matthias Goldmann, Völkerrecht als öffentliches Recht, Der Staat 49 (2010), 23, 29 f.; Armin von Bogdandy, Ingo Venzke, Matthias Goldmann, From Public International to International Public Law, EJIL 28 (2017), 115, 139 f.; die Grenzen der Parallelität beider Begriffe aufzeigend Matthias Goldmann, Internationale öffentliche Gewalt, Heidelberg [u.a.] 2015, S. 327 f.

477 Armin von Bogdandy, Philipp Dann, Matthias Goldmann, Völkerrecht als öffentliches Recht, Der Staat 49 (2010), 23, 48; Armin von Bogdandy, Ingo Venzke, Matthias Goldmann, From Public International to International Public Law, EJIL 28 (2017), 115, 137 f.

478 Armin von Bogdandy, Ingo Venzke, Matthias Goldmann, From Public International to International Public Law, EJIL 28 (2017), 115, 138.

Gewalt beschrieben werden.⁴⁷⁹ Gerade hieran verdeutlicht sich jedoch der Unterschied zur Friedensmediation. Der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten bezieht sich auf ein sehr allgemein gehaltenes Mandat der OSZE-Staaten.⁴⁸⁰ Die Öffentlichkeit, auf die er verweist, sind die OSZE Staaten und ihre Bevölkerung. Zum Teil liegen seinen Berichten und Empfehlungen mediative Verfahren vor Ort zugrunde.⁴⁸¹ Durch diese Berichte und Empfehlungen schafft er faktisch rechtliche Mindeststandards, die sich räumlich auf die OSZE-Staaten begrenzen und inhaltlich auf den Minderheitenschutz.⁴⁸² Beides knüpft an das Mandat an.

Die OECD National Contact Points beziehen ihr Mandat aus den OECD Guidelines on Multinational Enterprises.⁴⁸³ Die sich den Guidelines verpflichtenden Staaten sowie ihre Bevölkerung und in ihnen agierende Unternehmen stellen dabei die entsprechende Öffentlichkeit dar. Die von den Staaten einzurichtenden National Action Points sind mandatiert, der Guideline zur Durchsetzung zu verhelfen, indem sie mediative

-
- 479 *Anuscheh Farahat*, Regulating minority issues through standard-setting and mediation: the case of the High Commissioner on National Minorities, in: Bogdandy u. a. (Hrsg.), *The exercise of public authority*, Heidelberg [u.a.] 2010, S. 343, 367, 373; *Gefion Schuler*, Effective governance through decentralized soft implementation: the OECD guidelines for multinational enterprises, in: Bogdandy u. a. (Hrsg.), *The exercise of public authority*, Heidelberg [u.a.] 2010, S. 197, 200; *Armin von Bogdandy, Philipp Dann, Matthias Goldmann*, Völkerrecht als öffentliches Recht, *Der Staat* 49 (2010), 23, 46, 47 Fn. 87; engl. Fassung *Armin von Bogdandy/ Philipp Dann u. a.*, Developing the Publicness of Public Intl. Law, in: von Bogdandy u. a. (Hrsg.), *The exercise of public authority*, Berlin, Heidelberg 2010, S. 3, 28, 29 Fn. 86.
- 480 *Anuscheh Farahat*, Regulating minority issues through standard-setting and mediation: the case of the High Commissioner on National Minorities, in: Bogdandy u. a. (Hrsg.), *The exercise of public authority*, Heidelberg [u.a.] 2010, S. 343, 349.
- 481 *Anuscheh Farahat*, Regulating minority issues through standard-setting and mediation: the case of the High Commissioner on National Minorities, in: Bogdandy u. a. (Hrsg.), *The exercise of public authority*, Heidelberg [u.a.] 2010, S. 343, 258.
- 482 *Anuscheh Farahat*, Regulating minority issues through standard-setting and mediation: the case of the High Commissioner on National Minorities, in: Bogdandy u. a. (Hrsg.), *The exercise of public authority*, Heidelberg [u.a.] 2010, S. 343, 363 f.
- 483 *Juan Carlos Ochoa Sanchez*, The roles and powers of the OECD national contact points regarding complaints on an alleged breach of the OECD guidelines for multinational enterprises by a transnational corporation, *Nordic Journal of International Law* 84 (2015), 89, 90 f.

Verfahren im Fall des Vorwurfs von Verstößen gegen die Guideline durchführen.⁴⁸⁴

Während folglich der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten qua Mandat für den Minderheitenschutz im Bereich der OSZE Staaten zuständig ist und die National Action Points für die Effektuierung der OSCE Guideline on Multinational Enterprises, verfügen die vielen unterschiedlichen Akteure in der Friedensmediation nicht über ein vergleichbares abstrakt-generelles Mandat, welches sie in ähnlicher Weise für einen Regelungsgegenstand zuständig macht und für dessen Erfüllung sie sich der Mediation bedienen.

Zwar werden die mediiierenden Akteure mandatiert, jedoch in sehr unterschiedlicher Weise. Zum einen erhalten sie ein Mandat durch die Konfliktparteien.⁴⁸⁵ Dieses ermöglicht es ihnen, mediiierend tätig zu werden. Zudem verfügen Mediator*innen, sofern sie von einem Akteur entsandt werden, von diesem ebenfalls über ein Mandat, welches ihren Handlungsspielraum bestimmt.⁴⁸⁶ In Bezug auf beides handelt die Mediator*in nicht im Namen einer abstrakten Öffentlichkeit, sondern einerseits konkret für die Konfliktparteien und andererseits konkret für den ihn entsendenden Akteur. Während der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten und die National Action Points per se zuständig sind, werden Mediator*innen ad hoc zuständig gemacht.

Auf Akteursebene fokussiert die Internationale Öffentliche Gewalt vor allem trans- und internationale Institutionen. War *Webers* Vorstellung von Autorität auf den Staat bezogen, stellt die Internationale Öffentliche Gewalt Teil des Versuchs dar, die Kompetenzverschiebung von der staatlichen auf die überstaatliche Ebene zu erfassen.⁴⁸⁷ Die Kompetenz verschiebt sich dabei konzeptuell stets auf eine wie auch immer geartete Institution,⁴⁸⁸ wie etwa den WTO Dispute Settlement Body,⁴⁸⁹ die

484 *Juan Carlos Ochoa Sanchez*, The roles and powers of the OECD national contact points regarding complaints on an alleged breach of the OECD guidelines for multinational enterprises by a transnational corporation, *Nordic Journal of International Law* 84 (2015), 89, 111.

485 *Laurie Nathan*, The Mandate Effect, *Peace & Change* 43 (2018), 318, 330.

486 *Laurie Nathan*, The Mandate Effect, *Peace & Change* 43 (2018), 318, 327 ff.

487 Zur Kompetenzverschiebung *Jürgen Habermas*, Konstitutionalisierung des Völkerrechts und die Legitimationsprobleme einer verfassten Weltgesellschaft, in: *Brugger u. a. (Hrsg.), Rechtsphilosophie im 21. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2008, S. 360, 361.

488 *Armin von Bogdandy, Philipp Dann, Matthias Goldmann*, Völkerrecht als öffentliches Recht, *Der Staat* 49 (2010), 23, 25, 34 f.

489 *Armin von Bogdandy, Ingo Venzke*, In wessen Namen?, Berlin 2014, S. 161.

OECD⁴⁹⁰ oder die OSZE.⁴⁹¹ Damit einher geht die Annahme, dass sich mit dem Schritt auf die Ebene jenseits des Staates auch die Handlungsformen globalen Regierens ändern.⁴⁹² Insoweit bleiben beide Punkte, die eine Abgrenzung zur Friedensmediation erfordern, miteinander verschränkt. Mediation stellt vordergründig keine derartige Kompetenzverlagerung dar. Die Vermittlung zwischen Akteuren auf der Internationalen Ebene stellt weder eine Reaktion auf ein Globalisierungsphänomen dar, noch ist sie notwendigerweise Ausdruck des Wandels vom Koexistenz- hin zum Kooperationsvölkerrecht.⁴⁹³ Anders als die Unternehmensregulierung der OECD Guidelines oder der Minderheitenschutz der OSZE, war sie nie innerstaatlich. Friedensmediation ist eine internationale Antwort auf ein per se internationales Phänomen. Selbst dort, wo es sich um Mediation in einem innerstaatlichen Konflikt handelt, ist diese zwar Ausdruck eines gewandelten Souveränitätsverständnisses,⁴⁹⁴ die Mediation in einem solchen Konflikt war jedoch zu keinem Zeitpunkt Aufgabe des Staates, insbesondere, da dieser in der Regel selbst Konfliktpartei war.

Hierin liegt die Differenz zwischen Friedensmediation und Phänomenen wie Internationaler Öffentlicher Gewalt begründet. Ähnlich verhält es sich mit dem von Zürn und Simmerl vertretenen Ansatz, der hinsichtlich Autorität auf der Ebene jenseits des Staates konstatiert:

„Wenn die Autonomie sich zu unterwerfen keine Einzelfallentscheidung mehr ist, sondern verstetigt und in Kompetenzen für Institutionen und Organe übersetzt wird, dann bedarf sie der Legitimation.“⁴⁹⁵

In der Konsequenz bestünde demnach entgegen der hier vertretenen Ansicht keine legitimationsbedürftige Autorität, weil die Mediator*in keine verstetigte Institution ist. Dabei bliebe jedoch offen, wie sich Mediation einordnen lässt, die durch Staaten, Individuen oder NGOs betrieben wird.

490 Armin von Bogdandy, Ingo Venzke, Matthias Goldmann, From Public International to International Public Law, EJIL 28 (2017), 115, 143 ff.

491 Armin von Bogdandy, Philipp Dann u. a., Developing the Publicness of Public Intl. Law, in: von Bogdandy u. a. (Hrsg.), The exercise of public authority, Berlin 2010, S. 3, 26.

492 Matthias Goldmann, Internationale öffentliche Gewalt, Heidelberg [u.a.] 2015, S. 6.

493 Zu diesem Wandel siehe Wolfgang Friedmann, The changing structure of international law, London 1964, S. 123 ff.

494 Christian Tomuschat, Article 2 (3), in: Simma u. a. (Hrsg.), The Charter of the United Nations: A Commentary, Bd. I, Oxford [u.a.] 2012, S. 181, 193 f.

495 Georg Simmerl, Michael Zürn, Internationale Autorität – Zwei Perspektiven, Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1 (2016), 38, 60.

Kern der legitimationsbedürftigen Autorität der propositorischen Mediator*in ist nicht ihre Institutionalisierung, wie etwa im Bereich der ICSID Schiedsverfahren.⁴⁹⁶ Vielmehr geht es um einen Autoritätsbegriff, der in der Lage ist zu erklären, wieso in einem Konflikt zwischen Staat A und B, der Vorschlag des mediiierenden Staates X umgesetzt wird. Wie lässt sich der Umstand bezeichnen, dass zwei formal gleichberechtigte Akteure den Vorschlag eines dritten formal gleichberechtigten Akteurs annehmen, ohne dass dieser sie dazu unmittelbar zwingt oder Anreize schafft? In dem Moment, in welchem die Konfliktparteien einen oder mehrere Mediator*innen mandatieren, tun sie dies noch nicht, weil der Vorschlag sie überzeugt, sondern vielmehr in der Erwartung eines Vorschlags der Mediator*in, der den Konflikt mit einer höheren Wahrscheinlichkeit beilegen wird, als wenn die Parteien bilateral verhandeln. Dieses Potential wird nicht durch die Mandatierung geschaffen, sondern lediglich dadurch aktualisiert. Die so beschriebene Einflussmöglichkeit ist somit weniger institutionalisiert oder akteursgebunden. Vielmehr ist sie dezentral und situationsspezifisch. Folgt man *Nico Krisch*, so lässt sich dieses Phänomen durchaus als legitimationsbedürftige Autorität beschreiben. Er verwendet hierfür den Begriff der liquid authority.⁴⁹⁷

b) Liquid Authority

Liquid Authority bezieht sich auf einen Autoritätsbegriff, der auf Anerkennung („recognition“) und Fügsamkeit bzw. Unterordnung („deference“) beruht.⁴⁹⁸ Nicht mehr erforderlich ist dagegen ein Befehl oder eine verdichtete und verstetigte Institutionalisierung von Autorität. Anstelle einer solchen festen („solid“) Autorität genügen informelle, changierende und dezentrale Steuerungsmechanismen. Diese Adaption des Autoritätsbegriffs kann auch als Aufweichung verstanden werden. In gewisser Weise tritt zwischen die Anerkennung als Voraussetzung und die Fügsamkeit als Ergebnis der Autorität in diesem Modell eine begriffliche Black-Box, die

496 Armin von Bogdandy, Ingo Venzke, In wessen Namen?, Berlin 2014, S. 122 ff.

497 Nico Krisch, Authority, solid and liquid, in postnational governance, in: Cotterrell u. a. (Hrsg.), Authority in Transnational Legal Theory, Cheltenham [u.a.] 2016, S. 25, 26; Nico Krisch, Liquid authority in global governance, International Theory 9 (2017), 237, 238.

498 Nico Krisch, Authority, solid and liquid, in postnational governance, in: Cotterrell u. a. (Hrsg.), Authority in Transnational Legal Theory, Cheltenham [u.a.] 2016, S. 25, 37 f.

offen lässt, was es abseits der Anerkennung ist, das konkret zur Unterordnung führt. Letztlich ist dieser Umstand jedoch der Vielfalt möglicher Steuerungsmechanismen geschuldet. Der Ansatz *Robert Nyes* von „soft power“ in der Mediation lässt sich, auch wenn dieser nicht aus dem Umfeld dieser Theoriebildung kommt, als Form der auf Anerkennung beruhenden Fügsamkeit verstehen. Er definiert diese pointiert als „*getting others to want the same outcomes you want*“, ⁴⁹⁹ womit er an das widersprüchliche Verhältnis von Autonomie und Unterwerfung im Rahmen der Autorität anknüpft. Interessant ist dabei, dass die von *Nye* beschriebene Autorität auf Attraktivität beruht. Demnach zwingen oder überzeugen die Akteure – zumeist Staaten – nicht, sondern verleihen ihren Vorschlägen dadurch Autorität, dass ihre nach außen getragene Identität, ihr Image, den Wunsch nach Befolgung und Nachahmung erzeugt. ⁵⁰⁰

Für die propositorische Mediation eignet sich ein fluider Autoritätsbegriff, weil er in der Lage ist, sichtbar zu machen, dass die in der Mediation gemachten Vorschläge ihre Kraft aus einer vorangegangenen Anerkennung der Mediator*in ziehen. Auch wenn eine Vielzahl dieser Vorschläge abgelehnt wird, lassen sich die Konfliktparteien doch auf die Mediation in der Erwartung ein, einen befolgungswürdigen Lösungsvorschlag zu erhalten. Dabei sind Anerkennung und Mandatierung nicht identisch. Die Anerkennung des Papstes als Autorität – auch für die friedliche Streitbeilegung – beruht auf einer sozialen Praxis, die seiner Mandatierung vorausgeht. Auch in deutlich bürokratischeren Umfeldern lassen sich vergleichbare Aspekte finden. So steigt die Einigungsrate in Mediationen, je höher der Rang der mediiierenden UN-Mitarbeiter*in innerhalb der Vereinten Nationen ist. ⁵⁰¹ Da sowohl niederrangige, als auch höherrangige Mediator*innen mandatiert sind, leitet sich ihre Autorität, im Sinne der Fähigkeit Fügsamkeit zu erreichen, aus ihrer davorliegenden Anerkennung im

499 *Joseph S. Nye Jr.*, The place of soft power in state-based conflict management, in: Crocker u. a. (Hrsg.), *Leashing the dogs of war*, Washington, D.C. 2007, S. 389, 391; *Joseph S. Nye Jr.*, Public Diplomacy and Soft Power, *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 616 (2008), 94, 103.

500 *Joseph S. Nye Jr.*, The place of soft power in state-based conflict management, in: Crocker u. a. (Hrsg.), *Leashing the dogs of war*, Washington, D.C. 2007, S. 389, 390 f.; *Joseph S. Nye Jr.*, Public Diplomacy and Soft Power, *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 616 (2008), 94–109.

501 *Judith Fretter*, International Organizations and Conflict Management: The United Nations and the Mediation of International Conflicts, in: *Bercovitch* (Hrsg.), *Studies in international mediation: essays in honour of Jeffrey Z. Rubin*, Basingstoke [u.a.] 2002, S. 98, 117.

Rahmen einer sozialen Praxis ab. Auch dort, wo die Mediator*in nicht aufgrund ihrer politischen Autorität mandatiert wird, sondern aufgrund ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten, kann diese als theoretische Autorität bezeichnete Eigenschaft im Rahmen der liquid authority erfasst werden.⁵⁰² Denn auch in diesen Fällen beruht die Fügsamkeitsbereitschaft nicht allein auf einer in Bezug auf den Vorschlag erbrachten Überzeugungsleistung. Bereits der Umstand, dass es sich um den Vorschlag einer als Expert*in wahrgenommenen Mediator*in handelt, erhöht die Fügsamkeitsbereitschaft.⁵⁰³ Ist man bereit, Autorität nicht allein als das Befolgen von Befehlen zu verstehen, sondern auch eine graduelle Abschichtung zuzulassen, liegt in diesem Verzicht auf ein überzeugendes Argument der Legitimationsbedarf propositorischer Friedensmediation begründet. Der Umstand, dass die Mediator*in statt auf Argumente, auf sich selbst und ihre sozial anerkannte Stellung verweisen kann, liegt dem zugrunde.

Einer solchen Einordnung propositorischer Mediation als einer Form der Autoritätsausübung, kann indes ein als natürlich oder intuitiv verstandener, klassischer „fester“ Autoritätsbegriff entgegengehalten werden.

„In choosing ways to manage their interpersonal relationships, people frequently exercise choices between submitting to an authority (such as a hierarchical dispute resolution process), or merely seeking advice and assistance (through independent mediation). Those choices may be made for any number of reasons, but they reflect participants’ understandings that there is a difference between an obligation and a recommendation.“⁵⁰⁴

Dieses Verständnis ist jedoch zu binär, da es nur die Unterscheidung zwischen allem, also fester Autorität, oder nichts zulässt. Dabei lässt sich gerade der Verweis auf die intuitive Unterscheidungsfähigkeit gegen diese Aussage wenden, indem sie den Rückgriff auf das intuitive Verständnis verschiedener Staaten von propositorischer Mediation ermöglicht. Ungeachtet ihrer fehlenden institutionellen Verfestigung wird Mediation dabei als Autoritätsausübung identifiziert. *Heinrich Lammasch*, der Teil der öster-

502 Nico Krisch, Authority, solid and liquid, in postnational governance, in: Cotterrell u. a. (Hrsg.), Authority in Transnational Legal Theory, Cheltenham [u.a.] 2016, S. 25, 37.

503 Siniša Vuković, Soft Power, Bias and Manipulation of International Organizations in International Mediation, International Negotiation 20 (2015), 414, 426 f.

504 Nicole Roughan, From authority to authorities: bridging the social/normative divide, in: Cotterrell u. a. (Hrsg.), Authority in Transnational Legal Theory, Cheltenham [u.a.] 2016, S. 280, 287.

reich-ungarischen Delegation beider Haager Friedenskonferenzen war,⁵⁰⁵ berichtet:

„Obwohl Mediation nur die Bedeutung eines Rates hat, kann es vorkommen, dass ein Rat dieser Art in solchen Formen und unter solchen begleitenden Umständen erteilt wird, [dass] er einer Drohung ähnlich wirkt, somit, wenn er nicht verlangt war eine Intervention darstellt. Daher sind insbesondere die schwächeren Staaten auf der ersten Haager Konferenz der Mediation mit weit weniger Vertrauen entgegengekommen als dem Schiedsspruch, obwohl formell genommen, die Autorität des letzteren eine bedeutend stärkere ist und obwohl die Mediation die Empfindlichkeiten der Staaten weit mehr schont als der Schiedsspruch. Die Geschichte kennt, insbesondere aus früherer Zeit, manchen [Missbrauch] der Mediation, aber keinen [Missbrauch], wenn auch vereinzelte Fehler, von Schiedssprüchen.“⁵⁰⁶

Lammaschs Aussagen zur geringen Missbrauchsanfälligkeit von Schiedsgerichten sind zwar spätestens seit den posthum durch *Severo Mallet-Prevost* erhobenen Vorwürfen gegen den Schiedsspruch von 1899 im Grenzstreit zwischen Venezuela und der damaligen britischen Kolonie Guyana⁵⁰⁷ und der daran anschließenden, bis heute fortdauernden Kontroverse⁵⁰⁸ nicht mehr haltbar. Zugleich wird *Lammaschs* These zur lediglich vermeintlichen Souveränitätsschonung durch Mediation auch durch diesen Fall gestützt. Hatte doch Großbritannien, welches sich zuerst sowohl gegen das Angebot einer Mediation durch die USA, wie auch gegen die Möglichkeit eines Schiedsgerichts gewandt hatte, nach einigem Druck durch die USA

505 *Alfred Verdross*, *Heinrich Lammasch (1853–1920): Festvortrag*, Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht 17 (1967), 214, 216.

506 *Heinrich Lammasch*, *Die Lehre von der Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfange*, Stuttgart 1914, S. 13.

507 *Otto Schoenrich*, *The Venezuela-British Guiana Boundary Dispute*, AJIL 43 (1949), 523–530.

508 *Clifton J. Child*, *The Venezuela-British Guiana Boundary Arbitration of 1899*, AJIL 44 (1950), 682–693; *William Cullen Dennis*, *The Venezuela-British Guiana Boundary Arbitration of 1899*, AJIL 44 (1950), 720–727; *Issam Azzam*, *The Venezuela-Guyana Boundary*, Nederlands Tijdschrift voor Internationaal Recht 15 (1968), 259–265; *Cedric L. Joseph*, *The Venezuela-Guyana Boundary Arbitration of 1899: An Appraisal: Part I*, Caribbean Studies 10 (1970), 56–89; *Federica Paddeu*, *Brendan Plant*, *The Dispute between Guyana and Venezuela over the Essequibo Region*, EJIL: Talk! 11. April 2018.

dem Schiedsgericht und nicht der – vermeintlich schonenderen – Mediation zugestimmt.⁵⁰⁹

Ebenso finden sich in der Gegenwart derartige intuitive Einordnungen der Mediation als einer Form der Autoritätsausübung, die auch die Souveränität größerer Staaten betreffen kann. Indien etwa spricht sich mit Verweis auf Souveränität und Unabhängigkeit strikt gegen eine Mediation im Kaschmir-Konflikt mit Pakistan aus. Insoweit scheint zumindest aus Sicht von Staaten mit einer (post-)kolonialen Vergangenheit, Mediation keineswegs in Gänze souveränitätsschonend zu sein, sondern durchaus eine legitimationsbedürftige Autoritätspraxis.⁵¹⁰

3. Der fasziilitative Mediationsprozess als Bezugspunkt von Legitimität

Der fasziilitative Mediationsstil unterscheidet sich, wie bereits beschrieben, deutlich von den zuvor behandelten beiden Stilen der Power Mediation und der klassischen Mediation. Während in diesen der Mediator*in inhaltlicher Einfluss zugesprochen wird und insofern Legitimationsbedarf entsteht, stellt sich der fasziilitative Ansatz als das zur Verfügung stellen einer reinen Verfahrensdienstleistung dar, die kein höheres Maß an Legitimation bedarf als das Vermieten eines Konferenzraums oder das Catering für die Mediation.

Fasziilitative Mediation bedeutet, dass die Konfliktparteien die inhaltliche Lösung selbst leisten und der Mediator lediglich das Verfahren strukturiert. Die Beteiligung der Mediator*in rangiert dabei zwischen an einer Moderation grenzenden Tätigkeit und einer aktiven Gestaltung und Leitung des Verfahrens, ohne aber Einfluss auf den Verfahrensgegenstand zu nehmen.⁵¹¹ Geht man bei klassischer Mediation davon aus, dass die

509 Otto Schoenrich, The Venezuela-British Guiana Boundary Dispute, AJIL 43 (1949), 523, 523.

510 Bidisha Biswas, Just Say No: Explaining the Lack of International Mediation in Kashmir, International Negotiation 22 (2017), 499, 512 ff.

511 Von passiver und aktiver Mediation sprechend Leo Montada, Elisabeth Kals, Mediation: psychologische Grundlagen und Perspektiven, 3. Aufl., Weinheim 2013, S. 70; Stefan Kracht, Rolle und Aufgabe des Mediators, in: Haft u. a. (Hrsg.), Handbuch Mediation, München 2016, S. 301, 320 f.; unter Berücksichtigung des Mandats bereits Sanda Kaufman, George T Duncan, The Role of Mandates in Third Party Intervention, Negotiation Journal 4 (1988), 403, 407. Insbesondere im internationalen Kontext wird die Aktiv-Passiv-Unterscheidung zur Darstellung des gesamten Spektrums an Mediationsstilen verwendet, vgl.

Mediator*in dort inhaltlichen Einfluss ausüben kann, so impliziert dies letztlich auch, dass die Konfliktparteien sich diesem Einfluss nicht durch den Abbruch der Mediation entziehen.⁵¹² Dagegen ist es Kern des fasziilitativen Ansatzes, dass die Konfliktparteien die Mediation jederzeit beenden können, wie *Lars Kirchhoff* für den internationalen Bereich herausstellt⁵¹³ und wie § 2 Abs. 5 MediationsG für den deutschen innerstaatlichen Kontext festhält.⁵¹⁴

Die Parteien nehmen freiwillig teil und entscheiden inhaltlich selbst. Lediglich die Form des Verfahrens, aus welchem die Parteien jedoch jederzeit aussteigen können, unterliegt dem leitenden Einfluss der Mediator*in. Angesichts dieser Vorstellung vom Ablauf der Mediation scheint auf den ersten Blick keine relevante Freiheitsverkürzung der Parteien ersichtlich zu sein, sodass sich daraus auch kein Legitimationsbedarf abzuleiten scheint.

Nachfolgend wird diesem Eindruck jedoch entgegengetreten, ohne dass dabei in Abrede gestellt werden soll, dass mit der graduell unterschiedlichen Beteiligungsintensität der Mediator*in in den verschiedenen Mediationsstilen auch ein gradueller Unterschied auf Seiten des Legitimationsbedarfs einhergeht.⁵¹⁵ Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich dabei auf die Verantwortung der Mediator*in für das Ergebnis des Verfahrens, auf den Grad der Freiwilligkeit in der Friedensmediation sowie auf den inhaltlichen Einfluss der Mediator*in durch die Ausübung der ihr zugesprochenen Verfahrensherrschaft.

Jacob Bercovitch, Mediation and conflict resolution, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, S. 340, 345.

512 In diesem Sinne auch *Lars Kirchhoff*, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 287 Fn. 11.

513 *Lars Kirchhoff*, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 164, 287.

514 Wobei die freiwillige Entscheidung für die Teilnahme, wenigstens am ersten Termin, z.T. als der fasziilitativen Mediation nicht „wesenseigen“ angesehen wird, vgl. *Gerhard Wagner*, *Horst Eidenmüller*, Begriff und Formen der Mediation, in: Wagner u. a. (Hrsg.), *Mediationsrecht*, Köln 2015, S. 1, 7 m.w.N.

515 Zugleich zeigt das Beispiel der deutschen Mediation im Kosovo, dass innerhalb eines Verfahrens unterschiedliche Stile eingesetzt werden können. Vgl. *Christopher-Leonard Prinz*, Internationale Mediation – Aussichten und Begrenzungen am Beispiel des Kosovo, *Zeitschrift für Konfliktmanagement* 15 (2012), 198, 200.

a) Ergebnisverantwortung

Kirchhoff schreibt, der einzige allgemeingültige Definitionssatz der Mediation sei darauf reduzierbar, dass Mediation einen dyadischen Konflikt in eine triadische Beziehung verwandle.⁵¹⁶ Für diesen Minimalkonsens, der folglich auch für den faszilitative Ansatz gilt, verweist er auf Bercovitch. Dieser ergänzt jedoch den Wandel vom Dyadischen zum Triadischen um eine Erklärung dessen, was dieser Wandel bewirkt:

„By increasing the number of actors from two to three, mediation effects considerable structural changes and creates new focal points for an agreement.“⁵¹⁷

Zartmann knüpft explizit hieran an, wenn er – etwas pointierter – formuliert, Mediation sei eine „activity made necessary by the inability of the conflicting parties to overcome their conflict and produce a joint agreement on their own“.⁵¹⁸ Diese Einordnung, die nach wie vor Bestandteil des definitorischen Minimalkonsenses ist, verdeutlicht die Verantwortung der Mediator*in für das Ergebnis des Verfahrens. Wenn Zartmann und Trouval Mediation an anderer Stelle als „a mode of negotiation in which a third party helps the parties find a solution that they cannot find by themselves“⁵¹⁹ beschreiben, so kommen sie damit der rechtswissenschaftlichen Zurechnungsformel der condition-sine-qua-non⁵²⁰ bereits sehr nahe. An dieser Stelle soll es jedoch weder um eine völkerrechtliche, noch eine strafrechtliche, geschweige denn eine zivilistische Zurechnung gehen und ebenso wenig um Kausalität.⁵²¹ Für die Feststellung des Legitimationsbedarfs ist

516 Lars Kirchhoff, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 231.

517 Jacob Bercovitch, *The Structure and Diversity of Mediation in International Relations*, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *Mediation in International Relations: Multiple Approaches to Conflict Management*, London 1992, S. 1, 4.

518 I. William Zartman, *Conflict resolution and negotiation*, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, S. 322, 325; ähnlich pointiert bereits Carrie Menkel-Meadow, *What will We Do When Adjudication Ends? A Brief History of ADR*, *UCLA Law Review* 44 (1997), 1613, 1620.

519 I. William Zartman, Saadia Touval, *International mediation*, in: Crocker u. a. (Hrsg.), *Leashing the dogs of war*, Washington, D.C. 2007, S. 437, 438.

520 Statt vieler Ingeborg Puppe, *Lob der Conditio-sine-qua-non-Formel*, *Goltdammer's Archiv für Strafrecht* 3 (2010), 551, 551 m.w.N.

521 Für einen Überblick zur juristischen Diskussion Heinz Koriath, *Kausalität und objektive Zurechnung*, Baden-Baden 2007, S. 27 ff.; Manfred Maiwald, *Kausalität*

dies nicht erforderlich. Insofern ist der Begriff der Verantwortung bewusst gewählt. Die Mediator*in verantwortet den Umstand, dass es zu einer konkreten Mediation kommen kann, indem sie sich als Mediator*in zur Verfügung stellt. Mag die inhaltliche Lösung des Konflikts auch noch so sehr „in den Parteien [liegen]“,⁵²² haben die Parteien doch das eigenverantwortliche Finden dieser Lösung gerade nicht ohne die Mediator*in vorgenommen. Dieser Umstand legt zumindest nahe, dass die Mediator*in aus Sicht der Parteien erforderlich war, sei es, weil ihnen bestimmte Fähigkeiten zur bilateralen Beilegung fehlten, sei es, weil die Parteien ein anderweitiges Interesse an einer triadischen Beziehung hatten. Es ist daher schwer vorstellbar, dass die Parteien ohne die Mediator*in zu einem identischen Ergebnis gekommen wären. Hierin liegt die Verantwortung der Mediator*in begründet.

Die Mediationsliteratur tut sich mit der Verantwortung der Mediator*in an dieser Stelle schwer. Sie missversteht Verantwortung vielfach als Zuständigkeit, insbesondere als Zuständigkeit für die „Fairness“ des Ergebnisses.⁵²³ Gerade darum geht es hier jedoch nicht. Gefragt ist nicht danach, ob die Mediator*in etwas tun sollte, sondern ob sie bereits etwas getan hat. Ohne die Idee von der Eigenverantwortlichkeit der Parteien und ohne die Kontroverse um die Verantwortung des Mediators für die „Fairness“ des Mediationsergebnisses müsste weit weniger argumentiert werden, um herauszustellen, was in gewisser Hinsicht offensichtlich ist: Mediation soll einen Mehrwert für die Konfliktparteien darstellen und ist damit zumindest ein Grund dafür, dass das konkrete Ergebnis der Mediation zustande kommt. Nicht ohne Grund schreibt Heidi Ittner: „Der Mediator stellt das ‚Pfund‘ der Mediation dar: erst durch die Person an sich, ihr Wirken und beispielhaftes Agieren entfaltet die Mediation ihre Wirkung.“⁵²⁴ Verdeutlicht

und Strafrecht : Studien zum Verhältnis von Naturwissenschaften und Jurisprudenz, Göttingen 1980; zur Zurechnung im Rahmen des Rechts der Staatenverantwortlichkeit James D. Fry, Attribution of responsibility, in: Nollkaemper u. a. (Hrsg.), Principles of shared responsibility in international law, Cambridge 2014, S. 98, 101 f. m.w.N.

522 Thomas Trenczek, Aufgaben, Funktion und Kompetenzen von Mediatoren, in: Trenczek u. a. (Hrsg.), Mediation und Konfliktmanagement, Baden-Baden 2017, S. 182, 183.

523 Stephan Breidenbach, Mediation, Köln 1995, S. 174 ff.; Roman Köper, Die Rolle des Rechts im Mediationsverfahren, Berlin 2003, S. 89; kritisch Felix Wendenburg, Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation, Tübingen 2013, S. 282, 331.

524 Heidi Ittner, Psychologie der Mediation, in: Haft u. a. (Hrsg.), Handbuch Mediation, München 2016, S. 431, 438.

wird dieser aktive Beitrag auch durch die Rollenbeschreibungen der Mediator*in als „*Process Facilitator and Controller, Communication Facilitator, Formulator of Interests, Facilitator of Cognitive Change, Provider of Creative, Problem-Solving Atmosphere, Information Pool, Formulator and Draftsperson of Agreement*“.⁵²⁵

In dieser Rolle unterscheidet sich die Mediator*in deutlich von anderen, die ebenfalls einen Beitrag dazu leisten, dass eine Mediation stattfinden kann, wie etwa jene, die Räumlichkeiten für die Mediation zur Verfügung stellen. Der scheinbar lediglich verfahrensbezogene Einfluss der Mediator*in lässt sich schlussendlich nicht isolieren und von ihrem inhaltlichen Einfluss trennen. Vielmehr wirken sich die verfahrensbezogenen Handlungen und Entscheidungen der Mediator*in auch auf das Ergebnis aus. *Leo Montada* nennt beispielhaft „[...]die Gewichtung von Themen in der Konfliktanalyse, die Gewichtung von Lösungsoptionen und Begründungen, subtil wertende Darstellungen in den Sitzungsprotokollen.“⁵²⁶

Noch wesentlich deutlicher wird der Einfluss der Mediator*in auf das Ergebnis, soweit von einigen Autor*innen vertreten wird, dass Mediator*innen auch in der fasziilitativen Mediation Lösungsvorschläge unterbreiten können sollen.⁵²⁷ Der Unterschied, der dabei zur klassischen Mediation bleibt, liegt darin, dass sich die Mediator*in nur auf die kreative Lösungsfindungsphase beschränken soll und nicht den Versuch unternehmen darf, die Parteien von ihrem Lösungsvorschlag zu überzeugen.⁵²⁸ Im besten Falle sollten sogar immer mehrere, ggf. sogar konträre, Lösungsvorschläge durch die Mediator*in eingebracht werden.⁵²⁹

Der Umstand, dass sich Mediator*innen abhängig von ihrem methodischen Verständnis in dieser Weise an der Lösungsfindung beteiligen, soll dabei keineswegs als negativ herausgestellt werden. Vielmehr kann gerade hierin Teil des Mehrwerts der Mediation liegen. Doch zugleich verdeutlicht dies, wie eine verfahrensbezogene Hilfestellung, die bewusst den Ver-

525 *Lars Kirchhoff*, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 278 ff.

526 *Leo Montada, Elisabeth Kals*, *Mediation: psychologische Grundlagen und Perspektiven*, 3. Aufl., Weinheim 2013, S. 63.

527 Vgl. *Claas Schüddekopf*, *Zur Nachhaltigkeit einvernehmlicher Konfliktbeilegung: eine empirische Untersuchung von Mediation und Schiedsgerichtsbarkeit*, Berlin 2013, S. 95 ff. m.w.N.

528 *Lars Kirchhoff*, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 246.

529 *Leo Montada, Elisabeth Kals*, *Mediation: psychologische Grundlagen und Perspektiven*, 3. Aufl., Weinheim 2013, S. 68.

such unternimmt, auf eine inhaltliche Einflussnahme zu verzichten, diese schlussendlich doch ausübt. Denn unterstellt man die Annahme, dass die Lösung des Konflikts tatsächlich „in den Parteien [liegt]“, ⁵³⁰ weil diese „Experten ihrer Lebenswelt sind“, ⁵³¹ so liegt die Lösung nunmehr auch in den Mediator*innen und speist sich aus deren Lebenswelt. Die Vorschläge der Mediator*in beeinflussen den Vorstellungsraum der Parteien, indem sie ihn um das Vorstellungsvermögen der Mediator*in ergänzen. Selbst der Versuch, konträre Vorschlagspaare einzubringen, trägt die Vorstellung der Mediator*in über die konkreten Gegensätze oder Maximalpositionen in das Verfahren hinein.

Diese Ausführungen zeigen hinsichtlich des Legitimationsbedarfs zwei Dinge. Zum einen hat die Mediator*in auch in einem fasziilitativen Verfahren Einfluss auf das Ergebnis der Mediation und die Autonomie der Parteien. Hieraus ergibt sich Legitimationsbedarf. Zum anderen verdeutlichen die vorangegangenen Ausführungen die Verantwortung, die die Mediator*in daher für das Ergebnis des Mediationsverfahrens hat. Dieser Aspekt wird im Rahmen der Erörterung zum materiellen Legitimationsbedarf wieder aufgegriffen werden. ⁵³²

b) Freiwilligkeit und Änderungsdruck

Der vordergründige Mangel an Legitimationsbedarf der fasziilitativen Mediation basiert ebenfalls auf der bereits angeführten Idee der Freiwilligkeit. Ein Formulierungsvorschlag, wie dieses Prinzip zu Beginn der Mediation eingeführt werden kann, ist:

„Ein weiterer Grundsatz lautet Freiwilligkeit. Sowohl Sie als auch ich haben sich aus freien Stücken zur Durchführung dieses Verfahrens entschlossen. Und wir alle haben die Gelegenheit, jederzeit aus diesem Verfahren auszustiegen.“ ⁵³³

530 Thomas Trenczek, Aufgaben, Funktion und Kompetenzen von Mediatoren, in: Trenczek u. a. (Hrsg.), Mediation und Konfliktmanagement, Baden-Baden 2017, S. 182, 183.

531 Thomas Trenczek, Aufgaben, Funktion und Kompetenzen von Mediatoren, in: Trenczek u. a. (Hrsg.), Mediation und Konfliktmanagement, Baden-Baden 2017, S. 182, 183.

532 Siehe hierzu C.III.

533 Katharina Gräfin von Schlieffen, Einführung in die Mediation, in: Haft u. a. (Hrsg.), Handbuch Mediation 2016, S. 3, 27.

Auch wenn dieser Formulierungsvorschlag einem Einführungstext entnommen ist, der zwar allgemein gehalten ist, aber wohl primär den innerstaatlichen Kontext im Blick hat, steht er doch exemplarisch für die in der fasziilitativen Mediation vertretene Idee von Freiwilligkeit.⁵³⁴ Für den Legitimationsbedarf bedeutet die Vorstellung, dass die Parteien jederzeit aussteigen können, dass die Mediation keine legitimationsbedürftige Freiheitsverkürzung darzustellen scheint, sondern vielmehr eine Form der Freiheitsbetätigung. Dabei nimmt *Thomas Trenczek* hinsichtlich dieser Idee der Freiwilligkeit eine nicht zu unterschätzende Einschränkung vor. Die Parteien nehmen nicht an der Mediation teil, weil sie hieran ein abstraktes Interesse haben. Insofern unterscheidet sich der Mediationsprozess deutlich von der Teilnahme an einer internationalen Konferenz, die etwa einem völkerrechtlichen Kodifikationsvorhaben dient. Die Parteien nehmen an der Mediation teil, weil sie einen Veränderungsdruck spüren.⁵³⁵

Dieser Veränderungsdruck erinnert stark an das Konzept des Leidensdrucks, den *Sigmund Freud* bereits 1905 als Bestandteil der Therapiemotivation ausmacht. Diese intrinsische Motivation hält er für unerlässlich für eine erfolgreiche Therapie. Externen Druck, etwa durch Familienangehörige, sich einer Therapie zu unterziehen, beschreibt er dagegen als hinderlich.⁵³⁶ Mittlerweile wurde das Konzept der Therapiemotivation in der Psychologie sukzessive um die Begriffe der Compliance und der Adhärenz ergänzt, wobei letztere definiert wird als „[d]ie Bereitschaft, an der medizinischen Behandlung einer eigenen Erkrankung aktiv und anhaltend mitzuwirken“.⁵³⁷ Zugleich besteht Uneinigkeit darüber, ob Adhärenz und

534 Zur Freiwilligkeit im internationalen Kontext *Lars Kirchhoff*, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 164, 287.

535 *Thomas Trenczek*, *Außergerichtliches Konfliktmanagement (ADR) und Mediation: Verfahren, Prinzipien und Modelle*, in: Trenczek u. a. (Hrsg.), *Mediation und Konfliktmanagement*, Baden-Baden 2017, S. 35, 49; ähnlich auch *Peter Röttemeyer*, *Mediation: Grundlagen, Recht, Markt*, Stuttgart 2015, S. 12.

536 *Sigmund Freud*, *Über Psychotherapie*, in: Freud (Hrsg.), *Gesammelte Werke*, Bd. V, Frankfurt am Main 1961, S. 13, 21; aktuell vgl. *Dietmar Schulte*, *Therapiemotivation: Widerstände analysieren, Therapieziele klären, Motivation fördern*, Göttingen 2015, S. 46 ff.

537 *Thomas Klauer, Wolfgang Schneider*, *Behandlungsmotivation und Indikation von Psychotherapie*, *Psychotherapeut* 61 (2016), 318, 318. Compliance wird häufig definiert als Grad „[...] in dem das Verhalten einer Person in Bezug auf die Einnahme eines Medikamentes, das Befolgen einer Diät oder die Veränderung des Lebensstils mit dem ärztlichen oder gesundheitlichen Rat korrespondiert“, siehe *R. Brian Haynes*, *Einleitung*, in: Haynes u. a. (Hrsg.), *Compliance Handbuch*, München 1986, S. 11, 12. Zu den Begriffen und ihrer Entwicklung *Christian Schäfer*, *Patientencompliance*, 2. Aufl., Wiesbaden 2017, S. 13 ff.

Compliance das Ergebnis von Therapiemotivation sind oder aber mit dieser synonym.⁵³⁸ Während sich hier eine Parallele zu Diskussionen um den Begriff der Legitimität zeigt, ist es wichtig hervorzuheben, dass die Ideen von Compliance und Adhärenz zugleich eingebettet sind in einen Diskurs der Bioethik im Allgemeinen⁵³⁹ und der Psychotherapie im Besonderen,⁵⁴⁰ welcher der Patientenautonomie eine zentrale Rolle einräumt. Betrachtet man die Prinzipien der Bioethik, so zeigt sich eine gewisse Parallelität zu den Prinzipien der Mediation.⁵⁴¹

Ohne den Unterschied von Psychotherapie und Mediation außer Acht lassen zu wollen,⁵⁴² zeigen sich doch vergleichbare Ansätze. Wenn hinsichtlich der Autonomie in der Psychotherapie die nachfolgenden Sätze geschrieben werden, so ähnelt dies doch stark den Ausführungen zur Freiwilligkeit in der Mediation.

„Das Prinzip der Autonomie fordert, den Klienten oder Patienten mit seinen Wünschen, Zielen und Lebensplänen zu respektieren, auch dann, wenn diese dem Psychotherapeuten etwa (vorerst) wenig nachvollziehbar, abwegig oder moralisch bedenklich erscheinen. [...] Zur Autonomie des Klienten/ Patienten gehört z. B. die Freiheit, ein Psychotherapieangebot auch ausschlagen oder eine aufgenommene Psychotherapie auch wieder abbrechen zu können.“⁵⁴³

538 Thomas Klauer, Wolfgang Schneider, Behandlungsmotivation und Indikation von Psychotherapie, *Psychotherapeut* 61 (2016), 318, 318.

539 Tom L. Beauchamp, James F. Childress, *Principles of biomedical ethics*, 4. Aufl., New York [u.a.] 1994, S. 120 ff.

540 Jeremy Holmes, Richard Lindley, *The values of psychotherapy*, Oxford [u.a.] 1989, S. 142 („Psychotherapy matters because autonomy matters.“); Andrew Thompson, *Guide to ethical practice in psychotherapy*, New York [u.a.] 1990, S. 13 („If there is a single, overriding purpose of psychological counseling and psychotherapy, it is the promotion of Autonomy.“).

541 Ein guter Überblick zu Entstehung und Entwicklung der bioethischen Prinzipien findet sich bei Martin Hoffmann, *Dreißig Jahre Principles of Biomedical Ethics*. Ein Literaturbericht, *Zeitschrift für philosophische Forschung* 63 (2009), 597–611.

542 Grundlegend Stephan Breidenbach, *Mediation*, Köln 1995, S. 139 ff.; zur Schwierigkeit der Unterscheidung Justus Heck, *Der beteiligte Unbeteiligte. Wie vermittelnde Dritte Konflikte transformieren*, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 36 (2016), 58, 65 Fn. 6.

543 Renate Hutterer-Krisch, *Autonomie*, in: Stumm u. a. (Hrsg.), *Wörterbuch der Psychotherapie*, Wien [u.a.] 2007, S. 61, 62.

Trotz dieser Betonung der Autonomie und einem sich wandelnden Verhältnis von Ärzt*in und Patient*in bzw. Therapeut*in und Patient*in⁵⁴⁴ zielt Therapiemotivation schlussendlich doch auf eine empirisch erfassbare Größe ab, mit der die Wahrscheinlichkeit von Therapiebeginn und -fortsetzung sowie der Befolgung des ärztlichen oder therapeutischen Rats quantifiziert werden kann. Zugleich wird dem Zusammenhang von Therapiemotivation und Therapieerfolg nachgegangen.⁵⁴⁵ Auch wenn der zugrundeliegende Leidensdruck als intrinsischer Faktor verstanden wird, umfasst er gleichwohl mittelbar auch externe Einflüsse wie „*Scham [...], die Furcht vor ökonomischen Einbußen [oder] sozialen Konsequenzen [...]*“.⁵⁴⁶

In der Friedensmediation entspricht der Variablen der Therapiemotivation das von *Zartman* entwickelte Konzept der „*ripeness*“.⁵⁴⁷ Auch dabei handelt es sich um den Versuch, empirische Aussagen darüber treffen zu können, zu welchem Zeitpunkt Konfliktparteien bereit sind, sich in eine Mediation zu begeben, in einer Mediation zu verbleiben⁵⁴⁸ sowie ihren Konflikt dadurch schlussendlich erfolgreich beizulegen. Wie bei der Psychotherapie fehlen auch hierbei die Möglichkeiten vorherzusagen, wann die Zeit für Mediation reif sein wird. Das Konzept der *ripeness* dient vielmehr dazu, den geeigneten vom ungeeigneten Moment unterscheiden zu können. Vielfach ist der geeignete Moment jener des spieltheoretischen „*mutually hurting stalemate*“.⁵⁴⁹ *Zartman* beschreibt diesen Punkt als eine

544 Vgl. *Christian Schäfer*, *Patientencompliance*, 2. Aufl., Wiesbaden 2017, S. 16 f.

545 *Dietmar Schulte*, *Therapiemotivation: Widerstände analysieren, Therapieziele klären, Motivation fördern*, Göttingen 2015, S. 99 ff.; *Thomas Klauer, Wolfgang Schneider*, *Behandlungsmotivation und Indikation von Psychotherapie*, *Psychotherapeut* 61 (2016), 318, 322 f.

546 *Thomas Klauer, Wolfgang Schneider*, *Behandlungsmotivation und Indikation von Psychotherapie*, *Psychotherapeut* 61 (2016), 318, 319.

547 *I. William Zartman, Maureen R. Berman*, *The practical negotiator*, New Haven [u.a.] 1982, S. 59; *I. William Zartman*, *Ripe for resolution: conflict and intervention in Africa*, New York [u.a.] 1985, S. 227 ff.; *I. William Zartman*, *The timing of peace initiatives: Hurting stalemates and ripe moments*, *Global Review of Ethnopolitics* 1 (2001), 8–18; *I. William Zartman*, *Mediation: Ripeness and its Challenges in the Middle East*, *International Negotiation* 20 (2015), 479–493; siehe auch *Richard N. Haass*, *Ripeness and the settlement of international disputes*, *Survival* 30 (1988), 232–251; *Christopher Mitchell*, *The Right Moment: Notes on Four Models of „Ripeness“*, *Paradigms* 9 (1995), 38–52.

548 *Colin Walch*, *Rethinking Ripeness Theory: Explaining Progress and Failure in Civil War Negotiations in the Philippines and Colombia*, *International Negotiation* 21 (2016), 75, 77.

549 *I. William Zartman*, *Ripe for resolution: conflict and intervention in Africa*, New York [u.a.] 1985, S. 227 („perceived by both [...] as a hurting stalemate“);

für die Parteien nicht auszuhaltende Situation, in der diese sich sagen: „*Things can't go on like this.*“⁵⁵⁰

Es muss jedoch bedacht werden, dass es sich bei *Zartman* nicht um einen Vertreter des faszilitativen Mediationsstils handelt. Vielmehr spricht sich *Kirchhoff* dafür aus, die Kategorien *ripeness* und *mutually hurting stalemate* bei der Frage nach der Sinnhaftigkeit des Beginns einer faszilitativen Mediation außer Acht zu lassen. Faszilitative Mediation könne auch dabei helfen herauszuarbeiten, dass den Interessen der Konfliktparteien eine andere Form der Konfliktbearbeitung eher entspreche.⁵⁵¹ Diese Herangehensweise stärkt die Autonomie der Parteien bzw. nimmt sie ernst. Zugleich wendet sie sich lediglich gegen den handlungsleitenden Aspekt der *ripeness*, stellt jedoch nicht in Frage, dass auch bezüglich faszilitativer Mediation dadurch erkannt werden kann, wann die Parteien mit erhöhter Wahrscheinlichkeit in einen Mediationsprozess eintreten und in ihm verbleiben.

Für die Idee der Freiwilligkeit und die daraus abgeleitete Vorstellung vom fehlenden Legitimationsbedarf ist dieser Aspekt jedoch problematisch. Zum einen widersprechen sich der zumindest in Teilen inhärente Determinismus einer Idee wie der *ripeness* und die Vorstellung von Freiwilligkeit und Autonomie in der Mediation auf konzeptueller Ebene. Denn wenn über Konfliktparteien zu dem Zeitpunkt, an welchem sie in die Mediation eintreten, die Aussage getätigt werden kann, dass sie „reif“ für die Mediation sind – der auf ihnen lastenden Veränderungsdruck also dazu führt, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr aus der Mediation aussteigen werden – dann bedeutet dieser Umstand nichts anderes, als dass die Parteien praktisch keine Wahl mehr haben. Dann haben äußere Einflüsse die interne Freiheit des Willens soweit zurückgedrängt, dass der Mensch im engeren Sinne berechenbar wird. Ganz praktisch gesehen oszilliert die Freiwilligkeit in der faszilitativen Mediation zwischen dem Änderungsdruck, der ausreicht um Bereitschaft zur Mediation zu schaffen und dem Änderungsdruck, der im Fall der *ripeness* den Ausstieg

I. William Zartman, *Mediation: Ripeness and its Challenges in the Middle East*, *International Negotiation* 20 (2015), 479, 480.

550 I. William Zartman, *Ripe for resolution: conflict and intervention in Africa*, New York [u.a.] 1985, S. 232; Frank R. Pfetsch, *Verhandeln in Konflikten: Grundlagen, Theorie, Praxis*, Wiesbaden 2006, S. 210 („ausweglose Situation“).

551 Lars Kirchhoff, *Constructive interventions*, *Alphen aan den Rijn* [u.a.] 2008, S. 269.

aus der Mediation immer unwahrscheinlicher macht.⁵⁵² Der beschriebene Änderungsdruck wird keineswegs geringer durch den Umstand, dass es in der Friedensmediation regelmäßig nicht nur darum geht, ein Gerichtsverfahren zu vermeiden oder die wirtschaftlichen Nachteile eines anhaltenden Konflikts abzuwenden, sondern primär darum, einen bewaffneten Konflikt zu vermeiden oder zu beenden – oder aber einer militärischen Niederlage zuvorzukommen. Solange sich aus diesen Umständen kein fundamentales Machtungleichgewicht zwischen den Parteien entwickelt,⁵⁵³ stellen sie sich für das Mediationsverfahren an sich als mehr oder weniger unproblematisch dar. Für die Frage nach dem Legitimationsbedarf reduziert es jedoch den Erklärungswert des Verweises auf die Freiwilligkeit des Verfahrens, wenn den Akteuren letztlich gar keine rationale Alternative zur Mediation bleibt.⁵⁵⁴

Neben diesen eher praktischen Erwägungen nährt auch die Vorstellung von einer gewissen Berechenbarkeit, wie sie der ripeness inhärent ist, die Zweifel am gleichzeitigen Fortbestand des Erklärungswerts der Freiwilligkeit. Deutlich drastischer, wenn auch nicht explizit auf die Idee der ripeness bezogen, formuliert es *Montada*:

„Wer die Willensfreiheit des Menschen infrage stellt, wie das rezent einige Hirnforscher oder auch der Behaviorismus Mitte des letzten Jahrhunderts getan haben, hat für Mediationen nichts anzubieten. Ich wüsste nicht, wie man Mediationen nachhaltig produktiv gestalten könnte[,] ohne die Annahme der Willensfreiheit des Menschen und der Eigenverantwortung für Urteilen und Handeln [...]“. ⁵⁵⁵

552 Vgl. *Thomas Trenczek*, Außergerichtliches Konfliktmanagement (ADR) und Mediation : Verfahren, Prinzipien und Modelle, in: Trenczek u. a. (Hrsg.), *Mediation und Konfliktmanagement*, Baden-Baden 2017, S. 35, 49.

553 *Felix Wendenburg*, Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation, Tübingen 2013, S. 14; *Roman Köper*, Die Rolle des Rechts im Mediationsverfahren, Berlin 2003, S. 68.

554 Zur berechtigten Skepsis gegenüber rein rationalen Erklärungsmodellen *Stefan Oeter*, Theorising the global legal order : an institutionalist perspective, in: Halpin u. a. (Hrsg.), *Theorising the global legal order*, Oxford [u.a.] 2009, S. 61, 65 f.

555 *Leo Montada*, Ist der normative Kern von Konflikten in Mediationen auszublenden oder zu fokussieren?, in: Arnold u. a. (Hrsg.), *Gedächtnisschrift für Hannes Unberath*, München 2015, S. 325, 325 f.; fast identischer Text in *Leo Montada*, Mediation – Anregung zur Praxis aus psychologischer Sicht, in: Fischer u. a. (Hrsg.), *Grundlagen und Methoden der Mediation*, München 2014, S. 7, 7.

Fisher und Ury lassen die aufgeworfenen Herausforderungen dagegen bewusst unbeachtet: „*We need not enter into a philosophical debate between free will and determinism in order to decide how to act. Either we have free will or it is determined that we behave as if we do.*“⁵⁵⁶

Letztlich bleibt von diesen Erwägungen weniger das Hervortreten einer zuvor verdeckten legitimationsbedürftigen Praxis innerhalb der fasziilitativen Mediation. Vielmehr werfen sie Zweifel daran auf, dass angesichts von Berechenbarkeit, Handlungsdruck und einem Mangel an sinnvollen Alternativen die fasziilitative Mediation selbst allein durch die vor diesem Hintergrund erfolgte Teilnahme der Parteien legitimiert sein soll.

c) Verfahrensherrschaft

Nachdem bereits erörtert wurde, wie sich der Einfluss der Mediator*in auf das Ergebnis des Verfahrens auswirken kann und wieso allein die aktive Teilnahme an der Mediation noch keine hinreichende Legitimationsquelle ist, soll nun erörtert werden, welchen Einfluss die Mediator*innen innerhalb der fasziilitativen Mediation gegenüber den Parteien selbst haben.

Diesem Vorhaben stehen erneut Selbstverständnis und Selbstdarstellung fasziilitativer Mediation entgegen. Nicht nur inhaltlich, sondern letztlich auch in Bezug auf das Verfahren werden primär die Konfliktparteien fokussiert, wenn über den Einstieg in die erste Phase der Mediation geschrieben wird: „*Er [der Mediator] erklärt seine Rolle sowie die der Parteien und schildert, weswegen die Parteien als die Experten des Konflikts zu dessen Lösung aufgerufen sind.*“⁵⁵⁷ Demnach dient die Mediation „*der geordneten und professionell unterstützen Selbstevaluation der Parteien [...]*“.⁵⁵⁸ Wenn auch beide Quellen stärker dem innerstaatlichen Mediationskontext entstammen, so verdeutlichen sie doch die in der dort vorherrschenden fasziilitativen Mediation suggerierte Rollenverteilung. Deutlich kritischer

556 Roger Fisher, William Ury, *Getting to yes: negotiating agreement without giving in*, 2. Aufl., New York [u.a.] 1991, S. 53; Marieke Kleiboer, *The multiple realities of international mediation*, Boulder [u.a.] 1998, S. 28 f.

557 Daniel Eckstein, *Mediation und weitere alternative Konfliktlösungsinstrumente*, JuS 54 (2014), 698, 699; ähnliche Formulierungen bei Felix Wendenburg, *Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation*, Tübingen 2013, S. 9; Al Weckert, Monika Oboth, *Mediation für Dummies*, 2. Aufl., Weinheim 2014, S. 34.

558 Jan C Schuhr, *Evaluation von Fällen, Verhandlungspositionen und Verfahren: Optimierungspotentiale für Recht, Justiz und Mediation*, in: Arnold u. a. (Hrsg.), *Gedächtnisschrift für Hannes Unberath*, München 2015, S. 395, 405.

wird dies von Peter Münte formuliert: „Die angestrebte Leistung, das Finden einer einvernehmlichen Konfliktlösung, wird mit der emanzipatorisch gefärbten Forderung, die Autonomie der Streitparteien zu stärken, an diese zurückdelegiert.“⁵⁵⁹ Angestrebt wird damit letztlich eine egalitäre Struktur, in welcher die Mediator*in eine verfahrensbezogene Dienstleistung erbringt, ohne dadurch über die Parteien gestellt zu werden. Wenn auch zuweilen die Formulierung von der Verfahrensherrschaft, -hoheit oder -kontrolle der Mediator*in verwendet wird,⁵⁶⁰ so erstreckt sich die Autonomie der Parteien letztlich auch auf das Verfahren.⁵⁶¹ Interessant ist, dass trotz der starken Betonung der Expertise der Parteien und der rein dienenden Funktion der Mediator*in, zugunsten der Mediator*in dennoch von einer egalitären Struktur ausgegangen wird. Zugleich überrascht, dass die Gefahr eines Machtungleichgewichts zwischen den Parteien sehr wohl gesehen wird, die eines Ungleichgewichts zugunsten der Mediator*in jedoch nicht. Trenzcek etwa schreibt: „Ziel ist die Gestaltung eines kooperativen Diskurses, welcher [...] sich an einer ‚idealen Sprechsituation‘ (Habermas) orientiert. Freilich sind Mediatoren nicht so naiv, an die reale Existenz eines ‚Herrschaftsfreien Diskurses‘ bzw. daran zu glauben, es gebe zwischen den Parteien kein Machtungleichgewicht.“⁵⁶²

Ein Machtungleichgewicht unter den Parteien wird demnach als Hindernis auf dem Weg der Annäherung an das Leitbild der habermas'schen „idealen Sprechsituation“ gesehen, während das Gefährdungspotential, welches möglicherweise von der Mediator*in ausgeht, zumindest als so gering eingestuft wird, dass es nicht erwähnt wird.

559 Peter Münte, Professionalisierungsbedürftige Vermittlungspraxis oder Sozialtechnologie?, Zeitschrift für Rechtssoziologie 36 (2016), 29, 42.

560 Claas Schüddekopf, Zur Nachhaltigkeit einvernehmlicher Konfliktbeilegung: eine empirische Untersuchung von Mediation und Schiedsgerichtsbarkeit, Berlin 2013, S. 55; Felix Wendenburg, Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation, Tübingen 2013, S. 140; Mario Clemens, Chancen und Grenzen interessenorientierter, fazilitativer Mediation im Kontext internationaler politischer Konflikte, in: Kriegel-Schmidt (Hrsg.), Mediation als Wissenschaftszweig: Im Spannungsfeld von Fachexpertise und Interdisziplinarität, Wiesbaden 2017, S. 201, 201; Thomas Trenzcek, Aufgaben, Funktion und Kompetenzen von Mediatoren, in: Trenzcek u. a. (Hrsg.), Mediation und Konfliktmanagement, Baden-Baden 2017, S. 182, 183; von Prozessverantwortung sprechend Reiner Bastine, Konflikte klären, Probleme lösen, in: Haynes u. a. (Hrsg.), Mediation – vom Konflikt zur Lösung, Stuttgart 2014, S. 11, 20.

561 Peter Röthemeyer, Mediation: Grundlagen, Recht, Markt, Stuttgart 2015, S. 12.

562 Thomas Trenzcek, Außergerichtliches Konfliktmanagement (ADR) und Mediation: Verfahren, Prinzipien und Modelle, in: Trenzcek u. a. (Hrsg.), Mediation und Konfliktmanagement, Baden-Baden 2017, S. 35, 53.

Dabei lassen sich auch in diesem Zusammenhang Parallelen zum Selbstverständnis von Therapeut*innen, insbesondere dem von Psychotherapeut*innen ziehen. Auch dort wird im Kontext des Autonomiegedankens die Patient*in zum Teil als Expert*in ihrer eigenen Gefühls- und Lebenswelt beschrieben, während die Expertise der Therapeut*in ohne jene der Patient*in nutzlos sei.⁵⁶³ Ebenso wird – zumindest innerhalb einiger Denkschulen – ein egalitäres Verhältnis zwischen Patient*in und Therapeut*in angestrebt.⁵⁶⁴ Auch außerhalb des konkreten Bereichs der Psychotherapie wird eine allgemeine Entwicklung der Beziehung zwischen Patient*in und medizinischen Dienstleistenden⁵⁶⁵ in Richtung zunehmender Egalität festgestellt.⁵⁶⁶ Schlussendlich wird von manchen auch die Beziehung zwischen Patient*in und Therapeut*in als Annäherung an eine „ideale Sprechsituation“ im habermas’schen Sinne gedeutet.⁵⁶⁷

Ähnlich wie in der Mediation wird neben diesen egalitären Deutungen und dem wiederholten Verweis auf die Autonomie als Therapieziel, einem möglichen Machtungleichgewicht zwischen Therapeut*in und Patient*in wenig bis keine explizite Aufmerksamkeit geschenkt.⁵⁶⁸ Unterschiede zwischen Mediation und Therapie zeigen sich jedoch auf der Ebene der praktischen Zugeständnisse. In Bezug auf die Mediation werden praktische Zugeständnisse an das Abweichen der „idealen Sprechsituation“ in Richtung eines Machtungleichgewichts der Parteien gemacht, wie es das vorherige Zitat von *Trenczek* verdeutlicht. Für die Therapie, die anders als die Mediation nicht zwingend eine triadische, aber mindestens eine dyadische Beziehung voraussetzt, erfolgen auch die praktischen Zugeständnisse

563 *Andrew Thompson*, Guide to ethical practice in psychotherapy, New York [u.a.] 1990, S. 19 m.w.N.

564 *Gerald Corey*, Theory and practice of counseling and psychotherapy, 9. Aufl., Belmont 2013, S. 123, 373 m.w.N.; *Dan Bloom*, Foreword, in: Brownell (Hrsg.), Gestalt therapy: a guide to contemporary practice, New York 2010, S. xi, xii; *Carl Goldberg*, Therapeutic partnership: Ethical concerns in psychotherapy, New York 1977, S. 97.

565 Das Phänomen betrifft nicht nur Ärzte, sondern die breitere Berufsgruppe der im Englischen als „medical professionals“ Bezeichneten.

566 *Christian Schäfer*, Patientencompliance, 2. Aufl., Wiesbaden 2017, S. 217 m.w.N.

567 *Bernhard Haffke*, Über den Widerspruch von Therapie und Herrschaft exemplifiziert an grundlegenden Bestimmungen des neuen Strafvollzugsgesetzes, Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 88 (1976), 607, 646 f.

568 *Christine Gutmann*, Freiwilligkeit und (Sozio-)Therapie – notwendige Verknüpfung oder Widerspruch?, Frankfurt am Main [u.a.] 1993, S. 110; *David Heller*, Power in psychotherapeutic practice, New York 1985, S. 13; *Andrew Thompson*, Guide to ethical practice in psychotherapy, New York [u.a.] 1990, S. 15.

innerhalb dieser dyadischen Beziehung. Dies wird deutlich, wenn *Bernhard Haffke* schreibt:

„Emanzipierende Therapie verträgt sich nicht mit objektivierender Herrschaft — und dieser Grundsatz gilt ohne Ausnahme. Gemeint ist dagegen nicht eine pauschale Absage an Sachlichkeit und Fachlichkeit, an Überlegenheit, Führung und Zwang. Jede psychotherapeutische Arbeit wäre ohne ein Mindestmaß an Fachlichkeit und damit auch an Distanz zum Scheitern verurteilt [...].“⁵⁶⁹

Diese Zeilen sind dahingehend sehr ehrlich, als dass sie zugestehen, dass die Therapeut*in der Patient*in überlegen ist, dass sie sie führt. Nur ist *Haffke* nicht bereit, diesen Umstand als das zu bezeichnen, was er ist: Macht. Diese Macht wird auch durch emotionale Asymmetrie geprägt. Während die Patient*in sich emotional öffnen muss, stellt sich die Situation für die Therapeut*in als mehr oder weniger alltäglicher Anwendungsfall für erlernte Methoden dar, die von ihr auch Empathie, aber vor allem emotionale Distanz verlangen.⁵⁷⁰

Je nach Therapieform, mit welcher der Vergleich angestrebt wird, sind die Konfliktparteien von der Mediator*in nicht notwendigerweise gleichermaßen emotional abhängig. Doch die Konfliktparteien in der Friedensmediation befinden sich ebenfalls in einer, auch emotional, hoch angespannten Situation. *Trina Grillo* hat diesen Umstand dahingehend herausgearbeitet, dass sie die Idee der „microlegal settings and sanctions“, welche von *Michael Reisman* entwickelt wurde,⁵⁷¹ auf das Feld der Scheidungsmediation angewendet hat.⁵⁷² Sie stellt die Mediator*in als den Akteur heraus, welcher Verstöße gegen Mikroregeln sanktioniert. Dabei thematisiert sie, wie in dieser Praxis, die vielfach gesellschaftliche Vorstellungen von „Normalität“ widerspiegelt und reproduziert, „abweichendes“

569 *Bernhard Haffke*, Über den Widerspruch von Therapie und Herrschaft exemplifiziert an grundlegenden Bestimmungen des neuen Strafvollzugsgesetzes, Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 88 (1976), 607, 626.

570 *Christine Gutmann*, Freiwilligkeit und (Sozio-)Therapie – notwendige Verknüpfung oder Widerspruch?, Frankfurt am Main [u.a.] 1993, S. 111; dahingehend schon in seiner Antrittsvorlesung *Michel Foucault*, Die Ordnung des Diskurses, 14. Aufl., Frankfurt am Main 2014, S. 13.

571 *Michael Reisman*, Looking, Staring and Glaring: Microlegal Systems and Public Order, Denver Journal of International Law and Policy 12 (1982), 165–182.

572 *Grillo* beschäftigt sich primär mit obligatorischer Scheidungsmediation. Der obligatorische Charakter ist jedoch für die hier übernommenen Aspekte irrelevant, vgl. *Trina Grillo*, The Mediation Alternative: Process Dangers for Women, The Yale Law Journal 100 (1991), 1545, 1550.

Verhalten sanktioniert wird.⁵⁷³ Als praktisches Beispiel hierfür lässt sich etwa ein Satz von *Trenczek* anführen, der schreibt:

„Wenn man [...] Gesprächsregeln nicht aushandeln möchte, ist zumindest der nicht oberlehrerhafte Hinweis auf die wichtigsten – unter Erwachsenen eigentlich selbstverständlichen – Kommunikationsregeln unverzichtbar (sich nicht gegenseitig unterbrechen, sich nicht beschimpfen, ...).“⁵⁷⁴

So beruft die Mediator*in sich selbst zur relevanten Instanz in der Frage, wie sich Erwachsene zu verhalten haben oder erhebt sich – weil diese Verhaltensregeln als gegeben vorausgesetzt werden – zu deren Vollstrecker*in. Genau das ist es, was sowohl *Reisman*, als auch *Grillo* unter „microlegal settings and sanctions“ verstehen. Folglich formuliert letztere die von *Trenczek* dargestellte Rolle der Mediator*in auch unter anderen Vorzeichen:

„Mediators, however, exert a great deal of power. [...] The mediator also can set the rules regarding who talks, when they may speak, and what may be said.“⁵⁷⁵

Grillo bezieht sich in ihrem Text insbesondere auf Verhaltensweisen, die als spezifisch „weiblich“ oder „nicht-weiß“ oder als Ergebnis einer intersektionellen Erfahrung wahrgenommen werden. So werde etwa Wut von Frauen vielfach als etwas Schlechtes, Irrationales, im Rahmen der Mediation Kontraproduktives dargestellt.⁵⁷⁶ Indem offen zur Schau getragene Wut als „unweiblich“ gilt, reproduziert die Mediator*in, die Wut von Frauen im Rahmen der Mediation sanktioniert, gesellschaftlich konstruierte Vorstellungen von Geschlechterrollen.⁵⁷⁷ *Grillo* stellt auch heraus, dass insbesondere die Wut nicht-weißer Frauen vielfach als illegitim angesehen wird.⁵⁷⁸ Selbst dort, wo Emotionen nicht als störend, sondern als relevan-

573 *Trina Grillo*, *The Mediation Alternative : Process Dangers for Women*, *The Yale Law Journal* 100 (1991), 1545, 1555.

574 *Thomas Trenczek*, *Ablauf und Phasen einer Mediation : Mediationsleitfaden*, in: *Trenczek u. a. (Hrsg.), Mediation und Konfliktmanagement*, Baden-Baden 2017, S. 291, 293.

575 *Trina Grillo*, *The Mediation Alternative : Process Dangers for Women*, *The Yale Law Journal* 100 (1991), 1545, 1585.

576 *Trina Grillo*, *The Mediation Alternative : Process Dangers for Women*, *The Yale Law Journal* 100 (1991), 1545, 1555, 1572.

577 *Trina Grillo*, *The Mediation Alternative : Process Dangers for Women*, *The Yale Law Journal* 100 (1991), 1545, 1555, 1576, 1578.

578 *Trina Grillo*, *The Mediation Alternative : Process Dangers for Women*, *The Yale Law Journal* 100 (1991), 1545, 1580 f.

ter Teil des Mediationsprozesses gelten, wird Wut lediglich als etwas verstanden, dem Luft gemacht („vented“) werden muss und damit nicht ernst genug genommen wird in ihrem Beitrag zu Klärung und Emanzipation.⁵⁷⁹

Im ersten Zugriff könnten *Grillos* Ausführungen für die hier behandelte Frage der Friedensmediation als irrelevant oder nicht übertragbar abgetan werden. In der Scheidungsmediation geht es regelmäßig um einen sehr persönlichen Konflikt zwischen den Parteien der Mediation. Dabei schafft auch die hohe emotionale Bedeutung des Konflikts den Spielraum für die Mikrosanktionen durch die Mediator*in. In der Friedensmediation hingegen wird idealtypisch stellvertretend für einen der kollektiven Konfliktakteure verhandelt. In Abgrenzung zu der Scheidungsmediation könnte diesem Setting ein geringeres Maß an emotionaler Verletzbarkeit unterstellt werden, sodass für Mikrosanktionen weniger Raum ist. Allerdings kann die persönliche Beziehung zwischen den Parteien auch in der Friedensmediation zentraler Gegenstand der Mediation sein, wie der Konflikt im Südsudan gezeigt hat.⁵⁸⁰ Gerade bewaffnete Konflikte können vielfach mit starken Emotionen und Wut verbunden sein.⁵⁸¹ Auch bei innerstaatlichen Konflikten spielen die Wut und die Emotionen „auf der Straße“ oft eine große Rolle, wie etwa 2009 auf Madagaskar.⁵⁸² Zugleich sind andere zwischenstaatliche Konflikte massiv emotional aufgeladen. Beispielhaft fungierte Algerien während der Geiselnahme in der Teheraner Botschaft als verdeckter Mediator*in und „cool screen“, da die von iranischer Seite empfundenen Verletzungen durch die USA eine direkte Mediation nicht zuließen.⁵⁸³ Darüber hinaus spielen starke kollektive Emotionen eine wesentliche Rolle bei lang anhaltenden, zuweilen schwelenden Konflikten.⁵⁸⁴

579 Trina Grillo, *The Mediation Alternative: Process Dangers for Women*, *The Yale Law Journal* 100 (1991), 1545, 1575.

580 Zach Vertin, *A Poisoned Well: Lessons in Mediation from South Sudan's Troubled Peace Process*, New York 2018, S. 13, 17.

581 Vgl. T. H. Pear, *The psychological study of tension and conflict*, in: *The International Sociological Association* (Hrsg.), *The nature of conflict*, Paris 1957, S. 118, 123; allgemeiner bzgl der Konfliktintensität Jacob Bercovitch, *Mediation and conflict resolution*, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, S. 340, 348.

582 Siphamandla Zondi, Busisiwe Khaba, *The Madagascar Crisis, SADC Mediation and the Changing Indian Oceanic Order*, *Africa Insight* 43 (2014), 1, 9.

583 Randa M. Slim, *Small-State Mediation in International Relations*, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *Mediation in international relations: multiple approaches to conflict management*, New York 1992, S. 206, 222.

584 Daniel Bar-Tal, *Sociopsychological Foundations of Intractable Conflicts*, *American Behavioral Scientist* 50 (2007), 1430, 1446; bzgl des Nahostkonflikts Roger

Ursprung und Intensität von Emotionen in der Friedensmediation werden überdeutlich, wenn *Harold Saunders* schreibt: „[...] *Mediators*] may be faced with groups who harbor decades if not centuries of anger, pain, and grievance toward each other, have been killing each other, have occupied the other's land, have desecrated historic and personal shrines or monuments.“⁵⁸⁵ Dabei bedient auch er sich der von *Grillo* kritisierten Idee, dass der Wut Luft gemacht werden muss. Zugleich betont er jedoch den klärenden, produktiven und erkenntnisgenerierenden Charakter ausgelebter Wut.⁵⁸⁶ Auch *Herbert Kelman* betont Wut und andere starke Emotionen als Ausgangspunkt der Explorationsphase.⁵⁸⁷ Neben all diesen Beispielen liegt es nahe, dass gerade die von *Grillo* herausgearbeiteten gesellschaftlichen Normalvorstellungen dazu führen, vermeintlich „männlich“ besetzte Felder, wie bewaffnete Konflikte oder Diplomatie, als weniger emotional wahrzunehmen oder aber die dort stattfindende Emotionalität deutlich positiver zu konnotieren.⁵⁸⁸

Unterstellt man damit, dass auch in der faszilitativen Friedensmediation Raum für Mikrosanktionen ist, so stellt sich die Frage, wie diese aussehen könnten. Es ist die Frage, ob der Legitimationsbedarf nicht nur potentiell, sondern tatsächlich gegeben ist. Hinsichtlich einiger Autor*innen wurde bereits gezeigt, dass diese Wut und andere starke Emotionen für hinderlich und kontraproduktiv halten. Schon *Oran Young* schrieb von den „*problems [...] around the emotional field of the crisis*“, von den „*emotional and nonrational reactions on the part of the participants*“ und davon, wie sich diese

Fisher, William Ury, Getting to yes: negotiating agreement without giving in, 2. Aufl., New York [u.a.] 1991, S. 30.

585 *Harold H. Saunders*, Dialogue as a process for transforming relationships, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), The Sage handbook of conflict resolution, London 2011, S. 376, 379.

586 *Harold H. Saunders*, Dialogue as a process for transforming relationships, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), The Sage handbook of conflict resolution, London 2011, S. 376, 386 f.

587 *Herbert C. Kelman*, Informal Mediation by the Scholar / Practitioner, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), Mediation in international relations: multiple approaches to conflict management, New York 1992, S. 64, 79.

588 *Hilary Charlesworth, Christine Chinkin, Shelley Wright*, Feminist Approaches to International Law, AJIL 85 (1991), 613, 617, 625; *Karin Aggestam, Ann E. Towns*, Conclusion: The Quest for Gender Justice in Diplomacy, in: Aggestam u. a. (Hrsg.), Gendering Diplomacy and International Negotiation, Cham 2018, S. 277, 286.

Emotionen negativ auf die Konfliktlösung auswirken.⁵⁸⁹ Auch fast 50 Jahre danach hat sich hieran wenig geändert, wenn *Richard Wagner* schreibt:

*„Sarcasm, humiliation, and anger, for example, are all acts that tend to reward one party and punish the other. The mediator's control of the process allows him or her to monitor and minimize such occurrences.“*⁵⁹⁰

Diese Kontrolle ist es, mit welcher die Mediator*in in der fasziativen Friedensmediation Einfluss auf die Parteien nimmt. Sie entscheidet, welches Kommunikationsverhalten zulässig ist und welches nicht. Hierfür bedarf es angesichts des Settings auch keiner weitgehenden Durchsetzungsmechanismen, schließlich ist die Mediator*in qua Definition und Selbstverständnis der fasziativen Mediation für das Verfahren zuständig. Genauso, wie im Bereich der Scheidungsmediation sozial generierte Vorstellung vorherrschen und reproduziert werden, wie etwa Frauen sich zu verhalten haben, existieren auch im Bereich der Diplomatie, zu dem die Friedensmediation regelmäßig gehört, verfestigte Vorstellungen von sozialadäquatem Verhalten. Diese Vorstellungen können sich ebenfalls auf Genderrollen beziehen.⁵⁹¹ Ebenso kann es zivilgesellschaftliche Akteure betreffen, an deren Rolle und Beteiligung im Mediationsverfahren bestimmte Erwartungen gestellt werden. Auch hier stellt sich die Frage, was wie gesagt werden kann. Diese Problematik lässt sich entlang sozialer Kategorien wie Klasse, Religion, Alter, Bildungsgrad, ethnischer oder kultureller Zugehörigkeit, sexueller Orientierung und darüber hinaus ausweiten.⁵⁹² Indem die Mediator*in – beeinflusst durch diese Kategorien – im Mediationsverfahren entscheidet, wer wie sein darf und ein Abweichen durch Ermahnung und verbale oder nonverbale Missbilligung sanktioniert, perpetuiert sie die in diesen Kategorien enthaltenen Machtverhältnisse. Hierin liegt ein Legitimationsbedarf begründet, der alle Mediationsstile betrifft, aber eben auch vor fasziativer Mediation keinen Halt macht.

589 *Oran R. Young*, *The intermediaries: third parties in international crisis*, Princeton 1967, S. 33.

590 *Richard V. Wagner*, *Mediation, Psychological Aspects of.*, in: *Young* (Hrsg.), *The Oxford international encyclopedia of peace*, Bd. III, Oxford 2010, S. 8, 10.

591 *Karin Aggestam/ Ann E Towns*, *Introduction: The Study of Gender, Diplomacy and Negotiation*, in: *Aggestam u. a.* (Hrsg.), *Gendering Diplomacy and International Negotiation*, Cham 2018, S. 1, 11.

592 *Michael Reisman*, *Looking, Staring and Glaring: Microlegal Systems and Public Order*, *Denver Journal of International Law and Policy* 12 (1982), 165, 172.

III. Materieller Legitimationsbedarf: Freiheitsverkürzung durch den Mediationsprozess

Wichtig ist, dass an dieser Stelle nicht pauschal allen Mediator*innen ein Mangel an entsprechender Sensibilität unterstellt wird. Vielmehr stellt *Reisman* heraus, seien sich Akteure innerhalb mikrolegaler Systeme weder ihrer Rolle als Entscheider*innen, noch der als Sanktionsinstanz bewusst. Zudem seien die zugrundeliegenden Normen auf einer fast unterbewussten Ebene angesiedelt.⁵⁹³ Hierin mag der Grund dafür gesehen werden, wenn *Grillo* feststellt: „*The power of the mediator is not always openly acknowledged but is hidden beneath protestations that the process belongs to the parties.*“⁵⁹⁴ Damit schließt sich zum einen der Kreis hinsichtlich des zuvor angestregten Vergleichs mit der verdeckten Macht innerhalb der Therapeut*innen-Patient*innen-Beziehung⁵⁹⁵ und zum anderen liegt darin auch ein Erklärungsansatz für die beinahe übermäßige Betonung der Rolle der Parteien, wie sie auch im Rahmen der Power Mediation zu finden ist.⁵⁹⁶ Vor allem aber zeigt sich damit abschließend, wieso auch faszilitative Friedensmediation verfahrensbezogenen Legitimationsbedarf generiert.

III. Materieller Legitimationsbedarf: Freiheitsverkürzung durch den Mediationsprozess

Im vorangegangenen Abschnitt wurde dargelegt, inwieweit sich einerseits das Verfahren der Mediation von einer ausschließlich zwischen den Konfliktparteien stattfindenden Verhandlungssituation unterscheidet und andererseits dieser Umstand Legitimationsfragen aufwirft. Dabei wurde zum einen das Verfahren als solches, in all seinen unterschiedlichen Ausprägungen zum Gegenstand der Erörterung gemacht. Zum anderen lässt sich

593 *Michael Reisman*, Looking, Staring and Glaring: Microlegal Systems and Public Order, *Denver Journal of International Law and Polity* 12 (1982), 165, 175 f.

594 *Trina Grillo*, The Mediation Alternative : Process Dangers for Women, *The Yale Law Journal* 100 (1991), 1545, 1585.

595 *Andrew Thompson*, Guide to ethical practice in psychotherapy, New York [u.a.] 1990, S. 15.

596 *I. William Zartman*, *Saadia Touval*, International mediation, in: Crocker u. a. (Hrsg.), *Leashing the dogs of war*, Washington, D.C. 2007, S. 437, 447; *Laurie Nathan*, The Mandate Effect, *Peace & Change* 43 (2018), 318, 330; Anonymes Praktiker*innenzitat in *Sara Hellmüller*, *Julia Palmiano Federer*, *Mathias Zeller*, The Role of Norms in International Peace Mediation, *swisspeace*; NOREF, Bern 2015, S. 12 („[Norm advocates] imagine that we are in control as the mediators, rather than the parties being in control, they think that we can put the stuff in the agreement regardless if the parties want it or not. It is a complete misunderstanding of mediation.“).

das Verfahren schwerlich vom Akteur der Mediator*in trennen, welche dieses Verfahren ermöglicht. Ohne Mediator*in kann es keine Mediation geben. Zugleich geht es in dieser Arbeit abseits konkreter Beispiele nicht um die konkreten Akteure, welche die Rolle der Mediator*in einnehmen. Die Legitimationsfrage bezieht sich daher nicht etwa auf Deutschland als Mediator*in, sondern auf Mediator*innen und die von ihnen ermöglichte Mediation auf einer abstrakten Ebene. Dabei wird keinesfalls negiert, dass es auch die Konfliktparteien sind, die sich gegenseitig, je nach Verhandlungsmacht, erhebliche Zugeständnisse abringen.

Nachfolgend soll gezeigt werden, dass neben den Beschränkungen, welche die am Mediationsprozess unmittelbar beteiligten Akteure einander abringen, auch die Freiheit Dritter durch das Mediationsergebnis betroffen sein kann und damit Legitimationsbedarf schafft. Insoweit ist es nicht die Mediator*in, die gegenüber den Parteien oder einer der Parteien auftritt, oder eine der Parteien gegenüber einer der anderen, sondern sind es vielmehr die aktiven (oder primären) Mediationsakteure, welche auf die Freiheit Dritter einwirken. Darüber hinaus kann diese Einwirkung auf die Freiheit Dritter auch das Ergebnis einer der im vorherigen Abschnitt dargestellten, prozessbezogenen Einflussmöglichkeiten einzelner unmittelbar an der Mediation beteiligter Akteure sein. In diesem Fall verschränken sich zwei legitimationsbedürftige Praktiken, indem zum einen die Freiheit der anderen unmittelbar beteiligten Akteure in der Mediation betroffen ist und zum anderen die Freiheit Dritter durch das hierdurch herbeigeführte Mediationsergebnis berührt wird.

Bei den in Bezug genommenen Dritten kann es sich um „klassische“ Völkerrechtssubjekte wie Staaten handeln. Zugleich betrifft die Mediation regelmäßig substaatliche Akteure, wie Gruppen oder auch Menschen als Individuen. Aus völkerrechtlicher Sicht stellen die beiden zuletzt genannten Akteure üblicher Weise nur eine bedingte Legitimationsfrage an staatliches Handeln. Ihre Freiheitsbetätigung wird durch „ihren“ Staat im Rahmen der Mediation gemittelt, ohne dass es diesbezüglich aus völkerrechtlicher Sicht des Nachweises eines tatsächlichen Legitimationsverhältnisses zwischen Staat und substaatlichem Akteur bedürfte.

Die hier eingenommene Perspektive fragt jedoch zum einen noch nicht nach der Legitimation eines Handelns, sondern in einem ersten Schritt danach, ob ein gewisses Handeln überhaupt legitimationsbedürftig ist. Erst im folgenden Abschnitt wird der Frage nachgegangen, wie und ob die unterschiedlichen Freiheitsverkürzungen durch die und in der Media-

tion legitimiert werden können.⁵⁹⁷ Zugleich wird nicht verkannt, dass die Unterscheidung zwischen einer legitimierten Freiheitsverkürzung und einer Handlung, die nicht als Freiheitsverkürzung beschrieben wird, weil sie – untechnisch verstanden – als legitim angesehen wird, nur schwerlich trennscharf vorgenommen werden kann. Diesem Umstand sowie der rechtswissenschaftlichen Anschlussfähigkeit ist die Tatsache geschuldet, dass sich nachfolgend primär auf die Verkürzung rechtlich präeterminierter Freiheitssphären bezogen wird. Es wird nicht die Herrschaft über Menschen per se problematisiert. Dies ist zum einen bereits im Abschnitt zur Bedeutung der Legitimität angesprochen worden. Zum anderen sticht die Friedensmediation in diesem Zusammenhang nicht neben anderen Formen von Herrschaft hervor. Staaten etwa entscheiden nicht nur innerhalb der Mediation für „ihre“ Bürger*innen, sondern auch im Rahmen ihrer sonstigen Existenz. Hierbei handelt es sich zwar um legitimationsbedürftige Herrschaft, aber nicht um ein Spezifikum der Friedensmediation.

Nachfolgend werden daher Beispiele für mediationsspezifische Freiheitsverkürzungen vorgebracht, in denen die Subjektqualität und die daran anknüpfenden Freiheiten zumindest rechtlich geprägt sind, wie dies etwa bei Menschen- oder Gruppenrechten der Fall ist, aber auch im Rahmen des „klassischen“ staatszentrierten Völkerrecht vorausgesetzt wird. Dabei werden diese Beispiele von unmittelbaren über mittelbare, bis hin zu potentiellen Freiheitsverkürzungen abgeschichtet. Die Auswahl der Beispiele erfolgt dabei im Hinblick auf das Ziel der Veranschaulichung dieser Kategorien und ihrer Wirkungsweisen. Sie beansprucht jedoch keine darüber hinausgehende empirische Erkenntnis, etwa über Regelmäßigkeiten oder geografische Verteilung, sondern soll die möglichen Konsequenzen der Ergebnisse von Friedensmediation für Betroffene verdeutlichen.

1. Unmittelbare Verkürzungen

a) Verfassungsänderung und Verfassungsgebung

Friedensverhandlungen im Allgemeinen und Mediation im Besonderen sind Orte der Verfassungspolitik. In ihnen wird über neue Verfassungen, Verfassungsänderungen, Verfassungsgebungs- und Verfassungsänderungs-

⁵⁹⁷ Siehe hierzu D.

prozesse sowie Übergangsverfassungen verhandelt.⁵⁹⁸ Zudem können Friedensvereinbarungen selbst in Teilen Verfassungsrang haben oder gar „Über“-Verfassungen sein, die der eigentlichen Verfassung normativ übergeordnet sind.⁵⁹⁹ Jedoch wird dieser Umstand im Gegensatz zu Diskursen um Demokratieförderung und andere – unter dem Sammelbegriff „liberal peace“ kritisierte – Ansätze vielfach als primär technischer Aspekt missverstanden.⁶⁰⁰ Während Demokratieförderung als politischer Akt eingestuft wird, welcher gegebenenfalls der Legitimation bedurft hätte, handelt es sich bei vielen Verfassungsfragen um rechtliche Akte, deren rein technischer Charakter letztlich keinen Legitimationsbedarf nach sich zu ziehen scheint.⁶⁰¹

Aus dieser Wahrnehmung lässt sich schwer erklären, wieso das Verhandeln von Verfassungsfragen im Rahmen der Mediation den Legitimationsbedarf dieses Verfahrens gegebenenfalls mitbegründen soll. Begriffe wie „constitutional engineering“,⁶⁰² aber vor allem „constitutional design“⁶⁰³

598 Andrew G. Reiter, *Fighting Over Peace: Spoilers, Peace Agreements, and the Strategic Use of Violence*, Cham 2016, S. 124; zu Übergangsverfassungen siehe Charmaine Rodrigues, *Letting off steam: Interim constitutions as a safety valve to the pressure-cooker of transitions in conflict-affected states?*, *Global Constitutionalism* 6 (2017), 33, 38.

599 Bezogen auf das sudanesishe Comprehensive Peace Agreement (CPA) Philipp Dann, Zaid Al-Ali, *The Internationalized Pouvoir Constituant*, *Max Planck Yearbook of United Nations Law* 10 (2006), 423, 448.

600 Christine Bell, *Introduction: Bargaining on constitutions – Political settlements and constitutional state-building*, *Global Constitutionalism* 6 (2017), 13, 30 („[...] there is a need for development actors to move from a technical understanding of constitutions, to an understanding of the process dimensions of constitutions capable of seeing their relationship to politics and to controversies over the nature of the state and its capacity for inclusion.“).

601 Beispielhaft Max-Planck Arbeitsgruppe Globaler Wissenstransfer, *Zehn Jahre Globaler Wissenstransfer: Projekte und Forschung 2002 – 2012*, 2012, <http://www.mpil.de/files/pdf3/MPIL_Globaler_Wissenstransfer_2002-2012.pdf>, Stand 13.03.2019, S. 38 („Mit Unterstützung eines Teams international renommierter Mediatoren [...] konzentrierten sich die [...] Diskussionen auf rein technische Änderungen der ICSS. Verfassungsänderungen, deren Umsetzung politische Entscheidungen voraussetzen, wurden bewusst aus den Diskussionen ausgeklammert, da diese den Kompetenzrahmen des Forums überschritten hätten.“).

602 Giovanni Sartori, *Comparative constitutional engineering: an inquiry into structures, incentives and outcomes*, Houndmills 1994.

603 Andrew Reynolds (Hrsg.) *The architecture of democracy: constitutional design, conflict management, and democracy*, Oxford [u.a.] 2002; Sujit Choudhry (Hrsg.) *Constitutional Design for Divided Societies*, Oxford 2008.

verdeutlichen diese Problematik. Greift man an dieser Stelle Design als Metapher auf,⁶⁰⁴ so bringt die dabei mitschwingende Idee von „*form follows function*“⁶⁰⁵ den Vorrang technischer Praktikabilität gegenüber Politik oder Ästhetik zum Ausdruck, der dem Begriff Engineering bereits gänzlich inhärent ist. Auf die Frage, was eine rechtstechnisch sinnvolle Verfassungskonzeption ist, scheint es Antworten zu geben, die gegebenenfalls fachlich umstritten sind, an deren letztgültiger Beantwortbarkeit aber kein Zweifel zu bestehen scheint.⁶⁰⁶ Das Ziel von constitutional design und ähnlichen Prozessen ist damit nicht lediglich eine gute, sondern, die eine richtige Verfassung zu finden. Allein der verbleibende Gestaltungsspielraum kann dann durch Politik ausgefüllt werden. Entgegen aller Beteuerungen maßgeschneiderter Lösungen für Post-Konflikt Situationen zeigt der Vorwurf sich wiederholender, vorgefertigter Entwürfe,⁶⁰⁷ dass das metaphorische Design einhergeht mit konstitutioneller Konfektionsware, welche – bloß scheinbar individuell – zum Konsumgut geworden ist.⁶⁰⁸

Problematisch ist daran, dass dieser Umstand wiederum mit einer anderen, deutlich idealisierten Erzählung kollidiert, die nach Selbstermächtigung, Kollektivität und Aufbruch klingt:

604 Ebenso metaphorisch von „macro institutional rules, the clay for constitutional designers“ sprechend *Katharine Belmont, Scott Mainwaring u. a.*, Introduction: Institutional Design, Conflict Management, and Democracy Katharine, in: Reynolds (Hrsg.), *The architecture of democracy: constitutional design, conflict management, and democracy*, Oxford 2002, S. 1, 1.

605 *Louis H. Sullivan*, *The tall office building artistically considered*, Lippincott's (1896), 403, 408 („form ever follows function, and this is the law.“); vgl. *Earle Loran*, Introduction, in: *Small* (Hrsg.), *Form and function: remarks on art, design and architecture* by Horatio Greenough, Berkeley 1947, S. xiii, xiii ff.

606 Vgl. kritisch *Theodore L. Becker*, Book Review: *Comparative Constitutional Engineering*, *Legal Studies Forum* 19 (1995), 223, 223, 225.

607 *Christine Bell*, Introduction: Bargaining on constitutions – Political settlements and constitutional state-building, *Global Constitutionalism* 6 (2017), 13, 31.

608 Folgerichtig von „products“, „buyers“, „suppliers“ und „competition“ sprechend *Tom Ginsburg*, *Constitutional Advice and Transnational Legal Order*, *UC Irvine Journal of International, Transnational, and Comparative Law* 2 (2017), 101, 29 f. Ergebnis dieser Prozesse ist zudem regelmäßig eine marktkonforme Verfassung, vgl. *Philipp Dann, Zaid Al-Ali*, *The Internationalized Pouvoir Constituant*, *Max Planck Yearbook of United Nations Law* 10 (2006), 423, 457 Fn. 100; *Ian Taylor*, *Liberal Peace, Liberal Imperialism: a Gramscian Critique*, in: *Richmond* (Hrsg.), *Advances in Peacebuilding*, New York 2010, S. 154, 159, 164 f.

*„In the point of rupture between the old regime and the new, the embarkation upon constitutional and transitional justice processes provides an important milestone in a community's history.“*⁶⁰⁹

*„No set of legal institutions or prescriptions exists apart from the narratives that locate it and give it meaning. For every constitution there is an epic [...]“*⁶¹⁰

Als Gründungsmythos eignen sich jedoch weder die vielfach in anderen Staaten oder gar auf anderen Kontinenten stattfindenden Mediationsprozesse, die, zuweilen unter Ausschluss der Öffentlichkeit, zwischen den Konfliktparteien stattfinden, noch davon ausgelagerte Expertengespräche. *Christine Bell* formuliert es treffend, wenn sie von einem Abhandenkommen des „We, the people“-Moments der Verfassungsgebung spricht.⁶¹¹ *Simon Chesterman*, der bereits vor ihr den Wandel von dieser Formel der Selbstermächtigung und -konstituierung hin zum fremdermächtigten „You, the people“ thematisierte, verdeutlicht anhand des Verfassungsgebungsprozesses auf Fidschi, dass wichtiger als die rechtstechnisch perfekte Lösung eine Gefühl von „ownership“ ist.⁶¹²

Die so bezeichnete Problematik lässt sich grob in zwei Stränge aufteilen. In einem Fall erfolgt Verfassungsgebung von außen. Im anderen erfolgt sie von oben. Ein bekanntes Beispiel für den ersten Fall ist die Verfassung Bosnien-Herzegowinas, die als Anhang des Friedensvertrags von Dayton⁶¹³ ohne die eigentliche *pouvoir constituant* zustande kam.⁶¹⁴ Ein weiteres historisches Beispiel, dessen Folgen sich bis in die Gegenwart erstrecken, ist die Verfassung Zyperns.⁶¹⁵ Diese war 1959 in Zürich zwischen der Türkei

609 *Juan E. Méndez*, Constitutionalism and Transitional Justice, in: Rosenfeld u. a. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law*, Oxford [u.a.] 2012, S. 1270, 1285 f.

610 *Robert Cover*, *The Supreme Court 1982 Term – Foreword: Nomos and Narrative*, *Harvard Law Review* 97 (1983), 4, 4.

611 *Christine Bell*, Introduction: Bargaining on constitutions – Political settlements and constitutional state-building, *Global Constitutionalism* 6 (2017), 13, 21.

612 *Simon Chesterman*, *You, the People: The United Nations, Transitional Administration, and State-Building*, Oxford, New York 2004, S. 211, 214.

613 General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina (Dayton Agreement), 21.11.1995, A/50/790, S/1995/999, ILM 35 (1996), S. 75 ff.; <https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/BA_951121_DaytonAgreement.pdf>, Stand 20.02.2021.

614 *Philipp Dann*, *Zaid Al-Ali*, *The Internationalized Pouvoir Constituant*, *Max Planck Yearbook of United Nations Law* 10 (2006), 423, 429.

615 *Oliver P. Richmond*, *Failed statebuilding*, New Haven [u.a.] 2014, S. 14.

und Griechenland verhandelt worden, um die Entlassung in die Unabhängigkeit durch Großbritannien vorzubereiten. Erst im Anschluss wurden je ein Vertreter der griechischen und der türkischen Zypriot*innen zu einer Konferenz nach London eingeladen, auf der ihnen die Ergebnisse der Züricher Verhandlungen zur Unterzeichnung vorgelegt wurden.⁶¹⁶ Eine Aufforderung, der sie dem Vernehmen nach lediglich zögerlich nachkamen.⁶¹⁷ Abseits dieser Extrembeispiele findet Verfassungsgebung in Post-Konfliktsituationen regelmäßig unter internationalem Einfluss statt, sei es durch NGOs, Expertengruppen, internationale Organisationen oder einzelne Staaten. Wenn diesbezüglich von „geteilter“ *pouvoir constituant* gesprochen wird,⁶¹⁸ veranschaulicht dies zwar den tatsächlichen Vorgang, gerät aber dennoch zu einem Euphemismus, indem dieser Vorgang als positiv konnotiert und freiwillig dargestellt wird.

Im zweiten Fall, der Verfassungsgebung von oben, zeigt sich eine „*constitution as reflecting an elite ‚dirty deal‘*“.⁶¹⁹ In diesen Fällen spiegelt der verfassungsrelevante Teil der Friedensvereinbarungen gerade nicht den zuvor zitierten kollektiven und emanzipatorischen Neuanfang wider, sondern dient zumindest in Teilen jenen Interessen, die zuvor bereits mit gewaltsamen Mitteln verfolgt wurden.⁶²⁰

Sowohl Verfassungsgebung von oben, als auch von außen stellt eine Abweichung vom vermeintlichen „Normalfall“ dar. Ideengeschichtlich,⁶²¹

616 Nicolas D. Macris, Introduction, in: Macris (Hrsg.), *The 1960 treaties on Cyprus and selected subsequent acts*, Mannheim [u.a.] 2003, S. 9, 11.

617 Altana Filos, *The Historical Development of the Legal System of Cyprus*, *Rechtstheorie* 34 (2003), 15, 25.

618 Philipp Dann, Zaid Al-Ali, *The Internationalized Pouvoir Constituant*, *Max Planck Yearbook of United Nations Law* 10 (2006), 423, 430 („[...] the *pouvoir constituant* is neither entirely surrendered nor is it kept entirely intact. Instead, control over the constitutional process is shared.“).

619 Christine Bell, Introduction: Bargaining on constitutions – Political settlements and constitutional state-building, *Global Constitutionalism* 6 (2017), 13, 22.

620 Christine Bell, *Peace agreements: their nature and legal status*, *AJIL* 100 (2006), 373, 399; Hallie Ludsin, *Peacemaking and Constitution-Drafting: A Dysfunctional Marriage?*, *University of Pennsylvania Journal of International Law* 33 (2011), 239, 277.

621 Statt vieler Martin Loughlin, Neil Walker, Introduction, in: Loughlin u.a. (Hrsg.), *The paradox of constitutionalism: constituent power and constitutional form*, Oxford [u.a.] 2007, S. 1, 1; für eine Perspektive des Globalen Südens siehe Siba Grovogu, *A Revolution Nonetheless: The Global South in International Relations*, *The Global South* 5 (2011), 175, 186.

wie auch rechtlich,⁶²² handelt es sich bei Verfassungsgebung um ein Recht, das dem Volk zugeschrieben wird.⁶²³ Mediationsprozesse weichen von diesem „Normalfall“ ab, da sie selbst bei einer inklusiven Ausgestaltung den Schwerpunkt auf die Beilegung des Konflikts zwischen den individuellen Parteien legen und nicht auf einen gesamtgesellschaftlichen Rekonstituierungsprozess.⁶²⁴ Mediationsprozesse bieten den Konfliktparteien definitionsgemäß einen privilegierten Zugang zur Lösung ihres eigenen Konflikts. Dieser besteht auch dann noch, wenn die Parteien zur Beilegung des Konflikts auf die, ihnen in jedem Fall nicht alleinig zustehende, verfassungsgebende Gewalt zugreifen.

Beispielhaft für die Art und Weise wie Mediationsprozesse zu Verfassungsgebungsprozessen werden können und dadurch auch spätere Verfassungsgebungs- und Verfassungsänderungsprozesse beeinflussen, ist der Prozess, der 2005 zum Comprehensive Peace Agreement (CPA)⁶²⁵ im Sudan führte und schlussendlich 2011 die Unabhängigkeit des Südsudans ermöglichte. An der Verhandlung des CPA waren als Parteien lediglich die beiden Konfliktparteien der sudanesischen Zentralregierung auf der einen Seite und der *Sudan People's Liberation Movement* (SPLM) auf der anderen Seite vertreten. Auch wenn das CPA keine Verfassungsnormen im eigentlichen Sinne enthielt, sondern lediglich den Prozess anstoßen sollte, der zur Interim National Constitution (INC) führen sollte, so handelte es sich doch, wie *Philipp Dann* und *Zaid Al-Ali* schreiben, um eine „Über“-Verfassung, der die Vertragsparteien in Art. 2.12.5 des zweiten Kapitels des CPA eine rechtliche Vorrangstellung gegenüber der zu entwerfenden INC

622 Human Right Committee, CCPR/C/21/Rev.1/Add.7, S. 4; vgl. dazu *Rüdiger Wolfrum*, Legitimacy of Constitution-making Processes: Reflections from the Perspective of International Law, in: Grote u. a. (Hrsg.), *Constitutionalism, human rights, and Islam after the Arab spring*, Oxford 2016, S. 43, 47 f.

623 Zur Frage was darunter zwischen demos und ethnos ideengeschichtlich zu verstehen ist, siehe *Ulrich K. Preuss*, Constitutional Powermaking for the New Polity: Some Deliberations on the Relations between Constituent Power and the Power and the Constitution, in: Rosenfeld (Hrsg.), *Constitutionalism, Identity, Difference, and Legitimacy*, Durham 1994, S. 143, 149 ff.

624 *Hallie Ludsin*, Peacemaking and Constitution-Drafting: A Dysfunctional Marriage', *University of Pennsylvania Journal of International Law* 33 (2011), 239, 275.

625 The Comprehensive Peace Agreement Between The Government of The Republic of The Sudan and The Sudan People's Liberation Movement/Sudan People's Liberation Army (2005), <[https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/SD_060000_The Comprehensive Peace Agreement.pdf](https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/SD_060000_The%20Comprehensive%20Peace%20Agreement.pdf)>, Stand 07.07.2019.

einräumen.⁶²⁶ Zudem sollte die inhaltliche Vorwegnahme der INC durch die verfassungsbezogenen Bestandteile der CPS nicht unterschätzt werden. Insoweit beinhaltet die CPA zwar formal keine Verfassungsnormen, wohl aber materiell. Der Einwand, dass damit lediglich Einfluss auf eine Übergangsverfassung genommen wurde,⁶²⁷ die im Sinne eines Zwei-Phasen-Modells der Verfassungsgebung die Selbstbestimmung erst ermöglichen soll,⁶²⁸ ignoriert, dass sich ein mit dem Label der Übergangsverfassung versehenes Dokument gleichwohl verstetigen kann.⁶²⁹ Diese allgemeine Erkenntnis verdeutlicht auch die bundesdeutsche Erfahrung mit dem dauerhaften Provisorium des Grundgesetzes.⁶³⁰ Zugleich wurde im Vorwege der Verhandlungen zum Südsudan durchaus die Möglichkeit erkannt, dass die durch das CPA präterminierte Übergangsverfassung im Falle eines Verbleibs des Südens als dauerhafte Verfassung eines gesamtsudanesischen Bundesstaates fungieren könnte.⁶³¹ Auch nach der Unabhängigkeit des Südsudans blieb der Sudan bei der Übergangsverfassung, welche mit einigen Änderungen bis zur Verfassungserklärung vom August 2019 im Zuge der sudanesischen Revolution in Kraft blieb.⁶³²

626 Philipp Dann, Zaid Al-Ali, The Internationalized Pouvoir Constituant, Max Planck Yearbook of United Nations Law 10 (2006), 423, 448.

627 Rüdiger Wolfrum, Legitimacy of Constitution-making Processes: Reflections from the Perspective of International Law, in: Grote u. a. (Hrsg.), Constitutionalism, human rights, and Islam after the Arab spring, 2016, S. 43, 49.

628 Andrew Arato, Redeeming the Still Redeemable: Post Sovereign Constitution Making, International Journal of Politics, Culture, and Society 22 (2009), 427, 431 f.; Andrew Arato, Post sovereign constitution making: learning and legitimacy 2016, S. 10 f.

629 Charmaine Rodrigues, Letting off steam: Interim constitutions as a safety valve to the pressure-cooker of transitions in conflict-affected states?, Global Constitutionalism 6 (2017), 33, 56; Christine Bell, Introduction: Bargaining on constitutions – Political settlements and constitutional state-building, Global Constitutionalism 6 (2017), 13, 23.

630 Vgl. Horst Dreier, Gilt das Grundgesetz ewig?, München 2009, S. 79.

631 Rüdiger Wolfrum, Föderalismus als Beitrag zur Friedenssicherung: Überlegungen zu einer Verfassung für Zypern und den Sudan, in: Brenner u. a. (Hrsg.), FS Badura, Tübingen 2004, S. 1245, 1262.

632 Noha Ibrahim Abdelgabar, International Law and Constitution Making Process: The Right to Public Participation in the Constitution Making Process in Post Referendum Sudan, Verfassung und Recht in Übersee 46 (2013), 131, 131 f.; Lutz Oette/ Mohamed Abdelsalam Babiker, Introduction, in: Oette u. a. (Hrsg.), Constitution-Making and Human Rights in the Sudans, Milton 2018, S. 1, 5; International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA), Sudan Constitutional Declaration August 2019, <<http://constitutionnet.org/vl/item/sudan-constitutional-declaration-august-2019>>, Stand 22.10.2020.

Im Rahmen der Verhandlungen, die schlussendlich zum Abschluss des CPA führten, näherten sich die Zentralregierung und die SPLM immer weiter an, sodass rückblickend das Fazit gezogen werden konnte, es handle sich schlussendlich um ein „*power-sharing agreement that excluded others*“.⁶³³ Wie weitreichend hier die Rechte unbeteiligter Dritter betroffen waren, wird anhand der im Rahmen der Verhandlungen umstrittenen Grenzgebiete der Nuba Mountains, South Blue Nile und Abyei deutlich, deren Exekutive und Legislative für die Übergangszeit nach festen Quoten zwischen Zentralregierung und SPLM aufgeteilt wurden und andere politische Kräfte ausschloss.⁶³⁴ Letztendlich ermöglichte es der Mediationsprozess sowohl der Zentralregierung in Karthum, als auch der SPLM, ihre jeweilige regionale Hegemonie abzusichern und sich dafür auch verfassungsrechtlicher Normen zu bedienen, wenn etwa der SPLM in der Übergangsphase der Erhalt einer eigenen Armee zugestanden wurde.⁶³⁵ Die so geschaffene Übermacht der SPLM im Südsudan führte letztlich auch dazu, dass die politischen Beteiligungsrechte der südsudanesischen Bevölkerung bei der Konstituierung ihres neuen Staates auf eine Ja-Nein-Abstimmung im Rahmen des Unabhängigkeitsreferendums reduziert wurde. Durch diese unterbliebene Beteiligung wurde zugleich die Grundlage für den folgenden innersüdsudanesischen Konflikt geschaffen bzw. verstärkt.⁶³⁶

Im Fall des CPA treffen zudem Verfassungsgebung von oben und Verfassungsgebung von außen zusammen. Zum einen schloss der Umstand, dass der Prozess sich primär auf die beiden Konfliktparteien konzentrierte, andere gesellschaftliche Akteure davon aus, Einfluss auf die Genese der verfassungsrelevanten Teile des CPA zu nehmen. Zugleich versuchten jedoch ausländische Akteure, ihre politischen Interessen in den Pro-

633 Øystein H. Rolandsen, A quick fix? A retrospective analysis of the Sudan Comprehensive Peace Agreement, *Review of African Political Economy* 38 (2011), 551, 559.

634 John Young, Sudan: A flawed peace process leading to a flawed peace, *Review of African Political Economy* 32 (2005), 99, 107; zu sonstigen Quotenregelungen Daniel Gruss, Katharina Diehl, A New Constitution for South Sudan, *Yearbook of Islamic & Middle Eastern Law* 16 (2010), 69, 70 f.

635 John Young, Sudan: A flawed peace process leading to a flawed peace, *Review of African Political Economy* 32 (2005), 99, 111.

636 Lotje de Vries, Mareike Schomerus, Fettered Self-determination: South Sudan's Narrowed Path to Secession, *Civil Wars* 19 (2017), 26, 41; Mark A. W. Deng, Defining the Nature and Limits of Presidential Powers in the Transitional Constitution of South Sudan: A Politically Contentious Matter for the New Nation, *Journal of African Law* 61 (2017), 23, 23 f.

zess einzubringen.⁶³⁷ So wurde der Versuch unternommen, in der religionsverfassungsrechtlichen Aufteilung zwischen dem primär animistisch und christlich geprägten Süden und dem mehrheitlich muslimischen Norden,⁶³⁸ der im Norden gelegenen Hauptstadt Khartum einen säkularisierten Sonderstatus zu verleihen. Ziel dieser Einflussnahme war demnach eine Beschwichtigung evangelikaler Einflussgruppen in den USA und in Norwegen.⁶³⁹ Auch wenn der Versuch schlussendlich nicht erfolgreich war, verdeutlicht er doch die Gestalt von Verfassungsgebung von außen.⁶⁴⁰ Ein weiteres Beispiel für äußeren Einfluss sind Expert*innenengremien, wie etwa der durch das Heidelberger Max-Planck-Institut für vergleichendes öffentliches Recht und Völkerrecht veranstaltete Heidelberg Dialogue, in dem ein erster Verfassungsentwurf erarbeitet wurde.⁶⁴¹ 2002 wurden dort Vertreter beider Konfliktparteien zusammengebracht. Sicherlich üben Expertengremien in der Regel keinen mit dem von Regierungen, Internationalen Organisationen oder NGOs vergleichbaren Druck auf die Konfliktparteien aus. Sie sind jedoch – wie zuvor bereits bezogen auf die Mediation erörtert – Orte von liquid authority bzw. theoretischer Autorität.⁶⁴² Durch das in ihnen mitgetragene Vorverständnis haben sie inhaltlichen Einfluss auf den Mediationsprozess und den darin enthaltenen

637 Øystein H. Rolandsen, A quick fix? A retrospective analysis of the Sudan Comprehensive Peace Agreement, *Review of African Political Economy* 38 (2011), 551, 560.

638 Charles Riziki Majinge, Southern Sudan and the Struggle for Self-Determination in Contemporary Africa: Examining Its Basis under International Law, *GYIL* 53 (2010), 541, 545.

639 Philipp Dann, Zaid Al-Ali, The Internationalized Pouvoir Constituant, *Max Planck Yearbook of United Nations Law* 10 (2006), 423, 449; zu den us-amerikanischen Hintergründen John Young, Sudan: A flawed peace process leading to a flawed peace, *Review of African Political Economy* 32 (2005), 99, 103; dazu auch Øystein H. Rolandsen, A quick fix? A retrospective analysis of the Sudan Comprehensive Peace Agreement, *Review of African Political Economy* 38 (2011), 551, 554.

640 Der IGAD Hauptmediator Lazaro Sumbeiywo soll dem amerikanischen Gesandten in diesem Zusammenhang gedroht haben, ihn zu erschießen, nachdem er erkannt hatte, dass der Prozess gegen die Interessen der Konfliktparteien gedreht worden war, siehe Harriet Martin, *Kings of Peace, Pawns of War: the untold story of peace-making*, London 2006, S. 148.

641 Max-Planck Arbeitsgruppe Globaler Wissenstransfer, Zehn Jahre Globaler Wissenstransfer: Projekte und Forschung 2002 – 2012, 2012, <http://www.mpil.de/files/pdf3/MPIIL_Globaler_Wissenstransfer_2002-2012.pdf>, Stand 13.03.2019, S. 13; Philipp Dann, Zaid Al-Ali, The Internationalized Pouvoir Constituant, *Max Planck Yearbook of United Nations Law* 10 (2006), 423, 445.

642 Siehe hierzu C.II.2.b.

Verfassungsgebungsprozess.⁶⁴³ Dieses Vorverständnis wird deutlich, wenn Rüdiger Wolfrum, der den Heidelberg Dialogue maßgeblich gestaltet hat,⁶⁴⁴ in einem Sammelband mit dem Titel „Constitutionalism, human rights, and Islam after the Arab spring“ schreibt:

„As far as the body of providing the first draft for a new constitution is concerned, the best way to do so is to form a constitutional drafting committee which works together with parliament, probably consisting not only of all members of a former parliament or an existing parliament or even an assembly consisting of the members of the national parliament but also of the parliaments of states in a federal system. This was the solution followed in Germany, for example.“⁶⁴⁵

Ein derartiges Vorverständnis bei einem deutschen Rechtswissenschaftler ist weder überraschend noch per se problematisch, zieht aber doch die Frage nach sich, wieso gerade dieses Vorverständnis, oder das der anderen diversen Expert*innen Eingang in den Prozess nehmen sollte und nicht etwa ein griechisches oder pakistanisches. Insoweit idealisiert Peter Häberle zu sehr, wenn er egalitär von „textuelle[r] und kontextuelle[r] Verfassungsvergleichung als wechselseitige[m] Lehr- und Lernprozess“ schreibt und davon, dass „die Verfassungsrechtler der Welt gemeinsam ein Stück universaler Gelehrtenrepublik im Zeichen des Konstitutionalismus [repräsentieren]“. ⁶⁴⁶ Zugleich veranschaulicht gerade das Heidelberger Projekt Globaler Wissenstransfer, welches als Vorhaben des MPIs begann und nunmehr in die „Max-Planck-Stiftung für Internationalen Frieden und Rechtsstaatlichkeit gemeinnützige GmbH“ übergang und dabei etwa mit Mitteln des UNDP, der Konrad-Adenauer-Stiftung, des Auswärtigen Amtes oder der EU und des UNHCR finanziert wurde,⁶⁴⁷ dass der Übergang vom akademischen

643 Tom Ginsburg, Constitutional Advice and Transnational Legal Order, UC Irvine Journal of International, Transnational, and Comparative Law 2 (2017), 101, 25.

644 Philipp Dann, Zaid Al-Ali, The Internationalized Pouvoir Constituant, Max Planck Yearbook of United Nations Law 10 (2006), 423, 445.

645 Rüdiger Wolfrum, Legitimacy of Constitution-making Processes: Reflections from the Perspective of International Law, in: Grote u. a. (Hrsg.), Constitutionalism, human rights, and Islam after the Arab spring, Oxford 2016, S. 43, 49 (Hervorhebungen durch den Verfasser).

646 Peter Häberle, Ein afrikanisches Verfassungs- und Lesebuch – mit vergleichender Kommentierung, Berlin 2019, S. 281.

647 Max-Planck-Stiftung für Internationalen Frieden und Rechtsstaatlichkeit gemeinnützige GmbH, Jahresbericht 2013, Heidelberg 2014, S. 8; Max-Planck-Stiftung für Internationalen Frieden und Rechtsstaatlichkeit gemeinnützige GmbH, Annual Report 2017, Heidelberg 2018, S. 10.

Expert*innengremium zum Think Tank oder zur NGO mitsamt der damit einhergehenden Problematiken der Mittelbeschaffung⁶⁴⁸ fließend ist.

Die hier dargestellten und erörterten Beispiele dienen nicht primär der Kritik derselben. Weder soll an dieser Stelle eine Aussage über die Erforderlichkeit und Sinnhaftigkeit von Verfassungstexten getroffen werden, die zwischen Eliten im Rahmen von Friedensprozessen ausgehandelt werden, noch die Arbeit von Expert*innengremien und anderen externen Akteuren diskreditiert werden. Die Beispiele haben indes gezeigt, dass Mediationsprozesse dazu führen können, dass das originäre Recht der Bevölkerung, selbst über seine Verfassung bestimmen zu können, beschnitten bzw. verwässert wird. Es ist dieser Umstand, der zur Legitimationsbedürftigkeit der Friedensmediation beiträgt.

b) Statusrechte

Während Verfassungsgebung ein gesamtgesellschaftliches Recht ist, welches durch den Mediationsprozess betroffen werden kann, sind es häufig vor allem bestimmte Gruppen, die in ihren Statusrechten betroffen werden. Dies kann, wie bezüglich des Sudans bereits angeführt, religiöse Rechte betreffen,⁶⁴⁹ politische Rechte ethnischer Gruppen, wie in Bosnien-Herzegowina,⁶⁵⁰ oder aber Rechte bezogen auf Sprachen oder kulturelle Identität. So werden etwa nomadisch lebende Gruppen in ihrer Lebensweise bedroht, wenn der mit ihrer Lebensweise verbundene freie Grenzübertritt als sicherheitspolitisches Problemfeld identifiziert wird. Damit laufen diese Gruppen Gefahr, dass etwa in der Zentralafrikanischen Republik die Schließung der Grenze Bestandteil der Konfliktlösung werden könnte.⁶⁵¹ Das zentralafrikanische Friedensabkommen vom 6. Febru-

648 *Simon Chesterman*, *You, the People: The United Nations, Transitional Administration, and State-Building*, Oxford, New York 2004, S. 191 ff.; *Marian Roberts*, *Developing the craft of mediation: reflections on theory and practice*, London, Philadelphia 2007, S. 171 f.. Die Stiftung bekennt sich in ihren Leitsätzen zu politischer Neutralität und zur Unabhängigkeit, auch gegenüber politisch aktiven Geldgeber*innen, siehe Max-Planck-Stiftung für Internationalen Frieden und Rechtsstaatlichkeit gemeinnützige GmbH, Leitsätze, <<http://www.mpfpr.de/de/die-stiftung/stiftung/leitsaetze/>>, Stand 06.04.2019.

649 Siehe hierzu C.III.1.a.

650 *Michal Saliternik*, *Perpetuating democratic peace: procedural justice in peace negotiations*, EJIL 27 (2016), 617, 618.

651 Vgl. *Moritz von Rochow*, *Transnationale Nomaden im Völkerrecht: Staatsgrenzen und die Migration von Völkern*, Berlin 2019, S. 169 ff.

ar 2019 adressiert die nomadische Weidewirtschaft der Transhumanz in Art. 14 vor allem unter sicherheitspolitischen Aspekten, ohne dass konkrete Maßnahmen und daran geknüpfte Beschränkungen benannt werden.⁶⁵² Im anders gelagerten Fall des Grenzabkommens zwischen Sudan und Südsudan wird deutlich, dass eine den Nomadismus fördernde Berücksichtigung der Rechte nomadisch lebender Gruppen durchaus möglich ist.⁶⁵³ Darüber hinaus können jedoch auch allein aufgrund ihrer geographischen Lage konstituierte Gruppen, etwa die in Grenznähe lebende Menschen, besonders von Mediationsprozessen betroffen sein.

Ein plastisches, wenn auch wenig beachtetes Beispiel für die Verkürzung der Rechte substaatlicher Gruppen und der diese konstituierenden Individuen zeigt sich an den nunmehr z.T. in Nigeria angesiedelten Bewohnern der Bakassi-Halbinsel. Die Zugehörigkeit der als öl- und gasreich beschriebenen Bakassi-Halbinsel⁶⁵⁴ war zwischen Nigeria und Kamerun umstritten. Ausgehend von mehreren kleineren militärischen Auseinandersetzungen stand die Befürchtung eines vollumfänglichen bewaffneten Konflikts zwischen Kamerun und Nigeria im Raum.⁶⁵⁵

Die Halbinsel war und ist, neben der Frage ihrer Zugehörigkeit zu Nigeria oder Kamerun, zugleich Gegenstand der Bewegung für ein unabhängiges Biafra als Abspaltung von Nigeria,⁶⁵⁶ sowie Teil Ambazoniens, des ehemaligen Southern Cameroons, welches als anglophoner Teil Kameruns von diesem unabhängig sein soll.⁶⁵⁷ Bakassi war als Teil des König-

652 Accord politique pour la paix et la réconciliation en République centrafricaine (Février 2019), <<https://www.hdcentre.org/wp-content/uploads/2019/02/accord-pour-la-paix-et-la-reconciliation-en-Centrafrique.pdf>>, Stand 30.04.2019.

653 Moritz von Rochow, Transnationale Nomaden im Völkerrecht: Staatsgrenzen und die Migration von Völkern, Berlin 2019, S. 176 f.

654 Neil Ford, Fields of black gold – The Bakassi handover to Cameroon may bring risks as well as oil wealth, *Jane's Intelligence review* 20 (2008), 54, 54 f.

655 Piet Konings, Settling border conflicts in Africa peacefully, in: Abbink u. a. (Hrsg.), *Land, law and politics in Africa*, Leiden [u. a.], 2011, S. 191, 192.

656 Léon Koungou, *Comment construire la paix dans un espace postconflictuel? Le cas de Bakassi, Afrique contemporaine* (2010), 11, 19.

657 Piet Konings, The Anglophone Cameroon-Nigeria Boundary, *African Affairs* 104 (2005), 275, 295; Mark Dike DeLancey, Rebecca Neh Mbuh, Mark Wakeman DeLancey, *Historical dictionary of the Republic of Cameroon*, 4. Aufl., Lanham [u. a.] 2010, S. 36; Cameroon-Nigeria: Bakassi Judgement Final, *Africa Research Bulletin: Political, Social and Cultural Series* 49 (2012), 19442B, 19442B f.; Fonkem Achankeng I., „Mutual Hurting Stalemates“, „Ripe Moments“ and Third-party Intervention: Implications for the „Southern Cameroons“ Restoration of Statehood? Conflict, Round Table 101 (2012), 53, 65.

reichs Old Calabar⁶⁵⁸ Gegenstand kolonialer Expansion durch das britische Königreich. 1884 hatten beide Königreiche einen Protektoratsvertrag geschlossen, dessen rechtliche Bedeutung – insbesondere im Hinblick auf einen möglichen Übergang der Souveränität – umstritten ist.⁶⁵⁹ Relevant ist diese Frage, da Großbritannien 1913 in kolonialer Selbstverständlichkeit Bakassi an das Deutsche Reich abtrat, welches die Halbinsel als Teil des von ihm kolonisierten Kamerun betrachtete. Nachdem das Deutsche Reich 1916 die Herrschaft über Kamerun verloren hatte, wurde das Gebiet zwischen Frankreich und Großbritannien aufgeteilt und ab 1919 als Mandatsgebiet verwaltet.⁶⁶⁰ Sowohl Nigeria als auch Kamerun wurden 1960 unabhängig. Nach einer Volksabstimmung im zuvor britisch verwalteten Mandatsgebiet Southern Cameroons wurde dieses – und damit auch Bakassi – 1961 ein Teil Kameruns. Die nigerianische Sicht auf die Zugehörigkeit der Halbinsel und den genauen Grenzverlauf war in den folgenden zwei Jahrzehnten uneinheitlich und Nigeria mit einer Vielzahl anderer innen- wie außenpolitischer Herausforderungen konfrontiert.⁶⁶¹ Nachdem es 1981 zu einem militärischen Zwischenfall kam, spitzte sich der Konflikt kurzzeitig zu. 1991 begann die nigerianische Polizei, 1993 gefolgt von der nigerianischen Armee, die Kontrolle über Bakassi zu übernehmen, woraufhin es erneut zu militärischen Auseinandersetzungen mit

658 Zur Geschichte *M. Efiang Noah*, Political History of the City States of Old Calabar, 1820 – 60, in: Obichere (Hrsg.), Studies in Southern Nigerian history, London 1982, S. 37–68; kritisch *Joseph Christopher Okwudi Anene*, The Nigeria-Southern Cameroons Boundary, Journal of the Historical Society of Nigeria 2 (1961), 186, 193 f.

659 IGH, Case Concerning The Land And Maritime Boundary Between Cameroon And Nigeria (Cameroon v. Nigeria: Equatorial Guinea intervening), ICJ Reports 2002, S. 201 Rn. 103 ff; *Gbenga Oduntan*, Failings of International Adjudication, African Journal of International and Comparative Law 13 (2005), 262, 282 f.; Vgl. *J. Ndumbe Anyu*, The Bakassi Peninsula Conflict, Mediterranean quarterly 18 (2007), 39, 50; *Mieke van der Linden*, The Acquisition of Africa (1870–1914), Boston 2016, S. 252 ff.; *Dakas C. J. Dakas*, Interrogating Colonialism: Bakassi, Nigerian Yearbook of International Law 1 (2017), 113, 117.

660 IGH, Case Concerning The Land And Maritime Boundary Between Cameroon And Nigeria (Cameroon v. Nigeria: Equatorial Guinea intervening), ICJ Reports 2002, S. 32 Rn. 34, 102 Rn. 199.

661 *Essombe Edimo Joseph*, Considérations Juridiques sur le Différend Frontalier de la Péninsule de Bakasi, African Journal of International and Comparative Law 7 (1995), 98, 105 f.; *Njinkeng Julius Bekong*, Boundary between Cameroon and Nigeria, African Journal of International and Comparative Law 9 (1997), 287, 290; *Piet Konings*, The Anglophone Cameroon-Nigeria Boundary, African Affairs 104 (2005), 275, 290 f.

Kamerun kam.⁶⁶² So wurde wiederholt das Ausbrechen eines vollumfänglichen bewaffneten Konflikts zwischen dem regionalen Hegemon Nigeria⁶⁶³ und dem z.T. von Frankreich militärisch unterstützen Kamerun⁶⁶⁴ befürchtet.⁶⁶⁵

Vor diesem Hintergrund wurde die von Kamerun 1994 angestrebte Klage vor dem IGH als vorbildlicher Umgang mit einem solchen Konflikt aufgefasst.⁶⁶⁶ Als der IGH 2002 sein Urteil verkündete, deutete jedoch vieles darauf hin, dass die nigerianische Regierung das Urteil angesichts des innenpolitischen Stimmungsbildes nicht umsetzen würde.⁶⁶⁷ Neben der (post-)kolonialen Problematik des zugrundeliegenden Konflikts sowie des Urteils, wurde von nigerianischer Seite vor allem auf die Belange der sich Nigeria zugehörig fühlenden, bzw. die nigerianische Staatsangehörigkeit besitzenden Bevölkerungsteile Bakassis hingewiesen.⁶⁶⁸ Der damalige UN-Generalsekretär *Kofi Annan* hatte bereits vor der Urteilsverkündung

662 *Piet Konings*, Settling border conflicts in Africa peacefully, in: Abbink u. a. (Hrsg.), Land, law and politics in Africa, Leiden [u.a.] 2011, S. 191, 197.

663 Zu dieser Charakterisierung vgl. *Martti Koskeniemi*, From apology to Utopia: the structure of international legal argument; with a new epilogue, 2. Aufl., Cambridge [u.a.] 2005, S. 580.

664 *Mark Dike DeLancey, Rebecca Neb Mbuh, Mark Wakeman DeLancey*, Historical dictionary of the Republic of Cameroon, 4. Aufl., Lanham [u.a.] 2010, S. 179.

665 *Piet Konings*, Settling border conflicts in Africa peacefully, in: Abbink u. a. (Hrsg.), Land, law and politics in Africa, Leiden [u.a.] 2011, S. 191, 192.

666 Vgl. *J. Ndumbe Anyu*, The Bakassi Peninsula Conflict, Mediterranean quarterly 18 (2007), 39, 39; *E. Ike Udogu*, African International Law and the Bakassi Dispute, African and Asian Studies 7 (2008), 77, 78.

667 *John G. Merrills*, Boundary Between Cameroon and Nigeria, International and Comparative Law Quarterly 52 (2003), 788, 797; *Colter Paulson*, Compliance With Final Judgments of the International Court of Justice Since 1987, AJIL 98 (2004), 434, 450 f.; *Ekpotuatin Charles Ariye, Laz Etemiike*, The dispute over Bakassi 1994–2006, Brazilian Journal of African Studies 2 (2017), 93, 103 f.

668 Die Regierung Nigerias aus einer nicht mehr zugängliche Internetquelle zitierend *John R. Crook*, The 2002 Judicial Activity of the International Court of Justice, AJIL 97 (2003), 352, 354, Fn. 21 („[F]or purely political reasons, the Court, headed by a French President, upheld a legal position, which is contrary to all known laws and conventions, thus legitimizing and promoting the interests of former colonial powers at our expense. The French President of the Court and the English and German judges should have disqualified themselves since the countries they represent are, in essence, parties to the action or have substantial stakes.“). Das staatliche Nigeria Information Service Center zum Bevölkerungsschutz und der vorherigen Aussage aus einer ebenfalls nicht mehr zugänglichen Quelle der nigerianischen Botschaft in Washington zitierend *Pieter H. F. Bekker*, Boundary between Cameroon and Nigeria, AJIL 97 (2003), 387, 397 (Ergänzt um „These judges, as citizens of the colonial powers

begonnen, zwischen den beiden Staaten zu mediierten, nachdem in der Vergangenheit bereits unterschiedliche Mediationsversuche gescheitert waren.⁶⁶⁹ Ziel der Mediation durch *Annan* war die Umsetzung des Urteils zu erreichen und die praktischen Probleme zu lösen, vor welche das Urteil die Parteien im Hinblick auf die Bevölkerung stellte. Der neuseeländische IGH-Richter *Kenneth Keith* sprach später in diesem Zusammenhang von „[...] *huge practical issues to be sorted out by the parties themselves [...and] highly complex questions about nationality and citizenship and landownership of the people on the peninsula, and whether foreigners could own land and so on*“.⁶⁷⁰

So konnte erst im Jahr 2006 durch das sog. Greentree-Abkommen eine Einigung zwischen den Parteien erreicht werden.⁶⁷¹ Der Abschluss wurde vielfach als vorbildliches Beispiel friedlicher Streitbeilegung bezeichnet.⁶⁷² Nach der offiziellen Übergabe an Kamerun im August 2006 verließen 2008 die letzten nigerianischen Beamten Bakassi.⁶⁷³ Obwohl Nigeria im Nachgang der Urteilsverkündung 2002 die (post-)koloniale Besetzung der Richterbank kritisiert hatte, findet sich kein Hinweis auf eine gleichgeartete Kritik an der Beteiligung der ehemaligen Kolonialstaaten Deutschland,

whose action had come under scrutiny, have acted as judges in their own cause and thereby rendered the judgment virtually null and void.“).

669 J. Ndumbe Anyu, The Bakassi Peninsula Conflict, *Mediterranean quarterly* 18 (2007), 39, 44, 52.

670 Kenneth Keith wiedergegeben in Roundtable Debate: Mediation versus Adjudication, in: van Hoogstraten u. a. (Hrsg.), *The Art of Making Peace: Lessons Learned from Peace Treaties*, Leiden 2016, S. 157, 187.

671 Agreement between the Republic of Cameroon and the Federal Republic of Nigeria concerning the Modalities of Withdrawal and Transfer of Authority in the Bakassi Peninsula (Greentree Agreement), 12.06.2006, UNTS 2542, S. 13, <<https://peacemaker.un.org/cameroonnigeriawithdrawal2006>>, Stand 29.04.2019.

672 So etwa die EU und Nigerias Präsident Olusegun Obasanjo, Cameroon-Nigeria: Bakassi Agreement, *Africa Research Bulletin: Political, Social and Cultural Series* 43 (2006), 16671A, 16671B, 16672A; ebenso der Repräsentant des UN-Generalsekretärs Kieran Prendergast, zitiert bei *Guy Roger Eba'a*, *Affaire Bakassi*, Yaoundé 2008, S. 198; allgemein *UN General Assembly*, in: Implementation of the recommendations contained in the report of the Secretary-General on the causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa: Progress report of the Secretary-General (A/61/213) (2006), S. 6 Rn. 19; *Mark Dike DeLancey, Rebecca Neh Mbuh, Mark Wakeman DeLancey*, *Historical dictionary of the Republic of Cameroon*, 4. Aufl., Lanham [u.a.] 2010, S. 75.

673 F. Baye, Implications of the Bakassi conflict resolution for Cameroon, *African Journal on Conflict Resolution* 10 (2010), 9, 11.

Frankreich und Großbritannien als Zeugen am Mediationsverfahren.⁶⁷⁴ Dies ist umso erstaunlicher, als der Abschluss des Abkommens auch dem Umstand zugeschrieben wird, dass die Zeugen, über die der Bezeichnung anhaftende Konnotation des Passiven hinausgehend, aktiv Druck auf die Konfliktparteien ausübten.⁶⁷⁵

Vom IGH-Urteil bis zum Greentree-Abkommen waren die Interessen der betroffenen Bevölkerung stets hervorgehoben worden. Der IGH hatte zum Schluss seines Urteils wohlwollend auf diese Aussage Kameruns verwiesen, der nigerianischen Bevölkerung auf Bakassi auch weiterhin Gastfreundschaft und Toleranz entgegenbringen zu wollen, und den Parteien aufgegeben, im Interesse der betroffenen Bevölkerung miteinander zu kooperieren.⁶⁷⁶ Mit dem Greentree-Abkommen sollte dieser Aufforderung entsprochen werden. Das Abkommen garantierte in Art. 3 Abs. 1 die Einhaltung aller menschenrechtlichen und weiteren völkerrechtlichen Verpflichtungen Kameruns zugunsten der in Bakassi lebenden nigerianischen Bevölkerung und listete in Art. 3 Abs. 2 detailliert Verpflichtungen auf, wie etwa das Verbot diskriminierender Steuern (Art. 3 Abs. 2 lit. e) oder das Verbot, die Bevölkerung zum Wechsel der Nationalität oder dem Verlassen der Halbinsel zu zwingen (Art. 3 Abs. 2 lit. a). Abs. 1 bis 3 des Annex 1 des Abkommens sahen eine zweijährige Übergangsphase vor, während derer weiterhin nigerianische Verwaltung und Polizei vor Ort waren. Ab August 2008 sah Abs. 4 des Annex 1 eine weitere fünfjährige Übergangsphase vor, die etwa in Abs. 4 lit. b eine Regelung dazu enthielt, dass nigerianische Staatsangehörige, die auf Bakassi leben, bei der Einreise aus Nigeria weder den kamerunischen Zoll- oder Einreisebestimmungen unterfallen.

674 Im Gegensatz den nigerianschen Präsidenten Olusegun Obasanjo zitierend *Alain Didier Olinga*, L' accord de Greentree, Paris 2009, S. 143 („I will also like to thank our friends, the Governments of the United Kingdom, the United States of America, France and Germany as witnesses to the Greentree Agreement.“); insbesondere die Beteiligung Deutschlands sticht hervor, da es nur höchst selten und dann in klar begründeten Fällen als Zeuge in Mediationsverfahren auftritt; kritisch *Sylvanus Idahota Ebohon*, The Nigeria/Cameroun Bakassi Conflict, *Journal of Asian and African Studies* 51 (2014), 186, 195.

675 *Guy Roger Eba'a*, Affaire Bakassi, Yaoundé 2008, S. 199; *Mashood Issaka*, *Kapinga Yvette Ngandu*, Meeting Note, in: Lupel (Hrsg.), *Pacific Settlement of Border Disputes: Lessons from the Bakassi Affair and the Greentree Agreement*, New York 2008, S. 1, 3.

676 IGH, Case Concerning The Land And Maritime Boundary Between Cameroon And Nigeria (Cameroon v. Nigeria: Equatorial Guinea intervening), ICJ Reports 2002, S. 452 Rn. 316 f.

Der Hintergrund für diese umfangreiche Regelung wird mit der gefühlten Zugehörigkeit eines Großteils der Bevölkerung von Bakassi zu Nigeria nur verkürzt wiedergegeben,⁶⁷⁷ auch wenn dieses Zugehörigkeitsgefühl vielfach stark zum Ausdruck gebracht wurde.⁶⁷⁸ Während der IGH vor allem den nigerianischen Bürgerkrieg 1968 für den Anstieg nigerianischer Bevölkerung auf Bakassi verantwortlich machte,⁶⁷⁹ beschreiben manche Autoren das ehemalige britische Mandatsgebiet Southern Cameroons als bereits davor, infolge der einheitlichen britischen Verwaltung Nigerias und Southern Cameroons, durch nigerianische Zuwanderung und intensive wirtschaftliche Beziehungen zu Nigeria geprägt.⁶⁸⁰ Die künstliche koloniale Grenze zwischen den Gebieten sei erst mit der Unabhängigkeit von Southern Cameroons als Teil Kameruns relevant geworden.⁶⁸¹ Ab diesem Zeitpunkt seien die nigerianischen Teile der Bevölkerung statusrechtlich Ausländer*innen gewesen. Doch auch danach habe es einen regen und wachsenden wirtschaftlichen und personellen Austausch zwischen der nunmehr kamerunischen und der nigerianischen Seite der Grenze

677 Von bis zu 90 % ausgehend J. Ndumbe Anyu, *The Bakassi Peninsula Conflict*, *Mediterranean quarterly* 18 (2007), 39, 50; Mashood Issaka, *Kapinga Yvette Ngandu*, Meeting Note, in: Lupel (Hrsg.), *Pacific Settlement of Border Disputes: Lessons from the Bakassi Affair and the Greentree Agreement*, New York 2008, S. 1, 4.

678 Beipielhaft für das Maß an Zugehörigkeitsgefühl und die Verbindung mit potentiellen Unabhängigkeitsbestrebungen den Abgeordneten für Baksassi im Cross River State House of Assembly, Joe Atene, zitierend Piet Konings, *Settling border conflicts in Africa peacefully*, in: Abbink u. a. (Hrsg.), *Land, law and politics in Africa*, Leiden [u.a.] 2011, S. 191, 203 („We have always been Nigerians, and if Nigeria now decides to turn its back to us, we may not have any other option than to pursue self-determination. We will not be part of Cameroon.“).

679 IGH, *Case Concerning The Land And Maritime Boundary Between Cameroon And Nigeria* (Cameroon v. Nigeria: Equatorial Guinea intervening), ICJ Reports 2002, S. 414 Rn. 221.

680 Joseph Christopher Okwudi Anene, *The Nigeria-Southern Cameroons Boundary*, *Journal of the Historical Society of Nigeria* 2 (1961), 186, 195; Piet Konings, *The Anglophone Cameroon-Nigeria Boundary*, *African Affairs* 104 (2005), 275, 279 f.

681 Vgl. Joseph Christopher Okwudi Anene, *The Nigeria-Southern Cameroons Boundary*, *Journal of the Historical Society of Nigeria* 2 (1961), 186, 195 („The people in authority in the two territories should endeavor, therefore, to eliminate the boundary as a 'human divide.'“).

gegeben.⁶⁸² Neben der Fischerei,⁶⁸³ deren Erträge ebenfalls gehandelt werden,⁶⁸⁴ bildet seitdem dieser unkontrollierte Handel die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz der Bevölkerung von Bakassi.⁶⁸⁵ So wurde die Grenze auch nach 1961 vielmehr als permeable Grenzzone beschrieben, in der sich die lokale Bevölkerung abseits staatlicher Kontrolle bewegt.⁶⁸⁶

Die zuvor dargestellten Normen des Greentree-Abkommens können als Versuch des Umgangs mit der sich in ihrer Identität und ihren wirtschaftlichen Beziehungen auf Nigeria beziehenden Bevölkerungsmehrheit auf Bakassi verstanden werden. Trotz dieser Anstrengungen haben sich die im Verlauf des Grenzstreits immer wieder geäußerten Befürchtungen⁶⁸⁷ zum Teil bewahrheitet. Mehrere Quellen berichten von bis zu 100.000 Menschen, die Bakassi infolge der Übergabe an Kamerun in Richtung Nigeria verlassen haben.⁶⁸⁸ Als Gründe werden sowohl das Zugehörigkeitsgefühl,

682 Piet Konings, *The Anglophone Cameroon-Nigeria Boundary*, *African Affairs* 104 (2005), 275, 284.

683 Von ca. 40 Prozent Fischern ausgehend *Osita C. Eze*, *Nigeria and Cameroon Before the International Court of Justice*, in: Lupel (Hrsg.), *Pacific Settlement of Border Disputes: Lessons from the Bakassi Affair and the Greentree Agreement*, New York 2008, S. 20, 20.

684 *Molem Christopher Sama, Debora Johnson-Ross*, *Reclaiming the Bakassi Kingdom*, *Afrika Zamani* 13–14 (2006), 103, 117.

685 Piet Konings, *The Anglophone Cameroon-Nigeria Boundary*, *African Affairs* 104 (2005), 275, 289.

686 *Molem Christopher Sama, Debora Johnson-Ross*, *Reclaiming the Bakassi Kingdom*, *Afrika Zamani* 13–14 (2006), 103, 105 m.w.N.; zum Begriff der Permeabilität *Werner Schiffauer, Jochen Koch, Andreas Reckwitz, Kerstin Schoor, Hannes Krämer*, *Borders in Motion: Durabilität, Permeabilität, Liminalität*, *Working Paper Series* Nr. 1, Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION, Frankfurt (Oder) 2018, S. 16 f.

687 Vgl. *Gbenga Oduntan*, *The Demarcation of Straddling Villages*, *Chinese Journal of International Law* 5 (2006), 79, 99 f., 102, 108 f.

688 Piet Konings, *Settling border conflicts in Africa peacefully*, in: Abbink u. a. (Hrsg.), *Land, law and politics in Africa*, Leiden [u. a.] 2011, S. 191, 204; *Obasesam Okoi*, *Limits Of International Law*, *International journal on world peace* 33 (2016), 77, 78. Ein Grund für die unübersichtliche Datenlage dürften die sehr unterschiedlichen Angaben zur Gesamtbevölkerung Bakassis sein. Von ca. 37.000 ausgehend *Osita C. Eze*, *Nigeria and Cameroon Before the International Court of Justice*, in: Lupel (Hrsg.), *Pacific Settlement of Border Disputes: Lessons from the Bakassi Affair and the Greentree Agreement*, New York 2008, S. 20, 20. Von 150.000 bzw. 200.000 bis 300.000 ausgehend *J. Ndumbe Anyu*, *The Bakassi Peninsula Conflict*, *Mediterranean quarterly* 18 (2007), 39, 50; Piet Konings, *The Anglophone Cameroon-Nigeria Boundary*, *African Affairs* 104 (2005), 275, 289.

als auch ab 2009 Konflikte mit kamerunischen Gendarmen⁶⁸⁹ bis hin zu Tötungen und Vertreibungen angeführt.⁶⁹⁰

Entgegen ursprünglich zum Teil anderslautender Einordnungen,⁶⁹¹ hat sich die Einschätzung durchgesetzt, dass es sich im Fall Bakassis in der Tat um Geflüchtete und nicht um freiwillig Ausreisende handelte.⁶⁹² Im März 2013 kam es nach Missverständnissen über Fischereirechte und Steuern erneut zu Konflikten, sodass weitere nigerianische Staatsangehörige von der Halbinsel nach Nigeria flohen. Mit dem Ende der fünfjährigen Übergangsphase, das in Abs. 4 des Annex 1 des Greentree-Abkommens für August 2013 vorgesehen war, traten neben die ohnehin bestehenden Spannungsverhältnisse die Kosten für eine Aufenthaltsgenehmigung, sofern nicht die kamerunische Staatsangehörigkeit angenommen wurde. Die Kosten betrugen 2013 130.000 Francs CFA, umgerechnet ca. \$260 für zwei Jahre oder 250.000 Francs CFA für 10 Jahre.⁶⁹³ Bei einem Pro-Kopf-Einkommen von ca. \$1493 in Kamerun,⁶⁹⁴ bzw. \$2996 in Nigeria,⁶⁹⁵ handelt es sich dabei um schwerwiegende Belastungen, insbesondere, da die Hälfte der Bevölkerung beider Länder noch 2008 von nur einem Dollar pro Tag lebte.⁶⁹⁶ Hinzu trat, dass es infolge der Übergabe erstmals zur Besteuerung

689 Vgl. *Mashood Issaka, Kapinga Yvette Ngandu*, Meeting Note, in: Lupel (Hrsg.), *Pacific Settlement of Border Disputes: Lessons from the Bakassi Affair and the Greentree Agreement*, New York 2008, S. 1, 4; *Cameroon-Nigeria: Unexplained Attack*, *Africa Research Bulletin: Political, Social and Cultural Series* 45 (2008), 17560B, 17560C; *Piet Konings*, *Settling border conflicts in Africa peacefully*, in: Abbink u. a. (Hrsg.), *Land, law and politics in Africa*, Leiden [u.a.] 2011, S. 191, 204.

690 *Cameroon-Nigeria: Bakassi Boundary Defined*, *Africa Research Bulletin: Political, Social and Cultural Series* 46 (2009), 18210C, 18210C.

691 Sich auf November 2005 beziehend und primär wirtschaftliche Gründe anführend *Guy Roger Eba'a*, *Affaire Bakassi*, Yaoundé 2008, S. 189.

692 *Mark Dike DeLancey, Rebecca Neh Mbuh, Mark Wakeman DeLancey*, *Historical dictionary of the Republic of Cameroon*, 4. Aufl., Lanham [u.a.] 2010, S. 54.

693 *Cameroon-Nigeria: Bakassi Transitional Period Ends*, *Africa Research Bulletin: Political, Social and Cultural Series* 50 (2013), 19802A, 19802A.

694 <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD?locations=CM> (Stand: 04.04.2018); Pro Kopf-Einkommen im Jahr des Nigerianischen Abzugs (2013).

695 <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD?locations=NG> (Stand: 04.04.2018).

696 Dougueli, *Cameroun – Les promesses de Bakassi*, *Jeune Afrique* vom 24.08.2008, Nr. 2485, S. 30.

kleinerer Einkünfte kam und für den Handel mit Nigeria nunmehr Zollgebühren anfielen.⁶⁹⁷

Die sich nunmehr in Nigeria befindlichen ehemaligen Bewohner*innen Bakassis, von denen vorher viele Fischer*innen waren, wurden von den nigerianischen Behörden im Landesinneren in einer New Bakassi genannten Gegend angesiedelt. Damit hatten weite Teile der Betroffenen ihre Erwerbsgrundlage verloren und befanden sich, abhängig von staatlicher Hilfe, in einer als zu klein beschriebenen Siedlung, sodass es nun zu Konflikten mit der dort ursprünglich lebenden Bevölkerung kam.⁶⁹⁸ Daneben existieren Berichte, dass sowohl von Bakassi stammende, wie auch die nach wie vor dort befindlichen Menschen, ihre Staatsangehörigkeit nicht nachweisen konnten und daher faktisch staatenlos wurden oder sich dieser Gefahr ausgesetzt sahen.⁶⁹⁹ Die Problematik der Staatenlosigkeit ging zudem damit einher, dass Bakassi infolge fehlender Ratifikation des Green-tree-Abkommens durch das nigerianische Parlament in der nigerianischen Verfassung nach wie vor als eigenständige „*local government area*“ innerhalb des Cross River States aufgeführt ist.⁷⁰⁰ Dies führte im Ergebnis dazu, dass die ehemalige Bevölkerung Bakassis ihr Wahlrecht im Rahmen der Regionalwahl nicht ausüben konnte, da sie sich nicht innerhalb des auf diesen Regelungen basierenden Wahlbezirks Bakassi befand.⁷⁰¹ Insgesamt wird die Situation der ehemaligen Bevölkerung durch den Nigerianischen

697 Cameroon-Nigeria: Bakassi Transitional Period Ends, Africa Research Bulletin: Political, Social and Cultural Series 50 (2013), 19802A, 19802A.

698 *Léon Koungou*, Comment construire la paix dans un espace postconflictuel? Le cas de Bakassi, Afrique contemporaine (2010), 11, 23; *Piet Konings*, Settling border conflicts in Africa peacefully, in: Abbink u. a. (Hrsg.), Land, law and politics in Africa, Leiden [u.a.] 2011, S. 191, 204; *Rebecca K. LeFebvre*, Interests and Identities in Peace Negotiations: Nigeria, Cameroon, and the Bakassi Peninsula, African Social Science Review 6 (2013), 83, 85.

699 Chidi Odinkalu, Stateless in Bakassi: How a Changed Border Left Inhabitants Adrift, 02.04.2012, <<https://www.opensocietyfoundations.org/voices/stateless-bakassi-how-changed-border-left-inhabitants-adrift>>, Stand 04.05.2019; Omeiza Ajayi, Bakassi people on verge of becoming stateless, UNHCR warns, 06.10.2016, <<https://www.vanguardngr.com/2016/10/bakassi-people-on-verge-of-becoming-stateless-unhcr-warns/>>, Stand 04.05.2019; *Obasesam Okoi*, Limits Of International Law, International journal on world peace 33 (2016), 77, 96.

700 *Alain Didier Olinga*, L' accord de Greentree, Paris 2009, S. 38, 40 f.

701 Chidi Odinkalu, Stateless in Bakassi: How a Changed Border Left Inhabitants Adrift, 02.04.2012, <<https://www.opensocietyfoundations.org/voices/stateless-bakassi-how-changed-border-left-inhabitants-adrift>>, Stand 04.05.2019; *Obasesam Okoi*, Limits Of International Law, International journal on world peace 33 (2016), 77, 96.

Supreme Court pointiert zusammengefasst. Dieser war mit der Frage des Wahlrechts befasst worden und appellierte 2018 an die Independent Electoral Commission:

*„Based on this provision, I would counsel the Independent National Electoral Commission to, as a matter of urgency activate its powers under Sections 112, 113 and 114 of the 1999 Constitution and do the needful, bearing in mind that the people of Bakassi have lost their land, are now refugees in their country, and having lost their means of livelihood, they should not at the same time lose their right to political representation.“*⁷⁰²

Dieses Zitat verdeutlicht, wie weitreichend sich eine Mediation auf die Rechte von Gruppen und Individuen auswirken kann. Auch wenn die Ausgangsentscheidung, dass Bakassi zu Kamerun gehört, durch den IGH getroffen wurde, ist die praktische Ausgestaltung dieser Entscheidung doch das Ergebnis eines Mediationsverfahrens. Auch hierin liegt der Legitimationsbedarf der Friedensmediation begründet.

2. Mittelbare Freiheitsverkürzung

Die Mediation im Fall Bakassis hat unmittelbar dazu beigetragen, dass sich die Grenze über die Köpfe und Dächer der Bewohner*innen hinwegbewegte, sodass diese danach Ausländer*innen waren. Die Bewohner*innen waren damit unmittelbarer Bezugspunkt des Greentree-Abkommens. In anderen Fällen wiederum führen Mediationsprozesse lediglich mittelbar zu Freiheitsverkürzungen. Besonders anschaulich wird dies am Beispiel von Flüssen. Bezogen auf diese können zwei Parteien eine Vereinbarung treffen, die sich mittelbar zu Lasten eines dritten Akteurs auswirkt. *Michal Saliternik* führt in diesem Zusammenhang das Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien von 1994 an.⁷⁰³ In dessen Art. 6, der durch Annex II des Abkommens konkretisiert wird, einigten sich beide Staaten neben anderen wasserbezogenen Fragen auf die durch sie zu entnehmende Menge Wasser aus dem Jordan und dem Jarmuk.⁷⁰⁴ Im Rahmen der

702 Supreme Court of Nigeria, Independent National Electoral Commission & Anor V. Muri Edet Etim Asuquo & Ors, LPELR-43885(SC), S. 24 f.

703 *Michal Saliternik*, Perpetuating democratic peace: procedural justice in peace negotiations, EJIL 27 (2016), 617, 619 f.

704 Treaty of Peace Between the State of Israel and the Hashemite Kingdom of Jordan, 26.10.1994, UNTS 2042, S. 351, <<https://peacemaker.un.org/israeljordan-peacetreaty94>>, Stand 09.05.2019.

späteren Oslo Gespräche zwischen Israel und der PLO verweigerte die israelische Seite eine Verhandlung über palästinensische Wasserentnahme mit Verweis auf die vertragliche Verpflichtung gegenüber Jordanien.⁷⁰⁵

Flüsse geben vielfach Anlass für Konflikte und sind dabei besonders häufig Gegenstand von Mediation. Beispielhaft hierfür sind etwa die erfolgreiche Mediation der Weltbank im Fall des Indus zwischen Indien und Pakistan.⁷⁰⁶ Die Problematik einer Verkürzung der Rechte Dritter lässt sich jedoch besser an einem jüngeren Beispiel verdeutlichen: dem Fall des Südsudans und des Nils. Der Nil mit seinen nunmehr elf Anrainerstaaten ist seit jeher auch Gegenstand von Konflikten. Anders als im Falle des Indus waren die Mediationsanstrengungen, die auf eine alle Anrainerstaaten einschließende Regelung gerichtet sind, bis dato nicht erfolgreich. Während die explizite Behandlung des Jordans zwischen Israel und Jordanien die Rechte Dritter betraf, führte im Fall des Südsudans der Umstand, dass der Nil nicht zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht wurde, zu einer Verkürzung der Rechte Ägyptens.

Historisch bedingt stellt sich die Ausgangsposition kursorisch skizziert so dar, dass Ägypten -trotz seiner Position am Ende des Flusslaufes – der dominierende Akteur am Nil war und vielfach immer noch ist. Rechtlich wurde diese Position durch die britische Kolonialmacht geprägt. Großbritannien hatte von 1891 bis 1925 eine Vielzahl von Verträgen geschlossen, die auch den Nil betrafen.⁷⁰⁷ 1929 schloss Großbritannien mit dem formal unabhängigen Ägypten einen Vertrag über den Nil, der Ägypten gegenüber allen Projekten am Nil, die ägyptische Wasserinteressen betrafen, ein Vetorecht einräumte.⁷⁰⁸ Artikel 4 lit. ii des Abkommens lautet:

„Except with the prior consent of the Egyptian Government, no irrigation works shall be undertaken nor electric generators installed along the Nile and its branches nor on the lakes from which they flow if these lakes are

705 Michal Saliternik, Perpetuating democratic peace: procedural justice in peace negotiations, EJIL 27 (2016), 617, 619 f.

706 Neda Zawabri, Third Party Mediation of International River Disputes: Lessons from the Indus River, International Negotiation 14 (2009), 281, 283; Enamul Choudhury, Shafiqul Islam, Nature of Transboundary Water Conflicts: Issues of Complexity and the Enabling Conditions for Negotiated Cooperation, Journal of Contemporary Water Research & Education (2015), 43, 44, 47 f.

707 Omaia Elwan, Nile River, in: Wolfrum (Hrsg.), MPEPIL, Bd. VII, Oxford 2012, S. 681, 683 Rn. 8.

708 Boutros Boutros-Ghali, Le Nil, fleuve-Roi : source de conflits, in: Vettovaglia u. a. (Hrsg.), Déterminants des conflits et nouvelles formes de prévention, Bruxelles, 2013, S. 803, 806.

*situated in Sudan or in countries under British administration which could jeopardize the interests of Egypt either by reducing the quantity of water flowing into Egypt or appreciably changing the date of its flow or causing its level to drop.*⁷⁰⁹

Darüber hinaus wies Großbritannien im dazugehörigen Notenwechsel darauf hin, „[...] *that Her Majesty's Government in the United Kingdom has already recognized the natural and historical right of Egypt to the waters of the Nile.*“⁷¹⁰

Großbritannien verfügte insoweit über die Rechte seiner am oberen Flusslauf gelegenen Kolonien. Von Äthiopien hatte Großbritannien sich und seiner damaligen Kolonie Sudan 1904 ein Vetorecht für Wasserbauprojekte einräumen lassen, die den Nil betreffen sollten. Aus diesem Abkommen leitet nunmehr Ägypten ein ebensolches Vetorecht ab, während Äthiopien die Wirksamkeit des Vertrages bestreitet.⁷¹¹ Im Zuge der Unabhängigkeit des Sudans 1956 wurde der koloniale Ursprung des Abkommens von 1929 problematisiert.⁷¹² Zugleich beabsichtigte *Gamal Abdel Nasser* den Bau des Assuan Staudamms und benötigte für die dabei entstehende Flutung sudanesischer Gebiete und die dafür erforderliche Umsiedlung die Zustimmung Sudans.⁷¹³ Dies führte dazu, dass beide Staaten 1959 ein Abkommen über den Nil schlossen, in welchem sie das gesamte

709 Exchange of Notes between Her Majesty's Government in the United Kingdom and the Egyptian Government on the Use of Waters of the Nile for Irrigation (1929), <https://www.internationalwaterlaw.org/documents/regionaldocs/Egypt_UK_Nile_Agreement-1929.html>, Stand 23.10.2020.

710 Exchange of Notes between Her Majesty's Government in the United Kingdom and the Egyptian Government on the Use of Waters of the Nile for Irrigation (1929), <https://www.internationalwaterlaw.org/documents/regionaldocs/Egypt_UK_Nile_Agreement-1929.html>, Stand 23.10.2020.

711 *Salman M. A. Salman*, The new state of South Sudan and the hydro-politics of the Nile Basi, *Water International* 36 (2011), 154, 118.

712 *Biong Kuol Deng*, Cooperation between Egypt and Sudan over the Nile River Waters: The Challenges of Duality, *African Sociological Review / Revue Africaine de Sociologie* 11 (2007), 38, 39 f.; das Abkommen von 1929 als „colonial relic“ beschreibend *Patrick Loch Otieno Lumumba*, The interpretation of the 1929 treaty and its Legal Relevance and Implications for the Stability of the Region, *African Sociological Review / Revue Africaine de Sociologie* 11 (2007), 10, 21.

713 *I. H. Abdalla*, The 1959 Nile Waters Agreement in Sudanese-Egyptian Relations, *Middle Eastern Studies* 7 (1971), 329, 333 f., 336; *Biong Kuol Deng*, Cooperation between Egypt and Sudan over the Nile River Waters: The Challenges of Duality, *African Sociological Review / Revue Africaine de Sociologie* 11 (2007), 38, 39, 50.

Wasser des Nils zwischen sich aufteilten. Schon der Titel des Abkommens „Agreement of November 8, 1959 between the United Arab Republic and the Republic of Sudan for the full Utilization of the Nile Waters“⁷¹⁴ verdeutlicht diesen Anspruch. Die anderen Nilanrainerstaaten wurden an diesen Verhandlungen weder beteiligt, noch wurden ihre Interessen berücksichtigt.⁷¹⁵ Vielmehr wurde hinsichtlich möglicher Forderungen der anderen Anrainerstaaten die Regelung getroffen, dass Ägypten und Sudan diese prüfen und ihnen ggf. stattgeben (§ 5 Abs. 2). Die damit aus Sicht der beiden Vertragsstaaten geschaffene Situation wird mit dem nachfolgenden Satz prägnant auf den Punkt gebracht: „Indeed, under the Agreement, such allotted amount of the Nile waters to another riparian is more of a donation from Egypt and Sudan to such a riparian rather than a right.“⁷¹⁶ Bis in die Gegenwart stützen Ägypten und auch der Sudan ihre Sonderrolle betreffend des Nils auf die beiden Abkommen von 1959 und 1929 sowie die darin jeweils anerkannten natürlichen und historischen Rechte.⁷¹⁷ Zugleich existiert auch zwischen Ägypten und dem Sudan ein merkliches Ungleichgewicht, das vielfach als Hydrohegemonie beschrieben wird.⁷¹⁸ So erhielt Ägypten 1959 nicht nur den weitaus größeren Anteil am Nilwasser (§§ 1, 2), sondern bekam auch die Möglichkeit, auf eigene Initiative auf sudanesischem Staatsgebiet Wasserbauprojekte durchzuführen (§ 3 Abs. 2). Auch der Umstand, dass über das hälftig aus sudanesischen und ägyptischen Mitgliedern besetzte Permanent Joint Technical Committee, dessen Gründung durch den Vertrag vorgesehen wurde (§ 4), ägyptische Staatsbedienstete auf sudanesischem Gebiet den Nil, seine Zuflüsse und die daran befindlichen

714 Abgedruckt in ZaöRV 21 (1961), 84–88.

715 Hans Otto Bräutigam, Abkommen zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und der Republik Sudan über die volle Nutzung des Nilwassers vom 8. November 1959/ Vorbemerkung, ZaöRV 21 (1961), 81, 82 ff.

716 Salman M. A. Salman, The GERD and the Revival of the Egyptian–Sudanese Dispute over the Nile Waters Salman, Ethiopian Yearbook of International Law (2017), 79, 87.

717 Biong Kuol Deng, Cooperation between Egypt and Sudan over the Nile River Waters: The Challenges of Duality, African Sociological Review / Revue Africaine de Sociologie 11 (2007), 38, 59.

718 Saleh M. K. Saleh, Hydro-hegemony in the Nile Basin: A Sudanese perspective, Water Policy 10 (2008), 29, 45; Salman M. A. Salman, The GERD and the Revival of the Egyptian–Sudanese Dispute over the Nile Waters Salman, Ethiopian Yearbook of International Law (2017), 79, 88; grundlegend zum Konzept der Hydrohegemonie Mark Zeitoun, Jeroen Warner, Hydro-hegemony – A framework for analysis of trans-boundary water conflicts, Water Policy 8 (2006), 435–460.

Wasserbauten überwachen, wird als einseitige Belastung der Souveränität des Sudans gedeutet.⁷¹⁹

Das Abkommen war auch der Auftakt für ein Projekt, dass bereits in den 1940er Jahren erdacht worden war und nun umgesetzt werden sollte. Da bis zu 50 Prozent des Nilwassers in den südsudanesischen Sümpfen des Sudd verdampfen, sollte der Nil mit dem Jonglei Kanal an diesen vorbeigeführt werden, um so die nutzbare Wassermenge zu erhöhen (§ 3 Abs. 1).⁷²⁰ Nach dem Ende des ersten sudanesischen Bürgerkriegs im Jahr 1972, begannen 1978 die tatsächlichen Bauarbeiten am Kanal. Das Projekt wurde als Handel zwischen der Zentralregierung in Khartum und dem ägyptischen Staat zulasten der lokalen Interessen im Südsudan angesehen. Dabei beruhten die Zweifel auf der Sorge vor negativen Auswirkungen auf das Ökosystem und die darauf basierende lokale Lebensweise. Zugleich wurde – rückblickend zurecht – bezweifelt, dass die im Rahmen des Projekts zugesagten Entwicklungsmaßnahmen für die lokale Bevölkerung jemals umgesetzt werden würden.⁷²¹ Der Widerstand gegen das Projekt drückte sich auch in gewaltsamen Studentenprotesten in den Städten aus. Nachdem 1983 ca. 80 Prozent des Kanals ausgehoben waren, stellte im November 1983 der Angriff der SPLM/A auf die Kanalbaustelle zumindest symbolisch den Beginn des zweiten sudanesischen Bürgerkriegs dar.⁷²²

-
- 719 Der Umstand ist auch historisch problematisch, da schon unter britischer Kolonialherrschaft die Position eines Inspector General of Egyptian Irrigation in the Sudan eingerichtet worden war und in Form des Undersecretary of Egyptian Irrigation in the Sudan bis heute fortbesteht. *Salman M. A. Salman*, *The GERD and the Revival of the Egyptian–Sudanese Dispute over the Nile Waters* *Salman*, *Ethiopian Yearbook of International Law* (2017), 79, 81, 87 f.
- 720 *Saleh M. K. Saleh*, *Hydro-hegemony in the Nile Basin: A Sudanese perspective*, *Water Policy* 10 (2008), 29, 33; 1967 und 1976 wurde das Projekt durch Vereinbarungen zwischen Ägypten und Sudan weiter konkretisiert. *Asim I. el Moghraby*, *The Jonglei Canal—Needed Development or Potential Ecodisaster?*, *Environmental Conservation* 9 (1982), 141, 146.
- 721 *Salman M. A. Salman*, *Water Resources in the Sudan North-South Peace Process*, in: Weinthal u. a. (Hrsg.), *Water and post-conflict peacebuilding*, Abingdon, 2013, S. 327, 443; für eine detaillierte Analyse der Maßnahmen und Herausforderungen siehe *Stephen Cobb*, *Tjark Struif Bontkes*, *Rural development, 1974–83: a decade of unfulfilled promise*, in: Howell u. a. (Hrsg.), *The Jonglei Canal: impact and opportunity*, Cambridge 1988, S. 431–447.
- 722 Schon im Mai hatte John Garang sich einem Soldatenaufstand angeschlossen und so weitere Desertionen motiviert. Die daraus entstandene SPLM/A hatte auch schon vor November kleinere Polizeiposten eingenommen, siehe *Robert O Collins*, *The waters of the Nile: hydropolitics and the Jonglei Canal, 1900–1988*, Oxford [u.a.] 1990, S. 395, 397.

Während die Haltung der SPLM/A und ihrer Führung zum Kanalprojekt ebenso umstritten ist,⁷²³ wie der Beitrag des Kanalprojekts am Ausbruch des Bürgerkriegs,⁷²⁴ so kann das Kanalprojekt doch zumindest als Symbol für den Konflikt aufgefasst werden.⁷²⁵ Der Umstand, dass die Bauarbeiten im Zuge der Angriffe zum Erliegen kamen und bis heute nicht wieder aufgenommen wurden, ist vor diesem Hintergrund zu sehen.

Stand der Jonglei Kanal prominent am Anfang des zweiten sudanesischen Bürgerkrieges, tauchte er im Zuge der Beilegung des Konflikts überhaupt nicht auf. Dabei bestanden angesichts der Vorgeschichte Bedenken, die Themen Nilwasser und insbesondere der Jonglei Kanal könnten den Friedensprozess belasten.⁷²⁶ Ägypten befürchtete, eine südsudanesishe Unabhängigkeit oder anderweitige Zugeständnisse an ein südsudanesisches Selbstbestimmungsrecht könnten die eigenen Wasserinteressen beeinträchtigen. Infolgedessen unternahm es den erfolglosen Versuch, den maßgeblich durch IGAD betriebenen Mediationsprozess durch einen ägyptisch-lybischen Friedensprozesses für den Sudan zu unterlaufen.⁷²⁷ Doch obwohl *John Garang*, der Anführer der SPLM/A, und sein enger Berater *Mansour Khalid* die Fragen des Nilwassers und des Jonglei Kanals in

723 Die Dissertation des SPLM Anführers John Garang als das Projekt befürwortend deutend *Saleh M. K. Saleh*, *Hydro-hegemony in the Nile Basin: A Sudanese perspective*, *Water Policy* 10 (2008), 29, 33 Fn 15; die Dissertation diesbezüglich als ablehnend deutend *Salman M. A. Salman*, *Water Resources in the Sudan North-South Peace Process: Past Experience and Future Trends*, *Africa Yearbook of International Law* (2010), 299, 321.

724 Dahingehend kritisch *Jutta Brunnée*, *Stephen J. Toope*, *The Nile basin regime: A role for law?*, in: *Alsharhan u. a.* (Hrsg.), *Water Resources Perspectives: Evaluation, Management and Policy*, Amsterdam 2003, S. 93, 99; den Kanal als einen der Auslöser identifizierend *Alexis Heraclides*, *Janus or Sisyphus? The Southern Problem of the Sudan*, *The Journal of Modern African Studies* 25 (1987), 213, 227; *Hekma Achour*, *La gouvernance du Bassin du Nil entre confrontation et coopération. Contribution à l'étude du droit international fluvial*, Nizza 2016, S. 63.

725 *Paul Howell*, *Stephen Cobb*, *Conclusion: looking to the future*, in: *Howell u. a.* (Hrsg.), *The Jonglei Canal: impact and opportunity*, Cambridge 1988, S. 449, 465.

726 *Salman M. A. Salman*, *The new state of South Sudan and the hydro-politics of the Nile Basi*, *Water International* 36 (2011), 154, 159.

727 *Biong Kuol Deng*, *Cooperation between Egypt and Sudan over the Nile River Waters: The Challenges of Duality*, *African Sociological Review / Revue Africaine de Sociologie* 11 (2007), 38, 53; *Mina Michel Samaan*, *The Nile Development Game: Tug-of-War or Benefits for All?*, Cham 2019, S. 172.

ihren jeweiligen Dissertationen behandelt hatten,⁷²⁸ stellte die SPLM/A – wohl um die Verhandlungen nicht zu gefährden⁷²⁹ – keine dahingehenden Forderungen, sodass mangels Interesse seitens der sudanesischen Zentralregierung das Thema in den Friedensverhandlungen nicht auftauchte und auch das 2005 geschlossenen Comprehensive Peace Agreement (CPA) sich dazu ausschweigt.⁷³⁰ Vielmehr traf das CPA explizit keine Aussage über die Verteilung natürlicher Ressourcen für den Fall der Unabhängigkeit des Südsudans und regelte lediglich für die Übergangsphase bis zu einem möglichen Unabhängigkeitsreferendum die Zuständigkeitsverteilung in Sachen Wasserverwaltung.⁷³¹ Der Southern Sudan Referendum Act 2009, der das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit des Südsudans vorbereiten sollte, benannte Wasser als einen von zehn Punkten, die für die Zeit nach dem Referendum im Wege von Verhandlungen geklärt werden sollten.⁷³² Dabei ließ der Wortlaut den zeitlichen Rahmen hierfür offen.⁷³³ Während das Mekelle Memorandum of Understanding 2010 Wasserfragen als Teil der auf natürliche Ressourcen bezogene Verteilungsfra-

-
- 728 *Salman M. A. Salman*, Water Resources in the Sudan North-South Peace Process, in: Weinthal u. a. (Hrsg.), Water and post-conflict peacebuilding, Abingdon, 2013, S. 327, 338 m.w.N.
- 729 *Guillaume Le Floch*, Le difficile partage des eaux du Nil, *Annuaire français de droit international* 56 (2010), 471, 484 f.
- 730 *Salman M. A. Salman*, The new state of South Sudan and the hydro-politics of the Nile Basi, *Water International* 36 (2011), 154, 159.
- 731 Siehe Chapter II, Part V, Schedule A, 29, 33; Chapter II, Part V, Schedule D 15; wasserbezogene Streitigkeiten rein innersudanesischer Natur Chapter II, Part V Schedule B 19.4; Zuständigkeit in Wasserfragen in den beiden umstrittenen Regionen Chapter V, Part VII Schedule B Nr. 13 The Comprehensive Peace Agreement Between The Government of The Republic of The Sudan and The Sudan People's Liberation Movement/Sudan People's Liberation Army, 2005, <[https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/SD_060000_The Comprehensive Peace Agreement.pdf](https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/SD_060000_The%20Comprehensive%20Peace%20Agreement.pdf)>, Stand 07.07.2019.
- 732 Siehe Art. 67 Abs. III lit. (i), englischer Abdruck in Southern Sudan Referendum Act 2009, *International Journal of African Renaissance Studies* 5 (2010), 192–224.
- 733 Davon berichtend, dass die Verhandlungen bereits einige Monate vor dem Referendum begonnen hatten und anzweifelnd, dass sie bis zum Ende der auf das Referendum folgenden Übergangsphase abgeschlossen sein würden *Salman M. A. Salman*, The new state of South Sudan and the hydro-politics of the Nile Basi, *Water International* 36 (2011), 154, 157, 161; *Philine Wehling*, Wasserrechte am Nil: der Einfluss des internationalen Wasserrechts auf die Entwicklung eines Vertragsregimes zur Nutzungsverteilung und gemeinsamen Wasserwirtschaft am Beispiel des Nils, Berlin 2018, S. 180 f.

ge einer Verhandlungsgruppe zuwies,⁷³⁴ führte der so anvisierte Verhandlungsprozess diesbezüglich nicht zu einem Ergebnis.⁷³⁵ Nach den Wahlen Anfang 2011, in denen sich die Bevölkerung des Südsudans für die Unabhängigkeit ausgesprochen hatte, startete der Südsudan am 9. Juli 2011 in die Unabhängigkeit, ohne dass Einigkeit darüber erzielt worden wäre, wie nunmehr mit dem Nil und den ihn betreffenden rechtlichen Fragen und Regelungen umzugehen sei.⁷³⁶

Am 9. Juli 2011 büßte Ägypten folglich Rechte ein, die ihm zuvor durch das Nil-Abkommen von 1959 in Bezug auf das Territorium des Südsudans zugestanden worden waren. Dies war die mittelbare Folge des im Wege der Mediation erzielten Friedensabkommens, an dessen Zustandekommen Ägypten nicht maßgeblich beteiligt war. Während der Südsudan als Teil des Sudans zuvor zugunsten Ägyptens in seiner Wasserentnahme durch das Nil-Abkommen beschränkt gewesen war, galten für den Südsudan als unabhängigem Staat nunmehr die deutlich weiteren Vorgaben des allgemeinen völkerrechtlichen Wasserrechts. Auch die vertraglich eingeräumten Rechte zur Überwachung des Nils und der zu ihm gehörenden Bauten und Infrastrukturen, die zuvor Ägypten zugestanden hatten, galten nun auf dem Gebiet des Südsudans nicht mehr. Schlussendlich kam damit zumindest die rechtliche Grundlage für die nach wie vor bestehende – und zum Teil sogar durch Vertreter der SPLM/A genährte⁷³⁷ – Hoffnung auf eine Fertigstellung des Jonglei Kanals zu einem jähen Ende.

734 Mekelle Memorandum of Understanding between the NCP and the SPLM on Post-referendum Issues and Arrangements, 22.06.2010, <https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/SD_100622_Mekelle%20MoU%20between%20the%20NCP%20and%20the%20SPLM%20on%20post-referendum%20issues.pdf>, Stand 09.07.2019.

735 In den nach der Unabhängigkeit geschlossenen Abkommen und Vereinbarungen werden viele der noch zu klärenden Fragen geregelt. Der Nil oder Wasserrechte tauchen jedoch schon begrifflich nicht mehr auf. Zu den behandelten Themen siehe The Cooperation Agreement between The Republic of the Sudan and The Republic of South Sudan, 27.09.2012, <[https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/SD_SS_120927_Cooperation Agreement.pdf](https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/SD_SS_120927_Cooperation%20Agreement.pdf)>, Stand 09.07.2019; Implementation matrix for agreements between the Sudan and South Sudan, 12.03.2013, <https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/SD-SS_130312_ImplementationMatrix.pdf>, Stand 09.07.2019.

736 *Philine Webling*, Wasserrechte am Nil : der Einfluss des internationalen Wasserrechts auf die Entwicklung eines Vertragsregimes zur Nutzungsverteilung und gemeinsamen Wasserwirtschaft am Beispiel des Nils, Berlin 2018, S. 181.

737 *Jutta Brunnée, Stephen J Toope*, The Nile basin regime: A role for law?, in: Alsharhan u. a. (Hrsg.), Water Resources Perspectives: Evaluation, Management and Policy, Amsterdam 2003, S. 93, 99.

Der so beschriebene Rechtsverlust auf Seiten Ägyptens⁷³⁸ ist indes nicht unumstritten. Während eine vertragliche Nachfolgeregelung nicht existiert, gehen manche Stimmen in der Literatur davon aus, der Südsudan sei im Wege der Staatennachfolge in die den Nil betreffenden Verträge von 1959 und wohl auch 1929 eingerückt.⁷³⁹ Zudem deutet insbesondere Ägypten, wie zuvor beschrieben, den Nilvertrag von 1959 dahingehend, dass alle anderen Nilanrainerstaaten kein Wasserentnahmerecht zusteht, solange Ägypten und Sudan dieses nicht gestattet haben.⁷⁴⁰ Würde diese Ansicht zugrunde gelegt, ergäbe sich hinsichtlich der Wasserentnahmerechte keine Verschlechterung für Ägypten. Doch auch, wenn der Nil und die Kontrolle über diesen, prägende Bestandteile der Identität des ägypti-

738 Diesen ebenfalls bejahend *Charles L. Katz*, Another cup at the Nile's crowded spigot: South Sudan and its Nile water rights, *Georgetown Journal of International Law* 44 (2013), 1249, 1261; *Boutros Boutros-Ghali*, Le Nil, fleuve-Roi: source de conflits, in: Vettovaglia u. a. (Hrsg.), Déterminants des conflits et nouvelles formes de prévention, Bruxelles 2013, S. 803, 811; *Hekma Achour*, La gouvernance du Bassin du Nil entre confrontation et coopération. Contribution à l'étude du droit international fluvial, Nizza, Karthago 2016, S. 144; *Philine Webling*, Wasserrechte am Nil: der Einfluss des internationalen Wasserrechts auf die Entwicklung eines Vertragsregimes zur Nutzungsverteilung und gemeinsamen Wasserwirtschaft am Beispiel des Nils, Berlin 2018, S. 186.

739 *Guillaume Le Floch*, Le difficile partage des eaux du Nil, *Annuaire français de droit international* 56 (2010), 471, 485; davon ausgehend, dass der Südsudan an den Nilvertrag von 1959 gebunden ist, dies aber anzweifeln könnte *Ibrahim Farah*, *Valentine Opanga*, Hydro-Politics of the Nile: The Role of South Sudan, *Development* 59 (2016), 308, 312; *Zeray Yihdego*, The Fairness 'Dilemma' in Sharing the Nile Waters: What Lessons from the Grand Ethiopian Renaissance Dam for International Law?, *Brill Research Perspectives in International Water Law* 2 (2017), 1, 30 („It is unlikely that the 1959 Nile Treaty is relevant to the law of state succession involving other Nile riparians, arguably excepting South Sudan.“).

740 Sich bei ansonsten fast identischen Textpassagen im Ton stärker von der Kontinuitätsthese distanzierend und der Möglichkeit der Anwendbarkeit des Art. 5 Abs. 2 des Nilvertrags von 1959 Raum gebend *Salman M. A. Salman*, The new state of South Sudan and the hydro-politics of the Nile Basi, *Water International* 36 (2011), 154, 165 Fn. 5; *Salman M. A. Salman*, Water Resources in the Sudan North-South Peace Process, in: Weinthal u. a. (Hrsg.), Water and post-conflict peacebuilding, Abingdon 2013, S. 327, 348 Fn. 46.

schen Staats sind,⁷⁴¹ spricht doch die pacta-tertiis-Regel deutlich gegen eine derartig weitreichende Position Ägyptens.⁷⁴²

Tatsächlich finden sich höchst widersprüchliche Aussagen südsudanesischer Regierungsmitglieder zur Frage der Fortgeltung des Nilvertrags von 1959. Diese reichen von einer expliziten Ablehnung des Vertrags,⁷⁴³ über den Hinweis, die Fertigstellung des Jonglei Kanals stelle für den Südsudan keine Priorität dar,⁷⁴⁴ bis zu der Forderung nach einem Anteil der dem Sudan vertraglich zustehenden Wasserentnahmerechte und der darin enthaltenen Anerkennung einer Bindung.⁷⁴⁵ Im für Ägypten günstigsten Fall führt die letztgenannte Rechtsauffassung des Südsudans dazu, dass sich die faktischen Auswirkungen des hier behaupteten Rechtsverlustes in Grenzen halten. *Charles Katz* weist jedoch zurecht darauf hin, dass sich aus dem Vortrag dieser Rechtsauffassung durch den südsudanesischen Präsidenten *Salva Kiir Mayardit* eine rechtliche Bindungswirkung nicht ergibt. Zumal sich eine solche Lösung zulasten Sudans auswirken würde, ohne dass hierfür eine rechtliche Grundlage existiert hätte oder im Verhandlungswege zustande gekommen wäre.⁷⁴⁶ Gegen die vorgetragene Rechtsauffassung spricht insbesondere, dass der Sudan die Wiener Konvention zur Staaten-nachfolge zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit des Südsudan nicht ratifi-

741 *Ramy Hanna*, Water nationalism in Egypt: state-building, nation-making and Nile hydropolitics, in: *Allouche* (Hrsg.), *Water, technology and the nation-state*, London 2018, S. 81, 82 f., 92.

742 *Philine Webling*, *Wasserrechte am Nil: der Einfluss des internationalen Wasserrechts auf die Entwicklung eines Vertragsregimes zur Nutzungsverteilung und gemeinsamen Wasserwirtschaft am Beispiel des Nils*, Berlin 2018, S. 178 f. m.w.N.

743 Ministerzitat abgedruckt bei *Philine Webling*, *Wasserrechte am Nil: der Einfluss des internationalen Wasserrechts auf die Entwicklung eines Vertragsregimes zur Nutzungsverteilung und gemeinsamen Wasserwirtschaft am Beispiel des Nils*, Berlin 2018, S. 184 m.w.N.

744 *Salman M. A. Salman*, *Water Resources in the Sudan North-South Peace Process*, in: *Weinthal u. a.* (Hrsg.), *Water and post-conflict peacebuilding*, Abingdon 2013, S. 327, 343 m.w.N.

745 Präsident Kiir zitiert bei *Charles L. Katz*, *Another cup at the Nile's crowded spigot: South Sudan and its Nile water rights*, *Georgetown Journal of International Law* 44 (2013), 1249, 1253 f. m.w.N.; mehrere widersprüchliche Szenarien und Aussagen gegenüberstellend *Hekma Achour*, *La gouvernance du Bassin du Nil entre confrontation et coopération. Contribution à l'étude du droit international fluvial*, Nizza, Karthago 2016, S. 158 m.w.N.

746 *Charles L. Katz*, *Another cup at the Nile's crowded spigot: South Sudan and its Nile water rights*, *Georgetown Journal of International Law* 44 (2013), 1249, 1253 f.

ziert hatte und eine völkergewohnheitsrechtliche Geltung des in Art. 34 der Konvention beschriebenen Kontinuitätsprinzips nach wie vor umstritten ist.⁷⁴⁷ Zudem handelt es sich nicht um einen radizierten Vertrag, bei dem von einer Kontinuität auszugehen wäre, da der Vertrag trotz seines Bezugs zum Assuan-Staudamm und dem Jonglei-Kanal, vor allem eine einheitliche Regelung bezüglich des Nils zum Gegenstand hatte.⁷⁴⁸

Die beschriebene Rechtsauffassung vorausgesetzt, kann die den Legitimationsbedarf generierende mittelbare Freiheitsverkürzung durch das Mediationsverfahren konkretisiert werden. Dabei ist es insbesondere relevant, sich zu verdeutlichen, dass ein Mediationsverfahren sich nicht allein auf die Konfliktparteien beschränkt, ohne dass die dort getroffenen Entscheidungen Auswirkungen außerhalb der Beziehung der Konfliktparteien hätten. Der Kreis derer, die durch ein Mediationsverfahren und dessen konkretes Ergebnis betroffen sind, ist dabei umfangreich und vielfältig. Während sich diese Erkenntnis in Bezug auf unmittelbar von den Regelungen einer mediierten Friedensvereinbarung Betroffene stärker aufdrängt, verdeutlicht das Beispiel des Nils, dass Mediationsprozesse auch mittelbare und gleichwohl konkrete Auswirkungen auf Dritte haben können.⁷⁴⁹ Im vorliegenden Fall hat die Entscheidung, die Frage von Wasserrechten und der Nachfolge in die Rechte und Pflichten der Nilverträge außen vor zu lassen, bzw. diesbezügliche Verhandlungen zu vertagen, dazu geführt, dass Ägypten Rechtspositionen verloren hat bzw. diese sich verschlechtert

747 *Philine Webling*, Wasserrechte am Nil: der Einfluss des internationalen Wasserrechts auf die Entwicklung eines Vertragsregimes zur Nutzungsverteilung und gemeinsamen Wasserwirtschaft am Beispiel des Nils, Berlin 2018, S. 181 f. m.w.N.; darauf hinweisend, dass die Konvention nur einen vernachlässigbaren Einfluss im Fall des Südsudans hatte *Arman Sarvarian*, Codifying the law of state succession: A futile endeavour?, EJIL 27 (2016), 789, 808.

748 *Philine Webling*, Wasserrechte am Nil: der Einfluss des internationalen Wasserrechts auf die Entwicklung eines Vertragsregimes zur Nutzungsverteilung und gemeinsamen Wasserwirtschaft am Beispiel des Nils, Berlin 2018, S. 183.

749 Vergleichbare Szenarien sind etwa auch bei Euphrat und Tigris zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak denkbar, vgl. *Adele J. Kirschner, Katrin Tiroch*, The waters of Euphrates and Tigris: an international law perspective, Max Planck yearbook of United Nations law 16 (2012), 329, 382 ff. So sicherte die Türkei Syrien 1987 im Rahmen eines Sicherheitsprotokolls einen Mindestdurchfluss des Euphrat von 500 Millionen Kubikmetern pro Sekunde zu und ließ sich im Gegenzug Unterstützung gegen die kurdische Arbeiterpartei PKK versprechen, siehe *Hojjat Mianabadi, Erik Mostert u. a.*, Trans-boundary River Basin Management: Factors Influencing the Success or Failure of International Agreements, in: Hipel u. a. (Hrsg.), Conflict Resolution in Water Resources and Environmental Management, Cham 2015, S. 133, 136.

haben. Dieser Umstand muss weder darüber hinaus bewertet, noch als rechtlich problematisch eingeordnet werden. Im Gegenteil scheint die Unabhängigkeit des Südsudans einen Beitrag zur Neuverteilung des Kräftegleichgewichts am Nil zu leisten.⁷⁵⁰ Rechtlich gesehen stellt sich das zuvor skizzierte Ergebnis zwar als in Teilen streitig dar, allerdings nicht einmal im Ansatz als rechtswidrig. Dieser beiden Feststellungen bedarf es indes auch nicht um festzuhalten, dass Mediationsverfahren Auswirkungen auf die Freiheit und Rechte Dritter haben können und im konkreten Fall hatten. Ob dieser Umstand aus einer bestimmten Position für positiv befunden wird, ändert genau so wenig etwas am Legitimationsbedarf einer solchen Verkürzung, wie der Umstand, dass er hier auch das Ergebnis einer spezifischen Rechtslage ist. Gegebenenfalls vermittelt die diesbezügliche Rechtmäßigkeit Legitimität, doch dieser Zusammenhang soll nach Abschluss des vorliegenden Abschnitts zum Legitimationsbedarf gesondert erörtert werden.⁷⁵¹

3. Potentielle Freiheitsverkürzung: Unbestimmtheit als Hebel der Macht

Neben die zuvor beschriebenen unmittelbaren und mittelbaren Freiheitsverkürzungen durch Friedensmediation tritt schlussendlich eine Form potentieller Freiheitsverkürzung. Diese Form der Freiheitsverkürzung ist angelegt im bewussten und strategischen Gebrauch von Mehrdeutigkeit (constructive ambiguity), von Vagheit oder Ungewissheit sowie Flexibilisierung. Dabei richten sich diese Aspekte einerseits nach innen, also auf die konfliktbetroffene Gesellschaft bzw. die konfliktbetroffenen Gesellschaften, wie auch nach außen an die sonstigen Akteure der Internationalen Gemeinschaft.

Fokus dieser Überlegungen ist dabei nicht die im Zuge der Critical Legal Studies sowie der New Approaches to International Law entwickelte Erkenntnis, dass Unbestimmtheit und Ungewissheit zum Wesen des Rechts gehören.⁷⁵² Oder, wie *Martti Koskeniemi* schreibt: „*there is no*

⁷⁵⁰ *Ibrahim Farah, Valentine Opanga*, Hydro-Politics of the Nile: The Role of South Sudan, *Development* 59 (2016), 308, 312; *Jan Adamowski, Nicolas Kosoy, Lylia Khennache*, The Eastern Nile River Waterscape: The Role of Power in Policy-making and Shaping National Narratives, *International Negotiation* 22 (2017), 123, 146.

⁷⁵¹ Sie hierzu D.I.

⁷⁵² *David Kennedy*, Theses about International Law Discourse, *GYIL* 23 (1980), 353, 355 Fn 4 m.w.N., 360; *Martti Koskeniemi*, Letter to the Editors of the

reason to exclude the possibility that any legal expression may be affected by one or another of the reasons for indeterminacy listed above.⁷⁵³ Ebenso wenig liegt der Fokus auf dem damit verbundenen Umstand, den *Hans Magnus Enzensberger* hervorhebt, wenn er schreibt, „[die] juristische Sprache ist ihrem Wesen nach Herrschaftssprache. [...] Unverständlichkeit gehört zu ihrem Nimbus.“⁷⁵⁴ Die hier in den Blick genommenen Begriffe und Formulierungen partizipieren nicht lediglich an einer allgemeinen Mehr- und Vieldeutigkeit von Sprache infolge ihrer sozialen Konstruktion oder an dem Wesen des Rechts als Herrschaftsinstrument, sondern sie halten auch unter Außerachtlassung dieser Erkenntnisse, quasi darüber hinausgehende unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten bereit.

Bezüglich der hier angestellten Überlegungen existieren verschiedene begriffliche Unterscheidungen.⁷⁵⁵ So kann zwischen Mehrdeutigkeit (ambiguity) und Vagheit (vagueness) unterschieden werden.⁷⁵⁶ Mehrdeutigkeit bedeutet dabei, dass etwas je nach Kontext, eine andere Bedeutung hat. Vagheit bedeutet, dass etwas manche Bedeutungen klar umfasst, manche klar ausschließt und hinsichtlich der Erfassung wiederum anderer Bedeutungen keine klare Aussage zulässt.⁷⁵⁷ Beide Begriffe tragen dazu bei,

Symposium, AJIL 93 (1999), 351, 354 f.; kritisch dazu *Ken Kress*, Legal Indeterminacy, California Law Review 77 (1989), 283–337; *Iain Scobbie*, Towards the Elimination of International Law: Some Radical Scepticism about Sceptical Radicalism, British Yearbook of International Law 61 (1991), 339, 340.

753 *Martti Koskeniemi*, From apology to Utopia : the structure of international legal argument; with a new epilogue, 2. Aufl., Cambridge [u.a.] 2005, S. 43 m.w.N.

754 *Hans Magnus Enzensberger*, Von den Vorzügen der Unverständlichkeit, in: Lerch (Hrsg.), Die Sprache des Rechts: Recht verstehen – Verständlichkeit, Missverständlichkeit und Unverständlichkeit von Recht, Bd. I, Berlin 2004, S. 83, 83.

755 Für einen Überblick siehe *Hans-Joachim Koch*, Einleitung: Über juristisch-dogmatisches Argumentieren im Staatsrecht, in: Koch (Hrsg.), Seminar: Die juristische Methode im Staatsrecht : über Grenzen von Verfassungs- und Gesetzesbindung, Frankfurt am Main 1977, S. 13, 41 ff; *Hans-Joachim Koch*, Unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessensermächtigungen im Verwaltungsrecht: eine logische und semantische Studie zur Gesetzesbindung der Verwaltung, Frankfurt am Main 1979, S. 14 ff.

756 *Michael Thaler*, Mehrdeutigkeit und juristische Auslegung, Wien 1982, S. 6; *Jörg Kammerhofer*, Uncertainty in International Law, Abingdon 2014, S. 118; *Andreas Kulick*, From problem to opportunity? : an analytical framework for vagueness and ambiguity in international law, GYIL 59 (2017), 257, 259.

757 *Hans-Joachim Koch*, Einleitung: Über juristisch-dogmatisches Argumentieren im Staatsrecht, in: Koch (Hrsg.), Seminar: Die juristische Methode im Staatsrecht : über Grenzen von Verfassungs- und Gesetzesbindung, Frankfurt am Main 1977, S. 13, 41, 43; *Hans-Joachim Koch*, Unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessensermächtigungen im Verwaltungsrecht: eine logische und semantische Studie

dass Rechtstexte unbestimmt (indeterminate) werden. Sie führen zu begrifflicher und damit zu rechtlicher Unsicherheit.⁷⁵⁸ *Andrei Marmor* arbeitet hingegen mit einem abgestuften Vagheitsbegriff,⁷⁵⁹ während *Koskenniemi* im Zusammenhang mit Unbestimmtheit primär von Mehrdeutigkeit spricht.⁷⁶⁰ *Anthony D'Amato* wiederum verwendet primär Unbestimmtheit, ohne zwischen den anderen Varianten zu unterscheiden.⁷⁶¹ Die dargestellten Unterscheidungen dienen letztlich unterschiedlichen Zwecken. So soll bei *Koskenniemi* die Abgrenzung von Recht und Politik erörtert werden.⁷⁶² Bei anderen Autoren stellt sich die Frage richterlicher Gesetzesbindung.⁷⁶³ Für die hier verfolgten Zwecke genügt es zu wissen, dass diese Unterscheidungen existieren.⁷⁶⁴ *Hans-Joachim Koch* fasst all das mit dem sehr anschaulichen Begriff der semantischen Spielräume zusammen.⁷⁶⁵ Mit Blick auf

zur Gesetzesbindung der Verwaltung, Frankfurt am Main 1979, S. 29 („Der Ausdruck ‚Star‘ etwa wird sowohl verwendet, um Augenkrankheiten zu bezeichnen, wie auch für eine Vogelart und für Personen aus dem Showgeschäft. Dieser Ausdruck ist mehrdeutig. In seiner Verwendung für die Erfolgreichen des Show-Business liegt zugleich Unbestimmtheit vor, insofern die dafür maßgeblichen semantischen Regeln wohl so beschaffen sind, dass man hinsichtlich des einen oder anderen aufstrebenden Künstlers die ‚Star‘-Eigenschaft weder verneinen noch bejahen kann.“).

758 *Jörg Kammerhofer*, *Uncertainty in International Law*, Abingdon 2014, S. 118.

759 *Andrei Marmor*, *Varieties of Vagueness in the Law*, in: Bongiovanni u. a. (Hrsg.), *Handbook of Legal Reasoning and Argumentation*, Dordrecht 2018, S. 561, 561.

760 *Martti Koskenniemi*, *From apology to Utopia : the structure of international legal argument; with a new epilogue*, 2. Aufl., Cambridge [u.a.] 2005, S. 38.

761 *Anthony D'Amato*, *Legal Uncertainty*, *California Law Review* 71 (1983), 1, 4; ähnlich, weil vagueness und ambiguity unter „VuA“ zusammen erörternd *Andreas Kulick*, *From problem to opportunity? : an analytical framework for vagueness and ambiguity in international law*, *GYIL* 59 (2017), 257, 259.

762 *Martti Koskenniemi*, *From apology to Utopia : the structure of international legal argument; with a new epilogue*, 2. Aufl., Cambridge [u.a.] 2005, S. 40, 42.

763 *Hans-Joachim Koch*, *Unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessensermächtigungen im Verwaltungsrecht : eine logische und semantische Studie zur Gesetzesbindung der Verwaltung*, Frankfurt am Main 1979, S. 14.

764 Vgl. *Michael Thaler*, *Mehrdeutigkeit und juristische Auslegung*, Wien 1982, S. 8 („Da [der auslegende Jurist] sich des Unterschieds zwischen den beiden Phänomenen [Vagheit und Mehrdeutigkeit] nicht bewusst ist, fasst er diese unter einem Begriff zusammen und spricht ganz allgemein von unbestimmten Rechtsbegriffen.“).

765 *Hans-Joachim Koch*, *Einleitung: Über juristisch-dogmatisches Argumentieren im Staatsrecht*, in: Koch (Hrsg.), *Seminar: Die juristische Methode im Staatsrecht : über Grenzen von Verfassungs- und Gesetzesbindung*, Frankfurt am Main 1977, S. 13, 41.

die im Englischen verbreiteten Begriffe der „*indeterminancy*“ und „*uncertainty*“⁷⁶⁶ wird im weiteren der Einfachheit halber Unbestimmtheit als einheitlicher Oberbegriff verwendet, sofern nicht andere Begriffe, wie etwa konstruktive Mehrdeutigkeit im konkreten Kontext allgemein verwendet werden.

Diese Unbestimmtheit kann sich dabei nicht nur auf den Inhalt einer Norm oder eines Rechtstextes beziehen, sondern auch auf deren Grad an Verbindlichkeit.⁷⁶⁷ Dabei ist diese Unbestimmtheit nicht stets das Ergebnis eines handwerklichen Fehlers, sondern regelmäßig beabsichtigt, um die Grenze zwischen Rechtlichem und Nichtrechtlichem zu verwischen.⁷⁶⁸ Interne Auswirkung einer solchen Unbestimmtheit kann der Umstand sein, dass über Inhalt und Verbindlichkeit einer Regel erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden wird, wenn sich die Kräfteverhältnisse, die zum Zeitpunkt der Mediationsverhandlung existierten, geändert haben. Externe Auswirkung einer solchen Unbestimmtheit kann der Umstand sein, dass es schwieriger wird, das Entstehen einer völkergewohnheitsrechtlichen Norm zu erkennen. Manche Normen, die in der Friedensmediation relevant sind, werden unter Rückgriff auf einen Begriff der Internationalen Beziehungen als „*unsettled norms*“ beschrieben.⁷⁶⁹ Auch wenn damit bewusst eine Alternative zu völkerrechtlichen Klassifizierungen verwendet wird, werden gleichwohl „*settled norms*“ und *hard law* zum Teil synonym verwendet.⁷⁷⁰ Letztlich sind auch die meisten „*unsettled norms*“ irgendwo zwischen Völkergewohnheitsrechts in statu nascendi und *soft law* ange-

766 Beispielhaft und für einen guten Überblick *Lorenzo Gradoni, Luca Pasquet*, Dialogue Concerning Legal Un-certainty and Other Prodigies, EJIL 30 (2019), 129–136.

767 *Jean d'Aspremont*, Formalism and the Sources of International Law, Oxford 2011, S. 183.

768 *Jean d'Aspremont*, Formalism and the Sources of International Law, Oxford 2011, S. 193.

769 *Sara Hellmüller, Julia Palmiano Federer, Mathias Zeller*, The Role of Norms in International Peace Mediation, swisspeace; NOREF, Bern 2015, S. 3, 5 f.; unter Rückgriff auf *Mervyn Frost*, Ethics in international relations: A constitutive theory, Cambridge [u.a.] 1996, S. 105 ff.; dazu auch *Gregory A. Raymond*, Problems and Prospects in the Study of International Norms, Mershon International Studies Review 41 (1997), 2005, 224 f.; *Annika Björkdahl*, Norms in International Relations: Some Conceptual and Methodological Reflections, Cambridge Review of International Affairs 15 (2002), 9, 19 f.

770 *Kenneth W. Abbott, Duncan Snidal*, Hard and Soft Law in International Governance, International Organization 54 (2000), 421, 448.

siedelt. Hierzu zählen etwa Teile dessen, was als Transitional Justice⁷⁷¹ bezeichnet wird oder Aspekte, die – unter Rückgriff auf die Terminologie des Sicherheitsrats – unter „Women, Peace and Security“ gefasst werden.⁷⁷² Wenn Konfliktparteien nach innen durch strategische Unbestimmtheit Entscheidungszeitpunkte verschieben und sich selbst Handlungsspielräume eröffnen, erschweren sie zugleich das Erkennen der für das Identifizieren einer neuen Norm des Völkergewohnheitsrechts erforderlichen einheitlichen Praxis. Dabei kann die Fokussierung auf den flexiblen Charakter (soft law) mancher Normen faktisch auch zu einer Verdrängung von hard law führen. Der strategische Umgang mit „unsettled norms“ kann diese quasi dauerhaft in der Schwebe halten.

a) Interne Auswirkungen von Unbestimmtheit

Ein zentraler Begriff im Zusammenhang mit Unbestimmtheit in der Friedensmediation ist jener der „constructive ambiguity“ (konstruktive Mehrdeutigkeit).⁷⁷³ Ein bekanntes Beispiel für diese Technik bietet der Nordirlandkonflikt. *Christine Bell* analysiert, wie dort eine Regelung für den hypothetischen Fall einer Vereinigung der gesamten irischen Insel formuliert wird. Die getroffene Formulierung ist bewusst mehrdeutig, um allen Seiten etwas zuzugestehen, womit sie leben können und das sie ihrer Basis „verkaufen“ können. Es handelt sich folglich um eine vermeintliche Win-Win-Situation, die jedoch nicht auf einer interessensgerechten Konfliktlösung beruht, sondern auf den weitreichenden Interpretationsmöglichkeiten. Dabei wird die tatsächliche Lösung des hinter der Mehrdeutig-

771 *Christine Bell*, On the law of peace : peace agreements and the lex pacificatoria, Oxford [u.a.] 2008, S. 255; grundlegend zum Begriff *Ruti G. Teitel*, Transitional justice, Oxford [u.a.] 2000.

772 Zur möglichen gewohnheitsrechtlichen Genese noch nicht kodifizierter Bereiche *Christine Chinkin*, Women, Peace, and Security : Tackling Violence Against Women in the Contemporary World?, GYIL 61 (2018), 185, 197 ff.; kritisch zur Begrifflichkeit *Tamsin Philpa Paige*, The Maintenance of Heteronormativity, in: Otto (Hrsg.), Queering International Law: Possibilities, Alliances, Complicities, Risks, New York 2017, S. 91, 96 ff.

773 *D. Pehar*, Use of Ambiguities in Peace Agreements, in: Kurbaliya u. a. (Hrsg.), Language and Diplomacy, Msida 2011, S. 163, 164 ff.; aus übertragbarer innerstaatlicher Perspektive *Christopher Honeyman*, In Defense of Ambiguity, Negotiation Journal 3 (1987), 81, 84.

keit versteckten Konflikts lediglich in die Zukunft verschoben.⁷⁷⁴ In der jüngeren Praxis findet sich der Einsatz konstruktiver Mehrdeutigkeit etwa im Zusammenhang mit der tunesischen Übergangsverfassung nach der Jasminrevolution.⁷⁷⁵

Wieso diese Technik Legitimationsfragen aufwirft, wird ggf. schon daran deutlich, dass die Schöpfung dieses Begriffs *Henry Kissinger* zugeschrieben wird.⁷⁷⁶ Konstruktive Mehrdeutigkeit bevorteilt jene, die im Moment der endgültigen Entscheidung die Oberhand haben. Sie ist ein Machtinstrument, dass nicht nur in der Friedensmediation zur Anwendung kommt, sondern auch in den der Gesetzgebung zugrunde liegenden Verhandlungen oder bei der Verhandlung internationaler Abkommen. *Anthony D'Amato* beschreibt diesen Mechanismus sehr anschaulich:

„When a legal rule is ambiguous, there is room for Power to step in and resolve the ambiguity. Advocates of power politics prefer ambiguous laws to clear laws.“⁷⁷⁷

Dieser Umstand ist es, der auch bei der Friedensmediation problematisch ist, auch wenn der rechtliche Charakter von Friedensvereinbarungen selbst Gegenstand konstruktiver Mehrdeutigkeit ist.⁷⁷⁸ Wurde mit konstruktiver Mehrdeutigkeit ein Konflikt zwischen den unmittelbaren Konfliktparteien verschoben und hat sich zu dem Zeitpunkt, an welchem die Mehrdeutigkeit aufgelöst werden muss oder soll, das zwischen diesen bestehende Kräftegleichgewicht nicht verändert, kann dies die getroffenen Vereinbarung

774 *Christine Bell, Kathleen Cavanaugh*, 'Constructive Ambiguity' or Internal Self-Determination? Self-Determination, Group Accommodation, and the Belfast Agreement, *Fordham international law journal* 22 (1999), 1345, 1356; *Christine Bell*, On the law of peace: peace agreements and the *lex pacificatoria*, Oxford [u.a.] 2008, S. 166.

775 *Markus Böckenförde*, From Constructive Ambiguity to Harmonious Interpretation: Religion-Related Provisions in the Tunisian Constitution, *American Behavioral Scientist* 60 (2016), 919, 928.

776 *David Mitchell*, Cooking the fudge: Constructive ambiguity and the implementation of the Northern Ireland agreement, 1998–2007, *Irish Political Studies* 24 (2009), 321, 322; *Carrie Menkel-Meadow*, Deconstructing Henry: Negotiation Lessons from Kissinger's Career, *Negotiation Journal* 35 (2019), 337, 347, 355; ohne Ausführungen zur Begrifflichkeit den Einsatz von Mehrdeutigkeit verteidigend *Henry Kissinger*, *Diplomacy*, New York 1994, S. 635.

777 *Anthony D'Amato*, Non-state actors from the perspective of the policy-oriented school: power, law, actors and the view from New Haven, in: d'Aspremont (Hrsg.), *Participants in the international legal system*, Abingdon 2011, S. 64, 66.

778 *Christine Bell*, On the law of peace: peace agreements and the *lex pacificatoria*, Oxford [u.a.] 2008, S. 142, 160, 168.

als Ganzes und damit den zum Preis der konstruktiven Mehrdeutigkeit erkaufen Frieden infrage stellen.⁷⁷⁹ Hat sich indes das Kräftegleichgewicht zugunsten einer Seite verschoben oder betraf die konstruktive Mehrdeutigkeit Akteure, die nur in der spezifischen Mediationssituation Einfluss hatten, ermöglicht konstruktive Mehrdeutigkeit dem nun stärkeren Akteur, seine Interessen zulasten der anderen durchzusetzen. Beispielhaft für die Art und Weise wie konstruktive Mehrdeutigkeit allgemein geeignet ist, stärkere Akteure zu bevorteilen, steht die Einstellung des Ermittlungsverfahrens des Internationalen Strafgerichtshofs unter Rückgriff auf die in Art. 53 des Rom-Statuts⁷⁸⁰ enthaltene Formel von „*in the interest of justice*“.⁷⁸¹ Diese Formulierung, die das Ergebnis des Einsatzes von konstruktiver Mehrdeutigkeit im Verlauf der Vertragsverhandlung war,⁷⁸² wurde vor allem im Zusammenhang mit Amnestieszenarien im Rahmen von Friedensverhandlungen diskutiert.⁷⁸³ Nunmehr erlaubte die Formulierung es dem IStGH, dem politischen Druck aus den USA nachzugeben.⁷⁸⁴ Nachfolgend soll jedoch anhand eines Beispiels aus dem Bereich der Friedens-

779 Christine Bell, Kathleen Cavanaugh, 'Constructive Ambiguity' or Internal Self-Determination? Self-Determination, Group Accommodation, and the Belfast Agreement, *Fordham international law journal* 22 (1999), 1345, 1356.

780 Rome Statute of the International Criminal Court, 17.07.1998, UNTS 2187, S. 3.

781 IStGH, Decision Pursuant to Article 15 of the Rome Statute on the Authorisation of an Investigation into the Situation in the Islamic Republic of Afghanistan, Pre-Trial Ch. II, 12 April 2019, ICC-02/17, S. 28 ff. Rn 87 ff.

782 Michael P. Scharf, The Amnesty Exception to the Jurisdiction of the International Criminal Court, *Cornell International Law Journal* 32 (1999), 437, 521 f.; Gilbert Bitti, The Interests of Justice – where does that come from? Part I, *EJIL: Talk!* 13. August 2019; Gilbert Bitti, The Interests of Justice – where does that come from? Part II, *EJIL: Talk!* 14. August 2019.

783 Michael P. Scharf, From the eXile Files: An Essay on Trading Justice for Peace, *Washington and Lee Law Review* 63 (2006), 339, 372; Alexander K. A. Greenawalt, Justice Without Politics? Prosecutorial Discretion and the International Criminal Court, *International Law and Politics* 39 (2007), 583, 617 f.; Kenneth A. Rodman, Is Peace in the Interests of Justice? The Case for Broad Prosecutorial Discretion at the International Criminal Court, *LJIL* 22 (2009), 99, 100; *Auswärtiges Amt, Initiative Mediation Support Deutschland*, Normativer Bezugsrahmen und völkerrechtliche Grundlagen der Friedensmediation, Berlin 2017, S. 11; Priscilla B. Hayner, *The peacemaker's paradox*, New York 2018, S. 99 ff.

784 Sergey Vasiliev, Not just another 'crisis': Could the blocking of the Afghanistan investigation spell the end of the ICC? (Part II), *EJIL: Talk!* 20. April 2019; Mark Kersten, Whither the Aspirational ICC, Welcome the 'Practical' Court?, *EJIL: Talk!* 22. Mai 2019; die Frage aufwerfend, ob der IStGH im vergleichbaren Fall Myanmar ebenso verfahren wird Dilken Celebi, Felix Braun, *Strafverfolgung*

mediation gezeigt werden, wie konstruktive Mehrdeutigkeit zum Einsatz kommt und welche Folgen sie hat.

Im Rahmen der innerkongolesischen Friedensverhandlungen, die von 2002 bis 2003 in Südafrika stattfanden,⁷⁸⁵ wurde durch den Innercongolese-Dialogue, der eine Vielzahl von Akteuren im südafrikanischen Sun City zusammenbrachte, eine Resolution über die Schaffung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission beschlossen. Diese und weitere Resolutionen wurden gemeinsam mit dem Entwurf der Übergangsverfassung⁷⁸⁶ und dem Global and Inclusive Agreement on Transition in the Democratic Republic of Congo⁷⁸⁷ verbindlicher Teil des 2003 als Final Act⁷⁸⁸ geschlossenen Friedensabkommens.

Die Resolution sollte eine opferorientierte Funktion einnehmen.⁷⁸⁹ Dieser Umstand wurde hervorgehoben durch die Formulierung:

*„Affirm that the Commission will be responsible for deciding the fate of the victims of the said crimes, for hearing them, and taking all the necessary measures to compensate them and completely restore their dignity.“*⁷⁹⁰

Dabei sollte insbesondere auch sexualisierte Gewalt aufgearbeitet werden (Art. 7). Zugleich wurde hinsichtlich der Zusammensetzung der Kommission in Art. 10 wie folgt formuliert:

ohne Jurisdiktion? – Das Legitimitätsdilemma des IStGH angesichts der Rohingya-Ermittlungen, Völkerrechtsblog 11. Juli 2019.

785 Vgl. Gilbert M. Khadiagal, South Africa's Role in Conflict Resolution in the Democratic Republic of the Congo (DRC), in: Shillinger (Hrsg.), Africa's peacemaker?: lessons from South African conflict mediation, Auckland Park, 2009, S. 69, 73 ff.

786 Draft Constitution of the Transition of the Democratic Republic of Congo, 1.04.2003, <https://www.peaceagreements.org/masterdocument/1303>, Stand 13.08.2019; zur in Kraft getretenen Fassung siehe Constitution de la Transition de la République Démocratique du Congo du 5 avril 2003, Journal Officiel de la République Démocratique du Congo Nr. 44/2003.

787 Global and Inclusive Agreement on Transition in the Democratic Republic of Congo (Pretoria Agreement), 16.12.2002, <https://peacemaker.un.org/drc-agreementontransition2002>, Stand 03.08.2019.

788 Intercongolese Negotiations: The Final Act (The Sun City Agreement), 2.04.2003, <https://www.peaceagreements.org/masterdocument/404>, Stand 13.08.2019.

789 Interview mit Alain Sigg 19.04.2018.

790 Art. 5, Resolution No: DIC/COR/04 On the Institution of a „Truth and Reconciliation“ Commission, Intercongolese Negotiations: The Final Act (The Sun City Agreement), 2.04.2003, <https://www.peaceagreements.org/masterdocument/404>, Stand 13.08.2019.

*„Resolve that the members will be appointed by consensus from the ranks of the components according to the criteria established by the ICD: moral probity, credibility, knowledge of the social realities on the ground, proven competence in relation to processes for promoting truth and reconciliation, patriotism and evidence of a conciliatory and unifying spirit.“*⁷⁹¹

„Ranks of the components“ wurde dabei dahingehend interpretiert, dass es sich um Vertreter*innen der an den Verhandlungen beteiligten Parteien handeln sollte.⁷⁹² Dabei wurde auch der power-sharing Gedanke, der auch im Global and Inclusive Agreement zum Ausdruck kam,⁷⁹³ berücksichtigt:

*„The division of responsibilities within transitional institutions and at different State levels shall be done on the basis of the principle of inclusiveness and equitable sharing between the various elements and entities involved in the Inter-Congolese Dialogue, in accordance with criteria such as ability, credibility and integrity and in a spirit of national reconciliation. Provision is made in the Annex to this Agreement for the modalities of the implementation of the principle of inclusiveness.“*⁷⁹⁴

Art. 157 der Übergangsverfassung setzte ein Mitglied der Zivilgesellschaft für den Vorsitz der Kommission fest und verteilte unbestimmte weitere Sitze an die beteiligten Akteure:

„Institutions for democracy are chaired by representatives from the ‚Civil Society‘ (‚Forces Vives‘) constituency, in accordance with the relevant provisions of the comprehensive and inclusive agreement.“

791 Art. 10, Resolution No: DIC/COR/04 On The Institution Of A „Truth And Reconciliation“ Commission, Intercongolese Negotiations: The Final Act (The Sun City Agreement) 2.04.2003, <https://www.peaceagreements.org/masterdocument/404>, Stand 13.08.2019.

792 Elena Naughton, Democratic Republic of Congo: Case Study, in: International Center for Transitional Justice u. a. (Hrsg.), Challenging the Conventional Can Truth Commissions Strengthen Peace Processes?, 2014, S. 47, 49.

793 Zum ebenfalls in der Übergangsverfassung verkörperten Gedanken der power sharing Hartmut Hamann, Die Übergangsverfassung der Demokratischen Republik Kongo – Föderalismus oder Zentralismus?, ZaöRV 65 (2005), 467, 479 ff.; Kai Peter Ziegler, Democratic Republic of the Congo: The Transitional Constitution of April 1, 2003, International Journal of Constitutional Law 3 (2005), 662, 665 ff.

794 Teil III, Art. 6 des Global and Inclusive Agreement on Transition in the Democratic Republic of Congo (Pretoria Agreement), 16.12.2002, <https://peacemaker.un.org/drc-agreementontransition2002>, Stand 03.08.2019 (Hervorhebungen durch den Verfasser).

*The other Constituencies and Groupings of the inter-Congolese Dialogue fall under their respective offices.*⁷⁹⁵

Dieser Artikel wurde so verstanden, dass mit „Constituencies and Groupings of the inter-Congolese Dialogue“ die acht an den Verhandlungen beteiligten Akteure⁷⁹⁶ gemeint waren, die je einen Sitz erhielten, sodass auch die sechs Gewaltakteure⁷⁹⁷ erfasst waren. Hinter der Uneinheitlichkeit der Begriffe, mit denen die an der Kommission beteiligten Akteure beschrieben werden und dem Umstand, dass sich deren Zusammensetzung selbst aus der Gesamtschau der soeben dargestellten Artikel nur ungefähr ergibt, verbirgt sich schlussendlich ein Dissens. *Priscilla Hayner* und *Laura Davis* berichten, dass ursprünglich allein politische Akteure für die Kommission und die anderen Institutionen zur Förderung der Demokratie vorgesehen gewesen sein. Wie es schlussendlich dazu gekommen sei, dass auch die Gewaltakteure dort vertreten waren, darüber herrscht unter den Beteiligten keine Einigkeit. Zum Teil wird der Vorwurf aufgebracht, der finale Entwurf sei noch einmal geändert worden.⁷⁹⁸ Wirft man unter diesem Gesichtspunkt einen Blick auf die Formulierung der Resolution über die Einrichtung der Kommission, dann wird – wenn vorher nur an politische Akteure gedacht worden war – nicht sofort ersichtlich, dass sich hinter „ranks of the components“, nun auch die Gewaltakteure verbergen sollen. Diese Art situationspezifischer Bedeutung entspricht der zuvor dargestellten Definition von Mehrdeutigkeit und wurde hier strategisch im Sinne konstruktiver Mehrdeutigkeit eingesetzt.

Darüber hinaus sahen sowohl die Übergangsverfassung (Art. 160), als auch das Global and Inclusive Agreement (Abschnitt V, Art. 4, lit. b) und die Resolution über die Schaffung der Wahrheits- und Versöhnungskommission (Art. 14) vor, dass die weitere Ausgestaltung der Kommission durch den Gesetzgeber, die Transitional Legislative Assembly, erfolgen

795 Draft Constitution of the Transition of the Democratic Republic of Congo, 1.04.2003, <https://www.peaceagreements.org/masterdocument/1303>, Stand 13.08.2019.

796 Präambel Abs. 1 Intercongolese Negotiations: The Final Act (The Sun City Agreement), 2.04.2003, <https://www.peaceagreements.org/masterdocument/404>, Stand 13.08.2019.

797 Teil I, Art. 1 des Global and Inclusive Agreement on Transition in the Democratic Republic of Congo (Pretoria Agreement), 16.12.2002, <https://peacemaker.un.org/drc-agreementontransition2002>, Stand 03.08.2019.

798 *Laura Davis, Priscilla Hayner*, *Difficult peace, limited justice: Ten years of peace-making in the DRC*, International Center for Transitional Justice, New York 2009, S. 21.

sollte. Die Resolution zählte hierbei explizit auch das Ernennungsverfahren auf.

Schon im Juli 2003 benannten sieben der acht Verhandlungsparteien ihre Mitglieder für die Kommission. Allein die politische Opposition ernannte ihr Mitglied erst im Juli 2004, als auch das dazugehörige Gesetz erlassen wurde. Ein über die gegenseitige Duldung hinausgehender konsensualer Auswahlprozess, wie ihn Art. 7 der Resolution über die Bildung der Kommission zumindest nahelegt, hatte nicht stattgefunden. Die Berücksichtigung der ebenfalls in Art. 7 der Resolution aufgeführten, persönlichen Anforderungen an die Mitglieder der Kommission hätten so allenfalls durch die Verhandlungsparteien selbst berücksichtigt werden können. Allerdings schienen politische Beziehungen bei der Auswahl eine größere Rolle zu spielen, als die entsprechende Eignung.⁷⁹⁹ Vielmehr sollen manche der Vertreter*innen womöglich sogar selbst unmittelbar an schwersten Verbrechen beteiligt gewesen sein.⁸⁰⁰ An dieser Stelle tritt die inhärente Mehrdeutigkeit des Friedensabkommens zutage. Das Spannungsverhältnis zwischen einem opferorientierten Aufarbeitungsprozess und dem Gedanken des „power sharing“ im Interesse der Konfliktparteien, das durch die Konstruktion und die Formulierung der unterschiedlichen Teile des Abkommens überdeckt worden war, wird offenbar. Doch zu diesem Zeitpunkt, als die Verhandlungen bereits abgeschlossen waren, hatte sich die Kräfteverteilung bereits geändert. Die Opfer und ihre Vertreter*innen hatten nicht mehr den gleichen Zugriff auf die Aufmerksamkeit einer zum Teil globalen Öffentlichkeit, wie während der Verhandlungen. Die internationalen und regionalen Akteure waren im konkreten Fall vor allem daran interessiert, das Abkommen aufrecht zu erhalten und die anstehenden Wahlen nicht zu gefährden.⁸⁰¹

799 Federico Borello, A first few steps: The Long Road to a Just Peace in the Democratic Republic of the Congo, Occasional Paper Series Nr. October, International Center for Transitional Justice, New York 2004, S. 41.

800 Human Rights Watch, Democratic Republic of the Congo: Confronting Impunity, Briefing Paper Nr. January, 2004, S. 4; Laura Davis, Priscilla Hayner, Difficult peace, limited justice: Ten years of peacemaking in the DRC, International Center for Transitional Justice, New York 2009, S. 21.

801 Elena Naughton, Democratic Republic of Congo: Case Study, in: International Center for Transitional Justice u. a. (Hrsg.), Challenging the Conventional Can Truth Commissions Strengthen Peace Processes?, 2014, S. 47, 50 f.; Sara Hellmüller, The Interaction Between Local and International Peacebuilding Actors: Partners for Peace, Cham 2018, S. 137; zum dahingehenden Stimmungsbild S/2004/251, S. 13 Rn. 49 (Fifteenth report of the Secretary-General on the United Nations Organization Mission in the Democratic Republic of the Congo).

Zugleich setzte sich dieses Spannungsverhältnis fort und wurde erneut mittels Unbestimmtheit aufgelöst und verdeckt. So existierten mehrere konkurrierende Entwürfe zum Gesetz, das die Zusammensetzung, Arbeitsweise und Funktion der Wahrheits- und Versöhnungskommission ausgestalten sollte.⁸⁰² Die schlussendlich im Juli 2004 verabschiedete Fassung reagierte auf die Kritik an der Zusammensetzung der Kommission, indem in Art. 9 die Anzahl der Mitglieder auf insgesamt 21 angehoben wurde.⁸⁰³ Die neu hinzugekommenen 13 Sitze sollten dabei durch zivilgesellschaftliche Vertreter besetzt werden. Zugleich wurde jedoch der diesbezügliche Auswahlprozess nicht weiter konkretisiert, sondern sollte im Binnenrecht der Kommission geregelt werden:

*„Les autres membres sont des personnalités issues des Confessions religieuses, des associations savantes, des associations féminines et d'autres associations dont les activités ont un rapport avec l'objet de la Commission Vérité et Réconciliation, choisies d'une manière transparente et publique par chaque Province et dans le respect de la représentation de 30 %, selon une modalité qui sera précisée par le règlement intérieur.“*⁸⁰⁴

Dieses Binnenrecht wurde erst im März 2005 erlassen und verwies seinerseits für den Auswahlprozess auf Art. 9 des ihm zugrundeliegenden Gesetzes zurück:

*„[Les] Treize autres membres sont des personnalités issues des confessions religieuses, des associations savantes, des associations féminines et d'autres associations dont les activités ont un rapport avec l'objet de la CVR, choisies conformément à l'article 9 alinéas 3 de la loi organique.“*⁸⁰⁵

802 S/2003/1098, S. 13 Rn. 45 (Fourteenth report of the Secretary-General on the United Nations Organization Mission in the Democratic Republic of the Congo); *Human Rights Watch*, Democratic Republic of the Congo: Confronting Impunity, Briefing Paper Nr. January, 2004, S. 4.

803 *Federico Borello*, A first few steps: The Long Road to a Just Peace in the Democratic Republic of the Congo, Occasional Paper Series Nr. October, International Center for Transitional Justice, New York 2004, S. 42.

804 Art. 9 Abs II des Loi N°/04/018 du 30 juillet 2004 portant organisation, attributions et fonctionnement de la Commission Vérité et Réconciliation, <http://www.leganet.cd/Legislation/DroitPenal/Loi01.18.30.07.2004.CVR.htm>, Stand 12.08.2019 (Hervorhebungen durch den Verfasser).

805 Art. 46 b des Règlement Intérieur de la Commission Vérité et Réconciliation, <http://www.leganet.cd/Legislation/DroitPenal/ReglementInt.CVR.htm>, Stand 12.08.2019, weiterer Rückverweis in Art. 60.

Das Ergebnis dieser rechtlichen Dauerschleife war, dass die weiteren Mitglieder in Ermangelung eines klaren Prozederes unter Leitung der bereits ernannten acht Mitglieder ausgewählt wurden.⁸⁰⁶ So suchte sich ein in der Mehrheit aus Vertreter*innen der Gewaltakteure bestehendes Gremium die Vertreter der zivilgesellschaftlichen Akteure, um Verbrechen aufzuarbeiten, an denen eben diese Gewaltakteure zum Teil selbst beteiligt waren. Der Bericht des UN-Generalsekretärs spricht in diesem Zusammenhang von Unregelmäßigkeiten, welche die Unabhängigkeit der Kommission gefährdeten.⁸⁰⁷ War im Vorfeld des Erlasses des Gesetzes über die Wahrheits- und Versöhnungskommission kritisiert worden, dass aus einem der ersten Entwürfe die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt als Aufgabe der Kommission gestrichen worden war,⁸⁰⁸ verhinderten die entsprechenden Akteure diese Aufarbeitung schlussendlich durch die Zusammensetzung der Kommission.⁸⁰⁹ Diese war maßgeblich durch den Einfluss der Gewaltakteure geprägt, dessen Ausübung ihnen die strategisch eingesetzte Unbestimmtheit ermöglichte. Dieser Einfluss reichte so weit, dass die ursprünglich opferorientierte Institution keinen einzigen individuellen Fall bearbeitete,

806 *Commission Verité et Réconciliation de la République Démocratique du Congo*, Rapport Final Des Activites, Kinshasa 2007, S. 8 („Les Commissaires sont les 13 membres de la CVR issus des confessions religieuses, des associations savantes, des associations féminines et d'autres associations dont les activités ont un rapport avec l'objet de la CVR, choisis, sous la direction du Bureau, d'une manière transparente et publique par chaque Province.“); *Elena Naughton*, Democratic Republic of Congo: Case Study, in: International Center for Transitional Justice u.a. (Hrsg.), *Challenging the Conventional Can Truth Commissions Strengthen Peace Processes?*, 2014, S. 47, 50; bereits vor Erlass des Binnenrechts Entsprechendes prognostizierend *Federico Borello*, *A first few steps: The Long Road to a Just Peace in the Democratic Republic of the Congo*, Occasional Paper Series Nr. October, International Center for Transitional Justice, New York 2004, S. 42. Schon bei Borello taucht die Formulierung „Sous la direction du bureau“ auf, die auch Naughton verwendet und die sich schlussendlich im Abschlussbericht wiederfindet. Bei beiden Autoren klingt es, als sei diese Formulierung Teil eines Normtextes, ohne dass dies nachvollziehbar dargelegt wird. Da Borellos Text vor dem Erlass des Binnenrechts veröffentlicht wurde, kann er sich lediglich auf das Gesetz vom 30. Juli 2004 über die Funktion der Kommission beziehen. Allerdings enthält die dem Verfasser vorliegende und hier zugrunde gelegte Gesetzesfassung diese Formulierung nicht.

807 S/2004/1034, S. 13 Rn 53 (Sixteenth report of the Secretary-General on the United Nations Organization Mission in the Democratic Republic of the Congo).

808 *Human Rights Watch*, Democratic Republic of the Congo: Confronting Impunity, Briefing Paper Nr. January, 2004.

809 Allgemein zu den diesbezüglichen Anforderungen *Priscilla B Hayner*, *Unspeakable truths*, 2. Aufl., New York [u.a.] 2011, S. 89.

obwohl einzelne Opfer sogar den Versuch unternahmen, die Kommission mit ihrem persönlichen Fall zu befassen.⁸¹⁰ Der Abschlussbericht der Kommission bestätigte den Einfluss, den die Beteiligung der Gewaltakteure auf die Nichterfüllung der Aufgabe der Kommission hatte, im Rahmen der Begründung für einen Gesetzesvorschlag, der erneut eine Wahrheits- und Versöhnungskommission etablieren sollte.⁸¹¹ Vielsagend ist auch, dass dieser Vorschlag nie aufgegriffen wurde.⁸¹²

Dieses Beispiel zeigt, wie konstruktive Mehrdeutigkeit dazu genutzt werden kann, gleichsam durch die Hintertür die Interessen einzelner Akteure durchzusetzen. Zum Zeitpunkt der innerkongolesischen Verhandlungen in Südafrika war die prozessinterne Resolution dem Vernehmen nach Konsens. *Alain Sigg* hob diesbezüglich pointiert hervor, dass am Verhandlungstisch selbst selten ein Akteur wagen wird zu sagen, die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt interessiere ihn nicht.⁸¹³ Strategische Mehrdeutigkeit ermöglicht es den daran interessierten Parteien dennoch, sich derartigen Forderungen zu widersetzen. Sind die zivilgesellschaftlichen Akteure und Opfervertreter*innen im Moment der Verhandlungen durch die öffentliche Aufmerksamkeit und die Präsenz externer Akteure in einer verstärkten Verhandlungsposition, bestehen viele dieser Faktoren in der Umsetzungsphase nicht mehr. Konstruktive Mehrdeutigkeit baut den Konfliktparteien eine Brücke von der einen in die andere Situation. Dabei kommt sie im Moment der Verhandlung als technisch raffinierte Form eines Kompromisses daher. Faktisch handelt es sich in Konstellationen wie der hier beispielhaft dargestellten um eine verdeckte Ermächtigungsnorm. So werden manche Akteure in die Lage versetzt, die Freiheit anderer Akteure in der Zukunft potentiell zu beeinträchtigen. Dieser Umstand generiert Legitimationsbedarf.

b) Externe Auswirkungen von Unbestimmtheit

Bezogen auf die Völkerrechtsgemeinschaft wirkt sich die durch die Friedensmediation generierte Unbestimmtheit auf Ebene der Völkerrechtsge-

810 *Sara Hellmüller*, *The Interaction Between Local and International Peacebuilding Actors : Partners for Peace*, Cham 2018, S. 137.

811 *Commission Verité et Réconciliation de la République Démocratique du Congo*, Rapport Final Des Activites, Kinshasa 2007, S. 89.

812 *Sara Hellmüller*, *The Interaction Between Local and International Peacebuilding Actors : Partners for Peace*, Cham 2018, S. 138.

813 Interview mit Alain Sigg vom 19.4.2018.

nese aus, insbesondere im Bereich des Völkergewohnheitsrechts. Dabei soll es nicht um das Entstehen von Völkergewohnheitsrecht infolge der Friedensmediation und der daran geknüpften Praxis gehen, sondern um den Umstand, dass Unbestimmtheit und strategisch eingesetzte Flexibilität die Genese von Völkergewohnheitsrecht verhindern können.

Der Ausgangspunkt des hier in den Blick genommenen Problems wird von Anne Peters beschrieben:

*„The second reason why normative analysis of international law cannot be avoided is the typical indeterminacy and vagueness of treaty provisions and by a large number of unwritten norms. Therefore, much more doubt hovers over the existence of the lex lata than in domestic law, which is relatively fully and precisely codified in the form of codes, laws, and decrees. In addition, international law has evolved gradually, often out of soft law texts.“*⁸¹⁴

Im Rahmen der Friedensmediation stellt sich regelmäßig die Frage, was der Inhalt bestimmter Normen ist und welchen Grad an Verbindlichkeit diese haben. Dabei zeigt sich, dass dieser Prozess sich nicht auf bloße Anwendung beschränkt, sondern dass der Umgang mit dem, was zuweilen als „unsettled norms“ beschrieben wird,⁸¹⁵ auch Rückwirkungen auf deren Verbindlichkeit und Inhalt haben kann. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn eine flexible, pragmatische und zugleich normgeleitete Praxis einen rechtsgestaltenden Anspruch erhebt.⁸¹⁶ Christine Bell spricht in diesem Zusammenhang vielfach von „the new law“ oder „lex pacificatoria“. Das Besondere an diesem Konzept beschreibt sie wie folgt:

„The new law of transitional justice is therefore another law of the centre whereby the very tension between the simultaneous need for amnesty and

814 Anne Peters, International Legal Scholarship Under Challenge, in: D’Aspremont u. a. (Hrsg.), International Law as a Profession, Cambridge 2017, S. 117, 131; zum Verhältnis von Völkergewohnheitsrecht und soft law Christine M. Chinkin, The challenge of soft law: development and change in international law, International & comparative law quarterly (1989), 850, 855 ff.; zum Verhältnis von Völkergewohnheitsrecht und soft law Alan E Boyle, Christine M. Chinkin, The making of international law, Oxford [u.a.] 2007, S. 225 ff.

815 Sara Hellmüller, Julia Palmiano Federer, Mathias Zeller, The Role of Norms in International Peace Mediation, swisspeace, NOREF, Bern 2015, S. 5.

816 Christine Bell, On the law of peace: peace agreements and the lex pacificatoria, Oxford [u.a.] 2008, S. 257 („The resultant lex pacificatoria sustains its claim to be more than a practice because it simultaneously addresses both local conflict and international law.“).

*for accountability develops and sustains the new law. It is the pressure for resolution in terms of one of the normative poles that enables its development. It is in the messy middle that creative solutions are fashioned that attempt to navigate between the assertion that international law normatively regulates how peace agreements deal with the past, and the assertion that international legal regulation is counter-productive to pragmatic attempts to achieve peace.*⁸¹⁷

Pointierter formuliert sie es im nachfolgenden Satz: „[...] *the new law has ambiguities, gaps and incoherencies that leave some room for negotiation, sequencing, and creative approaches.*“⁸¹⁸ Während Bell jedoch davon ausgeht, dass dieser Kreativität eine normative Verdichtung entspringt, soll im weiteren Verlauf gezeigt werden, dass die von ihr beschriebenen „*persistent practices of peacemakers that take on a normative quality through their persistent use across conflicts*“⁸¹⁹ vielmehr dazu geeignet ist, infolge der beschriebenen Kreativität und Pragmatik zu einer Praxis der Uneinheitlichkeit zu werden. Die Folge dessen ist jedoch keine normative Verdichtung, sondern die Verhinderung einer möglichen Genese des Völkergewohnheitsrechts.

Der Beitrag, den mediierte Friedensvereinbarungen zur Entstehung und nicht zur Verhinderung von Völkergewohnheitsrecht leisten, wird hier vor allem nicht in den Blick genommen, weil er sich nicht von anderen Praktiken und Handlungsweisen unterscheidet, die der Genese von Völkergewohnheitsrecht zugrunde liegen. Die Tatsache, dass in diesen Konstellationen nichtstaatliche Akteure, insbesondere nichtstaatliche Gewaltakteure häufig einen starken Einfluss auf das haben, was später als Staatenpraxis und Rechtsüberzeugung betrachtet wird, ändert daran wenig. Dabei ist es letztlich unbeachtlich, ob – eher traditionell – nichtstaatliche Gewaltakteure primär als Normadressaten eines allein durch Staaten geschaffenen Völkerrechts angesehen werden⁸²⁰ oder ob ihnen im Interesse der Normbefol-

817 *Christine Bell*, *On the law of peace: peace agreements and the lex pacificatoria*, Oxford [u.a.] 2008, S. 258; ähnlich *Christine Bell*, *Peace settlements and international law: from lex pacificatoria to jus post bellum*, in: White u. a. (Hrsg.), *Research handbook on international conflict and security law*, Cheltenham [u.a.] 2013, S. 499, 544.

818 *Christine Bell*, *The „New Law“ of Transitional Justice*, in: Ambos u. a. (Hrsg.), *Building a future on peace and justice*, Berlin 2009, S. 105, 124.

819 *Christine Bell*, *On the law of peace: peace agreements and the lex pacificatoria*, Oxford [u.a.] 2008, S. 288.

820 Statt vieler *Yoram Dinstein*, *Non-international armed conflicts in international law*, Cambridge 2014, S. 72 („If agreements concluded by insurgents with Gov-

gung eine formale Rolle bei der Normgenese zugesprochen wird.⁸²¹ Zum einen ist das Handeln von Staaten regelmäßig Ausdruck einer Vielzahl von Einflüssen, sodass auch das Verhandeln im Rahmen eines internen Konflikts sich zumindest strukturell nicht von den anderweitigen wirtschaftlichen oder politischen Einflüssen unterscheidet, denen Staaten ausgesetzt sind.⁸²² Zumal auch hinsichtlich transnationaler Unternehmen, NGOs und anderweitiger nichtstaatlicher Akteure eine formelle Berücksichtigung bei der Genese von Völkergewohnheitsrecht und damit eine zumindest partielle Völkerrechtspersönlichkeit diskutiert wird.⁸²³ Freiheitsbeschränkungen sind im ersten Schritt stets legitimationsbedürftig. Während rein faktischer Einfluss jedoch als „normal“ bezeichnet werden kann und somit für sich genommen keinen gesonderten Legitimationsbedarf erfordert, wäre die Zuerkennung von formellem Einfluss viel mehr eine Antwort auf die Frage nach der Legitimation, als dass dieses Zuerkennen selbst sie aufwerfen würde.

ernments leave their eventual mark on customary law, this is only because the instruments reflect the practice of States“); so dann auch im Bezug auf Völkergewohnheitsrecht allgemein Conclusion 4 Nr. 3 sowie das dazugehörige Commentary A/73/10, Report of the International Law Commission, Seventieth session 2018, S. 119, 132.

- 821 Marco Sassòli, Taking Armed Groups Seriously: Ways to Improve their Compliance with International Humanitarian Law, *Journal of International Humanitarian Legal Studies* 1 (2010), 5, 25; Robert McCorquodale, An inclusive international legal system, *LJIL* 17 (2004), 477, 598 f.; Stephan Hobe, Das humanitäre Völkerrecht in asymmetrischen Konflikten: Anwendbarkeit, modifizierende Interpretation, Notwendigkeit einer Reform?, in: Zimmermann (Hrsg.), *Moderne Konfliktformen: humanitäres Völkerrecht und privatrechtliche Folgen; Referate und Thesen*, Heidelberg [u.a.] 2010, S. 80 f.; Sandesh Sivakumaran, The law of non-international armed conflict, Oxford 2012, S. 562; Anthea Roberts, Sandesh Sivakumaran, Lawmaking by Nonstate Actors: Engaging Armed Groups in the Creation of International Humanitarian Law, *The Yale journal of international law* 37 (2012), 107, 110.
- 822 Michael Byers, *Custom, Power and the Power of Rules: International Relations and Customary International Law*, Cambridge 1999, S. 13.
- 823 Anne Peters, Membership in the Global Constitutional Community, in: Klabbers u. a. (Hrsg.), *The Constitutionalization of International Law*, Oxford 2009, S. 153, 155 ff.; Jean D’Aspremont, Conclusion: Inclusive law-making and law-enforcement processes for an exclusive international legal system, in: D’Aspremont (Hrsg.), *Participants in the international legal system*, Abingdon 2011, S. 425, 428 f.; Math Noortmann, August Reinisch u. a., *Concluding Observations*, in: Noortmann u. a. (Hrsg.), *Non-State actors in international law*, Oxford [u.a.] 2015, S. 369, 375.

Statt der Rolle nichtstaatlicher Akteure ist vielmehr der strategische Einsatz von Unbestimmtheit in den Blick zu nehmen. Dabei kann sich Unbestimmtheit sowohl auf den Inhalt einer Einigung beziehen, wie auch auf die diesbezügliche rechtliche Verbindlichkeit bzw. den rechtlichen Charakter. Würde man etwa das vorangegangene Beispiel des innerkongolesischen Friedensprozesses und der Wahrheits- und Versöhnungskommission heranziehen⁸²⁴ und sich auf die Suche nach relevanter Praxis zu einem Recht bzw. einer Pflicht zur Aufarbeitung machen,⁸²⁵ würde man höchst widersprüchliche Informationen vorfinden. Einerseits wurde eine Wahrheits- und Friedenskommission vereinbart. Diese hatte auch die Aufgabe der Aufarbeitung individueller Verbrechen. Andererseits ist die Kommission dieser Aufgabe nie nachgekommen und war institutionell auch nicht dafür geeignet. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie sich Widersprüchlichkeit und Unbestimmtheit sowohl auf die Existenz einer Norm, wie einem Recht auf Aufarbeitung, beziehen könne, wie auch auf deren konkreten Inhalt.

Der Einsatz derartiger Unbestimmtheit generiert im Zusammenhang mit der Genese von Völkergewohnheitsrecht deshalb einen erhöhten Legitimationsbedarf, weil das strategische „vielleicht“, dem zugrundeliegenden Verständnis staatlichen Handelns deutlich ferner liegt als „ja“, „nein“ oder „ja, aber“. Dieser Umstand wird durch das nachfolgende Beispiel von Michel Byers verdeutlicht:

„Suppose that State A would like a new rule to develop and therefore acts in accordance with, or issues a statement in support of, its preferred new rule. State B is ambivalent towards the new rule and does nothing. State C does not want the new rule to develop and therefore acts in a way which would be in violation of the new rule, were it to develop, or issues a statement objecting to it. Suppose too, that all other States are in the position of State A, State B or State C. Now, if there are many State As, some State Bs, and no or only a few State Cs, the proposed rule will become a rule of customary international law and any State Cs may – at least temporarily – become persistent objectors. If there are few State As, some State Bs and many State Cs, the proposed rule will not develop.“⁸²⁶

824 Siehe hierzu C.II.3.a.

825 Dazu Priscilla B. Hayner, *Unspeakable truths*, 2. Aufl., New York [u.a.] 2011, S. 23 f.

826 Michael Byers, *Custom, Power and the Power of Rules: International Relations and Customary International Law*, Cambridge 1999, S. 158.

Zum einen enthält das Beispiel kein Szenario, in dem es vor allem eine Mehrheit von Staaten mit der Position von Staat B gibt. Zum anderen unterscheidet sich der strategische Einsatz von Unbestimmtheit vom beschriebenen Stillhalten infolge von Ambivalenz. Besonders anschaulich wird die zugrundeliegende Logik in einem Modell, das in Anlehnung an *Michel Foucault* die Entstehung von Völkergewohnheitsrecht als zwischenstaatlichen Diskurs beschreibt. Ziel dieses Diskurses ist es – holzschnittartig heruntergebrochen –, eine Entscheidung über eine Norm herbeizuführen, die sich in den Kategorien „ja“ oder „nein“ ausdrücken lässt.⁸²⁷ In diesem Modell stellt das Verhalten von Staat B eine Enthaltung dar, oder aber die Aussage, noch nicht genau zu wissen, ob es nun „ja“ oder „nein“ heißen soll. Wer Unbestimmtheit strategisch einsetzt, der zielt mit einem „vielleicht“ oder vielmehr einem „jein“ überhaupt nicht auf das Ergebnis des Diskurses ab, eine Einigung über das Entstehen oder Nichtentstehen einer völkergewohnheitsrechtlichen Norm zu erzielen. Diese Erkenntnis ist aus Sicht der der Friedensmediation auch keineswegs verwunderlich, ist deren primäres Ziel doch die Beilegung des Konflikts und nicht eine gestalterische Tätigkeit im Hinblick auf das Völkergewohnheitsrecht.

Wenn auch dieser Umstand nicht überrascht, generiert er doch erhöhten Legitimationsbedarf, weil die so eingesetzte Unbestimmtheit den an der Friedensmediation beteiligten Staaten einen weitaus größeren Einfluss auf die Genese von Völkergewohnheitsrecht ermöglicht, als eine zustimmende oder ablehnende Position. Während gegen einen Staat mit ablehnender Position dennoch Völkergewohnheitsrecht gebildet werden kann und dieser Staat dann ggf. als *persistant objector* verhindern kann, selbst durch die neue Norm gebunden zu sein, ist die Stellung eines sich strategisch unbestimmt verhaltenden Staates im Vergleich einflussreicher. Der Grund liegt in der Bedeutung, die sowohl Rechtsprechung, als auch Wissenschaft dem Erfordernis der einheitlichen Staatenpraxis beimessen. Diese Bedeutung formulierte der IGH in der *North Sea Continental Shelf*-Entscheidung wie folgt: „*State practice [...] should have been both extensive and virtually uniform in the sense of the provision invoked.*“⁸²⁸ Auch 35 Jahre

827 *Leonard M. Hammer*, *A Foucauldian Approach to International Law: Descriptive Thoughts for Normative Issues*, Aldershot [u.a.] 2007, S. 65 f.

828 IGH, *North sea continental shelf cases* (Federal Republic of Germany v Denmark; Federal Republic of Germany v Netherlands), Judgement from the 20th February 1969, ICJ Reports 1969, S. 43.

später beschreibt Jörg Kammerhofer diese Voraussetzungen als allgemein anerkannt.⁸²⁹

Dies wird besonders dadurch hervorgehoben, dass der IGH gleich zu Beginn seiner Tätigkeit in zwei Entscheidungen die Existenz von Völkergewohnheitsrecht mit Verweis auf die uneinheitliche Praxis ablehnte. Während dies zuerst die Frage der Existenz eines völkergewohnheitsrechtlichen Asylrechts zwischen Peru und Kolumbien betraf, wurde in der Fisheries-Entscheidung zwischen Großbritannien und Norwegen die von Großbritannien angeführte 10-Meilen Regel infolge uneinheitlicher Praxis nicht anerkannt. Im ersten Fall formulierte der IGH den Anspruch besonders drastisch:

*„The facts brought to the knowledge of the Court disclose so much uncertainty and contradiction, so much fluctuation and discrepancy in the exercise of diplomatic asylum and in the official views expressed on various occasions, there has been so much inconsistency in the rapid succession of conventions on asylum, ratified by some States and rejected by others, and the practice has been so much influenced by considerations of political expediency in the various cases, that it is not possible to discern in all this any constant and uniform usage, accepted as law, with regard to the alleged rule of unilateral and definitive qualification of the offence.“*⁸³⁰

Doch für die hier angeführte Argumentation ist womöglich der zweite Fall relevanter, da die Uneinheitlichkeit hier deutlich schwächer ausfiel, der IGH sogar in Teilen eine einheitliche Praxis anerkannte:

*„In these circumstances the Court deems it necessary to point out that although the ten-mile rule has been adopted by certain States both in their national law and in their treaties and conventions, and although certain arbitral decisions have applied it as between these States, other States have adopted a different limit. Consequently, the ten-mile rule has not acquired the authority of a general rule of international law.“*⁸³¹

829 Jörg Kammerhofer, Uncertainty in the Formal Sources of International Law: Customary International Law and Some of Its Problems, EJIL 15 (2004), 523, 530.

830 IGH, Asylum Case (Columbia v Peru), Judgment of November 20th 1950, ICJ Reports 1950, S. 277.

831 IGH, Fisheries Case (United Kingdom v. Norway), Judgement of December 18th, 1951, ICJ Reports 1951, S. 131; dass es sich entgegen der offensichtlichen Formulierung um eine Frage des Völkergewohnheitsrechts und nicht der einer allgemeinen Regel des Völkerrechts handelt, verdeutlicht die Formulierung bei IGH, Fisheries Case (United Kingdom v. Norway), Judgement of December

In seinem abweichenden Votum ging Richter *Read* sogar soweit, die 10-Meilen Regel ohne größeren Argumentationsaufwand als Völkergewohnheitsrecht zu bezeichnen.⁸³² Auch manche Stimmen im Schrifttum zweifeln das Vorliegen relevanter Maße an Uneinheitlichkeit an.⁸³³ Damit wird deutlich, welches Gewicht Uneinheitlichkeit gerade in Fällen zukommt, in denen die Entscheidung über die Existenz von Völkergewohnheitsrecht nicht von vornherein klar ist oder in denen das Gericht Argumente für eine präferierte Lösung sucht.⁸³⁴

Soweit zum Teil die Reichweite der Relevanz von Uneinheitlichkeit mit Verweis auf eine spätere Passage der Fisheries Entscheidung in Frage gestellt wird, so übergeht diese Sichtweise zwar nicht, dass sich diese Passage mit der Bewertung der Einheitlichkeit des Verhaltens eines Staates, in diesem Fall Norwegen, beschäftigt und nicht mit der Einheitlichkeit der Staatenpraxis in Bezug auf die Staatengemeinschaft,⁸³⁵ wohl aber den weiteren Zusammenhang der Passage im Urteil. Denn der IGH relativiert seine weitreichende Formulierung „[...] *too much importance need not be attached to the few uncertainties or contradictions, real or apparent,*“⁸³⁶ wenn er zum einen auf die vergleichsweise lange Dauer der in den Blick genommenen Zeitspanne ab 1812 verweist und daraufhin wieder auf die norwegische Staatspraxis Bezug nimmt, die „[...] *consistently and uninterruptedly from 1869 until the time when the dispute arose*“⁸³⁷ angewandt worden sei. Folglich wird an dieser Stelle am Erfordernis einheitlicher Praxis uneinge-

18th, 1951, Dissenting opinion of Sir Arnold McNair, ICJ Reports 1951, S. 164; bzgl. dieser Passage des Urteils auch von Völkergewohnheitsrecht sprechend *Maurice H. Mendelson*, The formation of customary international law, RdC 272 (1998), 155, 212.

832 IGH, Fisheries Case (United Kingdom v. Norway), Judgement of December 18th, 1951, Dissenting opinion of John E. Read, ICJ Reports 1951, S. 188.

833 Ausführlich C. H. M. Waldock, The Anglo-Norwegian Fisheries Case, British Yearbook of International Law 28 (1951), 114, 137 ff.; *Ben Chigara*, Legitimacy deficit in custom : a deconstructionist critique, Aldershot [u.a.] 2001, S. 213 ff.

834 Zur letztgenannten Einschätzung siehe *Ben Chigara*, Legitimacy deficit in custom : a deconstructionist critique, Aldershot [u.a.] 2001, S. 215.

835 *Maurice H. Mendelson*, The formation of customary international law, RdC 272 (1998), 155, 213; ähnlich auch *Michael Akehurst*, Custom as a Source of International Law, British Yearbook of International Law 47 (1976), 1, 20.

836 IGH, Fisheries Case (United Kingdom v. Norway), Judgement of December 18th, 1951, Dissenting opinion of Sir Arnold McNair, ICJ Reports 1951, S. 138.

837 IGH, Fisheries Case (United Kingdom v. Norway), Judgement of December 18th, 1951, Dissenting opinion of Sir Arnold McNair, ICJ Reports 1951, S. 138.

schränkt festgehalten und lediglich eine tatrichterliche Aussage zu dessen Vorliegen getroffen.⁸³⁸

Folglich kann Uneinheitlichkeit dazu führen, dass eine Regel nicht als Völkergewohnheitsrecht anerkannt wird. *Michael Akehurst* schreibt, eine kleine Anzahl an Uneinheitlichkeit könne zwar die Genese von Völkergewohnheitsrecht nicht verhindern, erhöhe aber doch die Anforderungen an den Umfang der Staatenpraxis, die hierfür erforderlich sei.⁸³⁹ Dagegen scheint das Beispiel der Fisheries-Entscheidung gerade zu zeigen, dass auch eine geringe Anzahl an Uneinheitlichkeiten die Feststellung von Völkergewohnheitsrecht verhindern kann.⁸⁴⁰ In jedem Fall hat Uneinheitlichkeit im Vergleich mit befürwortender oder ablehnender Praxis einen stärkeren Einfluss. Auch wenn Völkergewohnheitsrechtsgenese entgegen mancher Ansätze im Einzelfall keine rein arithmetische Gleichung ist,⁸⁴¹ führt der Umstand, dass Staaten, die sich strategisch uneinheitlich bzw. unbestimmt verhalten, einen stärkeren Einfluss haben als andere Staaten zu einem erhöhten Legitimationsbedarf. Denn der Rückgriff auf strategische Unbestimmtheit und die gesteigerte Einflussmöglichkeit, die dieser Rückgriff erlaubt, stellen nicht nur eine faktische Ungleichheit dar, sondern sind in der Praxis des IGH auch dogmatisch begründet und stellen somit in gewisser Hinsicht auch die formale Gleichheit infrage. Das Abweichen vom sinngemäßen „one state, one vote“ mag politische Realität sein, dieser Umstand ändert jedoch wenig daran, dass ein allzu offenes Auftreten dieses Abweichens, gar in formaler Hinsicht, ein Über-Unter-Ordnungs-Verhältnis konstituiert, das legitimationsbedürftig ist. Für die Friedensmediation gilt dies umso mehr in Anbetracht der Tatsache, dass Unbestimmtheit regelmäßig ein Instrument von zum Teil normaversen Mediationsakteuren ist. Unbestimmtheit ermöglicht diesen die Beilegung von Konflikten

838 Dahingehend auch die unzureichende Berücksichtigung der Tatsachen, nicht aber ein vermeintliches Absenken der Voraussetzungen kritisierend *D. H. N. Johnson*, *The Anglo-Norwegian Fisheries Case*, *Comparative Law Quarterly* 1 (1952), 145, 165.

839 *Michael Akehurst*, *Custom as a Source of International Law*, *British Yearbook of International Law* 47 (1976), 1, 20.

840 Gegen eine „majority“ für die 10-Meilen Regel von „a very few states“ für eine 12-Meilen Regel sprechend und lediglich Jugoslawien nennend und hinsichtlich keinerlei Begrenzung allein Norwegen, Ägypten und Saudi Arabien nennend *C. H. M. Waldock*, *The Anglo-Norwegian Fisheries Case*, *British Yearbook of International Law* 28 (1951), 114, 138.

841 *Maurice H. Mendelson*, *The formation of customary international law*, RdC 272 (1998), 155, 224 ff.; so auch Commentary (2) zu Conclusion 8 Nr. 1 A/73/10, Report of the International Law Commission, Seventieth session 2018, S. 136.

zwischen den staatlichen und nichtstaatlichen Gewaltakteuren und stellt dabei deren Interessen vor jene der individuell betroffenen Akteure. Beispielfähig hierfür steht das anfängliche Beispiel aus dem kongolesischen Friedensprozess. In Bezug auf Friedensmediation geht es häufig auch um Fragen von Aufarbeitung, Entschädigung oder Beteiligung und Teilhabe. Weder normaverse Mediationsakteure, aus deren Sicht diese Art von Normen ihre Arbeit erschwert, noch ggf. ebenfalls normaverse Konfliktparteien haben ein besonders starkes Interesse am rechtlichen Erstarken der zugrundeliegenden Normen.⁸⁴² Diese Position erlangt durch ihre Einkleidung in die Form der Unbestimmtheit einen größeren Einfluss, als wenn sie schlicht als Ablehnung der Norm ausgedrückt würde.

Ausgangspunkt des hier formulierten Legitimationsbedarfes ist das auch für das Völkergewohnheitsrecht geltende Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten, wie es in Artikel 2 Ziff. 1 UNCh festgehalten ist. Auch wenn das Völkergewohnheitsrecht in besonderer Weise geeignet ist, die faktische Ungleichheit der Staaten und mit ihr die existierenden Machtstrukturen zum Ausdruck zu bringen, funktioniert Völkergewohnheitsrecht gleichwohl nur unter Aufrechterhaltung der formalen Gleichheit. Argumentationsstrukturen wie jene, dass eine neue Norm des Völkergewohnheitsrechts nicht gegen die Mehrheit der Dritten Welt zustande kommen könne,⁸⁴³ stellen das Prinzip souveräner Gleichheit nicht infrage, sondern sind lediglich der Versuch einer weiteren Ausgestaltung im Sinne einer Annäherung formaler und faktischer Gleichheit. Das Prinzip bleibt auch dann ein relevanter rechtswissenschaftlicher Bezugspunkt, wenn wie bei Michael Byers die reale Ungleichheit analytisch in den Fokus gerückt wird.⁸⁴⁴ Dagegen kann die Antwort auf das hier aufgeworfene Spannungsverhältnis nicht in den Ausführungen der International Law Association liegen:

„[...] it should be noted that customary systems are rarely completely democratic: the more important participants play a particularly significant role in

842 Von „norm-dodging mediators“ und „normative-mediators dodging parties“ schreibend *Christine Bell*, *The „New Law“ of Transitional Justice*, in: Ambos u. a. (Hrsg.), *Building a future on peace and justice*, Berlin 2009, S. 105, 123.

843 IGH, *Barcelona Traction, Light and Power Company, Limited*, (Belgium v. Spain), Judgment of February 5th 1970, Separate Opinion of Judge Fuad Amou, ICJ Reports 1970, S. 330.

844 *Michael Byers*, *Custom, Power and the Power of Rules: International Relations and Customary International Law*, Cambridge 1999, S. 216; ähnlich auch *Alain Pellet*, *The normative dilemma: will and consent on international law-making*, *Australian Year Book of International Law* 12 (1992), 22, 42 ff.

*the process. And certainly, the international system as a whole is far from democratic. So, in this regard, customary international law is at least in touch with political reality.*⁸⁴⁵

Die diesbezügliche Verwunderung B. S. Chimnis ist mehr als verständlich.⁸⁴⁶ Ein derartiges, beinahe zynisches Rechtfertigen formaler Ungleichheit mit faktischer Ungleichheit scheint den hegemonialen Interessen zuwiderzulaufen, die es zu stärken sucht.⁸⁴⁷ Ganz gleich, ob das Prinzip souveräner Gleichheit von der Existenz realer Ungleichheit ablenkt⁸⁴⁸ oder auf deren langfristige Beseitigung gerichtet ist,⁸⁴⁹ bleibt es der normative Bezugspunkt des Völkerrechts,⁸⁵⁰ an dem sich auch die Genese des Völkergewohnheitsrechts messen lassen muss:

*„Or un principe cesse d'en être un s'il a besoin de la réalité pour se justifier. Ce n'est pas parce que les Etats ne sont pas égaux que le principe d'égalité est faux. C'est parce que les Etats ne sont pas égaux qu'il faut un principe d'égalité.”*⁸⁵¹

845 *International Law Association*, in: London Conference, Final Report of Commission on Formation of Customary (General) International Law, Statement of Principles Applicable to the Formation of General Customary International Law (2000), S. 26; dagegen explizit Commentary (4) zu Conclusion 8 A/73/10, Report of the International Law Commission, Seventieth session 2018, S. 137 („the term „specially affected States“ should not be taken to refer to the relative power of States.“).

846 B. S. Chimni, Customary International Law: A Third World Perspective, AJIL 112 (2018), 1, 23.

847 China Miéville, Between equal rights : a Marxist theory of international law, Leiden 2005, S. 194 („I have stressed that the formal categories of an abstract and equal juridical relationship presume unequal forces of coercion. The ugly facts of political coercion are not pathological to law, but intrinsic to it. This means that law, and international law in particular, not only is a system predicated on coercive political violence but is its own ideological obfuscation of that fact. Law disguises its own brutal core.“).

848 Dahingehende Kritik bei Michael Byers, Custom, Power and the Power of Rules: International Relations and Customary International Law 1999, S. 35.

849 Boutros Boutros-Ghali, Le principe d'égalité des états et les organisations internationales, RdC 100 (1960), 1, 12.

850 Martti Koskeniemi, From apology to Utopia : the structure of international legal argument; with a new epilogue, 2. Aufl., Cambridge [u.a.] 2005, S. 63 f., 93 f. m.w.N.

851 Kéba Mbaye, Article 2 Paragraphe 1, in: Cot u. a. (Hrsg.), La Charte des Nations Unies, 2. Aufl., Paris 1991, S. 79, 90; ähnlich auch in der Folgeauflage Marcelo G. Kohen, Article 2 Paragraphe 1, in: Cot u. a. (Hrsg.), La Charte des Nations Unies, Bd. I, 3. Aufl., Paris 2005, S. 399, 415 f. („La tâche du juriste ne consiste

Der Argumentation, ein auf Unbestimmtheit beruhender stärkerer Einfluss bei der Genese von Völkergewohnheitsrecht generiere Legitimationsbedarf für die Friedensmediation, könnte eine Idee entgegengehalten werden, die insbesondere seit dem Nicaragua-Urteil des IGHs populär ist. Denn dort betonte der IGH, es gebe Regeln des Völkergewohnheitsrechts, die trotz und zum Teil sogar aufgrund des Regelverstoßes zustande kommen:

*„It is not to be expected that in the practice of States the application of the rules in question should have been perfect, in the sense that States should have refrained, with complete consistency, from the use of force or from intervention in each other's internal affairs. [...] If a State acts in a way prima facie incompatible with a recognized rule, but defends its conduct by appealing to exceptions or justifications contained within the rule itself, then whether or not the State's conduct is in fact justifiable on that basis, the significance of that attitude is to confirm rather than to weaken the rule.“*⁸⁵²

Hierin wird vielfach eine dogmatische Schwerpunktverschiebung hin zur *opinio juris* gesehen.⁸⁵³ Oscar Schachter begründet dies mit der „higher normativity“, die der betroffenen Norm des Gewaltverbots innewohne. Diesen Grundsatz meint er auch auf Normen wie das Folterverbot und weitere, als *jus cogens* identifizierte Normen ausdehnen zu können.⁸⁵⁴ Im Völkerstrafrecht ist dieser Ansatz noch weiter betrieben worden.⁸⁵⁵ Nach-

pas à rattraper l'écart entre la règle et la « réalité » – comme si la règle ne faisait pas partie de la réalité – en effaçant de son vocabulaire l'égalité.“).

852 IGH, *Military and Paramilitary Activities in und against Nicaragua* (Nicaragua v. United States of America), Judgment of 27th June 1986, ICJ Reports 1986, S. 98.

853 Oscar Schachter, *Entangled Treaty and Custom*, in: Dinstein (Hrsg.), *International Law at a Time of Perplexity: Essays in Honour of Shabtai Rosenne*, Dordrecht 1989, S. 717, 733.

854 Oscar Schachter, *Entangled Treaty and Custom*, in: Dinstein (Hrsg.), *International Law at a Time of Perplexity: Essays in Honour of Shabtai Rosenne*, Dordrecht, 1989, S. 717, 734; Oscar Schachter, *New Custom: Power, Opinio Juris and Contrary Practice*, in: Makarczy (Hrsg.), *Theory of international law at the threshold of the 21st century: essays in honour of Krzysztof Skubiszewski*, Den Haag 1996, S. 531, 538 f.; unter Bezugnahme auf das Nicaragua-Urteil, aber ohne das Argument einer höheren Normativität Michael Byers, *Custom, Power and the Power of Rules: International Relations and Customary International Law*, Cambridge 1999, S. 135 f.

855 Jan Wouters, Cedric Ryngaert, *Impact on the Process of the Formation of Customary International Law*, in: Kamminga u. a. (Hrsg.), *The Impact of Human Rights Law on General International Law*, Oxford 2009, S. 111, 115 ff.; Alexand-

dem der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in seinem Tadić-Urteil⁸⁵⁶ das Nicaragua Urteil aus Sicht mancher Autoren bereits einen Schritt weiter entwickelt hatte,⁸⁵⁷ formulierte er in seiner Kupreškić-Entscheidung unter Rückgriff auf die Martens'sche Klausel⁸⁵⁸ deutlich weitgehender:

„[P]rinciples of international humanitarian law may emerge through a customary process under the pressure of the demands of humanity or the dictates of public conscience, even where State practice is scant or inconsistent. The other element, in the form of opinio necessitatis, crystallizing as a result of the imperatives of humanity or public conscience, may turn out to be the decisive element heralding the emergence of a general rule or principle of humanitarian law.“⁸⁵⁹

Der Sondergerichtshof für Kambodscha hat in ähnlicher Weise nachfolgend formuliert.

„With respect to customary international law, the Supreme Court Chamber considers that in evaluating the emergence of a principle or general rule concerning conduct that offends the laws of humanity or the dictates of public conscience in particular, the traditional requirement of ‘extensive and virtually uniform’ state practice may actually be less stringent than in other

re Skander Galand, Approaching Custom Identification as a Conflict Avoidance Technique: Tadić and Kupreškić Revisited, LJIL 31 (2018), 403, 6 f., 11 f.; Hanna Bourgeois, Jan Wouters, Global Justice, Human Rights and the Modernization of International Law, in: Mazzeschi u. a. (Hrsg.), Global Justice, Human Rights and the Modernization of International Law, Cham 2018, S. 69, 75 f.

856 ICTY, Prosecutor v. Dusko Tadić A/K/A „Dule“, Decision on the Defence Motion for Interlocutory Appeal on Jurisdiction, CaseNo. IT-94–1, A. Ch., Decision of October 2nd 1995, Rn. 99.

857 Von der Tadić-Methode sprechend Jan Wouters, Cedric Ryngaert, Impact on the Process of the Formation of Customary International Law, in: Kamminga u. a. (Hrsg.), The Impact of Human Rights Law on General International Law, Oxford 2009, S. 111, 116.

858 Dazu ausführlich Michael Salter, Reinterpreting Competing Interpretations of the Scope and Potential of the Martens Clause, Journal of Conflict and Security Law 17 (2012), 403, 415 ff.

859 ICTY, Prosecutor v. Kupreškić et al., Tr. Ch., CaseNo. IT-95–16, Judgement of January 14th 2000, Rn. 527.

*areas of international law, and the requirement of opinio juris may take pre-eminence over the usus element of custom.*⁸⁶⁰

Aus dieser Entwicklung könnte der Rückschluss gezogen werden, uneinheitliche Praxis könne zumindest immer dann, wenn es Bezüge zum humanitären Völkergewohnheitsrecht gibt, der Genese von Völkergewohnheitsrecht nicht entgegen stehen oder zumindest, nicht gleichermaßen ins Gewicht fallen.⁸⁶¹ Die Berücksichtigung zwingender Gründe der Humanität oder des öffentlichen Gewissens könnte bei vielen Normen, die ggf. uneinheitlich in der Praxis der Friedensmediation auftauchen, über eben diese Uneinheitlichkeit hinweghelfen und damit das Übergewicht strategischer Unbestimmtheit reduzieren. Dagegen spricht jedoch, dass *Antonio Cassese*, Vorsitzender Richter im Tadic-Urteil, in einem Aufsatz die weitergehende Methode des Identifizierens von Völkergewohnheitsrechts mit Hilfe der Marten'schen Klausel, deren Anwendungsbereich folgend, allein auf das Humanitäre Völkerrecht beschränkt sieht. Einer darüber hinausgehenden Aufwertung von „*laws of humanity*“ and the „*dictates of public conscience*“ zu eigenständigen Völkerrechtsquellen lehnt er ab und damit letztlich auch die Argumentationslinie der beiden zuletzt zitierten Urteilspassagen.⁸⁶² Auffällig ist auch, dass obwohl die nachgezeichnete Rechtsprechungsentwicklung in den Berichten des Sonderberichterstatters der International Law Commission *Michael Wood* wiedergegeben wird,⁸⁶³ die abschließenden Draft Conclusions und die Commentaries diese Entwicklung jedoch gerade nicht aufnehmen.⁸⁶⁴

Zudem erstreckt sich der potentielle Einfluss der Friedensmediation auf die Völkerrechtsgenese nicht nur auf Bereiche, die einer Argumentation

860 Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia, Co-Prosecutors v. Kaing Guek Eav alias 'Duch', Supreme Court Ch., Appeal Judgment of 3 February 2012, 001/18–07–2007-ECCC/SC, Rn. 93.

861 Unter Verweis auf weitere innerstaatliche Rechtsprechung *Brian D. Lepard*, Customary International Law: A new theory with practical applications, Cambridge 2010, S. 332.

862 *Antonio Cassese*, The Martens Clause: Half a Loaf or Simply Pie in the Sky?, EJIL 11 (2000), 187, 187.

863 ILC, First report on formation and evidence of customary international law by Michael Wood, A/CN.4/663 2013, S. 7 f. 30; sich bereits dagegen aussprechend ILC, Second report on identification of customary international law by Michael Wood, A/CN.4/672 2014, n. 11 f. („[...] in such fields as international human rights law, international humanitarian law and international criminal law, among others, one element may suffice in constituting customary international law, namely opinio juris. However, the better view is that this is not the case.“).

864 A/73/10, Report of the International Law Commission, Seventieth session 2018.

über Gewissen und Menschlichkeit zugänglich sind. Doch selbst dort, wo dahingehende Normen betroffen sind, etwa im Bereich Transitional Justice oder den Aspekten, die unter Rückgriff auf die Terminologie des Sicherheitsrats unter „Women, Peace and Security“ gefasst werden,⁸⁶⁵ kann bezweifelt werden, dass Uneinheitlichkeit in ähnlicher Weise zur Seite geschoben würde. Während es sich im Nicaragua-Urteil sowie den angeführten völkerstrafrechtlichen Urteilen stets um klassische Verbotsnormen handelte, die wie etwa „Du sollst nicht angreifen!“ oder „Du sollst nicht foltern!“ dem angerufenen öffentlichen Gewissen einfach zugänglich sind, handelt es sich schon bei dem von *Christine Bell* für die Flexibilität des Rechts angeführten Amnestieverbots um eine nicht gleichermaßen einfach zu fassende Norm. Das Urteil des IGH zu Jurisdictional Immunities hat gezeigt, dass das Gericht, wenn es um die Frage der Immunität bei der Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen für Verbrechen geht, die es selbst als „disregard for the elementary considerations of humanity“⁸⁶⁶ bezeichnet, nicht gewillt ist, allein aus Erwägungen der Humanität und des öffentlichen Gewissens auf neues oder verändertes Völkergewohnheitsrecht zu schließen.⁸⁶⁷

Schlussendlich lässt sich daher festhalten, dass der strategische Einsatz von Unbestimmtheit in der Friedensmediation einen potentiell freiheitsverkürzenden Charakter hat, der den Bedarf an Legitimation nährt. Nach außen besteht diese Freiheitsverkürzung darin, dass Uneinheitlichkeit geeignet ist, einen stärkeren Beitrag zur Verhinderung von Völkergewohnheitsrecht zu leisten, als eine offene Ablehnung bzw. eine Befürwortung samt entsprechender Praxis für die Begründung von Völkergewohnheitsrecht. Nach innen besteht die potentielle Freiheitsverkürzung darin, dass Unbestimmtheit geeignet ist, Akteuren zukünftige Einflussmöglichkeiten zu sichern, die sie im Zeitpunkt der Verhandlungen nicht in dieser Weise

865 Zur möglichen gewohnheitsrechtlichen Genese noch nicht kodifizierter Bereiche siehe *Christine Chinkin*, Women, Peace, and Security: Tackling Violence Against Women in the Contemporary World?, *GYIL* 61 (2018), 185, 197 ff. Kritisch zur Begrifflichkeit *Tamsin Philpa Paige*, The Maintenance of Heteronormativity, in: *Otto* (Hrsg.), *Queering International Law: Possibilities, Alliances, Complicities, Risks*, New York 2017, S. 91, 96 ff.

866 IGH, Jurisdictional Immunities of the State (Germany v. Italy: Greece intervening), Judgment of February 3rd 2012, *ICJ Reports* 2012, S. 121.

867 Statt vieler *Markus Krajewski*, *Christopher Singer*, Should judges be front-runners? The ICJ, state immunity and the protection of fundamental human rights, *Max Planck yearbook of United Nations law* 16 (2012), 1, 30 f. m.w.N. *Carmen Thiele*, Der Schutz der Menschenrechte durch den IGH, *AVR* 51 (2013), 1, 40.

ausfüllen könnten. Auf diese Weise beeinflusst Unbestimmtheit zukünftige Machtverteilungen zulasten mancher anderer Akteure.

IV. Zwischenfazit

Für die Friedensmediation in ihrer Gänze hat der an dieser Stelle abgeschlossene Abschnitt mehrere Aspekte des Legitimationsbedarfs erarbeitet. Es wurde deutlich, wie breit der Begriff der Friedensmediation angesichts seiner Ursprünge und Entwicklungsverläufe ist. Diese begriffliche Breite und das damit einhergehend Spektrum an Beteiligungsintensität des Mediationsakteurs wurde im Hinblick auf den prozessbezogenen Legitimationsbedarf untersucht. Dabei konnte gezeigt werden, dass jede Form der Friedensmediation bereits auf der Verfahrensebene Legitimationsbedarf nach sich zieht. Vor diesem Hintergrund konnte der materielle Legitimationsbedarf losgelöst von einzelnen Mediationsstilen erörtert werden. Die angeführten Beispiele haben dabei verdeutlicht, wie durch Friedensmediation Freiheit verkürzt wird. Beide Aspekte zusammengekommen, die Freiheitsverkürzung im Verfahren und die Freiheitsverkürzung durch das Verfahren, begründen den Legitimationsbedarf der Friedensmediation.

D. Legitimitätsquellen der Friedensmediation

Bis hierher wurde gezeigt, dass Mediation zum einen legitim sein kann, dass also die Begriffe Legitimität und Legitimation für die Friedensmediation relevant sind. Zudem wurde gezeigt, dass Friedensmediation der Legitimation bedarf, weil sie auf unterschiedlichen Ebenen freiheitsverkürzend wirken kann. Ausgehend davon soll nun dargelegt werden, dass legitime Friedensmediation nicht ohne die Berücksichtigung von Rechtsnormen zu haben ist.

Dabei können unterschiedliche Quellen – auch Ansätze oder Narrative genannt – für die Legitimität herangezogen werden. Nachfolgend wird der Fokus primär auf ein normatives Legitimitätsverständnis gelegt, da ein deskriptiver oder empirischer Legitimationsbegriff empirischer Erhebungen über die Legitimität bzw. den Legitimitätsglauben bezüglich unterschiedlicher Friedensmediationen bedürfte. Derartige Erhebungen sind jedoch im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten. Zudem würde sich die methodische Frage nach der möglichen Abstraktion der Ergebnisse vom konkreten Verfahren stellen.

Fritz Scharpf unterscheidet hinsichtlich der Legitimation zwischen input- und output-orientierten Ansätzen. Waren diese ursprünglich als Kategorien demokratischer Legitimation bezogen auf Staaten konzipiert,⁸⁶⁸ übertrug er diese später auf die Analyse der Europäischen Union.⁸⁶⁹ Seitdem haben sich die beiden Kategorien auch darüber hinaus ausgebreitet.⁸⁷⁰ Während input das Verfahren in den Blick nimmt, in welchem Macht ausgeübt wird, betrachtet output das Ergebnis der Machtausübung.

868 *Fritz W. Scharpf*, *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 21 f.

869 *Fritz W. Scharpf*, *Regieren in Europa: effektiv und demokratisch?*, Frankfurt am Main [u.a.] 1999, S. 12.

870 *Jean D'Aspremont, Eric De Brabandere*, The Complementary Faces of Legitimacy In International Law: The Legitimacy of Origin and the Legitimacy of Exercise, *Fordham international law journal* 34 (2011), 190, 194; *Jan Klabbers, Touko Piiparinen*, Normative pluralism: an exploration, in: Klabbers u.a. (Hrsg.), *Normative pluralism and international law*, Cambridge [u.a.] 2013, S. 13, 32; die transnationale Ebene bereits ansprechend, sich aber primär auf die EU beziehend *Fritz W. Scharpf*, *Demokratie in der transnationalen Politik*, MPIfG working paper Nr. 96/3, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 1996, Teil 2.

Input stellt damit vor allem auf die Partizipation der von der Machtausübung Betroffenen ab, während output die Verwirklichung ihrer Interessen in den Blick nimmt. *Scharpf* bricht es – bezogen auf den Staat – auf „Herrschaft durch das Volk“ und „Herrschaft für das Volk“ herunter.⁸⁷¹ Während er diese Ansätze als zum Teil gegensätzliche wissenschaftliche Perspektiven beschreibt,⁸⁷² versteht er sie selbst als komplementär und fordert lediglich eine analytische Differenzierung.⁸⁷³

David Beetham benennt dagegen drei Kriterien: Machtausübung aufgrund von Regeln, Rechtfertigbarkeit dieser Regeln und Zustimmung.⁸⁷⁴ Diese stellen für ihn ganzheitliche Voraussetzungen für Legitimität dar und damit weder alleinige Erklärungsansätze noch addierbare Legitimationen.⁸⁷⁵ Auch wenn er den sozialwissenschaftlichen Ansatz betont und ihn somit von einem philosophischen abgrenzt,⁸⁷⁶ hebt er dennoch den normativen Charakter dieser Kriterien hervor.⁸⁷⁷ Macht muss demnach regelkonform erlangt worden sein und ausgeübt werden.⁸⁷⁸ Zudem müssen diese Regeln rechtfertigbar sein, etwa unter Verweis auf das Gemeinwohl oder transzendente Bezüge.⁸⁷⁹ Dadurch knüpft dieses Kriterium an die normative und soziale Prägung der von der Machtausübung Betroffenen an, ohne dass dabei verkannt wird, dass diese Prägung, wie auch die durch sie zu rechtfertigenden Regeln gerade auch durch jene beeinflusst werden, deren Machtausübung hinsichtlich ihrer Legitimität analysiert wird.⁸⁸⁰ Das Zustimmungskriterium fasst er weit, sodass nicht nur partizi-

871 *Fritz W. Scharpf*, *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 39.

872 *Fritz W. Scharpf*, *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 21.

873 *Fritz W. Scharpf*, *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 73 f.; *Fritz W. Scharpf*, *Regieren in Europa: effektiv und demokratisch?*, Frankfurt am Main [u.a.] 1999, S. 16.

874 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 20 f.

875 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 20, 38 f.

876 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 7.

877 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 38, 64.

878 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 64.

879 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 72.

880 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 67, 89.

pative Elemente darunter fallen, sondern auch etwa Treueschwüre oder Massenmobilisierung.⁸⁸¹ Zustimmung in diesem Sinn ist damit ein Akt der Anerkennung.⁸⁸²

Explizit auf die Ebene jenseits des Staates bezogen, greift *Michael Zürn* auf vier Legitimationsnarrative zurück. Er unterscheidet zwischen Tradition, technokratischer Legitimation, dem Narrativ liberaler bzw. legaler Legitimation und partizipativer Legitimation.⁸⁸³ Tradition stellt dabei auf Transzendentes, Erbfolge oder ähnliches ab, um zu legitimieren. Jenseits des Staates ist dieser Ansatz jedoch gering ausgeprägt.⁸⁸⁴ Dabei hält er Tradition jenseits des Staates für ungeeignet. Mit technokratischer Legitimation beschreibt er etwas, das nah bei *Scharpfs* Output-Legitimation liegt. Legitimation wird dabei durch die Qualität des Ergebnisses generiert. Garant hierfür ist vor allem die fachliche oder technische Expertise oder Fähigkeit derer, die Macht ausüben. Gekoppelt werde dies regelmäßig mit einer Form von nachträglicher Kontrolle.⁸⁸⁵ Das Narrativ liberaler bzw. legaler Legitimation stellt vor allem auf die Gewährleistung individueller Freiheit und Gleichheit ab. *Zürn* verweist darauf, dass die häufig vorgehene gerichtliche Absicherung im Rahmen des liberalen bzw. legalen Ansatzes diesen näher an das technokratische Narrativ rückt.⁸⁸⁶ Das partizipative Legitimationsnarrativ rückt die direkte oder indirekte Beteiligung der Betroffenen in den Mittelpunkt. Dabei hebt *Zürn* hervor, wie weitgefächert die unterschiedlichen Ansätze sind, die dieses Narrativ verwenden.

881 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 94 ff.

882 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 91.

883 *Michael Zürn*, From constitutional rule to loosely coupled sphere, *International Theory* 9 (2017), 261, 274 f.; mit einer empirische Perspektive auf Internationale Organisationen die stärker an *Scharpfs* Kategorien angelehnten Begriffe Verfahren (procedure) und Leistung (performance) verwendend *Jonas Tallberg*, *Michael Zürn*, The legitimacy and legitimation of international o, *Review of International Organizations* 14 (2019), 581–606, I. 583; ähnlich wie letztere jedoch mit drei Kategorien *Ian Hurd*, *After anarchy: legitimacy and power at the United Nations Security Council*, Princeton [u.a.] 2007, S. 67.

884 *Michael Zürn*, From constitutional rule to loosely coupled sphere, *International Theory* 9 (2017), 261, 274.

885 *Michael Zürn*, From constitutional rule to loosely coupled sphere, *International Theory* 9 (2017), 261, 274 m.w.N.

886 *Michael Zürn*, From constitutional rule to loosely coupled sphere, *International Theory* 9 (2017), 261, 274.

In diesem Zusammenhang legt er ein besonderes Augenmerk auf die deliberative und diskursive Erzeugung von Legitimität.⁸⁸⁷

Die vorangestellten Perspektiven darauf, wie Legitimität zustande kommt und was sie erfordert, können nur einen groben Überblick darüber bieten, welche Vielfalt an Ansätzen existiert. Sie haben jedoch bereits gezeigt, dass sich viele der Kriterien überlappen. Am wichtigsten ist jedoch die Erkenntnis, dass es nicht die eine richtige Antwort gibt. Es ist folglich nicht möglich, zu sagen: X muss erfüllt sein, dann ist diese Friedensmediation legitim. Vielmehr existiert eine Vielzahl von regelmäßig situationsspezifischen Voraussetzungen, die zusammenwirken müssen, damit etwas als legitim bezeichnet werden kann, so auch im Fall der Friedensmediation.

Vor diesem Hintergrund lassen sich auch in der Friedensmediation unterschiedliche Legitimationsnarrative ausmachen. So stellen *Zartmann* und *Touval* explizit auf das Ergebnis des Mediationsprozesses als diesen legitimierend ab.⁸⁸⁸ Das Ziel, den Konflikt einzudämmen oder zu verringern und die Fähigkeit der mediiierenden Akteure dieses Ziel zu erreichen, stehen dabei im Mittelpunkt. Folglich handelt es sich vor allem um Output-Legitimation, welche die Eindämmung des Konflikts als Förderung des Gemeinwohls in den Blick nimmt. Anders gewendet handelt es sich um technokratische Legitimation, weil auf die spezielle Fähigkeit der mediiierenden Akteure, dieses Ergebnis zu erzielen, abgestellt wird.⁸⁸⁹ *Jeffrey Rubin* rückt dieses technokratische Legitimationsnarrativ noch stärker in den Mittelpunkt:

*„Legitimate power requires the influencer to persuade on the basis of having the right to make a request. Almost any third party, in almost any setting, is likely to rely on some measure of legitimate power in exercising influence. After all, simply by virtue of being a mediator, it is probably assumed that this individual or group is legitimately positioned to make certain kinds of requests.“*⁸⁹⁰

887 *Michael Zürn*, From constitutional rule to loosely coupled sphere, *International Theory* 9 (2017), 261, 275.

888 *I. William Zartman, Saadia Touval*, *International Mediation: Conflict Resolution and Power Politics*, *Journal of Social Issues* 41 (1985), 27, 32.

889 *Christopher W Moore*, *The mediation process*, San Francisco [u.a.] 1986, S. 274; *Jacob Bercovitch*, *The Structure and Diversity of Mediation in International Relations*, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *Mediation in International Relations: Multiple Approaches to Conflict Management*, London, 1992, S. 1, 20 f.

890 *Jeffrey Z. Rubin*, *Conclusion*, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), *Mediation in International Relations: Multiple Approaches to Conflict Management*, London 1992, S. 249, 255.

Dieser technokratische Charakter wird ebenfalls durch entsprechende Auswahlmechanismen unterstrichen, der manchen Mediationsakteuren zuteil wird. Anfang des 20. Jahrhunderts hatte *Nicolas Politis* diesen Ansatz schon herausgestellt, indem er – ähnlich wie auch *Walther Schücking*⁸⁹¹ – einen speziellen Wahlmodus für eine Liste von Mediator*innen vorsah:

*„Pour commencer, on doit donc se contenter d'une liste de médiateurs, et laisser libre le choix des parties. La nomination des membres de cette liste serait faite par les États soit isolément, comme pour les membres de la Cour de la Haye, soit mieux collectivement par le vote unanime des Conférences périodiques de la Paix. Si ce procédé était admis, on conçoit sans peine de quel prestige, de quelle autorité morale jouiraient les personnes ainsi désignées; ce seraient les Sages des nations, dignes d'être éventuellement les Conservateurs de la paix.“*⁸⁹²

Auch wenn ein derartiges – an die Besetzung internationaler Gerichte angelehntes – Verfahren in der Gegenwart nicht existiert, bestehen gleichwohl Listen von Mediationexpert*innen auf Seiten der Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union oder ähnlicher Akteure.⁸⁹³ Die Mediation Support Unit der Vereinten Nationen unterhält etwa eine Liste von über 220 Organisationen und Individuen mit Mediationsexpertise. Dort wird nur aufgenommen, wer zuvor hierfür empfohlen und durch ein internes Auswahlgremium bestätigt wurde.⁸⁹⁴ Neben dieser Liste existiert mit dem Standby Team of Mediation Experts im Rahmen der Mediation Support Unit der Vereinten Nationen eine weitere Liste an schnell verfügbaren Mediationexpert*innen, die ebenfalls im Rahmen eines kompetitiven in-

891 *Walther Schücking*, Das Institut der Vermittlung, Kristiana 1923, S. 285, 320.

892 *Nicolas Politis*, L'avenir de la médiation, *Revue générale de droit international public* 12 (1919), 136, 161.

893 *Christina Stenner*, The Institutionalization of Mediation Support. Are Mediation Support Entities there yet?, Berghof Foundation, Berlin 2017, S. 6 f.; *Elodie Convergne*, Learning to Mediate? The Mediation Support Unit and the Production of Expertise by the UN, *Journal of Intervention and Statebuilding* 10 (2016), 181, 182.

894 Factsheet: Mediation Experts Roster, UN Mediation Support Unit, New York 2019.

ternen Prozesses ausgewählt werden.⁸⁹⁵ Deren Legitimität beruht zentral auf ihrer technokratischen Expertise.⁸⁹⁶

Neben diesem output-orientierten bzw. technokratischen Legitimationsnarrativ, wird in Bezug auf Friedensmediation vor allem das Narrativ der Partizipation oder des inputs betont.⁸⁹⁷ Ausgangspunkt dieses Narratives ist der Fokus darauf, dass Mediation die durch einen Mediationsakteur unterstützte Konfliktlösung durch die Konfliktparteien selbst sein soll. Aus dieser Perspektive wird Friedensmediation durch die direkte Partizipation der betroffenen Akteure legitimiert, die auch über den Mediationsakteur disponieren können.⁸⁹⁸ Dieses Narrativ, das die Legitimität der Friedensmediation von der Zustimmung der Konfliktparteien abhängig macht, deckt sich ebenfalls mit dem traditionellen Legitimitätsverständnis des Völkerrechts.⁸⁹⁹

Dieser Ansatz wird unter dem Begriff der Inklusivität („*inclusivity*“) auf andere Akteure oder Gruppen, insbesondere Frauen, junge Menschen und NGOs ausgeweitet.⁹⁰⁰ Gerade die Beteiligung von NGOs bzw. zivilgesell-

895 Antje Herrberg, John Packer, Miguel Varela, The Evolution of the United Nations Standby Team of Mediation Experts in Context, Peace My Way, mediatEUr, Brüssel 2015, S. 24.

896 Antje Herrberg, John Packer, Miguel Varela, The Evolution of the United Nations Standby Team of Mediation Experts in Context, Peace My Way, mediatEUr, Brüssel 2015, S. 51; Elodie Convergne, Learning to Mediate? The Mediation Support Unit and the Production of Expertise by the UN, Journal of Intervention and Statebuilding 10 (2016), 181, 193, 196.

897 David Lanz, Who gets a seat at the table?, International Negotiation 16 (2011), 275, 282 f.; so Finnland in seiner Stellungnahme zur UN Guidance A/66/811(2012), S. 53; Corinne Von Burg, On Inclusivity: The Role of Norms in International Peace Mediation Corinne, Swisspeace, Bern 2015, S. 8; Siniša Vuković, Soft Power, Bias and Manipulation of International Organizations in International Mediation, International Negotiation 20 (2015), 414, 428.

898 Sanda Kaufman, George T. Duncan, The Role of Mandates in Third Party Intervention, Negotiation Journal 4 (1988), 403, 411; vgl. Laurie Nathan, No Ownership, No Peace: the Darfur Peace Agreement, Crisis States Research Centre, London 2006, S. 16; mit einem in diesem Punkt verallgemeinerbaren Blick auf innerstaatliche Mediation Jonathan Crowe, Rachel Field, The Problem of legitimacy in mediation, Contemporary Issues in Law 9 (2008), 48, 48; Peter Wallenstein, Understanding conflict resolution, 5. Aufl., Los Angeles 2019, S. 54 f.

899 Rüdiger Wolfrum, Legitimacy in International Law, in: Wolfrum (Hrsg.), MPEPIL, Bd. VI, Oxford 2012, S. 808, 809 Rn. 6.

900 Priscilla B. Hayner, Negotiating justice: Guidance for mediators, Centre for Humanitarian Dialogue, Geneva 2009, S. 12; Andrea Bartoli, NGOs and conflict resolution, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), The Sage handbook of conflict resolution, London, 2011, S. 392, 395; Thania Paffenholz, Civil Society and Peace

schaftlichen Akteuren spiegelt im Rahmen der Input-Legitimation einen Ansatz wider, den *Scharpf* auf innerstaatlicher Ebene unter Rückgriff auf *Ralf Dahrendorf* als Fürsprache durch die aktive Öffentlichkeit bezeichnet hat.⁹⁰¹

Sowohl die dargestellten input-, als auch die output-orientierten Legitimationsansätze in Bezug auf Friedensmediation werden jedoch ergänzt durch einen liberalen oder rechtlichen Legitimationsansatz. Dieser hat einerseits eine eigenständige Legitimationswirkung und partizipiert andererseits an den input- und output-orientierten Ansätzen, indem er diese absichert. In diesem Sinn wird nachfolgend aufgezeigt, wie Rechtsnormen dazu beitragen, Friedensmediation zu legitimieren (I). Die These von der Legitimation durch Recht wirft jedoch zugleich die Frage nach der Legitimation des Rechts auf (II). Woher genau stammt die Legitimität des Rechts, welches seinerseits zur Legitimität der Friedensmediation beitragen soll?

I. Legitimation durch Recht

Der klassische Zugriff auf Legitimation durch Recht erfolgt dahingehend, dass Macht rechtlich begründbar ist, dass sie nach rechtlichen Regeln erlangt und sodann rechtskonform ausgeübt wird.⁹⁰² Dieser Zugriff gestaltet sich für die Friedensmediation in gewisser Hinsicht schwierig, als der Legitimationsbedarf zwar zuvor dargelegt wurde, dieser aber nicht durchweg

Negotiations, *Negotiation Journal* 30 (2014), 69, 74; *Timothy Donais*, *Erin McCandless*, International peace building and the emerging inclusivity norm, *TWQ* 38 (2017), 291, 294; *Thania Paffenholz*, Women in Peace Negotiations, in: Aggestam u. a. (Hrsg.), *Gendering Diplomacy and International Negotiation*, Cham 2018, S. 169, 178; *Mir Mubashir*, *Irena Grizelj*, *The Youth Space of Dialogue and Mediation*, Berghof Foundation, Berlin 2018, S. 33 f.; *Thania Paffenholz*, *I. William Zartman*, *Inclusive Peace Negotiations*, *International Negotiation* 24 (2019), 1, 2; *Berghof Foundation*, *United Nations Department of Political and Peacebuilding Affairs*, *Constitutions and Peace Processes: A Primer*, Berlin 2021, S. 17 f.; siehe aber auch *Julia Palmiano Federer*, *We do negotiate with terrorists: navigating liberal and illiberal norms in peace mediation*, *Critical Studies on Terrorism* 12 (2019), 19, 28.

901 *Fritz W. Scharpf*, *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 86 ff.; *Ralf Dahrendorf*, *Aktive und Passive Öffentlichkeit*, *Merkur: Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken* 21 (1967), 1109, 1114.

902 *David Beetham*, *The legitimation of power*, 2. Aufl., Basingstoke [u.a.] 2013, S. 64.

akteursbezogen ist.⁹⁰³ Die triadische Struktur führt vielmehr dazu, dass vielfach erst das Zusammenwirken der Akteure den Legitimationsbedarf generiert. Legitimität aufgrund der rechtmäßigen Erlangung einer Machtposition ist daher – anders als bei der klassischen Frage nach staatlicher Legitimität – in diesem Zusammenhang ein ungeeigneter Zuschnitt. Die Konfliktparteien, der mediierende Akteur sowie die anderen Beteiligten sind nicht alle deshalb am Mediationsverfahren beteiligt, weil sie hierzu rechtlich ermächtigt sind. Vielmehr ist ihre Beteiligung das Ergebnis politischer und militärischer Prozesse. Zum Teil liegt dem die Berufung auf ein rechtliches Verhältnis zugrunde, wie etwa bei Regierungsvertretern. Insgesamt wird das Innehaben dieser Positionen im Rahmen der Friedensmediation treffender durch den Begriff des Mandats beschrieben. Dieser vermag sowohl das Verhältnis der Mediator*in zu den Parteien zu erfassen,⁹⁰⁴ als auch zu dem ihn ggf. entsendenden Akteur⁹⁰⁵ sowie das Verhältnis der an der Mediation Beteiligten zu jenen, die sie repräsentieren.⁹⁰⁶ Gerade diese letzte Bedeutungskomponente beschreibt ein soziales Verhältnis, aber nicht zwingend ein rechtliches. So ist die Frage des Mandats für die Legitimität des Mediationsverfahrens durchaus von Bedeutung,⁹⁰⁷ allerdings handelt es sich dabei nicht um Legitimation durch Recht.

Auch auf das gesamte Verfahren bezogen ist die aus der Legitimation staatlicher Herrschaft entwickelte Vorstellung von Legitimität aufgrund rechtskonformer Ermächtigung nicht übertragbar. Das einzelne Mediationsverfahren beruht auf der Bereitschaft der Akteure, daran teilzunehmen. Eine darüber hinausgehende rechtliche Ermächtigung existiert nicht und stellt auch kein normatives Erfordernis dar. Art. 33 UNCh ist gerade keine derartige Norm.⁹⁰⁸

Dessen ungeachtet bleibt die Legitimität infolge rechtskonformer Ausübung von Macht bestehen. Dabei hat Recht einerseits eine eigenständige legitimatorische Qualität (1) und trägt andererseits dazu bei, Input-Legitimität (2) und Output-Legitimität (3) abzusichern.

903 Siehe hierzu C.IV.

904 Laurie Nathan, *The Mandate Effect*, *Peace & Change* 43 (2018), 318, 330.

905 Laurie Nathan, *The Mandate Effect*, *Peace & Change* 43 (2018), 318, 327.

906 Laurie Nathan, *The Mandate Effect*, *Peace & Change* 43 (2018), 318, 332.

907 Laurie Nathan, *The Mandate Effect*, *Peace & Change* 43 (2018), 318, 336.

908 Vgl. Christian Tomuschat, Art. 33, in: Simma u. a. (Hrsg.), *The Charter of the United Nations: A Commentary*, Oxford 2012, S. 1069, 1982, Rn. 35.

1. Eigenständige Legitimation durch Recht

Recht stellt eines der zentralen Instrumente zur Gestaltung und Organisation sozialer Ordnungen dar.⁹⁰⁹ Wer soziale Ordnungen, wie etwa Post-Konflikt-Gesellschaften, gestalten möchte, kommt kaum umhin, sich hierfür des Rechts zu bedienen. Das Ergebnis von Mediationsprozessen hat zumindest einen hybriden rechtlichen Charakter.⁹¹⁰ Wie zuvor gezeigt wurde, bedienen sich Mediationsverfahren rechtlicher Instrumente wie Übergangsverfassungen, Verfassungsreformen oder schaffen neue Institutionen, wie Wahrheitskommissionen oder Sondertribunale. Derartige Formen der Gestaltung sind nur schwer vorstellbar, ohne auf Recht als Umsetzungsinstrument zurückzugreifen. Auch, wenn die Friedensmediation selbst ein – je nach Mediationsstil – weitestgehend freiwilliges Verfahren ist, bedarf es für die Umsetzung seiner Ergebnisse des Rechts als Form allgemeingültiger Aussagen mit Anspruch auf Verbindlichkeit. Gerade, weil so verstandenes Recht auch im innerstaatlichen Kontext nicht notwendigerweise durch die Durchsetzbarkeit mit Zwang definiert wird,⁹¹¹ muss die Verbindlichkeit des Rechts, das Instrument des in der Friedensmediation angestrebten Veränderung sein soll, aus dem rechtlichen Charakter selbst geschöpft werden.

Heike Krieger und Georg Nolte nennen dies pointiert den „Eigenwert des Rechts“.⁹¹² Joseph Raz beschreibt diesen gewissermaßen tautologischen Charakter des Rechts als Teil eines Gefühls oder einer Intuition: „*I think that we feel that legal systems not only happen to be the most important institutionalized system governing human society, but that that is part of their nature.*“⁹¹³ In ähnlicher Weise beschreibt Udo di Fabio den intuitiven Rückgriff von Kindern auf rechtsförmige Argumente: „*Kommunikation über Recht, [sic!] dient einer Konfliktentscheidung mit erhöhter normativer Autorität.*

909 Joseph Raz, *Practical Reason and Norms*, London 1975, S. 154.

910 Christine Bell, *On the law of peace: peace agreements and the lex pacificatoria*, Oxford [u.a.] 2008, S. 194 f.

911 H. L. A. Hart, *The concept of law*, 2. Aufl., Oxford 1994, S. 217 f.; Joseph Raz, *Practical Reason and Norms*, London 1975, S. 170 f., 177.

912 Heike Krieger, Georg Nolte, *The International Rule of Law—Rise or Decline?—Approaching Current Foundational Challenges*, in: Krieger u. a. (Hrsg.), *The international rule of law: rise or decline?*, Oxford 2019, S. 3, 20.

913 Joseph Raz, *The authority of law*, Oxford 1979, S. 116; allerdings das Völkerrecht als Grenzfall eines institutionalisierten Systems des Rechts bezeichnend Joseph Raz, *Practical Reason and Norms*, London 1975, S. 150; zum tautologischen Charakter auch Andreas Engelmann, *Rückkehr zum Rechtsglauben*, Merkur: Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken 74 (2020), 15, 22 f..

[...] Jede Behauptung von Rechtmäßigkeit trägt eine eigene Autorität in sich, die politische Autorität beinah notwendig für sich in Anspruch nehmen wird, die aber dem Recht nicht von außen notwendig verliehen werden muss.“⁹¹⁴ Auf die legitimierende Funktion, die Recht auf diesem Weg einnehmen kann, weisen Robert Howse und Ruti Teitel hin: „In many societies, belief in the capacity of politics and/or economics to guide solutions to basic global problems has eroded. In these circumstances, ‚law‘ has enough positive resonance, especially as public law, to have become a preferred vocabulary for social order and for legitimating decisions of governance.“⁹¹⁵ Ähnliches – wenn auch mit anderer politischer Stoßrichtung⁹¹⁶ – findet sich bereits bei Karl Doehring: „Die eigenständige Autorität des Rechtssatzes [...] setzt sich fort und verleiht ihr Wesen denjenigen, die das Recht anwenden und deren Aufgabe es gerade ist, dem Recht zur Durchsetzung zu verhelfen [...].“⁹¹⁷ Wenn es sich dabei auch um eine Selbsterhöhung des Verfassers als Juristen handelt,⁹¹⁸ verdeutlicht es doch den Umstand, dass der affirmative Umgang mit dem Recht eine legitimatorische Wirkung entfaltet. Ian Hurd schreibt über diese legitimatorische Wirkung im Völkerrecht: „Legitimacy is the prize over which states compete, and it is won and lost through adherence to law – which is to say, skillful deployment of legal resources. This is how we know that the ideology of the rule of law governs global politics.“⁹¹⁹

914 Udo Di Fabio, Herrschaft und Gesellschaft, Tübingen 2018, S. 47.

915 Robert Howse, Ruti Teitel, Beyond Compliance: Rethinking Why International Law Really Matters, Global Policy 1 (2010), 127, 134.

916 „25 Jahre der pluralistischen Liberalisierung“ und den fehlenden Schutz der Gemeinschaft vor dem Individuum anführend Karl Doehring, Der Autoritätsverlust des Rechts, in: Schnur (Hrsg.), FS Forsthoff, München 1974, S. 103, 117 f.; fehlendes deutsches Nationalbewusstsein, Gemeinschaftssinn und überhandnehmenden Individualismus bedauernd Karl Doehring, Der Verlust der Autorität des Rechts als Problem der aktuellen Rechtsentwicklung, in: Stein u. a. (Hrsg.), Die Autorität des Rechts: Verfassungsrecht, Völkerrecht, Europarecht; Referate und Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Kolloquiums aus Anlaß des 65. Geburtstages von Karl Doehring am 17. März 1984 in Heidelberg, Heidelberg, 1985, S. 77, 77 f.

917 Karl Doehring, Der Autoritätsverlust des Rechts, in: Schnur (Hrsg.), FS Forsthoff, München 1974, S. 103, 109.

918 Dahingehend explizit Hartmut Schiedermaier, Schlusswort: Die Autorität des Rechts und des Juristen, in: Stein u. a. (Hrsg.), Die Autorität des Rechts: Verfassungsrecht, Völkerrecht, Europarecht; Referate und Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Kolloquiums aus Anlaß des 65. Geburtstages von Karl Doehring am 17. März 1984 in Heidelberg, Heidelberg 1985, S. 136, 140.

919 Ian Hurd, How to Do Things with International Law, Princeton 2017, S. 131.

Diese Ausführungen nehmen gerade hinsichtlich des Völkerrecht Bezug auf die klassische Frage der Internationalen Beziehungen, wieso Staaten sich an das Völkerrecht halten⁹²⁰ und die damit verbundene Auseinandersetzung innerhalb des Völkerrechtsdiskurses.⁹²¹ Diese Themen, die auch als die Frage nach der Legitimität des Völkerrecht formuliert werden,⁹²² sind hilfreich für die Substantiierung der hier vertretenen These, dass Recht einen notwendigen Beitrag zur Legitimität der Friedensmediation leisten kann. Zugleich ist die Situation der Friedensmediation deutlich spezifischer als die sehr allgemeine Frage danach, warum Staaten sich an Völkerrecht halten, wenn es doch in der Regel nicht mit Zwang durchgesetzt wird und ob es unter dieser Voraussetzung überhaupt Recht im eigentlichen Sinn des Wortes ist.⁹²³ Im Rahmen der Friedensmediation benötigen die unmittelbar an der Mediation beteiligten Akteure das Recht als Instrument der Gestaltung und der wechselseitigen Vertrauensstabilisierung.⁹²⁴ Hierin liegt auch ein legitimierendes Moment des Rechts.⁹²⁵ Diese Funktion hängt davon ab, dass die Integrität des Rechts als Instrument gewahrt bleibt. Dieser Umstand, der auch auf der zwischenstaatlichen Ebene relevant ist und der in einem stärker innerstaatlichen Kontext von *Udo Di Fabio* in dem Satz „*Recht kann nur funktionieren (also koordinieren und legitimieren), wenn es als Recht funktioniert*“⁹²⁶ formuliert wird, tritt über die Grenzen zwischen inner-, über- und zwischenstaatlichem Recht hinweg. Diese Tatsache wird besonders deutlich, wenn man in den Blick nimmt, dass die bei *Ruti Teitel* und *Robert Howse* allgemein formulierte

920 Siehe *Jana von Stein*, The engines of compliance, in: Dunoff u. a. (Hrsg.), *Interdisciplinary perspectives on international law and international relations*, Cambridge [u.a.] 2013, S. 477–501.

921 *Robert Howse*, *Ruti Teitel*, Beyond Compliance: Rethinking Why International Law Really Matters, *Global Policy* 1 (2010), 127, 128.

922 *Jens Steffek*, Legitimacy in International Relations: From State Compliance to Citizen Consensus, in: Hurrelmann u. a. (Hrsg.), *Legitimacy in an age of global politics*, London, 2007, S. 175, 176 f.; *Allen Buchanan*, The legitimacy of international law, in: Besson u. a. (Hrsg.), *The Philosophy of International Law*, Oxford 2010, S. 79, 80 f.; *Wulf Lob*, Konsens und Autonomie: Zur Legitimität völkerrechtlicher Normen, *Rechtsphilosophie* 4 (2018), 58, 61.

923 *H. L. A. Hart*, *The concept of law*, 2. Aufl., Oxford 1994, S. 214.

924 Vgl. *Wulf Lob*, Konsens und Autonomie: Zur Legitimität völkerrechtlicher Normen, *Rechtsphilosophie* 4 (2018), 58, 65 f. m.w.N.

925 *Jürgen Habermas*, *Faktizität und Geltung*, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1994, S. 242.

926 *Udo Di Fabio*, *Herrschaft und Gesellschaft*, Tübingen 2018, S. 54 (Hervorhebung im Original).

positive Konnotation des Begriffs „Recht“⁹²⁷ bereits Gegenstand der sehr viel konkreteren Ausführungen *Teitel*s zur Rolle von Völkerrecht in Post-Konflikt- und Übergangsgesellschaften war. Demnach dient Völkerrecht in diesen Fällen als ein Instrument, um die Kontinuität oder – einen zuvor verwendeten Begriff aufgreifend – die Integrität des Rechts zu sichern und zugleich die politischen Veränderungen zu ermöglichen, nachdem das Recht bereits dem vorherigen politischen System gedient hat.⁹²⁸ Dabei erkennt *Teitel* die Besonderheiten von Übergangsprozessen und die Begrenztheit der sie begleitenden Transitional Justice an, hebt aber zugleich die darin enthaltenen „[...] *tiny symbols of the habits of a rule of law state*“⁹²⁹ hervor. Diese Überlegungen lassen sich auch unmittelbar auf den Mediationsprozess übertragen. In diesem Zusammenhang bedienen sich die beteiligten Akteure rechtlicher, insbesondere völkerrechtlicher Argumente als gemeinsamer Bezugspunkte.⁹³⁰ Auch wenn Mediation den Konflikt nicht entlang der Frage „Wer hat Recht?“ entscheidet, bietet das Recht doch vom konkreten Konflikt abstrakte Begriffe, auf die alle Beteiligten zugreifen können, um Aspekte des Konflikts, aber noch viel mehr, um mögliche Lösungsansätze zu formulieren.

Damit das möglich ist, muss die Integrität des Rechts als Bezugspunkt und Instrument der Gestaltung erhalten bleiben. Recht muss im gesamten Prozess- mit *Di Fabio* gesprochen – als Recht funktionieren, wenn es überhaupt funktionieren soll. Im Rahmen eines zwischenstaatlichen Konflikts wird dies besonders deutlich. *Roger Fisher* greift zum einen den Umstand auf, dass das Recht mit seiner legitimierenden Funktion gerade im internationalen Kontext jene bevorzugt und stärkt, die ohnehin bereits politisch und wirtschaftlich dominant sind. Folglich liegt es im Interesse dieser Staaten, sich rechtskonform zu verhalten, weil sowohl ihr eigenes, wie auch fremdes rechtskonformes Verhalten ihnen in der Regel zugutekommt. Zugleich verweist er – im historischen Kontext des Völkerrechtsdiskurses der späten 1970er Jahre – darauf, dass auch die rechtlich formulierten Forderungen weniger dominanter Staaten nach Selbstbestimmung und Repräsentation in ihrer Legitimität von einem Ruf rechtskonformen Ver-

927 Robert Howse, Ruti Teitel, Beyond Compliance: Rethinking Why International Law Really Matters, *Global Policy* 1 (2010), 127, 134.

928 Ruti G. Teitel, *Transitional justice*, Oxford [u.a.] 2000, S. 20.

929 Ruti G. Teitel, *Transitional justice*, Oxford [u.a.] 2000, S. 270.

930 Philipp Kastner, Navigating the Inclusivity-Exclusivity Continuum of Peace Negotiations, in: Jeong (Hrsg.), *Conflict intervention and transformation: theory and practice*, London 2019, S. 67, 69.

haltens abhängig sind.⁹³¹ Im Rahmen der Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion hebt er den Umstand hervor, dass die USA sich nur erfolgreich gegen willkürliche Polizeipraxis oder die Einflussnahme auf interne Angelegenheiten wenden könnten, wenn sie selbst die rechtlichen Vorgaben respektierten, die diese Praktiken verbieten.⁹³² In diesem Zusammenhang verdeutlicht er, dass es nicht nur um Symbolik geht, sondern dass die Frage rechtskonformen Verhaltens und die daraus resultierende Legitimität Gegenstand tagtäglicher bzw. alltäglicher Praxis ist.⁹³³ Diese Überlegungen werden hinsichtlich zwischenstaatlicher bewaffneter Konflikte am Beispiel der Suez-Krise besonders hervorgehoben. Dort hatten sich die USA gegen die Interessen ihrer NATO-Verbündeten England und Frankreich gewandt und – bei aller Berücksichtigung politischer Interessen – für die Einhaltung und den Erhalt des Gewaltverbots eingesetzt. Roger Fisher erklärt diese Entscheidung wie folgt:

*„A reputation for being ‚peace-loving‘ and accommodating, while pleasing to others, does not give a state power if this reputation is earned at the expense of respect for legal principles.“*⁹³⁴

Im Rahmen der Friedensmediation können diese Überlegungen unmittelbar eine Rolle spielen. Ein Staat, dessen Rolle in der Staatengemeinschaft durch das Völkerrecht geprägt ist, muss eben dieses Völkerrecht auch im Rahmen der Friedensmediation ernst nehmen, wenn er später als Subjekt dieses Völkerrechts ernst genommen werden will.⁹³⁵ Dabei geht es nicht um die Frage, ob eine an bestimmte völkerrechtliche Standards angeknüpfte und damit rechtlich definierte Legitimität das Kriterium der Effektivität bei Fragen der Anerkennung ablöst.⁹³⁶ Es geht um die davon losgelöste Frage, wie man sich an einem Tag darauf verlassen kann, dass es eine Wirkung zeitigt, sich auf das Recht zu berufen, wenn man ihm am Tag zuvor diese Wirkung selbst nicht zukommen lassen hat.

931 Roger Fisher, Points of choice, Oxford 1978, S. 51.

932 Roger Fisher, Points of choice, Oxford 1978, S. 52.

933 Roger Fisher, Points of choice, Oxford 1978, S. 52.

934 Roger Fisher, Points of choice, Oxford 1978, S. 52; dazu Andrew Mamo, Getting to Peace: Roger Fisher's Scholarship, LJIL 29 (2016), 1061, 1076 f.

935 Vgl. Joseph Raz, Why the state?, in: Roughan u. a. (Hrsg.), In Pursuit of Pluralist Jurisprudence, Cambridge 2017, S. 136, 157.

936 Manuel Brunner, »Restore Democracy«: Völkerrechtliche Fragen der militärischen Beendigung der Verfassungskrise in Gambia, AVR 56 (2018), 34, 55 f.; Isabelle Hassfurth, Transforming the „international unsociety“: towards eutopia by means of international recognition of peoples' representatives, GYIL 60 (2018), 451, 458.

In der Friedensmediation sind jedoch regelmäßig eine Vielzahl unterschiedlicher nicht-staatlicher Akteure beteiligt, zumal die weit überwiegende Anzahl der Konflikte innerstaatlicher und nicht zwischenstaatlicher Natur ist.⁹³⁷ Die an der Mediation beteiligten Akteure haben nicht das gleiche Interesse, wie es soeben für Staaten erörtert wurde. Sie sind vielfach keine Völkerrechtssubjekte oder ihr Status ist umstritten. Die Integrität des Völkerrechts ist folglich nicht in gleicher Weise mit ihrem eigenen Status verwoben, wie dies bei Staaten der Fall ist. Gleichwohl wirkt sich auch bei diesen Akteuren völkerrechtskonformes Verhalten legitimitätsfördernd aus, wie etwa das Beispiel humanitärrechtlicher Selbstverpflichtungen bewaffneter Gruppen im Rahmen der Anstrengungen der NGO Geneva Call zeigt.⁹³⁸ Der legitimitätsfördernde Charakter rechtskonformen Verhaltens kann jedoch – ungeachtet von Fragen völkerrechtlicher Subjekteigenschaft – auf das Verfahren als Ganzes bezogen werden. Die beteiligten Akteure nehmen am Mediationsprozess teil, um ihre Interessen durchzusetzen. Ein Interesse – gerade bei nichtstaatlichen Akteuren – ist dabei regelmäßig die Teilnahme an sich und die damit einhergehende Anerkennung im untechnischen Sinne.⁹³⁹ Daneben versuchen die Akteure jedoch fast immer, das Ergebnis der Mediation in ihrem Sinn zu beeinflussen. Sofern es dabei um eine unmittelbare Beteiligung an politischer Macht auf staatlicher und sub-staatlicher Ebene geht, besteht der Sinn dieses Ziels letztlich darin, Zugriff auf Teile der drei Gewalten zu bekommen, also auf Gesetzgebung, Rechtsprechung und Rechtsdurchsetzung. Der dort erlangte Zugriff soll wiederum der Durchsetzung der eigenen Ziele dienen. Gerade hierfür muss jedoch dieses Recht nach wie vor seinen Gestaltungsanspruch – seine

937 *Therése Pettersson, Stina Högladh, Magnus Öberg*, Organized violence, 1989–2018 and peace agreements, *Journal of Peace Research* 56 (2019), 589, 590.

938 *Stefanie Herr*, Binding Non-State Armed Groups to International Humanitarian Law- Geneva Call and the Ban of Anti-personnel mines: Lessons from Sudan, PRIF Reports Nr. 95, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main 2010, S. 18 ff.; *Ulrich Schneekener, Claudia Hofmann*, The power of persuasion: The role of international non-governmental organizations in engaging armed groups, in: *Krieger* (Hrsg.), *Inducing Compliance with International Humanitarian Law: Lessons from the African Great Lakes Region*, Cambridge 2015, S. 79, 102; vgl. über Geneva Call hinaus *Hyeran Jo*, *Compliant Rebels: Rebel Groups and International Law in World Politics*, Cambridge 2015, S. 78 f.; *Marcos D Kotlik*, *International Humanitarian Law and Non-State Actors*, in: *Heffes u. a.* (Hrsg.), *International Humanitarian Law and Non-State Actors*, Den Haag 2020, S. 387, 401 f.

939 Vgl. *David Lanz*, Who gets a seat at the table?, *International Negotiation* 16 (2011), 275, 281.

Integrität – bewahrt haben. Sofern es um die Beteiligung auf staatlicher Ebene geht, greift darüber hinaus erneut all das, was zuvor zu der legitimationsgenerierenden Funktion rechtskonformen Verhaltens von Staaten ausgeführt wurde. Ein Teil des Interesses daran, Kontrolle über einen Staat zu erlangen, liegt gerade in der Gestalt und in den Funktionen, die Staaten im Völkerrecht erhalten. Dieses wiederum hängt auch davon ab, dass die nichtstaatlichen Akteure, welche die Kontrolle über den Staat oder einen Teil der Kontrolle im Mediationsverfahren erlangen wollen, die Integrität des Völkerrechts, dass die Bedeutung des Staats als Akteur mitkonstituiert, nicht dadurch beschädigen, es im Mediationsverfahren gänzlich außer Acht zu lassen und dagegen zu verstoßen. Selbst wenn es nur um den Einfluss auf bestimmte inhaltliche Entscheidungen und nicht um das Erlangen von Ämtern geht, bedarf es zur Durchsetzung dieser Ziele des Rechts als Durchsetzungsinstrument.

Schlussendlich fußt die eigenständige Legitimation durch Recht folglich auf einem Zusammenspiel von Funktionalität und Symbolik nach innen wie nach außen. Damit das Recht als Instrument von Herrschaft und möglicher Veränderung nach innen eingesetzt werden kann, muss es auch in der Mediation, die den Zugriff auf dieses Instrument ermöglicht, ernst genommen werden. Damit verwoben ist der Umstand, dass Rechtskonformität nach außen die Voraussetzung für Kooperation und damit für Anerkennung im weiteren Sinne ist.

2. Legitimationsabsichernde Funktion

Neben der unmittelbaren Legitimation durch rechtskonformes Verhalten, sichert Recht auch die anderen Legitimationsstränge ab und gleicht ihre Defizite aus. Dies erfolgt einerseits auf der Ebene der Input-Legitimation, die eng mit Partizipation und Diskurs verknüpft ist (a) und auf der Ebene der Output-Legitimation (b).

a) Partizipation und Diskurs

Wie bereits erörtert wurde, funktioniert Friedensmediation vor allem, weil die für den Konflikt und seine Lösung relevanten Akteure daran teilnehmen. Sie lösen ihren Konflikt dem Selbstverständnis der Mediation nach

selbst.⁹⁴⁰ Jene, die vom Ergebnis der Friedensmediation betroffen sind, partizipieren auch an ihr.

Letztlich handelt es sich bei diesem Selbstverständnis jedoch um ein vereinfachtes Idealmodell, das ausgehend von zwischenstaatlichen Konflikten allein auf die Partizipation der einzigen völkerrechtlich relevanten Akteure abstellt, die der Staaten. In ähnlicher Weise wird auch im innerstaatlichen Konflikt zuerst auf die Partizipation der Akteure geblickt, die über (potentielle) Gewaltressourcen verfügen, also die Regierung bzw. der Staat auf der einen Seite und der oder die nichtstaatlichen Gewaltakteure bzw. die dahinter stehenden politischen Akteure auf der anderen Seite.⁹⁴¹ Die diesen Ausgangspunkten zugrundeliegenden Perspektiven, die von einheitlich handelnden Akteuren ausgehen, wurden durch die Erkenntnis erweitert, dass selbst Staaten nicht einheitlich handeln, sondern, dass bereits auf der für das auswärtige Handeln relevanten Regierungsebene die unterschiedlichen Interessen und Wege der Entscheidungsfindung regelmäßig zu Uneinheitlichkeit führen.⁹⁴² Dementsprechend zeigen Konfliktanalysen, dass auch innerhalb nicht-staatlicher Akteure unterschiedliche, zum Teil gegenläufige Interessen nebeneinander stehen.⁹⁴³

Diese Erkenntnis, dass in Konstellationen, in denen Legitimität durch die Partizipation von Repräsentanten generiert werden soll, nicht völlig klar ist, welche Interessen im Wege der Partizipation eigentlich Eingang in den Entscheidungsfindungsprozess der Mediation finden, wird ergänzt um die Erkenntnis, dass bestimmte Gruppen regelmäßig nicht oder unterrepräsentiert sind.⁹⁴⁴ Als Folge dessen hat in der Mediation zum Teil die verstärkte Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie etwa Frauengruppen oder Jugendvertreter*innen an Relevanz gewonnen.⁹⁴⁵

940 Jacob Bercovitch, Mediation, Formal, in: Young (Hrsg.), The Oxford international encyclopedia of peace, Bd. III, Oxford, 2010, S. 5, 6.

941 Siehe dazu Lars Kirchhoff, Constructive interventions, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 265 f.

942 Stefan Oeter, Theorising the global legal order: an institutionalist perspective, in: Halpin u. a. (Hrsg.), Theorising the global legal order, Oxford [u.a.], 2009, S. 61, 71 ff. m.w.N.

943 Indonesien und Spanien formulieren dies in ihren Stellungnahmen zur UN Guidance als Herausforderung im Vorfeld erfolgreicher Mediation A/66/811(2012), S. 61, 110.

944 Vgl. John Paul Lederach, Building peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies, Washington, D.C. 1997, S. 16 f.; Franzisca Zanker, Legitimate representation: Civil society actors in peace negotiations revisited, International Negotiation 19 (2014), 62, 82 ff.

945 Siehe hierzu D.

Schließlich verdeutlichen diese Umstände jedoch vor allem eins: in der Friedensmediation entscheiden nicht jene, die davon betroffen sind. Mediation ist keine Selbstregierung im eigentlichen Sinne. Vielmehr entscheiden in der Mediation Repräsentanten, die für sich in Anspruch nehmen, alle Betroffenen zu vertreten, ohne dass dabei deutlich ist, ob dies wirklich der Fall ist bzw. an welchem Maßstab dieser Anspruch zu messen ist. Die UN Guidance on effective Mediation greift diesen Aspekt insbesondere mit Blick auf nicht-staatliche Gewaltakteure heraus:

*„It cannot be assumed that conflict parties have legitimacy with, or represent, the wider public. Mediation efforts that involve only armed groups may send the signal that violence is rewarded. In addition to generating resentment within other sectors of society, this could encourage others to take up arms in order to get a place at the negotiating table. Civil society actors can play a critical role in increasing the legitimacy of a peace process and are potentially important allies.“*⁹⁴⁶

Dabei lassen sich diese Annahmen letztlich auf alle Akteure ausweiten. Die Konfliktparteien sind beteiligt, weil sie über den Konflikt disponieren können, also in der Regel über Gewaltpotential, während die Beteiligung weiterer Akteure von den Konfliktparteien oder dem mediierenden Akteur abhängt. All dem liegt bestenfalls der Glaube an die Repräsentation der Betroffenen durch die einzelnen Akteure zugrunde. Das sollte keineswegs skandalisiert werden. Ziel der Friedensmediation ist die Beendigung oder Vermeidung des Konflikts. Hierfür bedarf es zuallererst der Konfliktparteien. Problematisch ist lediglich die Annahme, mit der Beteiligung der Konfliktparteien sei den Anforderungen an partizipative Legitimation bereits genüge getan. Diesem Umstand lässt sich durch eine Erweiterung des Teilnehmerkreises, auch durch Dialogformate wie im Rahmen des kongolesischen Friedensprozesses in Sun City (Südafrika) mit 360 Delegierten,⁹⁴⁷ nur bedingt begegnen. Friedensmediation ist in der Regel kein basisdemokratischer Prozess. Dieser Erkenntnis trägt auch das Modell der drei Ebenen oder tracks der Friedensmediation Rechnung,⁹⁴⁸ indem es

946 A/66/811(2012), S. 23 Rn. 30.

947 Kasajja Phillip Apuuli, The Politics of Conflict Resolution in the Democratic Republic of Congo: The Inter-Congolese Dialogue Process, *African Journal on Conflict Resolution* 4 (2004), 65, 66.

948 John Paul Lederach, *Building peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies*, Washington, D.C. 1997, S. 39; Dorothee Hutter, The Missing Link: Von Fallstricken in der internationalen Friedensmediation, *Konfliktdynamik* 7 (2018), 144, 147 f.; für einen Überblick zur diesbezüglichen Literatur Tobias

für unterschiedlichen Akteure unterschiedliche Ebenen mit korrespondierenden Graden an Formalität vorsieht. Ob und wie die unterschiedlichen Ebenen miteinander verbunden sind, ist dabei von Prozess zu Prozess unterschiedlich.⁹⁴⁹ So geht mit den unterschiedlichen Ebenen auch ein deutlich unterschiedlicher Einfluss auf das Ergebnis des Friedensprozesses einher, während die Konsequenzen des Prozesses auf den unteren Ebenen dagegen unmittelbar erlebbare Auswirkungen haben. Dieses gegenläufige Verhältnis von Einfluss und Konsequenz beschreibt *John Lederach* als zentrales Dilemma von Friedensprozessen.⁹⁵⁰ Zugleich verdeutlicht es erneut den Legitimationsbedarf. Der Unterschied zwischen den Ebenen geht soweit, dass *Lederach* in seinem Pyramidenmodell nur auf der ersten Ebene tatsächlich den Begriff der Mediation verwendet. Wenn darüber hinaus auf der dritten Ebene „*Local leaders, Leaders of indigenous NGOs, Community developers, Local health officials, Refugee camp leaders*“⁹⁵¹ angesiedelt sind, wird besonders deutlich, dass auch ein Ansatz, der den Kreis der unterschiedlich eingebundenen Stimmen erweitert, sich letztlich auf Funktionseliten beschränkt. Damit wird vor allem auf ein technokratisches Legitimationsnarrativ zurückgegriffen. Legitimation durch eine, auch nur mittelbare, Partizipation der Betroffenen ist dadurch im besten Fall nur teilweise möglich und bedarf daher der Ergänzung.

Das partizipative Legitimationsmodell ist in Teilen eng verbunden mit der hier vereinfacht dargestellten Vorstellung, dass diese Partizipation unter den richtigen Voraussetzungen im Wege des Diskurses zum bestmöglichen oder gar richtigen Ergebnis führt.⁹⁵² Sowohl *Jürgen Habermas*, als

Böhmelt, The effectiveness of tracks of diplomacy strategies in third-party interventions, *Journal of Peace Research* 47 (2010), 167, 168 f.

949 Vgl. *John Paul Lederach*, Building peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies, Washington, D.C. 1997, S. 100; *Cynthia J. Chataway*, Track II diplomacy: From a Track I perspective, *Negotiation Journal* 14 (1998), 269, 273 ff.; *Jeffrey Mapendere*, Track One and a Half Diplomacy and the Complementarity of Tracks, *Culture of Peace Online Journal* 2 (2005), 66, 76.

950 *John Paul Lederach*, Building peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies, Washington, D.C. 1997, S. 43.

951 *John Paul Lederach*, Building peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies, Washington, D.C. 1997, S. 39; vgl. *Dorothee Hutter*, The Missing Link: Von Fallstricken in der internationalen Friedensmediation, *Konfliktdynamik* 7 (2018), 144, 148.

952 *Jürgen Habermas*, Faktizität und Geltung, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1994, S. 359 f.; *Robert Alexy*, Die Idee einer prozeduralen Theorie der juristischen Argumentation, *Rechtstheorie – Beiheft* 2 (1981), 177, 178; *Robert Alexy*, Recht, Vernunft, Diskurs: Studien zur Rechtsphilosophie, Frankfurt am Main 1995, S. 129 f.; *Ulfrid Neumann*, Juristische Argumentationstheorie, in: Hilgendorf

auch *Robert Alexy* leiten in diesem Zusammenhang grundlegende Menschenrechte als Voraussetzung für diesen Diskurs ab. Menschenrechte, als ein Teil des Rechts ganz allgemein, sichern demnach das partizipative Legitimationsmodell ab.⁹⁵³ Problematisch ist jedoch die Frage, inwieweit diskurstheoretische Erwägungen auf die Friedensmediation angewandt werden können. Hinsichtlich des Bezugspunkts hat zumindest *Habermas* seine ursprünglich auf den Nationalstaat begrenzten Überlegungen mit entsprechenden Anpassungen auch auf das Völkerrecht ausgedehnt.⁹⁵⁴ Wenn er schreibt, „[d]as soll nicht heißen, dass auf dieser transnationalen Ebene der Diskurs zugunsten der klassischen Machtpolitik ausgeschaltet wäre. Diese behält innerhalb des normativen Rahmens der internationalen Gemeinschaft nicht mehr das letzte Wort[,]“⁹⁵⁵ wird darin zumindest deutlich, dass sich diskurstheoretische Überlegungen auch auf die Ebene jenseits des Staates beziehen können, auf der Friedensmediation – zumindest auf Track eins – regelmäßig angesiedelt ist.

Jenseits dieser Frage der Ebene und der dort agierenden Akteure bleibt zu klären, inwieweit diskurstheoretische Überlegungen auf das Verfahren der Mediation übertragbar sind. Zuvor wurde bereits auf die Nähe zum

u. a. (Hrsg.), *Handbuch Rechtsphilosophie*, Stuttgart 2017, S. 234, 237; zur Kritik an diesen auch als prozedural bezeichneten Ansätzen stellvertretend *Arthur Kaufmann*, *Rechtsphilosophie in der Nach-Neuzeit: Abschiedsvorlesung*, Heidelberg 1992, S. 30 f.

953 *Robert Alexy*, Eine diskurstheoretische Konzeption der praktischen Vernunft, ARSP-Beihefte 51 (1993), 11, 26 ff.; *Robert Alexy*, *Recht, Vernunft, Diskurs: Studien zur Rechtsphilosophie*, Frankfurt am Main 1995, S. 144 ff.; *Jürgen Habermas*, *Faktizität und Geltung*, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1994, S. 359 f., 611, 616; zu den Unterschieden zwischen beiden siehe *Eric Hilgendorf*, Rezension: ARSP Beiheft 44, ARSP 79 (1993), 140, 141; sogar soweit gehend durch Alexys spätere Entwicklung die Begündungsfunktion für Menschenrechte in Frage gestellt zu sehen *Peter Gril*, Alexys Version einer transzendentalpragmatischen Begründung der Diskursregeln im Unterschied zu Habermas, ARSP 83 (1997), 206, 216; siehe dagegen *Robert Alexy*, The absolute and the relative dimensions of constitutional rights, *Oxford Journal of Legal Studies* 37 (2017), 31, 46.

954 *Jürgen Habermas*, Konstitutionalisierung des Völkerrechts und die Legitimationsprobleme einer verfassten Weltgesellschaft, in: Brugger u. a. (Hrsg.), *Rechtsphilosophie im 21. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2008, S. 360, 375; *Armin von Bogdandy*, *Diskurstheorie und Völkerrecht: ein Interview mit Jürgen Habermas*, *ZaöRV* 73 (2013), 295, 298 f., 301; dahingehende Andeutungen finden sich jedoch bereits in *Jürgen Habermas*, *Faktizität und Geltung*, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1994, S. 15 f., 535.

955 *Jürgen Habermas*, Konstitutionalisierung des Völkerrechts und die Legitimationsprobleme einer verfassten Weltgesellschaft, in: Brugger u. a. (Hrsg.), *Rechtsphilosophie im 21. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2008, S. 360, 375.

Diskurs hingewiesen, in die Mediation ganz allgemein zum Teil gerückt wird.⁹⁵⁶ Während die offenen Rückgriffe auf die Diskurstheorie im Rahmen der Mediation nicht zahlreich sind, scheint es doch zugleich plausibel,⁹⁵⁷ wenn *Thomas Trenzcek* ganz allgemein formuliert:

*„Ziel ist die Gestaltung eines kooperativen Diskurses, welcher [...] sich an einer ‚idealen Sprechsituation‘ (Habermas) orientiert. Freilich sind Mediatoren nicht so naiv, an die reale Existenz eines ‚Herrschaftsfreien Diskurses‘ bzw. daran zu glauben, es gebe zwischen den Parteien kein Machtungleichgewicht.“*⁹⁵⁸

Nicht aus einer primär mediationswissenschaftlichen, sondern der diskurstheoretischen Richtung alexy'scher Prägung kommend, hat *Jonas Hennig* herausgearbeitet, dass „[m]it der Mediation [...] ein realer, also unvollkommener Diskurs vor[liegt], der jedoch so ausgestaltet ist, dass eine Annäherung an den idealen Diskurs stattfindet.“⁹⁵⁹ Dabei beansprucht er in seiner Arbeit, eine universelle und überpositive Legitimationsgrundlage für Mediation benennen zu können.⁹⁶⁰ Gleichwohl sollte beachtet werden, dass *Hennig* zwar davon schreibt, sein Ansatz könne über „die Grenzen der Nationalstaatlichkeit hinweg“⁹⁶¹ angewandt werden, seine Beispiele für Anwendungsfälle der Mediation jedoch allesamt dem innerstaatlichen Bereich entstammen.⁹⁶² Seine Arbeitsdefinition der Mediation,⁹⁶³ die sich bis auf das Ziel der nachhaltigen Konfliktbeilegung, das Prinzip der Informiertheit und das unkommentierte Weglassen der Unabhängigkeit mit den Definitionen von Mediation und Mediator*in aus § 1 I, II Mediationsgesetz deckt,⁹⁶⁴ stellt letztlich auf ein faszilitatives Mediationsverständnis ab. Auch, wenn die auf der gleichen Seite wie die Definition zu findenden Ausführungen zum Interesse des Gesetzgebers an der Mediation aufgrund

956 Siehe hierzu C.II.3.c.

957 Davon schreibend, die Verbindung von Mediation und Diskurstheorie dränge sich auf *Fiete Kalscheuer*, Rezension: *Jonas Hennig, Mediation als rationaler Diskurs* (2014), ARSP 103 (2017), 551, 551.

958 *Thomas Trenzcek*, Außergerichtliches Konfliktmanagement (ADR) und Mediation: Verfahren, Prinzipien und Modelle, in: *Trenzcek u. a. (Hrsg.), Mediation und Konfliktmanagement*, Baden-Baden 2017, S. 35, 53.

959 *Jonas Hennig*, *Mediation als rationaler Diskurs*, Berlin 2014, S. 260.

960 *Jonas Hennig*, *Mediation als rationaler Diskurs*, Berlin 2014, S. 20.

961 *Jonas Hennig*, *Mediation als rationaler Diskurs*, Berlin 2014, S. 20.

962 *Jonas Hennig*, *Mediation als rationaler Diskurs*, Berlin 2014, S. 20 ff.

963 *Jonas Hennig*, *Mediation als rationaler Diskurs*, Berlin 2014, S. 72.

964 *Jan Malte von Bargen*, Rezension: *Hennig, Jonas, Mediation als rationaler Diskurs*, *Der Staat* 54 (2015), 620, 621 f.

der entlastenden Wirkung auf die Gerichte⁹⁶⁵ den innerstaatlichen Blickwinkel hervorheben, lassen sich die Erkenntnisse gleichwohl zumindest für fasziilitative Friedensmediation nutzen.

Auch andere Autoren sehen in der habermas'schen Diskurstheorie eine sinnvolle Grundlage für das Mediationsverfahren. Sie gehen sogar soweit, anhand der Diskursregeln einen Formulierungsvorschlag für das Eröffnungsstatement der Mediator*in zu entwerfen, mit welchem die Verfahrensgrundlagen der Mediation eingeführt werden.⁹⁶⁶ Allerdings nimmt auch dieser Ansatz nicht die Perspektive der Friedenmediation ein. Vielmehr deutet der Umstand, dass von einer gerichtlichen Auseinandersetzung als Folge des Scheiterns der Mediation ausgegangen wird und in den Beispielen einzelne Personen als Konfliktparteien präsentiert werden, darauf hin, dass vor allem auf innerstaatliche Mediation Bezug genommen wird. Die Grenzen der Übertragbarkeit zeigen sich zudem in den auch aus innerstaatlicher Perspektive idealisierten Ausführungen dazu, dass die rationale Begründbarkeit von Forderungen durch die Konfliktparteien zugleich als Absage an Machtausübung zwischen den Parteien zu verstehen sei.⁹⁶⁷ In der Friedensmediation sitzen sich die Parteien jedoch regelmäßig nicht in einer von Machtverhältnissen entkleideten Form gegenüber. Es handelt sich folglich nicht um eine ideale Sprechsituation, sondern allenfalls um eine Annäherung im Sinne einer realen Sprechsituation.

Dieser Ansatz, der stärker einem transformativen Mediationsverständnis folgt,⁹⁶⁸ wird gleichwohl zurecht auch im Zusammenhang mit Friedensmediation rezipiert. Dabei wird die Anwendbarkeit diskurstheoretischer Erwägungen jedoch auf die eigentliche Gesprächssituation der Friedensmediation beschränkt. Soweit es um die Rolle der habermas'schen Diskurstheorie in Bezug auf die Legitimation und die (Re-)konstruktion eines politischen Gemeinwesens gehe, passe diese nicht zur Friedensme-

965 Jonas Hennig, *Mediation als rationaler Diskurs*, Berlin 2014, S. 72.

966 Stephen Chilton, Maria Stalzer Wyant Cuzzo, Habermas's theory of communicative action as a theoretical framework for mediation practice, *Conflict resolution quarterly* 22 (2005), 325, 334.

967 Stephen Chilton, Maria Stalzer Wyant Cuzzo, Habermas's theory of communicative action as a theoretical framework for mediation practice, *Conflict resolution quarterly* 22 (2005), 325, 329.

968 Stephen Chilton, Maria Stalzer Wyant Cuzzo, Habermas's theory of communicative action as a theoretical framework for mediation practice, *Conflict resolution quarterly* 22 (2005), 325, 325.

diation.⁹⁶⁹ In der Konfliktsituation fehle es an den für den politischen Diskurs erforderlichen Staatsbürgern im Sinne autonomer Subjekte. Vielmehr habe man es „*überspitzt formuliert, nicht mit autonomen, sondern mit bewaffneten Menschen zu tun.*“⁹⁷⁰ Während diese Problemanalyse sicher in gewisser Hinsicht zutreffend ist, greift sie dennoch zu kurz. Denn das Mediationsverfahren unternimmt – wie zuvor an mehreren Stellen dargestellt – tatsächlich vielfach den Versuch, ein politisches Gemeinwesen zu (re)konstruieren. Eine Vielzahl von Friedensprozessen sehen als ein Etappenziel der Transitionsphase die Durchführung von Wahlen vor.⁹⁷¹ Während dieser Fokus auf Wahlen von einigen Mediator*innen als problematisch eingestuft wird,⁹⁷² handelt es sich dabei doch um den Versuch, die Post-Konfliktordnung zu legitimieren.⁹⁷³ In der Friedensmediation wird folglich die (Re-)konstitution eines politischen Gemeinwesens als Ziel wahrgenommen. Die Annahme, Wahlen könnten, abseits des Formalen und Zeremoniellen, eine legitimierende Wirkung haben, setzt gedanklich dieses politische Gemeinwesen voraus. Es ist das, was sich hinter der Formulierung der freien und fairen Wahl versteckt. Wer Wahlen als Teil der Friedensvereinbarungen vorsieht, der geht davon aus, dass dort eine kollektive Willensäußerung stattfindet, der wiederum eine kollektive Willensbildung vorausgeht. Die Realität mag nicht stets der jener späten Bonner Republik entsprechen, die *Habermas* umgab, als er

969 Damiano Angelo Sguaitamatti, Sara Hellmüller, Macht und Gerechtigkeit in Friedensverhandlungen, in: Busch u. a. (Hrsg.), *Mediation erforschen*, Wiesbaden 2012, S. 87, 100 Fn. 14.

970 Damiano Angelo Sguaitamatti, Sara Hellmüller, Macht und Gerechtigkeit in Friedensverhandlungen, in: Busch u. a. (Hrsg.), *Mediation erforschen*, Wiesbaden 2012, S. 87, 100 Fn. 14.

971 Berghof Foundation, *United Nations Department of Political and Peacebuilding Affairs*, *Constitutions and Peace Processes: A Primer*, Berlin 2021, S. 70; Priscilla B. Hayner, *The peacemaker's paradox*, New York 2018, S. 41; Wendy Lambourne, *International law: To end the scourge of war... and to build a just peace?*, in: Richmond u. a. (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Disciplinary and Regional Approaches to Peace*, New York 2016, S. 247, 256; beispielhaft Arthur Boutellis, Marie-Joëlle Zahar, *A Process in Search of Peace: Lessons from the Inter-Malian Agreement*, International Peace Institute, New York 2017, S. 11; A. W. Harris, *Peace processes under conditions of uncertain sovereignty*, *International Negotiation* 12 (2007), 175, 189.

972 Sara Hellmüller, Julia Palmiano Federer, Mathias Zeller, *The Role of Norms in International Peace Mediation*, swisspeace, NOREF, Bern 2015, S. 13.

973 Philipp Kastner, *Navigating the Inclusivity-Exclusivity Continuum of Peace Negotiations*, in: Jeong (Hrsg.), *Conflict intervention and transformation: theory and practice*, London 2019, S. 67, 71 f.

„Faktizität und Geltung“ schrieb. Doch einerseits handelte es sich bereits dabei um eine Idealisierung dieser Umgebung.⁹⁷⁴ Andererseits ist es für die Frage, ob rechtliche Normen geeignet sind, partizipative Prozesse, insbesondere diskursiv geprägte, abzusichern, letztlich irrelevant, ob diese Prozesse schlussendlich als diskursiv angesehen werden können. Solange das Ziel der Friedensmediation die (Re-)konstitution eines politischen Gemeinwesens ist – und sei es eines noch so fehlerbehafteten, führt der Weg dorthin über die rechtliche Absicherung. Hauke Brunkhorst formuliert dieses Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und dem Mindestmaß erforderlicher Wirklichkeit in Bezug auf das habermas'sche Konzept des öffentlichen Diskurses in erhellender Weise:

„Die Einbeziehung jeder normunterworfenen Stimme in den öffentlichen Diskurs ist eine ebenso anspruchsvolle wie unverzichtbare Bedingung demokratischer Legitimation. Jeder legal normierte Ausschluss auch nur eines einzigen Normunterworfenen zerstört demokratische Legitimation bereits vollständig. [...] Der, empirisch unvermeidliche, aber veränderliche, faktische Ausschluss von unartikulierten oder hegemonial marginalisierten Stimmen (Klassenherrschaft, ethnische Herrschaft usw.) demoliert die demokratische Legitimation, setzt sie aber erst außer Kraft, wenn sie ein Ausmaß annimmt, das den Betroffenen selbst unerträglich wird.“⁹⁷⁵

Wenn Friedensmediation eine Post-Konflikt-Ordnung anstrebt, die für sich eine demokratische Legitimation beansprucht, dann müssen, wenn man diskurstheoretischen Ansätzen folgt, die rechtlichen Absicherungen des öffentlichen Diskurses vorliegen.

So richtet sich der Fokus dieser Perspektive auf das Ergebnis bzw. das Ziel der Mediation und hebt dabei die absichernde Funktion des Rechts für die legitimierende Funktion partizipativer Ansätze hervor. Gleichzeitig führt dies jedoch auch zurück zur Ausgangsüberlegung, inwieweit Recht im Rahmen des als partizipativ verstandenen Mediationsprozesses eine absichernde Rolle spielen kann. Nicht nur im Rahmen des angestrebten politischen Gemeinwesens wirkt das Recht demnach absichernd, sondern auch innerhalb der konkreten Gesprächssituation der Friedensmediation. Wie gezeigt wurde, sind diskurstheoretische Überlegungen sowohl auf die üblichen Interaktionsebenen, als auch auf das Verfahren der Friedensme-

974 Ota Weinberger, Diskursive Demokratie Ohne Diskursphilosophie, Rechtstheorie 27 (1996), 427, 436 f.

975 Hauke Brunkhorst, Demokratie und Wahrheit. Jürgen Habermas zum 80. Geburtstag, Leviathan 37 (2009), 491, 499.

diation anwendbar. Dabei geht es primär darum, die Teilnahme an einem als diskursiv geprägt verstandenen Mediationsprozess abzusichern. Ohne dabei explizit Bezug auf diskurstheoretische Erwägungen zu nehmen, hebt *Philipp Kastner* die Rolle des Rechts als Legitimitätsressource hervor und betont dabei seinen Fokus auf den Prozess der Friedensmediation, statt auf das Ergebnis.⁹⁷⁶ Dabei geht er insbesondere auf die rechtlichen Grundlagen für inklusive Friedensprozesse ein. Diese Prozesse sind demnach nicht allein deshalb legitim, weil sie beanspruchen, alle relevanten Akteure zu beteiligen, sondern auch, weil die Entscheidung, welche Akteure relevant sind, mit internalisierten rechtlichen Normen übereinstimmt.⁹⁷⁷

Auch eine der zentralen Diskursregeln, die Abwesenheit von Zwang, die zugleich auch eine der Charakteristika der meisten Mediationsdefinitionen ist,⁹⁷⁸ wird in der Friedensmediation rechtlich abgesichert und trägt damit zur Legitimität des Mediationsprozesses, aber auch des Ergebnisses bei.⁹⁷⁹

Schlussendlich sollen rechtliche Normen auch die Positionen und Interessen der Angehörigen von Minderheiten und marginalisierten Gruppen im partizipativen Prozess absichern und damit die Legitimität des partizipativen Prozesses selbst. Auf diskurstheoretischer Ebene wird dies sowohl durch *Habermas*, als auch von *Alexy* vorgebracht:

*„[...] a correctly understood theory of rights calls precisely for a politics of recognition which also protects the integrity of the individual in his or her identity forming life context.“*⁹⁸⁰

„Die Menschenrechte sichern als Grundrechte Räume für unterschiedliche Lebensformen und Konzeptionen des guten Lebens, und der demokratische Prozeß schafft die Möglichkeit eines gerechten Ausgleichs, bei dem eine Vielfalt von Stimmen zu Wort kommt. Die Diskurstheorie zeigt daher, wie

976 *Philipp Kastner*, Navigating the Inclusivity-Exclusivity Continuum of Peace Negotiations, in: Jeong (Hrsg.), Conflict intervention and transformation : theory and practice, London 2019, S. 67, 72.

977 *Philipp Kastner*, Navigating the Inclusivity-Exclusivity Continuum of Peace Negotiations, in: Jeong (Hrsg.), Conflict intervention and transformation : theory and practice, London 2019, S. 67, 74, 77 f.

978 *Jonas Hennig*, Mediation als rationaler Diskurs, Berlin 2014, S. 245, 252 f.

979 *Philipp Kastner*, International Peace Mediators, in: Renshaw u. a. (Hrsg.), Experts, Networks and International Law, Cambridge 2017, S. 70, 85 f.

980 *Jürgen Habermas*, Struggles for Recognition in Constitutional States, *European Journal of Philosophy* 1 (1993), 128, 132; zur diesbzgl. Entwicklung bei *Habermas* siehe *Thomas McCarthy*, Legitimacy and Diversity, *Rechtstheorie* 27 (1996), 329–366.

*praktische Vernunft Wirklichkeit werden kann, ohne unterschiedlichen Lebensformen und Konzeption des guten Lebens den Respekt zu versagen.*⁹⁸¹

Wie nah sich dabei Friedensmediation und Diskurstheorie sind, zeigt sich daran, dass *Alexy* ausführt, das Mehrheitsprinzip dürfe nicht uneingeschränkt gelten, sondern dürfe nicht gegen diskursiv notwendige Menschenrechte verstoßen,⁹⁸² während *Martin Wäblisch* wiederum vom Prozess der Friedensmediation spricht, dem Grenzen durch Amnestieverbote, Frauen-, Kinder- und Minderheitenrechte sowie Diskriminierungsverbote, Landrechte etc. gesetzt seien.⁹⁸³ Dabei hebt *Wäblisch* den Beitrag dieser rechtlichen Normen zur Legitimität des Mediationsverfahrens hervor.⁹⁸⁴ Recht, insbesondere in Form von menschenrechtlichen Normen, übernimmt dabei regelmäßig die Funktion, schwächere Parteien in der Friedensmediation zu schützen und dient damit auch dem Verfahren selbst.⁹⁸⁵ Aus Sicht der Mediation spricht *Eileen Babbitt* davon, es gäbe in der Konfliktlösung im Fall extremer Machtasymmetrie eine Pflicht, Menschenrechte zu berücksichtigen.⁹⁸⁶ Nach der hier vertretenen These ist weder die Funktion noch die Geltung des Rechts auf derartige Extremfälle beschränkt. Gleichwohl verdeutlichen auch diese Ausführungen, dass und wie rechtliche Normen dazu beitragen, die partizipative Legitimation der Friedensmediation abzusichern.

981 *Robert Alexy*, Eine diskurstheoretische Konzeption der praktischen Vernunft, ARSP-Beihefte 51 (1993), 11, 29.

982 *Robert Alexy*, Eine diskurstheoretische Konzeption der praktischen Vernunft, ARSP-Beihefte 51 (1993), 11, 28.

983 Das Pendant zur Begrenzung in den Begriffen red lines, normative limits, legal barriers findend *Martin Wäblisch*, Normative Limits of Peace Negotiations: Questions, Guidance and Prospects, Global Policy 7 (2016), 261, 264.

984 *Martin Wäblisch*, Normative Limits of Peace Negotiations: Questions, Guidance and Prospects, Global Policy 7 (2016), 261, 261.

985 *Louis Kriesberg*, The evolution of conflict resolution, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), The Sage handbook of conflict resolution, London 2011, S. 15, 28; *Philipp Kastner*, Legal normativity in the resolution of internal armed conflict, Cambridge 2015, S. 43 („Human rights provisions [...] may also be included for very pragmatic reasons.“); *Rashida Manjoo*, Women, Peace and Security – Negotiating in Women’s Best Interests, Global Policy 7 (2016), 267, 267.

986 *Eileen F. Babbitt*, Conflict resolution and human rights: the state of the art, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), The Sage handbook of conflict resolution, London 2011, S. 613, 620 f.

b) Output-Legitimation und Gemeinwohl

Eines der wichtigsten Argumente für Friedensmediation ist ihr Potential, Konflikte erfolgreich beizulegen. Dieser outputorientierte Umstand trägt erheblich zur Legitimität des Verfahrens bei. Insoweit ist es kein Zufall, wenn *Scharpf* im Zusammenhang mit Output-Legitimation von Effektivität spricht⁹⁸⁷ und das zentrale Dokument der Vereinten Nationen zu Mediation den Titel „*United Nations Guidance for Effective Mediation*“⁹⁸⁸ trägt. Der Fokus der Mediation auf Output-Legitimation geht soweit, dass selbst klassische Aspekte der Input-Legitimation unter Output-Gesichtspunkten betrachtet werden. So wiederholt beinahe jeder Beitrag zu Fragen inklusiver Friedensprozesse, dass die Beteiligung von Frauen die Wahrscheinlichkeit eines nachhaltigen Friedensschlusses erhöht,⁹⁸⁹ als müssten sich partizipative Legitimationsverfahren ihrerseits an den Kriterien der Output-Legitimation messen lassen.

Outputorientierte Legitimation im Allgemeinen und die outputorientierte Legitimation der Friedensmediation im Besonderen leiden jedoch an einem gewissen Defizit. Effektivität setzt ein zu erreichendes Ziel bereits voraus. Dieses muss zuerst definiert werden.⁹⁹⁰ Erfolgreiche oder effektive Friedensmediation setzt ebenfalls eine Vorstellung davon voraus, was einen Erfolg darstellt. Diese Vorstellung kann jedoch sehr unterschiedlich ausfallen.⁹⁹¹

Ausgangspunkt für diese Definition des zu erreichenden Ziels ist regelmäßig eine „*konsensuale Gemeinwohlvorstellungen*“.⁹⁹² Was das bedeutet, scheint auf den ersten Blick naheliegend. In Bezug auf den Staat, auch nach bewaffneten Konflikten, wird in diesem Zusammenhang von der Gewährleistung einer sozialen Ordnung gesprochen, die ein Mindestmaß

987 *Fritz W. Scharpf*, *Regieren in Europa : effektiv und demokratisch?*, Frankfurt am Main [u.a.] 1999, S. 12.

988 A/66/811(2012), S. 20.

989 Beispielhaft *Thania Paffenholz*, *Women in Peace Negotiations*, in: Aggestam u. a. (Hrsg.), *Gendering Diplomacy and International Negotiation*, Cham 2018, S. 169, 169 f.; *Christine Chinkin*, *Women, Peace, and Security : Tackling Violence Against Women in the Contemporary World?*, *GYIL* 61 (2018), 185, 188.

990 *Fritz W. Scharpf*, *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 21.

991 *Marieke Kleiboer*, *Understanding Success and Failure of International Mediation*, *Journal of Conflict resolution* 4 (1996), 360, 379.

992 *Fritz W. Scharpf*, *Regieren in Europa : effektiv und demokratisch?*, Frankfurt am Main [u.a.] 1999, S. 168.

an kollektiven Gütern und Dienstleistungen garantiert.⁹⁹³ Auch, wenn hierfür etwa Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Bildung, Grundexistenz, Infrastruktur und Umwelt als Indikatoren genommen werden, erscheint das nicht fernliegend.⁹⁹⁴ Doch dabei entsteht der Eindruck, als läge der Zusammensetzung dieser Aufzählung keine Priorisierungsentscheidung zugrunde. Auch hat es den Anschein, die Indikatoren, die in ihrer Summe zumindest einen Großteil des Gemeinwohls abbilden sollen, müssten nicht auch untereinander priorisiert werden. Die Frage ist folglich, wer diese Priorisierung vornimmt und wie dabei mit Partikularinteressen umgegangen wird.

Bei der Vorstellung davon, was Gemeinwohl bedeutet, identifiziert *Robert E. Goodin* in Bezug auf das politische System der USA eine Definition, die sich am kleinsten gemeinsamen Nenner orientiert.⁹⁹⁵ Unter kritischem Verweis auf den Einfluss von Partikularinteressen in diesem Modell argumentiert er jedoch für eine Definition im Sinne des größten gemeinsamen Interesses.⁹⁹⁶ Er begründet dies mit dem Beispiel einer Einzelperson, die zwar mit allen das Interesse an sauberer Luft teile, aber ihr wirtschaftliches Interesse an Luftverschmutzung priorisiere und somit den kleinsten gemeinsamen Nenner zu ihren Gunsten auflöse.⁹⁹⁷ Um dies zu vermeiden, bedürfe es einer Definition über das größte gemeinsame Interesse. Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Friedensmediation, so greift dort bezogen auf alle vom Konflikt Betroffenen, regelmäßig ein Verständnis des

993 *Stephen D. Krasner, Thomas Risse*, External Actors, State-Building, and Service Provision in Areas of Limited Statehood: Introduction, *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions* 27 (2014), 545, 557; *Melissa M. Lee, Gregor Walter-Drop, John Wiesel*, Taking the State (Back) Out? Statehood and the Delivery of Collective Goods, *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions* 27 (2014), 635, 637.

994 *Melissa M. Lee, Gregor Walter-Drop, John Wiesel*, Taking the State (Back) Out? Statehood and the Delivery of Collective Goods, *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions* 27 (2014), 635, 637; ähnlich *Kylie Fisk, Adrian Cherney*, Pathways to Institutional Legitimacy in Postconflict Societies: Perceptions of Process and Performance in Nepal, *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions* 30 (2017), 263, 266.

995 *Robert E. Goodin*, Institutionalizing the Public Interest: The Defense of Deadlock and Beyond, *American Political Science Review* 90 (1996), 331, 333.

996 *Robert E. Goodin*, Institutionalizing the Public Interest: The Defense of Deadlock and Beyond, *American Political Science Review* 90 (1996), 331, 400 („greatest common concern“).

997 *Robert E. Goodin*, Institutionalizing the Public Interest: The Defense of Deadlock and Beyond, *American Political Science Review* 90 (1996), 331, 338.

Gemeinwohls, welches dieses ebenfalls als größtes gemeinsames Interesse definiert und nicht als die verbleibende Schnittmenge aller Einzelinteressen. Dieses größte gemeinsame Interesse ist vielfach ein Ende der Gewalt – Frieden. Insoweit trägt auch der der Rückgriff auf *Goodin*, denn auch in der Friedensmediation gibt es als „spoiler“ bezeichnete Akteure, die zwar das Interesse aller am Frieden teilen, aber ihr individuelles Interesse an einer Fortsetzung der Gewalt priorisieren.⁹⁹⁸ Der hier unterstellte weitere Begriff des Gemeinwohls in der Friedensmediation liegt sichtlich auch den Überlegungen *Christine Bells* zugrunde:

*„It is a central requirement of conflict resolution in divided societies that visions of the state that serve the interests of only one group must be opened up to a more shared concept of the state – one that is capable of serving a broader set of interests and operating for the public good. Conflict resolution requires forging a baseline acceptance of the need for common political community, as well as a baseline commitment to use public power to serve that community.“*⁹⁹⁹

Was an diesem Verständnis von Gemeinwohl mit Blick auf die Output-Legitimation von Friedensmediation problematisch sein könnte, zeigt sich ebenfalls bei *Goodin*. Er macht in seinem US-zentrierten Text unter Rückgriff auf die *Federalist Papers* sog. „*elite assemblies*“ (wie etwa Senat oder Electoral College) dafür verantwortlich, das Gemeinwohl zu identifizieren und gegen Partikularinteressen zu verteidigen.¹⁰⁰⁰ Wenn das Gemeinwohl einerseits durch Eliten definiert wird und andererseits Output-Legitimation auf die Fähigkeit zur Erreichung dieses Gemeinwohlziels, also auf Technokraten, abstellt,¹⁰⁰¹ ist es auch nicht fernliegend, wenn die Vorstellung von Gemeinwohl auch der Lebenswelt dieser Akteure näher ist als der anderer. Die Tatsache, dass es sich bei dem Begriff des Gemeinwohls

998 *Stephen John Stedman*, Spoiler problems in peace processes, *International Security* 22 (1997), 5, 7; *Andrew G. Reiter*, *Fighting Over Peace: Spoilers, Peace Agreements, and the Strategic Use of Violence*, Cham 2016, S. 59 f.; kritisch zum Begriff *Julia Palmiano Federer*, We do negotiate with terrorists: navigating liberal and illiberal norms in peace mediation, *Critical Studies on Terrorism* 12 (2019), 19, 30 f. m.w.N.

999 *Christine Bell*, *Navigating Inclusion in Peace Settlements: Human Rights and the Creation of the Common Good*, London 2017, S. 54.

1000 *Robert E. Goodin*, Institutionalizing the Public Interest: The Defense of Deadlock and Beyond, *American Political Science Review* 90 (1996), 331, 340.

1001 Vgl. *Michael Zürn*, From constitutional rule to loosely coupled sphere, *International Theory* 9 (2017), 261, 274.

nicht um einen absoluten Wert handelt,¹⁰⁰² macht ihn einer solchen Subjektivierung zugänglich. Praktisch führt der Umstand, dass bei der Verwirklichung des Gemeinwohls dessen unterschiedliche Komponenten miteinander kollidieren, zum Teil zu drastischen Ergebnissen. Beispielhaft hierfür steht eine Gerichtsentscheidung aus Delhi, welche die Räumung und Zerstörung einer Armensiedlung mit der Annahme rechtfertigt, diese diene dem Gemeinwohl.¹⁰⁰³ Diese Breite des Begriffs und seine innere Spannung schildert *Gautam Bhan* in Bezug auf *Rafiya*, eine der Vertriebenen:

„In Delhi, what Rafiya experienced as an act of violence, displacement and the disavowal of her rights, the Delhi high court argued was an act in the public interest – an act of governance, urban development and order. How did the judges determine that the eviction of vast numbers of citizens was within the ‚public interest‘, ruling against their claims to shelter?“¹⁰⁰⁴

An diesem von der Friedensmediation losgelösten Beispiel zeigt sich, dass Output-Legitimation nicht nur die effektive Verwirklichung von Gemeinschaftsinteressen in Abgrenzung zur Durchsetzung privilegierter Einzelinteressen bedeutet. Sie kann zugleich auch die Durchsetzung von Kollektivinteressen zu Lasten der Interessen marginalisierter Personen bedeuten. In diesem Fall handelt es sich faktisch um eine Umverteilung von unten nach oben bzw. von den Rändern in die Mitte.¹⁰⁰⁵

Hinsichtlich der Friedensmediation tritt dieser Aspekt der Output-Legitimation im Rahmen des Dilemmas von Peace vs. Justice besonders zutage.¹⁰⁰⁶ Bei der Frage, in welchem Verhältnis Frieden und Gerechtigkeit

1002 *Richard E. Flathman*, The public interest: an essay concerning the normative discourse of politics, New York [u.a.] 1966, S. 67.

1003 *Gautam Bhan*, In the public's interest: Evictions, Citizenship, and Inequality in Contemporary Delhi, Athens, Georgia 2016, S. 8.

1004 *Gautam Bhan*, In the public's interest: Evictions, Citizenship, and Inequality in Contemporary Delhi, Athens, Georgia 2016, S. 8.

1005 Vgl. *Ramaswamy R. Iyer*, Water-related conflicts: factors, aspects, issues, in: Mekenkamp u. a. (Hrsg.), Searching for peace in Central and South Asia: an overview of conflict prevention and peacebuilding activities, Boulder 2002, S. 277, 286; einen lokalen Aktivisten zitierend *Alf Gunvald Nilsen*, Against the Current, From Below: Resisting Dispossession in the Narmada Valley, India, Journal of Poverty 17 (2013), 460, 485 („Development should be for all; what is this development where some people drown and other people prosper?“).

1006 Vgl. statt vieler *Cecilia Albin*, Peace vs. justice – and beyond, in: Bercovitch u. a. (Hrsg.), The Sage handbook of conflict resolution, London 2011, S. 580, 580; *Priscilla B. Hayner*, The peacemaker's paradox, New York 2018, S. 9 ff.

zueinander stehen, handelt es sich um eine Priorisierungsentscheidung zwischen unterschiedlichen Faktoren, die das Gemeinwohl konstituieren. Ob eine Friedensmediation legitim ist, hängt daher auch davon ab, welches Verhältnis von Frieden und Gerechtigkeit als Kriterium für Erfolg definiert wird. Gerade dann, wenn im Legitimationsnarrativ die Effektivität der Friedensmediation vermeintlich doktrinärem Menschenrechtsaktivismus gegenübergestellt wird,¹⁰⁰⁷ findet eine Priorisierung statt, die ungleiche Auswirkungen auf unterschiedliche Akteure hat. Die eingängig klingende Argumentation, dass zum Genuss von Rechten zuerst einmal das Überleben und folglich der Frieden gesichert sein müsse,¹⁰⁰⁸ lässt diese Priorisierung fälschlich als Sequenzierung erscheinen. Denn diese Darstellungsweise erweckt den Anschein, als handle es sich durchgehend um dieselben Menschen. Vielmehr sind jedoch in der Regel nicht alle, die von einem geringeren Menschenrechtsschutz betroffen wären, auch durch das Andauern des Konfliktes in ihrem Leben bedroht. Tatsächlich wird so im Fall eines Friedensschlusses zulasten stärkerer menschenrechtlicher Bestimmungen das Risiko getötet zu werden, als schwerwiegender angesehen, als die Gewissheit eines geringeren Menschenrechtsschutzes. Neben dieser Gegenüberstellung von Risiko und Gewissheit, ist auch die Annahme, das Recht auf Leben sei prinzipiell gewichtiger, rechtlich keineswegs zwingend. Vielmehr ist es so, dass eine Vielzahl von UN-Dokumenten eine solche Rangfolge explizit verneint¹⁰⁰⁹ und diese Vorstellung auch in der Literatur überwiegend abgelehnt wird.¹⁰¹⁰ Zudem kennt die

1007 Sara Hellmüller, Julia Palmiano Federer, Mathias Zeller, *The Role of Norms in International Peace Mediation*, swisspeace, NOREF, Bern 2015, S. 9 („According to their [majority of practicing mediators interviewed] rationale, stopping the killing is paramount and will then also lead to the fulfillment of other norms, such as improved respect for human rights and gender equality. As one respondent said, ‘the main view we always took was that human rights abuses [...] are basically a consequence of the war, and by far the most important human rights violations were the killings. So if you stop the killings, you would also drastically improve the human rights climate.’“ [Auslassung im Original]).

1008 Vgl. Interview mit Laurie Nathan vom 14.5.2018; siehe hierzu A.II.

1009 A/CONF.32/41(1968), S. 3 (Final Act of the International Conference on Human Rights, Teheran); A/CONF.157/24 (1993), Teil 1, Paragraph 5.pt. I, at para. 5 (Vienna Declaration and Programme of Action).

1010 Vgl. *Theodore Meron*, On a Hierarchy of International Human Rights, *AJIL* 80 (1986), 1, 22; *Eva Brems*, Human rights: universality and diversity, *The Hague* [u.a.] 2001, S. 14, 311; *Eckart Klein*, Establishing a hierarchy of human rights: Ideal solution or fallacy?, *Israel Law Review* 41 (2008), 477, 487 f.; *Martin Scheinin*, Core rights and obligations, in: Stelton (Hrsg.), *The Oxford*

Völkerrechtsordnung rechtmäßige Eingriffe in das Recht auf Leben,¹⁰¹¹ während etwa Folter grundsätzlich verboten ist.¹⁰¹² Das Gemeinwohl, welches Bezugspunkt der Output-Legitimation ist, führt dabei jedoch auch zu einer Priorisierungsentscheidung zwischen dem Schicksal unterschiedlicher Menschen.¹⁰¹³ Wenn dabei mit der Priorität des Rechts auf Leben argumentiert wird, handelt es sich tatsächlich vielfach um die Priorisierung des Rechts auf Leben unterschiedlicher Menschen. Beispielhaft dafür steht der Umstand, dass sich in Post-Konflikt-Gesellschaften regelmäßig eine erhöhte Müttersterblichkeit findet, die sogar über mehrere Generationen anhält.¹⁰¹⁴ Zugleich tendieren Post-Konfliktstaaten dazu, die Ausgaben für den Sicherheitssektor im Vergleich zu Ausgaben für den Gesundheitssektor zu priorisieren.¹⁰¹⁵ Wenn ein effizient und pragmatisch herbeigeführter Friedensschluss dieses Ergebnis erreicht, weil entgegen Nr. 8 Sicherheitsratsresolution 1325¹⁰¹⁶ keine Genderperspektive eingenommen wurde und die konkreten völkerrechtlichen Verpflichtungen aus Art. 12 Abs. 1 CEDAW¹⁰¹⁷ unberücksichtigt geblieben sind, kann das daher bedeuten, dass dieser Frieden faktisch zulasten der betroffenen Frauen und ihres

handbook of international human rights law, Oxford 2013, S. 527, 539; a.A. *Koji Teraya*, Emerging Hierarchy in International Human Rights and Beyond: From the Perspective of Non-derogable Rights, EJIL 12 (2001), 917, 938; moralphilosophisch von einer Hierarchie ausgehend *Henry Shue*, Basic rights, Princeton 1980, S. 19 f.; *Andrea Sangiovanni*, Humanity without Dignity: Moral Equality, Respect, and Human Rights, Cambridge 2017, S. 252.

- 1011 Die These des Rechts auf Lebens als Grundvoraussetzung aller anderer Rechte wiedergebend, aber zugleich die fehlende Absolutheit zugestehend *Niels Petersen*, Life, Right to, International Protection, in: Wolfrum (Hrsg.), MPEPIL, Bd. VI, Oxford 2012, S. 865, 865, 867 f.
- 1012 *David Kretzmer*, Torture, Prohibition of, in: Wolfrum (Hrsg.), MPEPIL, Bd. IX, Oxford 2012, S. 950, 955.
- 1013 Etwa zur besonderen Situation ehemaliger Kindersoldaten nach Ende des Konflikts *Leonie Steinl*, Child Soldiers as Agents of War and Peace, Berlin 2017, S. 22 ff.
- 1014 *S. Garry, F. Checchi*, Armed conflict and public health: into the 21st century, Journal of Public Health (Online) (2019), 1, 7.
- 1015 *S. Garry, F. Checchi*, Armed conflict and public health: into the 21st century, Journal of Public Health (Online) (2019), 1, 7.
- 1016 S/RES/1325.
- 1017 Article 12 Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW), 18.12.1979, UNTS 1249, S. 1 (1. States Parties shall take all appropriate measures to eliminate discrimination against women in the field of health care in order to ensure, on a basis of equality of men and women, access to health care services, including those related to family planning.

Rechts auf Leben erreicht wurde.¹⁰¹⁸ Dem könnte entgegnet werden, dass auch die Fortdauer eines bewaffneten Konflikts vielfach eine erhöhte Müttersterblichkeit mit sich bringt.¹⁰¹⁹ Um die Frage beantworten zu können, welche Auswirkungen die Berücksichtigung oder Auslassung genderspezifischer Menschenrechte in einer Friedensmediation auf das Recht auf Leben hat, müsste jedoch geklärt werden können, ob die Berücksichtigung tatsächlich zu einer Verzögerung oder einem Scheitern der Verhandlungen führt und welche Dauer diese Verzögerung ggf. hat.

Es spricht vieles dafür, sich eines solch übermäßig utilitaristischen Bilanzierens potentieller Müttersterblichkeit zu verweigern. Kernpunkt der vorangegangenen Argumentationslinie ist es vielmehr, aufzuzeigen, dass der eine Frieden, dessen schnellstmögliches Erreichen der Friedensmediation Output-Legitimation zukommen lässt, nicht existiert. Je nachdem, welche Interessen bei der Frage priorisiert werden, je nachdem was das zu erreichende Gemeinwohl ist, was Frieden im konkreten Fall bedeutet, fällt auch die Output-Legitimation aus. Weil nichts darauf hindeutet, dass den Interessen ansonsten marginalisierter Gruppen im Rahmen der Friedensmediation plötzlich ein größerer Stellenwert eingeräumt wird, wenn sie keine Konfliktpartei sind,¹⁰²⁰ bedarf es an dieser Stelle eines Korrektivs. Recht kann unter bestimmten Umständen dazu beitragen, indem es als Schlüssel zur Gemeinwohldefinition dient. Die Existenz einer rechtlichen Norm – gerade im Völkerrecht – erleichtert die Forderung danach, das dahinterstehende Interesse als Gemeinwohlbelang anzuerkennen und zu berücksichtigen. Eine als Rechtsposition vorgetragene Forderung kann schwerer als dem Gemeinwohl widersprechend abgetan werden. Aller-

2. Notwithstanding the provisions of paragraph I of this article, States Parties shall ensure to women appropriate services in connection with pregnancy, confinement and the post-natal period, granting free services where necessary, as well as adequate nutrition during pregnancy and lactation.

1018 Vgl. *Christine Chinkin*, Women, Peace, and Security: Tackling Violence Against Women in the Contemporary World?, *GYIL* 61 (2018), 185, 196.

1019 *S. Garry, F. Checchi*, Armed conflict and public health: into the 21st century, *Journal of Public Health (Online)* (2019), 1, 2 f. m.w.N.

1020 Dies geht so weit, dass die Ungleichbehandlung im Beispielsfall Nepal bereits den an den Staat gerichteten Erwartungshorizont prägt, vgl. dazu *Kylie Fisk, Adrian Cherney*, Pathways to Institutional Legitimacy in Postconflict Societies: Perceptions of Process and Performance in Nepal, *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions* 30 (2017), 263, 276. Vgl. im Bezug auf Frauen *Christine Chinkin*, Women, Peace, and Security: Tackling Violence Against Women in the Contemporary World?, *GYIL* 61 (2018), 185, 195 f.

dings kann dabei eine Priorisierung innerhalb unterschiedlicher Gemeinwohlbelange erforderlich sein.¹⁰²¹ Während – wie das Beispiel der Räumung der Armensiedlung in Delhi zeigt – eine rechtliche Gemeinwohlbestimmung gerade auch zulasten Marginalisierter ausgehen kann, ermöglichen rechtliche Normen doch auch, klar zu benennen, was geschieht. Ungeachtet der tatsächlichen Verwirklichung und Durchsetzung setzt das Recht der elitären Priorisierungsentscheidung, die der Bestimmung des Gemeinwohls zugrunde liegt, Grenzen. Mag etwa die Möglichkeit einer Generalamnestie auch für schwerste Verbrechen aus Sicht der Mediator*in und der anderen unmittelbar an der Verhandlung Beteiligten das Gemeinwohlinteresse eines schnellen Friedensschlusses erfüllen, schützt das Amnestieverbot die Interessen der unterschiedlichen, zum Teil marginalisierten Opfer gegen eine unzulässig einseitige Priorisierungsentscheidung zu ihren Lasten.¹⁰²² Wie rechtliche Normen bereits zuvor im Rahmen partizipativer Legitimation die Entscheidungen der Mehrheit aufgewertet haben, indem sie ihr Grenzen setzen, sichern rechtliche Normen auch Output-Legitimation ab, indem sie das effektiv zu erreichende Gemeinwohlziel und die dazu ergriffenen Mitteln beschränken.

3. Zwischenfazit

In den vorangegangenen Abschnitten wurde aufgezeigt, dass Recht einerseits eine eigenständige Legitimationsquelle für das Mediationsverfahren sein kann und insoweit ein Interesse der Beteiligten an einer Berücksichtigung rechtlicher Normen im Rahmen der Mediation besteht. Daran anschließend wurde die stützende Rolle des Rechts bezogen auf input- und outputorientierte Legitimation hervorgehoben. Dieser ineinandergreifende Dreiklang legaler bzw. liberaler, partizipativer und technokratischer Legitimationsstränge verdeutlicht zugleich deren bereits zu Beginn hervor gehobene Interdependenz. So geht es keineswegs darum, ein Primat des Rechts über partizipative oder ergebnisorientierte Ansätze zu behaupten,

1021 Die rechtlichen Möglichkeiten von Sonderregelungen für marginalisierte Gruppen am Beispiel des Powersharings im Libanon aufzeigend *Martin Wählisch*, *Peacemaking, Power-Sharing and International Law: Imperfect Peace*, Oxford 2018, S. 122.

1022 Vgl. *Eva Brems*, *Human rights: universality and diversity*, The Hague [u.a.] 2001, S. 311; *Louise Mallinder*, *Amnesty, Human Rights and Political Transitions: Bridging the Peace and Justice Divide*, Oxford 2008, S. 376 f.

sondern vielmehr darum, das Recht nicht gänzlich in den Hintergrund fallen zu lassen.

Dieser liberale und dem Recht affirmativ gegenüberstehende Ansatz gerät jedoch in seiner Allgemeinheit seinerseits in einen Rechtfertigungskreislauf. Denn auch, wenn hier Anleihen bei diskurstheoretischen Ansätzen genommen wurden, vermag das Recht in der ihm hier zugeschriebenen, breiten Funktion sich selbst nicht als Letztbegründung zu genügen. Insoweit muss erneut auf das nicht mediationsspezifische Beispiel der gerichtlich angeordneten Vertreibungen in Delhi verweisen werden. Hier wird deutlich, dass Recht einerseits zwar die Sprache emanzipatorischer Forderungen sein kann, aber zugleich auch Mittel zur Durchsetzung von Macht und den damit verbundenen Interessen. Vor diesem Hintergrund muss im nächsten Schritt die Frage nach der Legitimität des Rechts gestellt werden.

II. Legitimität des Rechts

Die zuvor erörterte These, dass die Berücksichtigung rechtlicher Normen ein Bestandteil der Legitimation der Friedensmediation ist, hat in gewisser Weise eine bestimmte Frage unbeachtet gelassen. Denn wenn – wie in Bezug auf die Friedensmediation selbst gezeigt – Machtausübung legitimiert werden muss, stellt sich letztendlich auch die Frage nach der Legitimität des Rechts, das doch zugleich selbst einen Beitrag zur Legitimation leisten soll. Recht ist als Instrument zur Ausübung von Herrschaft über Menschen legitimationsbedürftig, sowohl als abstraktes System, wie auch hinsichtlich seines konkreten Inhalts. Dieser Umstand führt mit Blick auf die hier verfolgte Argumentation in einen wenig sinnvoll erscheinenden Endloskreislauf. Demnach würde Friedensmediation auch durch die Berücksichtigung des Rechts legitim, während dieses Recht wiederum auch durch die Berücksichtigung von Recht oder anderweitiger Normen legitim würde, usw. Diese Frage der Letztbegründung kann an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden, auch weil sie das hier eigentlich verfolgte Erkenntnisinteresse verdrängen würde. Die bisherigen Ausführungen haben sich an zu vielen Stellen bedient, als dass nun etwa ein Verweis auf die habermas'sche Letztbegründung einiger rechtlicher Normen überzeugen könnte. Ähnlich verhält es sich mit systemtheoretischen Überlegungen oder gar dem Rückgriff auf eine Grundnorm. Angesichts der Tatsache, dass es um die Frage nach Legitimität und nicht um die Frage nach Rechtsgeltung

geht, würde auch eine rechtspositivistische Perspektive nicht wirklich weiterhelfen.

Schlussendlich muss nun der stets auf sich selbst (zurück)verweisende Kreislauf der Legitimitätsfrage unterbrochen werden. Im ersten Schritt muss die Erkenntnis des vorangegangenen Abschnitts genügen, dass die Berücksichtigung rechtlicher Normen einen Beitrag zur Legitimität der Friedensmediation leistet. Im zweiten Schritt bleibt das Wissen darum, dass Recht – auf internationaler, aber auch auf nationaler Ebene – das Ergebnis von Rechtsetzungs- oder Findungsprozessen ist, die wiederum im Hinblick auf Partizipation, Ergebnis und die Übereinstimmung mit höherrangigen Normen betrachtet werden können. Es bleibt der – etwas hemdsärmelige – Erfahrungswert, dass der Verweis auf das Recht in der Regel ein Mindestmaß an Legitimität für sich beanspruchen kann, ungeachtet der Frage, bis wohin diese zurückverfolgt werden kann.

Statt die Legitimation des Rechts selbst zu verfolgen, sollen daher Stellen aufgezeigt werden, an denen sich das Recht besonderen Zweifeln hinsichtlich seiner Legitimität ausgesetzt sieht. Es ist die Frage nach dem emanzipatorischen Potential des Rechts, die *Ian Hurd* im bereits zuvor für die Legitimation durch Recht zitierten Text offenlässt, wenn er schreibt:

*„Legitimacy is the prize over which states compete, and it is won and lost through adherence to law – which is to say, skillful deployment of legal resources. This is how we know that the ideology of the rule of law governs global politics. Whether the results are emancipatory and beneficial to human welfare, or whether they justify aggression, repression, and coercion are open questions.“*¹⁰²³

Wenn hier dieser Frage nachgegangen wird, geht es nicht um eine Rechtskritik als Selbstzweck, sondern vielmehr darum, auf die – in die zuvor dargelegte legitimatorische Funktion des Rechts – eingewobenen, möglichen Fallstricke hinzuweisen. Diese Fallstricke sollen dort aufgezeigt werden, wo das Recht als etwas inhaltlich Neutrales, Natürliches und Universalistisches erscheint und dargestellt wird. Friedensmediation findet regelmäßig in Konstellationen statt, in denen eben diese Darstellung einen Fallstrick darstellen kann. In den Vereinten Nationen als größtem Mediationsakteur, wie auch bei Regionalorganisationen wie AU, EU, OAS oder OSZE arbeiten Menschen, die vielfach Teil einer administrativen Elite sind, ganz gleich ob sie aus dem Bereich der Politik, der Wissenschaft, der Nicht-

1023 *Ian Hurd*, *How to Do Things with International Law*, Princeton 2017, S. 131.

Regierungsorganisationen oder einem anderen Hintergrund kommen.¹⁰²⁴ Nach wie vor sind im Bereich von Mediation und Diplomatie – gerade auf der Führungsebene – Männer überrepräsentiert.¹⁰²⁵ Zugleich betreffen Mediationen vielfach Orte, die als Randgebiete wahrgenommen werden können, während Mediation selbst aus den vermeintlichen Zentren stammt oder gar dort stattfindet, ganz gleich, ob dieses Zentrum nun Addis Abeba, Brüssel, Abidjan, New York oder Genf sein soll.¹⁰²⁶ So erscheint die Unterstützung der OSZE für die Beilegung des Konflikts in Südossetien ungeachtet der geografischen Ausdehnung der OSZE als Beispiel eines derartigen Verhältnisses des vermeintlichen Wiener Zentrums zum vermeintlichen südossetischen Randgebiet. Hinzu kommen Fälle, die ganz oder in Teilen Nord-Südbeziehungen sind, wie etwa die EU-Mediation im Jemen oder die norwegische Mediation in Venezuela.¹⁰²⁷ Diese Beziehungen und Verhältnisse werfen Fragen an das legitimatorische Potential des Rechts auf.

Dabei sind Mediation und Recht an dieser Stelle eng verbunden, wie ein Satz aus dem Factsheet des Auswärtigen Amts zu den normativen und völkerrechtlichen Grundlagen der Friedensmediation beispielhaft zeigt: „Aus politischer und ethischer Sicht ist das zwingende Völkerrecht für den Zu-

1024 Vgl. *Fanny Badache*, A representative bureaucracy perspective on workforce composition in international organizations: The case of the United Nations Secretariat, *Public Administration* 98 (2020), 392, 403 ff. m.w.N.

1025 *Karin Aggestam, Ann E Towns*, Introduction : The Study of Gender, Diplomacy and Negotiation, in: Aggestam u. a. (Hrsg.), *Gendering Diplomacy and International Negotiation*, Cham 2018, S. 1, 14 ff.

1026 Diese Gegenüberstellung folgt weniger dem Begriffspaar Peripherie/Zentrum der Entwicklungstheorie, vgl. *Gerhard Hauck*, Geschichte der Entwicklungstheorie, in: Gerlach u. a. (Hrsg.), *Peripherie und globalisierter Kapitalismus. zur Kritik der Entwicklungstheorie*, Frankfurt am Main 2004, S. 12, 27 ff.; und stärker dem Bild der (post)kolonialen, modernen, zivilisierten Stadt gegenüber dem rückständigen, gar barbarischen Land, wie bei *Domingo Faustino Sarmiento*, *Facundo: civilization and barbarism*, Berkeley 2003, S. 47 f.. Vgl. dazu *Sérgio Costa*, The research on modernity in Latin America: Lineages and dilemmas, *Current Sociology* 67 (2019), 838, 842 f.; aus rechtlicher Perspektive *Liliana Obregón*, Between civilisation and barbarism: Creole interventions in international law, *TWQ* 27 (2006), 815, 823.

1027 *Jacob Bercovitch*, Mediation, Formal, in: Young (Hrsg.), *The Oxford international encyclopedia of peace*, Bd. III, Oxford 2010, S. 5, 6; *Natalie C Girke*, A matter of balance: the European Union as a mediator in Yemen, *European Security* 24 (2015), 509, 515 ff.; *David Smilde, Geoff Ramsey*, International peace-making in Venezuela's intractable conflict, *European Review of Latin American and Caribbean Studies* (2020), 157, 167 f.

sammenhalt der Völkergemeinschaft unabdingbar, da es als ein zivilisatorischer Mindeststandard die globale normative Diversität und Mächte-Multipolarität überbrückt.“¹⁰²⁸ Der Satz dient einerseits dem Interesse von Menschen, nicht Opfer von Genozid, Folter, Sklaverei oder anderer durch zwingendes Völkerrecht verbotener Praktiken zu werden. Andererseits trägt er zu der Wahrnehmung bei, das Einhalten oder der Verstoß gegen diese Normen seien ein Gradmesser für Zivilisation und ermöglicht so die Unterteilung der Welt entlang dieser historisch geprägten Kategorie.¹⁰²⁹ Zugleich beeinflusst der Begriff der Zivilisation die Vorstellung davon, wer üblicherweise gegen diesen Mindeststandard verstößt und wer nicht, sowie die damit verbundene Bereitschaft, das Verhalten eines Akteurs als Verstoß einzuordnen.¹⁰³⁰

Vor diesem Hintergrund fragen *Anne Holper* und *Lars Kirchhoff* nachfolgend nicht nur nach den möglichen Grenzen deutscher Mediationspraxis,

1028 *Auswärtiges Amt, Initiative Mediation Support Deutschland*, Normativer Bezugsrahmen und völkerrechtliche Grundlagen der Friedensmediation, Berlin 2017, S. 6; da der Verfasser selbst an Teilen dieses Textes mitgewirkt hat, handelt es sich in soweit auch um eine selbstkritische Erkenntnis; vgl. den gesammelten Abdruck *Lars Kirchhoff, Anne Holper u. a.*, Normativer Bezugsrahmen und völkerrechtliche Grundlagen der Friedensmediation, in: *Holper u. a. (Hrsg.), Friedensmediation: Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik*, Baden-Baden 2020, S. 139, 149; auf den Erkenntnissen des Factsheets aufbauen, aber auf den Begriff „zivilisatorisch“ verzichtend *Lars Kirchhoff, Anne Isabel Holper, Felix Würkert*, Normen: Rückgrat oder Korsett der Friedensmediation?, *ZeFKo* 10 (2021), 45, 66.

1029 Vgl. *Onuma Yasuaki*, A Transcivilizational Perspective on International, *RdC* 342 (2010), 81, 128, 133; beispielhaft eine von mehreren Passagen bei *Ferdinand von Martitz*, Das internationale System zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels in seinem heutigen Bestande, *Archiv für öffentliches Recht* 1 (1886), 3, 16 („Die europäischen Regierungen im Einverständniss mit der nordamerikanischen Union von dem Bewusstsein getragen, dass den civilisirten Nationen der Principat über die Welt gehört und dass die Leitung moderner Weltpolitik sich in den Händen einer Völkeraristokratie befindet, haben den entscheidenden Schritt gethan, auch das letzte Stück der bewohnten Erde, das immer noch einen bloß geographischen Begriff darstellte, derjenigen politischen Organisation theilhaftig werden zu lassen, unter deren Schutz die menschliche Geschichte sich abspielt.“).

1030 Am Beispiel der US-Folterpraxis der 2000er *Ian Hurd*, *How to Do Things with International Law*, Princeton 2017, S. 125 f.; vgl. auch *Daniel Kanstroom*, On „Waterboarding“: Legal Interpretation and the Continuing Struggle for Human Rights, *Boston College Third World Law Journal* 28 (2008), 269, 275 ff. m.w.N.

sondern verdeutlichen auch den Bedarf entsprechender Fragen an die Grenzen des Völkerrechts in seiner legitimitätsstiftenden Funktion:

„Was sind die Implikationen der deutschen NS- und Kolonialvergangenheit für rolleninkompatible Befangenheiten in Gegenwartskonflikten? Fallen bestimmte Regionen damit schlicht aus dem Portfolio oder ergibt sich daraus im Gegenteil ein bestimmter Fokus?“¹⁰³¹

Daher wird nachfolgend über einen (post-)kolonialen Zugang der Frage nachgegangen, inwieweit sich das Recht selbst ernstzunehmenden Zweifeln hinsichtlich des zuvor beschriebenen und beschworenen legitimatorischen Potentials ausgesetzt sieht. Während dieser Zugriff damit durch die spezifische Position der Friedensmediationspraxis und ihrer Akteure in der Welt und den historischen Zusammenhängen begründet ist, sind gleichwohl auch andere Fragen an die Legitimität des Rechts möglich, etwa aus queerer, feministischer oder klassenorientierter Perspektive,¹⁰³² ohne dass diese Aufzählung ansatzweise abschließend wäre. Der vorliegend verfolgte Ansatz soll dabei nicht als Alternative zu solchen Ansätzen gesehen werden, sondern vielmehr beispielhaft die Frage nach den Grenzen des legitimatorischen Potentials des Rechts für die Friedensmediation beleuchten.

Wenn Friedensmediation – wie zuvor gezeigt – legitimationsbedürftig ist, weil dabei in sehr unterschiedlichen Formen und Konstellationen die Freiheit und Autonomie betroffener Akteure beeinträchtigt werden, so sind dort Über-Unterordnungsverhältnisse aufgedeckt worden. Angesichts der legitimierenden Rolle, die dem Recht in Reaktion auf diese Erkenntnis zugewiesen wurde, müssen auch die im Recht selbst eingewobenen Über-Unterordnungsverhältnisse aufgedeckt werden. Andernfalls würde die Analyse hinter ihren eigenen Maßstäben zurückbleiben. Dem wird sich zunächst über (post-)koloniale Kritik unter besondere Berücksichtigung der Subaltern Studies angenähert (1). Dabei werden die möglichen Grenzen des Legitimationspotentials kursorisch ausgeleuchtet. Im Anschluss wird aufgezeigt, dass auch der Versuch, auf diese Kritik und die damit

1031 Anne Holper, Lars Kirchhoff, Friedensmediation im Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik, in: Holper u. a. (Hrsg.), Friedensmediation: Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik, Baden-Baden 2020, S. 195, 217.

1032 Beispielhaft Dianne Otto (Hrsg.) Queering International Law: Possibilities, Alliances, Complicities, Risks, New York 2017; Catherine O'Rourke, Feminist Strategy in International Law: Understanding Its Legal, Normative and Political Dimensions, EJIL 28 (2017), 1019–1045; China Miéville, Between equal rights: a Marxist theory of international law, Leiden 2005.

einhergehenden Forderungen nach stärker emanzipatorischen Ansätzen einzugehen, misslingen kann, weil diese Kritik und diese Forderungen vereinnahmt werden (2). In Reaktion darauf wird erörtert, wie die Kenntnis der Kritik und der Grenzen des Rechts gerade dazu beitragen können, dessen legitimatisches Potential für die Friedensmediation zu bergen und zu erhalten (3).

1. (Post-)koloniale Kritik

Kritik, die auf den Umstand abstellt, dass das Völkerrecht an vielen Stellen eine Rechtsordnung mit den gleichen Inhalten ist, die den Kolonialismus rechtlich untermauert, geht bereits weit zurück.¹⁰³³ Ein zentrales Datum war dabei die nach ihrem indonesischen Austragungsort benannte Bandung-Konferenz bei der 1955 afrikanische, arabische und asiatische Staaten, sowie Vertreter*innen nationaler Unabhängigkeitsbewegungen zusammenkamen.¹⁰³⁴ Das Völkerrecht stellte dabei die Sprache dar, derer sich die Konferenzteilnehmer*innen für ihre Kritik, ihre Forderungen und ihre Bekenntnisse bedienten.¹⁰³⁵ In Bandung, wie auch im Zuge des weiteren Dekolonisierungskontexts in der frühen zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, war vor allem der Inhalt des Völkerrechts zentraler Gegenstand der Auseinandersetzung und nicht seine Form an sich.¹⁰³⁶ Die gerade unabhängigen Staaten sahen sich einem im Kolonialismus begründeten politischen, aber insbesondere wirtschaftlichen Ungleichgewicht ausgesetzt, welches durch das Völkerrecht zementiert wurde.¹⁰³⁷ Diese Ansätze nahmen das Völkerrecht und die zentrale Stelle des Staats in ihm an, um so ihre politische Unabhängigkeit in der Form völkerrechtlich geschützter

1033 Für einen Überblick (post-)kolonialen Völkerrechts siehe *Liliana Obregón*, *Peripheral Histories of International Law*, *Annual Review of Law and Social Science* (2019), 437–451.

1034 *Luis Eslava, Michael Fakhri u. a.*, *The Spirit of Bandung*, in: *Eslava u. a. (Hrsg.), Bandung, Global History, and International Law*, Cambridge 2017, S. 3, 3.

1035 *Luis Eslava, Michael Fakhri u. a.*, *The Spirit of Bandung*, in: *Eslava u. a. (Hrsg.), Bandung, Global History, and International Law*, Cambridge 2017, S. 3, 5 f.

1036 *Luis Eslava, Michael Fakhri u. a.*, *The Spirit of Bandung*, in: *Eslava u. a. (Hrsg.), Bandung, Global History, and International Law*, Cambridge 2017, S. 3, 21 f. m.w.N.

1037 *R. P. Anand*, *Role of the „New“ Asian-African Countries in the Present International Legal Order*, *AJIL* 56 (1962), 383, 387 f.; *Boutros Boutros-Ghali*, *The Addis Ababa Charter: A Commentary*, *International Conciliation* 35 (1964), 5, 5.

Souveränität und territorialer Integrität zu verteidigen.¹⁰³⁸ Zugleich sollte das Völkerrecht das Mittel des politischen Wandels darstellen.¹⁰³⁹

Nachdem diese Bemühungen auf ökonomischer Ebene seit Mitte der 1960er Jahre überwiegend keine Erfolge verzeichnen konnten, trieben die ehemals kolonisierten Staaten die Idee einer New World Economic Order im Rahmen der Vereinten Nationen voran,¹⁰⁴⁰ die schlussendlich weitestgehend erfolglos bleiben sollte.¹⁰⁴¹ Neben diesem rechtlichen Antikolonialismus¹⁰⁴² entstand auch eine Vielzahl weiterer Texte, die sich aus anderen Perspektiven kritisch mit dem Kolonialismus und dem Prozess der Deko-

1038 *Boutros Boutros-Ghali*, The Addis Ababa Charter: A Commentary, *International Conciliation* 35 (1964), 5, 31.

1039 *Georges M. Abi-Saab*, The Newly Independent States and the Scope of Domestic Jurisdiction, *ASIL-Proceedings* 54 (1960), 84, 89 f.; *Georges M. Abi-Saab*, The Newly Independent States and the Rules of International Law: An Outline, *Howard Law Journal* 8 (1962), 95, 99 f.; *Okon Udokang*, The Role of the New States in International Law, *AVR* 15 (1971), 145, 159.

1040 *Mohammed Bedjaoui*, Towards a New International Economic Order, *Paris* 1979, S. 259 f.; *Taslim Olawale Elias*, The International Court of Justice and some contem, *Dordrecht* 1983, S. 233 ff. Auch Süd- und Mittelamerikanische Staaten unterstützten diese; auch weil sie zu früheren Versuchen völkerrechtlich gegen das ökonomische Ungleichgewicht vorzugehen passten, vgl. *Rodrigo Polanco Lazo*, Two Worlds Apart: The Changing Features of International Investment Agreements in Latin America, in: Tanzi u. a. (Hrsg.), *International Investment Law in Latin America*, Leiden 2016, S. 68, 70 f. Zugleich verstanden sich die „old independent states“ nicht nur geografisch als Teil des Westens, auch wenn sie in den Newly Independent States z.T. potentielle Verbündete sahen, vgl. *Horacio H. Godoy*, International Law an the Political Movements in Latin America, *ASIL-Proceedings* 54 (1960), 96, 96 f. Aufgrund dieser Identifikation der süd- und mittelamerikanischen Eliten und dem historischen Umfeld, war die Dekolonisierung dort nicht mit vergleichbarem Antikolonialismus von statten gegangen, wie in der Mitte des 20. Jahrhunderts, vgl. *Liliana Obregón*, Between civilisation and barbarism: Creole interventions in international law, *TWQ* 27 (2006), 815, 819 f. Zu den dortigen völkerrechtlichen Abgrenzungs- und Reformbestrebungen siehe *Liliana Obregón*, No Identity formation, theorization and decline of a Latin American international law, in: Almeida u. a. (Hrsg.), *Latin America and the International Court of Justice: Contributions to International Law*, Oxon 2017, S. 3, 4 ff.

1041 *Dianne Otto*, Subalternity and International Law, *Social & Legal Studies* 5 (1996), 337, 347 f. m.w.N.

1042 Dies rückblickend als Third World Approaches to International Law (TWAIL) und in der Genealogie dieses Ansatzes als TWAIL I bezeichnend *Antony Anghie*, *B. S. Chimni*, Third World Approaches to International Law and Individual Responsibility in Internal Conflicts, *Chinese Journal of International Law* 2 (2003), 77, 79.

lonisierung auseinandersetzen. Hier sind zum einen *Frantz Fanons „Les damnés de la terre“*, sowie *Albert Memmis „Portrait du colonisé, précédé de Portrait du colonisateur“* zu nennen. Beide Autoren und ihre Texte waren dabei eng mit dem algerischen Unabhängigkeitskrieg verbunden.¹⁰⁴³ Im Vorwort zu *Memmis* Text wies *Jean-Paul Sartre* – der später auch ein Vorwort zu *Fanons „Les damnés de la terre“* verfasste – auf die widersprüchliche Gleichzeitigkeit des fortdauernden Kolonialismus und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als Teil der modernen, neuen Völkerrechtsordnung hin und leitete daraus eine damit einhergehende politische und soziale Entrechtung ab.¹⁰⁴⁴ Dieser Widerspruch, der auch davor bereits zwischen dem Kolonialismus einerseits und den sich entwickelnden liberalen Rechtsstaaten in Europa andererseits bestanden hatte,¹⁰⁴⁵ überstand so den Übergang in das moderne Völkerrecht.

1043 *Frantz Fanon*, *Les damnés de la terre*, 4. Aufl., Paris 2002; auch wenn Teile des Buchs bereits vor Ausbruch des Kriegs geschrieben worden waren, sieht *Albert Memmi* sich durch ihn doch in seinen Ausführungen bestätigt *Albert Memmi*, *Portrait du colonisé précédé de Portrait du colonisateur*, Paris 1973, S. 5 (Vorwort des Herausgebers), 12 (Vorwort des Autors zur Ausgabe von 1966); völkerrechtlich dazu wiederum der später auch im Rahmen der New International Economic Order relevante *Mohammed Bedjaoui*, *La révolution algérienne et le droit*, Bruxelles 1961; siehe dazu *Umut Örsu*, *Determining new selves: Mohammed Bedjaoui on Algeria, Western Sahara, and post-classical international law*, in: *Bernstorff u. a. (Hrsg.), The battle for international law*, Oxford 2019, S. 341, 343.

1044 *Jean-Paul Sartre*, *Préface*, in: *Memmi (Hrsg.), Portrait du colonisé précédé de Portrait du colonisateur*, Paris 1973, S. 23, 26 („Le colonialisme refuse les droits de l’homme à des hommes qu’il a soumis par la violence, qu’il maintient de force dans la misère et l’ignorance, donc, comme dirait Marx, en état de ‚sous-humanité‘. Dans les faits eux-mêmes, dans les institutions, dans la nature des échanges et de la production, le racisme est inscrit; les statuts politique et social se renforcent mutuellement puisque l’indigène est un sous-homme, la Déclaration des Droits de l’Homme ne le concerne pas; inversement, puisqu’il n’a pas de droits, il est abandonné sans protection aux forces inhumaines de la nature, aux ‚lois d’airain‘ de l’économie.“); ähnlich *Albert Memmi*, *Portrait du colonisé précédé de Portrait du colonisateur*, Paris 1973, S. 91 f. („Une métropole qui deviendrait démocratique, par exemple, au point de promouvoir une égalité des droits jusque dans les colonies, risquerait aussi d’abandonner les entreprises coloniales.“).

1045 *Partha Chatterjee*, *Agrarian Relations and Communalism, 1926–1935*, in: *Guha (Hrsg.), Subaltern studies I*, Delhi 1982, S. 9, 17 f.; *Ranjit Guha*, *The Prose of Counter-Insurgency*, in: *Guha (Hrsg.), Subaltern studies II*, Delhi 1983, S. 1, 26; *James Thuo Gathii*, *Imperialism, Colonialism, and International Law*, *Buffalo law review* 54 (2007), 1013, 1037 f., 1041.

Auf diese von der Stoßrichtung her antikolonialen und zeitlich gesehen postkolonialen Ansätze, folgte ab den späten 1970er Jahre eine Perspektive, welche die Existenz innerhalb postkolonialer Gesellschaften sowie deren Wahrnehmung und Abbildung kritisch hinterfragte. Ausgangspunkt hierfür waren nicht die Rechtswissenschaften, sondern Geschichts- und Literaturwissenschaften sowie verwandte Geisteswissenschaften. So schuf *Edward Said* 1978 mit seinem Buch „*Orientalism*“ ein Werk, welches die Art und Weise, wie Bild und Selbstbild des Orients wissenschaftlich erschaffen wurden, kritisch hinterfragt. Demnach zogen sich in der für seine Arbeit wichtigen Anthropologie und insbesondere der Orientalistik Bilder aus der kolonialen Vergangenheit bis in die Gegenwart durch und prägten damit nach wie vor diese Disziplin. Gleich zu Beginn schreibt *Said* vom Orient als einer beinahe europäischen Erfindung, deren Relevanz sich für einen französischen Journalisten allein aus dem Bezug zu Europa ergeben habe und nicht aus den Menschen, die dort tatsächlich gelebt hatten und immer noch lebten.¹⁰⁴⁶ Zugleich sei Orientalismus Teil eines Bildes von Europa, welches die Welt in ein europäisches „Wir“ und ein nicht-europäisches „die“ aufteile und schlussendlich die Überlegenheit des Westens gegenüber einem rückständigen Orient konstruiere.¹⁰⁴⁷ Damit war der Anfang dessen gemacht, was nunmehr als Postcolonial Studies verstanden wird.¹⁰⁴⁸ Ende der 1970er fanden sich indische Historiker zur Subaltern Studies Group zusammen.¹⁰⁴⁹ Ihr erster Sammelband, der 1982 erschien, stellte ihre Methode dergestalt dar, dass es um eine Geschichte von unten, anstelle von Elitenerzählungen gehe, ganz gleich ob die Unterordnung ihren Ursprung in Klasse, Kaste, Alter, Geschlecht, Amt oder anderen Aspekten habe.¹⁰⁵⁰ Hinsichtlich des Begriff der Subalternen nah-

1046 *Edward W. Said*, *Orientalism*, 3. Aufl., London 2003, S. 1.

1047 *Edward W. Said*, *Orientalism*, 3. Aufl., London 2003, S. 7.

1048 *Gayatri Chakravorty Spivak*, Foreword, in: Schwarz u. a. (Hrsg.), *A Companion to Postcolonial Studies*, Malden [u.a.], 2005, S. xv, xviii.

1049 *Vinayak Chaturvedi*, Introduction, in: Chaturvedi (Hrsg.), *Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial*, London 2000, S. vii, vii.

1050 *Ranajit Guha*, Preface, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies I*, Delhi, 1982, S. vii, vii; fast spiegelbildlich zu den bedauernden Worten von *Margery Perham*, Bilanz des Kolonialismus, Stuttgart 1963, S. 15 („Die farbigen Völker nehmen auf ihre eigene Weise an der allgemeinen Tendenz unserer Zeit teil, allen autoritären Bindungen zu entfliehen, wie etwa in der zunehmenden Lockerung der Bande der Familie, der Nachbarschaft, der Religion, des Standes, der Klassen und – des Empire zum Ausdruck kommt.“). Auch wenn hier verallgemeinernd über die Subaltern Studies Group geschrieben wird, sollte deren inhaltliche und methodische Heterogenität nicht unterschätzt werden,

men sie dabei Bezug auf die Arbeiten des italienischen Marxisten *Antonio Gramsci*.¹⁰⁵¹ Ein Novum war dabei, dass die universalistische Erzählung der historischen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften mit Verweis auf das Spezifikum des Kolonialismus infrage gestellt wurde.¹⁰⁵²

War dieser Ansatz zu Beginn ein rein geschichtswissenschaftlicher, verbreiterte er sich ab der frühen Mitte der 1980er Jahre in Richtung benachbarter geisteswissenschaftlicher Disziplinen und nahm diese auch in die in der Buchreihe veröffentlichten Sammelbände auf. War es zu Beginn unter anderem darum gegangen, subalterne Stimmen hörbar zu machen und ihr Bewusstsein herauszuarbeiten,¹⁰⁵³ wurde nun die Frage aufgeworfen, ob diese Suche nach dem subalternen Subjekt erfolgreich sein konnte.¹⁰⁵⁴ Diese Kritik wurde stark von der in den USA lehrenden Literaturwissenschaftlerin *Gayatri Chakravorty Spivak* geprägt, die auch darauf hinwies, das in der nun erforschten Geschichte der Subalternen subalterne Frauen bis dahin gefehlt hatten – trotz ihrer anfänglichen Nennung. Beides tat sie auch in einem Text, dessen fragender Titel „*Can the Subaltern Speak?*“ immer noch nachhallt.¹⁰⁵⁵ In dieser Phase nahm der Einfluss postmoderner Theorien – insbesondere der Ansätze und Überlegungen *Michel Foucaults*

vgl. *Dipesh Chakrabarty*, *Invitation to Dialogue*, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies IV*, Delhi 1985, S. 364, 364.

- 1051 *Antonio Gramsci*, *Gefängnishefte*, Bd. IX, Hamburg 2012, S. 2191 ff. (Einige allgemeine Notizen zur geschichtlichen Entwicklung der subalternen gesellschaftlichen Gruppen im Mittelalter in Rom; Heft 25); ebenfalls auf Gramsci zurückgreifend, jedoch auf dessen Begriff der Hegemonie, sowie sein Selbst-kennen *Edward W. Said*, *Orientalism*, 3. Aufl., London 2003, S. 7, 25.
- 1052 *Ranajit Guha*, *On Some Aspects of the Historiography of Colonial India*, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies I*, Delhi 1982, S. 1, 7; dazu *Dipesh Chakrabarty*, *Habitations of modernity*, Chicago 2002, S. 13 f.; diese Erkenntnis beeinflusst bis heute den Diskurs, vgl. *Thomas Piketty*, *Capital et idéologie*, Paris 2019, S. 21.
- 1053 *Partha Chatterjee*, *Agrarian Relations and Communalism, 1926–1935*, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies I*, Delhi, 1982, S. 9, 18, 31, 32; *Ranajit Guha*, *The Prose of Counter-Insurgency*, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies II*, Delhi 1983, S. 1, 2; *Ranajit Guha*, *Preface*, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies IV*, Delhi 1985, S. vii, viii.
- 1054 *Vinayak Chaturvedi*, *Introduction*, in: Chaturvedi (Hrsg.), *Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial*, London 2000, S. vii, xi; *Dipesh Chakrabarty*, *Habitations of modernity*, Chicago 2002, S. 17.
- 1055 *Gayatri Chakravorty Spivak*, *Subaltern Studies: Deconstructing Historiography*, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies IV*, Delhi 1985, S. 330, 356; *Gayatri Chakravorty Spivak*, *Can the subaltern speak?*, in: Nelson u. a. (Hrsg.), *Marxism and the Interpretation of Culture*, Urbana 1988, S. 271, 295. Spivak selbst 1984 zur Gruppe dazugestoßen, siehe *Gayatri Chakravorty Spivak*, *Foreword*,

– in den Arbeiten zu. Über einen ersten, in den USA erhältlichen und inhaltlich zugänglicheren, weil thematisch allgemeineren, Sammelband wurde der Ansatz der Subaltern Studies stärker im US-amerikanischen Raum verankert. Neben der damit einhergehenden Verortung im Rahmen postmoderner Theorie, führte auch das Vorwort *Saids* dazu, das der Fokus des Ansatzes stärker im Bereich des (Post-)kolonialen, als in der neomarxistischen Weiterentwicklung *Gramscis* gesehen wurde.¹⁰⁵⁶ Diese Entwicklung führte zur Beobachtung eines „*decline of the Subaltern in subaltern studies*“.¹⁰⁵⁷ Zugleich prägte der Ansatz das heute als (Post-)koloniale Theorie bekannte Feld nachhaltig und fand an vielen Orten der Welt Resonanz.¹⁰⁵⁸

Auch die Rechtswissenschaft ist davon nicht unbeeinflusst geblieben. *Ranajit Guha* hatte sich bereits vor der *Subaltern Studies Group* damit beschäftigt, wie der Glaube an das Recht liberale Inder im 19. Jahrhundert zu Komplizen ihrer eigenen kolonialen Unterdrückung gemacht hatte. In Bengalen habe der weitverbreitete Glaube geherrscht, Anwalt zu werden sei eine Möglichkeit des sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs und ermögliche zugleich eine emanzipatorische Betätigung.¹⁰⁵⁹ Für diese Emanzipation wäre es demnach allein erforderlich gewesen, dass das Recht, dem die Gerechtigkeit innewohne, sich durchsetze.¹⁰⁶⁰ Damit habe man aber den kolonialen Staat um Hilfe gegen die als Exzess wahrgenommene lokale koloniale Praxis ersucht, ohne zu erkennen, dass man dabei keine auf Gleichheit beruhende Gerechtigkeit finden konnte.¹⁰⁶¹ *Upendra*

in: Schwarz u. a. (Hrsg.), *A Companion to Postcolonial Studies*, Malden [u.a.], 2005, S. xv, xxi.

1056 *Vinayak Chaturvedi*, Introduction, in: Chaturvedi (Hrsg.), *Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial*, London 2000, S. vii, xi f.

1057 *Sumit Sarkar*, *Writing social history*, Delhi [u.a.] 1997, S. 82 f.

1058 *Florencia E. Mallon*, The Promise and Dilemma of Subaltern Studies: Perspectives from Latin American History, *The American Historical Review* 99 (1994), 1491, 1491 ff. m.w.N.; *Vinayak Chaturvedi*, Introduction, in: Chaturvedi (Hrsg.), *Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial*, London 2000, S. vii, vii; *Gayatri Chakravorty Spivak*, Foreword, in: Schwarz u. a. (Hrsg.), *A Companion to Postcolonial Studies*, Malden [u.a.], 2005, S. xv–xxii.

1059 *Ranajit Guha*, Neel-darpan: The image of a peasant revolt in a liberal mirror, *The Journal of Peasant Studies* 2 (1974), 1, 8.

1060 *Ranajit Guha*, Neel-darpan: The image of a peasant revolt in a liberal mirror, *The Journal of Peasant Studies* 2 (1974), 1, 4, 10.

1061 *Ranajit Guha*, Neel-darpan: The image of a peasant revolt in a liberal mirror, *The Journal of Peasant Studies* 2 (1974), 1, 11, 13; ähnlich *Alastair McClure*, Sovereignty, law, and the politics of forgiveness in Colonial India, 1858–1903, *Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle East* 38 (2018), 385, 399.

Baxi schrieb im siebten Band der Gruppe über die Rolle des Rechts im Kontext der Subaltern Studies.¹⁰⁶² Er wies dabei darauf hin, dass die traditionellen lokalen Praktiken nicht als Recht behandelt wurden und dass dieses vermeintliche Fehlen des Rechts Grundlage des britischen Zivilisierungsnarrativs in Indien gewesen sei.¹⁰⁶³ Dabei sei der Schutz von Grund- und Menschenrechten nicht das Ziel dieses kolonialen Rechtsimports gewesen. Vor allem habe dieser dem Zweck gedient, über ein erforderliches Minimum an Recht und an rechtlichen Institutionen den Kolonialismus sicher und einträglich für die Kolonisator*innen und ihre lokalen Verbündeten zu machen.¹⁰⁶⁴ Zugleich verdeutlicht *Baxi* anhand des in Bezug genommenen Texts „*Chandra's death*“, der die Umstände des Tods infolge eines missglückten Schwangerschaftsabbruchs Mitte des 19. Jahrhunderts thematisiert,¹⁰⁶⁵ die Verschränkung kolonialen Rechts mit den als „*people's law*“ bezeichneten traditionellen lokalen Praktiken.¹⁰⁶⁶ Weder das koloniale, noch das essentialistisch und nationalistisch vereinnahmbare ursprüngliche Recht hielten einen emanzipatorischen Ausweg bereit.¹⁰⁶⁷ Stattdessen waren sie Komplizen in der Aufrechterhaltung patriarchaler Macht und Gewalt.¹⁰⁶⁸ Dem Vortrag eines legitimatorischen, weil emanzipatorischen, Potential des Rechts im Rahmen der Friedensmediation wird damit eine konkret andere Erfahrung entgegengehalten, in der dem Recht nicht einmal die Rolle eines zu enttäuschenden emanzipatorischen Versprechens

1062 *Upendra Baxi*, „The State's Emissary“, in: Guha (Hrsg.), Subaltern studies VII, Delhi 1992, S. 247–264.

1063 *Upendra Baxi*, „The State's Emissary“, in: Guha (Hrsg.), Subaltern studies VII, Delhi 1992, S. 247, 252; dahingehend allgemeiner *Upendra Baxi*, What may the „Third World“ expect from international law?, TWQ 27 (2006), 713, 713.

1064 *Upendra Baxi*, „The State's Emissary“, in: Guha (Hrsg.), Subaltern studies VII, Delhi 1992, S. 247, 253.

1065 *Ranajit Guha*, Chandra's Death, in: Guha (Hrsg.), Subaltern studies V, Delhi 1987, S. 135, 135 f.

1066 *Upendra Baxi*, „The State's Emissary“, in: Guha (Hrsg.), Subaltern studies VII, Delhi 1992, S. 247, 253 f.

1067 *Upendra Baxi*, „The State's Emissary“, in: Guha (Hrsg.), Subaltern studies VII, Delhi 1992, S. 247, 255 f.

1068 *Upendra Baxi*, „The State's Emissary“, in: Guha (Hrsg.), Subaltern studies VII, Delhi 1992, S. 247, 253 („The state's emissary [of {colonial} law] in „Chandra's Death“ presents its credentials to the people's law as an accomplice in patriarchal domination.“); dazu auch *Alastair McClure*, Sovereignty, law, and the politics of forgiveness in Colonial India, 1858–1903, Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle East 38 (2018), 385, 396 f.

zukommt. Stattdessen wird das Recht zum Schicksal.¹⁰⁶⁹ Dieses konkrete historische Beispiel soll dabei nicht per se verallgemeinert werden, sondern lediglich die Möglichkeit dieser anderen Erfahrung mit dem Recht verdeutlichen.

Das (post-)koloniale Hinterfragen universalistischer Wissensbestände fand darüber hinaus seinen Niederschlag in einem Ansatz, der sich als Third World Approaches to International Law (TWAIL) bezeichnet und im Hinblick auf die bereits vorangegangenen antikolonialen Völkerrechtler als TWAIL II bezeichnet wird.¹⁰⁷⁰ Wenn TWAIL auch kein geschlossenes Theoriegebäude darstellt, betonen doch viele Autoren die historische Genese des Völkerrechts und die Verknüpfung dieser Genese mit der bis in die Gegenwart strahlenden Geschichte des Kolonialismus und des Imperialismus. Sie weisen darauf hin, dass das universelle Völkerrecht tatsächlich im Ursprung europäisches Völkerrecht ist, dessen Universalität auch das Ergebnis universalistischer Behauptungen bzw. Forderungen ist.¹⁰⁷¹ Worin der Unterschied zwischen Universalismus und Universalität liegt und welche Folgen dieser Unterschied hat, verdeutlicht *Souleymane Bachir Diagne*:

„On parlera d'universalisme pour marquer la position de celui qui déclare universelle sa propre particularité en disant: J'ai la particularité d'être universel.' On est alors parfaitement fondé à demander à cet universalisme: en vertu de quoi? de quel droit?“, et c'est la question que posent les barbares (ou les subalternes) lorsqu'ils expriment leur droit de parler.“¹⁰⁷²

Für die legitimierende Wirkung des Rechts und insbesondere des Völkerrechts für die Friedensmediation bedeutet dies, dass allein der Verweis

1069 *Upendra Baxi*, „The State's Emissary“, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies VII*, Delhi 1992, S. 247, 255.

1070 Sowohl Einflüsse der Subaltern Studies Group, als auch von Postcolonial Studies im weiteren Sinne ausweisend *Antony Anghie*, *B. S. Chimni*, *Third World Approaches to International Law and Individual Responsibility in Internal Conflicts*, *Chinese Journal of International Law* 2 (2003), 77, 78 Fn. 4, 82 Fn. 13, 83 f.; *Prabhakar Singh*, *Indian international law: From a colonized apologist to a subaltern protagonist*, *LJIL* 23 (2010), 79, 81.

1071 *Makau Mutua*, *What Is TWAIL?*, *ASIL-Proceedings* 94 (2000), 31, 31; *Antony Anghie*, *B. S. Chimni*, *Third World Approaches to International Law and Individual Responsibility in Internal Conflicts*, *Chinese Journal of International Law* 2 (2003), 77, 84; *Onuma Yasuaki*, *The Assumption, Not Invention, of Universality Is the Problem*, *ESIL Conference Paper Series* 12 (2018), 1, 5; *Rémi Bachand*, *Les subalternes et le droit international*, Paris 2018, S. 176.

1072 *Souleymane Bachir Diagne*, *En quête d'Afrique(s)*, in: Diagne u. a. (Hrsg.), *En quête d'Afrique(s): Universalisme et pensée décoloniale*, Paris 2018, S. 65, 68 f.

auf die Universalität des Völkerrechts nicht genügen kann.¹⁰⁷³ Das Völkerrecht ist von seiner historischen Genese nicht entkoppelt. Durch die Fortgeltung alter, aber auch die Funktion neuer Regeln, leistet es auch seinen Beitrag dazu, koloniale Machtverhältnisse in die Gegenwart zu tragen.¹⁰⁷⁴ Die behauptete Universalität, also der Universalismus, ist dabei zugleich mit einer Naturalisierung des Völkerrechts verbunden.¹⁰⁷⁵ Dieser Punkt hat weitreichende Folgen. Das Völkerrecht ist Ausdruck und Teil der beschriebenen historisch gewachsenen Machtverhältnisse, der „superstructure“, um *Pellets* marxistische Rezeption aufzugreifen.¹⁰⁷⁶ Indem das Völkerrecht vielfach als natürliche Gegebenheit dargestellt und wahrgenommen wird (Naturalisierung), ist der Blick auf diese Machtverhältnisse und die der Rechtssetzung vorausgegangenen politischen Entscheidungen verdeckt, ebenso wie auf die Möglichkeit, dass all dies auch anders sein könnte.¹⁰⁷⁷

Eine der zentralen Errungenschaften der Subaltern Studies ist – neben der Auflösung universalistischer Vorstellung historischer Entwicklung – ihre kritische Beschäftigung mit Staatlichkeit und Nation.¹⁰⁷⁸ Diese Per-

-
- 1073 Nicht mediationsspezifisch, aber in der Kritik weitreichend *Makau Mutua*, What Is TWAIL?, ASIL-Proceedings 94 (2000), 31, 31 („The regime of international law is illegitimate. It is a predatory system that legitimizes, reproduces and sustains the plunder and subordination of the Third World by the West. Neither universality nor its promise of global order and stability make international law a just, equitable, and legitimate code of global governance for the Third World.“).
- 1074 Beispielhaft die persistant objector Regel *B. S. Chimni*, Customary International Law: A Third World Perspective, AJIL 112 (2018), 1, 23 ff.; zum Umweltvölkerrecht *Sigrid Boysen*, Die postkoloniale Konstellation, Tübingen 2021, S. 30 ff.
- 1075 *Rémi Bachand*, Les subalternes et le droit international, Paris 2018, S. 174.
- 1076 *Alain Pellet*, Le droit, in: Boniface (Hrsg.), La puissance internationale, Paris 1994, S. 145, 149 ff.; *Alain Pellet*, Values and Power Relations – The „Disillusionment“ of International Law?, KFG Working Paper Series Nr. 34, Berlin Potsdam Research Group „The International Rule of Law – Rise or Decline?“, Berlin 2019, S. 6.
- 1077 *Rémi Bachand*, Les subalternes et le droit international, Paris 2018, S. 174; ähnlich und mit Rückgriff auf den Begriff der „superstructure“ *Upendra Baxi*, Conflicting conceptions of legal cultures and conflict of legal cultures, Journal of the Indian Law Institute 33 (1991), 173, 186, 188.
- 1078 *Dipesh Chakrabarty*, Invitation to Dialogue, in: Guha (Hrsg.), Subaltern studies IV, Delhi 1985, S. 364, 373 f.; *Partha Chatterjee*, Nationalist Thought and the Colonial World, Tokyo 1986, S. 170; *Dipesh Chakrabarty*, Habitations of modernity, Chicago 2002, S. 17 m.w.N.

spektive teilen die Subaltern Studies mit TWAIL II.¹⁰⁷⁹ Die Dekolonisierung hatte vielfach dazu geführt, dass die Unabhängigkeit von den Kolonisatoren nur in Form des Nationalstaats erreicht werden konnte und die politische Mobilisation sich auf dem Weg dorthin eines nationalen Bewusstseins bediente, das dann doch vielfach im nationalistischen Legitimationsnarrativ alter wie neuer Eliten endete.¹⁰⁸⁰ Dieser Umstand ist für die hier aufgeworfene Frage nach den Grenzen völkerrechtlicher Legitimationsnarrative interessant. So treten anstelle des Staates Menschen in den Vordergrund,¹⁰⁸¹ während Staat und Recht zugleich an der Konstruktion der jeweiligen Unterordnungen, der Subalternität, teilhaben.¹⁰⁸² Der Staat wird dabei auch als Fixpunkt der Gewalt erkennbar, sei es als Motiv oder als Akteur, als der er auch in der Mediation vielfach in Erscheinung tritt.¹⁰⁸³

Besonders hilfreich sind die Marker der Subalternität, die *Guha* noch im ersten Band zum Ausgangspunkt der Analyse erklärt hatte,¹⁰⁸⁴ um im

1079 Auch die Subaltern Studies Group rezipierend *Antony Anghie*, *The Heart of My Home: Colonialism, Environmental Damage, and the Nauru Case*, *Harvard International Law Journal* 34 (1993), 445, 472, 476, 504 Fn. 301; *Antony Anghie*, *Finding the Peripheries: Sovereignty and Colonialism in Nineteenth-Century International Law*, *Harvard International Law Journal* 40 (1999), 1, 67 f.; *Dianne Otto*, *Subalternity and International Law*, *Social & Legal Studies* 5 (1996), 337, 353 (die wohl jedoch TWAIL nicht zugeordnet werden kann).

1080 *Partha Chatterjee*, *Nationalist Thought and the Colonial World*, Tokyo 1986, S. 9 f., 116 f., 161 f.; so auch *Jean-François Bayart*, *Romain Bertrand*, *De quel « legs colonial » parle-t-on?*, *Esprit* (2006), 134, 137 f., 147, 157; zu den Ausgangspunkten dessen in der Nachkriegsordnung des ersten Weltkriegs *Erez Manela*, *The Wilsonian moment: self-determination and the international origins of anticolonial nationalism*, Oxford [u.a.] 2007, S. xi, 225.

1081 *Vivienne Jabri*, *Peacebuilding, the local and the international: a colonial or a postcolonial rationality?*, *Peacebuilding* 1 (2013), 3, 15.

1082 *Rémi Bachand*, *Les subalternes et le droit international*, Paris 2018, S. 101 f.

1083 Vgl. etwa *Alex de Waal*, *Violence and Peacemaking in the Political Marketplace*, *Accord: an international review of peace initiatives* (2014), 17, 19; *Terrence Lyons*, *Peace Implementation and Quality Peace*, in: Joshi u. a. (Hrsg.), *Understanding Quality Peace: Peacebuilding after Civil War*, London, 2018, S. 29, 31 f.; *Alke Jenss*, *Von Dimensionen der Ungleichheit, Konflikten auf Dauer und dem Wissen vom Kontext – Staat und Gewalt in Dekolonialer Perspektive* in: Dittmer (Hrsg.), *Dekoloniale und Postkoloniale Perspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung*, Baden-Baden 2018, S. 125, 137 ff.; zum darüber hinausgehenden Topoi des Staatsverbrechens *Sarah Rödiger*, *Staatsverbrechen als kollektives Konzept im Völkerrecht*, AVR 58 (2020), 40–72.

1084 *Ranjit Guha*, *Preface*, in: *Guha* (Hrsg.), *Subaltern studies I*, Delhi 1982, S. vii, vii (Klasse, Kaste, Alter, Geschlecht, Amt oder andere Aspekte).

Blick zu behalten, wer häufig in der Mediation nicht mit am Tisch sitzt und wessen Existenz von den Ergebnissen der Mediation zugleich vielfach weitreichend betroffen ist. Dabei sind diese Marker weder alleinstehend, noch lassen sie sich einfach addieren. Vielmehr sind sie im Sinne der Intersektionalität als sich wechselseitig und in der spezifischen Situation beeinflussend zu verstehen.¹⁰⁸⁵ Zudem ist die Aufzählung weder abschließend noch zwingend. So haben etwa das Friedensabkommen von Dayton¹⁰⁸⁶ und die Rechtsprechung des EGMR im Fall Sejdic und Finci gezeigt, dass die Aufzählung in diesem Fall um die spezifischen Kategorien des Romaseins und des Jüdischseins ergänzt werden müsste.¹⁰⁸⁷ Dabei zeigt die bekannte Frage *Spivaks*, ob die Subalternen sprechen können, einerseits die konstruierten Grenzen subalternen Handlungsfähigkeit (agency) auf und problematisiert zugleich Praktiken der Fürsprache.¹⁰⁸⁸ Eine noch so sehr um Inklusivität (inclusivity) bemühte Mediation wird nicht erreichen, dass alle Stimmen gehört werden und auch eine noch so fürsorgliche

-
- 1085 *Floya Anthias, Nira Yuval-Davis*, Contextualizing feminism – gender, ethnic and class divisions, *Feminist review* 15 (1983), 62, 62 f.; *Kimberlé W. Crenshaw*, Demarginalising the intersection of race and sex: A black feminist critique of anti-discrimination doctrine, feminist theory, and anti-racist politics, *University of Chicago Legal Forum* (1989), 139, 140.
- 1086 General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina (Dayton Agreement), 21.11.1995, A/50/790, S/1995/999, ILM 35 (1996), S. 75 ff.; https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/BA_951121_DaytonAgreement.pdf, Stand 20.02.2021.
- 1087 EGMR, Sejdić and Finci v. Bosnia and Herzegovina [GC], nos. 27996/06 and 34836/06, § 45, ECHR 2009-VI; *Martin Wäblisch*, Peacemaking, Power-Sharing and International Law: Imperfect Peace, Oxford 2018, S. 66 f., 68 f. In seinen Ausführungen zu den Subalternen führt Gramsci Jüdischsein nicht auf, aber in seiner Beschäftigung mit sprachlichen Gleichbedeutungen von „Mensch“ und „Christ“ im Gegensatz zu „Jude“ – letztlich eine Passage über die Konstruktion der „Anderen“, vgl. *Antonio Gramsci*, Gefängnishefte, Bd. VIII, Hamburg 2012, S. 2012 (Heft 20 § 1). Ausführlicher dazu und zu seiner vehementen Ablehnung des Antisemitismus (den es jedoch in Italien – Stand 1931 – seit langem nicht mehr gebe), aber auch nicht frei von Klischees *Antonio Gramsci*, Briefwechsel mit Tatjana Schucht 1931 – 1935, Hamburg 2014, S. 146 f., 153 f., 157 f. (Briefe vom 28.9., 5.10. und 12.10. 1931). Vgl. darüber hinaus *Moishe Postone*, The Dualisms of Capitalist Modernity: Reflections on History, the Holocaust, and Antisemitism, in: Jacobs (Hrsg.), *Jews and Leftist Politics: Judaism, Israel, Antisemitism, and Gender*, Cambridge 2017, S. 43, 65 f.
- 1088 *Gayatri Chakravorty Spivak*, Subaltern Studies: Deconstructing Historiography, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies IV*, Delhi 1985, S. 330, 347 ff.; *Donna Landly*, *Gerald MacLean*, Reading Spivak, in: Landly u. a. (Hrsg.), *Spivak Reader*, New York 1996, S. 1, 5 f.

Mediation wird den Interessen der Subalternen nicht gerecht werden können. So werden die Grenzen des legitimatorischen Potentials des Rechts für die Friedensmediation deutlich. Ganz gleich, ob das Recht selbst im Rahmen der Friedensmediation die Interessen Subalternen schützen soll, also als Fürsprache fungieren soll, oder ob es Partizipation, also originäres Sprechen der Subalternen ermöglichen soll, bleibt unklar, ob die Stimmen und Interessen, die schlussendlich wahrnehmbar sind, tatsächlich den Subalternen gehören. Recht ist weder neutral, noch allein emanzipatorisch, sondern trägt auch zur Konstruktion und Stabilisierung von Subalternität bei.¹⁰⁸⁹

Schlussendlich tritt zu diesen Erkenntnissen noch jene über die historische Genese und die Reproduktion globaler, wie lokaler Vermögensverteilung und der damit verbunden Produktions- und Verwertungsstrukturen hinzu. Eine solche Kapitalismuskritik speist sich sowohl aus den Arbeiten der Subaltern Studies¹⁰⁹⁰ sowie von TWAIL II¹⁰⁹¹ und findet sich im Umfeld der Mediation auch bei der Kritik an liberal peace.¹⁰⁹² Demnach

1089 Vgl. *Rémi Bachand*, *Les subalternes et le droit international*, Paris 2018, S. 252.

1090 *Partha Chatterjee*, *More on Modes of Power and the Peasantry*, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies II*, Delhi 1983, S. 311, 347 f.; *Dipesh Chakrabarty*, *Invitation to Dialogue*, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies IV*, Delhi 1985, S. 364, 376; *Partha Chatterjee*, *Nationalist Thought and the Colonial World*, Tokyo 1986, S. 48 f.; *Upendra Baxi*, „The State’s Emissary“, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies VII*, Delhi 1992, S. 247, 252 f.

1091 *Makau Mutua*, *What Is TWAIL?*, ASIL-Proceedings 94 (2000), 31, 33, 35; *B. Rajagopal*, *International law from below*, Cambridge [u.a.] 2003, S. 146 („These peace operations have been the primary vehicles for the increased ‘developmentalization’ of the Third World, by deploying the language of ‘transition’ and ‘peace-building’ and by opening them up to fundamental economic and political restructuring.“); *Antony Anghie*, *Imperialism, sovereignty and the making of international law*, Cambridge [u.a.] 2004, S. 167 f., 173 f., 270; *Muthucumaraswamy Sornarajah*, *Power and Justice: Third World resistance in international law*, Singapore Year Book of International Law and Contributors 10 (2006), 19, 29, 40; *Balakrishnan Rajagopal*, *International Law and Its Discontents*, ASIL-Proceedings 106 (2012), 176, 180 f.

1092 *Roland Paris*, *International peacebuilding and the „mission civilisatrice“*, *Review of International Studies* 28 (2002), 637, 639; *Wendy Lambourne*, *International law: To end the scourge of war... and to build a just peace?*, in: *Richmond u. a. (Hrsg.), The Palgrave Handbook of Disciplinary and Regional Approaches to Peace*, New York 2016, S. 247, 256; Kritik an liberal peace mit (post-)kolonialer Kritik -inklusive Subaltern Studies – verbindend *Vivienne Jabri*, *Perspective on Peacebuilding*, in: *Richmond u. a. (Hrsg.), The Palgrave Handbook of Disciplinary and Regional Approaches to Peace*, New York 2016, S. 154, 160 f.

zielt liberal peace nicht nur auf die Beendigung bewaffneter Konflikte oder die Ablösung repressiver Regime ab, sondern auch auf die Schaffung von Demokratien spezifisch neoliberaler Prägung. Dabei stehen weniger die emanzipatorische Überwindung oder der sozialstaatliche Ausgleich sozialer Ungleichheit im Zentrum der Bemühungen, sondern vielmehr die Öffnung und Eingliederung in das globale Wirtschaftssystem.¹⁰⁹³ Zugleich hebt *Ian Taylor* den wichtigen Punkt hervor, dass es sich dabei keineswegs um Ergebnisse einer im strengen Sinne geografischen Nord-Süd Dichotomie handelt.¹⁰⁹⁴ Vielmehr dient der Ansatz von liberal peace lokalen wie transnationalen Eliten¹⁰⁹⁵ gleichermaßen:

*„This process explicitly aims to thwart the demands and aspirations of the popular classes within a historical juncture where crisis and a traumatised population emerging from war facilitate the introduction of previously intolerable policies.“*¹⁰⁹⁶

Daraus folgt für das Völkerrecht, dass es nur bedingt zur Legitimation der Friedensmediation beitragen kann,¹⁰⁹⁷ da es zugleich an der Genese und der Aufrechterhaltung kapitalistischer Ungleichheit mitwirkt. Dieses ambivalente Verhältnis findet sich pointiert bei *Onuma Yasuaki* beschrieben:

*„The fact that modern international society has also been characterized by a capitalist economy may be another factor contributing to this omnipresent role of law. A capitalist economy, while seeking global activities without being severely constrained by law, nonetheless requires law for its need for safe, enduring and predictable activities.“*¹⁰⁹⁸

1093 *Oliver P. Richmond*, *Failed statebuilding*, New Haven [u.a.] 2014, S. 117.

1094 So auch *Walter D. Mignolo*, *The Global South and world dis/order*, *Journal of Anthropological Research* 67 (2011), 165, 184 („the Global South is not a geographic location“); *Balakrishnan Rajagopal*, *International Law and Its Discontents*, *ASIL-Proceedings* 106 (2012), 176, 178 („TWAIL II has attempted to move beyond that to a cultural geography of North and South. It necessarily follows that one must distinguish between a hegemonic South and a counter-hegemonic South“).

1095 Der Elitenbegriff wird – wie auch an anderen Stellen des Texts – als relative soziale Position verstanden und verwendet und nicht als ggf. antisemitische Chiffre.

1096 *Ian Taylor*, *Liberal Peace, Liberal Imperialism: a Gramscian Critique*, in: *Richmond* (Hrsg.), *Advances in Peacebuilding*, New York 2010, S. 154, 164 f.

1097 Vgl. *Oliver P. Richmond*, *Failed statebuilding*, New Haven [u.a.] 2014, S. 124, 206.

1098 *Onuma Yasuaki*, *International Law in a Transcivilizational World*, Cambridge 2017, S. 39 Fn. 11.

Damit haben die vorangegangenen Seiten gezeigt, dass das legitimatorische Potential des Völkerrechts und des Rechts im Allgemeinen dort auf Grenzen stößt, wo – allgemein formuliert – Ungleichheit rechtlich konstituiert, transportiert oder aufrechterhalten wird. Dabei wurde hier der historische Zugang über den Kolonialismus gewählt, der jedoch über die Subaltern Studies die Perspektive darüber hinaus, etwa auf Kategorien wie Klasse bzw. sozialen Status oder Geschlecht erweitert hat. Das Wissen um diese Grenzen und die Ambivalenzen des Rechts muss folglich bei dessen Rolle in der Friedensmediation berücksichtigt werden.

2. Anpassung an und Vereinnahmung von Kritik

Nun stellt sich die Frage, wie im Hinblick auf die Friedensmediation, deren Legitimationsbedarf zuvor herausgearbeitet wurde, mit den aufgezeigten Grenzen des legitimatorischen Potentials des Rechts umgegangen werden kann. Ausgehend von diesem Wissen der Begrenztheit scheint der naheliegende Schritt jener zu sein, dieses Wissen aktiv zu berücksichtigen und den Versuch zu unternehmen, die zuvor beschriebene Kritik in ihrem emanzipatorischen Anspruch aufzunehmen. Doch dieses Unterfangen kann misslingen, ohne dass vom emanzipatorischen Anspruch viel mehr bleibt als ein emanzipatorischer Anschein. Dieser würde jedoch weder das Recht als damit verbundene Legitimationsquelle, noch die Friedensmediation als dadurch in Bezug genommenes Legitimationsobjekt stärken. Dabei geht der emanzipatorische Impuls in einer technokratischen Verwaltung von Übergang und Konfliktbewältigung auf, wird institutionell vereinnahmt und verliert dabei über seine Ecken und Kanten auch seinen Kern. Nachfolgend wird dies beispielhaft daran gezeigt, wie Transitional Justice trotz des damit einhergehenden Perspektivwechsels von einem Fokus auf Staaten hin zu Individuen vereinnahmt werden kann (a). Diese Überlegung wird daraufhin um das Beispiel legislativer Frauenquoten ergänzt. Während diese einerseits eine Antwort auf die Frage nach weiblichen Stimmen darstellen, verwandeln sie als Instrument für Postkonfliktgesellschaften zugleich die grundsätzliche Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe in ein vermeintliches Spezifikum des Globalen Südens (b).

a) Transitional Justice

In der vorangegangenen Kritik wurde eine andere Perspektive auf das Verhältnis von Individuum und Staat angemahnt.¹⁰⁹⁹ Transitional Justice kann im ersten Zugriff als Form der Einlösung genau dieser Forderung verstanden werden. Die Aufarbeitung repressiver Regime oder bewaffneter Konflikte kann das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Individuum emanzipatorisch rekonfigurieren.¹¹⁰⁰ Dabei bedient sich Transitional Justice rechtlicher Instrumente und ist selbst rechtsnormativ geprägt und angeknüpft.¹¹⁰¹ Zugleich steht die beschriebene emanzipatorische Stoßrichtung bereits bei *Ruti Teitel* neben affirmativen Bezugnahmen auf liberale Staatlichkeit, die Gegenstand der hier bereits beschriebenen, aber zeitlich nachgelagerten Kritik an liberal peace ist.¹¹⁰²

Losgelöst von den Fragen, ob auch Transitional Justice Teil (post-)kolonialer Zivilisierungsnarrative ist,¹¹⁰³ oder ob es die ökonomischen Folgen und Ursachen von Übergang und Konflikt ausblendet,¹¹⁰⁴ kann bereits auf

1099 Siehe hierzu D.II.1.

1100 *Ruti G. Teitel*, Transitional justice, Oxford [u.a.] 2000, S. 230; *Denisa Kostovicova*, Transitional Justice and Conflict Studies: Bridging the Divide, *Journal of Global Security Studies* 4 (2019), 273, 273. Wobei die diesbezügliche Limitiertheit nicht unterschätzt werden darf. Der Staat bleibt auch bei Transitional Justice zentraler Bezugspunkt, siehe *Marcos Zunino*, Justice framed: a genealogy of transitional justice, Cambridge 2019, S. 57 f.

1101 *Kai Ambos*, The legal framework of transitional justice: a systematic study with a special focus on the role of the ICC, in: *Ambos u. a. (Hrsg.)*, Building a future on peace and justice: studies on transitional justice, peace and development; the Nuremberg declaration on peace and justice, Berlin 2009, S. 19, 21 ff.; *Lars Kirchhoff*, Linking mediation and transitional justice: the use of interest-based mediation in processes of transition, in: *Ambos u. a. (Hrsg.)*, Building a future on peace and justice: studies on transitional justice, peace and development; the Nuremberg declaration on peace and justice, Berlin [u.a.] 2009, S. 237, 247 ff.; *Lars Kirchhoff*, *Anne Isabel Holper*, *Felix Würkert*, Normen: Rückgrat oder Korsett der Friedensmediation?, *ZeFKo* 10 (2021), 45, 61 f.

1102 *Ruti G. Teitel*, Transitional justice, Oxford [u.a.] 2000, S. 143.

1103 *Giada Girelli*, Understanding transitional justice: a struggle for peace, reconciliation, and rebuilding, Cham 2017, S. 230 ff.; vgl. auch *Felix Würkert*, Historische Immunität? Anmerkung zu Sentenza Nr. 238 der Corte costituzionale vom 22. Oktober 2014, *AVR* 53 (2015), 90, 118.

1104 *Chandra Lekha Sriram*, Liberal Peacebuilding and Transitional Justice: What Place for Socioeconomic Concerns?, in: *Sharp (Hrsg.)*, Justice and economic violence in transition, New York 2014, S. 27, 27 f.; *Marcos Zunino*, Justice framed: a genealogy of transitional justice, Cambridge 2019, S. 231.

der Ebene des eigentlichen emanzipatorischen Versprechens von Transitional Justice die Gefahr der Vereinnahmung gezeigt werden. Teile der Vorstellung von Transitional Justice, liberale und demokratische Rechtsstaaten zu etablieren, beinhalten eine emanzipatorische Verfestigung der Position des Individuums gegenüber dem Staat; den Schutz individueller Integrität, die Schaffung politischer Partizipationsmöglichkeiten und einen Staat, dessen Organe und Funktionsträger rechtlich verantwortlich sind.¹¹⁰⁵ Doch zeigen mehrere Beispiele, dass Transitional Justice eben diese Charakteristika nicht immer erfüllt und stattdessen als hohler Begriff für einen, wie auch immer gearteten, Übergangsprozess dient.

In ihrer Entwicklung hat sich Transitional Justice in Teilen gewandelt zu einer Praxis, die nicht partizipativ und emanzipatorisch von unten nach oben stattfindet, sondern die „top-down“ implementiert wird.¹¹⁰⁶ Damit hat sie sich normalisiert. Dass diese inhaltliche Uminterpretation von Transitional Justice im schlimmsten Fall repressiven Regimen als Argument dienen kann, verdeutlicht *Dustin N. Sharp*:

*„More darkly, an amorphous transitional-justice-as-peacebuilding narrative may prove useful to autocratic regimes that would seek to use the tools and rhetoric of transitional justice to consolidate abusive regimes in the name of ‚peace‘, just as victors have often done in the name of ‚justice‘.“*¹¹⁰⁷

Doch auch abseits dieses schlimmsten Falls kann Transitional Justice vereinnahmt und für die Interessen innerstaatlicher politischer Eliten am Machterhalt instrumentalisiert werden. Eine Literaturübersicht zeigt dabei, dass dies beim Einsatz von Transitional Justice und der Wahl der dazugehörigen Instrumente in postkommunistischen Staaten wie Polen, Serbien, Kroatien und Usbekistan ebenso erkennbar ist, wie für die Zusammenarbeit mit den beiden UN-Sondergerichtshöfen für Ruanda und das ehemalige Jugoslawien.¹¹⁰⁸ Dabei zeigt sich, dass das Recht und die

1105 *Ruti G. Teitel*, *Transitional justice*, Oxford [u.a.] 2000, S. 225 f.

1106 *Keith Krause*, *Emancipation and Critique in Peace and Conflict Research*, *Journal of Global Security Studies* 4 (2019), 292, 296. Diese Normalisierung einer ursprünglich emanzipatorischen Praxis erinnert an das dialektische Verhältnis von revolutionärem Kantianer mindset und evolutionär-adaptivem managerial mindset bei *Hauke Brunkhorst*, *Critical theory of legal revolutions : evolutionary perspectives*, New York 2014, S. 465 f.

1107 *Dustin N. Sharp*, *Rethinking Transitional Justice for the Twenty-First Century: Beyond the End of History*, Cambridge 2018, S. 96.

1108 *Cyanne E. Loyle*, *Christian Davenport*, *Transitional Injustice : Subverting Justice in Transition and Postconflict Societies*, *Journal of human rights* 15 (2016), 126, 130 m.w.N.; zur Instrumentalisierung in den stabilen Szenarien Marokko,

sichtbar zur Schau gestellte Bereitschaft seiner Befolgung als Mittel der Legitimation gegenüber anderen Akteuren der internationalen Gemeinschaft dienen kann und darüber auch im Verhältnis der innerstaatlich relevanten politischen Akteure eine Rolle spielt.¹¹⁰⁹ Hierbei gerät aber – ob bewusst oder unbewusst – das Legitimationsverhältnis zu den eigentlich Herrschaftsunterworfenen aus dem Blick. Damit rückt der Staat inklusive der ihn leitenden politischen Eliten wieder komplett in den Mittelpunkt der Betrachtung, während die ihn konstituierenden und von ihm regierten Individuen in ihrer Vielzahl und ihrer Vielfalt zu Statisten in der Inszenierung ihrer Emanzipation vom Staat durch den Staat werden.

Als Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit kann hierfür der Übergangsprozess in Tunesien dienen, der nicht nur die Regierung *Zine el-Abidine Ben Ali*s ablöste, sondern auch als zentraler Punkt am Beginn des Arabischen Frühlings gelten kann. An diesem Anfang steht die Selbstverbrennung des Straßenverkäufers *Mohamed Bouazizi* am 17. Dezember 2010, nachdem die tunesische Polizei seine Waage und sein Gemüse konfisziert hatte.¹¹¹⁰ Dieser Ausgangspunkt, der die Verquickung repressiver Staatlichkeit mit sozioökonomischem Elend verdeutlicht, führte schlussendlich zu landesweiten Protesten eines breiten Bündnisses von Akteuren.¹¹¹¹ Dabei hatte die revolutionäre Eigendynamik bei den Subalternen begonnen und war weder einem politischen Akteur zuzuschreiben, noch organisatorisch eingehegt, auch wenn die nationale Gewerkschaftsstruktur eine relevante Rolle spielte.¹¹¹²

Nabila Abbas beschreibt diesen Anfang der Revolution als Moment, in welchem sich die Demonstrant*innen selbst als Rechtssubjekte deklarieren und als solche Menschenrechte einfordern. Bei diesem Versuch einer gesellschaftlichen Neukonstituierung bezogen sie sich zudem nicht auf einen eurozentrischen Rechts- und Menschenrechtsdiskurs, sondern auf

Sri Lanka und Bahrain *Eric Wiebelhaus-Brahm*, Global Transitional Justice Norms and the Framing of Truth Commissions in the Absence of Transition, Negotiation and Conflict Management Research (2020), online first, 3 ff.

1109 Siehe hierzu C.I.1.

1110 *Ibrahim Fraihat*, Unfinished Revolutions: Yemen, Libya, and Tunisia after the Arab Spring, New Haven [u.a.] 2016, S. 58; *Asef Bayat*, Revolution without revolutionaries: making sense of the Arab Spring, Stanford 2017, S. 8.

1111 *Amor Boubakri*, Interpreting the tunisian revolution, in: Sadiki (Hrsg.), Routledge handbook of the Arab Spring, London [u.a.] 2015, S. 65, 72 f.

1112 *Sami Zemni*, The roots of the tunisian revolution, in: Sadiki (Hrsg.), Routledge handbook of the Arab Spring, London [u.a.] 2015, S. 77, 78 f., 82.

eine eigene Tradition.¹¹¹³ Dabei verdeutlichen die Slogans der Revolution „Arbeit ist ein Recht, Oh ihr Bande von Dieben“ („al-Tachgil istishaq ya isabat al-sorraq“), „Brot, Würde und soziale Gerechtigkeit“ („khubz, karama, wa adala ijtimaiyya“) und „Das Volk will die Ordnung stürzen“ („al-sha’ab yurid isqaat al-nidham“),¹¹¹⁴ die Verbindung der Legitimationsfrage mit sozioökonomischen Belangen.¹¹¹⁵

Doch nachdem *Ben Ali* das Land verlassen hatte, traten die unterschiedlichen politischen, aber vor allem sozio-ökonomischen Interessen innerhalb der Revolution wieder stärker zutage.¹¹¹⁶ Zwar gelang sowohl der postrevolutionäre friedliche Regierungswechsel durch Wahlen, wie auch die Verabschiedung einer neuen Verfassung,¹¹¹⁷ doch 2013 kam es erneut zu gewaltsamen Ausschreitungen infolge der nach wie vor angespannten sozialen und wirtschaftlichen Lage.¹¹¹⁸ Die in Teilen starren und standardisierten Mechanismen der Transitional Justice führten dazu, dass der sozialen Frage nicht die Stellung eingeräumt wurde, die ihr bedurft hätte.¹¹¹⁹ Tunesiens Nationaler Dialog war zwar ein lokal verorteter Prozess, fand allerdings allein zwischen den nationalen politischen Eliten statt, sodass die Frage nach der Verbindung zu jenen im Raum steht, von denen die tunesische Revolution ursprünglich ausging.¹¹²⁰ Dabei tragen die rechtlichen Normen von Transitional Justice dazu bei, marginalisierten Gruppen und

1113 *Nabila Abbas*, Arbeit, Freiheit und Würde!: Chrol, hurriya, karâma wataniya!; Menschenrechtsimaginationen der tunesischen Revolution, Zeitschrift für Menschenrechte 9 (2015), 42, 55.

1114 Zitiert nach *Sami Zemni*, The roots of the tunisian revolution, in: Sadiki (Hrsg.), Routledge handbook of the Arab Spring, London [u.a.] 2015, S. 77, 84 f. (Übers. aus dem Engl. durch den Verf.).

1115 Vgl. *Nabila Abbas*, Arbeit, Freiheit und Würde!: Chrol, hurriya, karâma wataniya!; Menschenrechtsimaginationen der tunesischen Revolution, Zeitschrift für Menschenrechte 9 (2015), 42, 55.

1116 *Sami Zemni*, The roots of the tunisian revolution, in: Sadiki (Hrsg.), Routledge handbook of the Arab Spring, London [u.a.] 2015, S. 77, 86.

1117 *Ibrahim Natil*, Civil State in the Post-Arab Spring Countries: Tunisia, Egypt and Libya, in: Çakmak (Hrsg.), The Arab Spring, Civil Society, and Innovative Activism, New York 2017, S. 217, 220 ff.

1118 *Ibrahim Fraihat*, Unfinished Revolutions: Yemen, Libya, and Tunisia after the Arab Spring, New Haven [u.a.] 2016, S. 63.

1119 *Habib Nassar*, Transitional justice in the wake of the Arab upris, in: Fisher u. a. (Hrsg.), Transitional justice and the Arab spring, London [u.a.] 2014, S. 54, 71.

1120 *Corinna Mullin*, Tunisia’s revolution and the domestic-international nexus, in: Sadiki (Hrsg.), Routledge handbook of the Arab Spring, London [u.a.] 2015, S. 89, 99 f.; *Ibrahim Fraihat*, Unfinished Revolutions: Yemen, Libya, and Tunisia after the Arab Spring, New Haven [u.a.] 2016, S. 86.

Bevölkerungsteilen den Zugang zu derartigen Foren zu erschweren, sodass ihre Stimmen kein Gehör finden können.¹¹²¹ Die soziale Frage wurde im Zuge des Aushandlungsprozesses zwischen den nationalen Eliten von der klassischen Perspektive von Transitional Justice auf körperliche Gewalt, Rechtsstaatsdefizite und deren rechtliche Aufarbeitung verdrängt.¹¹²² Diese Wendung trug auch dazu bei, dass die gesellschaftlichen Machtstrukturen vielfach erhalten bleiben konnten.¹¹²³ Das Versprechen sozialer Gerechtigkeit wurde nicht eingelöst und die Subalternen – gerade in den Städten – erneut auf sich gestellt: „*The specter of Bouazizi continued to haunt.*“¹¹²⁴

Dieses Beispiel verdeutlicht, wie ein emanzipatorischer Übergangsprozess durch einen im Ausgangspunkt ebenfalls emanzipatorischen, rechtlich geprägten Diskurs wie Transitional Justice vereinnahmt werden kann. Letztendlich zeigt sich die Situation derjenigen, die am Anfang des Übergangsprozesses standen, fast unverändert. Das emanzipatorische Potential des Rechts, das den Übergang und die neue politische Ordnung legitimieren soll, ist in wesentlichen Teilen an ihnen vorbeigezogen. Dagegen soll im nächsten Abschnitt anhand von Frauenquoten für die Legislative gezeigt werden, wie eine emanzipatorische Stoßrichtung des Rechts nach außen abgelenkt werden kann.

b) Legislative Frauenquote

Eine emanzipatorische Perspektive auf das Recht hebt auch dessen Beitrag zur Erreichung und Gewährleistung gleichberechtigter politischer Teilhabe hervor. Dies knüpft an *Spivaks* Hinweis auf das Fehlen weiblicher Stimmen im Kontext der Subaltern Studies ebenso an, wie an *Rémi Bachand*,

1121 *Christopher K. Lamont, Hannah Pannwitz, Transitional Justice as Elite Justice? Compromise Justice and Transition in Tunisia, Global Policy* 7 (2016), 278, 278.

1122 *Christopher K. Lamont, Hannah Pannwitz, Transitional Justice as Elite Justice? Compromise Justice and Transition in Tunisia, Global Policy* 7 (2016), 278, 280; allgemein zu Transitional Justice *Dustin N. Sharp, Interrogating the Peripheries: The Preoccupations of Fourth Generation Transitional Justice, Harvard Human Rights Journal* 26 (2013), 149, 149 f.

1123 *Asef Bayat, Revolution without revolutionaries: making sense of the Arab Spring, Stanford* 2017, S. 8.

1124 *Asef Bayat, Revolution without revolutionaries: making sense of the Arab Spring, Stanford* 2017, S. 203 f.

der das Patriarchat als eine der sozialen Beziehungen der Subordination identifiziert.¹¹²⁵ Dabei verdeutlicht das Beispiel von legislativen Frauenquoten, zum Teil Parité-Gesetze genannt, dass ein solcher emanzipatorischer Ansatz vereinnahmt und in seiner Stoßrichtung verändert werden kann.

Losgelöst von einer Bewertung des binären Geschlechterverständnisses, auf das zumeist zurückgegriffen wird,¹¹²⁶ stellt die politische Gleichberechtigung von Frauen eine in ihren Ursprüngen diverse und weit zurückreichende Forderung dar.¹¹²⁷ Nachdem auch das Völkerrecht im Lauf der Zeit an der Konstruktion und Aufrechterhaltung der Ungleichheit mitgewirkt hat,¹¹²⁸ gegen welche diese Forderung gerichtet war und ist, finden sich mittlerweile zumindest eine Vielzahl völkerrechtlicher Regeln, welche die politische Gleichberechtigung normieren. Beispielhaft hierfür stehen etwa Art. 7 der UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW):

„Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau im politischen und öffentlichen Leben ihres Landes und gewährleisten insbesondere allen Frauen in gleicher Weise wie den Männern

a) das Stimmrecht bei allen Wahlen und Volksabstimmungen sowie das passive Wahlrecht für alle öffentlich gewählten Gremien;

b) das Recht auf Mitwirkung an der Ausarbeitung der Regierungspolitik und deren Durchführung sowie auf Bekleidung öffentlicher Ämter und auf Wahrnehmung aller öffentlichen Aufgaben auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit;

c) das Recht auf Mitarbeit in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben ihres Landes befassen.“

1125 Gayatri Chakravorty Spivak, Subaltern Studies: Deconstructing Historiography, in: Guha (Hrsg.), Subaltern studies IV, Delhi 1985, S. 330, 356; Gayatri Chakravorty Spivak, Can the subaltern speak?, in: Nelson u. a. (Hrsg.), Marxism and the Interpretation of Culture, Urbana 1988, S. 271, 295; Rémi Bachand, Les subalternes et le droit international, Paris 2018, S. 19.

1126 Sarah Elsumi, Feministische Rechts-theorie, in: Buckel u. a. (Hrsg.), Neue Theorien des Rechts, Stuttgart 2020, S. 225, 233.

1127 Françoise Vergès, Toutes les féministes ne sont pas blanches, le portique 39–40 (2017), 155, 158 f.

1128 Hilary Charlesworth, Christine Chinkin, Shelley Wright, Feminist Approaches to International Law, AJIL 85 (1991), 613, 614 f.; losgelöst vom Völkerrecht siehe Sarah Elsumi, Feministische Rechts-theorie, in: Buckel u. a. (Hrsg.), Neue Theorien des Rechts, Stuttgart 2020, S. 225, 225 ff. m.w.N.

In Anbetracht der historisch bedingten und rechtlich mitkonstruierten faktischen Ungleichheit, genügt vielfach nicht allein die Beseitigung oder das Absehen von rechtlichen Zugangsschranken. Daher sind Quotenregelung im Zusammenhang mit der Wahl der Legislative ein mögliches Instrument, um das in Art. 7 CEDAW normierte Ziel zu verwirklichen.¹¹²⁹ Zugleich handelt es sich bei der Forderung nach solchen Quoten primär um politische Forderungen, die sich auf das jeweilige innerstaatliche Recht beziehen.¹¹³⁰ Dabei zeigt ein Blick in die weltweite Statistik, dass die Unterrepräsentation von Frauen in Parlamenten keineswegs klischeehaften Nord-Süd-Bildern von Entwicklung und Fortschrittlichkeit entspricht, sondern höchst unterschiedlich verteilt ist: Während Ruanda den höchsten Frauenanteil aufweist, hat Deutschland mit der Bundestagswahl 2017 einen deutlichen Tiefstand erreicht.¹¹³¹

Obwohl das Problem weiblicher Unterrepräsentation demnach global verteilt ist und keineswegs im unmittelbaren Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten steht, wurde die Unterrepräsentation von Frauen bzw. die Überrepräsentation von Männern¹¹³² im Zusammenhang mit der Bearbeitung bewaffneter Konflikte durch Resolution 1325 besonders hervorgehoben:

„Urges Member States to ensure increased representation of women at all decision-making levels in national, regional and international institutions

1129 Vgl. Anna Katharina Mangold, Repräsentation von Frauen und gesellschaftlich marginalisierten Personengruppen als demokratietheoretisches Problem, in: Eckertz-Höfer u. a. (Hrsg.), Gleichberechtigung und Demokratie, Baden-Baden 2019, S. 107, 116 ff.; 120.

1130 Pippa Norris, Drude Dahlerup, On the Fast Track: The Spread of Gender Quota Policies for Elected Office, HKS Working Paper Nr. 15–041, Harvard Kennedy School, Cambridge 2015, S. 7 f.

1131 Inter-Parliamentary Union, Percentage of women in national parliaments, <https://data.ipu.org/women-ranking?month=5&year=2020>, Stand 19.06.2020; Brun-Otto Bryde, Demokratieprinzip und Gewährleistung tatsächlicher Gleichberechtigung: Historische und vergleichende Betrachtungen, in: Eckertz-Höfer u. a. (Hrsg.), Gleichberechtigung und Demokratie, Baden-Baden 2019, S. 17, 23; Margarete Schuler-Harms, Marion Eckertz-Höfer, Einführung, in: Eckertz-Höfer u. a. (Hrsg.), Gleichberechtigung und Demokratie, Baden-Baden 2019, S. 9, 10.

1132 Emma Bjertén-Günther, Peace Processes: Business as Usual?, in: Scheuermann u. a. (Hrsg.), Gender Roles in Peace and Security: Prevent, Protect, Participate, Cham 2020, S. 35, 40.

*and mechanisms for the prevention, management, and resolution of conflict[.]*¹¹³³

Tatsächlich sind Frauen auch 20 Jahre nach Verabschiedung der Resolution in fast allen Bereichen der Konfliktbearbeitung unterrepräsentiert,¹¹³⁴ wie sie es auch in den meisten Legislativen der Welt sind.¹¹³⁵ Zugleich hat jedoch die Verquickung beider Aspekte dazu beigetragen, dass die Unterrepräsentation von Frauen verstärkt als Problem im Umfeld der Beilegung bewaffneter Konflikte verstanden werden konnte.

So beinhaltete die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zu den Entwicklungsperspektiven für die Friedensschaffung und Nationenbildung im Anschluss an die Konfliktbeilegung 2008 folgende Aussage:

*„betont, dass bei der Abhaltung von Wahlen in Ländern nach Konflikten die Beteiligung von Frauen durch spezifische Programme und die Einführung von Quoten auf allen Ebenen unterstützt werden sollte[.]*¹¹³⁶

Da die in Art. 223 AEUV vorgesehene Schaffung eines einheitlichen europäischen Wahlverfahrens über den Rahmen des Direktwahlakts hinaus bis dato nicht erfolgreich war,¹¹³⁷ ist das EU-Parlament hinsichtlich der eigenen Zusammensetzung und der Frage entsprechender Quoten von den Wahlgesetzen der jeweiligen Mitgliedsstaaten abhängig.¹¹³⁸ Doch ist es gleichwohl vielsagend, dass im EU-Parlament selbst 2008 nur ca. 31

1133 S/RES/1325, Nr. 1.

1134 Karin Aggestam, Ann E. Towns, Introduction: The Study of Gender, Diplomacy and Negotiation, in: Aggestam u. a. (Hrsg.), *Gendering Diplomacy and International Negotiation*, Cham 2018, S. 1, 14 ff.; Toni Haastrup, *Creating Cinderella? The Unintended Consequences of the Women Peace and Security Agenda for EU's Mediation Architecture*, *International Negotiation* 23 (2018), 218, 230 ff.

1135 Inter-Parliamentary Union, *Percentage of women in national parliaments*, <https://data.ipu.org/women-ranking?month=5&year=2020>, Stand 19.06.2020.

1136 Entschl. des EP v. 18. Dezember 2008 zu den Entwicklungsperspektiven für die Friedensschaffung und Nationenbildung im Anschluss an die Konfliktbeilegung, ABl. 2010 CE 45/74, (Nr. 41); ähnlich auch Entschl. des EP v. 7. Mai 2009 zu Gender-Mainstreaming in den Außenbeziehungen der EU sowie bei der Friedensschaffung/Nationenbildung, ABl. 2010 CE 212/32 (Nr. 29).

1137 Christofer Lenz, Torsten Gerhard, *Europawahlgesetz*, 2. Online-Aufl., Baden-Baden 2019, n. 5 ff., 24 f. (Einführung); Sven Hölscheidt, Art. 223 AEUV, in: Grabitz u. a. (Hrsg.), *Das Recht der Europäischen Union*, München 2020, Rn. 108 ff.

1138 *European Institute for Gender Equality (EIGE)*, *Gender equality in national parliaments across the EU and the European Parliament*, Luxemburg 2019, S. 7.

Prozent der Abgeordneten Frauen waren.¹¹³⁹ Quotenregelungen gab es lediglich im Wahlrecht von fünf der damals 27 Mitgliedsstaaten.¹¹⁴⁰ In Bezug auf sich selbst blieb das Europäische Parlament lange lediglich bei einer, wenn auch starken, gleichberechtigungsfördernden Rhetorik.¹¹⁴¹ Erst 2015 unterbreitet das EU-Parlament den Vorschlag einer Regelung zu verbindlichen paritätischen Listen im Direktwahlakt,¹¹⁴² die in der 2018 endgültig verabschiedeten Fassung jedoch nicht mehr enthalten ist.¹¹⁴³

Ähnliche Disparitäten im Hinblick auf die an sich selbst und an andere gestellten Anforderungen finden sich auch auf Ebene der Vereinten Nationen. Während sich etwa der United Nations Development Fund for Women im Nachgang der Kriege in Afghanistan und dem Irak Anfang der 2000er für eine legislative Stärkung von Frauenrechten und gleichberechtigte Partizipation einsetzte¹¹⁴⁴ und der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen *Kofi Annan* sich für Quoten in Afghanistan aussprach,¹¹⁴⁵ sind Frauen innerhalb der Vereinten Nationen nach wie vor unterreprä-

1139 Europäisches Parlament, MEPs' gender balance by year – constitutive session, <https://europarl.europa.eu/election-results-2019/en/mep-gender-balance/0015.png>, Stand 24.06.2020.

1140 *Drude Dahlerup, Lenita Freidenvall*, Electoral Gender Quota Systems and Their Implementation in Europe (PE 408.309), Europäisches Parlament, Brüssel 2008, n. 15.

1141 *Johanna Kantola*, Women's Political Representation in the European Union, *The Journal of Legislative Studies* 15 (2009), 379, 385; *Heather MacRae*, Double-Speak: The European Union and Gender Parity, *West European Politics* 35 (2012), 301, 313 ff.; siehe beispielhaft Entschl. d. EP zu dem Bericht der Kommission über die Umsetzung der Empfehlung 96/694/EG des Rates vom 2. Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess, ABl. 2001 C 262/248, (Nr. 13); Entschl. des EP v. 13. März 2012 zu Frauen in politischen Entscheidungsprozessen – Qualität und Gleichstellung, ABl. 2013 C 251/11, (O., 2., 5.).

1142 Entschl. d. EP v. 11. November 2015 zu der Reform des Wahlrechts der Europäischen Union, ABl. 2017 C 366/7 (Art. 3d).

1143 Vgl. Beschl. d. Rates vom 13. Juli 2018, zur Änderung des dem Beschluss 76/787/EGKS, EWG, Euratom des Rates vom 20. September 1976 beigefügten Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments, ABl. 2018 L 178/1.

1144 *Hilary Charlesworth*, Talking to Ourselves? Feminist Scholarship in International Law, in: Kuovo u. a. (Hrsg.), *Feminist Perspectives on Contemporary International Law: Between Resistance and Compliance?*, Oxford 2011, S. 17, 25 m.w.N.

1145 Wiedergegeben bei *Julie Ballington/ Drude Dahlerup*, Gender quotas in post-conflict states: East Timor, Afghanistan and Iraq, in: Dahlerup (Hrsg.), *Women, quotas and politics*, London [u.a.] 2006, S. 249, 254.

sentiert.¹¹⁴⁶ Dabei mag Afghanistan auch darüber hinaus als Bezugspunkt eines widersprüchlichen Spannungsverhältnisses in Bezug auf legislative Geschlechterquoten dienen. Die 2004 in Kraft getretene Verfassung Afghanistans reservierte gem. Art. 83 Abs. 6 S. 2 und Art. 84 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 in beiden Kammern der Legislative Sitze für Frauen, was Quoten von 25 und 16 Prozent entspricht.¹¹⁴⁷ Nachdem sich der erste Entwurf der Verfassung zu Frauen und ihren Rechten weitestgehend ausgeschwiegen hatte, erarbeitete die aus afghanischen und internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zusammengesetzte Gender and Law Working Group Änderungsvorschläge, die sich zum Teil – auch hinsichtlich der schlussendlichen Quote – in der finalen Verfassung niederschlugen.¹¹⁴⁸ Während der Verfassungsgebungsprozess als primär innerafghanisch betrieben geschildert wird,¹¹⁴⁹ steht im Zusammenhang mit der Einführung von Quoten das Engagement afghanischer Frauengruppen stärker neben dem Einfluss internationaler Akteure.¹¹⁵⁰ So wird der UN-Sondergesandte *Lakhdar Brahimi* als aktiver Mediator innerhalb der verfassungsgebenden Versammlung („loya jirga“) beschrieben, der in dieser Rolle zugunsten der Absicherung der Rechte von Frauen wirken konnte, ohne dabei die Integrität des innerafghanischen Prozesses zu beeinträchtigen.¹¹⁵¹

Diesen Aspekt gilt es weniger als ein Infragestellen der Handlungsfähigkeit afghanischer Frauengruppen zu verstehen, denn als Anzeichen

1146 *Sigrid Boysen*, Repräsentation und Repräsentativität. Geschlechterfragen im internationalen Demokratiediskurs, in: Eckertz-Höfer u. a. (Hrsg.), Gleichberechtigung und Demokratie, Baden-Baden, 2019, S. 85, 86 f. m.w.N.

1147 *Hajo Vergau*, Manifest der Hoffnung. Über die neue Verfassung Afghanistans, *Verfassung in Recht und Übersee* 37 (2004), 465, 476; *Mina Aryobsei*, Die Stellung der Frau in der afghanischen Verfassungsordnung im Spannungsverhältnis zwischen islamischem Recht und Völkerrecht – unter besonderer Berücksichtigung des Scheidungsrechts, Göttingen 2014, S. 205.

1148 *Deniz Kandiyoti*, The Politics of Gender and Reconstruction in Afghanistan, Occasional Paper Nr. 4, United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD), Genf 2005, S. 20.

1149 *Ebrahim Afshar*, *Alexandra Hilal Guhr*, Afghanistan: Building a State to Keep the Peace, *Max Planck Yearbook of United Nations Law* 9 (2005), 373, 424 f.

1150 *Mona Lena Krook*, *Diana Z. O'Brien*, *Krista M. Swip*, Military invasion and women's political representation, *International Feminist Journal of Politics* 12 (2010), 66, 68 ff.

1151 *Michele Brandt*, Constitutional Assistance in Post-Conflict Countries. The UN-Experience: Cambodia, East Timor & Afghanistan, Report United Nations Development Programme 2005, S. 33; zur diesbzgl. Entstehungsgeschichte *Gerlinde Gerber*, Die neue Verfassung Afghanistans: Verfassungstradition und politischer Prozess, Berlin 2007, S. 125 f.

des Versuchs der Fürsprache durch internationale Akteure.¹¹⁵² Eben dort ist auch das zuvor in Aussicht gestellte, widersprüchliche Spannungsverhältnis zu suchen. So werden die eingeführten Quoten der afghanischen Verfassung nicht nur in den hier bisher zitierten wissenschaftlichen Arbeiten affirmativ in Bezug genommen,¹¹⁵³ sondern auch in einer Vielzahl unterschiedlicher Äußerungen der Bundesregierung,¹¹⁵⁴ während Kritik

1152 Vgl. *Renate Kreile*, Dame, Bube, König ... – Das neue große Spiel um Afghanistan und der Gender-Faktor, *Leviathan* 30 (2002), 34, 60 f.; *Julie Ballington, Drude Dahlerup*, Gender quotas in post-conflict states : East Timor, Afghanistan and Iraq, in: Dahlerup (Hrsg.), *Women, quotas and politics*, London [u.a.] 2006, S. 249, 254.

1153 Weitere positive Bezugnahmen bei *Rainer Grote*, Separation of powers in the New Afghan Constitution, *ZaöRV* 64 (2004), 897, 908; *Markus Gauster*, Konflikttransformation und Staatsbildung in Afghanistan, in: Feichtinger u. a. (Hrsg.), *Internationales Konfliktmanagement im Fokus: Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich*, Baden-Baden 2006, S. 187, 222 f.; *Gerlinde Gerber*, Die neue Verfassung Afghanistans : Verfassungstradition und politischer Prozess, Berlin 2007, S. 125 f.; *Thomas Ruttig*, Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie. Strukturelle Schwächen des Staatsaufbaus und Ansätze für eine politische Stabilisierung, SWP Studie Nr. S 17, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin 2008, S. 15; *Tasia Walter*, Die Entstehung der Verfassung der Islamischen Republik Afghanistans vom 4. Januar 2004, *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart* 58 (2010), 713, 746 f.; *Martina Meinenberg*, Nation-Building in Afghanistan : Legitimitätsdefizite innerhalb des politischen Wiederaufbaus, Wiesbaden 2012, S. 268; noch zu den Quotenregelungen des Erstentwurfs vom November 2003 *Werner M. Prohl*, Zum Verfassungsentwurf für die Islamische Republik Afghanistan, *Politischer Kurzbericht Konrad-Adenauer-Stiftung*, Sankt Augustin 2003, S. 4, 8; *Abbas Poya*, Perspektiven zivilgesellschaftlicher Strukturen in Afghanistan : ethische Neutralität, ethnische Parität und Frauenrechte in der Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan, *Orient – Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients* 44 (2003), 367, 382 f.

1154 Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung vom 12. September 2006, https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_d_e/weltweit/afghanistankonzept_bundesregierung2006.pdf, Stand 22.10.2020, S. 6. Die Frauenquote als Zeichen gesellschaftlichen Wandles deutend Siebter Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen, BT-Drs. 15/5800, S. 187; Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan 2010, BT-Drs. 17/4250, S. 44 („Es [das erste Parlament] stellte aber – nicht zuletzt wegen der Frauenquote von rund 25 % – einen Neuanfang und ein Element der Integration verschiedenster Gruppierungen in einem von Konflikten zerrissenen Land dar.“); mittelbar in Bezug nehmend Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Kerstin Müller

allenfalls in Form von Zweifeln an der tatsächlichen Umsetzung der Quotenregelung formuliert wird.¹¹⁵⁵ Zugleich fehlen in Deutschland trotz manifester Unterrepräsentation von Frauen in Parlamenten Quoten auf Bundes- und den meisten Länderebenen. Dort wo Quoten eingeführt wurden, begegnen sie politischem und rechtlichem Widerstand.¹¹⁵⁶ Dabei wird dieser selten als rechtspolitische Auffassung formuliert. Vielmehr beschreiben Stimmen aus der Staatsrechtslehre – unter ihnen ein ehemaliger Richter und Mitarbeiter des Bundesverfassungsgerichts – Quotenregelungen als nicht bloß verfassungs-, sondern sogar als demokratiewidrig. Demnach sei eine Quotenregelung auch im Wege der Verfassungsänderung in Deutschland nicht zu etablieren, weil sie im Widerspruch zum Wesensgehalt der Verfassung, zur Demokratie stehe.¹¹⁵⁷

(Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/8076 – Weltweite Stärkung von Frauen und Mädchen – Überwindung von Ungleichheit und Armut, BT-Drs. 17/8256, S. 42; den hohen Anteil weiblicher Abgeordneter als Fortschritt hervorhebend Zehnter Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik, BT-Drs. 17/11250, S. 84; Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan 2014 einschließlich einer Zwischenbilanz des Afghanistan-Engagements, BT-Drs. 18/3270, S. 8, 31; Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven des deutschen Afghanistan-Engagements, BT-Drs. 19/1120, S. 11.

1155 Babak Khalatbari, Wahlen in Afghanistan Entscheidung zwischen Diktatur und Demokratie?, Politischer Bericht / Kurzbericht Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbüro Afghanistan, Kabul 2005, S. 2.

1156 Maria Wersig, Marion Eckertz-Höfer, Editorial: Gerechte Staatlichkeit, gerechte Teilhabe in den Parlamenten!, djbZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 22 (2019), II, II; zu den einzelnen Gesetzesvorhaben siehe Kerstin Geppert, Parité-Gesetzentwürfe in den Bundesländern, djbZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 22 (2019), 119–121.

1157 Udo Di Fabio, „Ich käme nie auf die Idee eine Frau mit ‚Kollege‘ anzureden“: Gespräch mit Udo di Fabio, Der Spiegel vom 29.12.2018, Nr. 1, S. 31; Jörg Burmeister, Holger Greve, Parité-Gesetz und Demokratieprinzip: Verfassungsauftrag oder Identitätsverstoß?, Zeitschrift für Gesetzgebung 34 (2019), 154, 173; Monika Polzin, Parité-Gesetz in Brandenburg – Kein Sieg für die Demokratie, Verfassungsblog 8. Februar 2019; Martin Morlok, Alexander Hobusch, Sinnvoll heißt nicht verfassungsgemäß – zu Meyers Kritik an der Paritätskritik, NVwZ 38 (2019), 1734, 1736; Silvia Pernice-Warnke, Parlamente als Spiegel der Bevölkerung?, DVBl 135 (2020), 81, 89; von der Erforderlichkeit und Möglichkeit, nicht aber der rechtspolitischen Gebotenheit ausgehend Antje von Ungern-Sternberg, Parité-Gesetzgebung auf dem Prüfstand des Verfassungsrechts, JZ 74 (2019), 525, 533 f.; während die thüringische AFD-Fraktion einen Verstoß gegen das Demokratieprinzip ganz allgemein gerügt hatte, ging der VerFGH darauf nicht ein, äußerte sich auch darüber hinaus nicht zur verfassungsrechtlichen Möglichkeit einer verfassungsändernden Normierung, hob

Auch wenn diese Ansicht keineswegs unwidersprochen bleibt,¹¹⁵⁸ muss doch mit Irritation zur Kenntnis genommen werden, wie unterschiedlich sowohl die politischen, als auch die rechtswissenschaftlichen Reaktionen innerhalb des deutschen Diskurses ausfallen, je nachdem, ob Gegenstand Quoten in Afghanistan oder in Deutschland sind. Stünden Quotenregelungen tatsächlich im Widerspruch zur Demokratie an sich, wäre schließlich auch hinsichtlich afghanischer Quoten Kritik geboten. Diese Divergenz ließe sich gewiss auch mit dem (post-)kolonialen Retterimpuls gegenüber Frauen des Globalen Südens erklären, der die Ausblendung der Stellung von Frauen im eigenen sozio-politischen Umfeld zulässt.¹¹⁵⁹ Sie zeigt jedoch auch exemplarisch, wie der ursprünglich emanzipatorische Ansatz rechtlich fundierter Forderungen nach gleichberechtigter politischer Partizipation vereinnahmt werden kann und in ihrer Stoßrichtung abgelenkt

das thüringische Parité-Gesetz jedoch wegen Verstoßes gegen einzelne Wahlrechtsgrundsätze auf ThürVerfGH, Urt. v. 15.7.2020 – VerfGH 2/20, NVwZ 39 (2020), 1266, 1266; explizit einen Widerspruch zum Demokratieprinzip feststellend VerfGBbg, Urteil v. 23.10.2020 – VfGBbg 55/19, NVwZ 40 (2021), 59, 62 f. Rn. 179 ff.; auf die Argumentation der Landesverfassungsgerichte verweisend BVerfG, Beschluss v. 15.12.2020 – 2 BvC 46/19, Rn. 103 ff.

- 1158 Brun-Otto Bryde, Demokratieprinzip und Gewährleistung tatsächlicher Gleichberechtigung: Historische und vergleichende Betrachtungen, in: Eckertz-Höfer u. a. (Hrsg.), Gleichberechtigung und Demokratie, Baden-Baden 2019, S. 17, 29 („Da in Deutschland solche Diskussionen viel zu schnell dazu führen, dass die Position des Gegners als Verletzung des grundgesetzlichen Demokratieprinzips und damit verfassungswidrig bezeichnet wird, sei festgehalten, dass es in der internationalen Diskussion eher verfassungspolitisch um mehr oder weniger gute Verwirklichung von Demokratie geht.“); Hans Meyer, Verbißt das Grundgesetz eine paritätische Frauenquote bei Listenwahlen zu Parlamenten?, NVwZ 38 (2019), 1245–1250; Winfriede Schreiber, Wer wagt, gewinnt!oder nicht?, djbZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 22 (2019), 121, 122 f.; Cara Röhner, Gerechte Staatlichkeit, djbZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 22 (2019), 125, 126 f.; Sina Fontana, Parität und Wahlrechtsgleichheit, djbZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 22 (2019), 128, 129 f.; Berit Völkemann, Je freier desto besser? – Parteienfreiheit und Parität, djbZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 22 (2019), 130, 130.

- 1159 Deniz Kandiyoti, The Politics of Gender and Reconstruction in Afghanistan, Occasional Paper Nr. 4, United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD), Genf 2005, S. 1 m.w.N.; Françoise Vergès, Toutes les féministes ne sont pas blanches, le portique 39–40 (2017), 155, 157 f., 162; so Nikita Dhawan José Brunner, Nikita Dhawan, Das Unbehagen an den Menschenrechten: Ein Gespräch über postkoloniale kritik und universale Rechte, in: Gosewinkel u. a. (Hrsg.), Menschenrechte und ihre Kritiker: Ideologien, Argumente, Wirkungen, Göttingen 2019, S. 171, 176 m.w.N.

wird. Erst der Umstand, dass Quoten als spezifisches Instrument für Postkonfliktgesellschaften dargestellt werden und nicht als allgemeines Instrument der politischen Gleichstellung, ermöglicht, den hier beschriebenen Widerspruch nicht als solchen wahrzunehmen. Quotenregelungen sollen in Postkonfliktgesellschaften demnach nicht nur allein dem Selbstzweck der Gleichberechtigung dienen, sondern auch der Verwirklichung eines nachhaltigeren Friedens.¹¹⁶⁰ Gleichberechtigung allein genügt nicht, sondern Quoten müssen um den Preis essentialistischer Narrative der per se friedlichen Frau gerechtfertigt werden.¹¹⁶¹ Es bedarf folglich nicht allein der Unterrepräsentation von Frauen, sondern auch des Risikos eines neuen bewaffneten Konflikts, um Quoten zu rechtfertigen.¹¹⁶² Diese Logik, die in Teilen das Ergebnis eines strategischen Essentialismus sein mag,¹¹⁶³ der emanzipatorische Ziele verfolgt, erlaubt es, Quotenregelungen als Normen des Quasiasusnahmestands zu begreifen. Dabei werden Quotenregelungen scheinbar Teil der Dichotomie von Peace vs. Justice. Nur weil sie friedensstabilisierend wirken, können demnach geringere Anforderungen an demokratische Standards gestellt werden. Im Umkehrschluss bedeutet diese Hypothese für den innerdeutschen Diskurs, in dem friedensstabilisierende Faktoren keinen Eingang in etwaige Abwägungsprozesse finden

1160 Unter explizitem Hinweis auf SR-Res. 1325 und unter Betonung der Frauenförderung als deutschem Schwerpunkt 6. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den Auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen, BT-Drs. 14/9323, S. 133 f. (zudem zitierend: „Die Staatengemeinschaft ist zu einer großen Anstrengung bereit. Sie verbindet damit klare Erwartungen: [...] die Achtung und den Schutz der Menschenrechte. Dazu gehört an vorderster Stelle; den Frauen ihre Rechte und ihre Würde zurückzugeben. Ihre aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben ist für die friedliche Zukunft des Landes unverzichtbar.“ Außenminister Fischer am 27. November 2001 bei der Eröffnung der Petersberg-Konferenz).

1161 Dianne Otto, A Sign of „Weakness“? Disrupting Gender Certainties in the Implementation of Security Council Resolution 1325, *Michigan Journal of Gender & Law* 13 (2006), 113, 135; Nadine Puechguirbal, Discourses on Gender, Patriarchy and Resolution 1325: A Textual Analysis of UN Documents, *International Peacekeeping* 17 (2010), 172, 180 f.

1162 Zum Verhältnis von Konflikten mit einem hohen Maß an sexualisierter Gewalt und der Annahme von Quotenregelungen Mattias Agerberg, Anne-Kathrin Kreft, Gendered Conflict, Gendered Outcomes: The Politicization of Sexual Violence and Quota Adoption, *Journal of Conflict Resolution* 64 (2020), 290, 311 f.

1163 Vgl. Anna Katharina Mangold, Repräsentation von Frauen und gesellschaftlich marginalisierten Personengruppen als demokratietheoretisches Problem, in: Eckertz-Höfer u. a. (Hrsg.), Gleichberechtigung und Demokratie, Baden-Baden 2019, S. 107, 123 m.w.N.

müssen, dass hier verfassungs- und demokratiewidrig sein kann, was anderswo geboten ist.

Damit trägt die spezifische Verknüpfung von Quotenregelungen und Konfliktbewältigung dazu bei, dass gegenüber der allgemeinen Forderung nach Quoten zur Erreichung von Gleichberechtigung egal wo, ein narrativer Ausweg gegeben ist. Diese Form der Vereinnahmung geht noch über das hinaus, was *Hilary Charlesworth* im Hinblick auf internationale Organisationen beschreibt:

*„Some international institutions have to some extent absorbed the vocabulary of women and gender, but they have reduced feminist ideas to ritualised incantations. Despite all the talk of women, gender and gender mainstreaming, women's lives remain on the periphery of international institutions.“*¹¹⁶⁴

3. Legitimität durch emanzipatorische und vielfältige Zugriffe auf Recht

Was also kann das Recht schlussendlich für die Legitimation der Friedensmediation leisten und wie kann mit den Grenzen seines legitimatorischen Potentials umgegangen werden, ohne dabei zugleich erneut einer Vereinnahmung anheim zu fallen? Als Ausgangspunkt einer Antwort auf diese Frage mag dienen, was *Sundhya Pahuja* als „critical faith“ bezeichnet.¹¹⁶⁵ Demnach eignet sich das Völkerrecht, aber letztlich auch das Recht ganz allgemein, weder als Gegenstand eines Heilsversprechens, noch als Gegenstand der Verdammung. Vielmehr trägt es im gleichen Zeitpunkt sowohl hegemoniale, als auch gegenhegemoniale Charakteristika in sich.¹¹⁶⁶ Damit das Recht eine genuine legitimatorische Wirkung im Rahmen der Friedensmediation entfalten kann, muss einerseits sein hegemonialer Cha-

1164 *Hilary Charlesworth*, Talking to Ourselves? Feminist Scholarship in International Law, in: Kuovo u. a. (Hrsg.), *Feminist Perspectives on Contemporary International Law: Between Resistance and Compliance?*, Oxford 2011, S. 17, 23.

1165 *Sundhya Pahuja*, *Decolonising international law: Development, economic growth and the politics of universality*, Cambridge 2011, S. 1.

1166 *Emmanuelle Jouannet*, *Universalisme du droit international et impérialisme: le vrai faux paradoxe du droit international?*: introduction, in: Jouannet u. a. (Hrsg.), *Impérialisme et droit international en Europe et aux États-Unis*, Paris 2007, S. 15, 39; enger und spezifischer von „imperial and counter-imperial“ sprechend *Sundhya Pahuja*, *Decolonising international law: Development, economic growth and the politics of universality*, Cambridge 2011, S. 1.

rakter offengelegt und bewusst gemacht (a) und andererseits der gegenhegemoniale Charakter angesteuert und ernst genommen (b) werden.¹¹⁶⁷

a) Grenzen offenlegen

Die Rolle des Rechts in der Friedensmediation kann nicht darin bestehen, dass es als Waschmaschine – um *Sornarajah* zu zitieren – funktioniert, in der bestehende Regeln und soziale und politische Beziehungen weißgewaschen werden, wobei sie ihre Legitimität allein aus dem Anschein von Gerechtigkeit ziehen, ohne tatsächlich emanzipatorisch auf das Leben der Menschen einzuwirken.¹¹⁶⁸ Vielmehr muss deutlich sein, dass das Recht eine Sprache ist, die einerseits ermöglicht, bestimmte Aussagen zu treffen und bestimmte Forderungen aufzustellen, die jedoch zugleich die Art und Weise beschränkt, wie diese Aussagen und diese Forderungen formuliert werden können und die zudem über eine Art Begriffsarmut die Reichweite des Beschreib- und Forderbaren begrenzt.¹¹⁶⁹ Diese Grenze sieht *Bachand* dort, wo der emanzipatorische Gewinn subalternen Gruppen mit ernsthaften Verlusten auf der Seite dominanter Gruppen verbunden ist.¹¹⁷⁰ Eine legitimatorische Wirkung kann das Recht in der Friedensmediation nur dann entfalten, wenn diese Begrenztheit offengelegt ist bzw. allen beteiligten Akteuren bewusst ist. Dieser Umstand schließt an die Aussage an, dass *„peace and conflict research also thus has a responsibility to highlight the exercises of power, forms of knowledge, and normative orientations that inform contemporary practices.“*¹¹⁷¹

Zudem müssen sich jene Akteure, die sich im Rahmen der Friedensmediation für die Einhaltung und Berücksichtigung des Völkerrechts einsetzen und in den konkreten Mediationsprozessen ihre Expertise zur

1167 *Mikhail Xifaras*, Commentaire, in: Jouannet u. a. (Hrsg.), *Impérialisme et droit international en Europe et aux États-Unis*, Paris 2007, S. 183, 208 f.

1168 *M. Sornarajah*, *On fighting for global justice: the role of a Third World international lawyer*, TWQ 37 (2016), 1972, 1987.

1169 *Rémi Bachand*, *Les subalternes et le droit international : une critique politique*, Paris 2018, S. 185. 200 f.

1170 *Rémi Bachand*, *Les subalternes et le droit international : une critique politique*, Paris 2018, S. 247. In der vorliegenden Untersuchung werden dominante Gruppen – wie auch der Begriff der Eliten – als relative soziale Stellung verstanden und verwendet und nicht als ggf. antisemitische Chiffre.

1171 *Keith Krause*, *Emancipation and Critique in Peace and Conflict Research*, *Journal of Global Security Studies* 4 (2019), 292, 296.

Verfügung stellen, bewusst machen, aus welcher Position heraus sie dies tun und welche Privilegien damit vielfach verbunden sind. Insofern lässt sich übertragen, was *Souleymane Bachir Diagne* – bereits im Hinblick auf Menschenrechte – über Ärzt*innen schreibt:

„[...] un médecin africain aura plus de mal que son homologue européen à mettre sa générosité et son sens éthique au service des causes qui appellent l'action urgente, car le ‚sans-frontiérisme‘ n'est pas pour ceux dont les passeports ont du mal à se voir apposer les visas nécessaires, du mal à passer les frontières. Il faut avoir des passeports européens ou américains pour affirmer se jouer des frontières quand l'urgence commande et que seuls importent l'humain et les droits qui lui sont attachés. Il faut jouir déjà du droit humain de se déplacer facilement – par toute la terre.“¹¹⁷²

Dieses Zitat verdeutlicht, wie voraussetzungsreich die Möglichkeit ist, sich emanzipatorisch und mit den Mitteln des Rechts in der Friedensmediation einzubringen. Daneben ist zusätzlich wichtig, dass diese Möglichkeit in dem Bewusstsein wahrgenommen wird, dass die emanzipatorischen Perspektiven, die zuvor aufgezeigt wurden, nicht als zeitgeistiges Handwerkszeug angeeignet und konsumiert werden sollten, sondern für eine Vielzahl von Menschen Teil ihrer Lebensrealität widerspiegeln.

b) Emanzipatorische Potentiale ansteuern

Der emanzipatorische Charakter des Rechts, aus dem sein legitimatorisches Potential für die Friedensmediation herrührt, ist eng mit dem verbunden, was *Dianne Otto* mit der Formulierung von „*international law as complexity*“ beschreibt.¹¹⁷³ So ist Völkerrecht zum einen nicht als rein neutrales Regelwerk zu verstehen und andererseits lässt sich in und mit ihm Raum für eine Vielzahl von Perspektiven, Erfahrungswerten und Lebensrealitäten schaffen. Für die Friedensmediation bedeutet dies, dass das Völkerrecht und auch die gegebenenfalls in den Prozess einfließende völkerrechtliche Expertise nicht auf einem zuvor beschriebenen Universalismus fußen sollten, der sich allzu leicht dem Vorwurf des Normimports ausgesetzt sehen kann.

1172 *Souleymane Bachir Diagne*, Sur les chartes des mandes, in: Diagne u. a. (Hrsg.), En quête d'Afrique(s): Universalisme et pensée décoloniale, Paris 2018, S. 261, 266.

1173 *Dianne Otto*, Celebrating Complexity, ASIL-Proceedings 106 (2012), 168, 169.

Stattdessen sollten breite Grundlagen und Anknüpfungspunkte für völkerrechtliche Normen in Bezug genommen werden. Die keineswegs abschließenden Beispiele hierfür umspannen den Globus. So bietet etwa die haitianische Revolution sowohl einen Anknüpfungspunkt für die anti-rassistische Grundlage der Menschenrechte in der Befreiung aus der Sklaverei und ihrer Abschaffung, als auch für das Recht auf Selbstbestimmung und die Gleichheit der Staaten.¹¹⁷⁴ Die Rechtsprechung des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte trägt zu einer gegenhegemonialen Erweiterung von jus cogens-Normbeständen bei,¹¹⁷⁵ während der Gerichtshof zugleich einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung der Beilegung des Konflikts in Kolumbien hatte¹¹⁷⁶ sowie ganz generell auf die Aufarbeitung vergangenen Unrechts.¹¹⁷⁷ Anhand der Aufarbeitung des kolumbianischen Konflikts kann auch gezeigt werden, wie etwa indigene Wissensbestände und Lebenswelten im Rahmen rechtlicher Normsysteme Berücksichtigung finden können. So wurde indigenen und afrokolumbianischen Gebieten als solchen ein eigenständiger Status als Opfer des Konflikts zuerkannt.¹¹⁷⁸ Damit geht ein Erkenntniszuwachs

-
- 1174 *Balakrishnan Rajagopal*, *International Law and Its Discontents*, ASIL-Proceedings 106 (2012), 176, 177; *Jeanette Ehrmann*, *Konstitution der Rassismuskritik: Haiti und die Revolution der Menschenrechte*, Zeitschrift für Menschenrechte (2015), 26, 32 ff.; *Adom Getachew*, *Universalism After the Post-colonial Turn: Interpreting the Haitian Revolution*, *Political Theory* 44 (2016), 821, 835 ff.; *Ricarda Hammer*, *Alexandre I. R. White*, *Toward a Sociology of Colonial Subjectivity: Political Agency in Haiti and Liberia*, *Sociology of Race and Ethnicity* 5 (2018), 215, 222, 225 f.; *Julia Gaffield*, *The Racialization of International Law after the H*, *The American Historical Review* 125 (2020), 841, 345, 368. Andererseits dient die von Haiti an Frankreich im Zuge der Anerkennung gezahlte Entschädigung für die Eigentumsverluste im Rahmen der Revolution als frühes – auch für die Friedensmediation relevantes – Beispiel dafür, wie ökonomische Disparität auch politische Diskontinuität überdauern kann, siehe *Liliana Obregón*, *Empire, Racial Capitalism and International Law: The Case of Manumitted Haiti and the Recognition Debt*, *LJIL* 31 (2018), 597, 614.
- 1175 *Tatiana De A. F. R. Cardoso Squeff*, *Marina De Almeida Rosa*, *Jus cogens: An european concept? An emancipatory conceptual review from the inter-American system of human rights*, *Brazilian Journal of International Law* 15 (2018), 124, 130 ff.
- 1176 Vgl. *Priscilla B. Hayner*, *The peacemaker's paradox*, New York 2018, S. 196, 204.
- 1177 *Bruno Boti Bernardi*, *Transitional Justice and the Inter-American Human*, in: Engstrom (Hrsg.), *The Inter-American Human Rights System: Impact Beyond Compliance*, Cham 2019, S. 221, 221 ff.
- 1178 *Santiago Sousa*, *El territorio como víctima*, *revista colombiana de antropología* 53 (2017), 85, 106 f.; *Belkis Izquierdo*, *Lieselotte Viaene*, *Decolonizing transition-*

hinsichtlich der Funktion und Rolle des Völkerrechts im Rahmen von Konflikten und Übergangsprozessen einher, ohne dass dieser zwingend mit einem vereinfachenden und romantisierten Bild indigener Existenz verbunden ist.¹¹⁷⁹ Losgelöst vom Kontext Kolumbiens bieten auch die Reaktionen indigener Gruppen und Völker auf koloniale Landnahme mittels rechtlicher Argumentation und der Frage nach der Legitimation kolonialer Macht und Gewalt einen Anknüpfungspunkt für ein plural operierendes Recht in der Friedensmediation.¹¹⁸⁰ Neben dem Konzept von Ubuntu,¹¹⁸¹ das im Umfeld von Transitional Justice und Friedensmediation bereits zum Teil Eingang gefunden hat,¹¹⁸² können auch die Charta von Mandén und die Predigt der Jäger in den Blick genommen werden.¹¹⁸³ B.S. Chimni hebt hervor, wie die das Konzept von dharma als Beispiel dafür dienen kann, wie sich das Völkerrecht aus seiner eurozentrischen Universalismuserzählung lösen lässt und verweist damit auf eine indische

-
- al justice from indigenous territories, *Peace in Progress* Nr. 34, International Catalan Institute for Peace (ICIP) 2018; *Alexandra Huneus*, Territory as a Victim of Colombia's War, *EJIL: Talk!* 7. Mai 2020; *Lieselotte Viaene*, Justicia transicional, el diálogo y la reflexividad crítica: tejiendo pensamientos, *EUNOMÍA. Revista en Cultura de la Legalidad* (2020), 416, 421 f.
- 1179 *Belkis Izquierdo, Lieselotte Viaene*, Decolonizing transitional justice from indigenous territories, *Peace in Progress* Nr. 34, International Catalan Institute for Peace (ICIP) 2018.
- 1180 *Duncan Ivison*, Afterword: the normative force of the past, in: Belmessous (Hrsg.), *Native Claims: Indigenous Law against Empire, 1500–1920*, Oxford [u.a.] 2012, S. 248, 248 f.
- 1181 *Drucilla Cornell, Nyoko Muvangua*, Introduction: The Re-Cognition of uBuntu, in: Cornell u. a. (Hrsg.), *Ubuntu and the law: African ideals and postapartheid jurisprudence*, New York 2012, S. 1, 1 ff.; *Stacy Douglas*, Ubuntu Versus ubuntu, *Law and critique* 26 (2015), 305–312; *Franziska Dübgen Stefan Skupien*, Das Politische in der Afrikanischen Philosophie, in: Dübgen u. a. (Hrsg.), *Afrikanische politische Philosophie: Postkoloniale Positionen*, Berlin 2015, S. 9, 42 ff.
- 1182 *Helene Mayer, Christian Boness*, Mediations- und Versöhnungskonzepte im Südlichen Afrika, *perspektive mediation* 5 (2008), 130, 131 f.; *Ruti G. Teitel*, *Globalizing Transitional Justice*, Oxford [u.a.] 2014, S. 186; *Nadja Alexander*, Von Fischen im Wasser und andere Mediationserzählungen, *Konfliktdynamik* 4 (2015), 304, 312; *I. William Zartman*, *I William Zartman: A Pioneer in Conflict Management and Area Studies* 2019, S. 276 f.
- 1183 *Souleymane Bachir Diagne*, Sur les chartes des mandes, in: Diagne u. a. (Hrsg.), *En quête d'Afrique(s): Universalisme et pensée décoloniale*, Paris 2018, S. 261, 261 f.; kritisch *Jean-Loup Amselle*, Les Droits de l'homme sont-ils nés en Afrique?, in: Diagne u. a. (Hrsg.), *En quête d'Afrique(s): Universalisme et pensée décoloniale*, Paris 2018, S. 241–260 m.w.N.

Völkerrechtstradition.¹¹⁸⁴ Auch der Konfuzianismus kann – als politische Philosophie verstanden – Geltung und Funktionsweise des Rechts verdeutlichen.¹¹⁸⁵

All diese Beispiele sollen indes nicht die Warnungen von postcolonial und subaltern studies vor nationalistischen Narrativen vergessen machen.¹¹⁸⁶ Das emanzipatorische und mithin legitimatorische Potential des Rechts für die Friedensmediation liegt weder in einem falschen Universalismus, noch in Essentialismus und Ethno-Chauvinismus.¹¹⁸⁷ Zudem liefe eine solche Erzählung zugleich Gefahr, dem anheimzufallen, was in Anlehnung an *Paulin Hountondji* als Ethnojustice kritisiert worden ist.¹¹⁸⁸ Dieser beschreibt Ethnophilosophie als „*ethnological work with philosophical pretension*“ und als „*imaginary search for an immutable, collective philoso-*

1184 B. S. Chimni, Legitimizing the international rule of law, in: Crawford u. a. (Hrsg.), *The Cambridge Companion to International Law*, Cambridge, 2012 S. 290, 302 ff.; R. P. Anand, Role of the „New“ Asian-African Countries in the Present International Legal Order, *AJIL* 56 (1962), 383, 395 ff.; *Chhatrapati Singh*, Law from Anarchy to Utopia, Delhi [u.a.] 1985, S. v ff.; *Chhatrapati Singh*, Dharmasastras and Contemporary Jurisprudence, *Journal of the Indian Law Institute* 32 (1990), 179, 185, 187 f.; *Upendra Baxi*, Chhatrapati Singh and the Idea of a Legal Theory, *Journal of the Indian Law Institute* 56 (2014), 5, 12 ff.

1185 Bryan W. Van Norden, *Taking back philosophy: a multicultural manifesto*, New York 2017, S. 52 ff. m.w.N.

1186 Partha Chatterjee, *Nationalist Thought and the Colonial World*, Tokyo 1986, S. 2 ff.; Gyan Prakash, Writing Post-Orientalist Histories of the Third Wo, in: Chaturvedi (Hrsg.), *Mapping subaltern studies and the postcolonial*, London 2000, S. 163, 168 f.; Dipesh Chakrabarty, *Habitations of modernity*, Chicago 2002, S. 18; Lukas K. Sosoe, Postcolonialité et légitimité du pouvoir politique, *le portique* 39–40 (2017), 219, 224, 234; Franziska Dübgen, *Stefan Skupien*, Paulin Hountondji: African Philosophy as Critical Universalism, Cham 2019, S. 96, 129 f. m.w.N.; so auch schon Frantz Fanon, *Les damnés de la terre*, 4. Aufl., Paris 2002, S. 153 f.

1187 James Thuo Gathii, International Law and Eurocentricity, *EJIL* 9 (1998), 184, 197 f.; Antony Anghie, Imperialism, sovereignty and the making of international law, Cambridge [u.a.] 2004, S. 204 ff.; Florian F. Hoffmann, Human rights, the self and the other, in: Orford (Hrsg.), *International law and its others*, Cambridge [u.a.] 2009, S. 221, 242; Prabhakar Singh, Indian international law: From a colonized apologist to a subaltern protagonist, *LJIL* 23 (2010), 79, 93 f.; M. Sornarajah, On fighting for global justice: the role of a Third World international lawyer, *TWQ* 37 (2016), 1972, 1974, 1986.

1188 Adam Branch, *Displacing human rights: war and intervention in northern Uganda*, Oxford [u.a.] 2011, S. 163 f.

phy, common to all Africans, although in an unconscious form“.¹¹⁸⁹ Darauf aufbauend definiert Adam Branch Ethnojustice als „discourse that combines elements from ethnography and from the study of law and morality to describe what it claims are traditional systems of justice of non-Western cultures. In describing a traditional system of justice, ethnojustice purports to describe a single, coherent, positive system that is presented as being universally, consensually, and spontaneously adhered to by all members of that culture and that, even if in abeyance today, remains valid and should be revived.“¹¹⁹⁰

Diese Bezugnahme auf eine vermeintlich einheitliche traditionelle Vorstellung und Praxis von Recht und Gerechtigkeit soll dabei vielfach der Steigerung von Legitimation dienen, indem zwangsweiser Normimport des Globalen Nordens unterlassen wird. Tatsächlich handelt es sich bei dem, was durch Geldgeber*innen und andere Akteure des Globalen Nordens unterstützt wird, jedoch immer auch um einen Gegenstand der eigenen Vorstellung – etwa eines homogenen Afrikas.¹¹⁹¹ Zugleich stützt, versteinert oder reetabliert Ethnojustice mit der inhärenten Vorliebe für das Ursprüngliche und Exotische lokale Machtverhältnisse, basierend etwa auf Alter und Geschlecht.¹¹⁹²

Anstelle das Recht in der Friedensmediation in Richtung von Ethnojustice rücken zu wollen, sollen die zuvor beschriebenen Beispiele vielmehr dazu beitragen, Universalität und Partikularität zu verbinden.¹¹⁹³ Also die Existenz unterschiedlicher Perspektiven anzuerkennen und zuzulassen.¹¹⁹⁴ Dieser Ansatz findet sich in dem wieder, was Onuma als transzivilisatorisches Völkerrecht beschreibt und das durch eine Zeichnung von Makimura Satoru zu Beginn von Onumas Buch versinnbildlicht wird – ein

1189 Paulin J. Hountondji, *African Philosophy: Myth and Reality*, 2. Aufl., Bloomington 1996, S. 34, 38.

1190 Adam Branch, *Displacing human rights: war and intervention in northern Uganda*, Oxford [u.a.] 2011, S. 163 f.

1191 Adam Branch, *Displacing human rights: war and intervention in northern Uganda*, Oxford [u.a.] 2011, S. 154, 171; Adam Branch, *The Violence of Peace: Ethnojustice in Northern Uganda*, *Development and Change* 45 (2014), 608, 614.

1192 Adam Branch, *Displacing human rights: war and intervention in northern Uganda*, Oxford [u.a.] 2011, S. 171 f., 175 f.; Kiran Grewal, *Using War to Shift Peacetime Norms*, in: Shackel u. a. (Hrsg.), *Rethinking Transitional Gender Justice*, Cham 2019, S. 77, 84 f.

1193 Lukas K. Sosoe, *Postcolonialité et légitimité du pouvoir politique, le portique* 39–40 (2017), 219, 244.

1194 Mikhaïl Xifaras, *Commentaire*, in: Jouannet u. a. (Hrsg.), *Impérialisme et droit international en Europe et aux États-Unis*, Paris 2007, S. 183, 207 ff.

Baby, dem Grotius, Ghandi, Konfuzius und Marx zugleich den Weg aufzeigen.¹¹⁹⁵ Kern dieses Ansatzes ist dabei weder ein übermäßiger Fokus auf Zivilisationen, noch ein Verständnis von Zivilisationen als statischen abgegrenzten Ordnungszusammenhängen.¹¹⁹⁶ Onuma definiert seinen Ansatz vielmehr als

*„a perspective from which we see, sense, recognize, interpret, assess, and seek to propose solutions to ideas, activities, phenomena and problems transcending national boundaries, by developing a cognitive and evaluative framework based on the recognition of plurality of civilizations and cultures that have long existed in human history.“*¹¹⁹⁷

Eine solcher Ansatz kann dazu beitragen, die Legitimität des Rechts zu stützen und zu einem gemeinsam geteilten normativen Bewusstsein beitragen.¹¹⁹⁸ Dies vermag der Ansatz auch deshalb zu leisten, weil er das Völkerrecht nicht allein zwischenstaatlich, sondern als intersubjektive Ordnung begreift.¹¹⁹⁹ So ist dieser im Ergebnis eng verbunden mit Lukas Sosoe, der – auf der Suche nach einer postkolonialen Legitimität afrikanischer Staaten – hypothetisch fragt, was die einzelnen Individuen und Gemeinschaften sich zur Unabhängigkeit als gemeinsame normative Grundlagen der jeweiligen Staaten gewählt hätten, nach den Erfahrungen der Sklaverei, der Kolonisation und der Zeit nach der Unabhängigkeit.¹²⁰⁰ Er beantwortet diese Frage – ohne Zweifel, wie er betont – mit Freiheit, Gleichheit und einer Zentralgewalt unter der Kontrolle der Regierten. Der Grund für diese Antwort ist dabei gerade nicht universalistischer Natur,

1195 Onuma Yasuaki, *International Law in a Transcivilizational World*, Cambridge 2017, S. ii; zurecht das hier auch symbolisierte Fehlen amerikanischer und afrikanischer Bezugspunkte kritisierend Florian Couveinbes-Matsumoto, *The End of the History of Liberalism and the Last „Transcivilizational“ Man? Onuma’s Attempt to Define a „New“ International Law*, *Asian Journal of International Law* 9 (2019), 185, 186 f.

1196 Onuma Yasuaki, *A Transcivilizational Perspective on International*, RdC 342 (2010), 81, 130 ff.

1197 Onuma Yasuaki, *A Transcivilizational Perspective on International*, RdC 342 (2010), 81, 130 f.

1198 Onuma Yasuaki, *When Was the Law of International Society Born?*, *Journal of the History of International Law* 2 (2000), 1, 66; Onuma Yasuaki, *International Law in a Transcivilizational World*, Cambridge 2017, S. 88.

1199 Onuma Yasuaki, *International Law in a Transcivilizational World*, Cambridge 2017, S. 55.

1200 Lukas K. Sosoe, *Postcolonialité et légitimité du pouvoir politique, le portique* 39–40 (2017), 219, 222.

sondern fußt auf den konkreten historischen Erfahrungen.¹²⁰¹ Es ist der Versuch einer Verbindung von Universalität – nicht Universalismus – und Partikularität.¹²⁰² Das bedeutet auch, dass diese Grundannahmen nicht zwangsläufig in den Liberalismus führen müssen, sondern materielle Ungleichheit und Not im Blick haben.¹²⁰³ Zugleich lassen diese Grundannahmen vielgestaltige politische Ordnungen zu und gewährleisten die Stimme und den Schutz Marginalisierter gegen Staat und Mehrheitsgesellschaft.¹²⁰⁴

Schließlich führt dies für die Frage nach dem legitimatorischen Potential des Rechts für die Friedensmediation zu den Aussagen *Hountondji* zu Menschenrechten, die hier darüber hinaus zum Tragen kommen sollen. Er wirft im Zusammenhang mit der Rechtfertigung der Sklaverei durch *Aristoteles* die Frage auf, was aus der Überlieferung dieses Textes tatsächlich geschlossen werden könne. Ob wir wüssten, was die Sklav*innen selbst zur Sklaverei gesagt hätten und ob wir davon ausgehen könnten, dass auch sie *Aristoteles* Rechtfertigung geteilt haben.¹²⁰⁵ Die ideengeschichtliche Grundlage von Rechten wie Freiheit und Gleichheit ist demnach weniger in Meistererzählungen zu suchen, sondern in der Geschichte des Leids, das Menschen durch andere Menschen erfahren und in der Geschichte des Widerstands hiergegen, des Einfordern von Rechten.¹²⁰⁶ Die transzivilisatorische Perspektive auf das Völkerrecht wird damit ergänzt um eine transkulturelle Philosophie.¹²⁰⁷ Der Zweck einer solchen Perspektive ist es dabei nicht allein *Aristoteles* neben *Mengzi* zu sehen oder Vijayanagara

1201 *Lukas K. Sosoe*, Postcolonialité et légitimité du pouvoir politique, le portique 39–40 (2017), 219, 222 f.; 236.

1202 *Lukas K. Sosoe*, Postcolonialité et légitimité du pouvoir politique, le portique 39–40 (2017), 219, 244.

1203 Auch wenn die dahingehende Tendenz sichtbar ist, vgl. *Lukas K. Sosoe*, Postcolonialité et légitimité du pouvoir politique, le portique 39–40 (2017), 219, 232 f.. Ähnliche Kritik zum transzivilisatorischen Völkerrecht *Florian Couveinhes-Matsumoto*, The End of the History of Liberalism and the Last „Transcivizational“ Man? Onuma’s Attempt to Define a „New“ International Law, *Asian Journal of International Law* 9 (2019), 185, 191 f.

1204 *Lukas K. Sosoe*, Postcolonialité et légitimité du pouvoir politique, le portique 39–40 (2017), 219, 234 f.

1205 *Paulin J. Hountondji*, The Master’s voice : remarks on the problem of human rights in africa, in: UNESCO (Hrsg.), *Philosophical foundations of human rights*, Paris 1986, S. 319, 324.

1206 *Paulin J. Hountondji*, The Master’s voice : remarks on the problem of human rights in africa, in: UNESCO (Hrsg.), *Philosophical foundations of human rights*, Paris 1986, S. 319, 325.

1207 *Paulin J. Hountondji*, Construire l’universel: un défi transculturel, *Méthod(e)s: African Review of Social Sciences Methodology* 2 (2017), 155, 164 f.; *Franziska*

(Hampi) neben dem Forum Romanum. Vielmehr geht es um eine kritisch und selbstkritisch historisierende Perspektive, die es ermöglicht „*to hear once again amid the ruins, beneath the clamour of royal couns and the tumult of dominant social groups, the stifled voices of some ancient protest.*“¹²⁰⁸

Die Rolle des Recht in der Friedensmediation ist demnach eine Frage der Position. Ist es die Stimme jener – um im Bild des Zitats zu bleiben – welche Paläste erbauen ließen und lassen oder jener, die sie erbauen mussten und müssen.¹²⁰⁹ Ist es die Stimme jener, die ohnehin bereits am Verhandlungstisch sitzen, die jener, die ihren Platz dort einfordern und behaupten müssen oder die jener, die dort nie Gehör geschweige denn einen Platz finden. Sind Freiheit und Gleichheit bloße Rhetorik, ist ihre Funktionsweise auf das Formale begrenzt oder haben sie gar einen materiellen Gehalt. Im Rahmen der Friedensmediation liegen Macht- und Gewaltverhältnisse regelmäßig offen zutage und bedürfen nicht zwingend des Rechts, um als solche zu funktionieren. Trotz aller Rechtskritik stehen die Subalternen im weiteren Sinne in diesem uneingeschränkten Spiel der Kräfte zumeist noch schutzloser da.¹²¹⁰ Die Legitimität der Friedensmediation kann sich daher aus einer Rolle des Rechts speisen, die dieses Kräftespiel einhegt und die Forderungen formulierbar macht. Dort, wo Letzteres gerade nicht der Fall ist, ermöglicht es das Recht, aufgrund seiner Struktur diese Lücke zu identifizieren und zu adressieren.

Dübgen, Stefan Skupien, Paulin Hountondji: African Philosophy as Critical Universalism, Cham 2019, S. 156.

1208 Paulin J. Hountondji, The Master's voice : remarks on the problem of human rights in africa, in: UNESCO (Hrsg.), Philosophical foundations of human rights, Paris, 1986, S. 319, 332.

1209 Paulin J. Hountondji, The Master's voice : remarks on the problem of human rights in africa, in: UNESCO (Hrsg.), Philosophical foundations of human rights, Paris 1986, S. 319, 332; Franziska Dübgen, Stefan Skupien, Paulin Hountondji: African Philosophy as Critical Universalism, Cham 2019, S. 156 f.

1210 Rémi Bachand, Les subalternes et le droit international, Paris 2018, S. 239.

E. Verantwortung als Fazit

Zu Beginn dieser Untersuchung wurde aufgezeigt, wie sich die Auffassung von der Mediation als politischem Streitbeilegungsmittel innerhalb der das moderne Völkerrecht prägenden Entwicklung der Vereinten Nationen verfestigt hat. Diesem Umstand sowie dem Fehlen einer Kodifikation mag der Irrtum geschuldet sein, Friedensmediation operiere außerhalb des Geltungsbereichs des Völkerrechts oder des Rechts ganz allgemein. In dieser Untersuchung wurde nicht der Versuch unternommen, diesen Irrtum zu widerlegen. Andernfalls hätte sie sich auf die recht übersichtliche Feststellung begrenzt, dass rechtliche Verpflichtungen bestehen, solange rechtlich nichts Gegenteiliges geregelt ist, etwa durch Notstandsklauseln, Änderungen oder das Erlöschen der jeweiligen Rechtsgrundlage.

Stattdessen wurde dieser Irrtum als Teil des Durchsetzungsdefizits des Völkerrechts verstanden. Nicht als Zweifel an der Geltung, sondern als Zweifel an der Relevanz dieser Geltung. Mit diesem Zweifel hat sich die Untersuchung auseinandergesetzt. Ausgehend von der These, dass die Relevanz für die Friedensmediation in einer legitimationsstiftenden Funktion des Rechts und damit im Eigeninteresse der beteiligten Akteure liegt, wurde im ersten Schritt gezeigt, warum Legitimität eine relevante Eigenschaft für die Friedensmediation ist. Dies geschah, indem die Bedeutungskomponenten des Begriffs der Legitimität herausgearbeitet wurden. Ausgehend davon wurde aufgezeigt, dass Friedensmediation in ihren unterschiedlichen Ausprägungen diese Eigenschaft nicht bereits besitzt, sondern der Legitimität aufgrund ihrer formellen Ausgestaltung sowie ihrer möglichen materiellen Ergebnisse bedarf. Anschließend wurde im vorangegangenen Kapitel gezeigt, dass das Recht – entsprechend der zu Beginn formulierten These – als eine Legitimationsquelle dienen kann. Dabei wurde im zweiten Teil des Kapitels verdeutlicht, dass es diese Funktion vor allem dann innehat, wenn es nicht dem Zweck hegemonialer Machtausübung dient und damit selbst verstärkt einer Legitimitätsfrage ausgesetzt wäre. Stattdessen fungiert das Recht als Legitimitätsquelle in der Friedensmediation, wenn es tatsächlich jene schützt und ermächtigt, die von der Mediation betroffen sind, aber mit ihrer Stimme dort nicht oder nur unzureichend Gehör finden.

Damit ist die Frage nach der Rolle des Rechts in der Friedensmediation beantwortet. Es dient tatsächlich der Legitimation der Friedensmediation.

Nur wohin führt diese Erkenntnis? Was ist mit ihr praktisch anzufangen? Cathrine Turner bricht es auf die zentrale Frage herunter:

„Who is responsible? Who is responsible for interrogating this relationship between law and negotiation?“¹²¹¹

Während es ihr dabei vor allem um die Frage der Zuständigkeit für den Diskurs im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis geht, stellt sich eben diese Frage auch für jede einzelne Friedensmediation. Wenn wir wissen, dass das Recht im Rahmen der Friedensmediation weiterhin gilt und wenn wir wissen, dass es im Interesse des Verfahrens und damit im Interesse der beteiligten Akteure ist, dieser Geltung nachzukommen, führt auch dies zu der abschließenden Frage nach der Verantwortung. Diese Frage hat dabei einen doppelten Charakter. Einerseits ist es die Frage danach, wer im Verfahren dafür verantwortlich ist – also auch eine Frage der Zuständigkeit. Andererseits – und doch nicht davon zu trennen – ist es auch die Frage nach der Verantwortung im rechtlichen Sinne, also nach Verantwortlichkeit.¹²¹² Angesichts der unterschiedlichen Rollen, die im Rahmen der Friedensmediation existieren, erscheint es sinnvoll, auch die doppelte Frage der Verantwortung entlang der Rollen von Konfliktparteien, Mediationsakteuren sowie Geldgebern und Internationaler Gemeinschaft zu erörtern.¹²¹³

I. Konfliktparteien

Es ist eine der zentralen Eigenschaften der Mediation im Allgemeinen, aber auch der Friedensmediation im Besonderen, dass es die Konfliktparteien selbst sind, die für die Lösung ihres Konfliktes zuständig sind. Dieser Umstand wird über mediationsspezifische Begriffe wie Eigenverantwortlichkeit oder Ergebnisverantwortung ausgedrückt.¹²¹⁴ Auch wenn von ow-

1211 Catherine Turner, Editorial Comment: Law and Negotiation in Conflict – Theory, Policy and Practice, *Global Policy* 7 (2016), 256, 259.

1212 Meinhard Schröder, Verantwortlichkeit, Völkerstrafrecht, Streitbeilegung und Sanktionen, in: Vitzthum u. a. (Hrsg.), *Völkerrecht*, Berlin 2019, S. 691, 698 f.; zum darüber hinausgehenden Konzept der accountability Edith Brown Weiss, *Establishing norms in a kaleidoscopic world: general course on public international law*, RdC 396 (2019), 37, 327 ff., 348 ff.

1213 Die Rollenverteilung ist keineswegs zwingend oder abschließend.

1214 Thomas Trenczek, Außergerichtliches Konfliktmanagement (ADR) und Mediation: Verfahren, Prinzipien und Modelle, in: Trenczek u. a. (Hrsg.), *Mediation*

nership gesprochen wird, handelt es sich um diesen Aspekt. Der Mediationsprozess, aber insbesondere sein Ergebnis, soll in der Hand der Parteien liegen, sodass ownership und Verantwortung beinahe synonym verwendet werden:

*„The concern for autonomy is an inherent aspect of the mediation process. By definition, it is the parties who make the decisions, who reach the agreement, albeit with help. An effective mediator continually reminds them that the outcome of their dispute is in their own hands, and directs them in a way that enhances their sense of responsibility and ownership of the process.“*¹²¹⁵

Daraus folgt, dass es auch die Konfliktparteien selbst sind, die im ersten Schritt dafür verantwortlich sind, sich über ihre rechtlichen Verpflichtungen bewusst zu werden und deren Einhaltung in der Friedensmediation sicherzustellen.¹²¹⁶ Die Verpflichtungen können sich dabei signifikant unterscheiden und müssen für jede Konfliktpartei individuell ermittelt werden.¹²¹⁷ Insbesondere der völkerrechtliche Status der Konfliktparteien wirkt sich an dieser Stelle aus. Während staatliche Akteure die gesamte Bandbreite ratifizierter Verträge, völkergewohnheitsrechtlicher Normen und allgemeiner Regeln des Völkerrechts trifft, sind nichtstaatliche Gewaltakteure allenfalls partielle Völkerrechtssubjekte und in diesem Rahmen verpflichtet.¹²¹⁸ Aufständische Gruppen kann allerdings auch Verant-

on und Konfliktmanagement, Baden-Baden 2017, S. 35, 49 f.; Mario Clemens, Chancen und Grenzen interessenorientierter, fazilitativer Mediation im Kontext internationaler politischer Konflikte, in: Kriegel-Schmidt (Hrsg.), Mediation als Wissenschaftszweig: Im Spannungsfeld von Fachexpertise und Interdisziplinarität, Wiesbaden 2017, S. 201, 202.

1215 Richard V. Wagner, Mediation, Psychological Aspects of., in: Young (Hrsg.), The Oxford international encyclopedia of peace, Bd. III, Oxford 2010, S. 8, 10.

1216 Vgl. Michal Saliternik, Reducing the price of peace: the human rights responsibilities of third-party facilitators, Vanderbilt journal of transnational law 48 (2015), 179, 227 ff.

1217 Lars Kirchhoff, Anne Isabel Holper, Felix Würkert, Normen: Rückgrat oder Korsett der Friedensmediation?, ZeFKo 10 (2021), 45, 59 ff.

1218 Siehe statt vieler Rüdiger Wolfrum, Christiane E. Philipp, The Status of the Taliban: Their Obligations and Rights under International Law, Max Planck Yearbook of United Nations Law Online 6 (2002), 559, 567 ff.; Christian Tomuschat, The Status of the „Islamic State“ under International Law, Die Friedens-Warte 90 (2015), 223, 236; Michal Saliternik, Reducing the price of peace: the human rights responsibilities of third-party facilitators, Vanderbilt journal of transnational law 48 (2015), 179, 229 ff.; Yoram Dinstein, Non-international armed conflicts in international law, Cambridge 2014, S. 65 ff.; Heike Krieger, Björnstjern Baade u. a., Introduction: International Humanitarian Law and Ar-

wortlichkeit im völkerrechtlichen Sinne treffen, auch wenn aktuellere Praxis hierfür fehlt.¹²¹⁹ Eine entsprechende Ausdehnung auf nicht-staatliche Gewaltakteure, die nicht den spezifischen Status der Aufständischen haben, ist umstritten.¹²²⁰ In diesem Zusammenhang wird anstelle des Begriffs des „*international wrongful acts*“ häufig der des „*international harmful acts*“ verwendet.¹²²¹

Diese Unsicherheiten sowie der Umstand, dass nicht-staatliche Gewaltakteure allenfalls zum Teil völkerrechtlich gebunden sind, sollte im Rahmen der Friedensmediation nicht überbewertet werden. Auch wenn nur eine Minderheit von Konflikten und Friedensmediationen rein zwischenstaatlichen Charakter hat, findet doch der weit überwiegende Teil an Friedensmediationen unter Beteiligung staatlicher Akteure in der Rolle als Konfliktpartei statt.¹²²² Sobald dies der Fall ist und sei es auch nur auf der Ebene innerstaatlicher Organisationseinheiten, wie Kommunen, Provinzregierungen oder ähnlichem, führt ein Verstoß gegen völkerrechtliche Verpflichtungen zur völkerrechtlichen Verantwortlichkeit des jeweiligen Staates. Folglich müssen staatliche Konfliktparteien auch im Verfahren besondere Verantwortung für die Berücksichtigung der entsprechenden Normen übernehmen. Für nichtstaatliche Konfliktparteien führt dieser

eas of Limited Statehood, in: Baade u. a. (Hrsg.), *International Humanitarian Law in Areas of Limited Statehood: Adaptable and Legitimate or Rigid and Unreasonable?*, Baden-Baden 2018, S. 21, 25 ff.; *Tullio Treves*, *The Expansion of International Law: General Course on Public International Law*, RdC 398 (2018), 9, 69, 76 ff., 127 ff.; *Lars Müller*, *Die Rolle nicht-internationaler Waffenstillstandsabkommen im humanitären Völkerrecht*, Baden-Baden 2019, S. 218 ff.; *Ezequiel Heffes*, *Marcos D. Kotlik*, *Manuel J. Ventura* (Hrsg.) *International Humanitarian Law and Non-State Actors. Debates, Law and Practice*, Den Haag 2020; zu sog. failed und failing states *Hinrich Schröder*, *Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit im Zusammenhang mit failed und failing States*, Baden-Baden 2007, S. 178 f.; *Marie von Engelhardt*, *Die Völkerrechtswissenschaft und der Umgang mit Failed States – Zwischen Empirie, Dogmatik und postkolonialer Theorie*, VRÜ 45 (2012), 222–231.

1219 *ILC*, *Yearbook of the International Law Commission* 2001, Bd. 2.2 2001, S. 52 (General Commentary Art. 10 Paragraph 16 zu Art. 10 Abs. 2).

1220 *Gérard Cahin*, *Attribution of Conduct to the State: Insurrectional Movements*, in: Crawford u. a. (Hrsg.), *The Law of International Responsibility*, Oxford 2010, S. 247, 253 ff. m.w.N.

1221 *Atsuko Kanehara*, *Reassessment of the acts of the state in the law of state responsibility: a proposal of an integrative theoretical framework of the law of state responsibility to effectively cope with the internationally harmful acts of non-state actors*, RdC 399 (2019), 9, 20.

1222 PA-X: *Peace Agreement Database*, <https://www.peaceagreements.org/search>, Stand 16.08.2020.

Umstand dazu, dass sie – ungeachtet der Frage völkerrechtlicher Verantwortlichkeit – sich der Verantwortung im Hinblick auf das Verfahren ebenfalls nicht entziehen könne, da dieses zu einem gemeinsamen Ergebnis führen soll. Dies gilt umso mehr, wenn – wie bereits zuvor ausgeführt – das Ziel der nicht-staatlichen Konfliktparteien in der Teilhabe an der Staatsgewalt oder an Teilen davon liegt.¹²²³

II. Mediationsakteure

Aus dem vorangegangenen Abschnitt könnte der Eindruck entstehen, Mediationsakteure wären von der Verantwortung für die Berücksichtigung rechtlicher Normen befreit. Die sich wiederholende Charakterisierung des Mediationsakteurs als verantwortlich für das Verfahren im Gegensatz zu der Ergebnisverantwortung der Parteien, versehen mit dem Begriff der Eigenverantwortlichkeit der Parteien, gibt durchaus auch Grund zu eben dieser Annahme.

Doch mehrere Punkte führen letztlich dazu, dass eben diesem Eindruck nicht gefolgt werden kann. Zuerst sind hier einerseits der Umstand, wie Friedensmediationen tatsächlich stattfinden, sowie andererseits der Umstand, wer sie durchführt, aufzuzählen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Vorstellung von einer klaren Trennung der Verantwortung sehr stark der innerstaatlichen Mediationspraxis entstammt. Hinzu tritt, dass eine Vielzahl von Stimmen – zumindest dem Ziel nach – Mediationsakteure in der Verantwortung für die Berücksichtigung rechtlicher Normen sieht. Rechtstechnisch führt darüber hinaus die Figur der Beihilfe dazu, dass die Rolle von Mediationsakteuren im Rahmen völkerrechtlicher Verantwortlichkeit erfasst werden kann.

1223 In Teilen wird dieser Gedanke auch auf Ebene der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit aufgegriffen, wenn Art. 10 der ILC Articles on State Responsibility den durch einen innerstaatlichen Konflikt entstandenen Staat oder den nunmehr durch den nichtstaatlichen Akteur kontrollierten Staat für die Handlungen des nichtstaatlichen Akteurs verantwortlich macht. Wenn dies gem. des General Commentary Art. 10 Paragraf 7 zu Art. 10 Abs. 1 für Power Sharing Regierungen nicht gelten soll, so bezieht es sich auf die Zurechnung von Verstößen im Zuge des Konflikts. Der hier stark gemachte Gedanke des Verstoßes durch die Friedensvereinbarung selbst unterfällt ohnehin der völkerrechtlichen Verantwortung des jeweiligen Staates, vgl. *ILC, Yearbook of the International Law Commission* 2001, Bd. 2.2 2001, S. 51; *Patrick Dumberry, New state responsibility for internationally wrongful acts by an insurrectional movement*, *EJIL* 17 (2006), 605, 620.

Bereits in vorangegangenen Teilen dieser Untersuchung wurde darauf hingewiesen, dass es sich bei der strikten methodischen Trennung der Verfahrensverantwortung des Mediationsakteurs und der Inhalts- und Ergebnisverantwortung der Konfliktparteien um die Idealvorstellung einer bestimmten Art von Mediation handelt, die vor allem im innerstaatlichen Kontext, wie etwa in Deutschland, weit verbreitet ist.¹²²⁴ Dem steht jedoch ein Spektrum an Mediationsstilen gegenüber, die eine solch strikte Rollentrennung gerade nicht vorsehen und durchaus auch offen inhaltlich Einfluss nehmen. Wo aber dieser Weg der inhaltlichen Einflussnahme – und sei er auch nur durch das Unterbreiten von Vorschlägen – einmal beschritten wurde, kann die Verantwortung für die Berücksichtigung rechtlicher Normen nicht mehr mit Verweis auf eine rein verfahrensbezogene Rolle des Mediationsakteurs bestritten werden. Selbst im Rahmen reiner Verfahrensverantwortung bleibt jedoch die Frage nach der Verantwortung für die Berücksichtigung verfahrensbezogener Rechtsnormen, wie etwa Beteiligungsrechten. Darüber hinaus handelt es sich bei der beschriebenen Palette, zumindest aus Sicht einflussfreudigerer Mediator*innen, weniger um persönliche Stile von Mediationsakteuren, sondern um einen methodischen Werkzeugkasten, der auch innerhalb eines einzelnen Mediationsprozesses umfassend zur Anwendung kommen kann.¹²²⁵ In diesem Fall ist der Mediationsakteur nicht durch einen methodischen Imperativ daran gehindert, Verantwortung für die Berücksichtigung rechtlicher Normen zu übernehmen, sondern entscheidet sich allenfalls dafür, dies nicht tun zu wollen.

Eng verbunden mit dieser methodischen Vielfalt der Friedensmediation ist ihre nach wie vor starke Personalisierung. Auch wenn dieser Aspekt sich verändert und Mediationen selten tatsächlich nur von einer Person durchgeführt werden,¹²²⁶ dominiert immer noch die Erzählung der einen

1224 Mario Clemens, Chancen und Grenzen interessenorientierter, fazilitativer Mediation im Kontext internationaler politischer Konflikte, in: Kriegel-Schmidt (Hrsg.), *Mediation als Wissenschaftszweig: Im Spannungsfeld von Fachexpertise und Interdisziplinarität*, Wiesbaden 2017, S. 201, 202 f.

1225 Jacob Bercovitch, *Mediators and Mediation Strategies in International Relations*, *Negotiation Journal* 8 (1992), 99, 105; beispielhaft die Praxis der EU in Montenegro Julian Bergmann, *The European Union as international mediator: brokering stability and peace in the neighbourhood*, Cham 2020, S. 73 f.

1226 Chester A. Crocker, Fen Osler Hampson, Pamela Aall, *The Shifting Sands of Peacemaking: Challenges of Multiparty Mediation*, *International Negotiation* 20 (2015), 363, 382 („The Syrian example introduces a second aspect of improving the chances for mediation success. Instances in which a single mediator bears responsibility for the whole process – as was the case with

Mediator*in und vor allem des einen Mediators.¹²²⁷ Dieser Umstand lässt sich auch an der Personalisierung von Mediation in der wissenschaftlichen Literatur ablesen. Sie reicht von *Folke Bernadotte*, über *Dag Hammarskjöld* zu *Kofi Annan* oder rückt die Praxis von *Henry Kissinger*, *George Mitchell*, *Richard Holbrooke*, *Wolfgang Ischinger* oder *Jimmy Carter* in den Mittelpunkt.¹²²⁸ Diese Form der Mediation basiert noch stärker als sonstige Mediation auf Eigenschaften, die in der jeweiligen Person verortet werden, wie Charisma, Charakterstärke und Integrität:¹²²⁹

-
- Kofi Annan and Lakhdar Brahimi in the 2011–2014 Syria mediation – will be increasingly rare.“).
- 1227 Vgl. *Elodie Convergne*, Learning to Mediate? The Mediation Support Unit and the Production of Expertise by the UN, *Journal of Intervention and Statebuilding* 10 (2016), 181, 186 f.; *José Pascal da Rocha*, The Changing Nature of International Mediation, *Global Policy* 10 (2019), 101, 107.
- 1228 *Quixada Moore-Vissing*, *Yvonne Vissing*, Eminent Person Mediation, in: Young (Hrsg.), *The Oxford international encyclopedia of peace*, Bd. II, Oxford 2010, S. 51, 52 f.; Jeffrey Z. Rubin (Hrsg.) *Dynamics of third party intervention: Kissinger in the Middle East*, New York 1981; Daniel Bowling, David A. Hoffman (Hrsg.) *Bringing peace into the room: how the personal qualities of the mediator impact the process of conflict resolution*, San Francisco 2003; *Daniel Curran*, *James K. Sebenius*, *Michael Watkins*, *Case Analysis Two Paths to Peace: Contrasting Ireland with Richard Holbrooke in Bosnia – Herzegovina*, *Negotiation Journal* 20 (2004), 513–537; *Harriet Martin*, *Kings of Peace, Pawns of War: the untold story of peace-making*, London 2006, S. xii; *James K. Sebenius*, What Can We Learn from Great Negotiations?, *Negotiation Journal* 27 (2011), 251, 252 f.; *Wolfgang Ischinger*, *Diplomatie und Mediation, perspektive mediation* 9 (2012), 6–11; *Christopher-Leonard Prinz*, *Internationale Mediation – Aussichten und Begrenzungen am Beispiel des Kosovo*, *Zeitschrift für Konfliktmanagement* 15 (2012), 198–202; *Julian Bergmann*, *Reputation, Glaubwürdigkeit und interventionistischer Verhandlungsstil – Eigenschaften erfolgreicher Friedensstifter?: Literaturbericht zu den Bedingungsfaktoren erfolgreicher Mediation*, *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3 (2014), 233, 242 ff.; *Graham Spencer*, *Motivation and Intervention in the Northern Ireland Peace Process: An Interview with President Bill Clinton*, *Negotiation Journal* 35 (2019), 269, 276 f.; *Carrie Menkel-Meadow*, *Deconstructing Henry: Negotiation Lessons from Kissinger's Career*, *Negotiation Journal* 35 (2019), 337, 338 f.; *Leon Hartwell*, *Conflict Resolution: Lessons from the Dayton Peace Process*, *Negotiation Journal* 35 (2019), 443, 448 ff.
- 1229 Zur Problematik der (hyper-)männlichen Prägung des Mediationsumfelds *Philipp Kastner*, *Elisabeth Roy-Trudel*, *Addressing Masculinities in Peace Negotiations: An Opportunity for Gender Justice*, in: Shackle u.a. (Hrsg.), *Rethinking Transitional Gender Justice: Transformative Approaches in Post-Conflict Settings*, Cham 2019, 145, 153 f.

„He [the mediator] has only his neutrality and integrity to trade on as he pushes the process through many months, and probably years, of games of bluff and cunning.“¹²³⁰

Integrität bedeutet in diesem Fall nicht allein die Einheit einer Person mit allen Aspekten ihrer Persönlichkeit und ihrem Handeln, sondern beschreibt vor allem eine Person, von der erwartet wird, dass sie sich moralisch verhält. Mithin beruht die Rolle als Mediator*in sowie die Fähigkeit zur Mediation auch auf dem Einklang mit normativen Voraussetzungen.¹²³¹ Die Mediator*in bringt in diesen Fällen letztlich die Gesamtheit ihrer Person in die Mediation ein. Eine Mediator*in, die zusieht, wie verbindliche rechtliche Normen unberücksichtigt bleiben, die dem Rechtsbruch beiwohnt, ohne selbst Verantwortung zu übernehmen, die wird in alle darauffolgenden Mediationen als jemand starten, die diese Schwelle schon einmal überschritten hat. Die Integrität, als eines der zentralen Pfunde, mit denen die Mediator*in wuchert, büßt sie dann ein.¹²³² Zumal diese Art der Mediation auch von der Vorstellung getragen wird, die Mediator*in könne die Konfliktparteien aufgrund ihrer Persönlichkeit zu einem vermeintlich richtigen Ergebnis hinführen. Unklar bleibt, wieso dieses vermeintlich richtige Ziel, das durch die Mediator*in anvisiert wird, nicht auch rechtskonform sein sollte. Dass gerade dort die Reichweite des Charismas ausgeschöpft sein sollte, erscheint wenig überzeugend. Letztlich liegt es im eigenen Interesse von Mediator*innen, die Kraft ihrer Person mediierten, Verantwortung für die Berücksichtigung rechtlicher Normen zu übernehmen.

Die Überzeugung, der Mediationsakteur müsse keine Verantwortung für die Berücksichtigung des Rechts übernehmen, entstammt zu einem nicht unwesentlichen Teil dem Kontext innerstaatlicher Mediation. Dabei geht bei der Übertragung dieser Überzeugung auf die Ebene der

1230 *Harriet Martin*, *Kings of Peace, Pawns of War: the untold story of peace-making*, London 2006, S. xii f.

1231 *Damian Cox*, *Marguerite La Caze*, *Michael Levine*, Integrity, in Zalta (Hrsg.), *Stanford Encyclopedia of Philosophy*, Stanford 2021, <https://plato.stanford.edu/archives/fall2021/entries/integrity>.

1232 Vgl. *Philipp Kastner*, *Legal normativity in the resolution of internal armed conflict*, Cambridge 2015, S. 98 („The legitimacy of a mediator, as perceived and constructed by the negotiating parties and other stakeholders, such as civil society actors, is intrinsically linked to his or her moral integrity, ethical behaviour and the motives that underlie the mediator’s involvement. The kind and degree of normative impact on the peace negotiations also depend considerably on these factors“).

Friedensmediation die Erkenntnis verloren, dass Mediation im innerstaatlichen Bereich stets im Schatten des Rechts operiert.¹²³³ Hier wiegt die Verantwortung des Mediationsakteurs schon deshalb leichter, weil dort, wo die mediierte Vereinbarung die Grenzen der rechtlichen Dispositionsbefugnis überschreitet, nach wie vor Gerichte – inklusive der gesamten Bandbreite staatlicher Durchsetzungsmechanismen – existieren.¹²³⁴ Im Fall der Friedensmediation ist diese Absicherung hingegen nicht gegeben.¹²³⁵ Zum einen ist der Zugang zu Gerichten, sei es auf Ebene des IGH oder von Menschenrechtsgerichtshöfen und -mechanismen nicht immer gegeben.¹²³⁶ Zum anderen zeigt sich, selbst wenn dieser Zugang besteht, hinsichtlich des Völkerrechts dessen Durchsetzungsdefizit, wie etwa im Fall der Entscheidung *Sejdić and Finci*.¹²³⁷

Unter Berücksichtigung dieser Asymmetrie erscheint der beispielhaft herangezogene deutsche Diskurs zur Verantwortung der Mediator*in für das Recht in einem anderen Licht. Dort wird die rechtliche Grenze der Dispositionsbefugnis gleichsam als Selbstverständlichkeit zugrunde gelegt.¹²³⁸ Die Debatte dreht sich vielmehr um die Frage, ob der Mediation

1233 Robert H. Mnookin, Lewis Kornhauser, Bargaining in the Shadow of the Law: The Case of Divorce Dispute Resolution, Yale Law Journal 88 (1979), 950, 997.

1234 Beispielhaft Robert H. Mnookin, Lewis Kornhauser, Bargaining in the Shadow of the Law: The Case of Divorce Dispute Resolution, Yale Law Journal 88 (1979), 950, 955 f.; Stephan Breidenbach, Mediation, Köln 1995, S. 179; Roman Köper, Die Rolle des Rechts im Mediationsverfahren, Berlin 2003, S. 85 f., 109.

1235 Zu dieser Asymmetrie Mario Clemens, Chancen und Grenzen interessenorientierter, fazilitativer Mediation im Kontext internationaler politischer Konflikte, in: Kriegel-Schmidt (Hrsg.), Mediation als Wissenschaftszweig: Im Spannungsfeld von Fachexpertise und Interdisziplinarität, Wiesbaden 2017, S. 201, 206.

1236 Dies kann ebenfalls auf nationale Verfassungsgerichte zutreffen, stellt jedoch einen Aspekt dar, der in dieser völkerrechtlichen Abhandlung nicht eingehender beleuchtet wird.

1237 Martin Wählisch, Peacemaking, Power-Sharing and International Law: Imperfect Peace, Oxford 2018, S. 89 f.

1238 Stephan Breidenbach, Mediation, Köln 1995, S. 210; Jörg Eisele, Recht und Gerechtigkeit in der Mediation, Zeitschrift für Rechtsphilosophie 1 (2003), 183, 288 f.; Roman Köper, Die Rolle des Rechts im Mediationsverfahren, Berlin 2003, S. 85, 109; die lediglich als Leitplanke dienende Funktion zwingenden Rechts als Schutzinstrument hervorhebend Felix Wendenburg, Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation, Tübingen 2013, S. 56 f.; Marc Henschel, Die Bedeutung von Verträgen in der Mediation und die rechtliche Stellung des Mediators, in: Meller-Hannich u. a. (Hrsg.), Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder, Baden-Baden 2020, S. 41, 55; Iris Bartel, Der Absolutheitsanspruch des Neutralitätsgebots angesichts auftretender

onsakteur losgelöst von dieser Grundannahme bzw. darüber hinaus Machtungleichgewichte zwischen den Parteien auszugleichen hat.¹²³⁹ Hierbei wird zum Teil die Entscheidung des Konfliktes anhand der gesetzlichen Regelungen als Referenzwert genommen, um aus einem deutlichen Abweichen Rückschlüsse auf ein mögliches Machtgefälle ziehen zu können.¹²⁴⁰ Teil dieser Debatte ist die Frage danach, wann und wie und zum Teil ob das Recht in die Mediation eingeführt wird.¹²⁴¹ Diese Fragen sind jedoch für die Friedensmediation nur sehr bedingt von Relevanz. Dort geht es gerade nicht um die Frage, was die völkerrechtliche Antwort auf einen Grenzstreit ist oder ob ein rechtlicher Anspruch auf Sezession, mehr Autonomie, stärkere wirtschaftliche Teilhabe oder Regierungsbeteiligung besteht. Die Rechtslage mag die Mediation und die Positionen der Konfliktparteien beeinflussen und deshalb auch Gegenstand des Verfahrens sein, doch der Mediationsakteur ist nicht dafür verantwortlich, dass die Rechtslage Eingang in das Verfahren findet, wo die Konfliktparteien auch rechtlich frei sind, unterschiedliche Lösungen zu erarbeiten. Relevant ist folglich allein der Vergleich mit der Frage nach der Verantwortung für die Einhaltung nichtdisponiblen Rechts. Innerstaatlich besteht dabei die Gefahr der gänzlichen oder zeitweisen Unwirksamkeit der Abschlussvereinbarung, weshalb einerseits die Parteien ein gesteigertes Interesse daran

Machtgefälle in der Mediation, in: Meller-Hannich u. a. (Hrsg.), *Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder*, Baden-Baden, 2020, S. 99, 109.

1239 *Roman Köper*, *Die Rolle des Rechts im Mediationsverfahren*, Berlin 2003, S. 86; *Felix Wendenburg*, *Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation*, Tübingen 2013, S. 57; *Iris Barthel*, *Der Absolutheitsanspruch des Neutralitätsgebots angesichts auftretender Machtgefälle in der Mediation*, in: Meller-Hannich u. a. (Hrsg.), *Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder*, Baden-Baden, 2020, S. 99, 113 ff.

1240 Beschrieben bei *Stephan Breidenbach*, *Mediation*, Köln 1995, S. 193; im Hinblick auf die Alternative zur Mediation für eine informierte Partei *Jörg Eisele*, *Recht und Gerechtigkeit in der Mediation*, *Zeitschrift für Rechtsphilosophie* 1 (2003), 183, 188; erörternd *Felix Wendenburg*, *Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation*, Tübingen 2013, S. 61 ff. m.w.N.; *Claas Schüddekopf*, *Zur Nachhaltigkeit einvernehmlicher Konfliktbeilegung: eine empirische Untersuchung von Mediation und Schiedsgerichtsbarkeit*, Berlin 2013, S. 113.

1241 *Lis Ripke*, *Recht und Gerechtigkeit in der Mediation*, in: Haft u. a. (Hrsg.), *Handbuch Mediation*, München 2009, S. 161, 166 Rn. 22 ff.; *Iris Barthel*, *Der Absolutheitsanspruch des Neutralitätsgebots angesichts auftretender Machtgefälle in der Mediation*, in: Meller-Hannich u. a. (Hrsg.), *Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder*, Baden-Baden 2020, S. 99, 108 ff.

haben, dies zu vermeiden, und andererseits Teile der Literatur den Mediationsakteur für die Wirksamkeit einer Abschlussvereinbarung verantwortlich sehen.¹²⁴²

Die Wiener Vertragsrechtskonvention¹²⁴³ sieht in den Art. 46 ff. Unwirksamkeit allein für Verstöße gegen zwingendes Völkerrecht und bei allgemeinen vertragsrechtlichen Defiziten wie Irrtum oder Täuschung vor.¹²⁴⁴ Die Konvention ist jedoch allein auf zwischenstaatliche Verträge anwendbar, sodass Vereinbarungen in nicht-internationalen bewaffneten Konflikten im Rückschluss aus Art. 3 WVK dem gewohnheitsrechtlichen Völkervertragsrecht unterfallen können, soweit nichtstaatliche bewaffnete Akteure als partielle Völkerrechtssubjekte anerkannt werden und mit ihnen geschlossenen Vereinbarung der völkerrechtlichen Ebene zugeordnet werden.¹²⁴⁵ Darüber hinaus wiegt die Gefahr der gänzlichen oder teilweisen Unwirksamkeit aufgrund der gänzlichen anders gestalteten Durchsetzung des Völkerrechts weniger schwer, als im innerstaatlichen Recht. Zugleich existieren jedoch eine Vielzahl völkerrechtlicher Verpflichtungen, die ebenfalls nicht disponibel sind, jedoch bei Nichtbefolgung zwar einen Völkerrechtsverstoß, nicht aber die Unwirksamkeit der Vereinbarung zur Folge haben. Für den Erkenntnisgewinn aus dem innerstaatlichen Diskurs, der zudem primär zivilistischen Perspektiven auf privatrechtliche

1242 Jörg Eisele, Recht und Gerechtigkeit in der Mediation, Zeitschrift für Rechtsphilosophie 1 (2003), 183, 189; Marc Henschel, Die Bedeutung von Verträgen in der Mediation und die rechtliche Stellung des Mediators, in: Meller-Hannich u. a. (Hrsg.), Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder, Baden-Baden 2020, S. 41, 60; Iris Barthel, Der Absolutheitsanspruch des Neutralitätsgebots angesichts auftretender Machtgefälle in der Mediation, in: Meller-Hannich u. a. (Hrsg.), Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder, Baden-Baden 2020, S. 99, 111 ff. m.w.N.; kritisch Claas Schüddekopf, Zur Nachhaltigkeit einvernehmlicher Konfliktbeilegung: eine empirische Untersuchung von Mediation und Schiedsgerichtsbarkeit, Berlin 2013, S. 126 f.

1243 Vienna Convention on the Law of Treaties, 23.05.1969, UNTS 1155, S. 331.

1244 Zu dem Umstand, dass Friedensabkommen zumeist im Umfeld von Zwang zustandekommen Christine Bell, On the law of peace: peace agreements and the lex pacificatoria, Oxford [u.a.] 2008, S. 262 f.

1245 Zur Anwendung von Nichtigkeitsregeln und dem mehrdeutigen rechtlichen Charakter Christine Bell, On the law of peace: peace agreements and the lex pacificatoria, Oxford [u.a.] 2008, S. 138, 142; zur Anwendbarkeit völkerge-
wohnheitsrechtlichen Völkervertragsrechts und der Nichtigkeitsregeln im spezifischen Kontext von Waffenstillstandsabkommen Lars Müller, Die Rolle nicht-internationaler Waffenstillstandsabkommen im humanitären Völkerrecht, Baden-Baden 2019, S. 215 ff.

Rechtsverhältnisse entstammt,¹²⁴⁶ bedeutet dieser Umstand, dass die Verantwortung des Mediationsakteurs für die Einhaltung des rechtlich nicht disponiblen Rahmens, nicht allein mit dem Verweis auf das Interesse der Parteien am Gelingen des Verfahrens in Form einer rechtlich wirksamen Abschlussvereinbarung begründet werden kann. Indes ist gerade Kern der Erkenntnis dieser Untersuchung, dass die Berücksichtigung nicht-disponiblen Rechts auch in der Friedensmediation mit Blick auf die legitimitätsspendende Rolle des Rechts zum Gelingen des Verfahrens beiträgt. Insofern ist der Grundgedanke durchaus übertragbar. Vor allem aber bietet der Blick in den innerstaatlichen Diskurs die Erkenntnis, dass die Verantwortung des Mediationsakteurs für die Einhaltung nicht disponiblen Rechts trotz aller Spannungen mit dem Begriff der Mediation und dem Rollenverständnis des allparteilichen Mediationsakteurs vereinbar ist.¹²⁴⁷ Dabei unterscheiden sich die Positionen im innerstaatlichen Diskurs vor allem dahingehend, ob der Mediationsakteur dieser Verantwortung etwa über einen inhaltlichen Hinweis, die Anregung der Beratung durch Dritte, die Möglichkeit des Verfahrensabbruchs oder die Kombination mit einer Bedenkzeit nachkommen soll.¹²⁴⁸

Interessant ist darüber hinaus die weit verbreitete Grundannahme, dass der Mediationsakteur in gewisser Hinsicht verantwortlich für den Schutz

1246 Auch mit Verweisen auf die gleichfalls nicht zu negierenden Anwendungsfelder jenseits privatrechtlicher Beziehungen *Roman Köper*, Die Rolle des Rechts im Mediationsverfahren, Berlin 2003, S. 63 f.; mit Beiträgen zu unterschiedlichen Anwendungsfeldern *Caroline Meller-Hannich*, *Sascha Weigel*, Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder, Baden-Baden 2020, S. 167 ff.

1247 *Jörg Eisele*, Recht und Gerechtigkeit in der Mediation, Zeitschrift für Rechtsphilosophie 1 (2003), 183, 189; *Iris Barthel*, Der Absolutheitsanspruch des Neutralitätsgebots angesichts auftretender Machtgefälle in der Mediation, in: Meller-Hannich u. a. (Hrsg.), Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder, Baden-Baden 2020, S. 99, 111.

1248 Diese Optionen im Hinblick auf einen über die Einhaltung zwingenden Rechts hinausgehenden Machtausgleich darstellend *Felix Wendenburg*, Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation, Tübingen 2013, S. 237 ff., 330 ff.; *Claas Schüddekopf*, Zur Nachhaltigkeit einvernehmlicher Konfliktbeilegung: eine empirische Untersuchung von Mediation und Schiedsgerichtsbarkeit, Berlin 2013, S. 126 f.; *Iris Barthel*, Der Absolutheitsanspruch des Neutralitätsgebots angesichts auftretender Machtgefälle in der Mediation, in: Meller-Hannich u. a. (Hrsg.), Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder, Baden-Baden 2020, S. 99, 111 ff. m.w.N.

der schwächeren Konfliktpartei ist.¹²⁴⁹ Besonders deutlich wird dies bei Wolfgang Hoffmann-Riem:

*„Der Mediator kann je unterschiedliche Funktionen wahrnehmen und vor allem eine unterschiedlich intensive Verantwortung für den Erfolg des Verfahrens übernehmen. So kann er sich beispielsweise ausschließlich oder vorrangig für das Zustandekommen und den Ablauf des Verfahrens verantwortlich fühlen — dies bezeichne ich als Rolle des ‚Verfahrensmittlers‘ — oder darüber hinaus Verantwortung für die Verhandlungsführung, das Zustandekommen von Entscheidungen und vor allem von Lösungen übernehmen — hierfür benutze ich die Bezeichnung des ‚Konfliktmittlers‘. In jedem Fall aber muss er sich als neutrale, nicht in den Konflikt interessensmäßig involvierte Instanz begreifen. Da er aber zugleich Garant eines chancengerechten Interessen-Clearing und einer chancengerechten Interessenoptimierung sein soll, muss er diese Neutralität mit Fairness kombinieren. Beispielsweise darf er nicht gleichgültig bleiben, wenn er Machtasymmetrien beobachtet, sondern muss in diesem Fall verfahrenssichernd intervenieren, dabei auch gegebenenfalls die Machtschwachen schützen.“*¹²⁵⁰

In der Friedensmediation, in der die Alternative regelmäßig die Fortsetzung des bewaffneten Konflikts ist, ist der Mediationsakteur nicht für den Ausgleich des Machtverhältnisses zwischen den bewaffneten Akteuren zuständig. Regelmäßig fehlen ihm hierfür auch die Mittel. Der Gedanke, dass der Mediationsakteur Verantwortung für den Schutz der Schwächeren übernehmen soll, lässt sich jedoch insoweit übertragen, als hinter den verhandelnden bewaffneten Akteuren eine Vielzahl von Individuen und Gruppen stehen, die in der Mediation kein oder nur wenig Gehör finden und nicht über die Machtmittel verfügen, um diese durchzusetzen. Ebenso verhält es sich im Hinblick auf andere Individuen, Gruppen und Akteure, die keine Konfliktpartei sind. Sie sind in gewisser Hinsicht – um den Titel der Untersuchung *Felix Wendenburgs* aufzugreifen – die schwächere Partei in der Friedensmediation.¹²⁵¹ Die in dieser Untersuchung für das Recht

1249 Felix Wendenburg, Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation, Tübingen 2013, S. 95 m.w.N.; Iris Barthel, Der Absolutheitsanspruch des Neutralitätsgebots angesichts auftretender Machtgefälle in der Mediation, in: Meller-Hannich u. a. (Hrsg.), Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder, Baden-Baden 2020, S. 99, 115.

1250 Wolfgang Hoffmann-Riem, Modernisierung von Recht und Justiz: eine Herausforderung des Gewährleistungsstaates, Frankfurt am Main 2001, S. 69.

1251 Vgl. Felix Wendenburg, Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation, Tübingen 2013, S. 95 ff.

herausgearbeitete Rolle in der Friedensmediation besteht just darin, zumindest die elementarsten Interessen eben dieser schwächeren Partei – der Subalternen, der nicht oder kaum Beteiligten – zu schützen. Will man aus diesem Teil der innerstaatlichen Debatte etwas in die Friedensmediation übertragen, so ist es der Umstand, dass die Verantwortung des Mediationsakteurs für den Ausgleich zumindest extremer Machtgefälle auch dadurch wahrgenommen werden kann, dass der Mediationsakteur Verantwortung für die Einhaltung nicht-disponiblen Völkerrechts übernimmt.

Vergleichbare Überlegungen zur Verantwortung des Mediationsakteurs im Hinblick auf Machtverteilung findet sich auch im Bereich der Friedensmediation. *Philipp Kastner* greift *Ellen Waldmans* Überlegungen zum Ausgleich von Machtungleichgewichten in der Mediation aus dem innerstaatlichen Kontext auf und überträgt sie auf den Bereich der Friedensmediation.¹²⁵² *Waldman* sieht den Mediationsakteur in der Verantwortung neben dem klassischen „norm-generating“ Mediationsmodell, das privatautonome Konfliktregelung fokussierte, den Ansatz anzupassen, wo kein ausreichender Raum für privatautonome Regelungen ist: in Konstellationen starker Machtgefälle und wenn Interessen, Güter und Normen der Allgemeinheit betroffen sind.¹²⁵³ Je nach Intensität beschreibt *Waldman* sowohl ein „norm-educating“-Mediationsmodell, als auch ein „norm-enforcing“-Mediationsmodell.¹²⁵⁴ *Kastner* bewertet diese Modelle und ihre Anwendung nicht nur positiv, er erkennt darin auch die Praxis der UN im Rahmen der Friedensmediation wieder. Diese würden sich faktisch der waldman'schen „norm-educating“ und „norm-advocating“ Modelle bedienen.¹²⁵⁵

Lars Kirchhoff schreibt, ein interessenbasierter faszilitativer Mediationsstil könne die Teilhabe unterschiedlicher Arten von Akteuren an der Friedensmediation ermöglichen. Dabei müsse der Mediationsakteur jedoch einen dominierenden Einfluss auf den Kommunikationsprozesses durch etwaige Machtgefälle verhindern.¹²⁵⁶ Folglich wird gerade dem Mediationsakteur die Verantwortung für diesen Ausgleich zugewiesen. Besonders

1252 *Philipp Kastner*, *Legal normativity in the resolution of internal armed conflict*, Cambridge 2015, S. 123.

1253 *Ellen A. Waldman*, *Identifying the Role of Social Norms in Mediation: A Multiple Model Approach*, *Hastings Law Journal* 48 (1997), 703, 710 f.

1254 *Ellen A. Waldman*, *Identifying the Role of Social Norms in Mediation: A Multiple Model Approach*, *Hastings Law Journal* 48 (1997), 703, 723, 742.

1255 *Philipp Kastner*, *Legal normativity in the resolution of internal armed conflict*, Cambridge 2015, S. 126.

1256 *Lars Kirchhoff*, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 336.

prägnant wird die zuvor formulierte Verantwortung des Mediationsakteurs für die als schwächere Partei verstandenen Subalternen, die nicht oder kaum Gehörten, bei *Siniša Vuković*:

*„Lastly, the norm of responsibility, or ‚power of the powerless,‘ suggests that there is an intrinsic obligation to assist those actors who are unable to help themselves or who are depending on us.“*¹²⁵⁷

Die Verwirklichung und Wahrnehmung eben dieser Verantwortung identifiziert *Vuković* als Teil der Voraussetzungen für die moralische Rechtfertigung der Friedensmediation,¹²⁵⁸ mit anderen Worten als Voraussetzung ihrer normativen Legitimität. Eben dieser Gedanke der Verantwortung des Mediationsakteurs für die nicht oder kaum Gehörten, wird auch im Hinblick auf die Viktimisierung von Zivilisten in innerstaatlichen Konflikten formuliert. Dabei verdeutlicht die diesbezügliche Anregung, Mediationsakteure sollten ihren Einfluss auf andere Art als bisher nutzen, um stärker auf die Einhaltung humanitären Völkerrechts zu drängen, dass diese Verantwortung, wie auch ihre Wahrnehmung, nicht als zwingender Widerspruch zur Rolle des Mediationsakteurs verstanden wird.¹²⁵⁹ Das Beispiel der Mediation durch die Afrikanische Union und die Southern African Development Community (SADC) in Madagaskar unter dem Vorzeichen des Verbots nicht-verfassungsmäßiger Regierungswechsel verdeutlicht, dass sich die beschriebene Rolle des Recht keineswegs auf individualschützende Normen des menschenrechtlichen und humanitärrechtlichen Kontexts beschränkt.¹²⁶⁰ Andererseits zeigt es auch die Heraus-

1257 *Siniša Vuković*, Soft Power, Bias and Manipulation of International Organizations in International Mediation, *International Negotiation* 20 (2015), 414, 427.

1258 *Siniša Vuković*, Soft Power, Bias and Manipulation of International Organizations in International Mediation, *International Negotiation* 20 (2015), 414, 428.

1259 *Levke Aduda, Margit Bussmann*, Mediation and the dynamics of civilian victimisation in intrastate conflicts in Africa, *Civil wars* 22 (2020), 64, 81.

1260 *Antonia Witt*, Mandate impossible: Mediation and the return to constitutional order in Madagascar (2009–2013), *African Security* 10 (2017), 205, 205 f.; *Abdulqawi Yusuf*, Pan-Africanism and international law, *RdC* 369 (2014), 168, 295, 307 ff.; zum Verbot selbst *Rafâa Ben Achour*, Changements anticonstitutionnels de gouvernement et droit international, *RdC* 379 (2016), 397, 492 ff., 525 ff.; die Übernahme von Verantwortung für das Verbot von Coups durch die AU als Mediatorin bis 1996 in Burundi zurückverfolgend *Muna Ndulu*, The prohibition of the unconstitutional change of government, in: *Yusuf u. a. (Hrsg.)*, *The African Union*, Leiden 2012, S. 251, 262 f.

forderung der Fürsprache im Spannungsverhältnis zwischen Normdurchsetzung und lokaler Selbstbestimmung.¹²⁶¹ Dabei benennt *Antonia Witt* in diesem Spannungsverhältnis auch Probleme für die Rolle des Mediationsakteurs und die Aufrechterhaltung der begrifflichen Eindeutigkeit dessen, was unter Mediation verstanden wird. Sie resümiert, dass schlussendlich erst ein transparentes Bekenntnis zur Übernahme von Verantwortung für die Einhaltung von Normen, wie dem Verbot nicht verfassungsgemäßer Regierungswechsel und die damit verbundenen Herausforderungen dazu beitragen wird, dass sowohl die Verwirklichung der rechtlichen Normen und einer Mediation im engeren Sinne gelingen können.¹²⁶²

Dieses madegassische Beispiel verdeutlicht zudem, dass Mediationsakteure in der friedensmediatorischen Praxis fast nie nur eine Verantwortung gegenüber den Konfliktparteien und deren wechselseitigen Interessen haben. Im Hinblick auf die Interessen der internationalen Gemeinschaft wird dieser Umstand auch als normative Feststellung und Forderung artikuliert.¹²⁶³ Diesen Umstand schildern auch die zwei erfahrenen Mediatoren *Lakhdar Brahimi* und *Salman Ahmed* als kaum zu unterschätzenden Aspekt in der Praxis der Friedensmediation.¹²⁶⁴ Dabei verweist die Einbeziehung der Interessen der internationalen Gemeinschaft weniger auf die konkreten Interessen ihrer institutionellen Vertreter und Wortführer, als auf die gemeinsamen Interessen aller. Schlussendlich handelt es sich vor allem darum, dass der Mediationsakteur für die Einhaltung von erga omnes-Normen mitverantwortlich ist und diese, soweit es sich um zwingendes Völkerrecht handelt, einen globalen Mindeststandard darstellen.¹²⁶⁵ Dabei

1261 *Antonia Witt*, *Mandate impossible: Mediation and the return to constitutional order in Madagascar* (2009–2013), *African Security* 10 (2017), 205, 217 f.

1262 *Antonia Witt*, *Mandate impossible: Mediation and the return to constitutional order in Madagascar* (2009–2013), *African Security* 10 (2017), 205, 218 f.

1263 *Lars Kirchhoff*, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 307 ff., 329 f.; teildentisch *Lars Kirchhoff*, *Linking mediation and transitional justice: the use of interest-based mediation in processes of transition*, in: Ambos u. a. (Hrsg.), *Building a future on peace and justice: studies on transitional justice, peace and development; the Nuremberg declaration on peace and justice*, Berlin [u.a.] 2009, S. 237, 255 ff.; *Anja Weichold*, *Internationale Mediation – die alternative Streitbeilegung durch Hinzuziehung eines Dritten*, in: Meller-Hannich u. a. (Hrsg.), *Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder*, Baden-Baden 2020, S. 249, 259, 266.

1264 *Lakhdar Brahimi*, *Salman Ahmed*, *In Pursuit of Sustainable Peace: The Seven Deadly Sins of Mediation*, Center on International Cooperation (CIC), New York University, New York 2008, S. 8.

1265 *Lars Kirchhoff*, *Constructive interventions*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008, S. 307 ff., 329 f.; teildentisch *Lars Kirchhoff*, *Linking mediation and transition-*

darf zugleich nicht vergessen werden, dass Kern dieser Normen der Schutz von Individuen und Gruppen vor Gewalt in unterschiedlichen Formen darstellt und die Verletzung dieser Individuen und Gruppen sodann als Verletzung aller im Sinne einer gemeinsamen geteilten Menschlichkeit gedacht wird.¹²⁶⁶ Folglich muss diese Verantwortung des Mediationsakteurs sorgsam ausgeübt werden, damit sie sich nicht paternalistisch gegen jene wendet, denen sie in erster Linie dienen soll.¹²⁶⁷

Die Verantwortung des Mediationsakteurs ist nicht allein eine Verantwortung im Sinne und innerhalb des Verfahrens. Die weit überwiegende Zahl von ihnen trifft auch eine völkerrechtliche Verantwortlichkeit, sollte durch das Mediationsverfahren oder die an seinem Schluss stehende Vereinbarung gegen Völkerrecht verstoßen werden. Sowohl die Art. 16 der Articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts der International Law Commission,¹²⁶⁸ als auch Art. 14 der Articles on Responsibility of International Organizations,¹²⁶⁹ enthalten mit der Normie-

al justice: the use of interest-based mediation in processes of transition, in: Ambos u. a. (Hrsg.), *Building a future on peace and justice: studies on transitional justice, peace and development; the Nuremberg declaration on peace and justice*, Berlin [u.a.] 2009, S. 237, 255 ff.; zum Verhältnis von jus cogens und erga omnes Normen *Christian J. Tams*, *Enforcing obligations erga omnes in international law*, Cambridge [u.a.] 2005, S. 138 ff.; *Stefan Kadelbach*, *Jus Cogens, Obligations Erga Omnes and Other Rules – the Identification of Fundamental Norms*, in: Tomuschat u. a. (Hrsg.), *The Fundamental Rules of the International Legal Order*, Leiden 2006, S. 21, 26 ff.; *Giorgio Gaja*, *The protection of general interests in the international community: general course on public international law*, RdC 364 (2014), 9, 53 ff.; *Dire Tladi*, *The International Law Commission's draft conclusions on preremptory norms of general international law (jus cogens): making wine from water or more water than wine*, *Nordic journal of international law* 89 (2020), 209, 257 f.

1266 Statt vieler *Christian Tomuschat*, *Reconceptualizing the Debate on Jus Cogens and Obligations Erga Omnes – Concluding Observations*, in: Tomuschat u. a. (Hrsg.), *The Fundamental Rules of the International Legal Order*, Leiden, Niederlande, 2006, S. 425, 425 f.; *Mohammed Bedjaoui*, *L'humanité en quête de paix et de développement (II): cours général de droit international public* (2004), RdC 325 (2008), 9, 501, 507 f.

1267 *Michal Saliternik*, *Reducing the price of peace: the human rights responsibilities of third-party facilitators*, *Vanderbilt journal of transnational law* 48 (2015), 179, 226; zum dahinterliegenden Verständnis *Itamar Mann*, *The Exodus Encounter: towards a foundational theory of human rights*, *Texas international law journal* 50 (2015), 1, 5; *Itamar Mann*, *Humanity at Sea*, New York 2016, S. 225.

1268 A/Res/56/83.

1269 A/Res/66/100.

rung der Beihilfe eine Rechtsfigur, durch welche die Verantwortlichkeit von Mediationsakteuren erfasst werden kann, sofern es sich bei ihnen um Staaten oder Internationale Akteure handelt, bzw. Akteure die diesen zugerechnet werden können. Hinsichtlich der verbleibenden Arten von Mediationsakteuren ist es wichtig, sich vor Augen zu führen, dass deren Aktivität und Relevanz zwar zunimmt, gerade Mediationsverfahren auf der Führungsebene (Track eins) jedoch nach wie vor von Staaten und Internationalen Organisationen dominiert werden.¹²⁷⁰ Ohne die Beteiligung von Track eins kommt jedoch in der Regel die abschließende Vereinbarung nicht zustande. Darüber hinaus sind private Mediationsakteure zumeist über die Finanzierung ihrer Mediationsaktivität mit Internationalen Organisationen und Staaten verbunden,¹²⁷¹ was diese wiederum nicht aus der Verantwortung und je nach Finanzierungsverhältnis auch nicht aus der Verantwortlichkeit entlässt. Dies soll jedoch im nachfolgenden Abschnitt erörtert werden.

Art. 16 der Articles on State Responsibility und Art. 14 der Articles on Responsibility of International Organizations definieren Beihilfe als einen eigenständigen Rechtsverstoß. Zudem normiert Art. 41 Abs. 2 der Articles on State Responsibility ein erweitertes Beihilfeverbot für schwerwiegende Verletzungen.¹²⁷² Beihilfe liegt dann vor, wenn der Staat oder die Internationale Organisation einem anderen Staat oder einer anderen Internationalen Organisation wissentlich dabei helfen oder unterstützen („aid or assist“), einen Völkerrechtsverstoß zu begehen. Die Unterstützung oder Hilfe muss eine bestimmte, nicht weiter definierte Schwelle erreichen, um völkerrechtliche Verantwortlichkeit auszulösen.¹²⁷³ Hier stellt sich die Frage, ob der Beitrag des Mediationsakteurs dafür tatsächlich ausreicht. In der Tat sind die Konstellationen, in deren Zusammenhang über Beihilfe nachgedacht wird zumeist anders geartet. Diskutiert werden etwa Über-

1270 *Michal Saliternik*, Reducing the price of peace: the human rights responsibilities of third-party facilitators, *Vanderbilt journal of transnational law* 48 (2015), 179, 231 f.; *Marko Lehti*, The Era of Private Peacemakers: A New Dialogic Approach to Mediation, *Cham* 2019, S. 5 f., 228 ff.

1271 *Marko Lehti*, The Era of Private Peacemakers: A New Dialogic Approach to Mediation, *Cham* 2019, S. 6, 235.

1272 *Carmen Thiele*, Das Verhältnis zwischen Staatenverantwortlichkeit und Menschenrechten, *AVR* 49 (2011), 343, 363 f.

1273 *Helmut Philipp Aust*, Complicity and the law of state responsibility, *Cambridge [u.a.]* 2011, S. 195 ff., 230; *Miles Jackson*, Complicity in international law, *Oxford* 2015, S. 153 ff.; *Vladyslav Lanovoy*, Complicity and its limits in the law of international responsibility, *Oxford* 2016, S. 94 ff.

flugrechte im Zuge des US-Angriffs auf den Irak 2003 oder die Beiträge andere Staaten zum Betrieb illegaler Verhörzentren durch die CIA.¹²⁷⁴ Doch nimmt man letztlich den Wortlaut der beiden Normen ebenso ernst, wie das Selbstverständnis der Friedensmediation, wird man nicht umhinkommen anzuerkennen, dass beide passgenau ineinander greifen. Friedensmediation ist die Unterstützung der Konfliktparteien bei der Beilegung ihres Konflikts. Dabei wird der Schritt von der dyadischen zur triadischen Verhandlungsstruktur als signifikanter Mehrwert begriffen. Auch die Konfliktparteien, die eine Mediation durchführen, teilen offensichtlich diese Einschätzung, würden sie doch andernfalls schlicht ohne Beteiligung Dritter miteinander verhandeln. Dieser Beitrag des Mediationsakteurs besteht über die gesamte Palette der dargestellten Mediationsstile. Folglich existiert ohne den Mediationsakteur schlicht keine Mediation. Ohne Mediation hätte die Kommunikation zwischen den Konfliktpartien – so sie denn überhaupt stattfände – höchst wahrscheinlich nicht nur eine andere Form, sondern auch einen anderen Inhalt und ein anderes Ergebnis. Dieser Beitrag des Mediationsakteurs genügt den Anforderungen an die Erheblichkeitsschwelle der Beihilfe. Zudem unterscheidet er sich deutlich von der Anstiftung oder ähnlichen Rechtsfiguren, die nicht Bestandteil des Regimes völkerrechtlicher Verantwortlichkeit sind, da er nicht darin besteht, inhaltlich auf den Völkerrechtsverstoß hinzuwirken.¹²⁷⁵

Eingeschränkt wird diese weitreichende Normierung der Verantwortlichkeit durch die jeweilige lit. b) der beiden Normen, nach welcher der jeweilige Verstoß auch dann ein solcher sein müsste, wenn der helfende oder unterstützende Akteur ihn selbst beginge.¹²⁷⁶ Folglich hätte etwa ein fiktives norwegisches Mediationsteam im Kontext des madegassischen Konflikts keine Beihilfe zu einem Verstoß gegen das regionale Verbot nicht-verfassungsgemäßer Regierungswechsel leisten können. Während diese Einschränkung zum Teil deutlich kritisiert wird,¹²⁷⁷ verdeutlicht sie

1274 *Helmut Philipp Aust*, *Complicity and the law of state responsibility*, Cambridge [u.a.] 2011, S. 1 f., 107 ff.

1275 *Miles Jackson*, *Complicity in international law*, Oxford 2015, S. 154 ff.

1276 Zur Frage der Rechtsbindung der UN im Zuge der Staatenverantwortlichkeit *Christine M Chinkin*, *United Nations accountability for violations of international human rights law*, RdC 395 (2018), 199, 243 ff.

1277 *Helmut Philipp Aust*, *Complicity and the law of state responsibility*, Cambridge [u.a.] 2011, S. 249 ff.; *Miles Jackson*, *Complicity in international law*, Oxford 2015, S. 162 ff.; *Vladyslav Lanovoy*, *Complicity and its limits in the law of international responsibility*, Oxford 2016, S. 103 ff.

gleichwohl die ohnehin im Bereich der Friedensmediation bestehende Heterogenität im Hinblick auf die akteursspezifischen Normen.¹²⁷⁸

Die so aufscheinenden Lücken und Ausweichmöglichkeiten für weniger normaffine Akteure sollten hingegen nicht fehlgedeutet werden. Es ist ohnehin nicht davon auszugehen, dass Mediationsakteure dort, wo die Voraussetzungen für Beihilfe erfüllt sind, die im Bereich der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit vorgesehenen Konsequenzen fürchten müssten. So erscheint es etwa eher fernliegend, dass ein oder mehrere Staaten diesen für dessen Handeln als Mediator verklagen würden.¹²⁷⁹ Für die UN als sehr aktive Mediatorin rückt dieses Risiko durch die Voraussetzungen für eine Advisory Opinion des IGH sowie das praktische Fehlen sonstiger externer gerichtlicher Überprüfbarkeit in noch weitere Ferne,¹²⁸⁰ auch wenn die Potentiale dieser Verfahren nicht unterschätzt werden sollten.¹²⁸¹ Kern dieser Untersuchung war, dass die Berücksichtigung rechtlicher Normen im eigenen Interesse der beteiligten Akteure ist. Dieses Argument zielt nicht primär auf gerichtliche Durchsetzung. Stattdessen sollen die beteiligten Akteure Verantwortung für das Interesse an der Normeinhaltung übernehmen. Vor allem hierbei ist die Figur der Beihilfe förderlich. Sie verdeutlicht, was der Mediationsakteur tut. Sie macht sein Handeln in völkerrechtlichen Begriffen beschreibbar und hebt dabei die Verantwortungsverhältnisse hervor. Die Erkenntnis, dass es überhaupt möglich ist, dass das Handeln des Mediationsakteurs einen eigenen Völkerrechtsverstoß darstellen kann, dürfte es auch dann erschweren, die eigene Verantwortung abzustreifen, wenn mangels kongruenter Rechtsbindung eine Beihilfe ausscheidet.

Die Figur der Beihilfe trägt auch dazu bei, die Frage zu beantworten, wie Mediationsakteure ganz praktisch ihrer Verantwortung nachkommen sollen. Sie verdeutlicht zum einen, dass es im ersten Schritt die Parteien

1278 Vgl. *Lars Kirchhoff, Anne Isabel Holper, Felix Würkert*, Normen: Rückgrat oder Korsett der Friedensmediation?, *ZeFKo* 10 (2021), 45, 59 ff.

1279 *Giorgio Gaja*, The protection of general interests in the international community: general course on public international law, *RdC* 364 (2014), 9, 100 f.

1280 Zu internen und externen Kontrollmechanismen der Vereinten Nationen *Mirka Möldner*, Accountability of International Organizations and Transnational Corporations: A Comparative Analysis, Baden-Baden 2019, S. 50 ff., 118 ff.; spezifisch zur menschenrechtlichen Verpflichtungen *Christine M. Chinkin*, United Nations accountability for violations of international human rights law, *RdC* 395 (2018), 199, 271 ff.

1281 *Carmen Thiele*, Der Schutz der Menschenrechte durch den IGH, *AVR* 51 (2013), 1, 39.

sind, die Verantwortung übernehmen müssen und die sicher gehen müssen, dass sie nicht gegen ihre völkerrechtlichen Pflichten verstoßen. Das Verhalten des Mediationsakteurs hängt somit von jenem der Konfliktparteien ab.¹²⁸² Haben sie diesen Aspekt im Blick, kann sich der Mediationsakteur auf das zurückziehen, was *Waldman* einen „norm-generating“-Mediationsstil nennt. Dabei zielt das Verfahren auf die Etablierung einer gemeinsamen normativen Grundlage für die Beilegung des Konflikts durch die Parteien ab. Diese berücksichtigen eigenständig, dass sie dabei den rechtlichen Rahmen einhalten. Sollte dies nicht bereits zu Beginn deutlich sein, kann der Mediationsakteur auf den „norm-educating“ Ansatz zurückgreifen, indem er Verantwortung dafür übernimmt, dass die Konfliktparteien sich ihrer rechtlichen Verpflichtungen bewusst sind. Dieser Ansatz knüpft einerseits an das Prinzip der Informiertheit als Grundlage der Mediation an und kann zum anderen die hier erarbeitete Erkenntnis zur produktiven Rolle des Rechts in der Friedensmediation vermitteln. Wo die Konfliktparteien diesem Eigeninteresse jedoch nicht folgen, bleibt lediglich der Zugriff auf den „norm-enforcing“ Ansatz.¹²⁸³ Dabei stellt sich die Frage, welche Mittel dem Mediationsakteur hierfür zur Verfügung stehen. Letztlich ist es nicht mehr, als der Mediationsakteur ohnehin im Rahmen des jeweiligen Mediationsstils einsetzt. Der Mediationsakteur kann lediglich im Rahmen seiner Möglichkeiten handeln. Wie weitreichend diese zum Teil sein können, wurde in dieser Untersuchung aufgezeigt. Erforderlich ist daher vor allem die Bereitschaft des Mediationsakteurs, sich für die Berücksichtigung rechtlicher Normen verantwortlich zu sehen und die zur Verfügung stehenden Mittel dafür einzusetzen. Ganz zum Schluss bedeutet dies, dass der Mediationsakteur, dessen die Beihilfe konstituierender Beitrag die Bereitstellung des Verfahrens ist, das Verfahren abbricht, wenn dieses auf einen Rechtsbruch hinausläuft. Die eigene Präsenz hat zugleich das Potential zum Beitrag und zum Durchsetzungsinstrument. Sie kann Verantwortlichkeit begründen und ermöglicht andererseits, Verantwortung zu übernehmen.

1282 Vgl. zu einer solchen Verteilung der Verantwortung *Michal Saliternik*, Reducing the price of peace: the human rights responsibilities of third-party facilitators, *Vanderbilt journal of transnational law* 48 (2015), 179, 209 f.

1283 *Ellen A. Waldman*, Identifying the Role of Social Norms in Mediation: A Multiple Model Approach, *Hastings Law Journal* 48 (1997), 703, 723, 742; *Philipp Kastner*, Legal normativity in the resolution of internal armed conflict, Cambridge 2015, S. 133.

III. Geldgeber*innen, Mediationsunterstützung und Internationale Gemeinschaft

Friedensmediation findet weder in einem rechtlichen noch in einem politischen Vakuum statt. Mediationsprozesse müssen finanziert werden. Häufig benötigen sie Gastgeber*innen. Mediationsakteure und Konfliktparteien haben regelmäßig Beratungs- und anderen Unterstützungsbedarf. All das wird durch Mitglieder der internationalen Gemeinschaft geleistet. Staaten wie die Schweiz verfügen über eine weit zurückreichende Gaststaatspolitik.¹²⁸⁴ Das Sekretariat der Vereinten Nationen, aber auch die OSZE, IGDAD, die Schweiz und andere weisen etablierte Strukturen auf, die Mediationsunterstützung leisten.¹²⁸⁵ Die UN verfügt dabei mit dem Standby Team of Experts über ein Instrument zur schnellen Bereitstellung beratender Expertise.¹²⁸⁶ Das Feld der Mediationsunterstützung umfasst auch eine Vielzahl privater Akteure wie Think-Tanks, Nichtregierungsorganisationen oder religiösen Gemeinschaften.¹²⁸⁷

Auch diese Akteure trifft Verantwortung. Zum Teil stellt sich auch hier die Frage der Verantwortlichkeit. Geldgeber*innen, die den Mediationsprozess finanzieren, könnten ebenfalls unter die Figur der Beihilfe gefasst werden. Das bloße zur Verfügung stellen von Geld ist dabei weder ein neutraler Akt, noch ein Weg, um Verantwortlichkeit zu entgehen.¹²⁸⁸ Selbst bei der Unterstützung für private Akteure gehen manche Stimmen

1284 *Laurent Goetschel*, Bound to be peaceful? the changing approach of Western European small states to peace, *Swiss Political Science Review* 19 (2013), 259, 265.

1285 *David Lanz, Jamie Pring, Corinne Von Burg, Mathias Zeller*, Understanding Mediation Support Structures, *Swisspeace*, Bern 2017, S. 7 ff.

1286 *Elodie Convergne*, Learning to Mediate? The Mediation Support Unit and the Production of Expertise by the UN, *Journal of Intervention and Statebuilding* 10 (2016), 181, 182.

1287 *Elodie Convergne*, UN Mediators' Collaboration with Scholars and Expert NGOs: Explaining the Need for Knowledge-Based Communities in Today's Conflicts, *International Negotiation* 21 (2016), 135, 137 ff.; *Marko Lehti*, The Era of Private Peacemakers: A New Dialogic Approach to Mediation, *Cham* 2019, S. 10.

1288 Vgl. *Helmut Philipp Aust*, Complicity and the law of state responsibility, *Cambridge [u.a.]* 2011, S. 199; *Vladyslav Lanovoy*, Complicity and its limits in the law of international responsibility, *Oxford* 2016, S. 99, 176; *Harriet Moynihan*, Aiding and assisting: the mental element under Article 16 of the International Law Commission's Articles on State Responsibility, *International & comparative law quarterly* 67 (2018), 455, 469.

von einer Anwendbarkeit der Beihilfe aus.¹²⁸⁹ Welche Rolle die Beihilfe im Rahmen der Finanzierung von Friedensmediationen für die Berücksichtigung rechtlicher Normen spielen kann, verdeutlicht ein Zitat *Vaughan Lowes*:

*„The bonds that tie us most effectively are those of which we are least aware, those with which we comply out of sheer habit. If I am right in believing that Article 16 ascribes responsibility to States, in some circumstances at least, for unlawful acts that are facilitated by the provision of foreign aid (whether that aid be financial, technical, or of some other kind), it is likely that before very long it will become a matter of routine in donor States to review the legality of conduct of the recipient State that is materially facilitated by that aid. Such a bureaucratisation of the monitoring of compliance with international law, partial as it might be, would make a significant contribution to the entrenchment of the rule of law in the international community.“*¹²⁹⁰

Vor allem aber trifft die internationale Gemeinschaft und die sie konstituierenden Akteure im Kontext der Friedensmediation eine Verantwortung für die Berücksichtigung rechtlicher Normen. Wie das im Rahmen dieser Untersuchung herangezogene Beispiel der Mediation zur Umsetzung des Urteils des IGH zu Bakassi zeigt, verfolgen Akteure der internationalen Gemeinschaft auch eigene Interessen, wie die, ihre eigene Funktionsfähigkeit und die ihrer Mechanismen unter Beweis zu stellen.¹²⁹¹ Diese eigenen Interessen sind zum Teil so ausgeprägt, dass die internationale Gemeinschaft nah an die Rolle einer eigenständigen Verhandlungspartei heranrückt.¹²⁹² Losgelöst von der Frage, was dieser Umstand für die Fähigkeit zu mediierten oder die Mediation zu unterstützen, bedeutet oder bedeuten

1289 *Atsuko Kanehara*, Reassessment of the acts of the state in the law of state responsibility: a proposal of an integrative theoretical framework of the law of state responsibility to effectively cope with the internationally harmful acts of non-state actors, *RdC* 399 (2019), 9, 237 f., 250; zum Hintergrund und der Entwicklung der Idee vgl. *Helmut Philipp Aust*, Complicity and the law of state responsibility, Cambridge [u.a.] 2011, S. 92 ff.; kritisch zur Anwendbarkeit der Beihilfe und auf direkte Zurechnung verweisend *Olivier de Frouville*, Attribution of Conduct to the State: Private Individuals, in: Crawford u. a. (Hrsg.), *The law of international responsibility*, Oxford 2010, S. 257, 275 ff.

1290 *Vaughan Lowe*, Responsibility for the Conduct of Other States, *Kokusai hō gaikō zasshi* 101 (2002), 1, 14; zitiert und argumentativ angereichert bei *Miles Jackson*, *Complicity in international law*, Oxford 2015, S. 171 f.

1291 Siehe hierzu C.III.1.b.

1292 *Lars Kirchhoff*, Constructive interventions, *Alphen aan den Rijn* [u.a.] 2008, S. 72, 304, 329 f.

sollte,¹²⁹³ folgt daraus, dass Akteure der internationalen Gemeinschaft, deren Rolle der einer Verhandlungspartei ähnelt, auch in ähnlicher Weise für die Berücksichtigung rechtlicher Normen Verantwortung übernehmen müssen. Dabei gelten zum einen die bereits zuvor zur Problematik der Fürsprache dargelegten Aspekte. Vor allem aber führt dieser Umstand dazu, dass der jeweilige Akteur nicht nur sein eigenes unmittelbares Interesse verfolgen darf – und dieses mag in der Einhaltung bestimmter Normen bestehen –, sondern er muss Verantwortung für eine in Gänze rechtskonforme Lösung übernehmen.

Sind die Interessen der internationalen Gemeinschaft zuvor als Teil der Verantwortung des Mediationsakteurs für die Berücksichtigung rechtlicher Normen herangezogen worden, konzipiert *Michal Saliternik* eine Verantwortung der gesamten internationalen Gemeinschaft für rechtskonforme Friedensmediation. Ausgangspunkt dieser Konzeption ist dabei ein menschenzentriertes Souveränitätsmodell im Gegensatz zu einem volks- oder staatszentrierten Modell.¹²⁹⁴ Auch wenn dieser Ansatz zu leichtfertig mit dem Risiko missbräuchlicher Interventionen im Kontext des Globalen Nord-Südmachgefälles umgeht,¹²⁹⁵ zeigt er losgelöst von der Reichweite der aus der Verantwortung abgeleiteten Handlungsoptionen die Verantwortung selbst adäquat auf. So ist wichtig, dass die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft sekundär hinter der primären Verantwortung der Konfliktparteien steht.¹²⁹⁶ Dort, wo die internationale Gemeinschaft kollektiv durch Internationale Organisationen tätig wird, oder wo sich einzelne Akteure betätigen, dort muss diese Tätigkeit im Rahmen der Verantwortung für rechtskonforme Friedensmediation stattfinden. So gilt letztlich auch für die internationale Gemeinschaft im Rahmen der Mediationsunterstützung, was in dieser Untersuchung für das Mediationsverfahren im Kern herausgearbeitet wurde: Einfluss, die Möglichkeit zur Freiheits- und Rechteverkürzung, ist legitimationsbedürftig. Diese Legitimität

1293 *Lars Kirchhoff*, Constructive interventions, *Alphen aan den Rijn* [u.a.] 2008, S. 304.

1294 *Michal Saliternik*, Reducing the price of peace: the human rights responsibilities of third-party facilitators, *Vanderbilt journal of transnational law* 48 (2015), 179, 208 f.

1295 *Michal Saliternik*, Reducing the price of peace: the human rights responsibilities of third-party facilitators, *Vanderbilt journal of transnational law* 48 (2015), 179, 232 ff.

1296 *Michal Saliternik*, Reducing the price of peace: the human rights responsibilities of third-party facilitators, *Vanderbilt journal of transnational law* 48 (2015), 179, 183 f.

bedarf aber der Berücksichtigung des Rechts in seiner emanzipatorischen Stoßrichtung. Insofern hat *Saliternik* recht, wenn sie die internationale Gemeinschaft in der Verantwortung sieht, zu verhindern, dass Mediationsakteure selbst das Recht außer Acht lassen.¹²⁹⁷

Insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung von Friedensmediation besteht die größte Herausforderung für die Internationale Gemeinschaft und ihre einzelnen Akteure darin, dass die Verantwortung für die Berücksichtigung rechtlicher Normen in den durch sie unterstützten und finanzierten Friedensmediationen nicht allein zu einem bürokratischen Formblatt gerät, dem gleichbleibende Bekenntnisse und formelhafte Berichte angefügt werden. Andernfalls führt die Übernahme der Verantwortung in einem, ohnehin in Teilen normkritischen Praxisumfeld, allein zu Ermüdung und Zynismus. Zugleich könnte sich eine solche Praxis kaum einer schablonenhaften Anwendung erwehren, die das emanzipatorische Potential des Rechts konterkariert. Stattdessen ist eine Kultur der Verantwortung für das Recht in der Friedensmediation wichtig. Teil dessen ist es, die komplexe Heterogenität und Kontextabhängigkeit rechtlicher Verpflichtungen nicht aus dem Blick zu verlieren. Dazu gehört auch, die Grundlagen der eigenen Expertise und die damit verbundene Position systematisch zu reflektieren und zu hinterfragen. Gerade im Bereich der Mediationsunterstützung kann diese Kultur der Verantwortung gelebt und vermittelt werden.

IV. Konklusion

Zu Beginn dieser Untersuchung wurde aufgezeigt, dass es allein einem Zufall geschuldet ist, dass eine völkerrechtliche Kodifikation der Art und Weise wie Mediation stattfindet, seit Gründung der Vereinten Nationen nie wirklich unternommen wurde. *Saliternik* räumt einer solchen Kodifikation, die sie als „*Peacemaking Convention*“ bezeichnet, gegenwärtig zu Recht wenig Aussicht auf Erfolg ein.¹²⁹⁸ Zugleich verhält es sich damit, wie so oft mit dem Wunsch oder Ruf nach neuer Kodifikation. Vieles

1297 Vgl. *Michal Saliternik*, Reducing the price of peace: the human rights responsibilities of third-party facilitators, *Vanderbilt journal of transnational law* 48 (2015), 179, 223 f.

1298 *Michal Saliternik*, Reducing the price of peace: the human rights responsibilities of third-party facilitators, *Vanderbilt journal of transnational law* 48 (2015), 179, 236.

von dem, was der Regelung oder der Niederschrift auf den ersten Blick zu bedürfen scheint, lässt sich auf den zweiten Blick mit den bereits existierenden Rechtstexten und sonstigen Normen bearbeiten und beantworten. Für die im Zuge dieser Untersuchung vor allem behandelte Thematik der Berücksichtigung rechtlicher Normen in der Friedensmediation wäre aus einer Peacemaking Convention vordergründig auch wenig zu erwarten. Der Umstand, dass die Zuhilfenahme des spezifischen Streitbeilegungsmechanismus der Mediation die beteiligten Akteure nicht von ihren völkerrechtlichen Pflichten entbindet, dürfte dort kaum explizit normiert werden. Doch hätte eine solche Kodifikation oder bereits die Befassung damit gleichwohl die enge Beziehung des Völkerrechts zum Gegenstand und zum Verfahren der Friedensmediation verdeutlichen können. Somit wäre es möglich hervorzuheben, dass – ganz wie es der fließende Verlauf der Aufzählung der Streitbeilegungsmechanismen in Art. 33 UNCh suggeriert – keine strikte Dichotomie zwischen rechtlichen und politischen Streitbeilegungsmechanismen existiert, wie auch zwischen Recht und Politik eine solche Dichotomie kaum aufrechtzuerhalten ist. Zwei Formulierungen bringen diese Verschränkung im Bereich der friedlichen Streitbeilegung besonders zum Ausdruck:

„[...] to bring about, by peaceful means, and in conformity with the principles of justice and international law, adjustment or settlement of international disputes or situations which might lead to a breach of the peace[.]“

„All Members shall settle their international disputes by peaceful means in such a manner that international peace and security, and justice, are not endangered.“

Diese beiden Sätze aus Art. 1 Ziff. 1¹²⁹⁹ und Art. 2 Ziff. 3 UNCh sind Appell, Versprechen und Normierung in einem. Sie zeigen, dass politische Streitbeilegung nicht als Verhandeln in einer Sphäre jenseits des Rechts konzipiert wurde.¹³⁰⁰ Zudem beinhalten sie die Eckbegriffe, entlang derer sich diese Untersuchung entwickelt hat und zwischen denen ein Spannungsverhältnis besteht.

Frieden als Ziel der Mediation kann nicht befohlen werden. Er ist das Ergebnis der Bereitschaft aller Beteiligten ihn einzuhalten bzw. zu wahren. In der Friedensmediation beruht diese Bereitschaft auf der Einigung der

1299 Hervorhebungen durch den Verfasser.

1300 Rüdiger Wolfrum, Article 1, in: Simma u. a. (Hrsg.), The Charter of the United Nations: A Commentary, Bd. I, Oxford [u.a.] 2012, S. 105, 113 Rn. 21.

Verhandlungsparteien. Diese Umstände schlagen sich auch im mehrdeutigen rechtlichen Charakter von Friedensvereinbarungen nieder.¹³⁰¹ Dem folgend hat diese Untersuchung gezeigt, welche Bedeutung Legitimität für die Friedensmediation haben kann. Sie hat gezeigt, dass normativ verstandene Legitimität ein Attribut ist, das zu einer positiven moralischen Bewertung der Mediation führt. Sie hat dargelegt, dass Legitimität Menschen eine moralische Grundlage gibt, den Ergebnissen der Mediation Folge zu leisten. Zudem sichert das Attribut der Legitimität nach außen Bestand und Kooperation. Neben dieser normativen Zuschreibung hat diese Untersuchung auch dargelegt, dass Legitimität als deskriptiver Begriff tatsächlich Regelbefolgung, Stabilität und Anerkennung, Identifikation sowie ein steigendes Partizipationsinteresse erfasst. Dabei kann festgehalten werden, dass die greifbaren Effekte deskriptiver Legitimität nicht ohne die moralischen Folgen normativer Legitimität stehen können. Für die Friedensmediation besteht der Beitrag dieser Untersuchung daher auch darin, den in vielen Aspekten diffusen Begriff der Legitimität in seiner Bedeutung für die Praxis zu schärfen. Die Friedensmediation, die das Versprechen des friedlich herbeigeführten nachhaltigen Friedens einlösen soll, aber den Frieden genauso wenig erzwingen kann, wie die Bereitschaft der Parteien, den Frieden zu wahren, bedarf dieses Attributs der Legitimität, wenn sie dem Frieden eine nachhaltige Grundlage geben will.

Vor diesem Hintergrund hat die Untersuchung aufgezeigt, wie breit gefächert die Friedensmediation als Bezugspunkt des Attributs der Legitimität ist. Dabei wurde verdeutlicht, dass alle Formen dessen, was üblicherweise als Friedensmediation bezeichnet wird, prozessbezogenen Legitimationsbedarf aufweisen. Der Schritt von der dyadischen Verhandlungsstruktur hin zur triadischen Struktur der Mediation soll gerade ein Mehr an Handlungsoptionen schaffen, soll also die von den Parteien alleine nicht gefundene Lösung erreichbar machen. Dieses Mehr wird durch die jeweiligen Mediationsstile erreicht und stellt eine Veränderung, ein Potential dar, das der Legitimation bedarf. Während diese Erkenntnis hinsichtlich der Power Mediation naheliegender ist, konnte auch gezeigt werden, dass sowohl der die propositorische Mediation auszeichnende Vorschlag, als auch die mediatorische Praxis im Rahmen faszilitativer Mediation legitimationsbedürftig ist. Im Rahmen der propositorischen Mediation ist für diese Erkenntnis die Autorität der Mediator*in zentral. Sie ist das Mehr, dass die Mediator*in zur Verhandlung beisteuert. Die Konfliktparteien

1301 *Christine Bell*, *On the law of peace : peace agreements and the lex pacificatoria*, Oxford [u.a.] 2008, S. 194 f.

geben einen Teil ihrer Verantwortung für die Lösungsfindung an die Mediator*in ab. Dort übersetzt sich diese übertragene Verantwortung in Legitimationsbedarf.

Doch auch hinsichtlich der fasziilitativen Mediation konnte aufgezeigt werden, dass die Person der Mediator*in und ihr Tätigwerden einen konkreten Einfluss auf die Autonomie der Parteien bei ihrer Entscheidungsfindung haben. So sind die Konfliktparteien häufig dann zu einer Mediation bereit, wenn keine bessere Alternative zur Beilegung des Konflikts mehr besteht oder ersichtlich ist. Insoweit ist die Mediation zwar freiwillig in dem Sinne, dass eine oder mehrere Konfliktparteien die Mediation theoretisch jederzeit verlassen könnten. Nur drückt sich in dem Umstand, dass sie dies faktisch regelmäßig nicht tun, vielfach keine autonome Entscheidung aus, da sich keine rationale Handlungsalternative bietet. Daher kann im Mediationsprinzip der Freiwilligkeit auch keine Legitimation des Verfahrens begründet liegen. Stattdessen operiert fasziilitative Mediation zwar mit dem Selbstverständnis egalitärer Kommunikation, wobei jedoch der Blick auf die soziale und emotionale Asymmetrie zwischen den Konfliktparteien und der Drittpartei verlorenggeht. Über die Verfahrensherrschaft nimmt die Mediator*in so aufgrund ihrer eigenen Sozialisation Einfluss auf das Verhalten der Parteien in der Mediation und damit unausweichlich auch auf deren Inhalt, sodass auch hier Legitimationsbedarf freigelegt werden konnte.

Besonders anschaulich wurde dieser Bedarf im Hinblick auf den materiellen Gehalt der Friedensmediation. Die dort herangezogenen Beispiele haben verdeutlicht, wie durch Friedensmediation Freiheit unmittelbar, mittelbar und auch potentiell verkürzt werden kann. Unmittelbar wurde dies für Verfassungsgebung und -veränderung im Rahmen der Friedensmediation gezeigt, womit eine legitimationsbedürftige Verkürzung des originären Rechts der Bevölkerung, selbst über ihre Verfassung zu bestimmen, identifiziert wurde. Ebenso verhält es sich bei den Statusrechten bestimmter betroffener Gruppen. Verdeutlicht wurde dies angesichts der Vielzahl negativer Folgen für die Bewohner*innen der Bakassi-Halbinsel nach der mediierten Übergaben von Nigeria an Kamerun. Dass Friedensmediation sich mittelbar auf die Freiheit betroffener Akteure auswirken kann, hat zudem das Beispiel Ägyptens gezeigt, welches infolge der Unabhängigkeit des Südsudans Rechte hinsichtlich des Nils verloren hat. Darüber hinaus konnte eine als potentiell beschriebene Freiheitsverkürzung im Einsatz von Unbestimmtheit innerhalb der Mediation verortet werden. Im Binnenverhältnis der Konfliktparteien und der durch sie Vertretenen verschiebt der Einsatz von Unbestimmtheit die Auflösung des darunter

liegenden Interessenskonflikts in die Zukunft. Dann wird regelmäßig eine der Konfliktparteien aufgrund veränderter Machtressourcen in der Lage sein, diesen spezifischen Interessenkonflikt eigenmächtig zu ihren eigenen Gunsten aufzulösen, wie dies am Beispiel des interkongolesischen Friedensprozesses gezeigt werden konnte. Unbestimmtheit fungiert so als verdeckte Ermächtigungsnorm, die der Legitimation bedarf. Im Verhältnis zu den Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft wurde zudem gezeigt, dass der gezielte Einsatz von Unbestimmtheit einen größeren Einfluss auf die Entwicklung des Völkerrechts nimmt, als klar bejahende oder verneinende Positionierungen. Dieser stärkere Einfluss generiert ebenfalls Legitimationsbedarf.

Da es für ihr Gelingen wichtig ist, dass Friedensmediation legitim ist, das Mediationsverfahren selbst aber Legitimationsfragen aufwirft, muss das Verfahren auf verschiedene Legitimationsstränge zurückgreifen. Neben der partizipativen Prägung der Friedensmediation, die inputorientierten Legitimationsansätzen folgt und dem Ziel des Friedens als zu förderndem, aber auch zu bestimmendem Gemeinwohle im Sinne outputorientierter Legitimationsansätze, wurde in dieser Untersuchung das legitimatorische Potential des Rechts aufgezeigt. Die praktische Herausforderung zeigt sich bereits hier, denn alle drei Legitimationsansätze sind miteinander verbunden, sichern sich wechselseitig ab, gleichen gegenseitige Defizite aus, stellen aber keine Alternativen dar. Der erfolgreiche Abschluss einer in Teilen rechtswidrigen Friedensvereinbarung, also der Versuch, Rechtskonformität durch Output zu ersetzen, vermag die Friedensmediation ebenso wenig zu legitimieren, wie die Ausarbeitung einer rechtskonformen Verarbeitung unter Ausschluss maßgeblicher Konfliktparteien, also dem Versuch Input durch Legalität zu ersetzen.

An dieser Stelle befindet sich ein weiteres zentrales Spannungsverhältnis innerhalb dieser Untersuchung. Dieses Spannungsverhältnis zeigt sich bereits in den zitierten Sätzen aus der Charta der Vereinten Nationen. Das dortige, gleichsam harmonische Nebeneinander von Gerechtigkeit und Recht verweist einerseits auf die Existenz eines Orientierungsrahmens jenseits des Rechts und verdeutlicht andererseits, an welchem Idealbild sich das gesetzte Recht orientieren und messen lassen muss, wenn es eine legitimatorische Funktion erfüllen soll. In dieser Untersuchung wurde anhand ausgewählter Kritikpunkte aufgezeigt, wo das Völkerrecht selbst mit diesem Leitbild im Konflikt steht. Dort läuft das Völkerrecht in der Friedensmediation Gefahr, mehr Legitimationsfragen aufzuwerfen, als es Legitimität zu vermitteln mag. Die Synthese aus der Legitimation der Friedensmediation durch das Recht und der Frage nach der Legitimität

desselben Rechts führt schlussendlich zu einem skeptischen Optimismus, der das legitimatorische Potential des Rechts für die Friedensmediation dort verortet, wo es selbstkritisch praktiziert wird und dabei sowohl die Risiken der Fürsprache, wie des Sprechenlassens berücksichtigt. Dieses legitimatorische Potential des Rechts liegt in einem emanzipatorischen Ansatz, welcher den Stimmen jener dient, die am Verhandlungstisch der Friedensmediation nicht oder nur wenig gehört werden. Dabei schließt sich der Kreis in Teilen, wenn man berücksichtigt, dass die Gerechtigkeit in Art. 2 Ziff. 3 UNCh Einzug gehalten hat, weil kleinere Staaten angesichts des Schicksals der ehemaligen Tschechoslowakei, über die im Münchner Abkommen 1938 in Abwesenheit entschieden worden war, auf die Aufnahme dieses Begriffs gedrängt hatten.¹³⁰²

Vor diesem Hintergrund bleibt zum Abschluss dieser Untersuchung die Hoffnung, dass in zukünftigen Friedensmediationen alle Beteiligten die ihnen obliegende Verantwortung wahrnehmen und rechtliche Normen berücksichtigen. Dies liegt primär im Interesse der Konfliktparteien selbst. Doch auch Mediationsakteure, die den Konfliktparteien tatsächlich bei der Beilegung des Konflikts behilflich sein möchten, sollten hierfür stärker Verantwortung übernehmen. Schlussendlich werden auch Geldgeber*innen, Mediationsunterstützung und die Internationale Gemeinschaft sich dieser Verantwortung für die Berücksichtigung rechtlicher Normen nicht verschließen können. Wenn all dies geschieht, dann rückt die Friedensmediation einen Schritt näher an ein Verfahren, das den Ansprüchen, den Herausforderungen und dem Versprechen von Frieden und Gerechtigkeit entspricht.

1302 *United Nations Information Organizations*, Documents Of The United Nations Conference on International Organization San Francisco, 1945 (UNCIO), Bd. VI, New York 1945, S. 333 (Annahme), 458 (Abschlussbericht Committee 1), 720 (Abschlussbericht Sub-Committee 1 of Committee 1) (Während Annahme und Abschlussbericht des Committee 1 diesen Bezug nur implizit herausstellen, wird er im Bericht des Sub-Committees klar benannt. Die dabei ebenfalls angeführten Beispiele Äthiopien und Albanien betreffen zwar auch die Appeasementpolitik zulasten kleinerer oder marginalisierter Staaten, haben aber keine spezifischen Verhandlungen zum Gegenstand.); *Christian Tomuschat*, Article 2 (3), in: Simma u. a. (Hrsg.), *The Charter of the United Nations: A Commentary*, Bd. I, Oxford [u.a.] 2012, S. 181, 198 Rn. 46.

Literaturverzeichnis

- Abbas, Nabila*: Arbeit, Freiheit und Würde!: Chrol, hurriya, karâma wataniya!; Menschenrechtsimaginationen der tunesischen Revolution, *Zeitschrift für Menschenrechte* 9 (2015), 42–57.
- Abbott, Kenneth W./Snidal, Duncan*: Hard and Soft Law in International Governance, *International Organization* 54 (2000), 421–456.
- Abdalla, I. H.*: The 1959 Nile Waters Agreement in Sudanese-Egyptian Relations, *Middle Eastern Studies* 7 (1971), 329–341.
- Abdelgabar, Noha Ibrahim*: International Law and Constitution Making Process: The Right to Public Participation in the Constitution Making Process in Post Referendum Sudan, *Verfassung und Recht in Übersee* 46 (2013), 131–151.
- Abi-Saab, Georges*: The Security Council as legislator and as executive in its fight against terrorism and against proliferation of weapons of mass destruction : the question of legitimacy, in: Wolfrum/Röben (Hrsg.), *Legitimacy in International Law*, Berlin [u.a.] 2008, 109–130.
- Abi-Saab, Georges M.*: The Newly Independent States and the Scope of Domestic Jurisdiction, *American Society of International Law- Proceedings* 54 (1960), 84–90.
- Abi-Saab, Georges M.*: The Newly Independent States and the Rules of International Law: An Outline, *Howard Law Journal* 8 (1962), 95–121.
- Achankeng I., Fonkem*: „Mutual Hurting Stalemates“, „Ripe Moments“ and Third-party Intervention: Implications for the „Southern Cameroons“ Restoration of Statehood’ Conflict, *Round Table* 101 (2012), 53–69.
- Achour, Hekma*: La gouvernance du Bassin du Nil entre confrontation et coopération. Contribution à l’étude du droit international fluvial, Nizza 2016.
- Adamowski, Jan/Kosoy, Nicolas/Khenmache, Lyliia*: The Eastern Nile River Waterscape: The Role of Power in Policy-making and Shaping National Narratives, *International Negotiation* 22 (2017), 123–161.
- Aduda, Levke/Bussmann, Margit*: Mediation and the dynamics of civilian victimisation in intrastate conflicts in Africa, *Civil wars* 22 (2020), 64–86.
- Afsah, Ebrahim/Hilal Guhr, Alexandra*: Afghanistan: Building a State to Keep the Peace, *Max Planck Yearbook of United Nations Law* 9 (2005), 373–456.
- Agerberg, Mattias/Kreft, Anne-Kathrin*: Gendered Conflict, Gendered Outcomes: The Politicization of Sexual Violence and Quota Adoption, *Journal of Conflict Resolution* 64 (2020), 290–317.
- Aggestam, Karin/Towns, Ann E.*: Conclusion : The Quest for Gender Justice in Diplomacy, in: Aggestam/Towns (Hrsg.), *Gendering Diplomacy and International Negotiation*, Cham 2018, 277–293.

- Aggestam, Karin/Towns, Ann E.*: Introduction : The Study of Gender, Diplomacy and Negotiation, in: Aggestam/Towns (Hrsg.), *Gendering Diplomacy and International Negotiation*, Cham 2018, 1–22.
- Akehurst, Michael*: Custom as a Source of International Law, *British Yearbook of International Law* 47 (1976), 1–53.
- al-Ghunaimi, Mohammad Talaat*: The Muslim conception of international law and the Western approach, The Hague 1968.
- Albin, Cecilia*: Peace vs. justice – and beyond, in: Bercovitch/Kremenûk/Zartman (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, 580–594.
- Alexander, Nadja*: International and comparative mediation : legal perspectives, Alphen aan den Rijn 2009.
- Alexander, Nadja*: International and comparative mediation : legal perspectives, Alphen aan den Rijn 2009.
- Alexander, Nadja*: Von Fischen im Wasser und andere Mediationserzählungen, *Konfliktdynamik* 4 (2015), 304–313.
- Alexy, Robert*: *Recht, Vernunft, Diskurs : Studien zur Rechtsphilosophie*, Frankfurt am Main 1995.
- Alexy, Robert*: Eine diskurstheoretische Konzeption der praktischen Vernunft, *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie – Beihefte* 51 (1993), 11–29.
- Alexy, Robert*: The absolute and the relative dimensions of constitutional rights, *Oxford Journal of Legal Studies* 37 (2017), 31–47.
- Alfaro, Ricardo J.*: Continental Principles of International Intercourse, *American Society of International Law- Proceedings* 35 (1941), 1–8.
- Alfaro, Richardo J.*: The Pan Americanism of Bolivar and That of To-Day, *Bulletin of the Pan American Union* 60 (1926), 551–562.
- Ambos, Kai*: The legal framework of transitional justice : a systematic study with a special focus on the role of the ICC, in: Ambos/Large/Wierda (Hrsg.), *Building a future on peace and justice : studies on transitional justice, peace and development; the Nuremberg declaration on peace and justice*, Berlin 2009, 19–104.
- Amselle, Jean-Loup*: Les Droits de l'homme sont-ils nés en Afrique?, in: Diagne/Amselle (Hrsg.), *En quête d'Afrique(s): Universalisme et pensée décoloniale*, Paris 2018, 241–260.
- Anand, R. P.*: Role of the „New“ Asian-African Countries in the Present International Legal Order, *The American Journal of International Law* 56 (1962), 383–406.
- Anene, Joseph Christopher Okwudi*: The Nigeria-Southern Cameroons Boundary (An Ethno-Political Analysis), *Journal of the Historical Society of Nigeria* 2 (1961), 186–195.
- Anghie, Antony*: The Heart of My Home: Colonialism, Environmental Damage, and the Nauru Case, *Harvard International Law Journal* 34 (1993), 445–506.
- Anghie, Antony*: Finding the Peripheries: Sovereignty and Colonialism in Nineteenth-Century International Law, *Harvard International Law Journal* 40 (1999), 1–80.

- Anghie, Antony*: Imperialism, sovereignty and the making of international law, Cambridge [u.a.] 2004.
- Anghie, Antony/Chimni, B. S.*: Third World Approaches to International Law and Individual Responsibility in Internal Conflicts, *Chinese Journal of International Law* 2 (2003), 77–103.
- Anscombe, Elizabeth*: On the Sources of Authority of the State, *Ratio: an international journal of analytic philosophy* 20 (1978), 1–28.
- Anter, Andreas*: Max Webers Theorie des modernen Staates: Herkunft, Struktur und Bedeutung, Berlin 1995.
- Anthias, Floya/Yuval-Davis, Nira*: Contextualizing feminism – gender, ethnic and class divisions, *Feminist review* 15 (1983), 62–75.
- Anyu, J. Ndumbe*: The International Court of Justice and Border-Conflict Resolution in Africa: The Bakassi Peninsula Conflict, *Mediterranean quarterly* 18 (2007), 39–55.
- Apuuli, Kasaija Phillip*: The Politics of Conflict Resolution in the Democratic Republic of Congo: The Inter-Congolese Dialogue Process, *African Journal on Conflict Resolution* 4 (2004), 65–77.
- Arato, Andrew*: Redeeming the Still Redeemable: Post Sovereign Constitution Making, *International Journal of Politics, Culture, and Society* 22 (2009), 427–443.
- Arato, Andrew*: Post sovereign constitution making: learning and legitimacy, 2016.
- Arendt, Hannah*: Was ist Autorität?, in: Arendt (Hrsg.), *Fragwürdige Traditionsbestände im politischen Denken der Gegenwart: vier Essays*, Frankfurt am Main 1958, 117–168.
- Arendt, Hannah*: On violence, London 1970.
- Ariye, Ekpouatin Charles/Emeki, Laz*: Contextualizing the use of the Diplomatic Alternative in conflict resolution in the dispute between Nigeria and Cameroon over Bakassi 1994–2006, *Brazilian Journal of African Studies* 2 (2017), 93–110.
- Arnault, Jean*: Legitimacy and peace processes: international norms and local realities, *Accord: an international review of peace initiatives* (2014), 21–25.
- Aryobsei, Mina*: Die Stellung der Frau in der afghanischen Verfassungsordnung im Spannungsverhältnis zwischen islamischem Recht und Völkerrecht – unter besonderer Berücksichtigung des Scheidungsrechts, Göttingen 2014.
- Ascensio, Hervé*: Article 33, in: Cot/Pellet/Forteau (Hrsg.), *La Charte des Nations Unies: Commentaire article par article*, 3. Aufl. Paris 2005, 1047–1060.
- Aston, Jurij D.*: The United Nations Committee on Non-Governmental Organizations: guarding the entrance to a politically divided house, *European journal of international law* 12 (2001), 943–962.
- Auerbach, Jerold Stephen*: Justice without law?, New York [u.a.] 1983.
- Aust, Helmut Philipp*: Complicity and the law of state responsibility, Cambridge [u.a.] 2011.
- Austin, John Langshaw*: How To Do Things With Words, Oxford 1962.
- Auswärtiges Amt/Initiative Mediation Support Deutschland*: Grundlagen der Mediation: Konzepte und Definitionen, Berlin 2016.

- Auswärtiges Amt/Initiative Mediation Support Deutschland*: Normativer Bezugsrahmen und völkerrechtliche Grundlagen der Friedensmediation, Berlin 2017.
- Azzam, Issam*: The Venezuela-Guyana Boundary, *Nederlands Tijdschrift voor Internationaal Recht* 15 (1968), 259–265.
- Babbitt, Eileen F.*: Remembering Jacob Bercovitch (1946–2011): A Pioneering Scholar of International Mediation, *Negotiation Journal* 27 (2011), 499–501.
- Babbitt, Eileen F.*: Conflict resolution and human rights: the state of the art, in: Bercovitch/Kremenûk/Zartman (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, 613–629.
- Bachand, Rémi*: Les subalternes et le droit international: Une critique politique, Paris 2018.
- Bachand, Rémi*: Les subalternes et le droit international: une critique politique, Paris 2018.
- Badache, Fanny*: A representative bureaucracy perspective on workforce composition in international organizations: The case of the United Nations Secretariat, *Public Administration* 98 (2020), 392–407.
- Baer, Susanne*: Rechtssoziologie: eine Einführung in die interdisziplinäre Rechtsforschung, 3. Aufl. Baden-Baden 2017.
- Bakiner, Onur*: Why Do Peace Negotiations Succeed or Fail? Legal Commitment, Transparency, and Inclusion during Peace Negotiations in Colombia (2012–2016) and Turkey (2012–2015), *Negotiation Journal* 35 (2019), 471–513.
- Balekjian, Wahé H.*: Die Effektivität und die Stellung nichtanerkannter Staaten im Völkerrecht, Den Haag 1970.
- Ballington, Julie/Dahlerup, Drude*: Gender quotas in post-conflict states: East Timor, Afghanistan and Iraq, in: Dahlerup (Hrsg.), *Women, quotas and politics*, London [u.a.] 2006, 249–258.
- Bar-Tal, Daniel*: Sociopsychological Foundations of Intractable Conflicts, *American Behavioral Scientist* 50 (2007), 1430–1453.
- Bargen, Jan Malte von*: Rezension: Hennig/Jonas, *Mediation als rationaler Diskurs*, *Der Staat* 54 (2015), 620–626.
- Barker, Rodney*: Legitimizing identities: the self-presentation of rulers and subjects, Cambridge [u.a.] 2001.
- Barker, Rodney/Mulligan, Shane P.*: Book reviews – Legitimizing Identities: The Self-Presentations of Rulers and Subjects, *The Canadian journal of sociology* 28 (2003), 572–574.
- Barthel, Iris*: Der Absolutheitsanspruch des Neutralitätsgebots angesichts auftretender Machtgefälle in der Mediation, in: Meller-Hannich/Weigel (Hrsg.), *Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder*, Baden-Baden 2020, 99–116.
- Bartoli, Andrea*: NGOs and conflict resolution, in: Bercovitch/Kremenûk/Zartman (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, 392–412.

- Bastine, Reiner*: Konflikte klären, Probleme lösen – die Psychologie der Mediation, in: Haynes/Mecke/Bastine/Fong (Hrsg.), *Mediation – vom Konflikt zur Lösung*, 4. Aufl. Stuttgart 2014, 11–45.
- Baxi, Upendra*: „The State’s Emissary“: The Place of Law in Subaltern Studies, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies VII: Writings on South Asian History and Society*, Delhi 1992, 247–264.
- Baxi, Upendra*: What may the „Third World“ expect from international law?, *Third World Quarterly* 27 (2006), 713–725.
- Baxi, Upendra*: Conflicting conceptions of legal cultures and conflict of legal cultures, *Journal of the Indian Law Institute* 33 (1991), 173–188.
- Baxi, Upendra*: Chhatrapati Singh and the Idea of a Legal Theory, *Journal of the Indian Law Institute* 56 (2014), 5–24.
- Bayart, Jean-François/Bertrand, Romain*: De quel « legs colonial » parle-t-on?, *Esprit* (2006), 134–160.
- Bayat, Asef*: *Revolution without revolutionaries : making sense of the Arab Spring*, Stanford 2017.
- Baye, F.*: Implications of the Bakassi conflict resolution for Cameroon, *African Journal on Conflict Resolution* 10 (2010), 9–34.
- Beauchamp, Tom L./Childress, James F.*: *Principles of biomedical ethics*, 4. Aufl. New York [u.a.] 1994.
- Becker, Theodore L.*: Book Review: *Comparative Constitutional Engineering*, *Legal Studies Forum* 19 (1995), 223–227.
- Bedjaoui, Mohammed*: *Towards a New International Economic Order*, Paris 1979.
- Bedjaoui, Mohammed*: *La révolution algérienne et le droit*, Bruxelles 1961.
- Bedjaoui, Mohammed*: *L’humanité en quête de paix et de développement (II) : cours général de droit international public* (2004), *Recueil des cours* 325 (2008), 9–542.
- Beestermöller, Gerhard*: Die USA – legitime Autorität für einen Krieg gegen den Irak?, *Sicherheit und Frieden* 21 (2003), 20–27.
- Beetham, David*: *The legitimation of power*, 2. Aufl. Basingstoke [u.a.] 2013.
- Bekker, Pieter H. F.*: Land and Maritime Boundary between Cameroon and Nigeria (Cameroon v. Nigeria; Equatorial Guinea Intervening), *The American Journal of International Law* 97 (2003), 387–398.
- Bekong, Njinkeng Julius*: International Dispute Settlement: Land and Maritime Boundary between Cameroon and Nigeria – Origin of the Dispute and Provisional Measures, *African Journal of International and Comparative Law* 9 (1997), 287–310.
- Bell, Christine*: Peace agreements : their nature and legal status, *The American Journal of International Law* 100 (2006), 373–412.
- Bell, Christine*: Introduction: Bargaining on constitutions – Political settlements and constitutional state-building, *Global Constitutionalism* 6 (2017), 13–32.
- Bell, Christine*: *On the law of peace : peace agreements and the lex pacificatoria*, Oxford [u.a.] 2008.

- Bell, Christine*: Peace settlements and international law : from *lex pacificatoria* to *jus post bellum*, in: White/Henderson Christia (Hrsg.), *Research handbook on international conflict and security law*, Cheltenham [u.a.] 2013, 499–546.
- Bell, Christine*: The „New Law“ of Transitional Justice, in: Ambos/Large/Wierda (Hrsg.), *Building a future on peace and justice*, Berlin 2009, 105–126.
- Bell, Christine*: *Navigating Inclusion in Peace Settlements: Human Rights and the Creation of the Common Good*, London 2017.
- Bell, Christine/Cavanaugh, Kathleen*: 'Constructive Ambiguity' or Internal Self-Determination? Self-Determination, Group Accommodation, and the Belfast Agreement, *Fordham international law journal* 22 (1999), 1345–1371.
- Belmont, Katharine/Mainwaring, Scott/Reynolds, Andrew*: Introduction: Institutional Design, Conflict Management, and Democracy Katharine, in: Reynolds (Hrsg.), *The architecture of democracy: constitutional design, conflict management, and democracy*, Oxford 2002, 1–11.
- Ben Achour, Rafâa*: Changements anticonstitutionnels de gouvernement et droit international, *Recueil des cours* 379 (2016), 397–548.
- Berber, Friedrich*: *Streiterledigung, Kriegsverhütung, Integration*, München [u.a.] 1964.
- Bercovitch, Jacob*: Mediation, Formal, in: Young (Hrsg.), *The Oxford international encyclopedia of peace*, Oxford 2010, 5–8.
- Bercovitch, Jacob*: Mediation and conflict resolution, in: Bercovitch/Kremenûk/Zartman (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, 340–357.
- Bercovitch, Jacob*: *Social conflicts and third parties : strategies of conflict resolution*, Boulder 1984.
- Bercovitch, Jacob*: Mediators and Mediation Strategies in International Relations, *Negotiation Journal* 8 (1992), 99–112.
- Bercovitch, Jacob*: The Structure and Diversity of Mediation in International Relations, in: Bercovitch/Rubin (Hrsg.), *Mediation in International Relations: Multiple Approaches to Conflict Management*, London 1992, 1–29.
- Bercovitch, Jacob/Anagnoson, J. Theodore/Wille, Donnette L.*: Some Conceptual Issues and Empirical Trends in the Study of Successful Mediation in International Relations, *Journal of Peace Research* 28 (1991), 7–17.
- Bercovitch, Jacob/Wells, Richard*: Evaluating Mediation Strategies, *Peace & Change* 18 (1993), 3–25.
- Berghof Foundation, United Nations Department of Political and Peacebuilding Affairs*, *Constitutions and Peace Processes : A Primer*, Berlin 2021
- Bergmann, Julian*: *The European Union as international mediator : brokering stability and peace in the neighbourhood*, Cham 2020.
- Bergmann, Julian*: Reputation, Glaubwürdigkeit und interventionistischer Verhandlungsstil – Eigenschaften erfolgreicher Friedensstifter?: Literaturbericht zu den Bedingungsfaktoren erfolgreicher Mediation, *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3 (2014), 233–263.

- Bernard, Jessie*: The Sociological Study of Conflict, in: The International Sociological Association (Hrsg.), The nature of conflict: studies on the sociological aspects of international tensions, Paris 1957, 33–117.
- Bernardi, Bruno Boti*: Transitional Justice and the Inter-American Human Rights System in Peru: The Role of Anti- and Pro-compliance Constituencies, in: Engstrom (Hrsg.), The Inter-American Human Rights System: Impact Beyond Compliance, Cham 2019, 221–246.
- Besson, Samantha*: Law Beyond the State: A Reply to Liam Murphy, European Journal of International Law 28 (2017), 233–240.
- Bhan, Gautam*: In the public's interest: Evictions, Citizenship, and Inequality in Contemporary Delhi, Athens, Georgia 2016.
- Binder, Christina/Kirchmair, Lando*: Die Legitimität internationaler Wahlstandards: Völkerrechtliche Defizite und eine politikwissenschaftliche Perspektive, Archiv des Völkerrechts 55 (2017), 383–413.
- Biswas, Bidisha*: Just Say No: Explaining the Lack of International Mediation in Kashmir, International Negotiation 22 (2017), 499–520.
- Bitti, Gilbert*: The Interests of Justice – where does that come from? Part I, EJIL: Talk! 13. August 2019 (<https://www.ejiltalk.org/the-interests-of-justice-where-does-that-come-from-part-i/>).
- Bitti, Gilbert*: The Interests of Justice – where does that come from? Part II, EJIL: Talk! 14. August 2019 (<https://www.ejiltalk.org/the-interests-of-justice-where-does-that-come-from-part-ii/>).
- Bjertén-Günther, Emma*: Peace Processes: Business as Usual?, in: Scheuermann/Zürn (Hrsg.), Gender Roles in Peace and Security: Prevent, Protect, Participate, Cham 2020, 35–56.
- Björkdahl, Annika*: Norms in International Relations: Some Conceptual and Methodological Reflections, Cambridge Review of International Affairs 15 (2002), 9–23.
- Bloom, Dan*: Foreword, in: Brownell (Hrsg.), Gestalt therapy : a guide to contemporary practice, New York 2010, xi-xv.
- Böckenförde, Markus*: From Constructive Ambiguity to Harmonious Interpretation: Religion-Related Provisions in the Tunisian Constitution, American Behavioral Scientist 60 (2016), 919–940.
- Bodansky, Daniel*: Legitimacy in international law and international relations, in: Dunoff/Pollack (Hrsg.), Interdisciplinary perspectives on international law and international relations : The state of the art, Cambridge [u.a.] 2013, 321–341.
- Bodansky, Daniel*: The concept of legitimacy in international law, in: Wolfrum/Röben (Hrsg.), Legitimacy in International Law, Berlin [u.a.] 2008, 309–317.
- Böhmelt, Tobias*: The effectiveness of tracks of diplomacy strategies in third-party interventions, Journal of Peace Research 47 (2010), 167–178.
- Bookchin, Murray*: Social anarchism or lifestyle anarchism : the unbridgeable chasm, Edinburgh [u.a.] 1995.

- Borello, Federico*: A first few steps: The Long Road to a Just Peace in the Democratic Republic of the Congo, Occasional Paper Series Nr. October, International Center for Transitional Justice, New York 2004
- Boubakri, Amor*: Interpreting the tunisian revolution : beyond Bou'azizi, in: Sadiki (Hrsg.), Routledge handbook of the Arab Spring, London [u.a.] 2015, 65–76.
- Boulding, Kenneth Ewart*: Conflict and defense : a general theory, New York 1962.
- Bourgeois, Hanna/Wouters, Jan*: Global Justice, Human Rights and the Modernization of International Law, in: Mazzeschi/Sena (Hrsg.), Global Justice, Human Rights and the Modernization of International Law, Cham 2018, 69–111.
- Boutellis, Arthur/Zahar, Marie-Joëlle*: A Process in Search of Peace: Lessons from the Inter-Malian Agreement, International Peace Institute, New York 2017
- Boutros-Ghali, Boutros*: Le Nil, fleuve-Roi: source de conflits, in: Vetto-vaglia/Gaudusson/Desouches/Maïla/Salifou/Tsaï u. a. (Hrsg.), Déterminants des conflits et nouvelles formes de prévention, Bruxelles 2013, 803–816.
- Boutros-Ghali, Boutros*: Le principe d'égalité des états et les organisations internationales, Publications of the Hague Academy of International Law, Recueil des cours 100 (1960), 1–73.
- Boutros-Ghali, Boutros*: The Addis Ababa Charter: A Commentary, International Conciliation 35 (1964), 5–62.
- Bowling, Daniel/Hoffman, David A.* (Hrsg.): Bringing peace into the room : how the personal qualities of the mediator impact the process of conflict resolution, San Francisco 2003.
- Boyle, Alan E./Chinkin, Christine M.*: The making of international law, Oxford [u.a.] 2007.
- Boysen, Sigrid*: Die postkoloniale Konstellation: Natürliche Ressourcen und das Völkerrecht der Moderne, Tübingen 2021.
- Boysen, Sigrid*: Repräsentation und Repräsentativität. Geschlechterfragen im internationalen Demokratiediskurs, in: Eckertz-Höfer/Schuler-Harms (Hrsg.), Gleichberechtigung und Demokratie, Gleichberechtigung in der Demokratie: (Rechts-)Wissenschaftliche Annäherungen, Baden-Baden 2019, 85–106.
- Brahimi, Lakhdar/Ahmed, Salman*: In Pursuit of Sustainable Peace: The Seven Deadly Sins of Mediation, Center on International Cooperation (CIC), New York University, New York 2008
- Branch, Adam*: Displacing human rights : war and intervention in northern Uganda, Oxford [u.a.] 2011.
- Branch, Adam*: The Violence of Peace: Ethnojustice in Northern Uganda, Development and Change 45 (2014), 608–630.
- Brandt, Michele*: Constitutional Assistance in Post-Conflict Countries. The UN-Experience: Cambodia, East Timor & Afghanistan, Report United Nations Development Programme 2005
- Bräutigam, Hans Otto*: Abkommen zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und der Republik Sudan über die volle Nutzung des Nilwassers vom 8. November 1959/ Vorbemerkung, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 21 (1961), 81–84.

- Breidenbach, Stephan*: Mediation : Struktur, Chancen und Risiken von Vermittlung im Konflikt, Köln 1995.
- Brems, Eva*: Human rights : universality and diversity, The Hague [u.a.] 2001.
- Breslin, J. William*: Negotiation Journal Editor Jeffrey Z. Rubin Dies in Accident, Negotiation journal 11 (1995), 195–200.
- Broms, Bengt*: The Special Committee on the Charter of the United Nations and the strengthening of the role of the organization, German yearbook of international law 20 (1977), 77–102.
- Broms, Bengt*: The Present Stage in the Work of the Special Committee on the Charter of the United Nations and on the Strengthening of the Role of the Organization, in: Dinstein (Hrsg.), International Law at a Time of Perplexity: Essays in Honour of Shabtai Rosenne, Dordrecht 1989, 73–190.
- Brower II, Chales H.*: Arbitration, in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, Oxford 2012, 531–549.
- Brugière, Pierre-F.*: La Petite Assemblée, Die Friedens-Warte 48 (1948), 17–27.
- Brunkhorst, Hauke*: Demokratie und Wahrheit. Jürgen Habermas zum 80. Geburtstag, Leviathan 37 (2009), 491–500.
- Brunkhorst, Hauke*: Critical theory of legal revolutions : evolutionary perspectives, New York 2014.
- Brunnée, Jutta/Tooze, Stephen J.*: The Nile basin regime: A role for law?, in: Al-sharhan/Wood (Hrsg.), Water Resources Perspectives: Evaluation, Management and Policy, Amsterdam 2003, 93–117.
- Brunner, José/Dhawan, Nikita*: Das Unbehagen an den Menschenrechten: Ein Gespräch über postkoloniale kritik und universale Rechte, in: Gosewinkel/Weinke (Hrsg.), Menschenrechte und ihre Kritiker: Ideologien, Argumente, Wirkungen, Göttingen 2019, 171–184.
- Brunner, Manuel*: »Restore Democracy«: Völkerrechtliche Fragen der militärischen Beendigung der Verfassungskrise in Gambia, Archiv des Völkerrechts 56 (2018), 34–70.
- Bryde, Brun-Otto*: Demokratieprinzip und Gewährleistung tatsächlicher Gleichberechtigung: Historische und vergleichende Betrachtungen, in: Eckertz-Höfer/Schuler-Harms (Hrsg.), Gleichberechtigung und Demokratie, Gleichberechtigung in der Demokratie: (Rechts-)Wissenschaftliche Annäherungen, Baden-Baden 2019, 17–32.
- Buchanan, Allen*: Human rights, legitimacy, and the use of force, Oxford [u.a.] 2010.
- Buchanan, Allen*: The legitimacy of international law, in: Besson/Tasioulas (Hrsg.), The Philosophy of International Law, Oxford 2010, 79–96.
- Buchanan, Allen*: Justice, legitimacy, and self-determination : moral foundations for international law, Oxford [u.a.] 2004.
- Buchanan, Allen*: Political Legitimacy and Democracy, Ethics 112 (2002), 689–719.
- Buchanan, Allen*: Reciprocal legitimation: Reframing the problem of international legitimacy, Politics, Philosophy & Economics 10 (2011), 5–19.

- Buchanan, Allen*: Recognitional Legitimacy and the State System, *Philosophy & public affairs* 28 (1999), 46–78.
- Buchanan, Allen/Keohane, Robert O.*: The legitimacy of global governance institutions, in: Wolfrum/Röben (Hrsg.), *Legitimacy in International Law*, Berlin [u.a.] 2008, 25–62.
- Buchanan, Allen/Keohane, Robert O.*: The Legitimacy of Global Governance Institutions, *Ethics & International Affairs* 20 (2006), 405–437.
- Bühning-Uhle, Christian*: Das Harvard Negotiation Project, in: Gottwald/Strepel (Hrsg.), *Streitschlichtung: rechtsvergleichende Beiträge zur außergerichtlichen Streitbeilegung*, Köln 1995, 74–75.
- Burmeister, Jörg/Greve, Holger*: Parité-Gesetz und Demokratieprinzip: Verfassungsauftrag oder Identitätsverstoß?, *Zeitschrift für Gesetzgebung* 34 (2019), 154–173.
- Byers, Michael*: *Custom, Power and the Power of Rules: International Relations and Customary International Law*, Cambridge 1999.
- Cabin, Gérard*: Attribution of Conduct to the State: Insurrectional Movements, in: Crawford/Pellet/Olleson/Parlett (Hrsg.), *The Law of International Responsibility*, Oxford 2010, 247–256.
- Calvo, Carlos*: *Le droit international théorique et pratique*, 4. Aufl. Paris [u.a.] 1888.
- Calvo, Charles*: *Dictionnaire manuel de diplomatie et de droit international public et privé*, Berlin 1885.
- Cappelletti, Mauro/Garth, Bryant G.*: Access to Justice: The Newest Wave in the Worldwide Movement to Make Rights Effective, *Buffalo law review* 27 (1978), 181–292.
- Cardoso Squeff, Tatiana De A.F.R./Rosa, Marina De Almeida*: Jus cogens: An european concept? An emancipatory conceptual review from the inter-American system of human rights, *Brazilian Journal of International Law* 15 (2018), 124–137.
- Carnevale, Peter J. D./Pegnetter, Richard*: The Selection of Mediation Tactics in Public Sector Disputes: A Contingency Analysis, *Journal of Social Issues* 41 (1985), 65–81.
- Cassese, Antonio*: The Martens Clause: Half a Loaf or Simply Pie in the Sky?, *European Journal of International Law* 11 (2000), 187–216.
- Celebi, Dilken/Braun, Felix*: Strafverfolgung ohne Jurisdiktion? – Das Legitimitätsdilemma des IStGH angesichts der Rohingya-Ermittlungen, *Völkerrechtsblog* 11. Juli 2019 (<https://voelkerrechtsblog.org/strafverfolgung-ohne-jurisdiktion/>).
- Chakrabarty, Dipesh*: Invitation to Dialogue, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies IV: Writings on South Asian History and Society*, Delhi 1985, 364–376.
- Chakrabarty, Dipesh*: *Habitations of modernity: essays in the wake of subaltern studies*, Chicago 2002.
- Charlesworth, Hilary*: Talking to Ourselves? Feminist Scholarship in International Law, in: Kuovo/Pearson (Hrsg.), *Feminist Perspectives on Contemporary International Law: Between Resistance and Compliance?*, Oxford 2011, 17–32.

- Charlesworth, Hilary/Chinkin, Christine/Wright, Shelley*: Feminist Approaches to International Law, *The American Journal of International Law* 85 (1991), 613–645.
- Charnovitz, Steve*: Nongovernmental Organizations and International Law, *The American Journal of International Law* 100 (2006), 348–372.
- Chase, Stuart*: Wege zur Verständigung, Frankfurt am Main 1952.
- Chase, Stuart/Chase, Marian Tyler*: Roads to agreement: successful methods in the science of human relations, New York 1951.
- Chataway, Cynthia J.*: Track II diplomacy: From a Track I perspective, *Negotiation Journal* 14 (1998), 269–287.
- Chatterjee, Partha*: Agrarian Relations and Communalism, 1926–1935, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies I: Writings on South Asian History and Society*, Delhi 1982, 9–38.
- Chatterjee, Partha*: Nationalist Thought and the Colonial World: A Derivative Discourse, Tokyo 1986.
- Chatterjee, Partha*: More on Modes of Power and the Peasantry, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies II: Writings on South Asian History and Society*, Delhi 1983, 311–349.
- Chaturvedi, Vinayak*: Introduction, in: Chaturvedi (Hrsg.), *Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial*, London 2000, vii–xix.
- Chesterman, Simon*: You, the People: The United Nations, Transitional Administration, and State-Building, Oxford, New York 2004.
- Chigara, Ben*: Legitimacy deficit in custom: a deconstructionist critique, Aldershot [u.a.] 2001.
- Child, Clifton J.*: The Venezuela-British Guiana Boundary Arbitration of 1899, *The American Journal of International Law* 44 (1950), 682–693.
- Chilton, Stephen/Wyant Cuzzo, Maria Stalzer*: Habermas's theory of communicative action as a theoretical framework for mediation practice, *Conflict resolution quarterly* 22 (2005), 325–348.
- Chimni, B. S.*: Customary International Law: A Third World Perspective, *The American Journal of International Law* 112 (2018), 1–46.
- Chimni, B. S.*: Legitimizing the international rule of law, in: Crawford/Koskeniemi (Hrsg.), *The Cambridge Companion to International Law*, Cambridge 2012, 290–308.
- Chinkin, Christine*: Women, Peace, and Security: Tackling Violence Against Women in the Contemporary World?, *German yearbook of international law* 61 (2018), 185–205.
- Chinkin, Christine M.*: The challenge of soft law: development and change in international law, *International & comparative law quarterly* (1989), 850–867.
- Chinkin, Christine M.*: United Nations accountability for violations of international human rights law, *Recueil des cours* 395 (2018), 199–319.
- Choudhry, Sujit* (Hrsg.): *Constitutional Design for Divided Societies: Integration or Accommodation?*, Oxford, New York 2008.

- Choudhury, Enamul/Islam, Shafiqul*: Nature of Transboundary Water Conflicts: Issues of Complexity and the Enabling Conditions for Negotiated Cooperation, *Journal of Contemporary Water Research & Education* (2015), 43–52.
- Chowdhury, Anwarul K.*: Foreword, in: Fritz (Hrsg.), *Moving Toward a Just Peace : The Mediation Continuum*, Dordrecht 2014, vii–ix.
- Christiano, Thomas*: Authority, in: Zalta (Hrsg.), *Stanford Encyclopedia of Philosophy*, Stanford 2013, <https://plato.stanford.edu/archives/spr2013/entries/authority> entrie.
- Christiano, Thomas*: *The constitution of equality : democratic authority and its limits*, Oxford 2008.
- Clark, Ian*: *Legitimacy in international society*, Oxford [u.a.] 2005.
- Claus, Olaf*: *Deutschland als Akteur in der Internationalen Friedensmediation*, Frankfurt am Main 2017.
- Clemens, Mario*: Chancen und Grenzen interessenorientierter, fazilitativer Mediation im Kontext internationaler politischer Konflikte, in: Kriegel-Schmidt (Hrsg.), *Mediation als Wissenschaftszweig : Im Spannungsfeld von Fachexpertise und Interdisziplinarität*, Wiesbaden 2017, 201–211.
- Clements, Kevin P.*: What is legitimacy and why does it matter for peace?, *Accord: an international review of peace initiatives* (2014), 13–16.
- Cobb, Stephen/Bontkes, Tjark Struif*: Rural development, 1974–83: a decade of unfulfilled promise, in: Howell/Lock/Cobb (Hrsg.), *The Jonglei Canal : impact and opportunity*, Cambridge 1988, 431–447.
- Collins, Robert O.*: *The waters of the Nile : hydropolitics and the Jonglei Canal, 1900–1988*, Oxford [u.a.] 1990.
- Commission Verité et Réconciliation de la République Démocratique du Congo*: *Rapport Final Des Activites*, Kinshasa 2007.
- Convergne, Elodie*: Learning to Mediate? The Mediation Support Unit and the Production of Expertise by the UN, *Journal of Intervention and Statebuilding* 10 (2016), 181–199.
- Convergne, Elodie*: UN Mediators' Collaboration with Scholars and Expert NGOs: Explaining the Need for Knowledge-Based Communities in Today's Conflicts, *International Negotiation* 21 (2016), 135–164.
- Corey, Gerald*: *Theory and practice of counseling and psychotherapy*, 9. Aufl. Belmont, Calif. 2013.
- Cornell, Drucilla/Muvangua, Nyoko*: Introduction: The Re-Cognition of uBuntu, in: Cornell/Muvangua (Hrsg.), *Ubuntu and the law : African ideals and postapartheid jurisprudence*, New York 2012, 1–27.
- Costa, Sérgio*: The research on modernity in Latin America: Lineages and dilemmas, *Current Sociology* 67 (2019), 838–855.
- Coster, Douglas W.*: The Interim Committee of the General Assembly : An Appraisal Author, *International Organization* 3 (1949), 444–458.
- Cot, Jean-Pierre*: *La conciliation internationale*, Paris 1968.

- Couveinbes-Matsumoto, Florian*: The End of the History of Liberalism and the Last „Transcivilizational“ Man? Onuma's Attempt to Define a „New“ International Law, *Asian Journal of International Law* 9 (2019), 185–193.
- Cover, Robert*: The Supreme Court 1982 Term – Foreword: Nomos and Narrative, *Harvard Law Review* 97 (1983), 4–68.
- Cox, Damian/Caze, Marguerite La/Levine, Michael*: Integrity, *Stanford Encyclopedia of Philosophy*, Stanford 2021, <https://plato.stanford.edu/archives/fall2021/entries/integrity>.
- Crenshaw, Kimberlé W.*: Demarginalising the intersection of race and sex: A black feminist critique of anti-discrimination doctrine, feminist theory, and anti-racist politics, *University of Chicago Legal Forum* (1989), 139–167.
- Crocker, Chester A./Hampson, Fen Osler/Aall, Pamela*: The Shifting Sands of Peace-making: Challenges of Multiparty Mediation, *International Negotiation* 20 (2015), 363–388.
- Crook, John R.*: The 2002 Judicial Activity of the International Court of Justice, *The American Journal of International Law* 97 (2003), 352–364.
- Crowe, Jonathan/Field, Rachel*: The Problem of legitimacy in mediation, *Contemporary Issues in Law* 9 (2008), 48–60.
- Crucé, Eméric*: *The New Cineas – Le nouveau Cynée* <engl.>, New York 1972.
- Curran, Daniel/Sebenius, James K/Watkins, Michael*: Case Analysis Two Paths to Peace: Contrasting Ireland with Richard Holbrooke in Bosnia – Herzegovina, *Negotiation Journal* 20 (2004), 513–537.
- Cutrona, Cheryl*: Community Mediation in the United States, in: Fritz (Hrsg.), *Moving Toward a Just Peace: The Mediation Continuum*, Dordrecht 2014, 69–89.
- D'Amato, Anthony*: Legal Uncertainty, *California Law Review* 71 (1983), 1–55.
- D'Amato, Anthony*: Non-state actors from the perspective of the policy-oriented school: power, law, actors and the view from New Haven, in: d'Aspremont (Hrsg.), *Participants in the international legal system*, Abingdon 2011, 64–75.
- d'Aspremont, Jean*: *Formalism and the Sources of International Law: A Theory of the Ascertainment of Legal Rules*, Oxford 2011.
- D'Aspremont, Jean*: Legitimacy of governments in the age of democracy, *New York University journal of international law & politics* 38 (2006), 877–918.
- D'Aspremont, Jean*: Conclusion: Inclusive law-making and law- enforcement processes for an exclusive international legal system, in: D'Aspremont (Hrsg.), *Participants in the international legal system*, Abingdon 2011, 425–439.
- D'Aspremont, Jean/De Brabandere, Eric*: The Complementary Faces of Legitimacy In International Law: The Legitimacy of Origin and the Legitimacy of Exercise, *Fordham international law journal* 34 (2011), 190–236.
- da Rocha, José Pascal*: The Changing Nature of International Mediation, *Global Policy* 10 (2019), 101–107.

- Dagger, Richard/Lefkowitz, David*: Political obligation, in: Zalta (Hrsg.), Stanford Encyclopedia of Philosophy, Stanford 2014, <https://plato.stanford.edu/archives/all2014/entries/political-obligation/entries>.
- Drude Dahlerup, Lenita Freidenvall*, Electoral Gender Quota Systems and Their Implementation in Europe (PE 408.309), Europäisches Parlament, Brüssel 2008.
- Dahm, Georg*: Völkerrecht, Stuttgart 1961.
- Dahrendorf, Ralf*: Aktive und Passive Öffentlichkeit, Merkur: Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken 21 (1967), 1109–1122.
- Dakas, Dakas C. J.*: Interrogating Colonialism: Bakassi, the Colonial Question and the Imperative of Exorcising the Ghost of Eurocentric International Law, Nigerian Yearbook of International Law 1 (2017), 113–141.
- Dann, Philipp/Al-Ali, Zaid*: The Internationalized Pouvoir Constituant – Constitution-Making Under External Influence in Iraq, Sudan and East Timor, Max Planck Yearbook of United Nations Law 10 (2006), 423–463.
- Laura Davis, Priscilla Hayner*, Difficult peace, limited justice: Ten years of peace-making in the DRC, International Center for Transitional Justice, New York 2009.
- de Vries, Lotje/Schomerus, Mareike*: Fettered Self-determination: South Sudan's Narrowed Path to Secession, Civil Wars 19 (2017), 26–45.
- de Waal, Alex*: Violence and Peacemaking in the Political Marketplace, Accord: an international review of peace initiatives (2014), 17–20.
- Degan, Vladimir-Djuro*: The Value of the Manila Declaration on International Dispute Settlement in a Case in Which the Philippines is a Party, Chinese Journal of International Law 11 (2012), 5–11.
- DeLancey, Mark Dike/Mbuh, Rebecca Neh/DeLancey, Mark Wakeman*: Historical dictionary of the Republic of Cameroon, 4. Aufl. Lanham [u.a.] 2010.
- Deng, Biong Kuol*: Cooperation between Egypt and Sudan over the Nile River Waters: The Challenges of Duality, African Sociological Review / Revue Africaine de Sociologie 11 (2007), 38–62.
- Deng, Mark A. W.*: Defining the Nature and Limits of Presidential Powers in the Transitional Constitution of South Sudan: A Politically Contentious Matter for the New Nation, Journal of African Law 61 (2017), 23–39.
- Dennis, William Cullen*: The Venezuela-British Guiana Boundary Arbitration of 1899, The American Journal of International Law 44 (1950), 720–727.
- Di Fabio, Udo*: Herrschaft und Gesellschaft, Tübingen 2018.
- Diagne, Souleymane Bachir*: De l'universel et de l'universalisme, in: Diagne/Amselle (Hrsg.), En quête d'Afrique(s): Universalisme et pensée décoloniale, Paris 2018, 65–85.
- Diagne, Souleymane Bachir*: Sur les chartes des mandes, in: Diagne/Amselle (Hrsg.), En quête d'Afrique(s): Universalisme et pensée décoloniale, Paris 2018, 261–268.
- Dinstein, Yoram*: Non-international armed conflicts in international law, Cambridge 2014.

- Doehring, Karl*: Der Autoritätsverlust des Rechts, in: Schnur (Hrsg.), Festschrift für Ernst Forsthoff zum 70. Geburtstag, München 1974, 103–118.
- Doehring, Karl*: Der Verlust der Autorität des Rechts als Problem der aktuellen Rechtsentwicklung, in: Stein/Doehring/Ress (Hrsg.), Die Autorität des Rechts: Verfassungsrecht, Völkerrecht, Europarecht; Referate und Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Kolloquiums aus Anlaß des 65. Geburtstages von Karl Doehring am 17. März 1984 in Heidelberg, Heidelberg 1985, 77–88.
- Donais, Timothy/McCandless, Erin*: International peace building and the emerging inclusivity norm, *Third World Quarterly* 38 (2017), 291–310.
- Dorman, Andrew M.*: Blair's successful war: British military intervention in Sierra Leone, Farnham [u.a.] 2009.
- Douglas, Stacy*: Ubuntu Versus ubuntu: Finding a Philosophy of Justice Through Obligation, *Law and Critique* 26 (2015), 305–312.
- Dreier, Horst*: Gilt das Grundgesetz ewig?: Fünf Kapitel zum modernen Verfassungsstaat, München 2009.
- Drobnig, Ulrich*: Der Friedensgedanke in der Naturrechtslehre des Hugo Grotius, *Archiv des Völkerrechts* 3 (1951), 22–43.
- Dübgen, Franziska/Skupien, Stefan*: Das Politische in der Afrikanischen Philosophie, in: Dübgen/Skupien (Hrsg.), Afrikanische politische Philosophie: Postkoloniale Positionen, Berlin 2015, 9–52.
- Dübgen, Franziska/Skupien, Stefan*: Paulin Hountondji: African Philosophy as Critical Universalism, Cham 2019.
- Duchhardt, Heinz*: Studien zur Friedensvermittlung in der frühen Neuzeit, Wiesbaden 1979.
- Dudouet, Véronique*: Transformation of coercive actors, *Accord: an international review of peace initiatives* (2014), 91–94.
- Dumberry, Patrick*: New state responsibility for internationally wrongful acts by an insurrectional movement, *European Journal of International Law* 17 (2006), 605–621.
- Duss-von Werdt, Joseph*: Homo mediator: Geschichte und Menschenbild der Mediation, Stuttgart 2005.
- Dworkin, Ronald*: Law's empire, Cambridge 1986.
- Dworkin, Ronald*: Taking rights seriously, Cambridge 1977.
- Eagleton, Clyde*: The Work of the UN Interim Committee, *The American Journal of International Law* 42 (1948), 627–630.
- Eba'a, Guy Roger*: Affaire Bakassi: genèse, évolution et dénouement de l'affaire de la frontière terrestre et maritime Cameroun-Nigeria (1993–2002), Yaoundé 2008.
- Ebohon, Sylvanus Idahota*: Cognitive Existentialism and the Global Politics of State Survival: The Nigeria/Cameroun Bakassi Conflict, *Journal of Asian and African Studies* 51 (2014), 186–198.
- Eckstein, Daniel*: Mediation und weitere alternative Konfliktlösungsinstrumente, *Juristische Schulung* 54 (2014), 698–701.

- Economidès, Constantin P.*: La déclaration de Manille sur le règlement des différends internationaux, *Annuaire français de droit international* 28 (1982), 613–633.
- Ehrmann, Jeanette*: Konstitution der Rassismuskritik: Haiti und die Revolution der Menschenrechte, *Zeitschrift für Menschenrechte* (2015), 26–41.
- Eisele, Jörg*: Recht und Gerechtigkeit in der Mediation, *Zeitschrift für Rechtsphilosophie* 1 (2003), 183–190.
- el Moghraby, Asim I.*: The Jonglei Canal—Needed Development or Potential Ecodisaster?, *Environmental Conservation* 9 (1982), 141–148.
- Elias, Taslim Olawale*: The International Court of Justice and some contemporary problems: Essays on international law, Dordrecht 1983.
- Elsuni, Sarah*: Feministische Rechtstheorie, in: Buckel/Christensen/Fischer-Lescano (Hrsg.), *Neue Theorien des Rechts*, 3. Aufl. Stuttgart 2020, 225–241.
- Elwan, Omaia*: Nile River, in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, Oxford 2012, 681–697.
- Engelmann, Andreas*: Rückkehr zum Rechtsglauben, *Merkur: Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken* 74 (2020), 15–25.
- Enzensberger, Hans Magnus*: Von den Vorzügen der Unverständlichkeit, in: Lerch (Hrsg.), *Die Sprache des Rechts: Recht verstehen – Verständlichkeit, Missverständlichkeit und Unverständlichkeit von Recht*, Berlin 2004, 83–84.
- Epping, Volker*: Friedliche Streitbeilegung, in: Epping/Heintschel von Heinegg (Hrsg.), *Ipsen, Völkerrecht*, 7. Aufl. München 2018, 1194–1276.
- Eslava, Luis/Fakhri, Michael/Nesiah, Vasuki*: The Spirit of Bandung, in: Eslava/Fakhri/Nesiah (Hrsg.), *Bandung, Global History, and International Law: Critical Past and Pending Futures*, Cambridge 2017, 3–32.
- European Institute for Gender Equality (EIGE)*: Gender equality in national parliaments across the EU and the European Parliament, Luxemburg 2019.
- Eze, Osita C.*: Nigeria and Cameroon Before the International Court of Justice, in: Lupel (Hrsg.), *Pacific Settlement of Border Disputes: Lessons from the Bakassi Affair and the Greentree Agreement*, New York 2008, 20–27.
- Fanon, Frantz*: *Les damnés de la terre*, 4. Aufl. Paris 2002.
- Farah, Ibrahim/Opanga, Valentine*: Hydro-Politics of the Nile: The Role of South Sudan, *Development* 59 (2016), 308–313.
- Farabat, Anuscheh*: Regulating minority issues through standard-setting and mediation: the case of the High Commissioner on National Minorities, in: Bogdandy/Wolfrum/Bernstorff/Dann/Goldmann (Hrsg.), *The exercise of public authority by international institutions: advancing international institutional law*, Heidelberg [u.a.] 2010, 343–373.
- Fauchille, Paul*: *Traité de droit international public*, 8. Aufl. Paris 1926.
- Ferracioli, Luara*: The Anarchist's Myth: Autonomy, Children, and State Legitimacy, *Hypatia* 30 (2015), 370–385.
- Filos, Altana*: The Historical Development of the Legal System of Cyprus, *Rechtstheorie* 34 (2003), 15–26.
- Finnis, John*: *Natural law and natural rights*, Oxford [u.a.] 1980.

- Fischer-Lescano, Andreas*: Globalverfassung: die Geltungsbegründung der Menschenrechte, Weilerswist 2005.
- Fischer-Lescano, Andreas*: Die Emergenz der Globalverfassung, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 63 (2003), 717–760.
- Fischer-Lescano, Andreas/Teubner, Gunther*: Regime-Kollisionen: zur Fragmentierung des globalen Rechts, Frankfurt am Main 2006.
- Fischer, Rudolf*: Mediation: Historie, Struktur, Möglichkeiten, Grenzen, in: Brocker/Knops/Roth (Hrsg.), *Recht und soziale Gerechtigkeit: Festschrift für Heinz Georg Bamberger zum 70. Geburtstag*, München 2017, 53–70.
- Fisher, Roger* (Hrsg.): *International conflict and behavioral science: the Craigville papers*, New York 1964.
- Fisher, Roger*: *International conflicts for beginners*, New York [u.a.] 1969.
- Fisher, Roger*: *Dear Israelis, dear Arabs!: A working approach to peace*, New York [u.a.] 1972.
- Fisher, Roger*: *Points of choice*, Oxford 1978.
- Fisher, Roger/Ury, William*: *Getting to YES: Negotiating Agreement Without Giving In*, New York 1981.
- Fisher, Roger/Ury, William*: *Das Harvard-Konzept: sachgerecht verhandeln, erfolgreich verhandeln*, Frankfurt/Main [u.a.] 1984.
- Fisher, Roger/Ury, William*: *Getting to yes: negotiating agreement without giving in*, 2. Aufl. New York [u.a.] 1991.
- Fisk, Kylie/Cherney, Adrian*: Pathways to Institutional Legitimacy in Postconflict Societies: Perceptions of Process and Performance in Nepal, *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions* 30 (2017), 263–281.
- Fixdal, Mona*: The Minefields of Mediation: An Overview, *International Negotiation* 20 (2015), 353–362.
- Flathman, Richard E.*: *The public interest: an essay concerning the normative discourse of politics*, New York [u.a.] 1966.
- Fontana, Sina*: Parität und Wahlrechtsgleichheit, *djbZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes* 22 (2019), 128–130.
- Ford, Neil*: Fields of black gold – The Bakassi handover to Cameroon may bring risks as well as oil wealth, *Jane's Intelligence review* 20 (2008), 54–55.
- Forst, Rainer*: Legitimität, Demokratie und Gerechtigkeit: Zur Reflexivität normativer Ordnungen, in: Flügel-Martinsen/Gaus/Hitzel-Cassagnes/Martinsen (Hrsg.), *Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation: Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns*, Wiesbaden 2014, 137–147.
- Forst, Rainer*: *Normativität und Macht: zur Analyse sozialer Rechtfertigungsordnungen*, Berlin 2015.
- Foucault, Michel*: *Die Ordnung des Diskurses*, 14. Aufl. Frankfurt am Main 2014.
- Fraihat, Ibrahim*: *Unfinished Revolutions: Yemen, Libya, and Tunisia after the Arab Spring*, New Haven [u.a.] 2016.
- Franck, Thomas M.*: *The power of legitimacy among nations*, New York [u.a.] 1990.

- Fraser, Henry S.*: A Sketch of the History of International Arbitration, Cornell Law Quarterly 11 (1926), 179–208.
- Fretter, Judith*: International Organizations and Conflict Management: The United Nations and the Mediation of International Conflicts, in: Bercovitch (Hrsg.), Studies in international mediation: essays in honour of Jeffrey Z. Rubin, Basingstoke [u.a.] 2002, 98–126.
- Freud, Sigmund*: Über Psychotherapie, in: Freud (Hrsg.), Gesammelte Werke, 3. Aufl. Frankfurt am Main 1961, 13–26.
- Friedmann, Wolfgang*: The changing structure of international law, London 1964.
- Frost, Mervyn*: Ethics in international relations: A constitutive theory, Cambridge [u.a.] 1996.
- Frouville, Olivier de*: Attribution of Conduct to the State: Private Individuals, in: Crawford/Pellet/Olleson/Parlett (Hrsg.), The law of international responsibility, Oxford 2010, 257–280.
- Fry, James D.*: Attribution of responsibility, in: Nollkaemper/Plakokefalos (Hrsg.), Principles of shared responsibility in international law, Cambridge 2014, 98–133.
- Gaffield, Julia*: The Racialization of International Law after the Haitian Revolution: The Holy See and National Sovereignty, The American Historical Review 125 (2020), 841–868.
- Gaja, Giorgio*: The protection of general interests in the international community: general course on public international law, Recueil des cours 364 (2014), 9–186.
- Galand, Alexandre Skander*: Approaching Custom Identification as a Conflict Avoidance Technique: Tadić und Kupreškić Revisited, Leiden Journal of International Law 31 (2018), 403–429.
- Garry, S./Checchi, F.*: Armed conflict and public health: into the 21st century, Journal of Public Health (Online) (2019), 1–12.
- Gathii, James Thuo*: Imperialism, Colonialism, and International Law, Buffalo law review 54 (2007), 1013–1066.
- Gathii, James Thuo*: International Law and Eurocentricity, European journal of international law 9 (1998), 184–211.
- Gauster, Markus*: Konflikttransformation und Staatsbildung in Afghanistan, in: Feichtinger/Jureković (Hrsg.), Internationales Konfliktmanagement im Fokus: Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich, Baden-Baden 2006, 187–236.
- Geis, Anna*: Regieren mit Mediation: das Beteiligungsverfahren zur zukünftigen Entwicklung des Frankfurter Flughafens, Wiesbaden 2005.
- Gentili, Alberico*: De iure belli libri tres: The translation of the edition of 1612, Oxford [u.a.] 1933.
- Geppert, Kerstin*: Parité-Gesetzentwürfe in den Bundesländern, djbZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 22 (2019), 119–121.
- Gerber, Gerlinde*: Die neue Verfassung Afghanistans: Verfassungstradition und politischer Prozess, Berlin 2007.

- Gerhard, Wolfgang*: Die Vermittlung nach dem friedensrechtlichen Abkommen der 1. Haager Friedenskonferenz und nach den Locarno-Verträgen, Würzburg 1934.
- Getachew, Adom*: Universalism After the Post-colonial Turn: Interpreting the Haitian Revolution, *Political Theory* 44 (2016), 821–845.
- Ghandi, Mahatma*: Satyagraha, ziviler Ungehorsam, passiver Widerstand, Nichtzusammenarbeit, in: Braune (Hrsg.), *Ziviler Ungehorsam : Texte von Thoreau bis Occupy*, Ditzingen 2017, 69–71.
- Ginsburg, Tom*: Constitutional Advice and Transnational Legal Order, *UC Irvine Journal of International, Transnational, and Comparative Law* 2 (2017), 101–128.
- Girelli, Giada*: Understanding transitional justice : a struggle for peace, reconciliation, and rebuilding, Cham, Switzerland 2017.
- Girke, Natalie C*: A matter of balance: the European Union as a mediator in Yemen, *European Security* 24 (2015), 509–524.
- Glaser, Karin*: Über legitime Herrschaft : Grundlagen der Legitimitätstheorie, Wiesbaden 2013.
- Gläßer, Ulla/Sinner, Alex von*: Lehrmodul 1: Zur Genealogie der Mediation – eine Skizze, *Zeitschrift für Konfliktmanagement* 8 (2005), 64.
- Godoy, Horacio H.*: International Law an the Political Movements in Latin America, *American Society of International Law- Proceedings* 54 (1960), 96–101.
- Goetschel, Laurent*: Bound to be peaceful? the changing approach of Western European small states to peace, *Swiss Political Science Review* 19 (2013), 259–278.
- Goldberg, Carl*: Therapeutic partnership : Ethical concerns in psychotherapy, New York 1977.
- Goldberg, Stephen B./Sander, Frank E. A./Rogers, Nancy H.*: Dispute resolution : negotiation, mediation, and other processes, 3. Aufl. Gaithersburg 1999.
- Goldmann, Matthias*: Internationale öffentliche Gewalt : Handlungsformen internationaler Institutionen im Zeitalter der Globalisierung, Heidelberg [u.a.] 2015.
- Goodin, Robert E.*: Institutionalizing the Public Interest: The Defense of Deadlock and Beyond, *American Political Science Review* 90 (1996), 331–343.
- Goodrich, Leland Matthew/Hambro, Edvard*: Charter of the United Nations : commentary and documents, 2. Aufl. London [u.a.] 1949.
- Gordenker, Leon*: The UN Secretary-General and the maintenance of peace, New York [u.a.] 1967.
- Gradoni, Lorenzo/Pasquet, Luca*: Dialogue Concerning Legal Uncertainty and Other Prodigies, *European Journal of International Law* 30 (2019), 129–136.
- Gräfin von Schlieffen, Katharina*: Einführung in die Mediation, in: Haft/Gräfin von Schlieffen (Hrsg.), *Handbuch Mediation*, 3. Aufl. 2016, 3–76.
- Gramsci, Antonio*: Gefängnishefte, Hamburg 2012.
- Gramsci, Antonio*: Briefwechsel mit Tatjana Schucht 1931 – 1935, Hamburg 2014.
- Green, Leslie*: The authority of the state, Oxford 1988.

- Greenawalt, Alexander K. A.*: Justice Without Politics? Prosecutorial Discretion and the International Criminal Court, *International Law and Politics* 39 (2007), 583–673.
- Grewal, Kiran*: Using War to Shift Peacetime Norms: The Example of Forced Marriage in Sierra Leone, in: Shackel/Fiske (Hrsg.), *Rethinking Transitional Gender Justice*, Cham 2019, 77–95.
- Grewe, Wilhelm G.*: *Epochen der Völkerrechtsgeschichte*, 2. Aufl. Baden-Baden 1988.
- Gril, Peter*: Alexys Version einer transzendentalpragmatischen Begründung der Diskursregeln im Unterschied zu Habermas, *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 83 (1997), 206–216.
- Grillo, Trina*: The Mediation Alternative: Process Dangers for Women, *The Yale Law Journal* 100 (1991), 1545–1610.
- Grote, Rainer*: Separation of powers in the New Afghan Constitution, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 64 (2004), 897–915.
- Grotius, Hugo*: *De jure belli ac pacis libri tres*: Paris 1625, Tübingen 1950.
- Grovogu, Siba*: A Revolution Nonetheless: The Global South in International Relations, *The Global South* 5 (2011), 175–190.
- Gruss, Daniel/Diehl, Katharina*: A New Constitution for South Sudan, *Yearbook of Islamic & Middle Eastern Law* 16 (2010), 69–90.
- Guha, Ranajit*: The Prose of Counter-Insurgency, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies II: Writings on South Asian History and Society*, Delhi 1983, 1–42.
- Guha, Ranajit*: Preface, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies I: Writings on South Asian History and Society*, Delhi 1982, vii–viii.
- Guha, Ranajit*: On Some Aspects of the Historiography of Colonial India, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies I: Writings on South Asian History and Society*, Delhi 1982, 1–7.
- Guha, Ranajit*: Preface, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies IV: Writings on South Asian History and Society*, Delhi 1985, vii–viii.
- Guha, Ranajit*: Neel-darpan: The image of a peasant revolt in a liberal mirror, *The Journal of Peasant Studies* 2 (1974), 1–46.
- Guha, Ranajit*: Chandra 's Death, in: Guha (Hrsg.), *Subaltern studies V: Writings on South Asian History and Society*, Delhi 1987, 135–165.
- Gutmann, Christine*: *Freiwilligkeit und (Sozio-)Therapie – notwendige Verknüpfung oder Widerspruch?*, Frankfurt am Main [u.a.] 1993.
- Haass, Richard N.*: Ripeness and the settlement of international disputes, *Survival* 30 (1988), 232–251.
- Haastrup, Toni*: Creating Cinderella? The Unintended Consequences of the Women Peace and Security Agenda for EU's Mediation Architecture, *International Negotiation* 23 (2018), 218–237.
- Häberle, Peter*: *Ein afrikanisches Verfassungs- und Lesebuch – mit vergleichender Kommentierung*, Berlin 2019.

- Habermas, Jürgen*: Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: von Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Opladen 1976, 39–61.
- Habermas, Jürgen*: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt am Main 1973.
- Habermas, Jürgen*: Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, 4. Aufl. Frankfurt am Main 1994.
- Habermas, Jürgen*: Konstitutionalisierung des Völkerrechts und die Legitimationsprobleme einer verfassten Weltgesellschaft, in: Brügger/Neumann/Kirste (Hrsg.), Rechtsphilosophie im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2008, 360–379.
- Habermas, Jürgen*: Struggles for Recognition in Constitutional States, *European Journal of Philosophy* 1 (1993), 128–155.
- Haffke, Bernhard*: Über den Widerspruch von Therapie und Herrschaft exemplifiziert an grundlegenden Bestimmungen des neuen Strafvollzugsgesetzes, *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 88 (1976), 607–652.
- Hall, William Edward*: A treatise on international law, 2. Aufl. Oxford [Oxfordshire] 1884.
- Hamann, Hartmut*: Die Übergangsverfassung der Demokratischen Republik Kongo – Föderalismus oder Zentralismus?, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 65 (2005), 467–491.
- Hammer, Leonard M.*: A Foucauldian Approach to International Law: Descriptive Thoughts for Normative Issues, Aldershot [u.a.] 2007.
- Hammer, Ricarda/White, Alexandre I. R.*: Toward a Sociology of Colonial Subjectivity: Political Agency in Haiti and Liberia, *Sociology of Race and Ethnicity* 5 (2018), 215–228.
- Han, Byung-Chul*: Was ist Macht?, Stuttgart 2005.
- Hanna, Ramy*: Water nationalism in Egypt: state-building, nation-making and Nile hydropolitics, in: Allouche (Hrsg.), Water, technology and the nation-state, London 2018, 81–95.
- Hare, Richard M.*: Moral thinking: its levels, method, and point, Oxford [u.a.] 1981.
- Harris, A. W.*: Peace processes under conditions of uncertain sovereignty, *International Negotiation* 12 (2007), 175–205.
- Hart, H. L. A.*: Positivism and the Separation of Law and Morals, *Harvard Law Review* 71 (1958), 593–629.
- Hart, H. L. A.*: Essays on Bentham: studies in jurisprudence and political theory, Oxford [u.a.] 1982.
- Hart, H. L. A.*: The concept of law, 2. Aufl. Oxford 1994.
- Hartwell, Leon*: Conflict Resolution: Lessons from the Dayton Peace Process, *Negotiation Journal* 35 (2019), 443–469.
- Hassfurth, Isabelle*: Transforming the „international unsociety“: towards eutopia by means of international recognition of peoples' representatives, *German yearbook of international law* 60 (2018), 451–480.

- Hauck, Gerhard*: Geschichte der Entwicklungstheorie, in: Gerlach/Kalming/Kumitz/Andreas (Hrsg.), *Peripherie und globalisierter Kapitalismus. zur Kritik der Entwicklungstheorie*, Frankfurt am Main 2004, 12–50.
- Hayner, Priscilla B.*: *The peacemaker's paradox: pursuing justice in the shadow of conflict*, New York 2018.
- Hayner, Priscilla B.*: *Unspeakable truths: transitional justice and the challenge of truth commissions*, 2. Aufl. New York [u.a.] 2011.
- Hayner, Priscilla B.*: *Negotiating justice: Guidance for mediators*, Centre for Humanitarian Dialogue, Geneva 2009.
- Haynes, R. Brian*: Einleitung, in: Haynes/Taylor/Schrey (Hrsg.), *Compliance Handbuch*, 2. Aufl. München 1986, 11–17.
- Heck, Justus*: Der beteiligte Unbeteiligte. Wie vermittelnde Dritte Konflikte transformieren, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 36 (2016), 58–87.
- Heffes, Ezequiel/Kotlik, Marcos D./Ventura, Manuel J.* (Hrsg.): *International Humanitarian Law and Non-State Actors. Debates, Law and Practice*, Den Haag 2020.
- Heffter, August Wilhelm*: *Das Europäische Völkerrecht der Gegenwart: auf den bisherigen Grundlagen*, Berlin 1844.
- Hehn, Marcus*: Entwicklung und Stand der Mediation – ein Überblick, in: Haft/Gräfin von Schlieffen (Hrsg.), *Handbuch Mediation*, 3. Aufl. München 2016, 77–97.
- Heller, David*: *Power in psychotherapeutic practice*, New York 1985.
- Hellmüller, Sara*: *The Interaction Between Local and International Peacebuilding Actors: Partners for Peace*, Cham 2018.
- Hellmüller, Sara/Palmiano Federer, Julia/Zeller, Mathias*: *The Role of Norms in International Peace Mediation*, swisspeace, NOREF, Bern 2015.
- Hennig, Jonas*: *Mediation als rationaler Diskurs: überpositive Legitimation der Mediation und Vergleich zum Gerichtsprozess am Maßstab der Alexyschen Diskurstheorie*, Berlin 2014.
- Hennis, Wilhelm*: Legitimität, in: von Kielmansegg (Hrsg.), *Legitimationsprobleme politischer Systeme: Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Duisburg, Herbst 1975, Wiesbaden 1976*, 9–38.
- Henschel, Marc*: Die Bedeutung von Verträgen in der Mediation und die rechtliche Stellung des Mediators, in: Meller-Hannich/Weigel (Hrsg.), *Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder*, Baden-Baden 2020, 41–64.
- Heraclides, Alexis*: Janus or Sisyphus? The Southern Problem of the Sudan, *The Journal of Modern African Studies* 25 (1987), 213–231.
- Herr, Stefanie*: *Binding Non-State Armed Groups to International Humanitarian Law- Geneva Call and the Ban of Anti-personnel mines: Lessons from Sudan*, PRIF Reports Nr. 95, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main 2010.
- Herrberg, Antje/Packer, John/Varela, Miguel*: *The Evolution of the United Nations Standby Team of Mediation Experts in Context, Peace My Way*, mediatEUR, Brüssel 2015.

- Hilgendorf, Eric*: Rezension: Rechts- und Sozialphilosophie in Deutschland heute – Beiträge zur Standortbestimmung (ARSP Beiheft 44) by R. Alexy, R. Dreier and U. Neumann, Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 79 (1993), 140–147.
- Hobe, Stephan*: Das humanitäre Völkerrecht in asymmetrischen Konflikten: Anwendbarkeit, modifizierende Interpretation, Notwendigkeit einer Reform?, in: Zimmermann (Hrsg.), Moderne Konfliktformen : humanitäres Völkerrecht und privatrechtliche Folgen; Referate und Thesen, Heidelberg [u.a.] 2010,
- Hoffmann-Riem, Wolfgang*: Modernisierung von Recht und Justiz : eine Herausforderung des Gewährleistungsstaates, Frankfurt am Main 2001.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang*: Konfliktbewältigung in einer angebotsorientierten Rechtsschutzordnung, Zeitschrift für Rechtspolitik 30 (1997), 190–198.
- Hoffmann, Florian F.*: Human rights, the self and the other : reflections on a pragmatic theory of human rights, in: Orford (Hrsg.), International law and its others, Cambridge [u.a.] 2009, 221–244.
- Hoffmann, Martin*: Dreißig Jahre Principles of Biomedical Ethics. Ein Literaturbericht, Zeitschrift für philosophische Forschung 63 (2009), 597–611.
- Hofmann, Hasso*: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“, Der Staat 44 (2005), 171–186.
- Hofmann, Hasso*: Legitimität gegen Legalität : der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts, 4. Aufl. Berlin 2002.
- Hofmann, Hasso*: Legitimität und Rechtsgeltung : verfassungstheoretische Bemerkungen zu einem Problem der Staatslehre und der Rechtsphilosophie, Berlin 1977.
- Hofmann, Hasso*: Legalität, Legitimität, in: Ritter/Gründer (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Basel, Stuttgart 1980, 161–166.
- Holmes, Jeremy/Lindley, Richard*: The values of psychotherapy, Oxford [u.a.] 1989.
- Holper, Anne/Kirchhoff, Lars*: Friedensmediation im Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik, in: Holper/Kirchhoff (Hrsg.), Friedensmediation: Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik, Baden-Baden 2020, 195–226.
- Hölscheidt, Sven*: Art. 223 AEUV, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim (Hrsg.), Das Recht der Europäischen Union, 69. Aufl. München 2020,
- Honeyman, Christopher*: In Defense of Ambiguity, Negotiation Journal 3 (1987), 81–86.
- Hountondji, Paulin J.*: African Philosophy: Myth and Reality, 2. Aufl. Bloomington 1996.
- Hountondji, Paulin J.*: The Master's voice : remarks on the problem of human rights in africa, in: UNESCO (Hrsg.), Philosophical foundations of human rights, Paris 1986, 319–332.
- Hountondji, Paulin J.*: Construire l'universel: un défi transculturel, Method(e)s: African Review of Social Sciences Methodology 2 (2017), 155–168.
- Howell, Paul/Cobb, Stephen*: Conclusion: looking to the future, in: Howell/Lock/Cobb (Hrsg.), The Jingle Canal : impact and opportunity, Cambridge 1988, 449–469.

- Howse, Robert/Teitel, Ruti*: Beyond Compliance: Rethinking Why International Law Really Matters, *Global Policy* 1 (2010), 127–136.
- Huemer, Michael*: The problem of political authority: an examination of the right to coerce and the duty to obey, Basingstoke [u.a.] 2013.
- Hügli, Anton*: Pflichtenkollision, in: Ritter/Gründer (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Basel 1989, 440–456.
- Human Rights Watch*, Democratic Republic of the Congo: Confronting Impunity, Briefing Paper Nr. January, 2004
- Huneus, Alexandra*: Territory as a Victim of Colombia's War, *EJIL: Talk!* 7. Mai 2020 (<https://www.ejiltalk.org/territory-as-a-victim-of-colombias-war/>).
- Hüning, Dieter*: Freiheit und Herrschaft in der Rechtsphilosophie des Thomas Hobbes, Berlin 1998.
- Hurd, Ian*: How to Do Things with International Law, Princeton 2017.
- Hurd, Ian*: After anarchy: legitimacy and power at the United Nations Security Council, Princeton [u.a.] 2007.
- Hurrelmann, Achim/Schneider, Steffen/Steffek, Jens*: Introduction: Legitimacy in an age of politics, in: Hurrelmann/Schneider/Steffek (Hrsg.), *Legitimacy in an age of global politics*, Basingstoke [u.a.] 2007, 1–16.
- Hutter, Dorothee*: Deutschland intensiviert Friedensmediation, *Zeitschrift für Konfliktmanagement* 19 (2016), 226–227.
- Hutter, Dorothee*: The Missing Link: Von Fallstricken in der internationalen Friedensmediation, *Konfliktdynamik* 7 (2018), 144–151.
- Hutterer-Krisch, Renate*: Autonomie, in: Stumm/Pritz (Hrsg.), *Wörterbuch der Psychotherapie*, Wien [u.a.] 2007, 61–62.
- Hyde, James Nevins*: Peaceful settlement: a survey of studies in the Interim Committee of the United Nations General Assembly, *International conciliation*; no. 444, *International Conciliation* 26 (1948), 531–559.
- ILC*: Yearbook of the International Law Commission, 1949.
- ILC*: Yearbook of the International Law Commission, 1962.
- ILC*: A/CN.4/679/Add.1, 2016.
- ILC*: Yearbook of the International Law Commission, 1971.
- ILC*: Yearbook of the International Law Commission, 2010.
- ILC*: Yearbook of the International Law Commission, 2011.
- ILC*: Yearbook of the International Law Commission, 2010.
- ILC*: Yearbook of the International Law Commission, 2011.
- ILC*: Yearbook of the International Law Commission, 1961.
- ILC*: First report on formation and evidence of customary international law by Michael Wood, A/CN.4/663, 2013.
- ILC*: Second report on identification of customary international law by Michael Wood, A/CN.4/672, 2014.
- ILC*: Yearbook of the International Law Commission 2001, 2001.

- Independent International Commission on Kosovo*: The Kosovo report : conflict, international response, lessons learned, Oxford [u.a.] 2000.
- Interim Committee of the General Assembly*: Selected Documents Interim Committee of the General Assembly, International Conciliation 26 (1948), 560–574.
- International Law Association*: London Conference, Final Report of Commission on Formation of Customary (General) International Law, Statement of Principles Applicable to the Formation of General Customary International Law, Aufl. 2000.
- Ischinger, Wolfgang*: Diplomatie und Mediation, perspektive mediation 9 (2012), 6–11.
- Issaka, Mashood/Ngandu, Kapinga Yvette*: Meeting Note – Pacific Settlement of Border Disputes: Lessons from the Bakassi Affair and the Greentree Agreement, in: Lupel (Hrsg.), Pacific Settlement of Border Disputes: Lessons from the Bakassi Affair and the Greentree Agreement, New York 2008, 1–6.
- Ittner, Heidi*: Psychologie der Mediation, in: Haft/Schlieffen (Hrsg.), Handbuch Mediation, 3. Aufl. München 2016, 431–444.
- Ivison, Duncan*: Afterword : the normative force of the past, in: Belmessous (Hrsg.), Native Claims: Indigenous Law against Empire, 1500–1920, Oxford [u.a.] 2012, 248–258.
- Iyer, Ramaswamy R.*: Water-related conflicts : factors, aspects, issues, in: Mekenkamp/Tongeren/Veen (Hrsg.), Searching for peace in Central and South Asia : an overview of conflict prevention and peacebuilding activities, Boulder 2002, 277–290.
- Izquierdo, Belkis/Viaene, Lieselotte*: Decolonizing transitional justice from indigenous territories, Peace in Progress Nr. 34, International Catalan Institute for Peace (ICIP) 2018.
- Jabri, Vivienne*: Peacebuilding, the local and the international: a colonial or a postcolonial rationality?, Peacebuilding 1 (2013), 3–16.
- Jabri, Vivienne*: Perspective on Peacebuilding, in: Richmond/Pogodda/Ramović (Hrsg.), The Palgrave Handbook of Disciplinary and Regional Approaches to Peace, New York 2016, 154–167.
- Jackson, Elmore* (Hrsg.): Meeting of Minds: A Way to Peace through Mediation, New York 1952.
- Jackson, Miles*: Complicity in international law, Oxford 2015.
- Jellinek, Georg*: Allgemeine Staatslehre, Berlin 1905.
- Jens, Alke*: Von Dimensionen der Ungleichheit, Konflikten auf Dauer und dem Wissen vom Kontext – Staat und Gewalt in Dekolonialer Perspektive, in: Dittmer (Hrsg.), Dekoloniale und Postkoloniale Perspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden 2018, 125–153.
- Jo, Hyeran*: Compliant Rebels: Rebel Groups and International Law in World Politics, Cambridge 2015.
- Johnson, D. H. N.*: The Anglo-Norwegian Fisheries Case, Comparative Law Quarterly 1 (1952), 145–189.

- Joseph, Cedric L.*: The Venezuela-Guyana Boundary Arbitration of 1899: An Appraisal: Part I, *Caribbean Studies* 10 (1970), 56–89.
- Joseph, Essombe Edimo*: Considérations Juridiques sur le Différend Frontalier de la Péninsule de Bakasi, *African Journal of International and Comparative Law* 7 (1995), 98–128.
- Jouannet, Emmanuelle*: Universalisme du droit international et impérialisme : le vrai faux paradoxe du droit international? : introduction, in: Jouannet/Ruiz Fabri (Hrsg.), *Impérialisme et droit international en Europe et aux États-Unis*, Paris 2007, 15–40.
- Kadelbach, Stefan*: Jus Cogens, Obligations Erga Omnes and Other Rules – the Identification of Fundamental Norms, in: Tomuschat/Thouvenin (Hrsg.), *The Fundamental Rules of the International Legal Order*, Leiden, Niederlande 2006, 21–40.
- Kalscheuer, Fiete*: Rezension: Jonas Hennig, *Mediation als rationaler Diskurs* (2014), *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 103 (2017), 551–554.
- Kammerhofer, Jörg*: Uncertainty in the Formal Sources of International Law: Customary International Law and Some of Its Problems, *European Journal of International Law* 15 (2004), 523–553.
- Kammerhofer, Jörg*: *Uncertainty in International Law*, Abingdon 2014.
- Kamp, Hermann*: Soziologie der Mediation aus historischer Perspektive, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 36 (2016), 139–153.
- Kandiyoti, Deniz*: The Politics of Gender and Reconstruction in Afghanistan, Occasional Paper Nr.4, United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD), Genf 2005.
- Kanehara, Atsuko*: Reassessment of the acts of the state in the law of state responsibility : a proposal of an integrative theoretical framework of the law of state responsibility to effectively cope with the internationally harmful acts of non-state actors, *Recueil des cours* 399 (2019), 9–266.
- Kanstroom, Daniel*: On „Waterboarding“: Legal Interpretation and the Continuing Struggle for Human Rights, *Boston College Third World Law Journal* 28 (2008), 269–287.
- Kant, Immanuel*: Die Metaphysik der Sitten, in: Preussische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), *Kant, Immanuel: Gesammelte Schriften*, 2. Aufl. Berlin 1914, 203–492.
- Kantola, Johanna*: Women’s Political Representation in the European Union, *The Journal of Legislative Studies* 15 (2009), 379–400.
- Kastner, Philipp*: *Legal normativity in the resolution of internal armed conflict*, Cambridge 2015.
- Kastner, Philipp*: Navigating the Inclusivity-Exclusivity Continuum of Peace Negotiations, in: Jeong (Hrsg.), *Conflict intervention and transformation : theory and practice*, London 2019, 67–83.
- Kastner, Philipp*: International Peace Mediators, in: Renshaw/Cullen/Harrington (Hrsg.), *Experts, Networks and International Law*, Cambridge 2017, 70–92.

- Kastner, Philipp/Roy-Trudel, Elisabeth*: Addressing Masculinities in Peace Negotiations: An Opportunity for Gender Justice, in: Shackel/Fiske (Hrsg.), *Rethinking Transitional Gender Justice: Transformative Approaches in Post-Conflict Settings*, Cham 2019, 145–163.
- Katz, Charles L.*: Another cup at the Nile's crowded spigot: South Sudan and its Nile water rights, *Georgetown Journal of International Law* 44 (2013), 1249–1280.
- Kaufman, Sanda/Duncan, George T.*: The Role of Mandates in Third Party Intervention, *Negotiation Journal* 4 (1988), 403–412.
- Kaufmann, Arthur*: *Rechtsphilosophie in der Nach-Neuzeit: Abschiedsvorlesung*, Heidelberg 1992.
- Kelman, Herbert C.*: Informal Mediation by the Scholar / Practitioner, in: Bercovitch/Rubin (Hrsg.), *Mediation in international relations: multiple approaches to conflict management*, New York 1992, 64–96.
- Kelsay, John*: Islam and Christianity in the Works of Gentili, Grotius, and Pufendorf, in: Hashmi (Hrsg.), *Just wars, holy wars, and jihads: Christian, Jewish, Muslim encounters and exchanges*, New York 2012, 207–220.
- Kennedy, David*: Theses about International Law Discourse, *German Yearbook of International Law* 23 (1980), 353–391.
- Kersten, Mark*: Whither the Aspirational ICC, Welcome the 'Practical' Court?, *EJIL: Talk!* 22. Mai 2019 (<https://www.ejiltalk.org/whither-the-aspirational-icc-welcome-the-practical-court/>).
- Kersting, Wolfgang*: *Thomas Hobbes zur Einführung*, 4. Aufl. Hamburg 2009.
- Kervégan, Jean-François*: *Was tun mit Carl Schmitt?*, Tübingen 2019.
- Kessedjian, Catherine*: Le tiers impartial et indépendant en droit international: juge, arbitre, médiateur, conciliateur: cours général de droit international, *Recueil des cours* 403 (2020), 49–643.
- Khadduri, Majid*: *War and peace in the law of Islam*, Baltimore 1955.
- Khadiagal, Gilbert M.*: South Africa's Role in Conflict Resolution in the Democratic Republic of the Congo (DRC), in: Shillinger (Hrsg.), *Africa's peacemaker?: lessons from South African conflict mediation*, Auckland Park 2009, 69–80.
- Khalatbari, Babak*: *Wahlen in Afghanistan Entscheidung zwischen Diktatur und Demokratie?*, Politischer Bericht / Kurzbericht Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbüro Afghanistan, Kabul 2005.
- Kirchhoff, Lars*: *Constructive interventions: paradigms, process and practice of international mediation*, Alphen aan den Rijn [u.a.] 2008.
- Kirchhoff, Lars*: Linking mediation and transitional justice: the use of interest-based mediation in processes of transition, in: Ambos/Large/Wierda (Hrsg.), *Building a future on peace and justice: studies on transitional justice, peace and development; the Nuremberg declaration on peace and justice*, Berlin [u.a.] 2009, 237–262.
- Kirchhoff, Lars/Holper, Anne Isabel/Würkert, Felix*: Normen: Rückgrat oder Korsett der Friedensmediation?, *ZeFKo Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 10 (2021), 45–75.

- Kirchhoff, Lars/Holper, Anne/Würkert, Felix*: Normativer Bezugsrahmen und völkerrechtliche Grundlagen der Friedensmediation, in: Holper/Kirchhoff (Hrsg.), *Friedensmediation: Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik*, Baden-Baden 2020, 139–167.
- Kirschner, Adele J./Tiroch, Katrin*: The waters of Euphrates and Tigris : an international law perspective, *Max Planck yearbook of United Nations law* 16 (2012), 329–396.
- Kissinger, Henry*: *Diplomacy*, New York 1994.
- Klabbers, Jan*: Setting the Scene, in: Klabbers/Peters/Ulfstein (Hrsg.), *The constitutionalization of international law*, Oxford [u.a.] 2009, 1–44.
- Klabbers, Jan/Piiparinen, Touko*: Normative pluralism : an exploration, in: Klabbers/Piiparinen (Hrsg.), *Normative pluralism and international law*, Cambridge [u.a.] 2013, 13–34.
- Klafki, Anika*: Risiko und Recht : Risiken und Katastrophen im Spannungsfeld von Effektivität, demokratischer Legitimation und rechtsstaatlichen Grundsätzen am Beispiel von Pandemien, Tübingen 2017.
- Klauer, Thomas/Schneider, Wolfgang*: Behandlungsmotivation und Indikation von Psychotherapie, *Psychotherapeut* 61 (2016), 318–326.
- Kleiboer, Marieke*: Understanding Success and Failure of International Mediation, *Journal of Conflict resolution* 4 (1996), 360–389.
- Kleiboer, Marieke*: The multiple realities of international mediation, Boulder [u.a.] 1998.
- Klein, Eckart*: Establishing a hierarchy of human rights: Ideal solution or fallacy?, *Israel Law Review* 41 (2008), 477–488.
- Klosko, George*: Legitimacy, Authority, and Political Obligation, in: Hurrelmann/Steffek/Schneider (Hrsg.), *Legitimacy in an age of global politics*, Basingstoke 2007, 57–74.
- Klug, Ulrich*: Der Rechtsstaat und die Staatsphilosophie der geordneten Anarchie, in: Hering (Hrsg.), *Staat – Recht – Kultur. Festgabe für Ernst von Hippel zu seinem 70. Geburtstag*, Bonn 1965, 148–158.
- Koch, Hans-Joachim*: Einleitung: Über juristisch-dogmatisches Argumentieren im Staatsrecht, in: Koch (Hrsg.), *Seminar: Die juristische Methode im Staatsrecht : über Grenzen von Verfassungs- und Gesetzesbindung*, Frankfurt am Main 1977, 13–157.
- Koch, Hans-Joachim*: Unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessensermächtigungen im Verwaltungsrecht : eine logische und semantische Studie zur Gesetzesbindung der Verwaltung, Frankfurt am Main 1979.
- Kohen, Marcelo G.*: Article 2 Paragraphe 1, in: Cot/Pellet/Forteau (Hrsg.), *La Charte des Nations Unies: Commentaire article par article*, 3. Aufl. Paris 2005, 399–416.
- Kolb, Deborah M.*: To Be a Mediator: Expressive Tactics in Mediation, *Journal of Social Issues* 41 (1985), 11–26.
- Konings, Piet*: Settling border conflicts in Africa peacefully : lessons learned from the Bakassi dispute between Cameroon and Nigeria, in: Abbink/Bruijn (Hrsg.), *Land, law and politics in Africa*, Leiden [u.a.] 2011, 191–210.

- Konings, Piet*: The Anglophone Cameroon-Nigeria Boundary: Opportunities and Conflicts, *African Affairs* 104 (2005), 275–301.
- Köper, Roman*: Die Rolle des Rechts im Mediationsverfahren, Berlin 2003.
- Koriath, Heinz*: Kausalität und objektive Zurechnung, Baden-Baden 2007.
- Koskeniemi, Martti*: Formalism, Fragmentation, Freedom: Kantian Themes in Today's International Law, *No foundations : journal of extreme legal positivism* 4 (2007), 7–28.
- Koskeniemi, Martti*: Rezension – The Epochs of International Law, Berlin (de Gruyter) 2001, *Kritische Justiz* 35 (2002), 277–281.
- Koskeniemi, Martti*: From apology to Utopia: the structure of international legal argument; with a new epilogue, 2. Aufl. Cambridge [u.a.] 2005.
- Koskeniemi, Martti*: Letter to the Editors of the Symposium, *The American Journal of International Law* 93 (1999), 351–360.
- Kostovicova, Denisa*: Transitional Justice and Conflict Studies: Bridging the Divide, *Journal of Global Security Studies* 4 (2019), 273–278.
- Kotlik, Marcos D.*: International Humanitarian Law and Non-State Actors, in: Heffes/Kotlik/Ventura (Hrsg.), *International Humanitarian Law and Non-State Actors*, Den Haag 2020, 387–425.
- Koungou, Léon*: Comment construire la paix dans un espace postconflictuel? Le cas de Bakassi, *Afrique contemporaine* (2010), 11–24.
- Kracht, Stefan*: Rolle und Aufgabe des Mediators – Prinzipien der Mediation, in: Haft/Gräfin von Schlieffen (Hrsg.), *Handbuch Mediation*, 3. Aufl. München 2016, 301–327.
- Krajewski, Markus/Singer, Christopher*: Should judges be front-runners? The ICJ, state immunity and the protection of fundamental human rights, *Max Planck yearbook of United Nations law* 16 (2012), 1–34.
- Krasner, Stephen D./Risse, Thomas*: External Actors, State-Building, and Service Provision in Areas of Limited Statehood: Introduction, *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions* 27 (2014), 545–567.
- Krause, Keith*: Emancipation and Critique in Peace and Conflict Research, *Journal of Global Security Studies* 4 (2019), 292–298.
- Kreile, Renate*: Dame, Bube, König ... – Das neue große Spiel um Afghanistan und der Gender-Faktor, *Leviathan* 30 (2002), 34–64.
- Kreissl, Stephan*: Mediation – Von der Alternative zum Recht zur Integration in das staatliche Konfliktlösungssystem, *Schiedsverfahrenszeitschrift* (2012), 230–244.
- Kress, Ken*: Legal Indeterminacy, *California Law Review* 77 (1989), 283–337.
- Kressel, Kenneth*: Practice-Relevant Research in Mediation: Toward a Reflective Research Paradigm, *Negotiation Journal* 13 (1997), 143–160.
- Kressel, Kenneth/Pruitt, Dean G.*: Themes in the Mediation of Social Conflict, *Journal of social issues* 41 (1985), 179–198.
- Kretzmer, David*: Torture, Prohibition of, in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, Oxford 2012, 950–964.
- Krieger, Heike*: Das Effektivitätsprinzip im Völkerrecht, Berlin 2000.

- Krieger, Heike/Baade, Björnstjern/Mührel, Linus*: Introduction: International Humanitarian Law and Areas of Limited Statehood, in: Baade/Mührel/Petrov LL.M. (Hrsg.), *International Humanitarian Law in Areas of Limited Statehood: Adaptable and Legitimate or Rigid and Unreasonable?*, 1. Aufl. Baden-Baden 2018, 21–40.
- Krieger, Heike/Nolte, Georg*: The International Rule of Law – Rise or Decline? Points of Departure, KFG Working Paper Series Nr. 1, Berlin Potsdam Research Group „The International Rule of Law – Rise or Decline?“, Berlin 2016.
- Krieger, Heike/Nolte, Georg*: The International Rule of Law—Rise or Decline?—Approaching Current Foundational Challenges, in: Krieger/Nolte/Zimmermann (Hrsg.), *The international rule of law : rise or decline?*, Oxford 2019, 3–30.
- Kriesberg, Louis*: The evolution of conflict resolution, in: Bercovitch/Kremenük/Zartman (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, 15–32.
- Krisch, Nico*: Authority, solid and liquid, in postnational governance, in: Cotterrell/Del Mar (Hrsg.), *Authority in Transnational Legal Theory*, Cheltenham [u.a.] 2016, 25–48.
- Krisch, Nico*: Liquid authority in global governance, *International Theory* 9 (2017), 237–260.
- Kristjansdottir, Edda*: Paula Escameia, *International Law FORUM du droit international* 6 (2004), 27–31.
- Krook, Mona Lena/O'Brien, Diana Z./Swip, Krista M.*: Military invasion and women's political representation, *International Feminist Journal of Politics* 12 (2010), 66–79.
- Kulick, Andreas*: From problem to opportunity? : an analytical framework for vagueness and ambiguity in international law, *German yearbook of international law* 59 (2017), 257–288.
- Kumar, Ravindra*: Nonviolent Non-Cooperation: An Effective, Noble and Valuable Means For Peaceful Change., *Social Alternatives* 29 (2010), 5–10.
- Lall, Arthur*: *Modern international negotiation : principles and practice*, New York [u.a.] 1966.
- Lambourne, Wendy*: International law: To end the scourge of war... and to build a just peace?, in: Richmond/Pogodda/Ramović (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Disciplinary and Regional Approaches to Peace*, New York 2016, 247–258.
- Lammasch, Heinrich*: *Die Lehre von der Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfange*, Stuttgart 1914.
- Lamont, Christopher K./Pannwitz, Hannah*: Transitional Justice as Elite Justice? Compromise Justice and Transition in Tunisia, *Global Policy* 7 (2016), 278–281.
- Landly, Donna/MacLean, Gerald*: Reading Spivak, in: Landly/MacLean (Hrsg.), *Spivak Reader*, New York 1996, 1–13.
- Landy, Burton A./Marroquín-Merino, Victor Miguel/Rosenn, Keith S.*: In Memoriam – Francisco V. Garcia-Amador, *University of Miami Inter-American Law Review* 25 (1993), 1–16.

- Langensand, Luca*: Ordnung ohne Herrschaft? Anarchistische Prinzipien als Leitlinien für das Zusammenleben freier Individuen, in: Zucca-Soest (Hrsg.), *Akteure im Recht: Zum Verhältnis von Individuum und Recht*, Baden-Baden 2016, 87–106.
- Lanovoy, Vladyslav*: Complicity and its limits in the law of international responsibility, Oxford 2016.
- Lanz, David*: Friedensmediation im internationalen politischen Umfeld: Herausforderungen und Nischen für Deutschland, in: Holper/Kirchhoff (Hrsg.), *Friedensmediation: Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik*, Baden-Baden 2020, 35–44.
- Lanz, David*: Who gets a seat at the table? A framework for understanding the dynamics of inclusion and exclusion in peace negotiations, *International Negotiation* 16 (2011), 275–295.
- Lanz, David/Pring, Jamie/Von Burg, Corinne/Zeller, Mathias*: *Understanding Mediation Support Structures*, Swisspeace, Bern 2017.
- Lazo, Rodrigo Polanco*: Two Worlds Apart: The Changing Features of International Investment Agreements in Latin America, in: Tanzi/Asteriti/Lazo/Turrini (Hrsg.), *International Investment Law in Latin America*, Leiden, Niederlande 2016, 68–97.
- Le Floch, Guillaume*: Le difficile partage des eaux du Nil, *Annuaire français de droit international* 56 (2010), 471–496.
- Lederach, John Paul*: *Building peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies*, Washington, D.C. 1997.
- Lee, Melissa M./Walter-Drop, Gregor/Wiesel, John*: Taking the State (Back) Out? Statehood and the Delivery of Collective Goods, *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions* 27 (2014), 635–654.
- LeFebvre, Rebecca K.*: Interests and Identities in Peace Negotiations: Nigeria, Cameroon, and the Bakassi Peninsula, *African Social Science Review* 6 (2013), 83–94.
- Lefkowitz, David*: Legitimate Political Authority and the Duty of Those Subject to It: A Critique of Edmundson, *Law and Philosophy* 23 (2004), 399–435.
- Lehti, Marko*: *The Era of Private Peacemakers: A New Dialogic Approach to Mediation*, Cham 2019.
- Leipold, Bruno*: Political Anarchism and Raz's Theory of Authority, *Res publica* 21 (2015), 309–329.
- Lenz, Christofer/Gerhard, Torsten*: *Europawahlgesetz*, 2. Online-. Aufl. Baden-Baden 2019.
- Lepard, Brian D.*: *Customary International Law: A new theory with practical applications*, Cambridge 2010.
- Leser, Albert*: *Vermittlung und Intervention als völkerrechtliche Mittel zur Vermeidung eines Krieges: Eine völkerrechtl. Studie*, Gotha 1917.
- Lewin, David B.*: *Das Prinzip der friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten*, Berlin 1980.

- Ley, Isabelle*: Opposition im Völkerrecht : ein Beitrag zur Legitimation internationaler Rechtserzeugung, Heidelberg [u.a.] 2015.
- Linden, Mieke van der*: The Acquisition of Africa (1870–1914): The Nature of International Law, Boston 2016.
- Liszt, Franz*: Das Völkerrecht : Systematisch dargestellt, 10. Aufl. Berlin, Heidelberg 1915.
- Loh, Wulf*: Konsens und Autonomie: Zur Legitimität völkerrechtlicher Normen, Rechtsphilosophie 4 (2018), 58–77.
- Loran, Earle*: Introduction, in: Small (Hrsg.), Form and function : remarks on art, design and architecture by Horatio Greenough, Berkeley, Calif 1947, xiii–xxi.
- Loughlin, Martin/Walker, Neil*: Introduction, in: Loughlin/Walker (Hrsg.), The paradox of constitutionalism : constituent power and constitutional form, Oxford [u.a.] 2007, 1–8.
- Lowe, Vaughan*: Responsibility for the Conduct of Other States, Kokusaihō gaikō zassh 101 (2002), 1–15.
- Loyle, Cyanne E/Davenport, Christian*: Transitional Injustice : Subverting Justice in Transition and Postconflict Societies, Journal of human rights 15 (2016), 126–149.
- Lucas, John Randolph*: The principles of politics, Oxford 1966.
- Ludsin, Hallie*: Peacemaking and Constitution-Drafting: A Dysfunctional Marriage', University of Pennsylvania Journal of International Law 33 (2011), 239–311.
- Luhmann, Niklas*: Legitimation durch Verfahren, 3. Aufl. Frankfurt am Main 1978.
- Luhmann, Niklas*: Rechtssoziologie, 3. Aufl. Opladen 1987.
- Luhmann, Niklas*: Einführung in die Systemtheorie, 2. Aufl. Heidelberg 2006.
- Luhmann, Niklas*: Grundrechte als Institution : ein Beitrag zur politischen Soziologie, Berlin 1974.
- Luhmann, Niklas*: Einige Probleme mit „reflexivem Recht“, Zeitschrift für Rechtssoziologie 6 (1985), 1.
- Luhmann, Niklas*: Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1995.
- Luhmann, Niklas*: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main 2002.
- Lumumba, Patrick Loch Otieneo*: The interpretation of the 1929 treaty and its Legal Relevance and Implications for the Stability of the Region, African Sociological Review / Revue Africaine de Sociologie 11 (2007), 10–24.
- Lyons, Terrence*: Peace Implementation and Quality Peace, in: Joshi/Wallenstein (Hrsg.), Understanding Quality Peace: Peacebuilding after Civil War, London 2018, 29–43.
- Macedo, Stephen*: Homosexuality and the Conservative Mind, Georgetown Law Journal 84 (1995), 261–300.
- MacRae, Heather*: Double-Speak: The European Union and Gender Parity, West European Politics 35 (2012), 301–318.
- Macris, Nicolas D.*: Introduction, in: Macris (Hrsg.), The 1960 treaties on Cyprus and selected subsequent acts, Mannheim [u.a.] 2003, 9–19.

- Mahmassani, S.*: International law in light of Islamic doctrine, *Recueil des cours* 117 (1966), 205–328.
- Maiwald, Manfred*: Kausalität und Strafrecht: Studien zum Verhältnis von Naturwissenschaften und Jurisprudenz, Göttingen 1980.
- Majinge, Charles Riziki*: Southern Sudan and the Struggle for Self-Determination in Contemporary Africa: Examining Its Basis under International Law, *German yearbook of international law* 53 (2010), 541–578.
- Mallinder, Louise*: Amnesty, Human Rights and Political Transitions: Bridging the Peace and Justice Divide, Oxford 2008.
- Mallon, Florencia E.*: The Promise and Dilemma of Subaltern Studies: Perspectives from Latin American History, *The American Historical Review* 99 (1994), 1491–1515.
- Mamo, Andrew*: Getting to Peace: Roger Fisher's Scholarship in International Law and the Social Sciences, *Leiden Journal of International Law* 29 (2016), 1061–1080.
- Manela, Erez*: The Wilsonian moment: self-determination and the international origins of anticolonial nationalism, Oxford [u.a.] 2007.
- Mangold, Anna Katharina*: Repräsentation von Frauen und gesellschaftlich marginalisierten Personengruppen als demokratietheoretisches Problem, in: Eckertz-Höfer/Schuler-Harms (Hrsg.), Gleichberechtigung und Demokratie, Gleichberechtigung in der Demokratie: (Rechts-)Wissenschaftliche Annäherungen, 1. Aufl. Baden-Baden 2019, 107–124.
- Mani, V.S.*: The 1970 Declaration on Friendly Relations: a Case Study in Law Creation by the UN General Assembly, *International Studies* 18 (1979), 287–321.
- Manjoo, Rashida*: Women, Peace and Security – Negotiating in Women's Best Interests, *Global Policy* 7 (2016), 267–271.
- Mann, Itamar*: The Exodus Encounter: towards a foundational theory of human rights, *Texas international law journal* 50 (2015), 1–44.
- Mann, Itamar*: Humanity at Sea: Maritime Migration and the Foundations of International Law, New York 2016.
- Mapendere, Jeffrey*: Track One and a Half Diplomacy and the Complementarity of Tracks, *Culture of Peace Online Journal* 2 (2005), 66–81.
- Mareschal, Patrice M.*: Providing High Quality Mediation: Insights from the Federal Mediation and Conciliation Service, *Review of Public Personnel Administration* 18 (1998), 55–67.
- Marmor, Andrei*: Varieties of Vagueness in the Law, in: Bongiovanni/Postema/Rotolo/Sartor/Valentini/Walton (Hrsg.), *Handbook of Legal Reasoning and Argumentation*, Dordrecht 2018, 561–580.
- Martin, Harriet*: Kings of Peace, Pawns of War: the untold story of peace-making, London 2006.
- Martitz, Ferdinand von*: Das internationale System zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels in seinem heutigen Bestande, *Archiv für öffentliches Recht*; Bd.1, *Archiv für öffentliches Recht* 1 (1886), 3–29.

- Mathis, Klaus/Langensand, Luca (Hrsg.): *Anarchie als herrschaftslose Ordnung?*, Berlin 2019.
- Max-Planck-Stiftung für Internationalen Frieden und Rechtsstaatlichkeit gemeinnützige GmbH: Jahresbericht 2013, Heidelberg 2014.
- Max-Planck-Stiftung für Internationalen Frieden und Rechtsstaatlichkeit gemeinnützige GmbH: Annual Report 2017, Heidelberg 2018.
- Mayer, Helene/Boness, Christian: Mediations- und Versöhnungskonzepte im Südlichen Afrika, *perspektive mediation* 5 (2008), 130–134.
- Mbaye, Kéba: Article 2 Pragraphe 1, in: Cot/Pellet (Hrsg.), *La Charte des Nations Unies: Commentaire article par article*, 2. Aufl. Paris 1991, 79–96.
- McCarthy, Thomas: Legitimacy and Diversity: Dialectical Reflections on Analytical Distinctions, *Rechtstheorie* 27 (1996), 329–366.
- McClure, Alastair: Sovereignty, law, and the politics of forgiveness in Colonial India, 1858–1903, *Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle East* 38 (2018), 385–401.
- McCorquodale, Robert: An inclusive international legal system, *Leiden journal of international law* 17 (2004), 477–504.
- Mehring, Reinhard: Carl Schmitts Schrift „Die Lage der europäischen Rechtswissenschaft“, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 77 (2017), 853–876.
- Meienberg, Martina: *Nation-Building in Afghanistan : Legitimitätsdefizite innerhalb des politischen Wiederaufbaus*, Wiesbaden 2012.
- Meinel, Florian: Die Legalisierung der Legitimation. Zu einem deutschen Verfassungsproblem, *Merkur* 68 (2014), 767–779.
- Meisenberg, Simon M.: Sierra Leone, in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, Oxford 2012, 200–208.
- Meller-Hannich, Caroline/Weigel, Sascha: *Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder*, Baden-Baden 2020.
- Memmi, Albert: *Portrait du colonisé précédé de Portrait du colonisateur*, Paris 1973.
- Mendelson, Maurice H.: The formation of customary international law, *Recueil des cours* 272 (1998), 155–410.
- Méndez, Juan E.: Constitutionalism and Transitional Justice, in: Rosenfeld/Sajó (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law*, Oxford [u.a.] 2012, 1270–1286.
- Menkel-Meadow, Carrie: What will We Do When Adjudication Ends? A Brief History of ADR, *UCLA Law Review* 44 (1997), 1613–1630.
- Menkel-Meadow, Carrie: Correspondences and Contradictions in International and Domestic Conflict Resolution: Lessons From General Theory and Varied Contexts, *Journal of Dispute Resolution* (2003), 319–352.
- Menkel-Meadow, Carrie: Deconstructing Henry: Negotiation Lessons from Kissinger's Career, *Negotiation Journal* 35 (2019), 337–361.
- Meron, Theodore: On a Hierarchy of International Human Rights, *The American Journal of International Law* 80 (1986), 1–23.

- Merrills, John G.*: III. Land and Maritime Boundary Between Cameroon and Nigeria (Cameroon v Nigeria: Equatorial Guinea Intervening), Merits, Judgment of 10 October 2002, International and Comparative Law Quarterly 52 (2003), 788–797.
- Meyer, Hans*: Verbietet das Grundgesetz eine paritätische Frauenquote bei Listenvahlen zu Parlamenten?, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 38 (2019), 1245–1250.
- Mianabadi, Hojjat/Mostert, Erik/van de Giesen, Nick*: Trans-boundary River Basin Management: Factors Influencing the Success or Failure of International Agreements, in: Hipel/Fang/Cullmann/Bristow (Hrsg.), Conflict Resolution in Water Resources and Environmental Management, Cham 2015, 133–143.
- Michelman, Frank*: Rawls on constitutionalism and constitutional law, in: Freeman (Hrsg.), The Cambridge Companion to Rawls, Cambridge [u.a.] 2003, 394–425.
- Miéville, China*: Between equal rights : a Marxist theory of international law, Leiden 2005.
- Mignolo, Walter D.*: The Global South and world dis/order, Journal of Anthropological Research 67 (2011), 165–188.
- Mitchell, Christopher*: The Right Moment: Notes on Four Models of „Ripeness“, Paradigms 9 (1995), 38–52.
- Mitchell, David*: Cooking the fudge: Constructive ambiguity and the implementation of the Northern Ireland agreement, 1998–2007, Irish Political Studies 24 (2009), 321–336.
- Mnookin, Robert H/Kornhauser, Lewis*: Bargaining in the Shadow of the Law: The Case of Divorce Dispute Resolution, Yale Law Journal 88 (1979), 950–997.
- Moffitt, Michael L.*: Special Section : Frank Sander and ADR Pioneer Before the Big Bang: The Making of an ADR Pioneer, Negotiation Journal (2006), 437–443.
- Möldner, Mirka*: Accountability of International Organizations and Transnational Corporations: A Comparative Analysis, Baden-Baden 2019.
- Möllers, Christoph*: Staat als Argument, München 2000.
- Möllers, Christoph*: Die Möglichkeit der Normen : über eine Praxis jenseits von Moralität und Kausalität, Berlin 2015.
- Moncayo, Guillermo R.*: La médiation pontificale dans l'affaire du canal Beagle, Recueil des cours 242 (1993), 197–433.
- Monji, Ben Raïs*: Bons offices et mediation, in: Horchani (Hrsg.), Règlement pacifique des différends internationaux, Tunis, Brüssel 2002, 103–146.
- Montada, Leo*: Ist der normative Kern von Konflikten in Mediationen auszublenden oder zu fokussieren?, in: Arnold/Lorenz (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Hannes Unberath, München 2015, 325–337.
- Montada, Leo*: Mediation – Anregung zur Praxis aus psychologischer Sicht, in: Fischer/Unberath (Hrsg.), Grundlagen und Methoden der Mediation, München 2014, 7–18.
- Montada, Leo/Kals, Elisabeth*: Mediation : psychologische Grundlagen und Perspektiven, 3. Aufl. Weinheim 2013.

- Moore-Vissing, *Quixada/Vissing, Yvonne*: Eminent Person Mediation, in: Young (Hrsg.), *The Oxford international encyclopedia of peace*, Oxford 2010, 51–53.
- Moore, *Christopher W.*: *The mediation process: practical strategies for resolving conflict*, San Francisco, Calif. [u.a.] 1986.
- Morlok, *Martin/Hobusch, Alexander*: Sinnvoll heißt nicht verfassungsgemäß – zu Meyers Kritik an der Paritätskritik, *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 38 (2019), 1734–1738.
- Morris, *Christopher W.*: *An essay on the modern state*, Cambridge 2002.
- Moynihan, *Harriet*: Aiding and assisting: the mental element under Article 16 of the International Law Commission's Articles on State Responsibility, *International & comparative law quarterly* 67 (2018), 455–471.
- Mir Mubashir, *Irena Grizelj*, *The Youth Space of Dialogue and Mediation*, Berghof Foundation, Berlin 2018.
- Mühsam, *Erich*: Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat: Was ist kommunistischer Anarchismus? (Auszug), in: Schiewe/Maußner (Hrsg.), *Trotz allem Mensch sein: Gedichte und Aufsätze*, Stuttgart 2009, 125–140.
- Müller, *Ingo*: *Furchtbare Juristen: die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz*, München 1987.
- Müller, *Jan-Werner*: *Ein gefährlicher Geist: Carl Schmitts Wirkung in Europa*, 2. Aufl. Darmstadt 2011.
- Müller, *Lars*: *Die Rolle nicht-internationaler Waffenstillstandsabkommen im humanitären Völkerrecht*, Baden-Baden 2019.
- Mullin, *Corinna*: Tunisia's revolution and the domestic-international nexus, in: Sadiki (Hrsg.), *Routledge handbook of the Arab Spring*, London [u.a.] 2015, 89–104.
- Münste, *Peter*: Professionalisierungsbedürftige Vermittlungspraxis oder Sozialtechnologie?, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 36 (2016), 29–57.
- Murphy, *Liam*: Law Beyond the State: Some Philosophical Questions, *European Journal of International Law* 28 (2017), 203–232.
- Murphy, *Liam*: International Responsibility, in: Besson/Tasioulas (Hrsg.), *Philosophy of International Law*, Oxford 2010, 299–315.
- Mutua, *Makau*: What Is TWAIL?, *American Society of International Law- Proceedings* 94 (2000), 31–40.
- Nagel, *Thomas*: Hobbes's Concept of Obligation, *The Philosophical Review* 68 (1959), 68–83.
- Nassar, *Habib*: Transitional justice in the wake of the Arab uprisings: between complexity and standardisation, in: Fisher/Stewart (Hrsg.), *Transitional justice and the Arab spring*, London [u.a.] 2014, 54–75.
- Nathan, *Laurie*: The Mandate Effect: A Typology and Conceptualization of Mediation Mandates, *Peace & Change* 43 (2018), 318–343.
- Nathan, *Laurie*: *No Ownership, No Peace: the Darfur Peace Agreement*, Crisis States Research Centre, London 2006.

- Natil, Ibrahim*: Civil State in the Post-Arab Spring Countries: Tunisia, Egypt and Libya, in: Çakmak (Hrsg.), *The Arab Spring, Civil Society, and Innovative Activism*, New York 2017, 217–231.
- Naughton, Elena*: Democretic Republic of Congo: Case Study, in: International Center for Transitional Justice/Kofi Annan Foundation (Hrsg.), *Challenging the Conventional Can Truth Commissions Strengthen Peace Processes?*, 2014, 47–55.
- Ndulu, Muna*: The prohibition of the unconstitutional change of government, in: Yusuf/Ouguerouz (Hrsg.), *The African Union: Legal and Institutional Framework : A Manual on the Pan-African Organization*, Leiden 2012, 251–274.
- Neumann, Ulfried*: Juristische Argumentationstheorie, in: Hilgendorf/Joerden (Hrsg.), *Handbuch Rechtsphilosophie*, Stuttgart 2017, 234–240.
- Neumann, Ulfried*: Zum Verhältnis von Rechtsgeltung und Rechtsbegriff: Wandlung in der Rechtsphilosophie Gustav Radbruchs, in: Borowski/Paulson (Hrsg.), *Die Natur des Rechts bei Gustav Radbruch*, Tübingen 2015, 129–149.
- Neumann, Leopold von*: *Grundriss des heutigen europäischen Völkerrechts*, 3. Aufl. Wien 1885.
- Newey, Glen*: *Routledge philosophy guidebook to Hobbes and Leviathan*, London [u.a.] 2008.
- Nilsen, Alf Gunvald*: Against the Current, From Below : Resisting Dispossession in the Narmada Valley, India, *Journal of Poverty* 17 (2013), 460–492.
- Nippold, Otfried*: Einführung, in: Nippold (Hrsg.), *Jus gentium methodo scientifica pertractatum : ... in quo jus gentium naturale ab eo, quod voluntar ii, pactit ii et consuetudinarii est, accurate distinguitur*, Oxford [u.a.] 1934, xiii-lvi.
- Nippold, Otfried*: Die Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten : ein völkerrechtliches Problem der Gegenwart, speziell auf den Haager Friedenskonferenzen, Leipzig 1907.
- Nippold, Otfried*: Die zweite Haager Friedenskonferenz : Das Prozeßrecht, Leipzig 1908.
- Noah, M. Efiong*: Political History of the City States of Old Calabar, 1820 – 60, in: Obichere (Hrsg.), *Studies in Southern Nigerian history*, London 1982, 37–68.
- Noortmann, Math/Reinisch, August/Ryngaert, Cedric*: Concluding Observations, in: Noortmann/Reinisch/Ryngaert (Hrsg.), *Non-State actors in international law*, Oxford [u.a.] 2015, 369–376.
- Norris, Pippa/Dahlerup, Drude*: On the Fast Track: The Spread of Gender Quota Policies for Elected Office, HKS Working Paper Nr. 15–041, Harvard Kennedy School, Cambridge 2015.
- Nozick, Robert*: *Anarchy, state, and utopia*, New York 1974.
- Nullmeier, Frank*: Intersubjektivität und Interindividualität: Anmerkungen zu den sozialtheoretischen Grundlagen der Demokratietheorie, in: Flügel-Martinsen/Gaus/Hitzel-Cassagnes/Martinsen (Hrsg.), *Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation : Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns*, Wiesbaden 2014, 73–101.

- Nye Jr., Joseph S.: The place of soft power in state-based conflict management, in: Crocker/Hampson/Aall (Hrsg.), *Leashing the dogs of war*, Washington, D.C. 2007, 389–400.
- Nye Jr., Joseph S.: Public Diplomacy and Soft Power, *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 616 (2008), 94–109.
- O'Rourke, Catherine: Feminist Strategy in International Law: Understanding Its Legal, Normative and Political Dimensions, *European Journal of International Law* 28 (2017), 1019–1045.
- Obregón, Liliana: Between civilisation and barbarism: Creole interventions in international law, *Third World Quarterly* 27 (2006), 815–832.
- Obregón, Liliana: Peripheral Histories of International Law, *Annual Review of Law and Social Science* (2019), 437–451.
- Obregón, Liliana: No Identity formation, theorization and decline of a Latin American international law, in: Almeida/Sorel (Hrsg.), *Latin America and the International Court of Justice: Contributions to International Law*, Oxon 2017, 3–14.
- Obregón, Liliana: Empire, Racial Capitalism and International Law: The Case of Manumitted Haiti and the Recognition Debt, *Leiden Journal of International Law* 31 (2018), 597–615.
- Odendahl, Kerstin: Gibt es eine völkerrechtliche Legitimität von Regierungen?, in: Odendahl/von Arnould/Matz-Lück (Hrsg.), *Aus Kiel in die Welt: Kiel's contribution to international law; Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Walther-Schücking-Instituts für Internationales Recht*, Berlin 2014, 99–126.
- Oduntan, Gbenga: How International Courts Underdeveloped International Law: Political, Economic and Structural Failings of International Adjudication in Relation to Developing States, *African Journal of International and Comparative Law* 13 (2005), 262–313.
- Oduntan, Gbenga: The Demarcation of Straddling Villages in Accordance with the International Court of Justice Jurisprudence: The Cameroon–Nigeria Experience, *Chinese Journal of International Law* 5 (2006), 79–114.
- Oeter, Stefan: Theorising the global legal order: an institutionalist perspective, in: Halpin/Roebein (Hrsg.), *Theorising the global legal order*, Oxford [u.a.] 2009, 61–83.
- Oette, Lutz/Babiker, Mohamed Abdelsalam: Introduction, in: Oette/Babiker (Hrsg.), *Constitution-Making and Human Rights in the Sudans*, Milton 2018, 1–12.
- Offe, Claus: Spätkapitalismus – Versuch einer Begriffsbestimmung, in: Borchert/Lessenich (Hrsg.), *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur Politischen Soziologie*, Frankfurt am Main 2006, 51–66.
- Okoi, Obasesam: Limits Of International Law: Settlement Of The Nigeria-Cameroon Territorial Conflict, *International journal on world peace* 33 (2016), 77.
- Olinga, Alain Didier: L' accord de Greentree du 12 juin 2006 relatif à la presqu'île de Bakassi, Paris 2009.
- Orrego Vicuña, Francisco: Mediation, in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, Oxford 2012, 45–52.

- Otto, Dianne: Nongovernmental Organizations in the United Nations System: The Emerging Role of International Civil Society, *Human Rights Quarterly* 18 (1996), 107–141.
- Otto, Dianne: Subalternity and International Law: the Problems of Global Community and the Incommensurability of Difference, *Social & Legal Studies* 5 (1996), 337–364.
- Otto, Dianne: A Sign of „Weakness“? Disrupting Gender Certainties in the Implementation of Security Council Resolution 1325, *Michigan Journal of Gender & Law* 13 (2006), 113–175.
- Otto, Dianne: Celebrating Complexity, *American Society of International Law-Proceedings* 106 (2012), 168–171.
- Otto, Dianne (Hrsg.): *Queering International Law: Possibilities, Alliances, Complicities, Risks*, New York 2017.
- Özsu, Umut: Determining new selves : Mohammed Bedjaoui on Algeria, Western Sahara, and post-classical international law, in: Bernstorff/Dann (Hrsg.), *The battle for international law*, Oxford 2019, 341–357.
- Paddeu, Federica/Plant, Brendan: The Dispute between Guyana and Venezuela over the Essequibo Region, *EJIL: Talk!* 11. April 2018 (<https://www.ejiltalk.org/the-dispute-between-guyana-and-venezuela-over-the-essequibo-region/>).
- Paffenholz, Thania: Civil Society and Peace Negotiations: Beyond the Inclusion-Exclusion Dichotomy, *Negotiation Journal* 30 (2014), 69–91.
- Paffenholz, Thania: Women in Peace Negotiations, in: Aggestam/Towns (Hrsg.), *Gendering Diplomacy and International Negotiation*, Cham 2018, 169–191.
- Paffenholz, Thania/Zartman, I. William: Inclusive Peace Negotiations – From a Neglected Topic to New Hype, *International Negotiation* 24 (2019), 1–6.
- Pahuja, Sundhya: *Decolonising international law: Development, economic growth and the politics of universality*, Cambridge 2011.
- Paige, Tamsin Philipa: The Maintenance of Heteronormativity, in: Otto (Hrsg.), *Queering International Law: Possibilities, Alliances, Complicities, Risks*, New York 2017, 91–109.
- Palmiano Federer, Julia: We do negotiate with terrorists: navigating liberal and illiberal norms in peace mediation, *Critical Studies on Terrorism* 12 (2019), 19–39.
- Paris, Roland: International peacebuilding and the „mission civilisatrice“, *Review of International Studies* 28 (2002), 637–656.
- Paulson, Colter: Compliance With Final Judgments of the International Court of Justice Since 1987, *The American Journal of International Law* 98 (2004), 434–461.
- Pear, T. H.: The psychological study of tension and conflict, in: *The International Sociological Association* (Hrsg.), *The nature of conflict : studies on the sociological aspects of international tensions*, Paris 1957, 118–176.
- Pehar, D.: Use of Ambiguities in Peace Agreements, in: Kurbalija/Slavik (Hrsg.), *Language and Diplomacy*, Msida 2011, 163–201.

- Pellet, Alain*: The normative dilemma: will and consent on international law-making, *Australian Year Book of International Law* 12 (1992), 22–53.
- Pellet, Alain*: Le droit, in: Boniface (Hrsg.), *La puissance internationale*, Paris 1994, 145–156.
- Pellet, Alain*: Values and Power Relations – The „Disillusionment“ of International Law?, KFG Working Paper Series Nr. 34, Berlin Potsdam Research Group „The International Rule of Law – Rise or Decline?“, Berlin 2019.
- Perham, Margery*: Bilanz des Kolonialismus, Stuttgart 1963.
- Pernice-Warnke, Silvia*: Parlamente als Spiegel der Bevölkerung?, *Deutsches Verwaltungsblatt* 135 (2020), 81–90.
- Peters, Anne*: International Legal Scholarship Under Challenge, in: D’Aspremont/Gazzini/Nollkaemper/Werner (Hrsg.), *International Law as a Profession*, Cambridge 2017, 117–159.
- Peters, Anne*: Membership in the Global Constitutional Community, in: Klabbers/Peters/Ulfstein (Hrsg.), *The Constitutionalization of International Law*, Oxford 2009, 153–262.
- Petersen, Niels*: Demokratie als teleologisches Prinzip : zur Legitimität von Staatsgewalt im Völkerrecht, Berlin [u.a.] 2009.
- Petersen, Niels*: Life, Right to, International Protection, in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, Oxford 2012, 865–873.
- Pettersson, Thérèse/Högbladh, Stina/Öberg, Magnus*: Organized violence, 1989–2018 and peace agreements, *Journal of Peace Research* 56 (2019), 589–603.
- Pettit, Philip*: Legitimate International Institutions: A Neorepublican Perspective, in: Besson/Tasioulas (Hrsg.), *Philosophy of International Law*, Oxford 2010, 139–160.
- Pfeifenberger, Werner*: Die Vereinten Nationen : ihre politischen Organe in Sicherheitsfragen, Salzburg [u.a.] 1971.
- Pfetsch, Frank R.*: Verhandeln in Konflikten : Grundlagen, Theorie, Praxis, Wiesbaden 2006.
- Piketty, Thomas*: *Capital et idéologie*, Paris 2019.
- Politis, Nicolas*: L’avenir de la médiation, *Revue générale de droit international public* 12 (1919), 136–163.
- Polzin, Monika*: Parité-Gesetz in Brandenburg – Kein Sieg für die Demokratie, *Verfassungsblog* 8. Februar 2019 (<https://verfassungsblog.de/parite-gesetz-in-brandenburg-kein-sieg-fuer-die-demokratie/>).
- Postone, Moishe*: The Dualisms of Capitalist Modernity: Reflections on History, the Holocaust, and Antisemitism, in: Jacobs (Hrsg.), *Jews and Leftist Politics: Judaism, Israel, Antisemitism, and Gender*, Cambridge 2017, 43–66.
- Poulantzas, Dion M.*: The Interim Committee or „Little Assembly“: A Subsidiary Organ of the General Assembly of the U.N. Organization, *Revue de droit international de sciences diplomatiques et politiques* 71 (1993), 251–260.

- Poya, Abbas*: Perspektiven zivilgesellschaftlicher Strukturen in Afghanistan: ethische Neutralität, ethnische Parität und Frauenrechte in der Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan, Orient – Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients 44 (2003), 367–384.
- Pradier-Fodéré, Paul*: Cours de droit diplomatique à l'usage des agents politiques du ministère des affaires étrangères des états européens et américains [accompagné de pièces et documents proposés comme exemples des offices divers qui sont du ressort de la diplomatie], Paris 1881.
- Prakash, Gyan*: Writing Post-Orientalist Histories of the Third World: Perspectives from Indian Historiography, in: Chaturvedi (Hrsg.), Mapping subaltern studies and the postcolonial, London 2000, 163–190.
- Preuss, Ulrich K.*: Constitutional Powermaking for the New Polity: Some Deliberations on the Relations between Constituent Power and the Power and the Constitution, in: Rosenfeld (Hrsg.), Constitutionalism, Identity, Difference, and Legitimacy, Durham 1994, 143–164.
- Princen, Thomas*: Mediation by a Transnational Organization: the Case of the Vatican, in: Bercovitch/Rubin (Hrsg.), Mediation in International Relations: Multiple Approaches to Conflict Management, New York 1992, 149–175.
- Prinz, Christopher-Leonard*: Internationale Mediation – Aussichten und Begrenzungen am Beispiel des Kosovo, Zeitschrift für Konfliktmanagement 15 (2012), 198–202.
- Prohl, Werner M.*: Zum Verfassungsentwurf für die Islamische Republik Afghanistan, Politischer Kurzbericht Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2003.
- Puechguirbal, Nadine*: Discourses on Gender, Patriarchy and Resolution 1325: A Textual Analysis of UN Documents, International Peacekeeping 17 (2010), 172–187.
- Pufendorf, Samuel Freiherr von*: Acht Bücher vom Natur- und Völcker-Rechte, Frankfurt am Main 1711.
- Puppe, Ingeborg*: Lob der Conditio-sine-qua-non-Formel, Goltdammer's Archiv für Strafrecht 3 (2010), 551–571.
- Radbruch, Gustav*: Rechtsphilosophie, 3. Aufl. Leipzig 1932.
- Radbruch, Gustav*: Vorschule der Rechtsphilosophie, 3. Aufl. Göttingen 1965.
- Radbruch, Gustav*: Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht, Süddeutsche Juristenzeitung 1 (1946), 105–108.
- Radbruch, Gustav*: 5 Minuten Rechtsphilosophie, in: Kaufmann (Hrsg.), Gustav Radbruch Gesamtausgabe: Rechtsphilosophie III, Heidelberg 1990, 78–79.
- Raiser, Thomas*: Grundlagen der Rechtssoziologie, Tübingen 2013.
- Rajagopal, B.*: International law from below: Development, social movements, and Third World resistance, Cambridge [u.a.] 2003.
- Rajagopal, Balakrishnan*: International Law and Its Discontents: Rethinking the Global South, American Society of International Law- Proceedings 106 (2012), 176–181.

- Ramcharan, B. G.*: The international law and practice of early-warning and preventive diplomacy : the emerging global watch, Dordrecht [u.a.] 1991.
- Rawls, John*: A theory of justice, 2. Aufl. Harvard 1999.
- Rawls, John*: The law of peoples, Cambridge [u.a.] 1999.
- Raymond, Gregory A.*: Problems and Prospects in the Study of International Norms, *Mershon International Studies Review* 41 (1997), 2005–2245.
- Raymond, Gregory A./Kegley, Charles W.*: Third Party Mediation and International Norms: A Test of Two Models, *Conflict Management and Peace Science* 9 (1985), 33–52.
- Raz, Joseph*: The authority of law : essays on law and morality, Oxford 1979.
- Raz, Joseph*: The morality of freedom, Oxford 1986.
- Raz, Joseph*: Authority and Justification, *Philosophy & Public Affairs* 14 (1985), 3–29.
- Raz, Joseph*: Practical Reason and Norms, London 1975.
- Raz, Joseph*: Why the state?, in: Roughan/Halpin (Hrsg.), *In Pursuit of Pluralist Jurisprudence*, Cambridge 2017, 136–162.
- Reglitz, Merten*: Political Legitimacy Without a (Claim-) Right to Rule, *Res publica* 21 (2015), 291–307.
- Reich, Norbert*: Reflexives Recht? : Bemerkungen zu einer neuen Theorie von Gunther Teubner, in: Broda/Deutsch/Schreiber/Vogel (Hrsg.), *Festschrift für Rudolf Wassermann zum sechzigsten Geburtstag*, Darmstadt 1985, 151–163.
- Reich, Ursel Alice*: Internationale Verwaltung im Kosovo : Rechtsgrundsätze internationaler Administration am Beispiel der UNMIK, Baden-Baden 2012.
- Reiner, Julius*: Hugo Grotius und das Weltschiedsgericht, Berlin 1922.
- Reisman, Michael*: Looking, Staring and Glaring: Microlegal Systems and Public Order, *Denver Journal of International Law and Politics* 12 (1982), 165–182.
- Reiter, Andrew G.*: Fighting Over Peace : Spoilers, Peace Agreements, and the Strategic Use of Violence, Cham 2016.
- Reynolds, Andrew* (Hrsg.): The architecture of democracy : constitutional design, conflict management, and democracy, Oxford [u.a.] 2002.
- Richmond, Oliver P.*: Failed statebuilding : intervention, the state, and the dynamics of peace formation, New Haven [u.a.] 2014.
- Rie, Robert*: Das Legitimitätsprinzip des Wiener Kongresses, *Archiv des Völkerrechts* (1955), 272–283.
- Rie, Robert*: Der Wiener Kongress und das Völkerrecht, Bonn 1957.
- Rinderle, Peter*: Der Zweifel des Anarchisten : für eine neue Theorie von politischer Verpflichtung und staatlicher Legitimität, Frankfurt am Main 2005.
- Ripke, Lis*: Recht und Gerechtigkeit in der Mediation, in: Haft/Schlieffen (Hrsg.), *Handbuch Mediation*, 2. Aufl. München 2009, 161–175.
- Robbers, Gerhard*: Gerechtigkeit als Rechtsprinzip : über den Begriff der Gerechtigkeit in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Baden-Baden 1980.

- Röben, Volker*: What about Hobbes? Legitimacy as a matter of inclusion in the functional and rational exercise of international public power, in: Wolfrum/Röben (Hrsg.), *Legitimacy in International Law*, Berlin [u.a.] 2008, 353–368.
- Robert Alexy*: Die Idee einer prozeduralen Theorie der juristischen Argumentation, *Rechtstheorie – Beiheft 2* (1981), 177–188.
- Roberts, Anthea*: Legality vs. Legitimacy: Can Uses of Force be Illegal but Justified?, in: Alston/Macdonald (Hrsg.), *Human Rights, Intervention, and the Use of Force*, Oxford 2008, 179–213.
- Roberts, Anthea/Sivakumaran, Sandesh*: Lawmaking by Nonstate Actors: Engaging Armed Groups in the Creation of International Humanitarian Law, *The Yale journal of international law* 37 (2012), 107–152.
- Roberts, Marian*: *Developing the craft of mediation: reflections on theory and practice*, London, Philadelphia 2007.
- Rochow, Moritz von*: *Transnationale Nomaden im Völkerrecht: Staatsgrenzen und die Migration von Völkern*, Berlin 2019.
- Rödiger, Sarah*: Staatsverbrechen als kollektives Konzept im Völkerrecht, *Archiv des Völkerrechts* 58 (2020), 40–72.
- Rodman, Kenneth A.*: Is Peace in the Interests of Justice? The Case for Broad Prosecutorial Discretion at the International Criminal Court, *Leiden Journal of International Law* 22 (2009), 99.
- Rodrigues, Charmaine*: Letting off steam: Interim constitutions as a safety valve to the pressure-cooker of transitions in conflict-affected states?, *Global Constitutionalism* 6 (2017), 33–62.
- Roehl, Janice A./Cook, Royer F.*: Issues in Mediation: Rhetoric and Reality Revisited, *Journal of Social Issues* 41 (1985), 161–178.
- Röhner, Cara*: Gerechte Staatlichkeit, *djbZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes* 22 (2019), 125–128.
- Rolandsen, Øystein H.*: A quick fix? A retrospective analysis of the Sudan Comprehensive Peace Agreement, *Review of African Political Economy* 38 (2011), 551–564.
- Rosenstock, Robert*: The Declaration of Principles of International Law Concerning Friendly Relations: A Survey, *The American Journal of International Law* 65 (1971), 713–735.
- Rosner, Siegfried/Winbeller, Andreas*: *Mediation und Verhandlungsführung: Theorie und Praxis des wertschöpfenden Handelns nicht nur in Konflikten*, Mering 2012.
- Röthemeyer, Peter*: *Mediation: Grundlagen, Recht, Markt*, Stuttgart 2015.
- Rothschild, Joseph*: Observations on political legitimacy in contemporary Europe, *Political science quarterly* 92 (1977), 487–501.
- Röttgers, Kurt*: Autorität III., in: Ritter (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Basel 1971, 729–733.

- Roughan, Nicole*: From authority to authorities : bridging the social/normative divide, in: Cotterrell/Del Mar (Hrsg.), *Authority in Transnational Legal Theory*, Cheltenham [u.a.] 2016, 280–299.
- Rousseau, Charles*: *Droit international public : Les rapports conflictuels*, Paris 1983.
- Rubin, Jeffrey Z.* (Hrsg.): *Dynamics of third party intervention : Kissinger in the Middle East*, New York 1981.
- Rubin, Jeffrey Z.*: Conclusion: International Mediation in Context, in: Bercovitch/Rubin (Hrsg.), *Mediation in International Relations: Multiple Approaches to Conflict Management*, London 1992, 249–272.
- Ruttig, Thomas*: *Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie. Strukturelle Schwächen des Staatsaufbaus und Ansätze für eine politische Stabilisierung*, SWP Studie Nr. S 17, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin 2008.
- Šaibānī, Muḥammad Ibn-al-Ḥasan aš-*: *The Islamic law of nations : Shaybānī's Siyar*, Baltimore 1966.
- Said, Edward W.*: *Orientalism*, 3. Aufl. London 2003.
- Saleh, Saleh M. K.*: Hydro-hegemony in the Nile Basin: A Sudanese perspective, *Water Policy* 10 (2008), 29–49.
- Salternik, Michal*: Perpetuating democratic peace : procedural justice in peace negotiations, *European journal of international law* 27 (2016), 617–642.
- Salternik, Michal*: Reducing the price of peace: the human rights responsibilities of third-party facilitators, *Vanderbilt journal of transnational law* 48 (2015), 179–243.
- Salman, Salman M. A.*: The new state of South Sudan and the hydro-politics of the Nile Basin, *Water International* 36 (2011), 154–166.
- Salman, Salman M. A.*: The GERD and the Revival of the Egyptian–Sudanese Dispute over the Nile Waters, *Ethiopian Yearbook of International Law* (2017), 79–110.
- Salman, Salman M. A.*: Water Resources in the Sudan North-South Peace Process, in: Weinthal/Troell/Nakayama (Hrsg.), *Water and post-conflict peacebuilding*, Abingdon 2013, 327–355.
- Salman, Salman M. A.*: Water Resources in the Sudan North-South Peace Process: Past Experience and Future Trends, *Africa Yearbook of International Law* (2010), 299–328.
- Salter, Michael*: Reinterpreting Competing Interpretations of the Scope and Potential of the Martens Clause, *Journal of Conflict and Security Law* 17 (2012), 403–437.
- Sama, Molem Christopher/Johnson-Ross, Debora*: Reclaiming the Bakassi Kingdom: The Anglophone Cameroon – Nigeria Border, *Afrika Zamani* 13–14 (2006), 103–122.
- Samaan, Mina Michel*: *The Nile Development Game: Tug-of-War or Benefits for All?*, Cham 2019.

- Sanchez, Juan Carlos Ochoa*: The roles and powers of the OECD national contact points regarding complaints on an alleged breach of the OECD guidelines for multinational enterprises by a transnational corporation, *Nordic Journal of International Law* 84 (2015), 89–127.
- Sandawi, Sammi*: Kohärentes Krisenmanagement? Die Operationen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf dem Balkan und im Kongo, in: Jopp/Schlotter (Hrsg.), *Kollektive Außenpolitik – Die Europäische Union als internationaler Akteur*, 2. Aufl. Baden-Baden 2008, 121–148.
- Sander, Frank*: Varieties of Dispute Processing, *Federal Rules Decisions* 70 (1977), 111.
- Sander, Frank E. A.*: Dispute Resolution within and outside the Courts: An overview of the US experience, in: Gottwald/Strempel (Hrsg.), *Streitschlichtung: rechtsvergleichende Beiträge zur außergerichtlichen Streitbeilegung*, Köln 1995, 19–29.
- Sangiovanni, Andrea*: *Humanity without Dignity: Moral Equality, Respect, and Human Rights*, Cambridge 2017.
- Sarkar, Sumit*: *Writing social history*, Delhi [u.a.] 1997.
- Sarmiento, Domingo Faustino*: *Facundo: civilization and barbarism: the first complete English translation*, Berkeley 2003.
- Sartori, Giovanni*: *Comparative constitutional engineering: an inquiry into structures, incentives and outcomes*, Houndmills 1994.
- Sartre, Jean-Paul*: Préface, in: Memmi (Hrsg.), *Portrait du colonisé précédé de Portrait du colonisateur*, Paris 1973, 23–30.
- Sarvarian, Arman*: Codifying the law of state succession: A futile endeavour?, *European Journal of International Law* 27 (2016), 789–812.
- Sassòli, Marco*: Taking Armed Groups Seriously: Ways to Improve their Compliance with International Humanitarian Law, *Journal of International Humanitarian Legal Studies* 1 (2010), 5–51.
- Sastry, Kadayam Ramachandra Ramabhadra*: Hinduism and international law, *Recueil des cours* 117 (1966), 507–615.
- Saunders, Harold H.*: Dialogue as a process for transforming relationships, in: Bercovitch/Kremenûk/Zartman (Hrsg.), *The Sage handbook of conflict resolution*, London 2011, 376–391.
- Scelle, Georges*: Règles générales du droit de la paix, *Recueil des cours* 46 (1933), 331–697.
- Schachter, Oscar*: Entangled Treaty and Custom, in: Dinstein (Hrsg.), *International Law at a Time of Perplexity: Essays in Honour of Shabtai Rosenne*, Dordrecht 1989, 717–738.
- Schachter, Oscar*: New Custom: Power, *Opinio Juris* and Contrary Practice, in: Makarczy (Hrsg.), *Theory of international law at the threshold of the 21st century: essays in honour of Krzysztof Skubiszewski*, Den Haag 1996, 531–540.
- Schäfer, Christian*: *Patientencompliance: Adhärenz als Schlüssel für den Therapieerfolg im Versorgungsalltag*, 2. Aufl. Wiesbaden 2017.

- Scharf, Michael P.*: The Amnesty Exception to the Jurisdiction of the International Criminal Court, *Cornell International Law Journal* 32 (1999), 437–457.
- Scharf, Michael P.*: From the eXile Files: An Essay on Trading Justice for Peace, *Washington and Lee Law Review* 63 (2006), 339–376.
- Scharpf, Fritz W.*: *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970.
- Scharpf, Fritz W.*: *Governing in Europe: effective and democratic?*, Oxford [u.a.] 1999.
- Scharpf, Fritz W.*: *Regieren in Europa: effektiv und demokratisch?*, Frankfurt am Main [u.a.] 1999.
- Scharpf, Fritz W.*: *Demokratie in der transnationalen Politik*, MPIfG working paper Nr. 96/3, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 1996.
- Scheinin, Martin*: Core rights and obligations, in: Stelton (Hrsg.), *The Oxford handbook of international human rights law*, Oxford 2013, 527–540.
- Schelling, Thomas C.*: *The strategy of conflict*, Cambridge 1960.
- Schiedermaier, Hartmut*: Schlusswort: Die Autorität des Rechts und des Juristen, in: Stein/Doehring/Ress (Hrsg.), *Die Autorität des Rechts: Verfassungsrecht, Völkerrecht, Europarecht; Referate und Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Kolloquiums aus Anlaß des 65. Geburtstages von Karl Doehring am 17. März 1984 in Heidelberg*, Heidelberg 1985, 136–141.
- Schiffauer, Werner/Koch, Jochen/Reckwitz, Andreas/Schoor, Kerstin/Krämer, Hannes*: *Borders in Motion: Durabilität, Permeabilität, Liminalität*, Working Paper Series Nr. 1, Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION, Frankfurt (Oder) 2018.
- Schmidt, Carl Christian*: *Mediation in Sweden*, in: Jackson (Hrsg.), *Meeting of Minds: A Way to Peace through Mediation*, New York 1952, 39–55.
- Schmitt, Carl*: *Legalität und Legitimität*, München [u.a.] 1932.
- Schmitt, Carl*: *Politische Theologie*, München 1922.
- Schmitt, Carl*: *Politische Theologie: Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, 2. Aufl. München [u.a.] 1934.
- Schneckener, Ulrich/Hofmann, Claudia*: The power of persuasion: The role of international non-governmental organizations in engaging armed groups, in: Krieger (Hrsg.), *Inducing Compliance with International Humanitarian Law: Lessons from the African Great Lakes Region*, Cambridge 2015, 79–111.
- Schoenrich, Otto*: The Venezuela-British Guiana Boundary Dispute, *The American Journal of International Law* 43 (1949), 523–530.
- Schreiber, Winfriede*: Wer wagt, gewinnt!oder nicht?, *djbZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes* 22 (2019), 121–123.
- Schröder, Hinrich*: *Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit im Zusammenhang mit failed und failing States*, Baden-Baden 2007.
- Schröder, Meinhard*: Verantwortlichkeit, Völkerstrafrecht, Streitbeilegung und Sanktionen, in: Vitzthum/Proelß (Hrsg.), *Völkerrecht*, 7. Aufl. Berlin 2016, 539–590.

- Schröder, Meinhard*: Verantwortlichkeit, Völkerstrafrecht, Streitbeilegung und Sanktionen, in: Vitzthum/Proelß (Hrsg.), Völkerrecht, 8. Aufl. Berlin, Boston 2019, 691–754.
- Schücking, Walther*: Das völkerrechtliche Institut der Vermittlung, Kristiana 1923.
- Schücking, Walther/Webberg, Hans*: Die Satzung des Völkerbundes, 2. Aufl. Berlin 1924.
- Schüddekopf, Claas*: Zur Nachhaltigkeit einvernehmlicher Konfliktbeilegung: eine empirische Untersuchung von Mediation und Schiedsgerichtsbarkeit, Berlin 2013.
- Schubr, Jan C.*: Evaluation von Fällen, Verhandlungspositionen und Verfahren: Optimierungspotentiale für Recht, Justiz und Mediation, in: Arnold/Lorenz (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Hannes Unberath, München 2015, 395–413.
- Schuler-Harms, Margarete/Eckertz-Höfer, Marion*: Einführung, in: Eckertz-Höfer/Schuler-Harms (Hrsg.), Gleichberechtigung und Demokratie, Gleichberechtigung in der Demokratie: (Rechts-)Wissenschaftliche Annäherungen, Baden-Baden 2019, 9–16.
- Schuler, Gefion*: Effective governance through decentralized soft implementation: the OECD guidelines for multinational enterprises, in: Bogdandy/Wolfrum/Bernstorff/Dann/Goldmann (Hrsg.), The exercise of public authority by international institutions: advancing international institutional law, Heidelberg [u.a.] 2010, 197–226.
- Schulte, Dietmar*: Therapiemotivation: Widerstände analysieren, Therapieziele klären, Motivation fördern, Göttingen 2015.
- Scobbie, Iain*: Towards the Elimination of International Law: Some Radical Scepticism about Sceptical Radicalism, British Yearbook of International Law 61 (1991), 339–362.
- Scott, James Brown*: Introduction, in: Williams/Brown/Waldron/Davis (Hrsg.), Selections from three works: The translation, Oxford [u.a.] 1944, 3a-38a.
- Scott, James Brown*: The catholic conception of international law: Francisco de Vitoria; A critical examination and a justified appreciation, Washington, D.C. 1934.
- Sebenius, James K.*: What Roger Fisher Got Profoundly Right: Five Enduring Lessons for Negotiators, Negotiation journal 29 (2013), 159–169.
- Sebenius, James K.*: What Can We Learn from Great Negotiations?, Negotiation Journal 27 (2011), 251–256.
- Senor, Thomas D.*: What if there are no Political Obligations? A Reply to A. J. Simmons, Philosophy & Public Affairs 16 (1987), 260–268.
- Sguaitamatti, Damiano Angelo/Hellmüller, Sara*: Macht und Gerechtigkeit in Friedensverhandlungen: Mediation normativ Erforschen BT, in: Busch/Mayer (Hrsg.), Mediation erforschen: Fragen – Forschungsmethoden – Ziele, Wiesbaden 2012, 87–110.
- Shapiro, Debra/Drieghe, Rita/Brett, Jeanne*: Mediator Behavior and the Outcome of Mediation, Journal of Social Issues 41 (1985), 101–114.

- Sharp, Alan*: Effective negotiation — the harvard project, *Education + Training* 27 (1985), 30–32.
- Sharp, Dustin N.*: Rethinking Transitional Justice for the Twenty-First Century: Beyond the End of History, Cambridge 2018.
- Sharp, Dustin N.*: Interrogating the Peripheries: The Preoccupations of Fourth Generation Transitional Justice, *Harvard Human Rights Journal* 26 (2013), 149–178.
- Shue, Henry*: Basic rights: Subsistence, Affluence, and U.S. Foreign Policy, Princeton 1980.
- Simmerl, Georg/Zürn, Michael*: Internationale Autorität – Zwei Perspektiven, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (2016), 38–70.
- Simmons, A. John*: The Anarchist Position: A Reply to Klosko and Senor, *Philosophy & Public Affairs* 16 (1987), 269–279.
- Simmons, Alan J.*: Moral principles and political obligations, Princeton 1979.
- Simmons, Beth*: International Law and International Relations, in: Whittington/Kelemen/Caldeira (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Law and Politics*, Oxford [u.a.] 2010, 187–208.
- Simons, Walter*: Introduction, in: Oldfather/Oldfather (Hrsg.), *De jure naturae et gentium libri octo*: The translation of the edition of 1688, Oxford 1934, 11a-62a.
- Singh, Chhatrapati*: Law from Anarchy to Utopia, Delhi [u.a.] 1985.
- Singh, Chhatrapati*: Dharmasastras and Contemporary Jurisprudence, *Journal of the Indian Law Institute* 32 (1990), 179–188.
- Singh, Prabhakar*: Indian international law: From a colonized apologist to a subaltern protagonist, *Leiden Journal of International Law* 23 (2010), 79–103.
- Sinner, Alex von*: Über Entstehung und Eigenart des Gegenstandes von Mediationsforschung, in: Busch/Mayer (Hrsg.), *Mediation erforschen: Fragen – Forschungsmethoden – Ziele*, Wiesbaden 2012, 39–69.
- Sivakumaran, Sandesh*: The law of non-international armed conflict, Oxford 2012.
- Slim, Randa M.*: Small-State Mediation in International Relations: The Algerian Mediation of the Iranian Hostage Crisis, in: Bercovitch/Rubin (Hrsg.), *Mediation in international relations: multiple approaches to conflict management*, New York 1992, 206–231.
- Smilde, David/Ramsey, Geoff*: International peace-making in Venezuela's intractable conflict, *European Review of Latin American and Caribbean Studies* (2020), 157–179.
- Smith, M. B. E.*: Is There a Prima Facie Obligation to Obey the Law?, *The Yale Law Journal* 82 (1973), 950–976.
- Sofsky, Wolfgang/Paris, Rainer*: Figurationen sozialer Macht: Autorität, Stellvertretung, Koalition, Frankfurt am Main 1994.
- Sohn, Louis B.*: The Development of International Law, *American Bar Association Journal* 34 (1948), 691–694.
- Sornarajah, M.*: On fighting for global justice: the role of a Third World international lawyer, *Third World Quarterly* 37 (2016), 1972–1989.

- Sornarajah, Muthucumaraswamy*: Power and Justice: Third World resistance in international law, Singapore Year Book of International Law and Contributors 10 (2006), 19–57.
- Sosoe, Lukas K.*: Postcolonialité et légitimité du pouvoir politique en Afrique. Ébauche d'un problème, le portique 39–40 (2017), 219–245.
- Sousa, Santiago*: El territorio como víctima: Ontología política y las leyes de víctimas para comunidades indígenas y negras en Colombia, revista colombiana de antropología 53 (2017), 85–113.
- Spencer, Dayle E./Yang, Honggang*: Lessons from the field of intra-national conflict resolution, Notre Dame Law Review 67 (1992), 1495–1511.
- Spencer, Graham*: Motivation and Intervention in the Northern Ireland Peace Process: An Interview with President Bill Clinton, Negotiation Journal 35 (2019), 269–295.
- Spiropoulos, Jean*: Traité théorique et pratique du droit international public, Paris 1933.
- Spivak, Gayatri Chakravorty*: Foreword: Upon reading the „Companion to postcolonial studies“, in: Schwarz/Ray (Hrsg.), A Companion to Postcolonial Studies, Malden [u.a.] 2005, xv–xxii.
- Spivak, Gayatri Chakravorty*: Subaltern Studies: Deconstructing Historiography, in: Guha (Hrsg.), Subaltern studies IV: Writings on South Asian History and Society, Delhi 1985, 330–363.
- Spivak, Gayatri Chakravorty*: Can the subaltern speak?, in: Nelson/Grossberg (Hrsg.), Marxism and the Interpretation of Culture, Urbana 1988, 271–313.
- Sriram, Chandra Lekha*: Liberal Peacebuilding and Transitional Justice: What Place for Socioeconomic Concerns?, in: Sharp (Hrsg.), Justice and economic violence in transition, New York 2014, 27–49.
- Stedman, Stephen John*: Spoiler problems in peace processes, International Security 22 (1997), 5–51.
- Steffek, Jens*: Legitimacy in International Relations: From State Compliance to Citizen Consensus, in: Hurrelmann/Schneider/Steffek (Hrsg.), Legitimacy in an age of global politics, London 2007, 175–192.
- Stein, Jana von*: The engines of compliance, in: Dunoff/Pollack (Hrsg.), Interdisciplinary perspectives on international law and international relations, Cambridge [u.a.] 2013, 477–501.
- Steinbeis, Maximilian*: Right-Wing Crits, Verfassungsblog 15. November 2019 (<https://verfassungsblog.de/right-wing-crits/>).
- Steinl, Leonie*: Child Soldiers as Agents of War and Peace, Berlin 2017.
- Steinsdorfer, Helmut*: Emeric Crucé: Le nouveau Cynée – Die Begründung der modernen Friedensbewegung [Teil 2], Die Friedens-Warte 54 (1957), 146–161.
- Stenelo, Lars Göran*: Mediation in international negotiations, Lund 1972.
- Stenner, Christina*: The Institutionalization of Mediation Support. Are Mediation Support Entities there yet?, Berghof Foundation, Berlin 2017.

- Strupp, Karl*: Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit : zwei Vorträge zur Einführung, Berlin [u.a.] 1914.
- Súárez, Francisco*: Ausgewählte Texte zum Völkerrecht, Tübingen 1965.
- Sullivan, Louis H.*: The tall office building artistically considered, *Lippincott's* (1896), 403–409.
- Svensson, Isak*: Mediation with Muscles or Minds – Exploring Power Mediators and Pure Mediators in Civil Wars, *International Negotiation* 12 (2007), 229–248.
- Svensson, Isak*: Research on Bias in Mediation: Policy Implications, *Penn State Journal of Law and International Affairs* 2 (2013), 17–26.
- Tallberg, Jonas/Zürn, Michael*: The legitimacy and legitimation of international organizations: introduction and framework, *Review of International Organizations* 14 (2019), 581–606.
- Tams, Christian J.*: World Peace through International Adjudication?, in: Justenhoven/O’Connell (Hrsg.), *Peace Through Law: Reflections on Pacem in Terris from Philosophy, Law, Theology, and Political Science*, Baden-Baden 2016, 215–254.
- Tams, Christian J.*: Enforcing obligations erga omnes in international law, Cambridge [u.a.] 2005.
- Tasioulas, John*: The Legitimacy of International Law, in: Besson/Tasioulas (Hrsg.), *The Philosophy of International Law*, Oxford 2010, 97–116.
- Tasioulas, John*: Human Rights, Legitimacy, and International Law, *The American Journal of Jurisprudence* 58 (2013), 1–25.
- Tate, S. Shepherd*: Access to Justice, *American Bar Association Journal* 65 (1979), 904–907.
- Taylor, Ian*: Liberal Peace, Liberal Imperialism: a Gramscian Critique, in: Richmond (Hrsg.), *Palgrave Advances in Peacebuilding: Critical Developments and Approaches*, New York 2010, 154–174.
- Teitel, Ruti G.*: *Transitional justice*, Oxford [u.a.] 2000.
- Teitel, Ruti G.*: *Globalizing Transitional Justice: Contemporary essays*, Oxford [u.a.] 2014.
- Teraya, Koji*: Emerging Hierarchy in International Human Rights and Beyond: From the Perspective of Non-derogable Rights, *European Journal of International Law* 12 (2001), 917–941.
- Tettenborn, Alwine*: *Das Haager Schiedsgericht : eine völkerrechtliche Studie*, Bonn 1911.
- Teubner, Gunter*: Reflexives Recht: Entwicklungsmodelle des Rechts in vergleichender Perspektive, *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 68 (1982), 13–59.
- Thaler, Michael*: *Mehrdeutigkeit und juristische Auslegung*, Wien 1982.
- Thiele, Carmen*: Der Schutz der Menschenrechte durch den IGH, *Archiv des Völkerrechts* 51 (2013), 1–41.
- Thiele, Carmen*: Das Verhältnis zwischen Staatenverantwortlichkeit und Menschenrechten, *Archiv des Völkerrechts* 49 (2011), 343–372.

- Thompson, Andrew*: Guide to ethical practice in psychotherapy, New York [u.a.] 1990.
- Thoreau, Henry David*: On the duty of civil disobedience, in: Peabody (Hrsg.), *Aesthetic papers*, Boston, New York 1849, 189–211.
- Tladi, Dire*: The International Law Commission's draft conclusions on preremptory norms of general international law (jus cogens): making wine from water or more water than wine, *Nordic journal of international law* 89 (2020), 209–244.
- Tochtermann, Peter*: Mediation in den USA 30 Jahre nach „Pound“, *Zeitschrift für Konfliktmanagement* 9 (2006), 168.
- Tomuschat, Christian*: „Uniting for Peace“ — Ein Rückblick nach 50 Jahren, *Die Friedens-Warte* 76 (2001), 289–303.
- Tomuschat, Christian*: Article 2 (3), in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *The Charter of the United Nations: A Commentary*, 3. Aufl. Oxford [u.a.] 2012, 181–199.
- Tomuschat, Christian*: Art. 33, in: Simma/Bernhardt (Hrsg.), *Charta der Vereinten Nationen: Kommentar*, München 1991, 472–481.
- Tomuschat, Christian*: Art. 33, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *The Charter of the United Nations: A Commentary*, Oxford 2012, 1069–1085.
- Tomuschat, Christian*: The Status of the „Islamic State“ under International Law, *Die Friedens-Warte* 90 (2015), 223–244.
- Tomuschat, Christian*: Reconceptualizing the Debate on Jus Cogens and Obligations Erga Omnes – Concluding Observations, in: Tomuschat/Thouvenin (Hrsg.), *The Fundamental Rules of the International Legal Order*, Leiden, Niederlande 2006, 425–436.
- Touscoz, Jean*: *Le principe d'effectivité dans l'ordre international*, Paris 1964.
- Touval, Saadia*: Biased intermediaries: theoretical and historical considerations, *Jerusalem Journal of International Relations* 1 (1975), 51–69.
- Trenczek, Thomas*: Aufgaben, Funktion und Kompetenzen von Mediatoren, in: Trenczek/Berning/Lenz/Will (Hrsg.), *Mediation und Konfliktmanagement*, 2. Aufl. Baden-Baden 2017, 182–192.
- Trenczek, Thomas*: Außergerichtliches Konfliktmanagement (ADR) und Mediation: Verfahren, Prinzipien und Modelle, in: Trenczek/Berning/Lenz/Will (Hrsg.), *Mediation und Konfliktmanagement*, 2. Aufl. Baden-Baden 2017, 35–63.
- Trenczek, Thomas*: Ablauf und Phasen einer Mediation: Mediationsleitfaden, in: Trenczek/Berning/Lenz/Will (Hrsg.), *Mediation und Konfliktmanagement*, Baden-Baden 2017, 291–302.
- Treves, Tullio*: The Expansion of International Law: General Course on Public International Law, *Publications of the Hague Academy of International Law, Recueil des cours* 398 (2018), 9–398.
- Troja, Markus*: Konstruktivistische und systemtheoretische Grundlagen systemischer Mediation, in: Trenczek/Berning/Lenz/Will (Hrsg.), *Mediation und Konfliktmanagement*, 2. Aufl. Baden-Baden 2017, 99–117.

- Tuck, Richard*: Why is Authority such a Problem?, in: Laslett/Runciman/Skinner (Hrsg.), *Philosophy, politics and society: a collection*, Oxford 1972, 194–207.
- Tuori, Kaarlo*: Legitimacy, in: Gray (Hrsg.), *The philosophy of law: an encyclopedia*, New York 1999, 493–495.
- Turner, Catherine*: Editorial Comment: Law and Negotiation in Conflict – Theory, Policy and Practice, *Global Policy* 7 (2016), 256–260.
- Udogu, E. Ike*: Historicizing and Contextualizing the Discourse on African International Law and A Concise Overview of the Pacific Settlement of the Cameroon-Nigeria Bakassi Peninsula Dispute, *African and Asian Studies* 7 (2008), 77–99.
- Udokang, Okon*: The Role of the New States in International Law, *Archiv des Völkerrechts* 15 (1971), 145–196.
- Umbricht, Victor H.*: Principles of international mediation: the case of the East African Community, *Recueil des cours* 187 (1984), 307–389.
- UN: *Handbook on the peaceful settlement of disputes between states*, New York 1992.
- UN *General Assembly*: Implementation of the recommendations contained in the report of the Secretary-General on the causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa: Progress report of the Secretary-General (A/61/213), Aufl. 2006.
- UN: *Factsheet: Mediation Experts Roster*, UN Mediation Support Unit, New York 2019.
- UNESCO: The UNESCO Tensions Project: Progress since 1948, in: The International Sociological Association (Hrsg.), *The nature of conflict: studies on the sociological aspects of international tensions*, Paris 1957, 9–32.
- Ungern-Sternberg, Antje von*: Parité-Gesetzgebung auf dem Prüfstand des Verfassungsrechts, *JuristenZeitung* 74 (2019), 525–534.
- United Nations Information Organizations*: Documents Of The United Nations Conference on International Organization San Francisco, 1945 (UNCIO), New York 1945.
- Ury, William*: In Memoriam: Roger Fisher, *Harvard law review* 126 (2013), 898–900.
- Van Norden, Bryan W.*: Taking back philosophy: a multicultural manifesto, New York 2017.
- Vasiliev, Sergey*: Not just another ‘crisis’: Could the blocking of the Afghanistan investigation spell the end of the ICC? (Part II), *EJIL: Talk!* 20. April 2019 (<https://www.ejiltalk.org/not-just-another-crisis-could-the-blocking-of-the-afghanistan-investigation-spell-the-end-of-the-icc-part-ii/>).
- Vattel, Emer de*: *Le Droit des Gens*, London 1758.
- Vattel, Emer de*: *Le droit des gens ou Principes de la loi naturelle appliqués à la conduite et aux affaires des nations et des souverains*, Tübingen 1959.
- Vellas, Pierre*: Commission interimaire des nations unies, *Revue générale de droit international public* 21 (1950), 317–332.

- Venzke, Ingo*: Understanding the Authority of International Courts and Tribunals, Theoretical inquiries in law (2013), 381–409.
- Verdross, Alfred*: Die Verfassung der Völkerrechtsgemeinschaft, Wien [u.a.] 1926.
- Verdross, Alfred*: Heinrich Lammasch (1853–1920): Festvortrag, Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht 17 (1967), 214–219.
- Verdross, Alfred/Simma, Bruno*: Universelles Völkerrecht: Theorie und Praxis, 3. Aufl. Berlin 1984.
- Vergau, Hajo*: Manifest der Hoffnung. Über die neue Verfassung Afghanistans, Verfassung in Recht und Übersee 37 (2004), 465–488.
- Vergès, Françoise*: Toutes les féministes ne sont pas blanches, le portique 39–40 (2017), 155–177.
- Vertin, Zach*: A Poisoned Well: Lessons in Mediation from South Sudan's Troubled Peace Process, New York 2018.
- Viaene, Lieselotte*: Justicia transicional, el diálogo y la reflexividad crítica: tejiendo pensamientos, EUNOMÍA. Revista en Cultura de la Legalidad (2020), 416–423.
- Vitoria, Francisco de*: De Indis recenter inventis et de jure belli Hispanorum in barbaros relectiones: Vorlesungen über die kürzlich entdeckten Inder und das Recht der Spanier zum Kriege gegen die Barbaren 1539; lateinischer Text nebst deutscher Übersetzung, Tübingen 1952.
- Völzmann, Berit*: Je freier desto besser? – Parteienfreiheit und Parität, djvZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 22 (2019), 130–133.
- van Hoogstraten, Steven/Schrijver, Nico/Spijkers, Otto/de Jong, Anneleen* (Hrsg.): Roundtable Debate: Mediation versus Adjudication, in: van Hoogstraten/Schrijver/Spijkers/de Jong (Hrsg.), The Art of Making Peace: Lessons Learned from Peace Treaties, Leiden 2016, 157–190.
- von Arnould, Andreas*: Walther Schücking – Völkerrecht im Dienst des Friedens, in: Arnould/Augsberg/Meyer-Pritzl (Hrsg.), 350 Jahre Rechtswissenschaftliche Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Tübingen 2018, 165–190.
- von Arnould, Andreas*: Völkerrecht, 4. Aufl. Heidelberg 2019.
- von Bogdandy, Armin*: Diskurstheorie und Völkerrecht: ein Interview mit Jürgen Habermas, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 73 (2013), 295–304.
- von Bogdandy, Armin/Dann, Philipp/Goldmann, Matthias*: Völkerrecht als öffentliches Recht: Konturen eines rechtlichen Rahmens für Global Governance, Der Staat 49 (2010), 23–51.
- von Bogdandy, Armin/Dann, Philipp/Goldmann, Matthias*: Developing the Publicness of Public International Law: Towards a Legal Framework for Global Governance Activities, in: von Bogdandy/Wolfrum/von Bernstorff/Dann/Goldmann (Hrsg.), The exercise of public authority by international institutions: advancing international institutional law, Berlin, Heidelberg 2010, 3–32.
- von Bogdandy, Armin/Venzke, Ingo*: In wessen Namen?: Internationale Gerichte in Zeiten globalen Regierens, Berlin 2014.

- von Bogdandy, Armin/Venzke, Ingo/Goldmann, Matthias: From Public International to International Public Law: Translating World Public Opinion into International Public Authority, *European journal of international law* 28 (2017), 115–145.
- von Burg, Corinne: On Inclusivity: The Role of Norms in International Peace Mediation Corinne, Swisspeace, Bern 2015.
- von Dobeneck, Julia: Deutschland als Mediationsakteur: Entwicklung und konzeptionelle Grundlagen, in: Holper/Kirchhoff (Hrsg.), *Friedensmediation: Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik*, Baden-Baden 2020, 45–68.
- von Engelhardt, Marie: Die Völkerrechtswissenschaft und der Umgang mit Failed States – Zwischen Empirie, Dogmatik und postkolonialer Theorie, *VRÜ Verfassung und Recht in Übersee* 45 (2012), 222–231.
- von Heinegg, Wolff Heintschel: Asymmetric Warfare – How to Respond, in: Pedrozo/Wollschläger (Hrsg.), *International Law and the Changing Character of War*, Newport 2011, 464–480.
- Vuković, Siniša: Soft Power, Bias and Manipulation of International Organizations in International Mediation, *International Negotiation* 20 (2015), 414–443.
- Wagner, Gerhard/Eidenmüller, Horst: Begriff und Formen der Mediation, in: Wagner/Eidenmüller (Hrsg.), *Mediationsrecht*, Köln 2015, 1–45.
- Wagner, Peter: Zur Lehre von den Streiterledigungsmitteln des Völkerrechts: eine historisch-kritische und theoretische Untersuchung, Darmstadt 1900.
- Wagner, Richard V.: Mediation, Psychological Aspects of., in: Young (Hrsg.), *The Oxford international encyclopedia of peace*, Oxford 2010, 8–11.
- Wählisch, Martin: Peacemaking, Power-Sharing and International Law: Imperfect Peace, Oxford 2018.
- Wählisch, Martin: Normative Limits of Peace Negotiations: Questions, Guidance and Prospects, *Global Policy* 7 (2016), 261–266.
- Walch, Colin: Rethinking Ripeness Theory: Explaining Progress and Failure in Civil War Negotiations in the Philippines and Colombia, *International Negotiation* 21 (2016), 75–103.
- Waldman, Ellen A.: Identifying the Role of Social Norms in Mediation: A Multiple Model Approach, *Hastings Law Journal* 48 (1997), 703–769.
- Waldock, C. H. M.: The Anglo-Norwegian Fisheries Case, *British Yearbook of International Law* 28 (1951), 114–171.
- Wallensteen, Peter: Understanding conflict resolution, 5. Aufl. Los Angeles 2019.
- Wallensteen, Peter/Svensson, Isak: Talking peace: International mediation in armed conflicts, *Journal of peace research* 51 (2014), 315–327.
- Walter, Tasia: Die Entstehung der Verfassung der Islamischen Republik Afghanistans vom 4. Januar 2004, *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart* 58 (2010), 713–758.
- Warren, Edgar L/Bernstein, Irving: The Mediation Process, *Southern Economic Journal* 15 (1949), 441–457.

- Watts, Arthur: The importance of International Law, in: Byers (Hrsg.), The role of law in international politics : essays in international relations and international law, Oxford 2000, 5–16.
- Watts, Arthur: State succession : some recent practical legal problems, in: Götz/Selmer/Wolfrum (Hrsg.), Liber amicorum Günther Jaenicke – zum 85. Geburtstag, Berlin [u.a.] 1998, 397–426.
- Weber-Fas, Rudolf: Thomas Hobbes: Zur Einführung, in: Weber-Fas (Hrsg.), Staatsdenker der Moderne : Klassikertexte von Machiavelli bis Max Weber, Tübingen 2003, 51–56.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922.
- Weckert, Al/Oboth, Monika: Mediation für Dummies: Konflikte wirkungsvoll klären; auf einen Blick: Konfliktlösungen mit vielen Gewinnern, 2. Aufl. Weinheim 2014.
- Wehling, Philine: Wasserrechte am Nil : der Einfluss des internationalen Wasserrechts auf die Entwicklung eines Vertragsregimes zur Nutzungsverteilung und gemeinsamen Wasserwirtschaft am Beispiel des Nils, Berlin 2018.
- Weichold, Anja: Internationale Mediation – die alternative Streitbeilegung durch Hinzuziehung eines Dritten, in: Meller-Hannich/Weigel (Hrsg.), Mediation: Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Anwendungsfelder, 1. Aufl. Baden-Baden 2020, 249–268.
- Weinberger, Ota: Diskursive Demokratie Ohne Diskursphilosophie, Rechtstheorie 27 (1996), 427–440.
- Weiss, Edith Brown: Establishing norms in a kaleidoscopic world : general course on public international law, Recueil des cours 396 (2019), 37–415.
- Wendenburg, Felix: Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation, Tübingen 2013.
- Wersig, Maria/Eckertz-Höfer, Marion: Editorial: Gerechte Staatlichkeit, gerechte Teilhabe in den Parlamenten!, djBZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 22 (2019), II.
- White, Andrew D.: Debt Due to Hugo Grotius, The Advocate of Peace 61 (1899), 186–190.
- Wiebelhaus-Brahm, Eric: Global Transitional Justice Norms and the Framing of Truth Commissions in the Absence of Transition, Negotiation and Conflict Management Research (2020), online first.
- Wilcox, Francis Orlando/Marcy, Carl M.: Proposals for changes in the United Nations, Washington, D.C. 1955.
- Winckelmann, Johannes Friedrich: Legitimität und Legalität in Max Webers Herrschaftssoziologie, Tübingen 1952.
- Winkler, Tanja J.: Die Freiheit im und vom Staate bei Immanuel Kant, München 2011.
- Witt, Antonia: Undoing Coups: The African Union and Post-coup Intervention in Madagascar, London 2020.

- Witt, Antonia: Mandate impossible: Mediation and the return to constitutional order in Madagascar (2009–2013), *African Security* 10 (2017), 205–222.
- Wolf, Michael Allan: Of Devils and Angels, Lawyers and Communities, *Harvard Law Review* 97 (1984), 607–617.
- Wolff, Christian: Grundsätze des Natur- und Völkerrechts worin alle Verbindlichkeiten und alle Rechte aus der Natur des Menschen in einem beständigen Zusammenhange hergeleitet werden, Kronberg TS 1980.
- Wolff, Robert Paul: In defense of anarchism, 2. Aufl. Berkeley, Calif 1998.
- Wolff, Christian von: Jus gentium methodo scientifica pertractatum: The law of nations treated according to a scientific method, Oxford [u.a.] 1934.
- Wolfrum, Rüdiger: Legitimacy of Constitution-making Processes: Reflections from the Perspective of International Law, in: Grote/Röder/El-Haj (Hrsg.), *Constitutionalism, human rights, and Islam after the Arab spring*, Oxford 2016, 43–53.
- Wolfrum, Rüdiger: Föderalismus als Beitrag zur Friedenssicherung: Überlegungen zu einer Verfassung für Zypern und den Sudan, in: Brenner/Huber/Möstl (Hrsg.), *Der Staat des Grundgesetzes – Kontinuität und Wandel: Festschrift für Peter Badura zum siebzigsten Geburtstag*, Tübingen 2004, 1245–1263.
- Wolfrum, Rüdiger: Legitimacy in International Law, in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, Oxford 2012, 808–814.
- Wolfrum, Rüdiger: Article 1, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *The Charter of the United Nations: A Commentary*, 3. Aufl. Oxford [u.a.] 2012, 105–120.
- Wolfrum, Rüdiger/Philipp, Christiane E.: The Status of the Taliban: Their Obligations and Rights under International Law, *Max Planck Yearbook of United Nations Law Online* 6 (2002), 559–601.
- Wouters, Jan/Ryngaert, Cedric: Impact on the Process of the Formation of Customary International Law, in: Kamminga/Scheinin (Hrsg.), *The Impact of Human Rights Law on General International Law*, Oxford 2009, 111–131.
- Würkert, Felix: Historische Immunität? Anmerkung zu Sentenza Nr. 238 der Corte costituzionale vom 22. Oktober 2014, *Archiv des Völkerrechts* 53 (2015), 90–120.
- Xifaras, Mikhail: Commentaire, in: Jouannet/Ruiz Fabri (Hrsg.), *Impérialisme et droit international en Europe et aux États-Unis*, Paris 2007, 183–209.
- Yasuaki, Onuma: A Transcivilizational Perspective on International Law: Questioning Prevalent Cognitive Frameworks in the Emerging Multi-Polar and Multi-Civilizational World of the Twenty-First Century, *Recueil des cours* 342 (2010), 81–418.
- Yasuaki, Onuma: The Assumption, Not Invention, of Universality Is the Problem, *ESIL Conference Paper Series* 12 (2018), 1–7.
- Yasuaki, Onuma: *International Law in a Transcivilizational World*, Cambridge 2017.
- Yasuaki, Onuma: When Was the Law of International Society Born?: an Inquiry of the History of International Law From an Intercivilizational Perspective, *Journal of the History of International Law* 2 (2000), 1–66.

- Yeghiazaryan, Ani*: Vermittlung als ein Mittel zur Streitbeilegung im Völkerrecht, Kiel 2018.
- Yihdego, Zeray*: The Fairness ‘Dilemma’ in Sharing the Nile Waters: What Lessons from the Grand Ethiopian Renaissance Dam for International Law?, Brill Research Perspectives in International Water Law 2 (2017), 1–80.
- Young, John*: Sudan: A flawed peace process leading to a flawed peace, Review of African Political Economy 32 (2005), 99–113.
- Young, Oran R.*: The intermediaries : third parties in international crisis, Princeton 1967.
- Young, Oran R.*: The politics of force : bargaining during international crises, Princeton 1968.
- Yusuf, Abdulqawi*: Pan-Africanism and international law, Recueil des cours 369 (2014), 168–359.
- Zanker, Franzisca*: Legitimate representation: Civil society actors in peace negotiations revisited, International Negotiation 19 (2014), 62–88.
- Zartman, I. William*: The Political Analysis of Negotiation: How Who Gets What and When, World Politics 26 (1974), 385–399.
- Zartman, I. William*: Conflict resolution and negotiation, in: Bercovitch/Kremenük/Zartman (Hrsg.), The Sage handbook of conflict resolution, London 2011, 322–339.
- Zartman, I. William*: Ripe for resolution : conflict and intervention in Africa, New York [u.a.] 1985.
- Zartman, I. William*: The timing of peace initiatives: Hurting stalemates and ripe moments, Global Review of Ethnopolitics 1 (2001), 8–18.
- Zartman, I. William*: Mediation: Ripeness and its Challenges in the Middle East, International Negotiation 20 (2015), 479–493.
- Zartman, I. William*: I William Zartman : A Pioneer in Conflict Management and Area Studies, 2019.
- Zartman, I. William/Berman, Maureen R.*: The practical negotiator, New Haven [u.a.] 1982.
- Zartman, I. William* (Hrsg.): Collapsed states : the disintegration and restoration of legitimate authority, Boulder [u.a.] 1995.
- Zartman, I. William/Touval, Saadia*: International Mediation: Conflict Resolution and Power Politics, Journal of Social Issues 41 (1985), 27–45.
- Zartman, I. William/Touval, Saadia*: International mediation, in: Crocker/Hampson/Aall (Hrsg.), Leashing the dogs of war, Washington, D.C. 2007, 437–454.
- Zawabri, Neda*: Third Party Mediation of International River Disputes: Lessons from the Indus River, International Negotiation 14 (2009), 281–310.
- Zeitoun, Mark/Warner, Jeroen*: Hydro-hegemony – A framework for analysis of trans-boundary water conflicts, Water Policy 8 (2006), 435–460.
- Zemni, Sami*: The roots of the tunisian revolution : elements of a political sociology, in: Sadiki (Hrsg.), Routledge handbook of the Arab Spring, London [u.a.] 2015, 77–88.

- Ziegler, Kai Peter*: Democratic Republic of the Congo: The Transitional Constitution of April 1, 2003, *International Journal of Constitutional Law* 3 (2005), 662–673.
- Zondi, Siphamandla/Khaba, Busisiwe*: The Madagascar Crisis, SADC Mediation and the Changing Indian Oceanic Order, *Africa Insight* 43 (2014), 1–17.
- Zunino, Marcos*: Justice framed: a genealogy of transitional justice, Cambridge 2019.
- Zürn, Michael*: Regieren jenseits des Nationalstaates: Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt am Main 1998.
- Zürn, Michael*: From constitutional rule to loosely coupled spheres of liquid authority: a reflexive approach, *International Theory* 9 (2017), 261–285.